C 21734 D



1 Million Metaller im Kampf gegen Lohnraub Seite 18

Arbeiterkampf

Jg.11 Nr.198 30.3.81 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 3 Förderpreis DM 5,–

Polen:
Die letzte Kraftprobe

In Polen treibt der Machtkampf zwischen der regierenden Kommunistischen Partei und der Volksbewegung um die Gewerkschaft „Solidarnosc" auf entscheidende Kraftproben zu. Den äußeren Rahmen dieses Kräftemessens bildet die ständig gegenwärtige Drohung einer militärischen Intervention des Warschauer Paktes.



Schon zweimal verlängerten die Truppen des Warschauer Paktes, die gegenwärtig in Polen stationiert sind, ihre Manöver...

Auslöser der neuen Konfrontation war ein brutaler Polizei-Einsatz in Bydgoszcz (ehem. Bromberg) gegen Gewerkschaftler, die sich geweigert hatten, ein staatliches Gebäude zu verlassen. Dieser relativ unbedeutende Vorfall — gemessen an den tagtäglichen Polizei-Brutalitäten in einem beliebigen kapitalistischen Land — wurde von den die „Solidarnosc" dominierenden Kräften zum Anlaß einer massiven, landesweiten Konfrontation mit dem Staat genommen. Die „Solidarnosc" fordert nicht nur ultimativ den Rücktritt und die Bestrafung der für den Polizei-Einsatz Verantwortlichen, sondern stellte einen weit darüber hinausgehenden Katalog von Forderungen auf, für die der Vorfall von Bydgoszcz von Forderungen auf, für die der Vorfall von Bydgoszcz ganz offensichtlich nur der willkommene Anlaß ist: Garantie der Regierung für die „Sicherheit" aller Mitglieder von „Solidarnosc"; Garantie, daß sich Polizei-Einsätze wie in Bydgoszcz nicht wiederholen werden; Einstellung aller Strafverfahren gegen Oppositionelle (dabei geht es vor allem um einige weit rechts stehende, radikal antikommunistische und nationalistische Personen); Anerkennung der autonomen Bauerngewerkschaft; Annullierung einer Regierungsverordnung zur Frage der Bezahlung von Streiktagen.

Dieses erhebliche Forderungs-Paket soll durch Streiks durchgesetzt werden: Zunächst ein „Warnstreik" von vier Stunden am Freitag, dem 27. März; dann ein (unbefristeter ?) Generalstreik am Dienstag, dem 31. März.

Der Versuch der polnischen Regierung, mit der „Solidarnosc"-Führung eine Art sozialen Waffenstillstand und einen streikfreien Zeitraum auszuhandeln, muß zumindest vorerst als gescheitert gelten. Die polnische Regierung hätte ein solches Stillhalte-Abkommen dringend gebraucht, um die Wirtschaftslage etwas zu entspannen und um Argumente gegenüber den „sozialistischen Bruderländern" zu gewinnen. Denn diese „Bruderländer" — Sowjetunion, DDR und CSSR — lassen schon seit einiger Zeit keinen Zweifel, daß die Entwicklung in Polen bereits die Toleranz-Grenze erreicht oder gar überschritten habe.

Durch die in dieser Schärfe eindeutig von den dominierenden Kräften der „Solidarnosc" herbeigeführte gegenwärtige Konfrontation ist eine komplizierte Lage entstanden: Ein Kompromiß müßte einerseits dem Bedürfnis der Regierung Rechnung tragen, sich nicht total erpreßbar und ohne jede Autorität darzustellen. Er müßte aber andererseits auch die Interessen der „Solidarnosc" berücksichtigen, die nicht ihre erste Streik-Niederlage erleben will und die zudem unter starkem Druck einer radikalisierten Basis zu stehen scheint.

Hinzu kommt als äußere Bedingung, daß die „sozialistischen Bruderländer" schon im vorigen Sommer unmißverständlich klargemacht haben, daß letzten Endes *sie* die Geschicke Polens bestimmen wollen. Die polnische Regierung hat nicht mehr als eine Galgenfrist gewährt bekommen, um die aufgebrochene Entwicklung mit eigenen Mitteln einzudämmen und zurückzudrängen. Falls sie das nicht schafft, droht eine Militärintervention wie 1968 in der CSSR.

Was die Erwartungen der „Bruderländer" angeht, so steht die polnische Regierung heute sehr schlecht da: Sie hat nicht nur keinerlei Fortschritte bei der Zähmung der Massenunruhe und bei der Sanierung der Wirtschaft erreicht, sondern die Lage ist insgesamt noch viel schlechter als im Sommer oder Herbst 1980.

Die Sowjetunion zögert aus einer Reihe von Gründen, Truppen des Warschauer Paktes in Polen eingreifen zu lassen. Der Hauptgrund für dieses Zögern liegt in den befürchteten außenpolitischen Wirkungen einer Militärintervention. Der Zeitpunkt scheint aber näher zu rücken, wo der sowjetischen Führung bei Abwägung aller Gesichtspunkte eine Intervention als „notwendiges Übel" erscheinen könnte.

Die Haltung der Linken gegenüber dieser akuten Bedrohung des polnischen Volkes kann sich nicht daran orientieren, ob man die konkrete Politik und Strategie der „Solidarnosc" für sinnvoll, klug, dumm, provokatorisch oder gar konterrevolutionär hält. Sie muß unabhängig von dieser Fragestellung das Recht des polnischen Volkes unterstützen, nach soviel Zeiten nationaler Unterdrückung Herr seiner eigenen Geschichte zu sein und zu bleiben.

**Siehe auch:
„Militärische Lösung" in Polen? S. 44
sowie unsere Dokumentation des ersten Kongresses der „Landsolidarität", S. 45**

Grüne Welle in Hessen

Mit einem überraschend guten Abschneiden der GRÜNEN endeten die hessischen Kommunalwahlen am 22.März. In den größeren Städten wurden sie glatt und keineswegs knapp in die Parlamente gewählt: Frankfurt 6,4%, Kassel 6,7%, Gießen 6,8%, Offenbach 5,9%, Marburg 5,9%. In Darmstadt steigerte sich die von ihrem politischen Spektrum vergleichbare WGD auf 10,1% (+ 2,1%). Nur in Wiesbaden und Hanau werden die etablierten Parteien in den Rathäusern weiter unter sich bleiben. Die grün-bunt-alternative Wiesbadener Liste scheiterte mit 4,4% relativ knapp; in Hanau erhielt die Grüne Alternative Liste (GAL) 3,7%. In 6 von 21 Kreisvertretungen werden die GRÜNEN künftig dabeisein. Bei den Wahlen zu den Kreistagen erhielten sie im Landesdurchschnitt 4,2%. Berücksichtigt man, daß sie in drei Kreisen nicht angetreten waren, und rechnet man bei den kreisfreien Städten das Darmstädter und Wiesbadener Ergebnis hinzu, so kann man landesweit auf 5 bis 6 % schließen.

Die CDU, vielfach als Sieger dieser Wahl gefeiert, behauptete ihr 1977 in Hessen noch als sensationell empfundenes Abschneiden. Die SPD verlor erneut runde 3%, die FDP verbesserte sich leicht um 0,6%, blieb aber klar hinter dem zurück, was ihr in Meinungsumfragen vor der Wahl bescheinigt worden war. Spektakulär fiel die Wahl in Frankfurt aus: CDU 54,2% (51,3), SPD 34% (39,9), FDP 4,3% (6), GRÜNE 6,4%. Die FDP muß in der Stadtverordnetenversammlung ihren Platz den GRÜNEN räumen. Auch in allen anderen Großstädten mit Ausnahme Kassels sowie in 15 Kreisen schnitt die CDU als stärkste Partei ab.

Bis 1977 galten die hessischen Rathäuser noch als "uneinnehmbare SPD-Bastionen". Der 22. März hat nicht den geringsten Hinweis darauf gegeben, daß es wieder so werden könnte. Stattdessen hat der Einbruch der GRÜNEN die kommunalpolitische Landschaft nachhaltig verändert.

Weiter Seite 15

Hungerstreik
Nimmt Bonn Tote in Kauf?

Auch nach acht Wochen befinden sich immer noch fast 30 Gefangene aus der RAF in der BRD und Westberlin im Hungerstreik.

Während einige Gefangene in akuter Lebensgefahr schweben, bleiben die Justizbehörden ihrer ignoranten Haltung treu. Nur in Westberlin wurden bisher „Zugeständnisse" gemacht, die allerdings kaum schon als Erfolg gewertet werden können.

Zwar wird versucht, die Gefangenen (teilweise mit Zwangsernährung) hinzuhalten und zum Abbruch des Hungerstreiks zu bewegen; die demonstrative Ignoranz bezüglich der Hungerstreikforderungen zeigt aber auch, daß der Tod von Gefangenen einkalkuliert ist.

Wir berichten in einer Beilage für diesen AK über die Entwicklung des Hungerstreiks und über die Solidaritätsarbeit. Ein weiterer Artikel beschäftigt sich mit dem Thema: „Isolation ist Mord auf Raten".

Anfang der vergangenen Woche hat eine Gruppe die Technik des AK besetzt. Sie forderten den Abdruck einer Erklärung im AK und die Benutzung der Technik für ein Info. Wir dokumentieren die Erklärung und unsere Antwort, in der sich kritisch mit der Arbeit der Solidaritätsgruppen auseinandergesetzt wird.

Der Kampf gegen Wohnungsnot, Wohnraumabriß und Bodenspekulation erreicht immer mehr Städte der BRD und nimmt an Schärfe weiter zu. Es gibt heute kaum noch eine Stadt, aus der nicht stolz die Besetzung eines Hauses gemeldet wird. Gleichzeitig treten die Auseinandersetzungen mit dem Staatsapparat in eine neue Phase. Mit aller Gewalt soll versucht werden, die Bewegung zu zerschlagen und sie zu kriminalisieren. Wir berichten in diesem AK ausführlich über den Stand dieser Kämpfe, so über:

- die Entwicklung in Nürnberg, wo mehr und mehr deutlich wird, daß der Staat ein Exempel statuieren will,
- die ersten Räumungen in Westberlin, die mit generalstabsmäßigen Polizeiübungen verbunden wurden,
- die Versuche in Freiburg, die Hausbesetzer als „kriminelle Vereinigung" anzuklagen,
- den Aufruf des Hamburger Senats an die Wohnungsbesitzer, leerstehenden Wohnraum zu zerstören,
- die neue Welle von Hausbesetzungen
- und über die neuesten Kämpfe der Kraaker in den Niederlanden.

Währenddessen hat am Wochenende in Münster der erste nationale Kongreß der Instandbesetzer stattgefunden, an dem über 1000 Menschen teilnahmen. Dort wurden die Erfahrungen dieser jungen Bewegung diskutiert und folgender Aufruf für eine erste gemeinsame Aktion beschlossen:

beschlossen:

AUFRUF

Münster, 29.3.1981

Aufgrund der verfehlten Wohnungspolitik der Bundesregierung und des Senats von Westberlin sind wir Instandbesetzer und alle unsere Freunde der Meinung, zur Durchsetzung unserer politischen Ziele zu dezentralen Aktionen am 26.5.1981 aufzurufen.

Der Temin deshalb, weil der Bundesrat am 27.5.81 eine Sitzung über die Wohnungspolitik hat.

Die Aktionen sollten wie am 13.3.81 (der schwarze Freitag) ablaufen.

Wir denken, daß die Herrschenden mehr Angst vor politischem als vor militärischem Druck haben.

Was nicht heißt, daß wir uns in unseren Widerstandsformen einschränken.

Wir weisen jeden Versuch, die Bewegung in friedliche und gewalttätige zu spalten und sie zu kriminalisieren entschieden zurück. Wir sind solidarisch mit allen Miet- und Wohnungskämpfern, unabhängig von den von ihnen gewählten Widerstandsformen.

Fantasie an die Macht

Die Erfahrungen zeigen – die Gewalt geht eindeutig von Seiten des Staates aus.

- **Freilassung aller im Häuserkampf Verhafteten!**
- **Einstellung aller Strafverfahren!**
- **Legalisierung aller Hausbesetzungen – Besetzen ist notwendig, denn Wohnen ist ein Recht!**
- **Schluß mit allen Polizeistaatsmethoden – keine Einschränkung des Demonstrationsrechts!**
- **Kein Profit aus unserer Wohnung und für Spekulanten keine Schonung!**

Letzte Meldung: Am Sonnabend demonstrierten in Bielefeld 5000 Menschen, meist Jugendliche, gegen Polizeiüberfälle auf Wohnungskämpfer.

Das große Schweigen nach dem Reichstagsbrand Nr. 2

In der Nacht zum 14. März, also unmittelbar nach dem bundesweiten Aktionstag („Freitag, der 13.") wurde auf das Gebäude des Reichstags in Westberlin ein Brandanschlag verübt. Angeblich 3 Männer, die mit einem Mietwagen mit Hannoveraner Kennzeichen vorgefahren waren, gossen Benzin auf den Fußboden und zündeten es an.

Der Brand war so dilettantisch gelegt, daß der hinzueilende Hauswart ihn mit Bordmitteln löschen konnte, bevor wesentlicher Schaden entstand. Zwei der drei Täter wurden wenig später gefaßt. Der dritte konnte entkommen.

Ein nicht ganz alltäglicher Fall, denn immerhin ist der Reichstag ein geschichtsträchtiges Gebäude, dessen Brand am 27.2.1933 Vorwand und Auftakt des Nazi-Terrors war. Der Reichstagsbrand ist weit über den deutschen Sprachraum hinaus zu einem Begriff für politische Provokation geworden.

Es lag also in der Tradition, daß die Springer-Presse am 16.3. unter Berufung auf „Staatschutz"-Quellen behauptete, die Täter würden *„in den linksextremen Bereich hineingehören"*, und der Anschlag sei *„der Höhepunkt einer Welle von Gewalt, die am Wochenende durch Deutschland rollte"* („Bild").

Die konkreten Tatsachen, die dazu bekannt gegeben wurden, sind banal: Die Täter seien polizeibekannt, ihre Fingerabdrücke seien im Computer gespeichert; der eine sei erst am 11. Februar aus Frankfurt nach Berlin *„in die Hausbesetzerszene"* gekommen; der zweite sei schon im Oktober nach Westberlin gekommen, aus einem Dorf, in dessen Schützenverein (!) er Mitglied gewesen sei. Das war's denn auch schon. Kein Wort darüber, in welchem konkreten Zusammenhang die Fingerabdrücke der beiden „polizeilich erfaßt" wurden, kein Wort zum Dritten im Bunde, kein Wort zu der Tatsache, daß das Mietauto (!) der drei aus Hannover stammte.

Genützt hat dieser Anschlag eindeutig denen, die am lautesten über ihn geschrien haben. So erschien Springers „Welt am Sonntag" vom 15.3. mit der reißerischen Überschrift *„Feuer im Reichstag — Krawall in 19 Städten"* und im Text heißt es dazu: *„In 19 deutschen Städten ist es an diesem Wochenende zu einer in der Bundesrepublik beispiellosen Serie von Anschlägen, Zerstörungen, schweren Krawallen und Demonstrationen gekommen. Im Zusammenhang damit haben drei Männer ein Brand-Attentat auf das Berliner Reichstagsgebäude verübt. 1933 hatte der Brand des Reichstags den Ausbruch des Dritten Reiches markiert"*.

Indessen: Vom ersten Moment an mußte es mißtrauisch machen, daß über die beiden mutmaßlichen Täter so gut wie nichts bekannt gegeben wurde — außer der politisch nützlichen Behauptung, sie kämen aus der „linksextremistischen Ecke". Diese Wortkargheit steht im Gegensatz zur sonstigen Geschwätzigkeit von Polizei und Medien über „linke Terroristen". — Daß zudem seither totale Nachrichtensperre über die Umstände der Tat verhängt ist, nirgendwo auch nur mit einem Wort darauf zurückgekommen wird, läßt nur den Schluß zu, daß die Täter alles andere als „Linksextreme" sind. So wird eben hierzulande Politik gemacht.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Nachrichten aus der Türkei

1. Mai-Feiern verboten!

Das nationale Sicherheitskomitee hat jegliche Aktivitäten zum 1. Mai verboten. Schon 1978, unter der Regierung des Sozialdemokraten Ecevit, waren Mai-Demonstrationen in Istanbul und Ankara verboten. Als Linke und Arbeiter trotzdem demonstrierten, wurden sie von Faschisten und Polizeieinheiten angegriffen.

164 Todesurteile gefordert

Insgesamt sind seit dem 12. September 1980 164 Todesurteile durch die Militärstaatsanwälte gefordert worden. In 132 Fällen handelt es sich um Angehörige revolutionärer Organisa-

Insgesamt sind seit dem 12. September 1980 164 Todesurteile durch die Militärstaatsanwälte gefordert worden. In 132 Fällen handelt es sich um Angehörige revolutionärer Organisa-tionen, in 32 Fällen um Mitglieder faschistischer Organisationen (nach „Hürriyet", 18.3.81). 16 Todesurteile sind bisher vom Gericht gefällt worden, in vier Fällen wurden sie vollstreckt („FAZ", 17.3.), davon waren drei Linke und einer Faschist.

Nach den neuesten Angaben der Junta sind 16.888 Personen festgenommen worden, 886 sind bisher rechtskräftig verurteilt worden („FR", 16.3.). Gegen 4848 Personen ist bisher Anklage erhoben worden („Hürriyet", 18.3.). Diese Zahlen liegen weit unter denen, die von der „FAZ" am 17.3. verbreitet wurden: *„Der offiziellen Bilanz zufolge wurden 45.000 Personen festgenommen, gegen 13.000 von ihnen Anklage erhoben."*

Gegen 27 Polizisten ist Anklage wegen Folter an Gefangenen erhoben worden.

Ein Verfahren ist bereits abgeschlossen und endete mit Freispruch. Elf befinden sich noch in Haft (die Verfahren laufen noch) und 15 wurden auf freien Fuß gesetzt, während die Verfahren weiter geführt werden („FAZ", 11.3.). Von 68 Foltervorwürfen hätten sich 14 als unberechtigt erwiesen, 40 würden noch untersucht, und in 14 Fällen sei Anklage erhoben worden („FR", 16.3.). Und dies bei 30 namentlich bekannten Todesopfern durch die Folter bzw. faschistischen Überfällen von Polizisten auf Gefangene.

Helga Schuchardt bleibt dabei: »Keine systematische Folter in der Türkei«

Die Rechtfertigung des Militärputsches in der Türkei und die Unterstützung der Junta durch die Bundesregierung nimmt bei den „linken" SPD- und FDP-Mitgliedern immer peinlichere Formen an. Hatten Karsten Voigt und Helga Schuchardt, Mitglieder der Bundestagsdelegation, nach ihrer Reise zwar noch die massiven Menschenrechtsverletzungen anerkannt, allerdings die „Systematik" der Folter bestritten, geht Helga Schuchardt heute noch einen Schritt weiter in der Verteidigung der Militärjunta. Auf einer Veranstaltung der FDP in Westberlin unter dem Thema „Türkei-Hilfe trotz Menschenrechtsverletzungen?" erklärte sie: *„Die Militärregierung setzt Folter nicht als offizielle Staatspolitik ein"* (Hervorhebung AK, nach „Die Neue", 18.3.). Soll das nun heißen, daß „inoffiziell" gefoltert werden darf, ohne dies der Junta zum Vorwurf zu machen? Wohl, denn Helga Schuchardt begründet damit, daß *„insofern darauf zu bauen sei, daß sich die Menschenrechtssituation im Land verbessert"* (ebenda).

Amnesty International dagegen hat in einem Bericht erneut festgestellt, daß in der Türkei Gefangene „systematisch gefoltert" würden. Dagegen wiederum wandten sich die fünf Bundestagsabgeordneten der Türkei-Delegation in einem „Offenen Brief", in dem sie der Gefangenenhilfsorganisation *„offensichtliche Mißverständnisse"* vorhalten. Wir drucken zum Vergleich für diese „offenen Mißverständnisse" eine Liste der Todesopfer der Folter ab.

Liste der in der Türkei zu Tode Gefolterten

1. Zeke Yumurtaci: Verhaftet wegen des Vorwurfs, der militanten THKP-C anzugehören. Nach intensiven Folterungen in der 1. Abteilung der Istanbuler Polizeidirektion am 18. September gestorben.
2. Ekrem Eksi: Student, einer der Führer der „Patriotischen Revolutionären Jugendorganisation YDGF. Bis zum 13.10 auf der 1. Polizeistation in Istanbul gefoltert, danach ins Numune Hospital gebracht, wo er starb. Autopsie-Bericht 1410/2176 führt den Tod auf die Folterungen zurück (u.a. gebrochene Rippen).
3. Ali Inan: Student, 17 Jahre alt. Zwei Wochen auf der 1. Polizeistation in Istanbul gefoltert. Er starb am 29.9. im

Folterungen zurück (u.a. gebrochene Rippen).
3. Ali Inan: Student, 17 Jahre alt. Zwei Wochen auf der 1. Polizeistation in Istanbul gefoltert. Er starb am 29.9. im
Istanbul Haydarpase Militärhospital. Autopsiereport 1334/2057 der Istanbuler Cerraphasa Medizinischen Fakultät: Tod durch Folter.
4. Süleyman Ölmez: Lehrer, der am 16. November in Tunceli verhaftet worden ist. Gefoltert in der Landwirtschaftsschule in Tunceli. Am 20. November an den Folgen gestorben.
5. Canis Aksakal: Am 12. September in Sasat-Artvan verhaftet und auf der Polizeistation gefoltert. Verstarb im Trabson Numuna Hospital am 20. November.
6. Mustafa Sevik: In Pazar-Trabson verhaftet, am 12. Dezember bei einer Demonstration gegen die Haselnußpreiserhöhungen. Auf der Polizeistation gefoltert und verstarb danach.
7. Ahmet Karlangac: verhaftet als Mordbeteiligter an Nihat Erim. Am 18. Oktober meldeten die Zeitungen, daß er Selbstmord begangen habe. Augenzeugen und Medizinstudenten der Capa-Medizinischen Fakultät erklären, daß er keinen Selbstmord begangen habe.
8. Hasen Özmen: Am 5. Oktober in die 1. Abteilung der Ankara-Polizeidirektion gebracht. Er starb am 8. November an den Folgen von Elektroschocks. Sein Körper war mit Brundwunden bedeckt. Dieser Vorfall wurde von den Militärs untersucht.
9. Zaynel Caylan: Lehrer, der am 22. September in Aktepe verhaftet wurde. Verhört durch Mustafe Haakttis, Chef der 1. Polizeiabteilung in Ankara. Am 24. September war Ceydan tot. Drei seiner Rippen waren gebrochen. Zeichen von Elektroschocks auf seinem Körper.
10. & 11. Ahmet Hilmi Feyzioglu und Rafet Demir: In Burse aus dem Fenster geworfen. Untersuchungen eingeleitet von Militärbehörden.
12. Zadan Gazeteci: Im Gefängnis von Iszmir zu Tode gefoltert.
13. Ilhan Erdost: Im Militärgefängnis von Ankara zu Tode gefoltert.
14. Ibrahim Eski: Von der politischen Polizei in Ankara verhaftet wegen des Vorwurfs, einer illegalen Organisation

13. Ilhan Erdost: Im Militärgefängnis von Ankara zu Tode gefoltert.
14. Ibrahim Eski: Von der politischen Polizei in Ankara verhaftet wegen des Vorwurfs, einer illegalen Organisation
anzugehören. Am 14. November fiel er die Treppen hinunter und verletzte sich tödlich. Die Junta erklärte, er hätte Selbstmord begangen.
15. Behcet Dinlerer: Im Mamak-Militärgefängnis gefoltert, ins Krankenhaus eingeliefert, wo er am 15. Dezember starb.
16. Ercan Koca: Am 13. Dezembeer in Demetevler-Ankara verhaftet, als er ein Poster anklebte. Er starb im Ankara Gülhane Militärhospital. Der Autopsiereport führt als Todesursache schwere Verletzungen am Kopf an.
17. Cafer Dagdogan: Arbeiter in dre Paktas-Fabrik in Adana. Auf der Polizeistation getötet. Getötet am 13.12.80
18.-23.: Sechs Personen wurden auf den Friedhof Akkapi gebracht und zwar von der Polizei. Ihre Identität konnte nicht geklärt werden. Sie wurden in den Gräbern 316, 317, 319 und 318 vergraben.
24. Sükrü Cedik: Lehrer im Gabze bei Ismir und Mitglied von TÖB-DER. Dort am 10. November in der Gandarmerie-Station zu Tode gefoltert.
25.-30. Engin Böke, Nihat Arda und Konan aus Diyarbakir: Wurden in Kurtoglu im Folterzentrum von Ciallaga getötet. Weitere Einzelheiten sind nicht bekannt, da, so Rechtsanwäle, die Polizei heimlich Leichen verbrennt.

Die angeführten Personen sind bekanntgewordene Opfer der Folter. Die Namen wurden übereinstimmend von ai und der „Alternativen Türkeihilfe" bestätigt.

Aus der „taz" vom 10.3.81

Großrazzia bei den Nazis — Probe für Aktionen gegen links

Großrazzia bei den Nazis — Probe für Aktionen gegen links

Zur *„bislang größten Polizeiaktion gegen die Weiterverbreitung neonazistischer Schriften"* („Hamburger Abendblatt", 25.3.) kam es am 24. März. In einer bundesweit koordinierten „Blitzaktion" („Welt") wurden über 400 Wohnungen nach Nazi-Propagandamaterial durchsucht. Wie zu erwarten, wurden die Fahnder in erheblichem Umfang fündig: Neben Tonnen einschlägiger Propagandaschriften stieß man auch auf Waffen: In der Nähe von Ulm wurden sieben Gewehre vom Typ „98 K", sechs Pistolen und Munition sichergestellt, im Saarland ein, in Nordrhein-Westfalen zwei Karabiner. *„Polizei und Justiz gehen davon aus, daß mit dieser bundesweiten Aktion der Verbreitung neonazistischen Propagandamaterials 'für die Zukunft Einhalt geboten wird'"* („FR", 25.3.81). Davon kann allerdings nicht die Rede sein: Trotz des für Nazi-Verfolgungsmaßnahmen geradezu gigantischen Umfanges der Polizeirazzia gab es nicht eine einzige Festnahme, geschweige denn Verhaftung. Und auch für die angekündigten „Ermittlungsverfahren" wegen Volksverhetzung und Verbreitung von NS-Propaganda ist bereits heute absehbar, daß sie mehrheitlich ergebnislos im Sande verlaufen werden: Der bloße Besitz von NS-Material (und seien es noch so große Mengen) ist nach dem Gesetz nämlich nicht strafbar.

Es steht außer Zweifel, daß sich Umfang und Ergebnis dieser „bislang größten Polizeiaktion" gegen Neonazis in einem geradezu grotesken Mißverhältnis zueinander befinden. Der Alibi-Charakter dieser Razzia ist unverkennbar und wird auch in den bürgerlichen Medien gewürdigt. So z.B., wenn die „Frankfurter Rundschau" kommentiert, der Polizeieinsatz sei *„lange fällig"* gewesen, *„weil der Vorwurf schon einige Körnchen Wahrheit hatte, es sei zu lange mit zweierlei Maß gemessen worden"* („FR", 25.3.): *„Rechte Extremisten hatten es sicher etwas leichter als amoklaufende Linke."* Für den „FR"-Kommentator ist die Welt nun jedenfalls wieder im Lot, so daß er mit Hinblick auf „das Ausland" sogar die Erwartung ausspricht, die Polizei-Aktion möge *„jenseits der Grenzen existierende Befürchtungen mindern, die Bundesrepublik wehre sich nicht entschieden genug gegen ihre Feinde von rechts"* (ebenda).

Die Polizeiaktion richtete sich angeblich gegen die Einfuhr und Verbreitung von in den USA und Kanada hergestellten neonazistischen Schriften, Schallplatten usw. *„Ursprünglich waren die Ermittlungsbehörden bei der Aktion von 900 Beziehern neonazistischer Schriften und Schallplatten ausgegangen: Bei einer Selektion hatte sich nach Angaben des Präsidenten des Stuttgarter Landeskriminalamtes diese Zahl auf einen ernstzunehmenden Kern von 400 bis 450 verdächtigen Personen reduziert, da unter den Beziehern zu einem guten Teil rein beruflich interessierte Historiker, Politiker und Journalisten waren"* („Süddeutsche Zeitung", 25.3.).

Ausgangspunkt der Aktion waren Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaften in Stuttgart und Zweibrücken, die gegen die „deutschstämmigen" US-Nazis Gary Lauck und Georg Dietz sowie gegen den Deutsch-Kanadier Ernst Zündel ermitteln. Lauck ist Chef der „NSDAP/AO" und hat in den 70er Jahren mehrfach Propagandareisen durch die BRD unternommen. Ein Ermittlungsverfahren gegen ihn wegen Verbreitung von NS-Propaganda wurde noch 1978 von der Staatsanwaltschaft am Landgericht Frankfurt eingestellt.

Dietz ist Chef des „White Power Movement" und liefert aus seinem „White Power Publications"-Vertrieb größere Mengen neonazistischer Schriften in die BRD. Desgleichen Zündel, der in Toronto einen „Samisdat"-Verlag betreibt. Alle drei Figuren hatten und haben engen Kontakt zur westdeutschen Nazi-Szene.

Daß auf diesem Weg massenhaft Nazi-Propaganda auf dem offiziellen Postweg in die BRD geschickt wird, ist seit Jahren polizeibekannt. Seltsam war allerdings, daß man im Fernsehen als Probe des beschlagnahmten Materials u.a. Zeitschriften des bundesdeutschen „Kritik-Verlags" und eine französische Übersetzung (?!) der „Auschwitz-Lüge" des BRD-Nazis Thies Christophersen sehen konnte. Demnach steht zumindest fest, daß keineswegs nur Material von Nazis aus USA/Kanada einkassiert wurde. Es stellt sich sogar die Frage, ob nicht ein Großteil oder sogar der größte Teil der tonnen-schweren Polizei-„Beute" aus Nazi-Schriften besteht, die in der BRD selbst hergestellt und ganz legal vertrieben werden können — beispielsweise über den seit Jahren unter Polizeischutz stehenden Nazi-Buchladen in Frankfurt und die diversen nazistischen Kleinst-Verlage. Mit dem Vorwand von den Nazis aus USA und Kanada konnte wieder an der infamen Legende gearbeitet werden, als ob man in der BRD das Problem schon im Griff habe und nur der Flut von „eingeschleustem" NS-Kram aus dem Ausland noch Herr werden müsse. Zugleich gab das der Polizei Gelegenheit, wieder einmal die Notwendigkeit engerer internationaler Zusammenarbeit „bei der Bekämpfung des Extremismus von rechts und links" zu beschwören.

In allererster Linie muß die Großaktion der Polizei aber von der Linken sehr ernstgenommen werden: Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß mit dieser juristisch windigen und polizeimäßig absolut sinnlosen Aktion ein Alibi und eine praktische Übung für eine kurz bevorstehende großangelegte Polizeiaktion gegen die Linke geschaffen werden sollte.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Mit nationalistischer Propaganda gegen die Linke

Mit großer Aufmerksamkeit beobachtet die Militärjunta alle gegen sie gerichteten Aktivitäten in der BRD. Anläßlich der Demonstration von über 10.000 Türken am 14.3. in Frankfurt teilten Sprecher der Junta in Ankara mit *„daß die Namen der türkeifeindlichen Personen festgestellt werden und mit ihrer Ausbürgerung sofort angefangen wird"* (nach „Hürriyt", 16.3.). Dabei können sie sich der Zusammenarbeit der deutschen Geheimdienste und auch der SPD sicher sein. So hat die Bundestagsdelegation schon eine Liste von Personen und Organisationen mitgebracht, die die Junta als linksextremistisch einstuft. Gegen sie soll nach Worten von Karsten Voigt auch in der BRD vorgegangen werden (siehe AK 197).

Gleichzeitig ist in den in der BRD erscheinenden türkischen Zeitungen, mit einer nationalistischfaschistischen Propaganda begonnen worden. Die Kampagne läuft unter dem Stichwort: *„Die von uns sind und die nicht von uns sind"*. Die Linke wird als „türkenfeindlich", als dem türkischen Volk feindlich gegenüberstehend bezeichnet, sie seien keine „richtigen Türken". Bei den in der BRD lebenden Türken besteht verständlicherweise ein stark ausgeprägtes Nationalgefühl. Dies ermöglicht den starken Zusammenhalt und die Möglichkeit der Gegenwehr gegen die totale Unterordnung unter die gesellschaftlichen Verhältnisse hier. Daran knüpft nun die Kampagne an, um die Linke aus der „türkischen Gemeinschaft" auszugliedern, sie zu isolieren und die türkischen Arbeiter gegen die linke aufzuhetzen. Dabei bedienen sich die Zeitungen direkt des faschistischen Vokabulars. So heißt es zur Demonstration am 14.3. beispielsweise: *„Weder das deutsche Volk noch die deutschen Funktionäre hatten den ,roten Marionetten' erlaubt, ihre Straßen zu beschmutzen"* die Demonstranten *„könnten nur von türkenfeindlichen Drahtziehern auf die deutschen Strassen gesetzten ,roten Roboter', ,roten Marionetten' sein"* („Hürriyet", 16.3.)

Besonderes Lob erhalten natürlich die Mitglieder der Bundestagsdelegation. Diese hätten *„die Wahrheit zur Sprache"* gebracht, weshalb die *„falschen Türken in Panik"* geraten seien.

Einiges deutet auch darauf hin, daß die türkische Reaktion auf ein Verbot der Demonstration hingewirkt hat, was Frankfurts Oberbürgermeister Wallmann (CDU) ja auch zweimal versucht hat. Jedenfalls beschwert sich die „Hürriyt" nachträglich darüber, daß die *„lückenhafte deutsche Gesetzgebung"* es der Linken doch noch ermöglicht hatte, die Demonstration durchzuführen.



Moratorium? Nein danke? — »Nachrüstung«? — Aber ja doch

In seinem Rechenschaftsbericht an den 26. Parteitag der KPdSU schlug Breshnew hinsichtlich der eurostrategischen Atomwaffen „*eine Vereinbarung darüber vor, bereits jetzt ein Moratorium* (Pause — AK) *für die Stationierung neuer Raketenkernwaffen mittlerer Reichweite der Nato-Länder und der UdSSR festzulegen, das heißt, diese Mittel — natürlich einschließlich der vorgeschobenen Kernwaffen der USA in diesem Gebiet — quantitativ und qualitativ auf dem vorhandenen Stand einzufrieren. Das Moratorium könnte in Kraft treten, sobald die Verhandlungen zu dieser Frage beginnen, und es könnte gültig bleiben, bis ein ständiger Vertrag über die Begrenzung oder noch besser über die Reduzierung dieser Kernmittel in Europa abgeschlossen ist. Dabei gehen wir davon aus, daß von beiden Seiten jegliche Vorbereitung auf eine Stationierung entsprechender zusätzlicher Mittel, darunter der US-amerikanischen Pershing-2-Raketen und landgestützter strategischer Flügelraketen, eingestellt wird*" (1).

Wieder einmal war es die Bundesregierung, die — zwei Tage, nachdem Breshnew seine Rede gehalten hatte — als erste Regierung eines Nato-Landes nach der Reagan-Administration diesen Vorschlag kategorisch ablehnte: Er stelle nur einen Versuch der Festschreibung sowjetischen Übergewichts und ein Hindernis für Verhandlungen dar.

Zur Begründung ihrer ablehnenden Haltung war der Bundesregierung jedes Argument recht. „*Breshnews Vorschlag*" — so heißt es in ihrer Fünf-Punkte-Erklärung — „*bleibe hinter dem sowjetischen Angebot von 1979 zurück, das damals eine Reduzierung der Zahl der in der westlichen Sowjetunion stationierten SS-20-Raketen in Aussicht gestellt hatte, sofern der Westen keine Raketen stationiere*" (2). Hier mußte sich die Bundesregierung von dem ZK-Mitglied der KPdSU Arbatow wenig später belehren lassen, daß der Breshnew-Vorschlag nur eine E r g ä n z u n g früherer Vorschläge sei: „*Breshnews Angebot vom Herbst 1979, die Mittelstreckenraketen vom Typ 'SS 20' hinter den Ural zurückzuziehen, bleibe bestehen und sei unverändert auf dem Tisch*" (3).

Kaum stichhaltiger sind auch die beiden anderen Einwände der Bundesregierung. Zwar wird seit anderthalb Jahren bis zum Erbrechen die Legende wiederholt, daß das eurostrategische Atompotential der Sowjetunion dem der Nato überlegen sei, dennoch bleibt es eine Legende — zur Rechtfertigung der eigenen Atomrüstung: Noch 1979 — als die Sowjetunion schon längst mit der Stationierung ihrer SS-20-Raketen begonnen hatte — bestätigte der damalige Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Andreas von Bülow, daß die Atom-U-Boote der Nato und die Raketen Frankreichs ein „ausreichendes militärisches Gegengewicht" darstellen würden. Von einem Einfrieren einer angeblichen sowjetischen Überlegenheit durch das Breshnew-Moratorium kann schon von daher nicht die Rede sein, da die Nato erst 1983 technisch in der Lage ist, die neuen Atomwaffen in Europa zu stationieren. Ein Stationierungsstopp würde also zunächst einmal einseitig die Sowjetunion betreffen. Ein — ehedem nur schwer zu kontrollierender — Produktionsstopp ist im Breshnew-Moratoriums-Vorschlag nicht einmal vorgesehen.

Wenn Breshnews Moratorium kurzerhand als „Hindernis für Verhandlungen" verworfen wird, so wirft dies ein bezeichnendes Licht auf die Ernsthaftigkeit spezialdemokratischer „Abrüstungspolitik". Noch im sogenannten „Doppelbeschluß" des Westberliner SPD-Parteitages vom Dezember 1979 heißt es: „*Es ist zu prüfen, ob bei fortschreitendem Verhandlungsprozeß überprüfbare Vereinbarungen (Moratorien) über einen Produktions- und Stationierungsstopp neuer nuklearer Waffensysteme die Erfolgsaussichten von Verhandlungen zwischen Nato und Warschauer Pakt erleichtern würden.*" Und am 13.4.80 hatte Schmidt noch einmal erklärt: „*Ein erster Schritt in die richtige Richtung könnte darin liegen, daß beide Seiten gleichzeitig für eine bestimmte Anzahl von Jahren auf eine Dislozierung von neuen oder zusätzlichen Mittelstreckenwaffen verzichten und diese Zeit für Verhandlungen nutzen. Ich räume ein: Der gegenwärtige Vorsprung der Sowjetunion würde für diese Zeit bestehen bleiben. Aber das wäre auch ansonsten für mindestens drei Jahre der Fall, ja, der sowjetische Vorsprung würde in der Periode der drei Jahre noch wachsen, die der Westen für seine Produktion brauchte*" (4).

Durch Breshnews Moratorium-Angebot wurde speziell die SPD in ein ziemliches Dilemma gebracht. Der Bundesregierung ging es mit dem „Nachrüstungs"-Doppelbeschluß eindeutig um die Durchsetzung ihrer atomaren Hochrüstungspläne. Dementsprechend erläuterte Apel auf der Münchner Wehrkundetagung den Sinn des Nato-Beschlusses vom 12. Dezember 1979: „*Stationierung der 572 Mittelstreckenwaffen in fünf europäischen Ländern, es sei denn, es kommt ein Abkommen zustande, das die Mittelstreckenwaffen beider Seiten so einbindet und unsere Sicherheitsinteressen in diesem Punkt so befriedigt, daß eine g e r i n g e r e Z a h l ausreicht*" (5).

Für die Bundesregierung steht — und stand von Anfang an — also fest, d a ß die neuen Atomwaffen Pershing II und Cruise missile in Europa stationiert werden. Durch verbale Bekenntnisse zu Rüstungskontrollverhandlungen mit der Sowjetunion sollten innerparteiliche Kritiker aus der SPD und die über die atomare Hochrüstungspolitik zunehmend beunruhigte Öffentlichkeit besänftigt werden. Da die Rüstungskontrollverhandlungen und -abkommen der letzten zehn Jahre allesamt alles andere als Abrüstung gebracht haben (6), versprach der Westberliner SPD-Parteitag ganz neue Wege in der Rüstungskontrollpolitik: „*Der Rüstungswettlauf hat sich in den letzten Jahren zunehmend auf den qualitativen Bereich verlagert. Dieser Entwicklung können traditionelle Maßnahmen der Rüstungsbegrenzung und -verminderung nur unzulänglich gerecht werden. Im Osten wie im Westen muß es möglich gemacht werden, die häufig anzutreffende Abfolge — militärische Forderung, Entwicklung, Erprobung, Serienproduktion und Zuweisung an die Streitkräfte — durch verstärkte Ausübung politischer Verantwortung in jedem Stadium zu unterbrechen. Kooperative Rüstungssteuerung kann sich nicht nur an bestehenden Waffensystemen orientieren, sondern muß auch versuchen, destabilisierende Rüstungsoptionen rechtzeitig in Verhandlungen einzubeziehen. Das kann durchaus bedeuten, daß schon entwickelte Wafensysteme aufgrund von Verhandlungsergebnissen nicht produziert und den Streitkräften zugeführt werden. Schon getätigte Aufwendungen für die Entwicklung neuer Systeme dürfen dafür kein Hinderungsgrund sein; Hoffnungen auf Rüstungssteuerungsergebnisse dürfen kein Grund sein, auf verteidigungspolitisch gebotene Entwicklungen neuer Waffensysteme zu verzichten.*"

Durch den von der US-Regierung forcierten Konfrontationskurs der NATO, durch ihre unverhohlene Absage an SALT II (7) einerseits und den in den kleineren NATO-Staaten und auch in der westdeutschen Öffentlichkeit wachsenden Widerstand dagegen andererseits ist der Spielraum für die auf dem Westberliner Parteitag eingeschlagene „Doppelstrategie" der SPD heute recht schmal geworden. Durch ihren Moratoriumsvorschlag versucht die Sowjetunion, die Bundesregierung unter Druck zu setzen, hinsichtlich ihrer verbal bekundeten Bereitschaft zu Verhandlungen über Rüstungskontrolle Farbe zu bekennen.

Schmidt und Genscher treten in dieser Situation die Flucht nach vorn an: „*Wer sich einmal auf ein Moratorium einlasse*" — so Genscher — „*könne schließlich, wenn sich Abrüstungsverhandlungen erfolglos hinziehen, die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa nicht mehr politisch durchsetzen*" (9). Er befürchtet, daß wie Anfang der 60er Jahre die Ostermarschierer demnächst Grüne, linke FDPler und SPDler, „*aber auch kirchliche Gruppen und Kommunisten gemeinsam auf die Straße gehen*" könnten (9). Schmidt und Genscher setzen auf eine „verstärkte Aufklärung der Bevölkerung" über die sowjetische Aufrüstung — sprich: neue und noch abenteuerlichere Legenden über eine angebliche sowjetische Überlegenheit; sie mahnen, feste Bündnistreue zu den USA zu halten, die sie durch Breshnews Moratorium gefährdet sehen. Die SPD wird von Schmidt in drohendem Ton zur innerparteilichen Geschlossenheit und zur Räson gerufen.

Andere Vorstandssozialdemokraten haben sich derweil um die „Glaubwürdigkeit" der SPD zu kümmern, denn — wie es ein im „Spiegel"zitierter angeblicher anonymer SPD-Mann ausdrückt — „*wenn die SPD merkt, daß sie beschissen werden soll, dann wird sie zur Trägerin des Protests. Dann kippt der ganze Nachrüstungsbeschluß*" (9). Nun geht es sicherlich weniger um die SPD, schon eher um eine Bewegung, wie sie Genscher befürchtet. Dennoch ist die Sache für die SPD so brisant, daß ein Glotz gerade der richtige Mann an dieser Front ist: „*Wir haben niemals den Verhandlungsteil des Beschlusses nur [!] gefaßt, um den Stationierungsbeschluß durchzubekommen*" (10). Um „Glaubwürdigkeit für die SPD" geht es sicherlich a u c h , wenn der SPD-Landesvorstand von Baden-Württemberg einstimmig beschließt, beim nächsten Bundesparteitag 1982 eine Überprüfung des SPD-„Nachrüstungs-Doppelbeschlusses" zu erreichen und ein zeitlich begrenztes Moratorium als sinnvollen Bestandteil sofort aufzunehmender amerikanisch-sowjetischer Verhandlungen über die Mittelstreckenwaffen „ohne Vorbedingungen" wertet — mit den Stimmen der Bundesminister Hauff und Offergeld. Beide hatten den Kabinettsbeschluß vom 25.2.81 mitgetragen, der dem sowjetischen Angebot für einen vorläufigen Stationierungsstopp eine Absage erteilt und den NATO-Doppelbeschluß bekräftigt.

Nicht zu übersehen ist aber, daß sich auch nennenswerte Teile der SPD von dem Doppelbeschluß verarscht fühlen und nicht bereit sind, den NATO-Raketenbeschluß mitzutragen. Die Friedensbewegung sollte sie ermuntern, ihren Protest öffentlich „auf den Markt zu tragen" und sich an den künftigen Aktivitäten gegen die Durchsetzung des NATO-Beschlusses zu beteiligen.

J., Westberlin

Anmerkungen

1) L.I. Breshnew: Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU und die nächsten Aufgaben der Partei in der Innen- und Außenpolitik, Berlin 1981, S. 41
2) zit. lt. „FAZ", 26.2.81
3) zit. lt. „Tagesspiegel", 17.3.81
4) zit. lt. „Vorwärts", 19.3.81
5) zit. lt. „Europäische Wehrkunde" 3/81, S. 105
6) Dies wird selbst von Apel eingestanden: „Rüstungskontrollpolitik war bestenfalls eine kontrollierte Aufrüstungspolitik. Die Zahl der nuklearen Sprengköpfe von USA und Sowjetunion wird sich in den nächsten Jahren vergrößern, selbst wenn sich beide Seiten an die bisherigen SALT-Absprachen halten ..." („EWK" 3/81, S. 102)
7) Teile der SPD werten die Absage der Reagan-Administration an SALT II als Aufkündigung der „Geschäftsgrundlage" des Doppelbeschlusses. In dem Beschluß des Westberliner SPD-Parteitags hieß es dazu: „Bei einem Scheitern von SALT II würden durch ein Nachrüsten im Bereich der nuklearen Mittelstreckensysteme die Gefahren eines neuen Rüstungswettlaufs gefährlich steigen und eine neue Lage schaffen".
8) entfällt
9) zit. lt. „Spiegel" 10/81
10) zit. lt. „Tsp.", 24.3.81

97 Prozent der Bevölkerung ohne Schutz

dpa, München

In der Bundesrepublik heulten gestern vormittag die rund 67 000 Zivilschutzsirenen zur Probe. Für den Ernstfall stehen nach Erhebungen des Bundesamtes für Zivilschutz aber einschließlich der im Bau und in der Planung befindlichen Objekte nur etwa 1,87 Millionen Schutzplätze für rund drei Prozent der Einwohner der Bundesrepublik zur Verfügung. Davon sind etwas mehr als 870 000 unbelüftet und deshalb nach Ansicht von Heinz Schlesinger, Referent im Bundesamt, nur für einen kurzzeitigen Aufenthalt geeignet. Gut 540 000 belüftete Schutzplätze befinden sich innerhalb von Dienststellen des Bundes und der Länder.

Die gesamte Schutzkonzeption nach dem Gesetz über den Zivilschutz hat nach Meinung Schlesingers jedoch nur dann einen Sinn, wenn möglichst viele Menschen überleben. Durch eine Verbesserung der Ausstattung und durch Ersatz völlig veralteten Materials könnte der Katastrophenschutz nach Erreichen der Sollstärke im Verteidigungsfall seinen Aufgaben sogar in etwa gerecht werden.

Die Wirklichkeit jedoch sieht anders aus. In der Millionenstadt München beispielsweise fehlen unter anderem Schutzbauten, Personal, viele Fahrzeuge sind veraltet. So stehen bei den Sanitätseinheiten etwa 50 Krankenwagen statt in Bereitschaft nur auf dem Papier. Wirkungsvollen Schutz gibt es nur für etwa 11 000 Münchner und für wertvolles Kulturgut, wie Archivalien, die mikroverfilmt werden.

„Welt", 26.3.81



Schluß mit den Kriegsvorbereitungen

Schwerer Unfall auf dem Nato-Schießplatz Bergen-Hohne

Am 1.März '81 um 02.45 früh löste sich ein Treibspiegelgeschoß aus der Kanone eines Leopard-Panzers und traf einen in der Nähe stehenden, mit Munition beladenen Laster. Dabei erlitten 10 Bundeswehrsoldaten zum Teil schwere Verletzungen (Verbrennungen, Splitterverletzungen).

Bereits 1964 wurde auf dem gleichen Schießplatz ein mit Menschen gefüllter Lkw von einer 81mm-Mörsergranate getroffen, neun Menschen starben, zehn wurden schwer verletzt. Für die „Sachverständigen" des Bundesamtes für Wehrtechnik ist es angesichts dieses jüngsten Unfalls „*schier unglaublich - ein kleines Wunder - daß es nicht wieder Tote gegeben hat !*" („Landeszeitung" vom 3.3.).

Schluß mit den Kriegsvorbereitungen!

Aufruf zur Demonstration in Bonn Gegen die atomare Bedrohung — Nein zu Atomraketen und Neutronenbomben

Vom 6. bis 9. April 1981 tagt die „Nukleare Planungsgruppe" der NATO in Bonn. Diesmal steht die Verwirklichung der Nachrüstungsbeschlüsse auf der Tagesordnung.

Gegen diese „*selbstmörderische, Milliarden verschlingende Politik der Stärke*" ruft ein Aktionsbündnis zu einer Demonstration am : April in Bonn auf. KSG, ESG, der AStA, die Vereinigung Demokratischer Juristen, Service Civil Internation, Bildungswerk für Friedensarbeit, VVN, Bonner Bürgerinitiative für Abrüstung, die Grünen, Buchladen 46 und Progreß-Buchladen, Songgruppe Folksbinder, DKP, MSB, Juso-AG Bonn-Mitte und Tannenbusch, Judos und Falken haben einen gemeinsamen Aufruf herausgegeben. Inzwischen wurden auch national Unterschriften für den Aufruf gesammelt.

Am 4.4. sammelt sich die Demonstration um 10.30 Uhr am Parkplatz Römerstraße. Um 12 Uhr findet die Kundgebung auf dem Bonner Münsterplatz statt.

* * *

Aktionsplanung gegen den Bonnzbunker

In einem heute noch romantischen Flecken der BRD liegt tief in einem Weinberg vergraben in der Eifel der atombombensichere Notstands- und Kriegsregierungsbunker der BRD.

Am 5.4. findet in Bonn ein Vorbereitungstreffen einer Aktion an diesem „Bonnzbunker" in Dernau statt.

Selbst bei einem atomaren Inferno soll die BRD — so vorrangiges Ziel der gesamten Notstandsplanung — wenigstens regierbar bleiben. 6.000 Personen können monatelang in Dernau eine atomare Verseuchung überleben. Für 97 % der Bevölkerung gibt es hingegen überhaupt keine Schutzeinrichtungen. 1,87 Millionen vorhandene bzw. im Bau befindliche Plätze täuschen hauptsächlich einen atomaren Schutz vor. Denn 870.000 Bunkerplätze sind nicht belüftet und nur für einen „*kurzzeitigen Aufenthalt geeignet*" (Schlesinger, Referent im Bundesamt für Zivilschutz). 540.000 immerhin belüftete Plätze sind in Behörden von Ländern und Bund eingerichtet. Neben einem erheblichen Behördenstamm könnte also der Kriegsregierung noch eine kleine Bevölkerung zur verwaltung verbleiben. Eine Aussicht, die offenbar für eine Atomkriegsaufrüstung ausreicht.

(Angaben nach „Welt", 26.3.81).

Das Vorbereitungstreffen für die Protestaktion findet am 5.4. um 12 Uhr in der Geschäftsstelle der Grünen (Friedrich-Ebert-Allee 120) statt.

* * *

Frauenaktionen in Bonn

Für den 7.4. morgens um 8 Uhr ist eine Frauenaktion vor der Bonner Hardthöhe angemeldet worden. Am Vorabend, dem 6.4.81, findet um 20 Uhr ein Koordinierungstreffen der Frauen statt (in der Wolfstraße 10, im Hinterhaus; Kontakt: Barbara, Tel. 0228/ 22 49 55).

* * *

Internationaler Friedensmarsch

Im Rahmen der Initiative der Russell-Foundation für eine atomwaffenfreie Zone in Europa planen Frauen aus den skandinavischen Ländern, von Kopenhagen aus einen Marsch nach Paris durchzuführen, wo vom 6. bis 9. August (Hiroshima- und Nagasaki-Tage) ein Friedensfestival stattfindet. 60-80 Frauen wollen am 21.6. mit einer Veranstaltung beginnen (am 21.6. soll ein internationaler Aktionstag von den Unterstützern der Russell-Initiative organisiert werden).

Der Marsch führt am 28.6. über Kiel nach Nortorf (29.), Itzehoe (30.), Glückstadt (1.7.), Armstorf (2.), Kuhstedt (3.), Bremen (4./5.), Wildeshausen (6.), Lohne (7.), Bramsche (8.), Tecklenburg (9.), Altenberge (10.), Coesfeld (11./12.), Borken (13.), Wesel (14.), Kevelaer (15.).
Absprachen über Wencke Sorangr, Pilestredet 36, L 270 N-Oslo 1, Tel. 02/200 689.

* * *

6. Internationaler gewaltloser Marsch für Entmilitarisierung

Seit 1975 findet alljährlich der internationale Gewaltfreie Marsch statt.

In diesem Jahr ist vom 1. bis 13. August 1981 in Holland ein antimilitaristisches Zeltdorf geplant. Eine Reihe von Aktionen und Blockaden ist in diesem Rahmen geplant. In der BRD ist außerdem eine Demonstration anläßlich der alliierten Truppenparade im Mai in Westberlin geplant und eine gewaltfreie Aktion in Ramstein am 2.6.

Als langfristige Ziele gibt der Aufruf an:

Die einseitige Abrüstung in jedem Lande bis zur völligen Abschaffung allen Militärs. Abschaffung der Militärblöcke, insbesondere Warschauer Pakt und NATO. Eintreten für „Konversion" von Rüstungsproduktion und „gewaltlose" Formen nichtmilitärischer Verteidigung und die Bekämpfung des Militärs als Unterdrückungsinstrument gegen die Selbstbestimmung der Völker.

In dem Aufruf werden die Forderungen des holländischen internationalen kirchlichen Friedensrates „Atomwaffen aus der Welt abschaffen, mit Holland anfangen" sowie der Russell-Foundation nach einer atomwaffenfreien Zone in Europa unterstützt. Der Aufruf wendet sich gegen Rüstungsexporte in die „3.Welt" und gegen die Ausbeutung von Menschen und Rohstoffen in diesen Ländern. Sowohl die drohende Intervention der USA in El salvador als auch der Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan werden verurteilt.

Neben der Forderung nach Verzicht auf die zivile Nutzung der Atomenergie wird die Unterstützung aller Kriegsdienstverweigerer erklärt und deren Freilassung und Rehabilitierung gefordert.

Der internationale Marsch wird bisher unterstützt vom Bundeskongreß der DFG/VK, den Landesverbänden Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saar und der Lüneburger Ortsgruppe, der Graswurzelrevolution, Gewaltfreien Aktion Würzburg und Umweltschutz Dortmund, dem Bundesvorstand und Bundeshauptausschuß der Grünen, Ohne Rüstung Leben, Gruppe Hamburg und SOdZDL.
(Kontakt: c/o Rolf Klamann, Moordamm 45, 2081 Ellerbeck, Tel 04101/ 3 21 31).

Das »Nürnberger Modell«:

»Wenn ich es nicht selbst erlebt hätte, würde ich das meiste nicht glauben« (Egon Lutz, SPD-MdB)

Immer mehr bestätigt sich in Nürnberg, daß der Staatsterror der CSU keine vorübergehende Erscheinung oder ein einmaliges Durchdrehen einiger Richter, Staatsanwälte und Bullen war, sondern ein langfristig angelegtes und gut vorbereitetes Manöver, das nicht nur eine bisher ungekannte Verschärfung im Polizei- und Justizapparat einleitet, sondern auch eine massive Faschisierung in weiten Teilen der Bevölkerung und allen gesellschaftlichen Bereichen bezweckt.

Obwohl die Nürnberger Justiz eingestehen mußte, daß sie trotz Einsatz ihrer gesamten Repressionsinstrumente gegen die 141 ehemalig Inhaftierten bisher keinen der inzwischen „ermittelten" 70 Demonstranten als „Steineschmeißer" identifiezieren konnte, lehnt sie jede selbstkritische Stellungnahme ab. Im Gegenteil: die unmöglichsten Konstruktionen müssen zur Rechtfertigung herhalten. So meint z. B. Oberstaatsanwalt Schmidt, einer der Scharfmacher und interessanterweise SPD-Mitglied: *„Selbstverständlich haben nicht alle 140 Scheiben eingeworfen. Aber sie waren unterstützend beteiligt bei den Krawallen. Nach den Grundsätzen der Mittäterschaft und der Beihilfe sind sie mitverantwortlich ... Nehmen wir an, 140 sind an einem Massenmord beteiligt oder an mehreren gemeinschaftlichen Morden. Dann hängen (!) die doch auch alle 140."* (TAZ, 20.3.) Offenbar scheint diesem Herrn sogar entgangen zu sein, daß hierzulande die Todesstrafe abgeschafft ist. Oder der bayerische Justizminister Hillermeier: Auf der KOMM-Veranstaltung habe sich zwar eine Mehrheit dagegen ausgesprochen, Fensterscheiben einzuwerfen und Autos zu beschädigen. Aber die gleiche Mehrheit habe sich sinngemäß so geäußert: Wenn die Minderheit gewalttätig werden will, ist das ihre Sache, die Mehrheit müsse das in Kauf nehmen. Das, so Hillermeier, *„liegt im Bereich der intellektuellen Mittäterschaft."*

Auch die CSU begibt sich auf's juristische Glatteis: Allesamt Straftäter sind für sie jene, *„die nicht etwa nach einer Demonstration, wie verfälschend behauptet wird (vor wem sollte nachts demonstriert werden?), sondern nach gemeinschaftlich begangenem Landfriedensbruch ins KOMM zurückkehrten."* (Nürnberger Anzeiger, 26.3.) Nun ist der Para-

sondern nach gemeinschaftlich begangenem Landfriedensbruch ins KOMM zurückkehrten." (Nürnberger Anzeiger, 26.3.) Nun ist der Para-

graph, nach dem „gemeinschaftlich begangener Landfriedensbruch" bestraft werden kann, vor 10 Jahren von der SPD/FDP- Regierung abgeschafft worden, das weiß auch die CSU. Denn sie fordert ausdrücklich die Wiedereinführung der alten Fassung, und in ihren juristischen Konstruktionen kommt genau das zum Ausdruck: sie alle beinhalten eine direkte oder indirekte Anwendung des alten Paragraphen. Daber verwickeln sie sich selbst in Widersprüche: So erklärte z. B. die Staatsanwaltschaft, sie hielte etwa die Hälfte aller Verhafteten *„der Teilnahme an dem gewalttätigen Marsch am Abend des 5. März"* für überführt. Am gleichen Tag bestritt Hillermeier vor dem Bundestag, daß etwa 70 unbeteiligte Personen verhaftet worden seien. Es habe sich lediglich um 22 gehandelt, die sofort wieder freigelassen worden seien.

Irgendetwas kann da nicht stimmen. Diese Dinge sind Ausdruck der Tatsache, daß mit den Inhaftierungen und der Massenverhaftung sogar das bürgerliche Recht gebrochen worden ist, und jetzt die CSU versucht, ihr Vorgehen nachträglich zu rechtfertigen.

bürgerliche Recht gebrochen worden ist, und jetzt die CSU versucht, ihr Vorgehen nachträglich zu rechtfertigen.

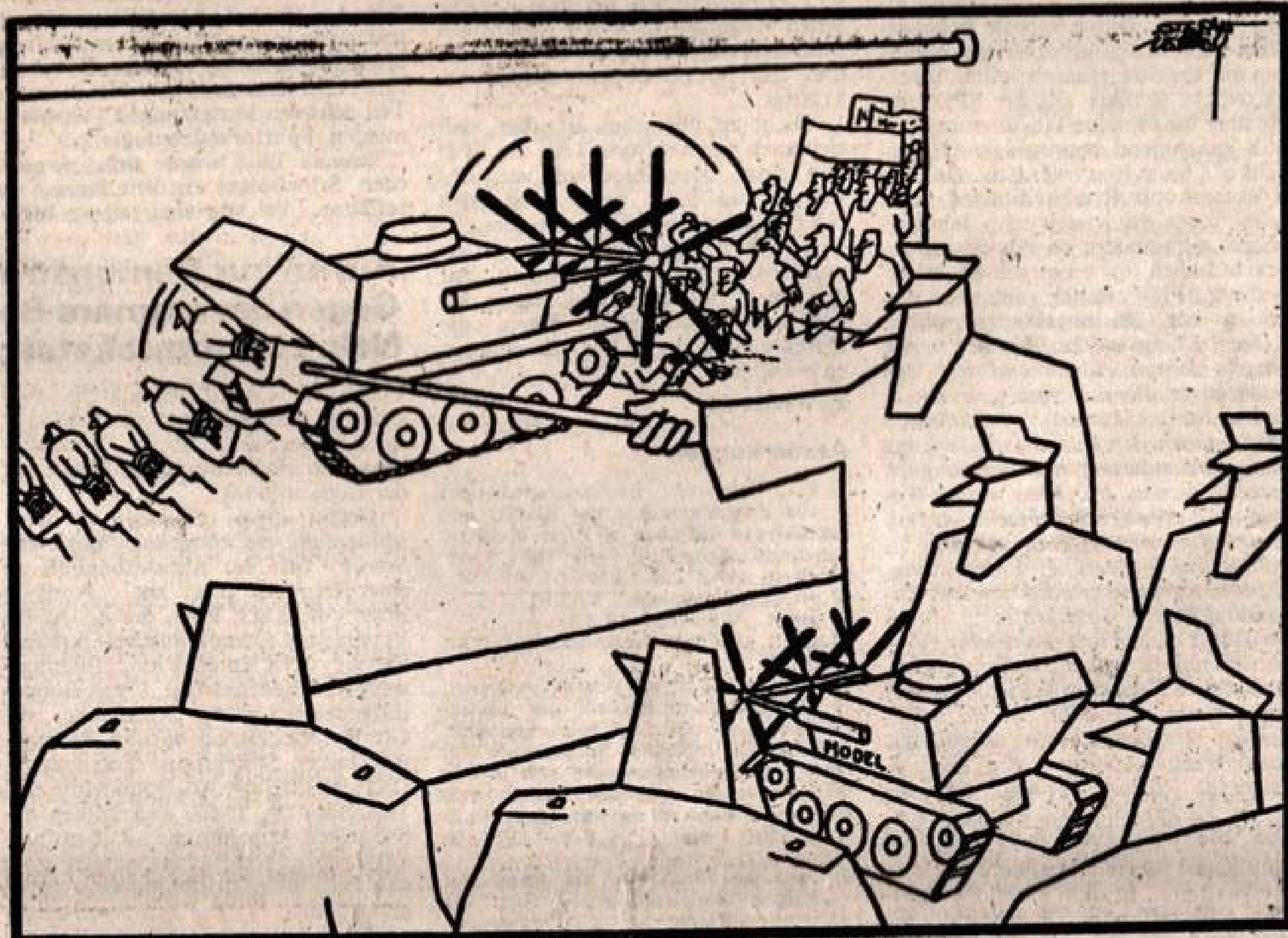
Obwohl selbst diejenigen, die sich an der Demonstration beteiligt haben, nichts Illegales getan haben, werden sie in der Öffentlichkeit als bereits überführte „Gewalttäter" und „Gewalt-Sympathisanten" hingestellt. Etwa 40 der Inhaftierten mußten sich die Freiheit mit dem „Geständnis" erkaufen, daß sie sich an der Demo beteiligt hätten. Anwälte bezeichneten einen Teil der „Geständnisse" als *„durch eindeutig rechtswidrige und an Nötigung grenzende Beugehaft zustandegekommene Aussagen."* (NN, 20.3.) Ermittlungsrichter und Staatsanwälte ließen bei den „Anhörungen" durchblicken, daß es *„ohne Aussage zur Sache keine Freilassung"* gebe.

Vier Rechtsanwälte protestierten gegen die Behandlung ihrer Mandanten und sprachen in diesem Zusammenhang von „Beugehaft". Gegen die Inhaftierten fände ein *„gesetzwidriger Nervenkrieg zur Aussageerpressung"* statt. Laufend würden die Inhaftierten zur Anhörung vorgeführt und dabei in Anwesenheit von zwei Staatsanwälten unter Druck gesetzt, um Beweismaterial zu gewinnen (SZ, 20.3.). Und das vor dem eindeutigen

und dabei in Anwesenheit von zwei Staatsanwälten unter Druck gesetzt, um Beweismaterial zu gewinnen (SZ, 20.3.). Und das vor dem eindeutigen

juristischen Hintergrund, daß ein Beschuldigter keine Aussagen zu machen braucht und ihm dadurch keine Nachteile erwachsen dürfen.

Inzwischen haben 260 Personen, Angehörige und Freunde der ehemals Inhaftierten, gegen die fünf Ermittlungsrichter, die für die Haftbefehle verantwortlich sind, Strafanzeige wegen Rechtsbeugung, Freiheitsberaubung und Verfolgung Unschuldiger gestellt.



Was Tandler in Sachen neue Polizeibewaffnung nächstens auf dem Zettel hat (Karikatur von Stefan Verwey / „De Volkskrant", 12.3.81)

Ein Nürnberger Rechtsanwalt wandte sich mit einer Beschwerde an das Bundesverfassungsgericht, weil bei der Auswahl der fünf Ermittlungsrichter ein als liberal geltender Richter übergangen worden ist, obwohl er den ganzen Tag telefonisch erreichbar war. Das verstößt gegen das Grundgesetz, nach dem die zuständigen Richter vor einer Straftat feststehen müssen, damit ein Richter nicht „passend" zur jeweiligen Beschuldigung ausgewählt wird. Statt des liberalen Richters ist an dem berüchtigten 6. März der als besonders scharf bekannte Ermittlungsrichter Günter Meyerhöfer eingesetzt worden, der dann seinem Ruf auch gerecht wurde: er allein unterzeichnete an diesem Tag 50 Haftbefehle.

Günter Meyerhöfer eingesetzt worden, der dann seinem Ruf auch gerecht wurde: er allein unterzeichnete an diesem Tag 50 Haftbefehle.

Die Justizbehörden erklärten zu diesem Vorgang, daß kein Richter „absichtlich" übergangen worden sei (FR, 25.3.).

Ein weiterer Beweis dafür, daß die ganze Aktion mit allen Konsequenzen g e p l a n t war und keineswegs die Folge der zerbrochenen Fensterscheiben, ist die Erklärung von 3 Insassen der JVA Bayreuth, in die auch ein Teil der Inhaftierten vom 6. März verschubt worden ist:

„Bereits Donnerstag, 5.3.81, war hier in der JVA Bayreuth bekannt, daß Freitag, 6.3.81, mehrere Leute auf einmal eingeliefert werden sollten ... Es wurden für 22 noch zu Verhaftende Vorbereitungen getroffen. Bereits am Nachmittag, also vor der Demonstration in Nürnberg, wurden Anstaltswäschepakete vorbereitet. 5 Stunden später als erwartet wurden Samstag um ca. 0.40 Uhr dann die ‚Verhafteten' unter besonderer Bewachung – sie waren teilweise mit Handschellen an Beamte gefesselt – während weitere Polizeikräfte auf dem Gelände der JVA Bayreuth mit Maschinenpistolen die Aktion absicherten, eingeliefert. Im Haus II Einzelhaft (Absonderung) wurden 11 der Inhaftierten untergebracht ..." Die drei Autoren dieses Briefes sind bereit, ihre Erklärung auch vor Gericht zu bestätigen (aus TAZ, 23.3.).

Am Freitag, den 20. März, wurden die letzten 8 der 141 freigelassen, nach nunmehr zwei Wochen Haft. Aber wer geglaubt hatte, damit sei der Horror vorläufig beendet, sah sich in der folgenden Woche eines Besseren belehrt.

Eine ganze Reihe der ehemals Inhaftierten erhielt nämlich vom Ermittlungsrichter eine Vorladung, diesmal allerdings nicht als Beschuldigte, sondern als Zeugen! *„Versucht die Nürnberger Justiz jetzt im Nachhinein Belastungsmaterial zu sammeln, um die Massenverhaftungen zu rechtfertigen? Dieser Verdacht drängt sich seit gestern einigen Nürnberger Rechtanwälten auf."* (Abendzeitung, 26.3.) Dazu Rechtsanwalt Jörg Wagler: *„Diese Formulierung auf den Vorladungen ist in meinen Augen ein Trick der Justiz. Sobald ein Zeuge vernommen wird, muß laut Gesetz der Verteidiger des Beschuldigten benachrichtigt werden, auf den sich die Zeugenaussage bezieht, damit er die Interessen seines Mandanten wahrnehmen kann. Den Anwalt eines ‚Herrn Unbekannt' kann man natürlich schlecht verständigen ... Es ist auch ungewöhnlich, daß man Beschuldigte als Zeugen vorlädt, obwohl sie bereits vor dem Ermittlungsrichter ausgesagt oder klipp und klar erklärt haben, bis zur Verhandlung zu schweigen."* (AZ, 26.3.)

Das Ziel dieser „ungewöhnlichen Vorladung" wurde noch am selben Tag klar: Als Angelika S., eine der 141, vor dem Ermittlungsrichter erklärte, daß sie nach wie vor keine Aussage machen wolle, verhängte der Richter zuerst einmal eine Ordnungsstrafe von 100 DM, ersatzweise 2 Tage Haft. Dann ordnete er sofortige „Erzwingungshaft" an. Alle Proteste des Rechtsanwalts von Angelika halfen nichts, sie wurde abgeführt und mußte zum zweiten Mal innerhalb der letzten drei Wochen die „Aufnahmeprozedur" für den Knast über sich ergehen lassen (Blutabzapfen, Röntgen, usw.). Sie kam dann in eine Einzelzelle, von der sie jederzeit den Richter „anklingeln" konnte, wenn sie zu einem Geständnis bereit gewesen wäre. Einzelhofgang war selbstverständlich, schließlich sollte sie „in sich" gehen, das ist das Ziel der Erzwingungshaft.

Als das in der Nürnberger Szene bekannt wurde, hat sich manch einer, der seine Vorladung schon in der Tasche hatte, ernsthaft gefragt, ob es nicht vielleicht sinnvoller wäre, dieses Land oder zumindest die Öffentlichkeit zu verlassen. Einen Tag später allerdings wurde Angelika wieder rausgelassen, nachdem sie mündliche Beschwerde eingelegt hatte. Warum und wieso sie plötzlich wieder draußen war, wurde ihr nicht erklärt. Genauso unvermittelt kann sie demnächst wieder einfahren. In einem anderen Fall einer Vorladung wird die Willkür der Justiz noch deutlicher: H., die nach der Massenverhaftung im Frauengefängnis Aichach gesessen hatte, erklärte nach der Vorladung vor dem Ermittlungsrichter, sie wolle keine Aussage machen, weil ihr Anwalt verhindert sei, und bestand auf einem neuen Termin. Darauf der Richter zum Staatsanwalt: *„Soll ich sie bestrafen?"* Der Staatsanwalt: *„Ist mir egal!"* H. bekam einen neuen Termin und konnte nach Hause gehen.

„Soll ich sie bestrafen?" Der Staatsanwalt: *„Ist mir egal!"* H. bekam einen neuen Termin und konnte nach Hause gehen.

Aber nicht nur für die, die jetzt Vorladungen bekommen, geht der Horror weiter. Einige der 141 sind nur unter Auflagen entlassen worden, das heißt, der Haftbefehl ist nur „außer Vollzug gesetzt", aber nicht aufgehoben worden. Sie müssen sich einmal, z.T. zweimal pro Woche bei der Polizei melden. Einigen wurde vom Richter verboten, mit bestimmten Leuten über bestimmte Sachen zu reden!

Mindestens vier der 141 haben inzwischen ihren Arbeitsplatz bzw. ihre Lehrstelle verloren. Einigen droht der Verlust der Wohnung. Was es ansonsten für Auswirkungen geben wird, ist derzeit nicht abzusehen.



Terror in den Schulen

Daß die Nürnberger Massenverhaftungen auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen unglaubliche Faschisierungstendenzen nach sich ziehen, zeigen einige Beispiele aus den Nürnberger Schulen. So spielte sich in einem Gymnasium folgendes ab: Im Laufe einer Diskussion während einer Unterrichtsstunde, in der es um die Verhaftungen ging, erwähnte eine Schülerin, daß die wegen „Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung" inhaftierte Inge Piroch im Knast geschlagen worden war. Einige Tage später wurde sie vom Direktor aus dem Unterricht geholt. Im Direktorzimmer wurde sie dann von Kripobeamten empfangen, die von ihr verlangten, daß sie ihre Aussage über Inge Piroch vor der Klasse zurücknehmen müsse, andernfalls eine Anzeige bekäme. Als sie sich weigerte, wurde ihr aus dem Strafgesetzbuch vorgelesen und es wurden alle Register gezogen, um sie weich zu kriegen. Sie blieb aber standhaft.

Das ist kein Einzelfall. Es gibt keinen Überblick über solche Maßnahmen, da sich die meisten verständlicherweise nicht trauen, diese Dinge öffentlich zu machen.

»Nürnberg, 6. März 81, 3.27 Uhr«

Solidaritätsfestival westdeutscher Schauspielhäuser:

Eine wohl einmalige Solidaritätsaktion hat in den vergangenen Wochen von Seiten der Künstler in Nürnberg stattgefunden: etliche namhafte Theaterensembles haben honorarfrei in Nürnberg gespielt – das Geld wird dem Rechtshilfefonds der Verhafteten zugute kommen. Mit von der Partie waren folgende Bühnen mit ihren Stücken:

- die städtischen Bühnen Freiburg mit einer Dichterlesung „Ich, Peter Paul Zahl";
- das Schauspielhaus Köln mit dem Stück „Absa(h)nierung";
- das deutsche Schauspielhaus Hamburg mit dem Stück „Der zufällige Tod des Christian K.";
- Ortrud Beginnen (Schauspielhaus Bochum) mit ihrem „Soldaten-Lieder"-Programm;
- das Theater der Freien und Hansestadt Bremen mit dem Dario Fo-Stück „Nur Kinder, Küche, Kirche";
- das Freiburger Jugendtheater und die Rockgruppe Leela mit einer Bearbeitung eines GRIPS-Stückes: „Do drescht jo durch, he!"
- das Landestheater Tübingen mit dem Stück „Irr-T(r)ümer – Szenen aus dem bundesdeutschen Alltag";
- das Theater in der Garage/Erlangen mit Überlebensliedern und Texten aus den 30er und 40er Jahren: „Davon geht die Welt nicht unter";
- das Theater der Jugend/München mit einer szenischen Lesung: „Die Geschwister Scholl z.B.";
- das Schauspielhaus Frankfurt mit Texten und Liedern für den Frieden: „Es geht eine dunkle Wolke".

Doch damit nicht genug: Angebote weiterer Theater – im Gespräch waren auch das Nationaltheater Mannheim und das Staatstheater Hannover – können jetzt aus Termingründen nicht mehr berücksichtigt werden.

Am Nürnberger Theater gehen immer noch Solidaritätsadressen anderer Bühnen ein ...

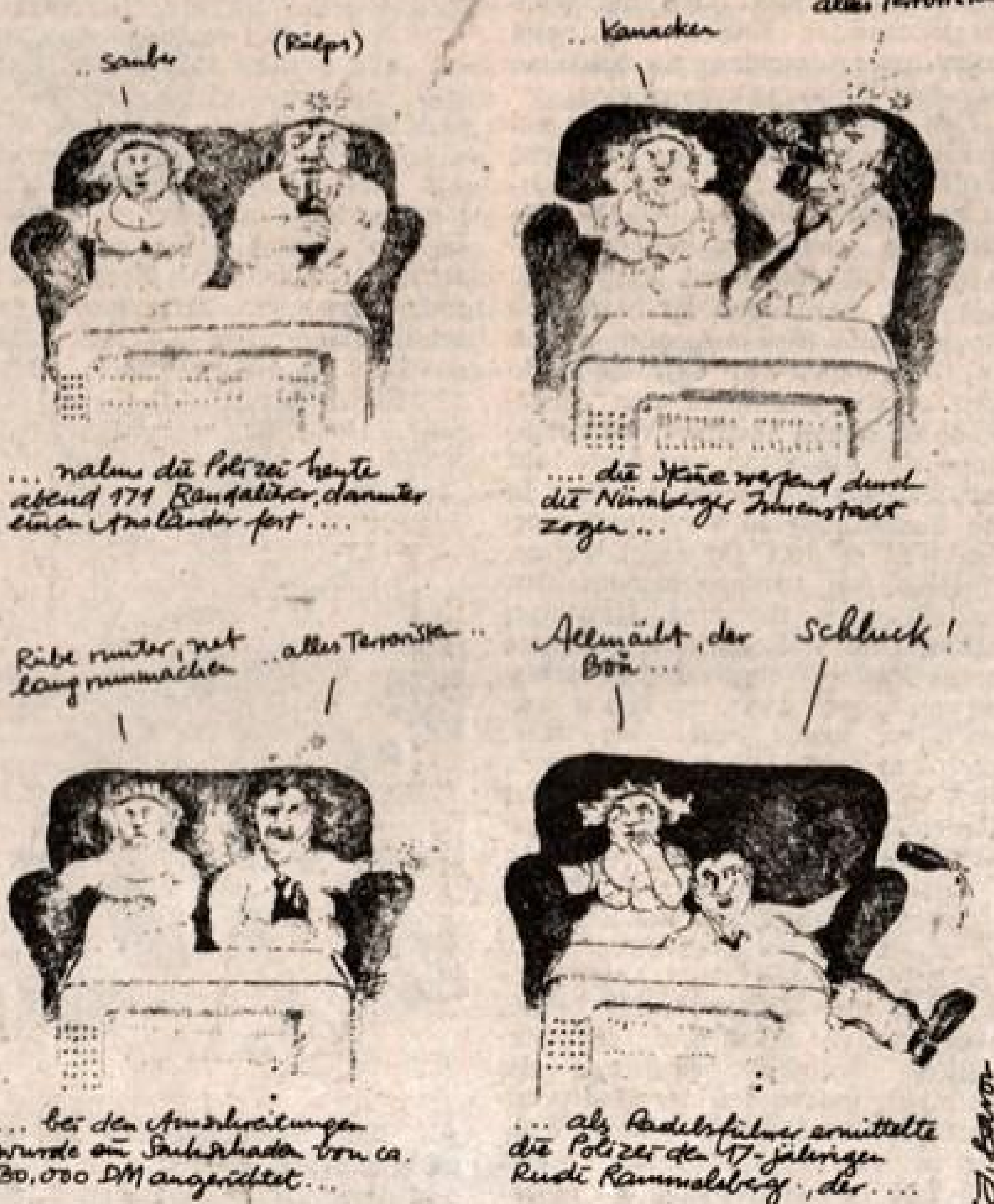
Eröffnet wurde dieses Solidaritätsfestival bereits eine knappe Woche nach der Massenverhaftung vom Nürnberger Schauspielhaus: unter dem Motto „Zur Verteidigung der Republik" wurden Texte u. a. von Böll, Rinser, Gollwitzer, Eich, Hacks und Duwe gelesen.

In einem „Künstlerapell zur Nürnberger Massenverhaftung" nahmen eine Vielzahl der Mitglieder des Schauspielhauses sowie namhafte Künstler gegen den Polizei- und Justizskandal Stellung. In der Erklärung heißt es: *„Wir zeigen uns empört über die in der Nacht vom 5. März auf den 6. März durchgeführte Polizeiaktion mit anschließender Massenverhaftung jugendlicher Demonstranten und KOMM-Besucher ... Wir erklären uns einmütig solidarisch mit den betroffenen Eltern der Festgenommenen und verlangen die sofortige Freilassung aller Inhaftierten bis zum Termin einer ordentlichen Gerichtsverhandlung ... Die allenfalls juristisch vertretbare Art und Weise, wie hier junge Menschen kriminalisiert und in die Terrorismus-Szene abgedrängt werden sollen, ist nur noch mit dem Begriff ‚Lebensschädigung' zu umschreiben.*

Wir fordern das Ende polizeigewaltsamer Eskalationen. Ende der Gewalt. Wir legen Herrn Polizeipräsident Kraus und Herrn leitenden Oberstaatsanwalt Dr. Brunner nahe, ihre Ämter zu räumen, da vermutet werden kann, daß ihre Haltung weiterhin Angst und Zorn verbreiten wird. Wir ersuchen die Parteien im Rathaus, alles zu tun, um diese beschämenden Vorgänge zu beenden und ein Klima der Vernunft zu schaffen."

Bleibt abschließend noch zu berichten, daß den ‚Ratten-und-Schmeißfliegen-Jägern' das ganze Festival natürlich ein Dorn im Auge war, und sie mit vereinten Kräften dagegen hetzten: nach Meinung des CSU-Oberbürgermeisterkandidaten Holzbauer darf ein Stück von Dario Fo nicht gezeigt werden, weil der Autor Kommunist ist! Und als „Skandal" sieht es die CSU-Stadtratsfraktion an, *„daß Texte eines an Terroristen-Mordtaten Beteiligten und deshalb rechtskräftig zu einer langjährigen Freiheitsstrafe verurteilten ‚Dichters' mit Zustimmung des Theaterreferenten Dr. Glaser im Nürnberger Schauspielhaus in einer ‚Dichterlesung' gelesen werden."*

Der reale Faschismus in der Bevölkerung



Nur vergleichbar mit den schlimmsten Exzessen während der Terroristenhetze ist das, was anläßlich der Vorgänge in Nürnberg in weiten Teilen der Bevölkerung an faschistischem Gedankengut hochgeschwemmt worden ist.

Hier stellvertretend einige „Stimmen aus dem Volke", die wir den Leserbriefspalten entnommen haben: *„Es muß hart durchgegriffen werden. Es geht nicht an, daß in diesem geteilten und übervölkerten Land derartige Unbelehrbare an die Oberfläche kommen. Wo soll das noch hinführen ... Ein Tip gegen Hausbesetzungen: Blockwarte. Aus eigener Erfahrung weiß ich, dies ist das probateste Mittel, um Ausschreitungen zu verhindern".*

„Höchstes Lob der Nürnberger Polizei und ihrem Präsidenten für den besonnenen Einsatz gegenüber dem gesteuerten roten Pöbel..."

„Erstaunlich, wieviele Eltern, die sich sonst um ihre Sprößlinge überhaupt nicht kümmern – denn sonst wären sie zu dieser Zeit nicht außer Haus – plötzlich die Gramgebeugten markieren, an der Obrigkeit verzweifeln und sich als Märtyrer dieses Systems fühlen ..."

„Für die Mitläufer, die nur aus Gaudi oder Neugierde dabei sein wollen, gilt das Sprichwort: ‚Mitgefangen – mitgehangen!' Wer nicht hören will, muß eben fühlen. Der Polizei gebührt Dank".

(Leserbriefe aus „Nürnberger Nachrichten", 14.3.)

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Graf Huyn will von der Bundesregierung wissen, ob unter den Jugendlichen im wehrfähigen Alter, die die „Gewalttäter" unterstützt hätten, auch solche seien, die den Kriegsdienst aus Gewissensgründen ablehnten („FR" 17.3.).

Strauß auf die Frage eines FR-Redakteurs, ob er seine Einschätzung, in Nürnberg seien „141 Gewalttäter" festgenommen worden, anläßlich der neuesten Erkenntnisse aufrechterhalten wolle: *„Hören Sie doch mal auf, endlich, also wirklich hier die Laus aus dem Pelz schinden zu wollen oder durch derartige lächerliche Detail-Fragen mich in Verlegenheit bringen zu wollen".*

Von einem Treffen der in der CSU organisierten Polizeibeamten aus dem Nürnberger Raum wird berichtet: *„Auch Polizeibeamte haben eine ‚Wut im Bauch'. Sie fordern eine bessere Ausrüstung. Vor allem wünschen sie sich sogenannte Distanzwaffen. Auch die Presse bekam ihr Fett weg, voran die Rundfunkanstalten. Kostprobe der Kritik: Da stellt sich die Mutter einer Verhafteten den Fernsehkameras und berichtet weinerlich, daß ihr zehn Monate altes Enkelkind jetzt ohne Mutter dastünde. Es könne zu Verhaltensstörungen kommen. Dabei sei geflissentlich verschwiegen worden, daß ‚die Mutter dem horizontalen Gewerbe' angehören soll.*

Ein Beamter berichtete von zwei Einsätzen in Brokdorf. In einem Fall wollten die Demonstranten einen Polizeibeamten mit einem Spaten regelrecht köpfen. ‚Hoffentlich komme ich nie in diese Situation. Ich würde schießen', meinte ein Polizist" („NZ", 25.3.).

In diesem Klima traut sich natürlich auch die NPD wieder, Infostände zu machen und Flugblätter zu verteilen: *„Bürgerkrieg tobt auf deutschen Straßen. Der anarcho-kommunistische Untergrund probt den Aufstand – Dieser Pöbel terrorisiert Bürger und Staat ... Bei den Aktionen der Hausbesetzer wurde auch wieder deutlich, daß diese Aktivitäten im sog. ‚KOMM' ihren Ausgangspunkt haben. Wir wiederholen deshalb unsere Forderung an die Stadt, diesem ‚marxistischen Sumpfloch' endlich die beträchtlichen städtischen Zuschüsse zu streichen, zugunsten der ‚normalen' Jugend. Wir fordern: Sicherheit durch Ordnung".*

Trotz alledem: Demonstrationen und Aktionen

Neben den verschiedenen Demonstrationen fanden in der ersten Woche nach den Verhaftungen auch eine Reihe von nächtlichen Aktionen statt, die wohl gezielt aus den Medien rausgehalten wurden, um das Dialog-Konzept der SPD nicht zu stören. So flogen zwei Mollies gegen eine Wohnungsbaugesellschaft in Nürnberg, in einer Nacht wurden die Schlösser von 26 Banken zugeklebt. Die Kaufhäuser C&A, Kaufhof und Hertie wurden Opfer von Buttersäure-Anschlägen. Mit ausführlichen Erklärungen wurden diese Aktionen „begleitet". Am Ende einer dieser Erklärungen hieß es: *„Und nun nochmal Klartext – LASST DIE LEUTE FREI, sonst werden wir uns noch andere Späßchen überlegen, alles klar?"*

Die zweite Woche begann mit einem Brandanschlag auf den Schulpavillon Bielingstr. in Nürnberg. Am Freitagabend fand mit etwa 800 Leuten eine Fackel-Demo statt, die vor den Knast führte. Sie endete mit zwei Festnahmen. In dem einen Fall hatte der Betreffende angeblich mit Leuchtkugeln geschossen, der andere soll RAF-Parolen gesprüht haben. Noch in derselben Nacht wurde auf ein Büro der „Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft" (WBG) ein Brandanschlag ausgeübt. „Schaden": rund 10 000 DM.

In der darauffolgenden Nacht wurden nahezu alle Räume und Gänge des Hans-Sachs-Gymnasiums mit hellblauer und rosa Farbe verschönert. Der Direktor dieser Schule war als Ministerialbeamter für einen Maulkorb-Erlaß verantwortlich, nach dem in denSchulen nicht über die Nürnberger Ereignisse diskutiert werden durfte. Nun bekam er die Quittung: Decken, Wände und Böden hatten Unbekannte mit ein Meter hohen RAF- und Sponti-Parolen angemalt. Alle Türschlösser waren verklebt worden, Kopier- und andere Geräte durch Farbe unbrauchbar gemacht und die Telefonleitungen herausgerissen worden. Im Lehrerzimmer waren Unterlagen aus Schränken und Schubladen gerissen und auf dem Boden verteilt worden. Geschätzter Schaden: 100 000 DM.

In derselben Nacht: Brandanschlag auf ein Büro der gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsbaugesellschaft München, allerdings ohne großen Schaden.

In beiden Fällen bekannte sich die „Unkontrollierte Bewegung 5. März" zu den Aktionen. Außerdem wurde in der gleichen Nacht bei einer Zweigstelle der Sparkasse eine Scheibe eingeworfen. An der Tür lag ein Zeitungsausschnitt mit der Überschrift „Mit Genossen die Zukunft gestalten".

Diese Aktivitäten versetzten die SPD-Stadt-Oberen in hektische Unruhe. Aufgeregte Erklärungen wurden abgegeben. Man fühlte sich an einem empfindlichen Nerv getroffen: der gerade begonnene, ach so erfolgversprechende Dialog mit der Jugend hatte Risse bekommen. Offenbar war es mit einer Kundgebung und ein paar Sprüchen nicht getan. Jedenfalls führte man in den Reihen der SPD Strategie-Diskussionen. Viel herausgekommen ist dabei nicht, außer daß auf einer Veranstaltung im KOMM, auf der Freiburger Hausbesetzer einen Video-Film vorführten, plötzlich die gesamte SPD-Integrations-Führungs-Riege auftauchte und in einen sehr engagierten „Dialog" einstieg. Sie hatten offensichtlich furchtbare Angst, es könnte wieder einmal eine Auslöse-Veranstaltung für einen nächtlichen Spaziergang werden. Es soll sogar Überlegungen gegeben haben, diese Veranstaltung zu verbieten, aber das wäre dann gar zu offensichtlich gewesen. Immerhin ist es bisher nicht einmal ansatzweise gelungen, in Nürnberg die „Anständigen" und die „Gewalttäter" zu trennen, und solange das nicht im nennenswerten Rahmen geschieht, will sich die SPD hier keine offene Repression leisten.

Welchen Eiertanz die SPD vollführen muß, macht die Aktion einiger Hausbesetzer am 23.3. deutlich, die noch einmal glimpflich für die Sozialdemokraten endete. Acht Leute hatten ein altes Fabrikgebäude besetzt, kurze Zeit später waren zwei SPD-Stadträte zur Stelle. Nach 40-minütiger Verhandlung räumten die Besetzer. Ursprünglich wollten sie das Gebäude zu Wohnzwecken und für ein Jugendzentrum benutzen. Die beiden SPDler *„versuchten, die Hausbesetzer von der Unmöglichkeit des Vorhabens zu überzeugen. Die Besetzung mache jede friedliche Initiative der Politiker zunichte, warnten sie"* („NN", 24.3.81).

Einen Tag später schlug wieder die „Unkontrollierte Bewegung" zu: Diesmal wurde ein gut geplanter Brandanschlag auf eine Sparkasse durchgeführt. In dem „Bekennerbrief" hieß es: *„Der Kampf geht weiter – Fortsetzung drei – Der Kampf geht weiter! Hier geht es um's Leben, um unsere Freiheit, um unsere Bedürfnisse. Wer nicht hören will, muß fühlen. Nachdem heute in Nürnberg wieder mal ein besetztes Haus geräumt wurde, sehen wir uns gezwungen, erneut auf uns aufmerksam zu machen. Wir nehmen die Bullen-Terrorpraktiken nicht länger hin ..."*

KB/Gruppe Nürnberg

Solidaritätskonzert in der Meistersingerhalle

Am 10. April wird es eine große Solidaritätsveranstaltung in der Meistersingerhalle geben. Veranstaltet vom Kreisjugendring, dem Jugendamt/der Jugendpflege und dem KOMM werden namhafte Musikgruppen ihr Bestes geben – der Erlös kommt selbstverständlich den Inhaftierten des 5. März zugute.

Mit von der Partie sind: Walter Mossmann, Floh de Cologne, die Druckknöpfe, das sogenannte linksradikale Blasorchester, Hans-a-plast, Auflauf, die Theatergruppe der Falken, Wolf Brannasky und der Wahre Anton.

In Nürnberg wird gemunkelt, daß auch diese Veranstaltung einigen Herren ein Dorn im Auge ist und Versuche gemacht werden, die Unterstützer des Konzerts zurückzupfeifen.

Westberlin: Noch vor der Wahl mit schlagenden Argumenten gegen Hausbesetzer

Was sich bereits im Februar ankündigte, wurde im März blutige Realität: Zwei Tage nach den für die SPD verlorenen Kommunalwahlen in Hessen wurden am Dienstag, dem 24. März, in einem Terrorüberfall sondergleichen drei Häuser gleichzeitig abgeräumt und anschließend unbewohnbar gemacht.

Damit zeigte der SPD/FDP-Senat einmal mehr, wie er der CDU Stimmen zu nehmen gedenkt: Indem eben Unterschiede in der Politik zur CDU nur noch schwerlich auszumachen sind. Offensichtlich geht man nach den Wahlen in Hessen in den Reihen der SPD/FDP davon aus, daß ein Einzug der AL in das Abgeordnetenhaus sowieso nicht zu verhindern sein wird, von links also kaum Stimmen zu holen sein werden. Da bleibt dann sogesehen nur noch der Weg, „Flagge" zu zeigen, ansonsten kann man das verlogene Geschwätz vom „Dialog mit der kritischen Jugend" und der „politischen Lösung der Wohnungsprobleme" ja fortsetzen, oder von „Durchsuchung" statt „Räumung" reden; in der Praxis kommt es auf solch feine Unterschiede allerdings nicht mehr an: Auch in Westberlin wird erneut zum Kriminalisierungsschlag gegen die Instandbesetzer ausgeholt!

Die Räumung der Häuser

Im Morgengrauen des 24. März war es dann soweit: Offiziell 850 Bullen nebst drei Staatsanwälten, Wasserwerfern, Panzerspähwagen und Rammböcken räumten die drei nebeneinanderliegenden Häuser (Fränkelufer 46, 48, 50) knapp außerhalb von SO 36, dem Kernbezirk der besetzten Häuser, kurzerhand ab. Halb Kreuzberg wurde abgeriegelt, so daß zuströmende „Sympathisanten" gar nicht erst bis zum Ort des Geschehens vordringen konnten und selbst Mieter Schwierigkeiten hatten, aus bzw. zu ihren Wohnungen zu gelangen.

„Vorsorglich" hatte sich die Polizei auch in die Telefonkette der Besetzer eingeschaltet (Postgeheimnis?), und nach Kräften zu demobilisieren versucht. Und damit auch alles richtig dramatisch aussah, nahmen zunächst Polizeiseilschaften die Dächer der besetzten Häuser ein. Die Besetzer wurden zur „freiwilligen" Aufgabe der Häuser aufgefordert – als die Türen jedoch nicht geöffnet wurden, traten die Räumungsfahrzeuge der Polizei in Aktion. Die Türen wurden mittels Rammböcken geöffnet, die Scheiben der Vorderfront mittels Wasserwerfern schlicht eingedrückt, und die Besetzer wurden festgenommen (ein Haus war allerdings leer). Die Besetzer, die keinen Widerstand leisteten, denen wohl aber ein Eimer mit Schmierseife umgekippt war, wurden festgenommen und anschließend sowohl den Presse- als auch den Polizeifotografen (zwecks erkennungsdienstlicher Behandlung) präsentiert. Am Abend waren 25 der 26 Festgenommenen wieder frei; gegen einen wurde Haftbefehl ausgestellt.

Ermittelt wurde gegen die Besetzer wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung", weil aus den drei Häusern im Verlauf eines halben Jahres (seit November ist z. B. Fränkelufer 50 besetzt gewesen) laut Polizei angeblich 25 Straftaten verübt worden sein sollen, wahrlich eine gigantische Zahl, wurden doch 26 Besetzer festgenommen, wobei dann pro Besetzer (selbst nach offiziellen Angaben) nicht mal eine Straftat bleibt. Dabei zählt eine bei Aldi geklaute Fischdose genauso mit, wie das Beteiligt-sein an „unfriedlichen Demonstrationen".

Jedenfalls: Mit diesen Begründungen für diese generalstabsplanmäßige Räumungsaktion könnte jedes Haus in Kreuzberg und anderswo geräumt werden!

Laut einem (vom BGH abgesicherten) Urteil aus dem Jahre 1975 (Hamburg) ist für „Bildung einer kriminellen Vereinigung" die Verteidigungsbereitschaft eines besetzten Hauses ausschlaggebend: In diesem Sinne wurde dann natürlich auch in den Häusern am Fränkelufer ermittelt, und wo der Staatsschutz ermittelt, wird er bekanntlich auch fündig: Da werden Balken und Türverstärkungen zum Beweis für die „kriminelle Vereinigung", abgebrochene Stuhlbeine zu Waffen, und einen kleinen Stein kann man der nun restlos überzeugten Springerpresse auch noch servieren. Natürlich kein Wort davon, daß Nazis (genauso wie jetzt die Polizei) besetzte Häuser bereits seit geraumer Zeit angegriffen haben und Selbstschutzmaßnahmen schon von daher notwendig waren und sind!

Die Reaktion auf die Räumung

Am Nachmittag desselben Tages sammelten sich spontan ca. 2.000 Leute, die vom Lausitzer Platz in Richtung Mehringdamm zogen. Der Zug wurde die ganze Zeit über von wiederum massiv erschienenen Bullen gesäumt, und es kam zu mehreren Übergriffen auf Demonstranten. Inder Gneisenaustraße, nachdem wieder ein Demonstrant brutal von mehreren Bullen zusammengeschlagen worden war, kam es dann zu Steinwürfen auf Polizeibeamte. Unmittelbar darauf wurden die Demonstranten von den Bullen, die mit 1,50 m langen Holzknüppeln ausgerüstet waren, auseinandergetrieben, bis in Nebenstraßen verfolgt und teilweise übel zugerichtet. Jeder Ansatz eines neuen Zuges oder Verkehrsblockaden wurden verhindert.

„Eine an der Demonstration unbeteiligte Lehrerin aus Kreuzberg berichtete dem Tagesspiegel, sie habe gesehen, wie Polizisten in der Yorckstraße mit Knüppeln auf drei junge Leute eingeschlagen hätten, als diese schon die Hände hoch hielten. Als sie die Beamten aufgefordert habe, damit aufzuhören, hätte es geheißen: ‚Nehmen Sie sich in acht, wir können Sie auch prügeln'. Nachdem die Personalien der drei überprüft worden seien, hätten die Beamten noch einmal auf die Männer eingeschlagen. Einer jungen Frau aus Westdeutschland, die als Touristin in Berlin ist, wurde dem Bericht ihres Begleiters zufolge der Arm gebrochen, als beide aus einer Gaststätte kommend zu ihrem in der Skalitzerstraße geparkten Auto gehen wollten. Es seien keine Demonstranten in der Nähe zu sehen gewesen; die Polizisten seien ohne Vorwarnung und ohne ersichtlichen Grund herangestürmt, hieß es" (TSP, 27.3.81).

Polizeibeamte wurden dabei beobachtet, wie sie Steine auf Demonstranten warfen.

Insgesamt wurden bei den Straßenschlachten, die sich bis in den späten Abend hinzogen, ca. 18 Leute verhaftet und laut Ermittlungsausschuß ca. 100 verletzt. Auch Polizeibeamte sollen verletzt worden sein.

Erneut ging Glas in einzelnen Bezirken zu Bruch. Bereits am Nachmittag waren als Reaktion auf die Räumung mehrere SPD-Büros und Rathäuser besetzt worden.

Auch am Mittwoch herrschte keine Ruhe in Westberlin. In Wedding fand eine Demo mit ca. 500 Leuten statt, bei der es dank Abwesenheit der „Ordnungshüter" zu keinen weiteren Auseinandersetzungen kam. Am Abend gab es dann erneut harte Straßenschlachten in Kreuzberg, wobei von den Demonstranten – teils aus alten Autos – Barrikaden errichtet wurden. In dieser Nacht gab es mehr als hundert verletzte Demonstranten und völlig enthemmte Bullen (näheres im nächsten AK). Erneut wurden 25 Leute festgenommen und gegen fünf davon Haftbefehl ausgestellt, so daß es mittlerweile über 300 Verfahren gegen am Häuserkampf Beteiligte gibt.

Es bleibt festzuhalten, daß die Auseinandersetzungen der letzten Woche vollständig von Staatsseite aus provoziert worden sind, womit sich damit die Politik des Senats mehr und mehr an die bekannten Vorbilder in Westdeutschland angeglichen hat. Lediglich die Instandbesetzerbewegung in Westberlin ist um einiges stärker als in vergleichbaren Städten im Bundesgebiet.

Auf dem Hintergrund der Räumungen muß die Militanz von Teilen der Bewegung als Abwehrkampf gegen Räumungen verstanden werden, da andererseits die Zahl der Neubesetzungen relativ stagniert. Mit Bullenbrutalität und Kriminalisierung soll nun die Bewegung gespalten und isoliert werden.

Nach der Euphorie der regierungsfreien Monate kommt es nun auch in dieser zugespitzten Situation darauf an, die Besetzer nicht im Stich zu lassen. Erfreulich ist daher, daß Distanzierungen im größeren Maßstab nicht stattgefunden haben, weitere Solidarisierungen also nach wie vor möglich sind!

KB/Westberlin Antirepressions-Kommission

Hamburg:

Wieder Verletzte bei Polizeieinsatz mit scharfen Hunden

Angeblich war die Musik auf einer Geburtstagsfeier zu laut. Deshalb „besuchten" am 27.3., kurz nach Mitternacht 17 (!!) Polizisten mit zwei Hunden eine Wohnung im Wohnmodell in Hamburg-Steilshoop. Ein Verstärker wurde beschlagnahmt, ein „Wohnmodeller" in den Hintern gebissen. Die Bullen weigerten sich, uns eine Quittung zu geben und verwiesen uns auf ihre Polizeiwache. Gegen 1.30 Uhr tauchten wir mit 15 Leuten dort auch auf. Nach längerer Diskussion, in der wir von den Bullen auch angepöbelt wurden, wurde die Quittung herausgegeben. Wir wandten uns zum Gehen, dies jedoch war der Polizei wohl nicht schnell genug: Aus den hinteren Räumen der Wache tauchten mehrere Bullen auf und drei ihrer Schäferhunde. Noch in der Wache wurden den Hunden die Leinen abgenommen und der erste von uns angesprungen, wobei der Köter von seinem Führer auch noch angefeuert wurde. In ziemlicher Hektik rannten wir auf die Straße – die Bullen hinterher. Und nun begann das, was die „Hamburger Morgenpost" (28.3.) *„den Krieg in Hamburg-Steilshoop"* nannte: Vor der Wache begann eine Treibjagd – mit den unangeleinten Hunden, die einen von uns vor ein fahrendes Auto trieben. Er hätte tot sein können und kam „nur" mit Beinverletzungen wieder nach Hause. Die Bullen rissen ihn von der Straße hoch, als er sie auf seine Verletzungen aufmerksam machte, kam die Antwort: *„Was interessiert uns dein Bein, dich hätte man lieber tot fahren sollen."* Einer von uns liegt noch mit schweren Verletzungen im Krankenhaus, ihm wurde bei seiner Festnahme mehrmals in den Oberarm gebissen. Hier bekam auch ein anderer „Wohnmodeller" Bisse in die Knie ab. Gegen die Festgenommenen ermittelt nun die Polizei wegen „Land- und Hausfriedensbruch", „Widerstand" und „Sachbeschädigung".

kam auch ein anderer „Wohnmodeller" Bisse in die Knie ab. Gegen die

Das Perverse an diesem Einsatz waren die unangeleinten Polizeihunde, die sich während der Treibjagd wahllos ihre Opfer aussuchten und dabei von ihren Führern angefeuert wurden: „Los, faß ihn", „den mit der Lederjacke müssen wir kriegen". Eine gespenstische Szene nachts auf der Straße.

Wir „Wohnmodeller" haben uns an Zeitungen und Radio gewandt um eine Gegenöffentlichkeit herzustellen. Notwendig wurde dies, weil die Polizei (nach anfänglichem Schweigen, und Sprüchen wie „es wäre ja gar nichts los gewesen") nun behauptet, wir hätten die Wache „gestürmt" (wir kamen wegen einer uns verweigerten Quittung) und die Hunde mit gemahlenem Pfeffer beworfen. Bisher hat die „Hamburger Morgenpost" sowie der NDR über den Polizeieinsatz berichtet, ein guter Anfang. Übrigens kam die Polizei nach dem Einsatz ins Krankenhaus und wollte den einen Schwerverletzten wieder mitnehmen. Zum Glück scheiterte dies am Widerstand der Ärztin.

Wir werden die Öffentlichkeitsarbeit fortsetzen und gegen die Polizisten auch juristisch vorgehen.

28.3.81, Ein Genosse aus dem „Wohnmodell"

Zeugen gesucht!

Hamburg: Für die Polizeiüberfälle während der Demonstration am 13.3. (Solidaritätsaktionen zu Freiburg und Nürnberg) werden noch dringend Zeugen gesucht. Insbesondere geht es um den Einsatz der Hundestaffel, bei dem mehrere Menschen schwer verletzt wurden. Fotografen, die das Geschehen im Bild festgehalten haben, bitten wir, sich bei uns zu melden.

Mehrere der verletzten Demonstranten wollen gegen die Polizei wegen Körperverletzung klagen, wozu sie detaillierte Aussagen über den gesamten Einsatz brauchen!

Bitte melden beim Bunte Liste Büro, Bartelstr. 26, 2000 Hamburg 6, Tel. 432171 oder bei der AK-Redaktion.

Kiel: Wie der »Dialog« mit der unruhigen Jugend geführt wird

Vor einigen Wochen besuchten einige Dutzend Mitglieder und Anhänger der Hausbesetzerinitiative „Schöner Wohnen" die Kieler Ratsversammlung und verlangten lautstark, über das Sanierungskonzept der Stadt mitzudiskutieren. Die Stadt Kiel wird von der SPD regiert, und die legt besonders viel Wert auf ihre „Gesprächsbereitschaft". So war wieder einmal liberaler Rat teuer. Die naheliegendste Idee, dem Wunsch der Besucher einfach zu entsprechen, wurde verworfen. Die verfluchte Geschäftsordnung ließ soviel „Bürgernähe" leider nicht zu. Dem Stadtpräsidenten (ehrenamtliches Stadtoberhaupt) fiel dann der Vorschlag einer Podiumsdiskussion ein, mit Ratsherren aller Parteien, Stadtbaurat, Vertreter der „Teuren Heimat", der Haus- und Grundeigentümer und des Mieterbundes. Auch Vertreter von „Schöner Wohnen" sollten auf dem Podium sitzen.

Am 26. März stieg die Sache dann, nachdem noch ein Pastor als Moderator angeheuert worden war. Als der anhob, sich allgemein über die Entwicklungen der Wohnungsnöte auszulassen, wurde er von den Hausbesetzern sofort unterbrochen. Sie hätten kein Interesse an allgemeinen Erörterungen. Diskutiert werden müsse, ob die Stadtverwaltung weiter beabsichtige, die besetzten Häuser abzureißen oder ob sie bereit sei, die für den Abriß vorgesehenen Häuser Wohnungslosen und Besetzern legal zu überlassen, ob sie gegebenenfalls die besetzten Häuser von den Bullen räumen lassen würden. Man sah es den Stadtvätern an, daß sie sich den „Dialog" anders vorgestellt hatten. Der SPD-Fraktionsvorsitzende fand als erster seine Fassung wieder. Die Häuser müßten leider abgerissen werden, an der Stelle sei eine große Umsteigestation der Kieler Verkehrs-AG geplant. Das sei nötig, um den Öffentlichen Personennahverkehr attraktiver zu machen. Außerdem seien diese Pläne schon mehr als zehn Jahre bekannt, und nie habe sich dagegen Protest geregt, und nun könne man nicht mehr zurück. Und die Wohnungssuchenden sollten sich beim Wohnungsamt melden, sie bekämen dann eine Wohnung zugewiesen.

Den etwa 300 Zuhörern war zunächst nicht klar, ob sie verarscht werden sollten – oder ob der Stadtrat so schlecht Bescheid wußte. Die Stimmung schwankte zwischen mitleidigem Gelächter und Empörung. Eine Frau berichtete, sie hätte sich einmal beim Wohnungsamt gemeldet. Nach einem Jahr hätte sie Nachricht erhalten, nämlich eine Anfrage, ob sie immer noch auf Wohnungssuche sei. Ein Mann berichtete, auf dem Rathaus sei ihm der Einblick in den Sanierungsplan verweigert worden, weil er dort gar nicht wohne. Übrigens war sowieso keinem klar, weshalb man für eine Umsteigestation eine 150 m breite Schneise in die Kieler Wohnlandschaft schlagen muß, noch dazu, wo 100 m weiter Platz genug vorhanden wäre. Auch war keinem klar, weshalb nicht auch zehn Jahre alte Pläne geändert werden könnten, wenn man zu besserer Einsicht gekommen sei.



Mittlerweile waren eineinhalb Stunden vergangen und die Erregung nahm zu bei den Stadtvätern, weil das Publikum überhaupt keine Einsicht in die „Sachzwänge" zeigte. Aber wenn sie erregt sind, sagen bürgerliche Politiker manchmal die Wahrheit, und so ließ der Stadtpräsident die Katze aus dem Sack. Wohnen in der Innenstadt koste 16 DM pro Quadratmeter, wegen der hohen Bodenpreise. Das könne sich keiner leisten, und die Subventionierung könne sich keine Stadtverwaltung leisten. Die Stadtverwaltung müsse deshalb eine andere Nutzung durchsetzen. Der Stadtbaurat ergänzte, die Stadt könne sowieso nicht mehr zurück, die „Teure Heimat" habe schließlich die Häuser im Vertrauen auf den Sanierungsplan erworben und nicht, möchte man hinzufügen, um darin Leute wohnen zu lassen. Die eventuellen Schadensersatzforderungen könne die Stadt gar nicht bezahlen. Und nochmal der SPD-Fraktionsvorsitzende: „Am Tage X wird geräumt". Auf Nachfrage ergänzte er: *„Wenn ihr nicht freiwillig räumt, wird es wohl nicht ohne Polizei gehen"*. Der CDU-Vertreter legte noch einen drauf. Er forderte Strafanzeige gegen die Hausbesetzer und sofortige Räumung, nachdem die letzten legalen Mieter die Häuser verlassen hätten. Ein Vertreter der Hausbesetzer sagte zum Schluß: *„Uns droht auch in Kiel die Masseneinknastung wie in Nürnberg"*. Der „Dialog" war beendet. Die Versammlung löste sich auf. Am Abend wurde das dritte Haus in Kiel besetzt.

Ein Kieler Genosse

Zürich (Schweiz):

Zürich (Schweiz):

Die Eisbrecher kämpfen für den Frühling. — AJZ zweimal besetzt und wieder geräumt

Am 11.3. hatte die VV der Bewegung die Frühlingsdemo beschlossen. Eltern aus verschiedenen (politischen) Organisationen bildeten den „Verein Frühlingsdemo" und übernahmen für die Bewegung die Anmeldung der Demonstration.

Die Frühlingsaktionen der Bewegung begannen indessen schon am Donnerstag. Parallel zu einer VV wurde das Jugendzentrum „Schindlergut" besetzt und zum provisorischen AJZ erklärt. Laut „Tages-Anzeiger" (21.3.) seien im Verlauf der Besetzung große Teile des Mobiliars in Flammen aufgegangen und ein Tresor mit 2.000 Franken geknackt worden. Der Trägerverein beschloß trotz dieser „Anlässe" keinen Strafantrag gegen die Besetzer zu stellen. *„Wir lehnen dieses Vandalieren seitens der Bewegung ab, sehen jedoch die Notwendigkeit, daß es irgendwo in Zürich ein AJZ geben muß."* Der Verein Züricher Jugendhaus will weiterhin mit den Besetzern in Kontakt bleiben, und fordert den Stadtrat zu einem beschleunigten Vorgehen in Sachen AJZ auf.

Der Stadtrat befindet sich zur Zeit in Verhandlungen mit möglichen Trägern des AJZ. Vollkommen unklar ist bei diesen Verhandlungen, welche Bedingungen die Jugendlichen bei der Wiedereröffnung des AJZ akzeptieren sollen. Die Verhandlungen finden hinter verschlossenen Türen statt – die Bewegung wird nicht beteiligt.

Die „Frühlingsdemo" war mit acht- bis neuntausend Menschen außerordentlich gut besucht. Im Verlauf der Demonstration wurde das frisch gestrichene Rathaus weiter verschönert, Transparente wie: *„Die Polizei – dein Feind und Henker"* drückten die gute, frühlingshafte Stimmung aus.

Der Anfang des Demonstrationszuges war schon am AJZ vorbei, als mehrere hundert Leute den Stacheldraht überwanden und das AJZ kurzerhand besetzten. Mißtrauisch wegen der Erfahrungen vom 24.12. (damals hatten sich Kampfbullen im AJZ verschanzt) rückte der größte Teil der Besetzer erst nach, als von drinnen klar war, daß keine Bullen da waren. Im AJZ-Gelände und auf dem davor befindlichen Parkplatz wurde sofort eine VV abgehalten, der sich die Demonstration anschloß. Ein Vertreter des „Vereins Frühlingsdemo" gab über Polizei(!)lautsprecher bekannt, daß die Bullen vorerst nicht räumen würden, und daß man sich in Verhandlungen mit der Stadt um eine Öffnung des AJZ befände. Vertreter der Bewegung diskutierten über das gleich stattfindende Eröffnungsfest und wie man sich gegen den zu erwartenden Bulleneinsatz verteidigen sollte. Die Stimmung im AJZ war sehr dufte. Einer schrieb's an die Wand: *„So hämmer eus de Früelig vorgschtellt"*. Die 3.000 Besetzer waren mit ihm wohl einer Meinung.

Dazu tat sich auf Seiten der Bullerei Merkwürdiges: *„Staunend nahmen Demonstrationsteilnehmer neue Töne aus Polizeimikrophonen wahr"*, berichtete der „Tages-Anzeiger". *„Die sanfte Stimme eines Psychologen hob sich wohltuend vom bisher üblichen Ton ab, ebenso das mit Blumen umrankte Flugblatt der Polizei."*

Alles in allem eine friedliche Besetzung mit friedlichem Fest bis ...

Ohne Polizei kein Krawall !!

... dann gegen 18.30 Uhr das zweimal verlängerte Ultimatum der Polizei abgelaufen war. Die rückte mit Wasserwerfern und Tränengas an, und wurde mit Flaschen und Steinen begrüßt. Nach kürzester Zeit war das Areal jedoch dermaßen in Tränengas gehüllt, daß die meisten Besetzer die Flucht ergriffen. Als besondere Schweinerei muß der Angriff der Bullen auf die Sanis gewertet werden, die, anders als bei uns, vom schweizerischen Roten Kreuz im Dezember als Sektion anerkannt worden sind und eindeutig gekennzeichnet waren. Dennoch wurden die acht Sanis, die „Dienst" hatten, mißhandelt und erst am Sonntag nach der ED-Behandlung wieder freigelassen („Volksrecht" v. 23.3.81). Die Jugendlichen (der älteste „Jugendliche" unter den Verhafteten war 44, „NZZ" 25.3.) machten ihrem Ärger dann auf Zürcher Art Luft. Überall gingen Scheiben zu Bruch, wurden Barrikaden errichtet etc. Im Bahnhof kam es im Anschluß an ein paar actions zu einem massiven Bulleneinsatz; Tränengasschwaden hüllten den ganzen Bahnhof ein, die Kioske wurden wegen des Tränengases geschlossen, die Fahrgäste liefen mit Tüchern vor dem Mund rum – aber, hält der „Tages-Anzeiger" für berichtenswert: *„Trotz Krawallszenen ... konnte der Fahrplan eingehalten werden."*

Im Verlauf des weiteren Abends kam es überall in der Stadt zu Überfällen auf B'wegler – *„in mindestens zwei Fällen (haben) Polizisten ihre Pistolen auf Demonstranten angelegt"*. Zivile Bullenkommandos tauchten auf und prügelten auf Jugendliche ein. Unterstützung erhielten sie von sogenannten Bürgerwehren, die sich im Dezember öffentlich angekündigt hatten und z.T. auch von Teddies.

Die sozialdemokratische Tageszeitung „Volksrecht" (23.3.) kommentiert: *„Wer auch immer für diesen unnötigen Polizei-Einsatz verantwortlich ist, Polizeivorstand Frick allein oder der Gesamtstadtrat, er hat bewußt den Krawall in Kauf genommen und bewiesen, daß er aus der Vergangenheit nichts gelernt hat. ... In unverantwortlich dummer Weise haben Zürichs ‚Machthaber' eine weitere – vermutlich bald die letzte! – Chance für eine friedliche Einigung zwischen Jugendlichen und Behörden verspielt."*

Am Sonntagnachmittag (22.3.) wurde das AJZ erneut besetzt. Zum Zeitpunkt der zweiten Räumung, montags morgens (23.3.) befanden sich noch etwa 50 Besetzer im Haus. Zwanzig gelang die Flucht, dreißig wurden festgenommen. Am Montagabend kam es zu einer Protestaktion gegen den Polizeiterror. Die Demo zog vors Stadthaus, wo zeitgleich der Stadtrat in Verhandlungen mit möglichen Trägern des AJZ stand, und verschönerte es auf Bewegungsart. Ruhe gab es an diesem Wochenende jedenfalls nicht – und ist auch nicht absehbar. – Denn: „Wer sich nicht in Gefahr begibt, kommt darin um!"

Rolf, KB Köln

Warnung

Nach den letzten Ausschreitungen vom vergangenen Samstag/Sonntag, haben sich einige Geschäftsleute sowie andere beherzte Bürger unserer Stadt zusammengefunden und folgende Beschlüsse gefasst:
- Wir verurteilen einstimmig die von linksgereichteten und drogensüchtigen Drahtziehern provozierten Ausschreitungen und Verwüstungen. Wir unterstützen hundertprozentig den Einsatz der Polizei und danken ihr für ihre beispiellose Tapferkeit.
- Wir bedauern die Unterstützung, welche die sozialdemokratische Partei der Stadt Zürich einigen wenigen Radaubrüdern zukommen lässt und machen diese für allfällige weitere Unruhen und angestiftete Schäden voll verantwortlich.
- Wir verlangen die sofortige Schliessung des autonomen Jugendzentrums, welches doch nur politischen Drahtziehern und dunklen Elementen für ihre Agitationen dient.
- Da es leider unserer Polizei nicht mehr möglich ist, ehrbare Geschäftsleute vor pöbelhaften Auswüchsen zu schützen, haben wir uns zu einer Bürgermiliz formiert, die bei weiteren Ausschreitungen selber eingreifen wird. Wir werden dieses linke Pöbel mit ihren eigenen Methoden aus dem Hinterhalt angreifen und wie herumstreunende Katzen und Hunde abschiessen. Unsere Geduld ist endgültig zu Ende.

Komitee freier Zürcher.

Freiburg: »Wir alle sind eine 'kriminelle Vereinigung'«

„Freiheit für Schorsch" war die Hauptforderung von etwa 2.000 Demonstranten, die am 25.3. zum Freiburger Knast zogen. Schorsch sitzt dort schon bereits über zwei Wochen. Vorgeworfen wird ihm zum einen, einem Oberbullen rote Farbe ins Gesicht gesprüht zu haben, zum anderen, daß er „Rädelsführer einer kriminellen Vereinigung " sei. Diese Vereinigung habe sich am Abend der „Scherbennacht" bei einem Plenum im Schwarzwaldhof gebildet. Schorsch habe dort zu „Gewalt" aufgerufen. Durch die Konstruktion der kriminellen Vereinigung soll es ermöglicht werden, Leute wie Schorsch zu verurteilen, obwohl es keinerlei Beweise für konkrete Straftaten gibt. Es kann im Gegenteil durch Zeugen belegt werden, daß Schorsch den Schwarzwaldhof die ganze Nacht über nicht verlassen hat.

Bestraft wird nach § 129, „*wer eine Vereinigung gründet, deren Zweck oder deren Tätigkeit darauf gerichtet sind, Straftaten zu begehen, oder wer sich an einer solchen Vereinigung als Mitglied beteiligt, für sie wirbt oder sie unterstützt.*" Besonders harte Stafen drohen „Rädelsführern" und „Hintermännern". (Strafmaß: Sechs Monate bis fünf Jahre).

Die Verfahren wegen § 129 laufen grundsätzlich nicht vor den normalerweise zuständigen Gerichten, sondern vor speziell ausgesuchten Staatsschutzkammern bei einigen Landgerichten (bei Schorsch: Karlsruhe).

Der § 129 wurde bisher nur einmal gegen Hausbesetzer angewandt, und zwar 1975 gegen die Besetzer der Eckhoffstr. 39 in Hamburg. In einem BHG-Urteil wurde damals festgestellt: „ *Bei den Hausbesetzern handelt es sich um eine kriminelle Vereinigung im Sinne des § 129 StGB.*" Ein für diesen Tatbestand ausreichender „*lockerer Zusammenschluß*" lag „*hier jedenfalls hinsichtlich der Kerngruppe vor, er kommt insbesondere in der Bildung eines Häuserrates (!) oder Komitees Eckhofstr. 39, der Abfassung von Flugblättern (!) ,der Einrichtung einer Informationszentrale (!) und den zur Verteidigung des Hauses getroffenen Maßnahmen zum Ausdruck ... Die Errichtung eines Wachpostendienstes und einer Funkzentrale runden das Bild einer geschlossenen Kampfbereitschaft ab*". Unterstützer werden vom BGH wie folgt definiert:„*Unterstützung ist zur Täterschaft verselbstständigte Beihilfe durch ein Nichtmitglied der Organisation.*" Es genügt, „*wenn die Organisation in ihren Bestrebungen oder in ihren Tätigkeiten gefördert, insbesondere bestärkt (?!) wird, oder wenn ihre Arbeit erleichtert worden ist ... Der Täter unterstützt, wenn seine Hilfe an sich wirksam und für die Organisation irgendwie vorteilhaft (!) ist.*" Am Beispiel von Freiburg soll nun der § 129 zum ersten mal gegen eine Massenbewegung eingesetzt werden. Wo der Widerstand so breit ist, daß es Justiz und Polizei schwer fällt, einzelne anhand von konkreten Vorwürfen zu kriminialisieren, greift man zum bequemen Mittel des § 129 und braucht somit eine konkrete Tatbeteiligung überhaupt nicht mehr zu beweisen. Ja, es muß noch nicht einmal zu irgendwelchen Straftaten („Tätigkeiten") gekommen sein, denn dubiose „Bestrebungen" reichen aus, um Leute in den Knast zu schicken. Die Bandbreite der „Unterstützung" schließlich ist so weit gefaßt, daß im Grunde genommen jeder, der Hausbesetzungen öffentlich gut heißt, nach § 129 angeklagt werden kann. Es wird für die Bewegung nicht nur in Freiburg, sondern in der den kann. Es wird für die Bewegung nicht nur in Freiburg, sondern in der ganzen BRD notwendig sein, ein Musterverfahren gegen Schorsch (und zwei andere Leute, gegen die Haftbefehle wegen § 129 laufen) zu verhindern.



Daß hier mit aller Gewalt Musterurteile herbeigeführt werden sollen, belegt das Vorgehen der Bullen, das auf gültige Rechtsnormen keine Rücksicht genommen hat. Ohne, daß es einen zeitlichen oder örtlichen Zusammenhang zur „Tat" (der Scherbenaktion von Mittwochnacht) gegeben hätte, wurden alle Leute festgenommen, die mehrere Stunden später im Schwarzwaldhof anwesend waren. Die Festnahmen wurden bei niemandem mit konkreten Verdachtsmomenten im Einzelfall begründet; im Gegenteil mußten die Bullen wissen, daß eine große Zahl von Leuten (z.B. die legalen Mieter im Schwarzwaldhof) mit Sicherheit nicht an der Scherbenaktion beteiligt waren. Das heißt, bei der Freiburger Massenfestnahme wurde genauso vorgegangen wie in Nürnberg, mit dem allerdings wichtigen Unterschied, daß hier keine Haftbefehle erlassen wurden.

Die 129er Verfahren sind der derzeit weitgehendste Vorstoß zur juristischen Zerschlagung der Freiburger Bewegung. Darüberhinaus laufen jedoch insgesamt über 200 Ermittlungsverfahren (!) wegen schweren Landfriedensbruch, Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung usw. Polizei und Staatsanwaltschaft unternehmen große Anstrengungen, zu massenhaften Verurteilungen zu kommen und die Begründungen, die sie vor den Massenfestnahmen nicht bringen konnten, jetzt nachzuschieben. Dazu werden sehr breit Teilnehmer des Mittwochsplenums vorgeladen und stundenlang anhand vorbereiteter Fragenlisten verhört. Besonders stürzen sich die Bullen auf relativ junge, wenig erfahrene Leute, die mit großem Tamtam von zu Hause abgeholt werden oder aus der Schulklasse heraus auf die Wache gebracht werden.

Zurück zur Demo am 25.3.: Nachdem eine Kundgebung am Knast stattgefunden hatte, bei der an Luftballons ein riesiges Transparent „*Freiheit für alle*" in den Himmel stieg und in Mengen Klopapier über die Knastmauern geworfen wurde, demonstrierte die Bullizei, daß für sie nach zwei ungestört verlaufenen demonstrierte die Bullizei, daß für sie nach zwei ungestört verlaufenen Massendemos (s. AK 197) das „Modell Freiburg" keineswegs gestorben ist:

Schon während der ganzen Demo waren an den Seiten und im Demozug selber eine ganze Reihe von Zivilbullen mitgelaufen. Anders als bei früheren Demos in Freiburg strengten sie sich kaum an, ihre Identität zu verschleiern, sondern provozierten ganz offen. Als nun die Demo zurück in die Innenstadt zog, stürzte sich plötzlich einer dieser Zivilen auf einen Punk und nahm ihn fest. Bei dem nachfolgenden Gerangel war sofort eine wild dreinschlagende Hundertschaft Bullen zur Stelle und binnen einer Viertelstunde war die ganze Innenstadt von Trupps knüppelschwingender Bullen überschwemmt. Mindestens vier Leute wurden festgenommen, wobei es die Bullen ganz offensichtlich auf Leute abgesehen hatten, die Flugblätter zum Hungerstreik verteilt oder Parolen gesprüht hatten.

Gegen zwei der Festgenommenen wurde inzwischen Haftbefehl erlassen, wovon einer wieder außer Vollzug gesetzt wurde. Winne, der noch im Knast sitzt, wird nun (neben anderem) ebenfalls die „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" vorgeworfen! Eingeleitet wird der Haftbefehl damit, daß auch er im Schwarzwaldhof gewohnt habe. Offenbar sollen nun die Schwarzwaldhofbewohner systematisch als kriminelle Vereinigung aufgebaut und abgeurteilt werden.

In der darauffolgenden Nacht gingen in der ganzen Stadt Scheiben zu Bruch (geschätzter Sachschaden: 50 - 60.000 DM), wobei nach den bisher bekannten Informationen niemand geschnappt wurde.

Freiburg wird so schnell nicht wieder zur Ruhe kommen.

Ein Genosse aus Freiburg

Freiburg: Bunte im Gemeinderat am Reden gehindert

Nach der Freiburger Scherbennacht und der polizeilichen Besetzung des Schwarzwaldhofes setzte eine Hetzkampagne ein, die hier in Freiburg noch nicht ihresgleichen hatte. Von „*blinder Zerstörungswut eines harten Kerns*" war die Rede, von „*nacktem Straßenterror*" und „*Vandalismus*" oder „*Bürgerkriegsmentalität hinter Kopftuch-vermumten Köpfen hauptberuflicher Krawallmacher*". Der stramm rechte FWV-(Freie Wählervereinigung)-Stadtrat Simon schloß eine seitenlange Hetzrede im „Freiburger Wochenbericht" mit den Worten: „*Wir alle, Stadträte und Verwaltung, die Polizeibehörde und jeder einzelne Bürger, sollten uns in diesen schweren Tagen der Verantwortung unsrer geliebten und einst so lebenswerten Stadt gegenüber bewußt sein und alle Kräfte unterstützen, die uns davor bewahren, in den Sumpf jener staatsverneinenden anarchistischen Szene zu geraten, der mit Amsterdam und Zürich eine Linie zeichnet, die uns berührt und zu doppelter Wachsamkeit verpflichtet.*"

Vor dieser Stimmungskulisse fand am 17.3. eine Gemeinderatssitzung statt, bei der es nochmals um den Abriß des Schwarzwaldhofs gehen sollte. An sich war mit der Ablehnung eines Bebauungsplans und einer Veränderungssperre, wie sie bereits im November beschlossen worden war, alles klar, und die Verwaltung hatte von daher freie Hand für einen Abriß. Angesichts der Massendemos der letzten Wochen hatte es die Stadt aber für sinnvoll gehalten, sich nochmals ausdrücklich eine (Pseudo-)Legitimation für ihr Vorgehen zu holen. Außerdem sollte die offenkundige Tatsache vertuscht werden, daß die Stadt und der Gemeinderat bei der Entscheidung über die Schwarzwaldhofräumung null zu melden hatten, sondern lediglich die Beschlüsse der Landesregierung und der Polizeistrategen nachzuvollziehen hatten.

Bei Behauptungen, die Stadt habe eigenständig entschieden, bot der (immer-noch-SPD-)Oberbürgermeister Keidel das peinliche Schauspiel,so dummdreist zu lügen, daß sogar die gesinnungsverwandte „Badische Zeitung" ihm darob den Tadel aussprechen mußte. Schließlich war kurz zuvor eine eindeutige Weisung des Regierungspräsidiums an die Öffentlichkeit gelangt.

Ansonsten waren die Gemeinderatsreden geprägt von einer Differenzierung der SWH-Bewohner – FWV-Stadtrat Kalchthaler: „*unvorstellbare Zustände im SWH, schlimmer als bei den Zigeunern* (!)." In der üblichen schizophrenen Art wurde im gleichen Atemzug „Verständnis" und „Dialogbereitschaft" gegenüber „der kritischen Jugend" geäußert. Sogar die CDU betonte ihre „Bereitschaft zum Gespräch".

Die SPD war dafür, mit dem Abriß zu warten, bis sich die Wogen etwas geglättet haben, und bis dahin den Schwarzwaldhof an „normale" Mieter – keinesfalls aber wieder an die Besetzer, die jetzt allesamt auf der Straße stehen – zu vergeben. Außerdem wurden „Alternativprojekte" für ein autonomes Kulturzentrum vorgeschlagen. Diese Projekte sind zwar unbedingt notwendig, und werden vom „Arbeitskreis alternativer Kultur" (ein Zusammenschluß von Filmemachern, Theater- und Musikgruppen) schon seit langer Zeit gefordert, sie können aber niemals Ersatz für den Schwarzwaldhof sein. Verhandlungen darüber wird es von Seiten der Aktionseinheit oder des SWH-Plenums nicht geben.

Die Forderungen der Aktionseinheit auf Abzug der Bullen und Rückgabe des SWH sowie Einstellung der Ermittlungsverfahren wurden von den Grünen in ihrer Parlaments-Rede vertreten.

Die Gemeinderatssitzung endete mit einem „Eklat", als nach dreieinhalbstündigen Erklärungen der anderen Parteien der Stadtrat der Bunten Liste vom OB am Reden gehindert werden sollte. „*Keidel berief sich darauf, der Ältestenrat des Gemeinderats (dem nach der baden-württembergischen Gemeindeordnung dieses Recht gar nicht zusteht), hätte beschlossen, der Bunten Liste zu dieser Grundsatzfrage nicht das gleiche Rederecht zuzugestehen wie den übrigen Parteien. Dieses Rederecht steht jedem gewählten Mandatsträger nach der Verfassung unabhängig vom Fraktionsstatus zu. ... Das Rederecht an den Fraktionsstatus zu binden, überschreitet diese Grenzen in eindeutiger Weise. Als (BL-Stadtrat) Niemitz sich sein Rederecht nehmen wollte, ordnete Keidel nach tumultartigen Szenen an, unseren Stadtrat durch Polizei aus dem Sitzungssaal entfernen zu lassen. Sogar die in großer Zahl anwesende Polizei zögerte, diesen verfassungswidrigen und damit rechtswidrigen Befehl auszuführen, worauf Keidel die Sitzung abbrach*" (Presserklärung der Bunten Liste). Die BL hebt die neue politische Qualität hervor, die Beiträge der Bunten nicht nur im Gemeinderat und in der „Öffentlichkeit" (das heißt konkret, in der „Badischen Zeitung") mit Schweigen zu übergehen, sondern von vornherein zu verhindern, daß die Bunten ihre Position und ihre Forderungen, die die gleichen sind, wie die der Aktionseinheit, überhaupt vorzubringen. Seit dem Rausschmiß und den Terrorurteilen gegen die Heidelberger KBW-Stadträtin Helga Rosenbaum ist dies das erste mal, daß versucht wird, einen Vertreter alternativer Listen aus einem Gemeindeparlament zu drängen bzw. ihn nicht mehr zu Wort kommen zu lassen.

Der Versuch, Gottfried Niemitz durch die Bullen abführen zu lassen, scheiterte an seiner entschiedenen Haltung und der der grünen Stadträte, die sich schützend um ihn stellten. Dazu kam, daß die Sitzung mit Lautsprechern auf dem Rathhausplatz übertragen wurde, wo zwischen 500 und 1000 Menschen die Auseinandersetzungen mitverfolgten. Bezeichnend war auch hier die Rolle der SPD: Sie hatte im Ältestenrat die Rederechtseinschränkung für Niemitz mitbeschlossen und diese auch im Gemeinderat nochmals mitvertreten!

Jedenfalls, das ganze Spektakel der Gemeinderatssitzung mußte eine Woche später wiederaufgenommen werden. Das Ergebnis stand von vornherein fest: Grüne, Bunte und SPD für eine Veränderungssperre, CDU, FDP und FWV dagegen, damit ist der Abriß des SWH praktisch nochmals ausdrücklich abgesegnet. Außerdem kam man auf die großartige Idee, eine Kommission für Jugendfragen einzurichten und sprach sich „grundsätzlich" für ein alternatives Kulturzentrum aus. Bürgermeister Ungern-Sternberg meinte, „*das entscheidende Problem sei bei den ganzen Vorgängen nicht die radikale Minderheit, sondern die große Zahl von Demonstranten, die in der Kritik an der Stadt solidarisch seien*" (BZ, 25.3.81). Diese Solidarität zu spalten, haben die Herren von der Stadt bisher nicht geschafft. Im Gegenteil, die Aktionseinheit (deren politisches Spektrum Grüne, Judos, DKP, GEW, U-Asta, kirchliche Kreise etc. einschließt) erklärte: „Wer auf die Isolierung eines angeblich gewalttätigen radikalen Kerns spekuliert, wer glaubt, uns spalten zu können in Gewaltfreie und Gewalttätige, der muß wissen, daß uns die Verfolgung einheitlicher Ziele und die Durchsetzung konkreter Forderungen geeint hat trotz unterschiedlicher Grundauffassungen." Weiter wird festgestellt, daß von einer „Entspannung" der Situation keine Rede sein könne, solange Leute aus der Bewegung im Knast sitzen und solange der SWH von den Bullen besetzt ist. Die Verantwortung für die Folgen weiterer Provokationen, wie etwa den Abriß des Schwarzwaldhofs, habe die Stadt zu tragen.

Ein Genosse aus Freiburg

Kampf gegen Schließung und für Selbstverwaltung doch noch erfolgreich

Die Besetzung des Baden-Badener Jugendzentrums, das von der Stadtverwaltung geschlossen werden sollte, hat sich nach langem Kampf doch noch als erfolgreich erwiesen. Nach der polizeilichen Räumung des Hauses (AK Nr. 181) gingen die Baden-Badener Jugendlichen mit verschiedenen Aktionen (Sitzblockade vorm Kurhaus, Fahrraddemo etc.) auf die Straße und rückten den Volksverdrehern im Rathaus immer wieder in Massen, mit Transparenten und Flugblättern auf den Pelz. Derart bei ihren Mauscheleien und beim Verschieben von Millionenbeträgen für allerlei Unfug gestört, gaben die ergrauten Kommunalgewaltigen nach langen Auseinandersetzungen sogar der Forderung nach Selbstverwaltung für das Jugendzentrum nach.

Selbst die Tatsache, daß ein CDU-Mann lauthals bekanntgab, auf der Jugendzentrums-Wiese habe sogar schon einmal ein Geschlechtsverkehr stattgefunden, konnte die unheilvolle Entwicklung nicht aufhalten. Ob die Rathaus-Bonzen allerdings bereit sind, ein selbstverwaltetes Jugendzentrum auch nach dem Abzug der Kurgäste und dem Rummel um den Olympischen Kongreß zu dulden, ist noch nicht gesichert. Auf jeden Fall haben zahlreiche Baden-Badener Jugendliche begriffen, daß es nur ein wenig Entschlossenheit bedarf, um den lokalen Papiertigern ungemütlich zu werden und sie sogar zum Nachgeben zu zwingen.

KB-Sympathisanten Baden-Baden

Endlich! Hausbesetzer - Aktionen in Hamburg

Zum ersten Mal seit Wochen kam die Instandbesetzerszene wieder auf Touren - zumindest ansatzweise. Am Nachmittag des 20.3. besetzten einige Leute aus einem 150köpfigen Demonstrationszug ein Haus in Eppendorf, das dem berüchtigten Kaputtbesitzer Ruppert gehört. Doch die Bullen warteten bereits im Haus (!) auf die Besetzer, um diese sofort wieder rauszutreiben und festzunehmen. Hierbei wurden einige verletzt. Die Festgenommenen - von denen dann noch elf erkennungsdienstlich behandelt wurden - ließen die Bullen erst am Abend wieder frei. Unterdessen besetzten ca 200 Leute in der Nähe der Polizeiwache eine Straßenkreuzung, um gegen die Festnahmen zu protestieren und um Flugblätter zu verteilen. Gegen 22 Uhr trafen sich dann noch mal 70 Leute in einer Eppendorfer Kneipe. Dort werden Flugblätter ausgegeben, die zur Demo am nächsten Tag (Sonnabend) aufrufen. Sonst passiert in der Nacht nicht mehr viel.

Samstagmorgen: Wieder versammeln sich 200 Leute in Eppendorf. Als wir abmarschieren, hängen sich mehrere Funkstreifenwagen an die Demo. An einigen Kreuzungen setzen wir uns auf die Straße. Ein Megaphon ist auch da, die Stimmung ist prima. An einer Stelle gibt es Rangeleien mit den Ordnungshütern, die einen Eimer mit blauer Farbe beschlagnahmen, was einigen ihrer Truppe dann auch deutlich anzusehen ist. Die Demo zieht weiter durch Eppendorf. Und dann geht alles ganz schnell: Vor einem (fast) leerstehenden Haus werden einige Leute sehr hektisch - und eine Minute später sieht mensch sie vom Balkon zu uns runterwinken. 20 mögen sich dort versammelt haben und entrollen ein Transparent: *„Lieber instandbesetzen als kaputtbesitzen"* Die restlichen Demonstranten setzen sich vor den Hauseingang. Doch die Bullen - „Hamburg darf kein zweites Westberlin werden" - räumen nach 20 Minuten die Sitzenden weg, bedrohen uns dabei auch mit zwei Kötern. Dann räumen sie auch das Haus, kontrollieren die Personalien der Besetzer. Festgenommen wird dabei niemand. Wir besetzen noch kurz eine Straßenkreuzung, danach Heimweg.

Das war also der dritte oder vierte Ansatz einer Hamburger Hausbesetzung. Die Demo ist zwar überwiegend positiv in der Bevölkerung angekommen, doch das Echo in der „linken Szene" war doch sehr dünn. 200 Leute, - davon recht viele DKP'ler samt Anhang - viel Staat läßt sich damit nicht (kaputt)-machen.

Ein Genosse aus Hamburg



Polizei beim Räumen eines der besetzten Häuser in Hamburg-Eppendorf

Hamburg: Innensenator fordert Hausbesitzer zur Zerstörung von leeren Wohnungen auf

„Mieterinitiativen können jetzt beweisen, was sie schon lange vermuteten: Entgegen den Versprechungen, Abrisse von dringend benötigtem Wohnraum zu stoppen, wird die Abrißpolitik beschleunigt und Grundeigentümer sogar aufgefordert, schneller abzureißen oder zumindest leere Häuser und Wohnungen zu zerstören, damit sie unbewohnbar werden.

In einem Schreiben der Behörde für Bezirksangelegenheiten, Naturschutz und Umweltgestaltung an die Bezirksamtsleiter in Mitte, Altona, Eimsbüttel und Harburg werden die Bauabteilungen angehalten **‚Abrißgenehmigungen beschleunigt (zu) erteilen, bzw. nach Erteilung der Abrißgenehmigung bei den Gebäudeeigentümern auf einen möglichst schnellen Vollzug des Abrisses hin(zu)wirken. Allein schon die Herausnahme von Versorgungsleitungen würde ein Objekt — wie vom Präses der Behörde für Inneres betont wird — für Besetzer uninteressant machen.'**

Durch solche Aussagen wird das Zusammenspiel zwischen Spekulanten und Behörden offensichtlich.

Des weiteren werden die Bezirksämter aufgefordert, die Polizei zu unterstützen, um Hausbesetzungen zu verhindern. Auf einer dem Schreiben beigelegten vertraulichen Liste vom 3. Oktober 80 werden 473 leere Wohnungen allein in den Innenstadtgebieten aufgeführt, die als ‚gefährdet' gelten. In Kenntnis dieser Liste der Baubehörde hat der Bausenator offensichtlich bewußt die Unwahrheit gesagt, als er die Zahl leerer Wohnungen mit knapp 500 bezifferte, aber selbst stadtbekannte leere Wohnungen wie in der Kunhardtstraße nicht berücksichtigte.

Zum anderen täuschte der Bausenator offensichtlich die Mieterinitiativen, als der die ‚Abkehr von der Abrißpolitik' versprach — aber tatsächlich die Abrißpolitik verstärkt wird.

Nach einer bisher unveröffentlichten Erhebung der Baubehörde vom 10.3.81 stehen allein in den Hamburger Stadterneuerungsgebieten z.Zt. ca. 900 Wohnungen in ca. 125 Gebäuden leer! Die Wohnungen gehören überwiegend der Freien und Hansestadt Hamburg und der SAGA.

Die ‚Meldestelle für leere Wohnungen' hat inzwischen aufgrund von Hinweisen vieler Hamburger insgesamt 260 ganz oder teilweise leerstehende Häuser erfaßt, davon allein 44 in Harburg.

Bunte Liste und Hamburger Mieterinitiativen fordern den sofortigen Stop der Zerstörungs- und Abrißpolitik und die sofortige Belegung und (wo nötig) Instandsetzung leerer Wohnungen.

Die Verantwortlichen für diesen wohnungspolitischen Skandal angesichts von 90.000 Hamburger Wohnungssuchenden müssen zur Rechenschaft gezogen werden."

Presserklärung des Treffens Hamburger Mieter- und Stadtteilinitiativen und der Bunten Liste

Schneller Wohnen in Hannover

Nach der erfolgreichen Besetzung eines Jugendzentrums und der Räumung eines gerade besetzten Wohnhauses. (s.AK 197) traten Hannovers Häuserkämpfer kurz darauf zu neuen Taten an. Am 16.3. wurde ein Hinterhaus in der Velvetstr. im alten Arbeiterviertel und Sanierungsgebiet Linden besetzt.

Linden wird von der hier regierenden SPD gern als „Modell für Europa" hingestellt und Stadtplanern aus aller Welt vorgeführt. Daß hier in den letzten zehn Jahren massenhaft solider und billiger Wohnraum zerstört und teilweise durch kaum vermietbare Betonburgen ersetzt wurde, die den Charakter dieses Stadtteils zerstören, wird dabei gern unter den Teppich gekehrt. Zynischerweise wird am meisten mit den ganz wenigen mieterfreundlichen Renovierungs- und Eigentumsmodellen angegeben, die von den Betroffenen gegen den hartnäckigen Widerstand der Stadt durchgesetzt wurden.

Diese Mieterbewegung macht es den Behörden schwer, die Instandbesetzer ruck-zuck abzuräumen. Außerdem gehört das besetzte Haus zu einem Komplex, der einer begrünten Tiefgarage weichen soll, was in den dann etwas helleren Vorderhäusern zu Mietsteigerungen um bis zum vierfachen des alten Preises führen wird.

Erst vor drei Jahren wurden die Häuser für zwei Mio. DM renoviert, kein Grund für den Besitzer, den eng mit der SPD liierten Spar- und Bau-Vereinen, die Wohnungen nach der „Entmietung" nach bewährtem Muster kurz und klein zu schlagen. Mit viel Mühe ist die Instandbesetzung inzwischen soweit gediehen, daß über dreißig Leute in dem Haus wohnen können.

Nachdem der Spar- und Bauverein zunächst eine Anzeige gestellt hatte, war er dann doch bereit, zu verhandeln. Immerhin wurden für einen freiwilligen Auszug den wohnungslosen Besetzern Ersatzwohnungen in der Franz-Bork-Straße angeboten.

Dankbar für diesen Tip besetzten eine Woche später u.a. junge Leute ebendort ein Haus. Diesmal ließen Besitzer, Bullen und Stadt es aber nicht mit kommandomäßigen Störmannövern wie in Linden bewenden (Chemical Mace- Überfall und versuchte Schnellsanierung durch Brandstiftung im Nebenhaus, wobei eine Wohnung ausbrannte und das Leben von fast 100 Besetzern gefährdet wurde). Diesmal wurde am nächsten Vormittag ein so großes Polizeiaufgebot aufgeboten, daß es gar nicht vollständig in die kleine Straße paßte. Offensichtlich war man über die solide Verbarrikadierung informiert; so rückte eigens ein martialisch ausgerüsteter Zerstörungspanzerwagen an, um die Haustür aufzubrechen. Weil viele Besetzer in der Schule waren, fielen deren nur ganze zwölf in die Hände der ca. 200 Bullen.

Obwohl nach dieser neuen Besetzung die Anzeige gegen die Instandbesetzer in der Velvetstraße erneuert wurde, ist es hier noch nicht zur Räumung gekommen. Offensichtlich wird in den Chefetagen des Rathauses noch nach halbwegs glaubhaften Verarschungstricks gesucht, um die Räumung politisch etwas abzusichern. Mit dem Angebot des Oberbürgermeisters, 30 städtische leere Häuser sofort und ganz bestimmt zur Verfügung zu stellen, ist es nicht getan. Zumal der Stadtbaurat nur wenige Stunden später noch ganze zwei Häuser anbot.

Da bleibt selbst in der Lokalpresse nur ein peinlicher Eindruck zurück.

Ob Räumung oder nicht, die nächste Besetzung wird in Hannover nicht lange auf sich warten lassen.

KB/ Gruppe Hannover



In Hannover rückten die Bullen zur Räumung der Häuser sogar mit Panzerwagen an.

Mieter-Aktionswoche in Hamburg 6. - 11. April

Hamburger Mieter- und Stadtteilinitiativen rufen zu einer Aktionswoche gegen Wohnungsnot und Wohnraumvernichtung auf.

Neben vielen örtlichen Veranstaltungen, Info-Tischen und Aktionen in den Stadtteilen findet zentral statt:

9.4., 19 Uhr, Hamburg-Haus Doormannsweg: Öffentliche Diskussion Mieterinitiativen Contra Baubehörde mit dem (Ab-)Bausenator Volker Lange

11.4., 11 Uhr, Wiese Schröderstift (U-Schlump):

Mieterdemonstration

Zu der Demo rufen u.a. auf die Jusos, Judos, DKP, Z, KB, Bunte Liste, Die Grünen, Netzwerk

11.4., 20 Uhr, „Rampe" (Großneumarkt)

Mieterfeier gegen Spekulanten-Geier Rockfete mit Info-Markt, Filmen etc. Abbi Wallenstein u.a.

Verhaltene Kritik an Bremens Polizei

Wie wir in AK 197 bereits kurz berichteten, nutzte Bremens Bullizei die Demonstration vom 13.3., um erstmalig in der Bremer Geschichte den Einsatz von Tränengas auf dem Marktplatz zu proben und wahllose Knüppelorgien gegen vereinzelte Demonstrant/inn/en zu veranstalten. Dies führte zu mindestens 25 schwereren Verletzungen (u.a. Kopf, Kollaps), während nach genaueren Informationen die Zahl der Festgenommenen bei ca. 23 liegt. Allerdings ist die Hetze gegen die Demo-Teilnehmer/innen weit geringer als nach dem 6. Mai, und es gab sogar:

Kritische Stimmen gegen das polizeiliche Vorgehen

„Methoden wie in einem lateinamerikanischen Polizeistaat: Vier junge Männer, die sich mit dem Auto auf der Heimfahrt nach Delmenhorst befanden, wurden von einem Bremer Polizeitrupp angehalten, aus dem Auto gezerrt und verprügelt. Zwei erlitten Prellungen, einer eine Gehirnerschütterung. (...) Möglicher Hintergrund der Aktion: Stunden vorher, als die jungen Leute noch nicht in Bremen waren, hatte es Zusammenstöße zwischen der Polizei und Demonstranten gegeben" („Mopo", 16.3.81). Alle vier PKW-Insassen haben Strafanzeige gegen die Polizei gestellt. Daß es sich hier nicht um einen Einzelfall handelt, bekunden die folgenden Zeilen aus der „Mopo" vom 16.3.: *„Der Einkaufsbummel am Sonnabend fand unter den argwöhnischen Augen von Viererstreifen der Polizei statt ... Die erneute Eskalation der Gewalt mit Farbbeuteln gegen das Rathaus, Steinwürfen in zahlreiche Fensterscheiben und Prügelorgien der Polizei auch gegen Unbeteiligte ... Polizeiketten veranstalteten gegen (?) die Weisungen des Innensenators Trommelwirbel auf ihren Schildern. Uniformer Pychoterror gegen die Gewalt von links."*

Während der „Weser-Kurier" nicht mehr zu schreiben weiß, als daß *‚das Auftreten der Polizei auch Passanten in Panik versetzte"* (16.3.81), werden in den „Bremer Nachrichten" in erfreulicher Ausführlichkeit die Erkenntnisse des Ermittlungsausschusses der Bremer Bürgerinitiative gegen Atomanlagen (BBA) zitiert: *„Uns liegen mehrere Berichte vor, nach denen die Polizei in Nebenstraßen Leute aufgegriffen hat, obwohl dort von einer Demonstration weit und breit nichts zu merken war" (16.3.81).*

Koschnik: Selbst schuld!

Solche sehr vorsichtigen kritischen Töne mochte Bremens Bürgermeister Koschnik bei aller „Dialogbereitschaft" *(„Die Politiker müssen zuhören können ...")* nicht gelten lassen: *„Friedliche Demonstranten müssen sich selbst von Gewalttätern absetzen — von der Polizei kann man in der konkreten Situation keine Unterscheidungen verlangen"* („Mopo", 17.3.81).

Und Bremens Polizeipräsident Diekmann sieht *‚schwarz für die künftige Entwicklung, wenn Stahlkugelschleudern zu einer friedlichen Demonstration gehören und eingeworfene Fensterscheiben als Betriebsunfall eingestuft werden"* („WK", 17.3. 81).

Nach inzwischen eingegangenen Informationen haben sich die Bremer ‚Krawallanten' erfolgreich um die tatkräftige Artikulierung ihres Protests bemüht. Bereits in der Nacht zum Freitag waren die Türschlösser bei 19 Banken und Sparkassen verklebt worden und die Glaser kamen auch wieder auf ihre Kosten.

KB/Gruppe Bremen

BESETZT

Lübeck. In der Lübecker Altstadt besetzten 30 Jugendliche am 14.3.81 ein leerstehendes Haus. Sie erklärten sich mit den Nürnberger Häuserkämpfern solidarisch („Mopo", 17.3.81).

Die zweite Hausbesetzung in Lübeck startete am 22. März eine 6-köpfige Familie am Langen-Lohberg 15. Sie hatten bisher auf zusammen 57 qm engem Raum gelebt und seit über 2 Jahren vergeblich eine Wohnung gesucht. Dabei stießen sie, auch im Jahre des Kindes, immer wieder auf Ablehnung, weil vier Kinder zur Familie gehören. Oder aber die Mieten waren unerschwinglich. Um aus dem feuchten und mit mangelhaften Installationen versehenen Loch herauszukommen, haben sie kurz entschlossen jetzt ein Haus besetzt, daß ihnen den Raum zum Leben gibt, den sie brauchen.

* * *

Osterholz-Scharmbeck. 200 aus halb Norddeutschland zusammengekarrte Bullen beendeten am 16.2.81 gewaltsam die Besetzung des Hauses an der Wurth. Zwei Tage zuvor waren dort 70 Jugendliche eingezogen, um das Haus vor dem Abriß zu retten und um gegen die Wohnungsnot zu protestieren. Unmittelbar nach der Räumung wurde mit dem Abriß des Gebäudes begonnen. (Nordseezeitung, 18.2.81).

* * *

Gießen. Am 2.3.81 bezogen junge Arbeiter und Studenten das leerstehende Haus Südanlage 20. Es gehört dem Hessischen Straßenbauamt und sollte abgerissen werden. Die Instandbesetzer wollen bei den Stadtwerken Stromzähler beantragen und sich offiziell anmelden.

* * *

Hannover. Für 4 Stunden besetzten am 10.3.81 50 Leute der Wohnraum-Rettungsinitiative und der Selbsthilfegruppe Drogengefährdeter ein Haus in der Ferdinand-Wallbrecht-Str. Die Aktion richtete sich gegen die Luxusmodernisierung und Umwandlung des Hauses in Eigentumswohnungen. Gegen 21 Besetzer wurde Anzeige erstattet. (TAZ, 12.3.81)

Gelsenkirchen. Die Zechensiedlung Auguststraße wurde 1975 an eine private Grundstücksgesellschaft verkauft. Seitdem versucht die Gesellschaft, durch „Entmietung" und Verkauf der Häuser Spekulationsgewinne zu machen. Derzeit stehen 51 Wohnungen leer. Für vier Häuser beantragte und erhielt die Gesellschaft Abrißgenehmigungen. Nach dem Abriß von zwei Häusern hat die Mieterinitiative das dritte besetzt, um den Abriß zu verhindern („WAZ", 25.2.).

* * *

Öfter mal was Neues: Polizei besetzt Haus

Wohl von den vielen Besetzungen angesteckt, erlaubte sich Hannovers Polizei ein kurioses Kabinettstückchen: über 200 Bullen besetzten am 21.3. ein seit Jahren leerstehendes Gebäude der Schokoladenfabrik Sprengel. Damit wollten sie pfiffigerweise einer Bürgerinitiative zuvorkommen, die die Erhaltung und Nutzbarmachung des Gebäudes fordert. Ob es sich nun um eine längerfristig angelegte Instandbesetzung handelt, ist nicht bekannt. Man darf aber gespannt sein, ob sich die ‚Besetzer' freiwillig zurückziehen werden oder ob sie es auf Auseinandersetzungen mit einem Räumkommando ankommen lassen. Als weitere Möglichkeit bietet sich natürlich auch die Selbsträumung an („FR", 23.3.81).

Wohnungskommission

* * *

Hannover. Im Ortsteil Badenstedt wurde am 14.3. das Jugendzentrum „Colloseum" besetzt, das erst am selben Morgen nach mehrwöchiger Besetzung geräumt und notdürftig zugemauert worden war.

* * *

Wiesbaden. 15 junge Leute besetzten am 7.3.81 ein leerstehendes städtisches Gebäude. Nach langen Verhandlungen mit der Stadt erhielten die Besetzer für sich und andere Wohnungssuchende zwei Häuser als „Ersatzobjekte" angeboten, mußten allerdings die Besetzung am 14.3. abbrechen („TAZ", 19.3.81).

Aachen: Besetzt und gleich wieder geräumt

Über 6 Jahre lang stand das Haus in der Johanniterstraße in Aachen leer. Die Stadt hatte es geschafft, alle Mieter rauszubekommen. Sie wollte es für eine Tiefgarage abreißen lassen. Auch als das Haus nicht mehr abgerissen werden mußte, sagte die Stadt einem Kaufinteressenten ab: Für sie gebe es nur noch das Grundstück, nicht mehr das Haus (nach Informationen der Besetzer).

Am Montag, den 2.3.81, besetzten einige Leute das Haus. Bald waren es 50 - 70, die versuchten, das Haus wohnlich zu machen. Die Abwasserleitungen waren aus den Wänden gerissen. Einige Punks kamen, um bei der Besetzung mitzumachen.

Doch schon drei Stunden später kam eine Hundertschaft Polizei, um zu räumen. Die Hausbesetzer vermieden hier die gewaltsame Konfrontation mit der Übermacht Bullen und räumten von sich aus das Gebäude. Gleich machten sich Feuerwehrleute daran, die Holztreppe abzureißen und das Haus unbewohnbar und unbesetzbar zu machen.

Spontan protestierten über 130 Anwohner und Zeugen gegen die Polizeiaktion und gegen die Zerstörung billigen Wohnraums durch die Stadt. In der Aachener Lokalpresse wurde sehr ausgiebig über die Besetzung berichtet. Die Stadt kam dabei schlecht weg, während die Argumente der Besetzer ausführlich dargestellt wurden.

Noch Montagnacht geschah etwas, was jetzt wohl Aachens Politikern schlaflose Nächte bereitet. Am Verwaltungsgebäude der Stadt, beim CDU-Büro und später auch bei ein paar Banken klirrten die Scheiben. Die Stadt verstehe nur die Sprache der Gewalt, schrieben die Besetzer in einem Flugblatt.

Punks verteilten ein Flugblatt, in dem sie feststellten, die Stadt habe Besetzern und Jugendlichen den Krieg erklärt. Noch mehrmals in der Woche klirrten Fensterscheiben.

Als die Polizei am Montagabend versuchte, jemand in der Johanniterstraße festzunehmen, befreiten ihn Leute, die noch von der Besetzung auf der Straße waren. Da waren die Bullen ganz schön platt.
(Informationen aus Aachener Nachrichten vom 6.3. und 7.3. sowie Flugblättern der Besetzer.)



Das besetzte Haus in der Kranstraße 28.

Emden:

Zu einer ersten Hausbesetzung kam es am Abend des 20.3. in Emden. Eine Gruppe von 25 Leuten, Schüler, Studenten, Lehrlinge und Arbeitslose, plante diese Aktion unter dem Eindruck der aktuellen Ereignisse und ihrer eigenen Erfahrungen mit den Problemen der Wohnsituation in Emden.

An der Besetzung selber nahmen spontan ca. 300 (!) Menschen teil.

Minuten nach der Besetzung hingen die ersten Transparente aus den Fenstern, und es standen Stelltafeln auf der Straße, auf denen die Besetzer ihre demonstrative Aktion begründeten.

Forderungen der Besetzer sind u.a:
- Einflußnahme der Stadt Emden auf Privatpersonen, freistehenden Wohnraum zu vermieten,
- umgehende Bereitstellung und Vermietung von leerstehendem Wohnraum
- keine Kriminalisierung von Hausbesetzern, Freilassung aller Gefangenen, sperrt die Spekulanten ein.

Die Polizei verhielt sich überraschend ruhig. Kommentar eines Polizeisprechers in der Presse: *„Wir beobachten die Sache sehr sorgfältig und warten die Entwicklung ab. Die Entscheidung über eine eventuelle Räumung des Hauses liegt bei den Behörden."*

Im Verlauf des Wochenendes trafen die ersten Solidaritätserklärungen, u.a. aus Hamburg, ein. Auch die Emdener Jusos und die Falken unterstützten die Aktion. Die Jusos konnten es sich aber nicht verkneifen sich nachdrücklich von Gruppen zu distanzieren, denen es nicht *„um die eigentliche Lösung der Wohnungsnot, sondern um die Konfrontation mit dem Staatsapparat geht"*.

Am Samstag kam es auf Einladung der Hausbesetzer zu einem Gespräch mit der örtlichen Presse. Die ersten Presseberichte am Montag waren recht anständig und ausführlich.

Am Sonntag signalisierte die Stadt Gesprächsbereitschaft und lud Vertreter der Hausbesetzer zur Teilnahme an einer nichtöffentlichen Sitzung der Emdener Verwaltung ein.
In einer Plenumsdiskussion am selben Abend wurde beschlossen, seitens der Besetzer eine Gegeneinladung zu einer öffentlichen Diskussion im besetzten Haus auszusprechen, um so der Gefahr der Institutionalisierung dieser Auseinandersetzung vorzubeugen. Dieser Entschluß wurde dem verantwortlichen Menschen in der Verwaltung überreicht und von diesem mit deutlichen Mißfallenskundgebungen aufgenommen. Zitat des Oberstadtdirektors Kleinschmidt: *„Die Stadt wird diesen Rechtsbruch nicht dulden"* und *„Es werden keine Vertreter der Verwaltung in das besetzte Haus kommen"*.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt wurde deutlich, daß die Stadt die Bedingungen für die Gespräche (Nichtöffentlichkeit und Gespräche nur in der Verwaltung) diktieren will.

Diese Einschätzung der Hausbesetzer wurde kurze Zeit später durch ein formelles Schreiben der Stadtverwaltung bestätigt.

Am Montag wurde das Gesprächsangebot in dieser Form von der Stadt abgelehnt, stattdessen wollte sich der Oberstadtdirektor lediglich auf ein (nicht-öffentliches) Treffen mit Delegierten einlassen.

Dummerweise und ohne Absprache mit der VV ließ sich am Montag Mittag eine Delegation zum Oberstadtdirektor dazu hinreißen, den Dienstag Nachmittag als festen Abzugstermin der Besetzer zu bestimmen.

Auf der am Abend stattfindenden VV (die mit ca. 250 Leuten ausgezeichnet besucht war) wurde zwar dieses Verhalten kritisiert, dennoch entschloß man sich nach über vierstündiger Diskussion, den genannten Termin einzuhalten. Begründet wurde dies 1. mit der positiven Resonanz aus der Bevölkerung, die schlagartig absinken könne, wenn man sich nicht an die ständig propagierte Kurzfristigkeit der Aktion hielte, 2. mit der angeblichen Verhandlungsbereitschaft der Stadt (teilweise sprach man gar von einem inzwischen bestehenden „Vertrauensverhältnis") und 3. mit der angeblichen Gefahr einer „militanten Konfrontation". Die Meinung, die Besetzung doch wenigstens bis zum Tag einer öffentlichen Veranstaltung zusammen mit Vertretern der Stadt aufrechtzuerhalten, um bis dahin ein Faustpfand zu haben, und dann nochmals über die Räumung zu diskutieren, konnte sich leider nicht durchsetzen.

Rund 100 Menschen zogen dann am nächsten Tag in einem sehr resignativen Zug „demonstrativ" aus dem Haus und durch die Innenstadt. Auf einer am Abend im „Kulturzentrum" durchgeführten Film- und Diskussionsveranstaltung wurden kurz die Vorbereitungen und das Vorgehen besprochen.

Durch die freiwillige Räumung des Hauses haben die Besetzer Positionen aufgegeben, ohne daß die Stadt auch nur die Minimalforderungen erfüllt hätte. Ein bißchen mehr Selbstbewußtsein würde der Bewegung keinen Abbruch tun!

KB/Gruppe Emden

* * *

Nicht betteln, nicht bitten,
nur mutig geschritten,
nie kämpft es sich schlecht
für Freiheit und Recht!

* * *

Neuß. Vor einigen Wochen wurde die „Aktion Wohnungsnot" gegründet, unter maßgeblicher Beteiligung der SDAJ. Am 20.3. veranstaltete die AWN eine Demonstration gegen die Wohnungsnot, an der sich 200 Menschen beteiligten.

In der Nacht zuvor hatten AWN-Mitglieder ein Haus besetzt. Der Hausbesitzer erklärte, er sei bereit, die Besetzung bis zum Mai zu dulden. In der Nacht vom 20. auf den 21.3. wurde von rund 20 autonomen Instandbesetzer/innen ein Haus auf der Drusgallastraße besetzt. Über die Erhaltung von Wohnraum hinaus wollen sie im Erdgeschoß des Hauses ein Cafe einrichten.

Detlef/Düsseldorf



Am vergangenen Mittwoch (18.3) besetzte eine Gruppe von 30 Wohnungssuchenden ein seit längerer Zeit großenteils leerstehendes städtisches Haus im Jägerhausblock im Martinsviertel in Darmstadt. Der Magistrat der Stadt markierte den starken Mann, den er gegenüber Spekulantentum und Wohnraumvernichtung nicht abgeben darf und will: Eine Hundertschaft rückte an und räumte unter flotten Sprüchen („Ihr seid doch verrückt") Haus und Vorplatz von Besetzern und Demonstranten. Die Stadt stellte gegen die Besetzer Strafantrag.
(Aus einem Flugblatt der AG „Andere" Kommunalpolitik)



Zweimal Kassel

Am 6.3. besetzten ca. 20 Leute die Kolben-Seeger-Fabrik in der Kasseler Nordstadt. Die Besetzer wollen mit ihrer Aktion den Erhalt der Fabrik als eines der letzten Industriedenkmäler in diesem Stadtviertel sichern. Eigentümer des alten Fabrikgeländes ist seit 4 Monaten die Gesamthochschule Kassel. Obwohl den Behörden seit langem bekannt ist, daß das Gebäude seit Jahren nicht instandgesetzt wird und durch schwere Schäden am Dach der Verfall immer deutlicher wird, ist auch in diesen vier Monaten rein gar nichts geschehen — der Verfall schreitet munter weiter. Um dies zu verhindern, wurde das Gebäude ‚instandbesetzt' und soll für ein Kulturzentrum in der Nordstadt genutzt werden.

Am 9. März wurde nach einem Tanz in den Frühling ein weiteres Haus in Kassel besetzt. Eigentümer ist diesmal die Städtische Werke AG, deren Aufsichtsratsvorsitzender der Oberbürgermeister ist. Zwar ist der Kasseler Wohnungsmarkt nicht mit dem von Westberlin oder Göttingen zu vergleichen. Allerdings zeichnet sich seit geraumer Zeit ab, daß aus dem ‚Vorderen Westen' (Stadtteil) mit seinen vielen alten Häusern und vorrangig studentischer Struktur, Wohngemeinschaften hinausspekuliert werden. Vor allem fallen große Wohnungen für Wohngemeinschaften dem neuen Trend zu Eigentumswohnungen in Altbauten den Spekulanten zum Opfer. Die von der Mieterinitiative geforderte Milieusatzung für diesen Stadtteil wird von der Stadt zwar befürwortet, aber nicht verwirklicht; dem soll so in der Praxis nachgeholfen werden.

Gut 100 Jugendliche blockierten die mitten durch die friesländische Kreisstadt Jever führende Bundesstraße 210. Sie setzten sich auf die Straße und forderten auf mitgebrachten Transparenten die Freilassung der in Nürnberg verhafteten Jugendlichen. In einem Flugblatt erklärten die Demonstranten, sie wollten mit dieser Aktion ihre Solidarität mit den Hausbesetzern in bundesdeutschen Großstädten zum Ausdruck bringen. Nach 15 Minuten formierten sich die Aktionisten zu einem Demo-Zug durch die Innenstadt Jevers. In Wilhelmshafen beteiligten sich mindestens 50 Jugendliche an einer Demonstration in derselben Angelegenheit.

Düsseldorf: Verhandlungen mit der Stadt gescheitert

Zwei Jahre lang hat die Stadt die Forderung nach einem selbstverwalteten Stadtteilzentrum in Bilk ignoriert. Am 13.2. schafften Instandbesetzer/innen Fakten, indem sie das Haus Volmerswertherstraße 41 besetzten.

Die Stadt hatte es zunächst abgelehnt, über die Forderung nach Aufkauf des Hauses auch nur zu verhandeln. Durch einen recht lautstarken Besuch bei der Ratssitzung am 19.2. konnten Gespräche mit dem Hausbesitzer und den zuständigen Politikern erzwungen werden.

Der Hausbesitzer hatte das Haus Ende Januar für 700.000 DM gekauft. Zu diesem Preis bot er es der Stadt zum Kauf an. Aber die war nicht bereit, auf dieses Angebot einzugehen. Der CDU-Vorsitzende des Ausschusses für Wohnungswesen: *„Ein besetztes Haus wird die Stadt niemals aufkaufen. Eine derartige Erpressung kann für uns keine Grundlage für ein Geschäft mit irgendeiner Gruppe sein"* („WZ", 26.2.).

Nachdem die Politiker zunächst versucht hatten, den Instandbesetzer/inne/n einen Altentreff und eine schulische Einrichtung als Alternative zu verkaufen, boten sie in einem weiteren Gespräch drei „Ersatz"objekte an. Diese Angebote kann man/frau nur als Verarschung bezeichnen, denn die Räume sind so klein, daß es unmöglich ist, sie als Stadtteilzentrum zu nutzen.

Nach dem letzten Gespräch forderten die Instandbesetzer/innen auch weiterhin den Aufkauf des Hauses durch die Stadt. *„Bis zur Einlösung dieser Forderung bleibt das Haus besetzt – für eine Räumung des besetzten Hauses und deren Folgen trägt die Stadt die volle Verantwortung."* Für den Fall der Räumung wurde die Verlagerung des „Cafe Zoff" in die Innenstadt angekündigt.

Übrigens: Zunächst hatte die CDU die Politik des „kritischen Dialogs" mitgetragen. Am 16.3. nun machte sie einen Rückzieher: Sie wolle *„Unrecht nicht auch noch honorieren"*. Die der CDU nahestehende „Rheinische Post" vermutet – wohl nicht zu Unrecht – daß von der Bundes-CDU Anweisung gegeben wurde, auch in Düsseldorf die harte Linie zu fahren.

Am Freitag (27.3.) wurde die Volmerswerther Straße 41 geräumt. Dabei waren auch Zivilbullen mit gezückter Pistole (!) im Einsatz. Die rund 60 Anwesenden wurden „vorläufig festgenommen". Mehrere Leute wurden von Polizeihunden ver-

Am Freitag (27.3.) wurde die Volmerswerther Straße 41 geräumt. Dabei waren auch Zivilbullen mit gezückter Pistole (!) im Einsatz. Die rund 60 Anwesenden wurden „vorläufig festgenommen". Mehrere Leute wurden von Polizeihunden ver-letzt. Ein spontaner Wiederbesetzungsversuch scheiterte. Bei Knüppeleinsätzen gegen ca. 150 Instandbesetzer/innen gab es erneut Verletzte und mehrere Festnahmen. Daraufhin wurde eine kurze spontane Demo gemacht, und in der Nacht klirrten Scheiben.

Ein Flugblattverteiler, den die Bullizei in Verdacht hat, an der Scherbenaktion beteiligt gewesen zu sein, wurde vorläufig festgenommen.

***

Besetzer/innen der Alten Mensa erfolgreich

Die leerstehende Alte Mensa in Düsseldorf wurde im November 1980 von wohnungslosen Student/inn/en als Notunterkunft besetzt. Mit der Uni-Verwaltung wurde ein Nutzungsvertrag bis zum 15.2.81 geschlossen. 16 Wohnungslose weigerten sich allerdings, die Alte Mensa zu diesem Termin zu räumen. Sie forderten von der Stadt, daß ihnen endlich Wohnraum zur Verfügung gestellt wird. Nachdem sie erfolgreich waren, räumten sie am 12.3. die Alte Mensa. Sie wollen aber als „Wohnungsinitiative Düsseldorfer Studenten" weiterhin gegen „Wohnungsnot, Sanierungspolitik und Spekulanten" arbeiten.

***

Gut Kothenhoven vor dem Abriß

Am 17.2. verhinderten Instandbesetzer/innen den „versehentlichen" Abriß des 200 Jahre alten Fachwerkhauses. Es soll der Erweiterung einer Müllkippe weichen, obwohl Denkmalsschutz beantragt ist.

Inzwischen hat der Landeskonservator eine Stellungnahme abgegeben, daß das Gut Kothenhoven nicht schützenswert sei. Die Aufforderung, das Haus zwecks Abriß zu räumen, lehnten die Instandbesetzer/innen ab. Eine Prüfung der Bausubstanz sei bisher nämlich überhaupt noch nicht vorgenommen worden („RP", 6.3.).

***

Brandanschlag auf hartnäckige Mieter

Das Haus Greifweg 6 wurde seit Jahren überwiegend von Künstlern als Atelierhaus genutzt. Vor zehn Monaten wurde das Haus verkauft. Seitdem bemüht sich die neue Besitzerin, das Haus zu „entmieten". Derzeit wohnen nur noch drei Mieter in dem Haus. Um auch die zu vertreiben, ist inzwischen die eiserne Außentreppe abmontiert worden, so daß die Mie-

ten wurde das Haus verkauft. Seitdem bemüht sich die neue Besitzerin, das Haus zu „entmieten". Derzeit wohnen nur noch drei Mieter in dem Haus. Um auch die zu vertreiben, ist inzwischen die eiserne Außentreppe abmontiert worden, so daß die Mie-ter ihre Wohnungen nur noch per Leiter erreichen können. Am 5.3. brach im leerstehenden Erdgeschoß ein Feuer aus. Die rechtzeitig informierte Feuerwehr entdeckte einen Kanister mit hochbrennbarem Inhalt und alte, leicht brennbare Möbel. Diese standen vorher nicht dort („RP", 6.3.).

Auch der neue Besitzer der Häuser Am Hackenbruch 24 und 26 kennt keine Skrupel. Er hatte die beiden Häuser bei einer Zwangsversteigerung erworben. Das Zwangsversteigerungsgesetz gibt ihm ein Sonderkündigungsrecht, das er auch ausnutzte. Er kündigte allen 13 Mietparteien zum 31.3.81. Allerdings sind die Mieter nicht bereit, diese Kündigungen widerstandslos hinzunehmen („DA", 12.3.).

Detlef/Düsseldorf

***

Düsseldorf. Innenminister Schnoor teilte mit, daß 1980 insgesamt 52 Besetzungen stattgefunden haben. Derzeit seien in Köln, Münster, Wuppertal, Düsseldorf, Duisburg, Bielefeld und Iserlohn 12 Häuser besetzt. Es bleibt den Rheinländern und Westfalen noch viel zu tun, um mit den Westberlinern gleichzuziehen. Packen wir es an!

***

Demonstration und Besetzung

Köln. Am 21.3.81 demonstrierten in Köln mehr als 2000 Menschen gegen die menschenfeindliche Sanierungspolitik von Stadt und Wohnungskapitalisten. Es wurde zur Solidarität mit den in Nürnberg Verhafteten und den bei einer spontanen Demo in Köln am 8.3. festgenommenen 21 Demonstranten aufgerufen.

Zu der Demo (am Anfang waren es etwa 1.200, gegen Ende ca. 2.000 Leute) hatte praktisch die ganze Kölner Linke aufgerufen: vom Häuserrat über Bürgerinitiativen, die Bunte Liste, Grünen, DKP bis zur revolutionären Linken inkl. KB fanden sich a l l e unter einem einheitlichen Aufruf.

Von der abschließenden Kundgebung ging es dann (im inoffiziellen Teil) noch zur Neußer Str. 95, die während der Demo besetzt worden war.

Dort gab's abends dann noch ein Fest, damit nicht nur gekämpft, sondern auch gefeiert werden konnte.
„Wir bleiben heiter,
der Häuserkampf geht weiter!"

KB/Gruppe Köln

Ein Richter scherzt

„Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Körperverletzung und Sachbeschädigung" lautet die Anklage gegen einen Frankfurter Studenten, der bei der Räumung des besetzten Hauses Siesmayerstr. 2 - 4 verhaftet wurde und nun vor der Gerichtsschranke stand. Konkret ging es um die seinerzeit im Eifer des Gefechts leicht verletzte Hand und die eingerissene Hose eines Bullen, für die das Gericht den Studenten für schuldig befinden

der Räumung des besetzten Hauses Siesmayerstr. 2 - 4 verhaftet wurde und nun vor der Gerichtsschranke stand. Konkret ging es um die seinerzeit im Eifer des Gefechts leicht verletzte Hand und die eingerissene Hose eines Bullen, für die das Gericht den Studenten für schuldig befindensollte. Dem Prozeßverlauf, der die grandiose Anklage zunächst wie ein Kartenhaus zusammenbrechen ließ und logischerweise mit Freispruch hätte enden müssen, setzte Richter Blasig dann die Krone auf: er verdonnerte den Studenten zur Zahlung eines Bußgeldes von DM 200, das aber nicht wie sonst üblich einer sozialen Einrichtung zugute kommt, sondern ausgerechnet an den Sozialfond der Polizei gezahlt werden soll.

Wohnungskommission

Nicht sehr solidarisch

zeigte sich der DGB Bundesjugendausschuß in seiner Stellungnahme „zu den Ereignissen in Nürnberg". Nachdem sich die Gewerkschaftsjugendfunktionäre gegen die Verhaftungen und gegen die Kriminalisierung von Hausbesetzern und Demonstranten ausgesprochen haben, kommt dann leider auch ein Hieb in die falsche Richtung: *„ Der DGB-Bundesjugendausschuß bekräftigt seine des öfteren erklärte Auffassung, daß Recht nicht durch Rechtsbruch durchgesetzt werden kann.*

Er verurteilt solche Versuche, ganz gleich, ob sie von Spekulanten, einigen Demonstranten und Hausbesetzern, staatlichen Organen oder der Justiz unternommen werden." Bei dieser Aufzählung kann's einem schon kalt den Rücken runter laufen. Schließlich wird sich auch in Kreisen der Nürnberger SPD-Linken gefragt: was sind schon ein paar kaputte Scheiben gegen 141 Verhaftete. Wär doch schön, wenn auch die DGB-Jugendfunktionäre sich wenigstens solchen Standpunkten anschließen könnten ...

Da staunt der Hausbesetzer ...

„Olaf Dinne von den Grünen vertrat die Ansicht, daß weder in der Bundesrepublik noch in Bremen Wohnungsnot herrsche. Eine große Gruppe der Wohnungssuchenden habe ‚einfach mehr Bedürfnisse angemeldet als sie bisher hatte.' Diese Bedürfnisse dürften nicht auf Kosten der Steuerzahler befriedigt werden. Dinne warnte davor, die ‚ganze Bundesrepublik für den Bau von Zweit- und Drittwohnungen zuzubetonieren.'" (Nordseezeitung, 20.3.81).

Der Nürnberger CSU-Vorsitzende Holzbauer zum selben Thema:
„ ‚Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen haben demonstriert nicht für die tatsächlichen Bedürftigen...' Dann spricht er von einer ‚Anspruchsgeneration', die durch ‚Nachgiebigkeit nicht zufriedener, sondern nur begehrlicher' gemacht wird. Diejenigen, die ‚sogenannte alternative Lebensform wünschen', wollen dafür die ‚Allgemeinheit zahlen und sorgen lassen', diese Leute haben ‚schlichtweg Wohlstandsprobleme, sie produzieren Probleme, wenn sie keine haben.'" (Unsere Zeit, 13.3.81).

***

Lohausen: Haus besetzt und geräumt

Die Flughafen-Gesellschaft betreibt in Düsseldorf-Lohausen eine brutale Abrißpolitik. Unter dem Deckmantel Lärmschutz wird Raum für eine geplante zweite Landebahn geschaffen. Bisher wurden über 50 Häuser aufgekauft und abgerissen.

Die „Aktion Wohnungsnot" und die vor kurzem gegründete „Initiative Abriß-Stop" fordern, daß die Häuser nicht abgerissen werden, sondern besser gegen Lärm geschützt weitergenutzt werden.

Am 15.3. wurde ein gerade durch Auszug freigewordenes Einfamilienhaus von rund 10 Instandbesetzer/innen besetzt. Die Flughafen-Gesellschaft stellte sofort Strafantrag wegen Hausfriedensbruch. Angesichts der inzwischen aufmarschierten Bullizei ließen sich die Instandbesetzer/innen widerstandslos aus dem Haus führen. Das wurde sofort unbewohnbar gemacht und am nächsten Tag abgerissen.

In der Nacht zum 17.3. gingen bei einer Scherbenaktion am „Stadthaus" zehn Scheiben zu Bruch, es wurden Flugblätter, in denen gegen die Räumung und den Abriß protestiert wird, hinterlassen.

Kampf gegen den Moloch Stadtautobahn

Anders als in den meisten anderen Städten richtet sich der Kampf in Siegen nicht gegen Häuserspekulanten, sondern gegen einen Betondrachen, der sich in Form einer Stadtautobahn, von den Erbauern auch Entlastungsstraße genannt, ohne Rücksicht auf Menschen in Richtung Innenstadt frißt.

Um dieses Jahrhundertwerk durchzubringen, geht die Verwaltung mit den kriminellsten Mitteln gegen die Bevölkerung vor. Wohnhäuser, die noch Jahre genutzt werden könnten, werden in Nacht- und Nebel-Aktionen dem Erdboden gleichgemacht.

Doch so leicht wie früher wirds den Herren nicht mehr gemacht. Am Morgen des 11.2. wurde in Siegens Innenstadt ein gerade frei gewordenes Haus von der *„Initiative für eine lebenswerte Stadt"* besetzt – die Bagger standen schon für die nächste Schweinerei bereit. Bis zum frühen Morgen des 20.2. hielten ca. 25 Leute das Haus besetzt und hatten auch schon begonnen, das nur 20 Jahre alte Haus instandzusetzen, denn die Abbruchfirma hatte schon gewütet.

Die Öffentlichkeit reagierte überwiegend positiv auf die Besetzung. Um 4 Uhr morgens des 20. wurde jedoch die Hoffnung auf eine sinnvolle Nutzung zerschlagen. Ein 60 köpfiges Bullen-Sondereinsatzkommando aus Dortmund räumte mit einem brutalen Einsatz das Haus. Nur zwei Stunden später kamen die Bagger und walzten alles nieder.

Die größte Schweinerei ist jedoch, daß noch am Morgen vor dem Abriß ein Gespräch der Besetzer mit dem Bürgermeister stattfand und dieser mit dem zuständigen Direktor Werner vom Landesstraßenneubauamt am nächsten Tag angeblich ein Gespräch hatte.

Am Samstag, den 21.2.81, demonstrierten dann rund 300 Menschen gegen den Häuserabriß in Siegen und gegen die Kriminalisierung von Hausbesetzern.

Die Frage auf einem Transparent, ob die zuständigen Herren nur noch auf Steine und Mollis reagieren, haben sie selbst beantwortet.

Die Reaktionen blieben nicht aus. Unbekannte haben in der Nacht nach dem Abriß dem Bungalow von Landeskaputtmachboß Werner einen neuen Außenanstrich verpaßt.

Ein Genosse aus Siegen

Die Schlacht um Nijmegen

Die großen Kämpfe der niederländischen Kraakbewegung waren bisher auf Amsterdam konzentriert. Das hat sich seit der „Schlacht um Nijmegen" („de Volkskrant") nicht nur schlicht geändert, es ist auch ein neues Element hinzugekommen: Nachdem anfangs Teile der Nijmegener Bevölkerung gegen die Kraker vorgegangen waren, stellten sich bald darauf große Teile eben dieser Bevölkerung an die Seite der Kraker, nachdem ihnen klargeworden war, daß es sich bei den Krakern nicht um irgendwelche Schlägertypen handelt, sondern um Kämpfer für die Erhaltung des auch in Nijmegen sehr knappen Wohnraums.

"Autos ins Wohnzimmer – Menschen auf die Straße"

Vierzehn instandbesetzte Wohnhäuser und ein Lagerhaus sollten in Nijmegen abgerissen werden, um Platz für ein Parkhaus zu schaffen. Als der Räumungstermin Mitte Februar bedrohlich nahe gerückt war, schützten die Kraker ihre Häuser mit rundherum aufgeworfenen Barrikaden. Alsbald gab es Putz: Verhetzte Jugendliche bewarfen die Kraker mit Eiern und Steinen und zettelten Prügeleien an. Auch die Stimmung vieler Älterer war nicht ohne.

Am 20. Februar beschloß das Gericht, daß die Gemeinde Nijmegen die Häuser räumen dürfe. 7.000 Menschen demonstrierten unmittelbar gegen dieses Urteil, eine Menge wie sie in Nijmegen lange nicht mehr auf die Beine gekommen war und selbst in Amsterdam nur noch selten in Bewegung gerät.

Der Fraktionsvorsitzende der christreaktionären CDA im Nijmeger Gemeinderat ließ daraufhin im Radio verlauten, das Parkhaus müsse *„jetzt gerade gebaut werden als Symbol für den Umstand, daß die Rechtsordnung nicht ungestraft gestört werden darf"*.

Am nächsten Tag, dem 23.2., wurde geräumt und die Häuser anschliessend sofort abgerissen. 800 Mann von der Gemeindepolizei waren eingesetzt, 225 Mann Reichspolizei, 900 Mann Militärpolizei („Marechaussee") und 20 „Fachleute" von Polizei und Heer, u.a. vom Provinzialen Militärkommando. Auch sonst hatte sich das Militär sehr kollegial verhalten: Zur Räumung der Barrikaden hatte es – wie vor einem Jahr schon bei der Schlacht in der Amsterdamer Vondelstraat – Leopard-Panzer ausgeliehen, sowie Bergungspanzer und gepanzerte Personenfahrzeuge. Von einem Hubschrauber wurde eine Erklärung der Gemeinde-Verwaltung abgeworfen: die Polizei würde schiessen, wenn von den Krakern Brandbomben, Molotow-Cocktails oder Feuerwaffen eingesetzt würden.

Die Räumung selbst verlief, insbesondere durch das Zutun der Militärpolizei äußerst gewaltsam. Demonstranten wurden bis in die Innenstadt verfolgt und zusammengedroschen, Bereitschaftspolizisten warfen (wie Filmaufnahmen zeigen) von den Dächern mit Ziegeln und Steinen nach den Krakern. Tränengasgranaten und Brechgas vervoll-
warfen (wie Filmaufnahmen zeigen) von den Dächern mit Ziegeln und Steinen nach den Krakern. Tränengasgranaten und Brechgas vervoll-
ständigten das Instrumentarium, um einigen hundert Krakern und ihren Sympathisanten, die eine „lebende Blockade" gebildet hatten, die Rechtsordnung einzubläuen.

Zwei Tage nach der Räumung, am 26.2., bestritt der Nijmegener Bürgermeister Hermsen im Gemeinderat, daß die Militärpolizei mit der Prügelei begonnen habe. Die linken Parteien (Sozialdemokraten, Pazifisten-Sozialisten, Radikaldemokraten und Sozialistische Partei) verließen protestierend den Saal. Vor dem Rathaus demonstrierten unterdessen 17.000 (!!) Menschen. Die linken Rats-Parteien fordern jetzt die Absetzung des Bürgermeisters. Innerhalb weniger Tage hatten schon 5.000 Nijmegener eine entsprechende Petition unterzeichnet.

„Panzer und Tränengas bringen das Volk nicht zum Schweigen"

17.000 Demonstranten hatte Nijmegen in der Tat seit wer-weiß-wieviel Jahren nicht gesehen. Die massenhafte Unterstützung der Kraker durch die Bevölkerung ist aber auch sonst sehr bemerkenswert. Die örtlichen Zeitungen werden mit Protestbriefen gegen Polizei und Gemeinde überströmt. Und schon vor der Räumung brachten Karnevalsvereine (die ganze Sache verlief während der Karnevalszeit und diese Vereine sind dort zumindest in dieser Zeit eine „gesellschaftlich relevante" Strömung) auf Bitten des (illegalen) Krakerradios „Rataplan" Brennholz für die Barrikadenbewacher.

Nach Meinung des örtlichen Fraktionsvorsitzenden der Sozialdemokraten (PvdA) hat vor allem das Polizeiauftreten für den Umschwung in der Haltung der Bevölkerung gesorgt: *„Die Bevölkerung hat gesehen, daß die Unruhen in der Stadt am Tag der Räumung erst dadurch begannen, daß die Polizei angriff. Es sind völlig unakzeptable Dinge geschehen. In ein Haus ... wurde einfach eine Giftgasgranate geschossen. Bei einem invaliden Mann wurde ein Radiosender beschlagnahmt, der mit Rataplan gar nichts zu tun hatte. Und in einem besetzten Haus... wurde auch nach dem Sender gesucht. Der wurde dort nicht gefunden, aber es wurden Plattenspieler, Platten und Möbel mit Beilen kaputtgeschlagen."*

Und ein Rats-Mitglied von den Pazifisten-Sozialisten (PSP) im gleichen Sinne: *„In der Woche vor der Räumung hatte ich Angst vor einer Volksbewegung gegen die Barrikaden, aber das Gegenteil geschah. Die Leute sahen die Gewaltlosigkeit der Demonstranten, sahen, daß das keine gewöhnlichen Schlägertypen waren, sondern daß sie für die Häuser kämpften."*

Wiederum der Sozialdemokrat: *„Die Menschen, die zuerst mit Steinen nach den Krakern geworfen haben, haben später gegen die ME (Bereitschaftspolizei – Anm. AK) demonstriert."*

Um diesen Stimmungsumschwung hat sich die „Katholische Arbeiterjugend" (KWJ) besonders verdient gemacht, indem sie nach den ersten Angriffen gegen die Kraker etliche tausend Flugblätter an den Berufsschulen verteilte, um zu erklären, worum es den Krakern geht.

Am 19.3. hat der Nijmegener Gemeinderat (mit 20 gegen 19 Stimmen!) entschieden, daß die Parkgarage ungeachtet aller Proteste gebaut wird.

Allgemeine Wohnungsnot und große Arbeitslosigkeit als die beiden wesentlichen Faktoren dafür, daß sich große Teile der Bevölkerung in kurzer Zeit auf die Seite der Kraker geschlagen haben, sind damit nicht beseitigt.

Einer der Linken aus dem Gemeinderat: *„Wir haben stark das Gefühl, daß dies ein erster Aufstand von einer Bevölkerung gewesen ist, die gegen die Verletzung ihrer Lebensbedürfnisse und gegen den Abbruch von Häusern zugunsten von Prestigeobjekten protestiert."*

Die hohen Herren machen das eben selbst, daß der arme Mann ihnen Feind wird.

(nach div. Ausg. von „de Volkskrant", Feb. u. März 81)

Niederlande-Kommission

Feind wird.
(nach div. Ausg. von „de Volkskrant", Feb. u. März 81)
Niederlande-Kommission

Mit einem Leopard-Panzer werden die Barrikaden entfernt, die in Nijmegen zum Schutz von vierzehn instandbesetzten Häusern aufgeworfen worden waren (aus „de Volkskrant", 24.2.81).

Barrikaden zum Schutz instandbesetzter Häuser in Nijmegen (aus „de Volkskrant", 18.2.81).



Erklärung zur Verhaftung eines AKW-Gegners unter dem Vorwurf „Mordversuch"

Am 28. März fand in Bonn das zweite bundesweite Koordinierungstreffen nach der Bremer Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bürgerinitiven statt. Haupttagesordnungspunkt war die Brokdorf-Demonstration und dabei vor allem die Solidarität mit den von der Kriminalisierung betroffenen.

Ohne Gegenstimmen und bei nur drei Enthaltungen wurde von Leuten aus über 30 Initiativen und Verbänden sowie Beobachtern aus Amsterdam und von der dänischen OOA nebenstehende Erklärung diskutiert und gemeinsam mit einem Offenen Brief an die Deutsche Journalisten Union (dju) zum Verhalten der Pressefotographen verabschiedet. Sie soll als Presseerklärung den Medien gegeben werden. Außerdem wird sie zusammen mit einer Fotoserie über den Zusammenhang, in dem das Fahndungsfoto stand (aus „taz" vom 24.3.) als Info und Plakat veröffentlicht werden. Der BBU sagte zu, die Erklärung seinen Mitgliedsgruppen und Kontakten zuzusenden.

Die Auswertungsdiskussion über den 28.2. war geprägt von der Auseinandersetzung mit dem BBU und dessen Vorstandsmitglied Leinen, der auf dem Treffen anwesend war. Von den meisten AKW-Gegnern wurden die Versuche zurückgewiesen, nachträglich durch die Distanzierung von „Gewalttätern" und das Aufwerfen der Frage, ob es nicht AKW-Gegner gäbe, die statt der Atomindustrie den Staat als Gegner im Auge hätten (so geschehen in einem Schreiben von Jo Leinen) eine Spaltung in die Bewegung zu tragen bzw. zu vertiefen.

Auf dem Koordinierungstreffen wurden die vorläufigen Ergebnisse der Bundeskonferenz-Arbeitgruppen zusammengetragen sowie von einzelnen Standorten berichtet (wird in einem Protokoll demnächst veröffentlicht). Den regionalen Zusammenschlüssen wird vorgeschlagen, zu Pfingsten oder zwischen dem 17. und 21. Juni einen bundesweiten Aktionstag an Standorten und in den Städten zu machen. Sollte dieser Vorschlag Zustimmung finden, würden dazu extra Vorbereitungstreffen stattfinden.

Das nächste Koordinierungstreffen soll am 27.6.81 in Würzburg oder Wiesbaden stattfinden.

„Mordversuch" in Brokdorf, „Ein Polizist in Todesangst", diese Schlagzeilen begleiten ein Fahndungsfoto, auf dem Demonstranten zu sehen sind, die auf einen Polizisten einschlagen. 5000 DM bietet die Staatsanwaltschaft in Itzehoe jedem AKW-Gegner, der die Identität dieser Demonstranten preis gibt. „Jetzt erledigen sie dich mit deiner eigenen Waffe, dachte ich und brach zusammen", schrieb die „Bild"-Zeitung am 4.2., die den betreffenden Polizeiobermeister Rolf Schütt am Krankenbett interviewte.

Ein im Dorf bekannter AKW-Gegner aus Schleswig-Holstein wurde bereits vorläufig festgenommen, weil vermutlich Nachbarn eine Ähnlich keit zum Fahndungsfoto meinten feststellen zu müssen.

Ein 19-jähriger Schüler aus Dithmarschen wurde am 27.3. inhaftiert. Er wird des „versuchten, gemeinschaftlichen Mordes" beschuldigt.

Was war geschehen?

Ein 33-jähriger Polizist aus Blieskastel bei Saarbrücken, Mitglied eines Sondereinsatzkommandos der Polizei (SEK), galt nach Beschreibung der Presse als „kampferprobt" durch bisherige Brokdorf-Einsätze. Als die Polizei mit Wasserwerfern, Tränengas und Knüppeleinsätzen die Demonstranten am 28.2. von der NWK-Straße räumte, war er mit seinen „kampferprobten" Kollegen vorne an den Wasserwerfern postiert. Rolf Schütt erklärte seinen Einsatz folgendermaßen: *„Als die Störer etwa 20 Meter vor der Polizeikette entfernt waren, bot sich die Möglichkeit, einige Steinwerfer zu schnappen ... Auf Kommando drangen wir mit unserm Greifertrupp und den Wasserwerfern vor". „Schütt sei losgesprintet, mit einer schweren Panzerweste und einem Knüppel, aber ohne Schutzschild. Während der Polizist vorpreschte, merkte er, daß die Kollegen plötzlich abbremsten. Da die Straße durch den Einsatz der Wasserwerfer sehr rutschig war, konnte er bei der Verfolgung eines Demonstranten, der durch einen etwa fünf Meter breiten Graben flüchtete, nicht mehr stoppen und stürzte ungebremst in das eiskalte Wasser. Mehrere Demonstranten warfen sich auf ihn und drückten seinen Kopf unter Wasser"* (Bericht aus den „Elmshorner Nachrichten" vom 3.3.81 – siehe auch nebenstehnde Fotos aus „taz" vom 24.3.81). Was die bürgerliche Presse und dieser Bericht tunlichst verschweigen, ist die Tatsache, daß just diese Sonderkommandos vor den Wasserwerfern völlig rücksichtslos auf die Demonstranten einschlugen. Gerade bei solchen Einsätzen wurden Demonstranten derart zusammengeschlagen, daß sie regungslos liegenblieben und auch l i e g e n g e l a s s e n wurden, wie einer Reihe von Pressefotos zu entnehmen war.

Polizisten, die in dieser Weise mit organisierter Brutalität vorgehen, müssen damit rechnen, daß sich die angegriffen Demonstranten wehren, um ihre eigene Gesundheit und die anderer zu schützen. Wut und Empörung von Demonstranten in solchen Notwehrsituationen sind dabei eine R e a k t i o n , die verstehen kann, wer selbst Erfahrungen bei solchen Polizeieinsätzen gemacht hat, auch wenn er ein anderes Verhalten richtiger findet.

Die Prügel für den Polizisten als einen gezielten Mordversuch der Demonstrationsteilnehmer auszugeben, ist eine Ungeheuerlichkeit. Polizei und Staatsanwaltschaft wissen dies auch. Bereits während der Demonstration arbeiteten sie in gleichem Zusammenhang gezielt mit solchen Diffamierungen: Als u n s e r e Sanitäter den Polizisten weggebracht und medizinisch behandelt hatten, gaben sie der Polizeieinsatzleitung telefonisch durch, daß und wo der verletzte Beamte abgeholt werden konnte. T r o t z d e m gab die Polizei die Meldung aus, die Demonstranten hätten diesen Polizisten als „Geisel" genommen, womit letztlich jedes Mittel einschließlich Schußwaffengebrauch gegen Demonstranten laut Polizeidienstvorschriften nicht mehr ausgeschlossen war!

Immerhin hat sich die Polizei bei den Sanis inzwischen (allerdings erst lange nach der Demonstration) für dieses Vorgehen entschuldigt.

Es ist eine Tatsache, daß bei dieser Demonstration, ebenso wie bei Häuserbesetzungen und anderen Demonstrationen von der Polizei bewußt Sonderkommandos vorneweg postiert werden, weil ihre „Kampferprobung" gerade in besonderer Rücksichtslosigkeit gegenüber Demonstranten besteht. Es ist eine Tatsache, daß diese Sonderkommandos ebenfalls darauf spezialisiert sind, zivil getarnt auch ahnungslose Demonstranten zu überfallen; dies geschah bei der Brokdorf-Demonstration vom 19.2.77, als ein Sondereinsatzkommando der Polizei in Wilster die sich zurückziehenden Demonstranten in zivil und mit Anti-AKW-Plaketten getarnt überfiel. Mit Pistole und Maschinenpistole im Anschlag wurden Demonstranten bedroht, willkürlich aus dem Zug gegriffen, gefesselt und abtransportiert. Rolf Schütt erklärte selbst auf die Frage, ob er vor dem Einsatz mit einem derartigen Ergebnis gerechnet habe: *„... er sei bereits vor vier Jahren in Brokdorf gewesen. Damals hätte er sich in Zivil unter die Demonstranten gemischt und sei in eine ähnliche Situation geraten, die aber glimpflich ablief"* („Elmshorner Nachrichten", 3.3.81). Eine Anzeige gegen den damaligen Einsatz blieb ohne Ergebnis. Ja, noch nie sind Polizisten in der BRD für solche Aktionen zur Rechenschaft gezogen worden, geschweige denn selbst bei tödlichem Schußwaffengebrauch im Einsatz wegen Mordes oder Todschlages verurteilt worden.

Seit dem 17. Januar (!) dieses Jahres sind der 18-jährige Frank Breyhahn und der inzwischen ebenfalls 18 Jahre alt gewordene Axel Schrotmann aus Kollmar/Unterelbe in Neumünster in Untersuchungshaft. Ihnen wird vorgeworfen, einen Brandanschlag auf das Amtsgericht und die Stadtwerke von Glückstadt verübt zu haben. Alle Versuche, die Beiden nach inzwischen neun-wöchiger Haft aus dem Gefängnis zu bekommen scheiterten an der starren Haltung von Justiz und Staatanwaltschaft.

Unsere Solidarität gilt den staatlich verfolgten AKW-Gegnern. Ihre Kriminalisierung sehen wir auch als Angriff gegen die gesamte Anti-AKW-Bewegung.

Wir fordern:

Sofortige Einstellung a l l e r Straf- und Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit der Brokdorf-Demonstration vom 28.2.81 und gegen AKW-Gegner überhaupt

Sofortige Freilassung aller gefangenen AKW-Gegner

Ein weiteres ist zu dem Verhalten der Pressefotographen zu sagen: Eine Reihe von Pressefotographen hat vor der Demonstration erklärt, sie würde auf keinen Fall ihre Bilder in der Form an die Presse verkaufen, daß Demonstranten dadurch zu Schaden kommen könnten. Dafür hatten sie sich ausgebeten, frei zwischen Polizei und Demonstranten agieren zu können.

Pressefotographen sollen sich aber nicht willfährig zum Handlanger der Polizei machen lassen, indem sie mit entsprechenden Sensationsfotos ihren (möglichst höchsten) Preis erzielen. Wir werden uns überlegen müssen, wie wir derartige existenzbedrohenden und denunziatorischen Fotos bei kommenden Aktionen verhindern können.

Auf dem bundesweiten Koordinierungstreffen der Anti-AKW-Bewegung am 28.3.81 in Bonn wurde diese Erklärung für Presse und sonstige Öffentlichkeit bei drei Enthaltungen und ohne Gegenstimmen angenommen und namentlich unterzeichnet von:
K.C., M-C.D. (BI Gelsenkirchen), K.S. (BA Umwelt- und Lebensschutz Schweinfurt), G.O., H.D. (Bürgeraktion Umweltschutz Bonn), M.G. (BI Umweltschutz Siegerland), C.B. (BI Lebenschutz Erkrath e.V.), H.S., H-J.K., A.H. (BI Umweltschutz Waltrop/Datteln), J.G. (AKU Wuppertal), Bürgerinitiative Osnabrück, L.G. (BI Hamburg-Hamm), M.H., B.K. (BI Hamburg-Osterstraße), H.D. (BI Hamburg-Wandsbek) (alle BUU-Hamburg), D.W. (Freunde der Erde, Berlin), U.K. (BI Cuxhaven), P.K., B.K. (AKLeben, Hamburg), R.S. (Aktion Umwelt Mühlheim/Ruhr), R.G. (BI Umweltschutz Kieler Förde), D.S. (BUU-Pinneberg), R.W., L.H. (Krempe, Gruppe Z), S.M. (BUBonn), H.M., M.S. (Bochum), T.H. (BI Malladen München), T.A., I.B., H.H. (Duisburg), M.K., B.M. („Gorleben Aktuell" und WAA-Gruppe Lüneburg), K.K., W.S. (EIGA Essen), L.A. (BUBonn), J.L. (BBU)

BBU auf Spaltungs- und Distanzierungskurs

Mögliche „Bruchstellen" in der Anti-AKW-Bewegung will Jo Leinen vom BBU-Vorstand nicht „verkleistert" sehen. Ob sich „gewaltfreie und gewalteinschließende Aktionsformen in einer Demonstration vereinbaren lassen" und „welchen Sinn solche Großdemonstrationen" hätten, fragt der BBU-Vorstand. Die „Aggressionsabladung" von Demonstranten habe der schleswig-holsteinischen Landesregierung „genau die Bilder" gegeben, „auf die sie den ganzen Tag warteten, um unseren Protest gegen die Atomenergie als gewalttätig und chaotisch zu diffamieren", so daß jetzt die „gewaltfreien Demonstranten" „den Erfolg ihrer Mobilisierungsarbeit und ihrer Einwirkungsmöglichkeiten bedroht fühlen", schreibt Jo Leinen. Der BBU befindet sich mit solchen Aussagen, begleitet von geradezu phantastischen Märchenerzählungen über die Vorbereitung der Demonstration, bedrohlich auf dem Wege in die Zeiten eines Wüstenhagen. Nach Wüstenhagens Diffamierungs- und Distanzierungskurs durch die vordersten Pressespalten, verbunden mit dem Namen Itzehoe, gehörten derartige Distanzierungsgeschichten scheinbar einer unseligen Vergangenheit an. Gerade die Kräfte des heutigen BBU-Vorstands gehörten zu den Kreisen, die im Anschluß daran für gemeinsame Aktionen eingetreten sind, die selbst die Grohnde-Aktion im nachhinein als Aktion der Bewegung betrachteten und gegen die Verfolgung sämtlicher AKW-Gegner eintraten. Ausgerechnet in einer Situation, wo die AKW-Betreiber das seinerzeit auf die „gewalttätigen" Großaktionen folgende, praktisch erreichte Moratorium mit Macht durchbrechen wollen, und dazu die staatlichen Macht- und Repressionsmittel in bisher nicht dagewesener Art ausgebaut haben und ausbauen wollen, kommt erneut ein solcher Distanzierungskurs auf. Wir dokumentieren hier deshalb die Stellungnahme von Jo Leinen, die Presseerklärung des Kollmarer Treffens zur Verurteilung der Alleingänge Leinens sowie die Erklärung des BBU-Vorstandes, die sich indirekt darauf bezieht und wohl als „Antwort" verstanden werden will.

Eine Stellungnahme

Bei aller Freude über die enorme Mobilisierung von ca. 100.000 Teilnehmern und die bewiesene Einheit der Anti-AKW-Bewegung gegen vielfältige Spaltungsversuche können verschiedene Probleme und Defizite nicht vergessen bleiben, die ebenfalls zur Bilanz dieser Demonstration gehören.

1. Die Struktur der Vorbereitungssitzungen

In Brokdorf, Heiligenstädten, wie auch beim „nationalen" Koordinierungstreffen in Hannover stellte sich jedesmal das Problem, daß einige Gruppen in voller Stärke anwesend waren, andere nur einen Vertreter hatten oder ganz fehlten. Das eingeübte Verfahren, daß jeder Anwesende mit abstimmen kann, auch wenn von einer Gruppe bis zu fünfzig Personen anwesend sind, führt zu eienr einseitigen Dominierung solcher Treffen mit entsprechenden Abstimmungsergebnissen. Diese „Mehrheiten" sind aber nur erträglich, wenn ich die „Minderheiten" nicht an prinzipiellen Punkten überfahren fühlen. Die offene und lockere Form der Vorbereitungssitzungen ist nur überlebensfähig, wenn der Wille zum Kompromiß in wichtigen Punkten existiert und eine Gruppe nicht versucht, ihre Standpunkte bedingungslos durchzusetzen. Dies ist aber in zweifacher Weise passiert, sowohl bei der Festlegung auf den frühen Termin am 28.2. wie auch bei der Durchsetzung des Hamburger Aufrufs.

2. Definition eines klaren Demonstrationsziels

Der Erfolg einer Demonstration kann am besten beurteilt werden, wenn das Demonstrationsziel klar und eindeutig bestimmt ist. Wir haben bei früheren Demonstrationen stets den Grundsatz aufgestellt, daß die Bürgerinitiativen immer genau sagen, was sie wollen, und sowohl den Gegner wie auch die eigenen Leute nicht im Unklaren lassen über das Ziel dieses Demonstrationstages lassen. Sowohl in Kalkar, in Bonn wie auch in Gorleben war dieses Ziel klar vorgegeben und von allen Beteiligten akzeptiert worden. Anders offensichtlich in Brokdorf: alle Organisationen und Gruppen, die den Aufruf von BBU und AKL unterschrieben haben, sind nach intensiver Diskussion über die vorhandenen Kräfteverhältnisse und die politische Großwetterlage davon ausgegangen, daß das Ziel des 28.2. die Durchführung einer politischen Massenkundgebung in unmittelbarer Nähe des Bauplatzes ist. Zwar stand dieses Ziel verbal auch im Aufruf der Hamburger Autonomen, es kann jedoch wohl kaum verleugnet werden, daß insgeheim bei einigen Gruppen die Besetzung des Bauplatzes für den 28.2. auf der Tagesordnung stand, ohne daß diese Absicht klar und deutlich jedem Teilnehmer zur Kenntnis gebracht wurde. Wie sich gezeigt hat, sind unterschiedliche Demonstrationsziele innerhalb einer gemeinsamen Aktion geeignet, keines der Ziele zu erreichen, weder die Abschlußkundgebung noch die Bauplatzbesetzung. Es ist auch klar geworden, daß Aktionen am Bauzaun geradezu dazu führen können, daß eine Abschlußkundgebung nicht mehr durchführbar ist und ein erheblicher Teil der Demonstranten damit doch nicht seine spezifische Widerstandsform entwickeln kann, sondern in Situationen hineingezogen wird, die er gar nicht will. Der Aufruf der Hamburger Autonomen war somit gemessen am Wortlaut des Textes nicht ganz ehrlich.

3. Gemeinsame Demonstrationsleitung

Frühere Demonstrationen haben bewiesen, daß eine gemeinsame Demonstrationsleitung notwendig ist, um einen geschlossenen Demonstrationsablauf zu gewährleisten. Ganz anders in Brokdorf. Aus lauter Angst vor Entscheidungsstrukturen und Leitungsgremien wurde eine Demonstrationsleitung für überflüssig gehalten und erst gar nicht gebildet. Die Vertrauensleuteversammlung der Vertreter aus Bussen, Städten und Konvois sollten nach diesen Vorstellungen je nach Einschätzung der Lage vor Ort die Entscheidungen treffen oder ganz für sich selbst entscheiden. Daß der Anspruch „autonom" zu sein, auch kontraproduktiv werden kann, zeigt sich besonders deutlich an diesem Beispiel. Da die Baustellen sich nicht auf den Marktplätzen befinden, sondern in peripheren Dörfern mit engen Anfahrtswegen, gibt es nach allen Erfahrungen lange Staus und Verzögerungen, die die Vertrauensleuteversammlung praktisch nicht zustande kommen lassen. Ergebnis dieser organisierten Unorganisiertheit war die Tatsache, daß zehntausende nicht wußten, was los ist und welcher Weg zum Baugelände benutzt werden soll; es bestand mangels einer Demonstrationsleitung keinerlei Möglichkeit, neueste, akute Informationen über die Lage an den Polizeisperren auszutauschen und sich darüber abzustimmen. Daß es in Brokdorf noch leidlich geklappt hat, ist allein dem Umstand zuzuschreiben, daß es nur drei Wege zum Bauplatz gab.

4. Klarheit über die Aktionsformen

Nach dieser Großdemonstration muß die Diskussion über die richtigen Aktionsformen, insbesondere über die Vereinbarkeit zwischen Aktionsformen in einer gemeinsamen Aktion, diskutiert werden. Bei allem guten Willen zur Einheit und zum Kompromiß: Gewaltfreie und offensive Gewalt einschließende Aktionsformen schließen einander aus. Die verschiedenen Gruppen tun sich auch keinen Gefallen, wenn einer imaginären Einheit die eigene Überzeugung über Bord geworfen werden muß. Es ist nicht verträglich, wenn in allen Aufrufen steht, daß unser Ziel nicht die Konfrontation mit der Polizei ist, und in Itzehoe eine wilde Schlägerei mit Polizeikräften in Kauf genommen wird, obwohl die Weiterfahrt nach Brokdorf auf anderen Wegen ohne weiteres möglich gewesen wäre.

Auch das Werfen von Molotov-Cocktails und Steinen am Bauzaun hatte wohl mehr den Sinn einer symbolhaften Aggressionsabladung, die jedoch nur dazu führte, daß die Schleswig-holsteinische Landesregierung und die Medien genau die Bilder erhalten haben, auf die sie den ganzen Tag warteten, um unseren Protest gegen die Atomenergie als gewalttätig und chaotisch zu diffamieren. Alle Organisationen und Demonstrationsteilnehmer, die zu einer friedlichen Demonstration aufgerufen haben, müssen sich aufgrund dieser Vorkommnisse um den Erfolg ihrer Mobilisierungsarbeit und ihrer Wirkungsmöglichkeiten bedroht fühlen. Aus dieser Erkenntnis werden bei kommenden Aktionen Schlußfolgerungen und Konsequenzen zu ziehen sein. Diejenigen, die zu einer friedlichen Demonstration aufgerufen haben, werden auch nicht hinnehmen daß sie für ihren Einsatz zur Vermeidung von Auseinandersetzungen zwischen Polizisten ud Demonstranten auch noch aus den eigenen Reihen diffamiert werden. Auch eine Legendenbildung kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es verschiedene Vorstellungen über die Form des Widerstandes gibt.

Fortsetzung nächste Seite

Kampf den Atomkraftwerken

Fortsetzung von vorheriger Seite

5. Wer ist unser Gegner: Staat oder Atomindustrie?
Notwendig erscheint auch eine Klärung der Frage, ob alle Teile der Anti-AKW-Bewegung noch denselben Gegner anvisieren, wenn sie zu eienr Demonstration mobilisieren. Für den BBU stand bisher außer Zweifel, daß der Widerstand gegen Atomkraftwerke uns eint und daß deshalb die Atomindustrie unser Gegner ist. Seit der Bundeskonferenz in Bremen gibt es aber anscheinend Gruppen, die einen ganz anderen Gegner im Auge haben: nämlich den Staat. Darüber wird es sicherlich so leicht keine Einigkeit geben. Zwar sind die Regierenden in diesem Staat mit der Atomindustrie verfilzt und versuchen auch die Interessen der Atomindustrie durchzusetzen. „Der Staat" ist jedoch kein monolithisches widerspruchsloses Gebilde. Der Staat und seine Repräsentanten werden genauso gegen Atomkraftwerke sein, wie sie heute dafür sind, wenn die Mobilisierung der Anti-AKW-Bewegung noch größere Teile der Bevökerung erfaßt und sich die Machtverhältnisse dadurch ändern, Die richtige Bestimmung des Gegners hat aber auch Bedeutung für die Wahl der Aktionsformen. Wer den Staat als Gegner sieht, muß folglich auch die Polizei als Gegner sehen und beim Auftauchen von Polizeieinheiten losschlagen, wie es sinnloserweise in Itzehoe geschehen ist. Hier ist möglicherweise eine Bruchstelle in der Anti-AKW-Bewegung, die nicht verkleistert werden sollte.

Papier von Josef Leinen, vorgelegt für die BBU-Vorstandssitzung am Wochenende nach der Demonstration.

★

Nachbereitungstreffen in Kolmar: PRESSEERKLÄRUNG zum Verhalten von BBU-Vorstandmitglied Josef Leinen

Auf dem Nachbereitungstreffen zur Brokdorf-Demonstration vom 28.2.,

Nachbereitungstreffen in Kolmar: PRESSEERKLÄRUNG zum Verhalten von BBU-Vorstandmitglied Josef Leinen

Auf dem Nachbereitungstreffen zur Brokdorf-Demonstration vom 28.2., das am 8.3. in Kollmar stattfand, wurde folgende Erklärung mit großer Mehrheit verabschiedet:

Das Kollmarer Nachbereitungstreffen vom 8.3. verurteilt auf das entschiedenste die Alleingänge des BBU-Vorstandsmitgliedes Leinen, der mehrfach, auf Pressekonferenzen und bei Rundfunkinterviews, den Eindruck erweckt hat, im Namen der Anti-AKW-Bewegung Erklärungen abgeben zu können.

Der BBU und also auch sein Vorstandsmitglied Leinen stellen nur einen Teil der Bewegung dar. Die von ihnen vertretenen Ansichten besitzen daher nur für sie selbst Gültigkeit.

Des weiteren sind von Josef Leinen gemeinsame Absprachen nicht nur nicht eingehalten, sondern zum Teil direkt sabotiert worden.

Im konkreten handelt es sich u.a. um folgende Vorfälle:

– Obwohl auf allen Vorbereitungstreffen eine Demonstration zum Bauplatz und eine Kundgebung am Bauplatz vorgesehen waren, kündigt Josef Leinen eine eigene Kundgebung in Wilster an und stellt sie der Öffentlichkeit als "Auftaktkundgebung" für die gesamte Demonstration dar: "Ab 9 Uhr Sammlungsort in der Gemarkung Wilster mit Auftaktkundgebung..." (aus einem Brief von Josef Leinen (BBU), Hermann Schulz (USH) und Michael Petersen (AKL) an Landrat Brümmer.)

– Josef Leinen stellt Antrag auf einstweilige Verfügung gegen das Demonstrationsverbot beim Bundesverfassungsgericht und kündigt an, die Demonstration anzumelden, gegen die Absprachen mit dem Vorbereitungstreffen und ohne den Koordinierungsausschuß zu informieren: "Sie haben mit dem Demonstrationsverbot auch voreilig und vollkommen überflüssig in unsere Vorbereitungen und die beabsichtigte Anmeldung der Demonstration eingegriffen. Wir wollten am Montag die Demonstration anmelden." (aus dem oben zitierten Brief an Landrat Brümmer).

– Josef Leinen ruft eine Pressekonferenz in Hamburg zum 27.2. um 11 Uhr ein, zum gleichen Zeitpunkt, als die lange vorher angekündigte Pressekonferenz (s. z.B. Brokdorf-Info 3) des Vorbereitungskreises in Hamburg stattfindet.

– Obwohl Josef Leinen an dem öffentlichen Treffen des Koordinierungs- und Vertrauensausschusses (Leinen gehörte als Vertreter des BBU dem Koordinierungsausschuß an) am Freitag, den 27.2. um 19 h, an der Festlegung der Demonstrationsroute – B5, alter Deichweg, Jammertal, Bauplatz – beteiligt war, teilte er den Demonstranten in Wilster darüber nichts mit und lenkte den Demonstrationszug aus Wilster an die Sperre bei Dammfleth. Dies, obwohl die Sperre bei Dammfleth vorher bekannt war und auch bekannt war, daß der vereinbarte Demonstrationsweg nicht abgesperrt war und nur sehr schwer abzusperren ist. Nach der Demonstration äußerte Leinen sich erstaunt, daß der Demonstrationszug, der den vereinbarten Weg nahm, ohne Polizeikontrollen zum Bauplatz kam, und stellt dies als Taktik der Polizei dar: "Wer gesehen hat, wie ich auf den Containern bei Damfleth, an dieser Polizeisperre dafür gekämpft hat, daß 10.000e von Demonstranten friedlich und ohne Auseinandersetzung über diese Sperre hinausgekommen und friedlich weiter Richtung Bauplatz gehen". (auf der Pressekonferenz in Hamburg).

In der FR vom 3.3.81 heißt es: "Als merkwürdig bezeichnete der BBU die völlig unterschiedliche Handhabung der Kontrollen. Während der große Demonstrationszug mit mehreren zehntausenden von Menschen an der Straßensperre von Damfleth auf dem Weg von Wilster nach Brokdorf genau überprüft und stundenlang aufgehalten worden sei, sei der Konvoi mit Demonstranten aus Hamburg und Berlin völlig ungehindert über die Ortschaft St. Margreten bis an den Bauzaun herangekommen, ohne daß die dort angekündigte Straßensperre bestanden hätte. Wenn die Polizeieinsätzleitung den Willen gehabt hätte, das Heranschaffen von Gegenständen auszuschließen, wäre dies ohne weiteres durch eine Kontrolle auch dieses Anfahrtsweges möglich gewesen."

Wir fordern zu den ausgeführten, konkreten Kritikpunkten umgehend eine selbstkritische Stellungnahme des BBU, um auf dieser Grundlage die Frage der Zusammenarbeit bei zukünftigen Aktionen der Anti-AKW-Bewegung erörtern zu können.

★

ses Anfahrtsweges möglich gewesen.

Wir fordern zu den ausgeführten, konkreten Kritikpunkten umgehend eine selbstkritische Stellungnahme des BBU, um auf dieser Grundlage die Frage der Zusammenarbeit bei zukünftigen Aktionen der Anti-AKW-Bewegung erörtern zu können.

★




Der Weg zum Bauplatz war frei – doch: Container-Jo (Leinen) findet zielsicher die Sperre

Betr.: Brokdorf-Nachwehen

Der BBU kritisiert die Art und Weise, wie einige Gruppen auf dem Nachbereitungstreffen in Kolmar eine Einschätzung und Auswertung der Großdemonstration in Brokdorf durchführen wollten. Außer Personalisierungen und Beschimpfungen ist dabei leider nichts herausgekommen. (...)

1. Es ist augenfällig, daß dieselben Gruppen, die jetzt verschiedene Defizite dieser Demonstration kritisieren, auch diejenigen Gruppen sind, die eine "organisierte Unorganisiertheit" mit heraufbeschworen haben. So konnte z.B. in den Vorbereitungstreffen weder das genaue Vorgehen in der Wilster Marsch besprochen werden, noch ist eine Demonstrationsleitung gebildet worden.

2. Selbst zum allerletzten Zeitpunkt, am Freitag, dem 27.2. um 19 Uhr bei einem Treffen, das sich "Koordinierungsausschuß" nannte, wurde eher unkonzentriert auf der Landkarte herumgestochert, als eine feste Verabredung für den nächsten Tag getroffen. Es ist einfach nicht wahr, daß eine feste Verabredung für eine einzige Demonstrationsroute über die B 5, Alter Deichweg, Jammertal, zum Bauplatz beschlossen worden wäre. Getreu dem Aufruf sollte das genaue Verhalten "je nach Einschätzung der Lage vor Ort" beurteilt werden.

3. (...) Niemand wußte genau, wer eine Demonstrationsspitze bildet. Niemand wußte, welche Polizeisperren massiv, weniger massiv oder überhaupt nicht vorhanden waren. Bei Formierung des Demonstrationszuges aus Wilster heraus ist durchgesickert, daß die Polizeisperre bei Dammfleth durchlässig ist und überwunden werden kann.
Mangels anderer Informationen wurde spontan beschlossen, nicht alle Demonstrationsteilnehmer auf eine einzige Polizeisperre zu konzentrieren, sondern den Versuch zu unternehmen, in Dammfleth weiterzukommen.

4. Die Sammlung und Auftaktkundgebung in Wilster war ein allseits bekannter Bestandteil des Aufrufs von BBU und AKL. Der Grund hierfür war, nicht vereinzelt, sondern geschlossen Richtung Bauplatz zu marschieren. Gegen 10.15 Uhr hat sich dieser Demo-Zug auch formiert, obwohl viele Leute noch nicht angekommen waren. Das verspätete Eintreffen der Demonstrationsteilnehmer auf am Bauplatz hat deshalb überhaupt nichts mit der Auftaktkundgebund in Wilster zu tun, sondern schon eher mit den kilometerlangen Staus und der mühseligen Anfahrt (wo war der Verkehrsausschuß und was denkt dieser hierüber?).

5. Die Anmeldung der Demonstration ist von AKL und BBU ins Auge gefaßt worden, nachdem auch viele andere Gruppen erklärt haben, daß sie nur bei einer Anmeldung mitmachen könnten. Letztendlich ist aber dem Landrat in Itzehoe lediglich ein Brief übergeben worden, in dem neben Attacken auf das Demonstrationsverbot nur nochmals "offiziell" mitgeteilt wurde, was am 28.2. geschehen soll.

6. Jede Gruppe und jede Organisation muß die uneingeschränkte Möglichkeit besitzen, ihre Beteiligung an der Demo öffentlich darzustellen. (...) Wenn der BBU Presseerklärungen abgibt, dann gelten diese selbstredend nur für den eigenen Verband. (...) Es steht allen anderen Organisationen ebenfalls frei, ihre Ansichten im Hinblick auf eine Demonstration öffentlich bekanntzumachen, dies ist ja auch vielfältig geschehen.

7. Daß der BBU am 27.2. zur gleichen Zeit eine Pressekonferenz anberaumt hat wie andere Veranstalter, ist zu bedauern. Der Grund hierfür liegt jedoch darin, daß niemand von der anderen Pressekonferenz gewußt hat, auch wenn dies im Brokdorf Info 3 gestanden hat. Die Veranstalter

eigenen Verband. (...) Es steht allen anderen Organisationen ebenfalls frei, ihre Ansichten im Hinblick auf eine Demonstration öffentlich bekanntzumachen, dies ist ja auch vielfältig geschehen.
7. Daß der BBU am 27.2. zur gleichen Zeit eine Pressekonferenz anberaumt hat wie andere Veranstalter, ist zu bedauern. Der Grund hierfür liegt jedoch darin, daß niemand von der anderen Pressekonferenz gewußt hat, auch wenn dies im Brokdorf Info 3 gestanden hat. Die Veranstalter

dieser anderen Pressekonferenz müssen sich entgegenhalten lassen, daß auch sie andere Teile der Bewegung nicht eingeladen haben.

8. Der BBU ist gegen die Filzung von Atomenergiegegnern durch die Polizei. Die Kritik der unterschiedlichen Kontrollen war keine Aufforderung an die Polizei, noch mehr Atomenergiegegner zu kontrollieren, sondern ein Gegenargument gegen die öffentliche Darstellung, die "flexible und besonnene Strategie der Polizei" habe sich in Brokdorf bewährt und die Polizei habe die Anweisung gehabt, Auseinandersetzungen zu vermeiden.

9. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied Josef Leinen ist Teil eines 13-köpfigen BBU-Vorstandes. Der Aufruf, die politische Orientierung und die öffentlichen Erklärungen sind Teil eines breiten Diskussionsprozesses und können nicht einzelnen Personen in die Schuhe geschoben werden. Die Angriffe einiger Gruppen gegen Josef Leinen entbehren daher jeder Grundlage und sind Teil einer eher unbeholfenen und geschmacklosen Selbstrechtfertigung dieser Gruppen.

Zusammenfassend ist zu sagen: Diejenigen Anti-AKW-Gruppen, die das Scheitern ihres Konzepts mit einer Personalisierung und Diffamierung anderer Teile der Bewegung verdecken wollen, wären besser beraten, den Ablauf und die Konsequenzen aus dieser Brokdorf-Demo sachlich und ernsthaft zu analysieren. Hierbei stellen sich ganz andere Fragen als in dem Kritikpapier des Kolmarer Treffens. So z.B.: hat sich bewährt, den Demo-Ablauf nicht von vornherein klar zu bestimmen? Welche Nachteile hatte die Tatsache, daß es keine Demonstrationsleitung gegeben hat? Wie gut hat der Verkehrsausschuß funktioniert? Lassen sich gewaltfreie und gewalteinschließende Aktionsformen in einer einzigen Demonstration miteinander vereinbaren? Welchen Sinn haben solche Großdemonstrationen und sollte es als Konsequenz viele gleichzeitige dezentrale Demos geben wie es die Hausbesetzer praktiziert haben? Wer ist der politische Gegner der Anti-AKW-Bewegung: die Atombetreiber oder der Staat?

Der BBU fordert alle Anti-AKW-Gruppen auf, über diese Fragen auf dem nationalen Koordinierungstreffen in Bonn zu diskutieren.

Der BBU-Vorstand



Der größte Erfolg der Brokdorf-Aktion am 28.2. war sicherlich, daß mehr AKW-Gegner als jemals zuvor zu dieser Demonstration aufbrachen, obwohl ohne jeden Zweifel klar war, zu welcher Hetze es vor und nach dieser Aktion kommen würde und daß mit erheblichem Einsatz der Polizei zu rechnen war. Klar war ebenfalls, daß ein erheblicher Teil der Demonstranten nicht bedingungslos Polizeisperren weichen würde bzw. sich keineswegs auf einen „gewaltfreien" oder „passiven" Widerstand beschränken würde. Dies ist auch im Aufruf zu der Aktion nachzulesen. Die Mobilisierung verlief keineswegs durchorganisiert, sondern weitestgehend „spontan" und drückte den Willen der AKW-Gegner aus, nicht einem Demonstrationsverbot zu weichen. Im Vergleich dazu gab es in Vorbereitung der Aktion bei Brokdorf III überall in der BRD örtliche Treffen, bei denen immer wieder die Furcht überwog.

Diese Aktionsbereitschaft war auch ein wesentlicher Grund, weshalb es im Vorwege der Aktion nicht zu irgendeiner Spaltung gekommen ist, obwohl es erhebliche Differenzen

organisiert, sondern weitestgehend „spontan" und drückte den Willen der AKW-Gegner aus, nicht einem Demonstrationsverbot zu weichen. Im Vergleich dazu gab es in Vorbereitung der Aktion bei Brokdorf III überall in der BRD örtliche Treffen, bei denen immer wieder die Furcht überwog.
Diese Aktionsbereitschaft war auch ein wesentlicher Grund, weshalb es im Vorwege der Aktion nicht zu irgendeiner Spaltung gekommen ist, obwohl es erhebliche Differenzen

gegeben hatte. Anfangs behauptete Jo Leinen sogar, am 28.2. kämen nur 30.000. Nur bei einer Demoverschiebung könne man eine größere Mobilisierung und 100.000 Demonstranten erreichen.

Wenn jetzt im nachhinein der BBU den Erfolg wegen der Auseinandersetzung mit der Polizei auf einmal gefährdet sieht, so ist diese an den Tag gelegte Überraschung nichts als pure Heuchelei! Diese Bedenken waren in den Vordiskussionen auf sämtlichen Treffen Hauptdiskussionsgegenstand, die sogar eine konkrete Organisationsplanung eindeutig eingeschränkt haben.

Es wurde ausführlich über einen Antrag diskutiert, der eine „gewaltfreie Aktion" forderte, es wurde über den Antrag des BBU diskutiert, der gern eine Festlegung auf ein passives Widerstandskonzept gesehen hätte. Der „Witz" an der Sache ist gerade, daß all diese Kräfte ausdrücklich erklärten, daß sie trotz Ablehnung dieser Anträge mitmachen würden bzw. gemeinsam mit zum Bauplatz marschieren würden. In Hannover, auf einem nationalen Vorbereitungstreffen, z. B. kam es eigens im „Wilster-Auftakt-Bündnis" (BBU, AKL, Jusos, DKP) zu einer Art offen fraktionellem Treffen, wo eingehend erörtert wurde, ob man aussteigen wolle. Einschließlich der Jusos und des BBU einigte man sich darauf, an einer gemeinsamen Demonstration festzuhalten, einschließlich der Jusos wollten alle sogar möglichst in einer gemeinsamen Demonstrationsleitung vertreten sein.

Angesichts des entschiedenen Demonstrationswillens in der Bewegung kam weder eine Verschiebung des Demonstrationstermins in Frage und auch die Möglichkeit eines Alternativ-Ortes für „gewaltfreie" AKW-Gegner wurde schnell verworfen. Nachdem die schleswig-holsteinische SPD, die ja erklärt, das AKW-Brokdorf „verhindern" zu wollen, Stoltenberg im Sinne der „Solidarität der Demokraten" zugesagt hatte, auch nicht anderswo zu protestieren, war jeder Vorstoß im Sinne der „Unvereinbarkeit" einer gemeinsamen Aktion, wie es jetzt der BBU ins Spiel bringt, vom Tisch.

Jetzt von „überfahrener Minderheit" zu reden, die durch Vollmobilisierung von Grüppchen zustandegekommen sei, ist nichts weiter als der Versuch, die nachträgliche Distanzierung des BBU und anderer zielstrebig zu vernebeln. Es wäre ein hoffnungsloser Versuch gewesen, wenn der BBU woanders, dezentral oder gar nicht hätte demonstrieren wollen: Die Masse der AKW-Gegner wäre da nicht mitgezogen, womit wir natürlich keineswegs bestreiten wollen, daß die Mobilisierung seitens des BBU und des „Auftakt-Bündnisses" von erheblichem Nutzen gewesen ist.

Bauplatzbesetzung oder Kundgebung?

Eine weitere Legende ist die von der insgeheim vorgesehenen Bauplatzbesetzung, die die geplante Abschlußkundgebung verhindert haben soll. Tatsächlich war aus dem Kreis der Autonomen vorgeschlagen worden, im Aufruf zu erklären, man wolle den Platz besetzen, wenn dies das Kräfteverhältnis zulasse. Allerdings war vollkommen klar, daß dies nicht erreichbar sei, sondern eher damit zu rechnen wäre, daß man bereits vor einer vorgeschobenen Polizeisperre werde umkehren müssen (nachzulesen im Aufruf). Auch hier wird der Polizei die Verantwortung für den Demonstrationsablauf einfach abgenommen.

Demonstrationsleitung

Im nachhinein wird nun auch das Märchen aufgetischt, daß bei einer Demonstrationsleitung alles anders gelaufen wäre. Was ist der Unterschied einer vom BBU geforderten Demonstrationsleitung und dem tatsächlich unter Einschluß von Jo Leinen gebildeten Koordinationsausschuß?

Erstens war der Beschluß, daß der Koordinationsausschuß keine Beschlüsse gegen den Willen der Demonstranten fällen dürfe, für die Vertreter des „Auftakt-Bündnisses" ein offensichtlich schwerer Affront. Zweitens waren alle Versuche gescheitert, den Vertretern des „Wilster-Auftaktes" etwa die Hälfte der Plätze in der Demo-Leitung oder eine Art Vetorecht zuzuschanzen. Infolgedessen hat sich dann Jo Leinen, der nun nach „Festlegungen" schreit, an tatsächliche Vereinbarungen absolut nicht mehr gehalten (siehe Kollmarer Erklärung). Dann kann es schon zu so winkligen Manövern kommen, daß jetzt im nachhinein behauptet wird, der Koordinationsausschuß habe statt einer Planung wild auf dem Globus herumgestochert. Während die Vertreter im Koordinationsausschuß, einschließlich der Militanten, dabei

Demo-Leitung oder eine Art Vetorecht zuzuschanzen. Infolgedessen hat sich dann Jo Leinen, der nun nach „Festlegungen" schreit, an tatsächliche Vereinbarungen absolut nicht mehr gehalten (siehe Kollmarer Erklärung). Dann kann es schon zu so winkligen Manövern kommen, daß jetzt im nachhinein behauptet wird, der Koordinationsausschuß habe statt einer Planung wild auf dem Globus herumgestochert. Während die Vertreter im Koordinationsausschuß, einschließlich der Militanten, dabei

gemeinsam einen Weg v o r b e i an den Polizeisperren zum Bauzaun markierten, führten Jo Leinen, Roland Vogt, der AKL und andere im Namen der Gewaltfreiheit einen Zug direkt zur Polizeisperre, wo breite Wassergräben jedes Umgehen ausschlossen.

Jetzt soll die tatsächlich zusammengebrochene Verkehrslenkung in der Wilster Marsch dafür verantwortlich sein, daß Jo Leinen von Wilster aus keinen Kontakt mehr zum Koordinationsausschuß fand. Auch der nicht vor Wilster plazierte Verkehrsausschuß ist jetzt verantwortlich, daß Jo Leinen wider die Abmachung die Busse vor Wilster aufhielt. Jedem, der die Verhältnisse kennt, ist klar, daß diese unverschämten Märchen-Erklärungen des BBU bei den Aktiven, die direkt an solchen Vorplanungen beteiligt waren, nichts anderes als Wut und Empörung provoziert. Jo Leinen wird sich kaum ohne Eklat auf solchen Sitzungen blicken lassen können, was bekanntermaßen schon immer ein gewisses Problem war. Umgekehrt verlassen sich diese Erklärungen auf die Uninformiertheit der Masse der Demonstranten, für die jetzt ausgerechnet der BBU das Wort von mehr Organisiertheit schwingt. Denn für die Masse der Demonstranten war dies in der Tat ein ernsthaftes Problem bzw. eine negative Erfahrung, was bei weiteren Großaktionen anders gelöst werden müßte.

Da aber der BBU im konkreten nun wirklich alles andere als einen Beitrag dazu geliefert hat, wie man trotz Polizeisperren gezielt und geplant in die Wilster Marsch kommen könnte bzw. an den Sperren vorbei bis zum Bauplatz, könnte er höchstens die Hoffnung wecken, daß seine Distanzierungen zur Zurückhaltung der Polizei führen werden.

Der BBU hat natürlich in seinem Verband die Erklärungen der Vorbereitungstreffen oder gar die Brokdorf-Infos bzw. die Verurteilungserklärung aus Kollmar gar nicht verbreitet. Auch die „taz" spielt hier wieder mal ein böses Spiel. Während die BBU-Erklärungen prompt in der „taz" Eingang fanden, schaffte sie es bis heute nicht, die Erklärung gegen Leinen überhaupt nur zu erwähnen. Das ganze läuft auf der typischen Schiene der Kunkeleien auf „Bekannten"-Ebene, Redakteur Manuel B. rühmt sich seiner Leinen-Kontakte.

Eine Rechenschaftspflicht von Leinen als Koordinationsausschuß-Mitglied wird strikt unterlaufen. An-

Fortsetzung nächste Seite

Volksentscheid zur Startbahn West

Jetzt Dampf machen!

In den letzten Wochen ist die Diskussion um die Einleitung eines Volksbegehrens und Volksentscheids über die umstrittene Erweiterung des Frankfurter Flughafens einen wichtigen Schritt vorangekommen. Nachdem der hessische BUND (Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland), zwei weitere Naturschutzverbände, der BBU und die evangelische Synode Rüsselsheim ihre Zustimmung für dieses Vorgehen erklärt hatten, das gemäß der hessischen Landesverfassung möglich ist, beschloß die Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung, „*gemeinsam mit anderen Startbahngegnern ein Volksbegehren und Volksentscheid ‚Keine Startbahn West' zu initiieren und zu tragen und sich* (zu) *bemühen, für deren Dauer ein Moratorium durchzusetzen*". Allerdings macht die BI die Durchführung davon

Falken für Volksbegehren

„Die Landeskonferenz der SJD/Die Falken unterstützt gemeinsam mit anderen Formationen der Startbahn-Gegner die Einleitung eines Volksbegehrens und Volksentscheids nach Art. 124 der hessischen Verfassung. Hierfür liegt ein Gesetzentwurf bereits vor. Ferner soll für die Dauer von Volksbegehren und -entscheid gegenüber der hessischen Landesregierung ein Aufschub der Waldrodungen und des Beginns der Startbahnbauarbeiten (Moratorium) durchgesetzt werden. Der Landesverband wird mit seinen organisatorischen und politischen Veranstaltungen diese Aktionen aktiv unterstützen."

Dieser Beschluß wurde am 29.3.81 von den hessischen Falken auf Antrag des Frankfurter Ortsverbands Industrie einstimmig angenommen.

abhängig, daß die Mehrheit der Startbahngegner diesem Vorgehen zustimmt und die juristischen Fragen abgeklärt sind. Wenig später haben die Ergebnisse der hessischen Kommunalwahlen deutlich gemacht, wie stark die Sensibilisierung der Bevölkerung gegen die umweltzerstörerischen Maßnahmen der Landesregierung ist — vor allem in den betroffenen Gebieten, aber — und das ist das Entscheidende — n i c h t n u r dort. Wenn es gelingt, für das Volksbegehren gegen die Startbahn West auch die anderen Protestbewegungen gegen eine hessische Wiederaufarbeitungsanlage, Atomkraftwerksprojekte (Biblis C, Borken), Giftmülldeponien, neue Hochleistungsstraßen, Zubetonierung der Landschaft, Zerstörung der Städte etc. zu mobilisieren, dann scheint es nach diesem Wahlergebnis möglich zu sein, selbst die ungeheure Zahl von 800.000 Unterschriften (20 % der Wahlberechtigten) zu erreichen.

Am 17.3. tagte das BI-Plenum ausschließlich zur Frage des Volksbegehrens/Volksentscheids. Nachdem der negative Verlauf des Landtagshearings von Anfang Februar für eine ziemliche Demobilisierung unter den BI-Gruppen gesorgt hatte, war diese Debatte mit 400 Teilnehmern wieder außerordentlich gut besucht. Zur Diskussion standen zwei Anträge: einer von A.Schubart, der sich für die „Verteidigung von Wald und Hüttendorf" wie auch für die Einleitung des Volksbegehrens/Volksentscheids aussprach; einer von der Groß Gerauer BI, der gegen letzteres votierte. Nach dreistündiger Redeschlacht zogen die Groß Gerauer ihren Antrag zugunsten eines Kompromißantrags zurück. Dieser hatte zum Inhalt, eine erklärte politische Entscheidung der BI erst zu einem späteren Zeitpunkt zu fällen. So schwächte der Kompromißantrag den Vorschlag Schubarts dahingehend ab, daß die BI die Einleitung eines Volksbegehrens „*prüfen und gegebenfalls tragen*" solle. Dennoch entschieden sich in der abschließenden Abstimmung 172 BI-Mitglieder für den Schubart-Antrag gegenüber 158 für den Kompromiß. In der praktischen Konsequenz wird die BI ohnehin zunächst Gespräche mit den anderen Formationen der Startbahngegner führen.

Zur Haltung von Jusos, KBW, DKP

Jusos, DKPler und KBWler gehören zu demjenigen Teil der Bürgerinitiative, der dem Volksbegehren skeptisch bis ablehnend gegenübersteht, ohne sich schon endgültig festgelegt zu haben. Ein bißchen überrascht ist man dabei schon, wenn sich Jusos vehement für eine „antiparlamentarische" Orientierung aussprechen wie z.B.: „*Eine erneute Hinorientierung der Startbahngegner auf parlamentarische Kampfformen* (*siehe unsere Erfahrungen mit dem Hearing*) *würde dagegen die Position der Bewegung zum jetzigen Zeitpunkt verschlechtern*" (aus dem Groß Gerauer Antrag). Denn gerade die Jusos waren es ja gewesen, die der BI die Teilnahme an dem Unternehmen Landtagshearing wärmstens ans Herz gelegt hatten; eine Selbstkritik ihrerseits zu dieser Taktik gibt es nicht. Auf der anderen Seite entspricht das Mittel des Volksbegehrens nicht gerade dem in der BRD üblichen Parlamentarismus, was man u.a. der Tatsache entnehmen kann, daß es im Grundgesetz nicht vorgesehen ist. Ohne jetzt den Volksentscheid als ‚Inbegriff direkter Demokratie' gegenüber dem korrupten System, das hierzulande herrscht, hochzuspielen, ist doch ziemlich klar, daß seine Durchführung geradezu eine Negation der jahrzehntelangen parlamentarischen Praxis in der BRD wäre.

Des weiteren zählen die Jusos eine Vielzahl von Argumenten auf, die auf

Hätten Sie's gewußt?

NACH ANSICHT VON BÖRNER UND WALLMANN

eine Unterlegenheit der Startbahngegner gegenüber den Flughafenbetreibern hinauslaufen:

- die Startbahnbefürworter seien hessenweit durchorganisiert und finanziell überlegen;
- sie verfügten über bezahlte, professionelle Spezialisten, während die Umweltschützer personell und organisatorisch schwach seien;
- der Zeitraum für die Eintragung der benötigten 800000 Wahlberechtigten in die Listen (3 Wochen) sei zu kurz; im Falle einer Niederlage wären die Startbahngegner für die Landesregierung eindeutig als Minderheit zählbar und vorzeigbar.

So wird eine „*vorprogrammierte Niederlage*" und ein Kräfteverschleiß „*in den Mühlen der Gesetze, der Landesregierung und des Staatsgerichtshofes*" vermutet. Wenn dies die Meinung der Jusos ist, so muß man sich fragen, welche Chancen sie der Verhinderung der Startbahn überhaupt noch geben. Denn ohne den Ausgleich der finanziellen Unterlegenheit durch bessere Argumente, ohne eine landesweite Mobilisierung, ohne Vereinigung der verschiedenen Umweltbewegungen und schließlich ohne die Erringung von Mehrheiten in der Bevölkerung dürfte der Kurs der Landesregierung schon gar nicht zu stoppen sein. Und als auf diesem Gebiet etwas erfahrenere Fraktion der Linken sei uns auch die Bemerkung gestattet: Der militante Widerstand, den die Jusos jetzt entdecken, fällt auch nicht gerade vom Himmel — jedenfalls wenn die Bevölkerung mit einbezogen werden soll und wenn dieser wirksamer sein soll als das, was Juso-Vertreter bisher dazu eingefallen ist: Am Tag X setzen wir uns gewaltfrei in den Wald und lassen uns von der Polizei wegtragen. Ja und dann? Genügt das denn??

Auch der KBW, zu früheren Zeiten leidenschaftlicher Befürworter eines bundesweiten Volksentscheids gegen den § 218, lehnte das Projekt in einem Extrablatt („*Ein Volksbegehren kann unseren Widerstand nicht ersetzen*") ab. „*Ein Volksbegehren in der jetzigen Situation würde — ob man es nun will oder nicht — von der Hauptaufgabe ablenken, den Widerstand in unserer Region so mächtig zu machen, daß der Baubeginn im Herbst ein noch größeres politisches Fiasko für die Landesregierung wird, als sie es schon erlebt hat ... Die Einheit und Entschlossenheit gegen die Politik der Landesregierung muß in ganz Hessen schon sehr groß sein, um auf diesem Wege den*

DARF DAS 'SELBST-IN-DIE-HAND-NEHMEN' VON DER BEVÖLKERUNG

Volkswillen der betroffenen Region durchzusetzen. Zur Zeit wäre es leichtfertig, dies zu behaupten oder darauf einfach zu spekulieren". Offenbar wollen die Massen nicht mehr nach links ...

Die DKP setzte sich dafür ein, noch keine Entscheidung zu fällen und votierte wohl zumeist für den Kompromißantrag. Rudi Hechler, DKP-Abgeordneter in Mörfelden-Walldorf, verteilte eine Erklärung: „*Könnte der Volksentscheid eine wirksame Form des Widerstands werden oder ist er ein Irrweg?*" Ohne daß dort eine klare Stellung enthalten wäre, liest sich zwischen den Zeilen doch eine starke Skepsis heraus. „*Ich meine, die alleinige Orientierung auf diesen Weg wäre falsch. Diese Aktion kann andere Kampfformen nicht ersetzen* (wer wollte das bestreiten? — Anm. AK). *Niemand kann auch sagen, wie ein solches Unternehmen ausgeht. Wenn man weiß, daß die Startbahn West zum großen Prestigeobjekt der Herrschenden geworden ist, dann kann man sich auch denken, daß landesweit die Landtagsparteien und alle Medien gegen uns mobilisieren werden. Unter diesen Bedingungen würde die Landesregierung sehr schnell die denkbar demokratischste Legitimation für den Bau der Startbahn West erhalten*".

Auch hier überwiegt also eine recht negative Einschätzung des Kräfteverhältnisses. Freilich kann man nicht einfach entgegenhalten: Wir glauben eben an die „Einheit und Entschlossenheit" der Bevölkerung und an die 800000 Stimmen. Denn dies wäre ebensowenig bewiesen, wie die oben genannten relativ pessimistischen Einschätzungen. Notwendig ist es vielmehr, die Situation nicht länger ‚über den Daumen zu peilen', sondern wirklich zu analysieren und die unterschiedlichen Begründungen gegeneinander abzuwägen. Dafür bietet das Kommunalwahlergebnis vom 22. März ein reichhaltiges Faktenmaterial. Jedermann/frau weiß, daß Börner und Karry mit schlechten Ergebnissen für ihre Politik in den Flughafengemeinden gerechnet haben, wie sie auch eingetreten sind. Möglicherweise waren sie sich auch darüber im klaren, daß die Volkmarsener Bevölkerung (Nordhessen) den Plänen eine Abfuhr erteilen würde, in ihrem Ort eine WAA zu errichten. Die Wiesbadener Regierung war darauf vorbereitet, solche Ergebnisse als „Einzelerscheinung", „puren Egoismus einiger Gemeinden" und „*Sankt Florians-Prinzip*" abzutun („die interessieren sich nur dafür, daß in ihrer Gemeinde die Luft sauber bleibt — alles andere ist denen doch wurscht"). Demgegenüber wollte die Landesregierung als Sachwalterin eines „hessischen Gesamtinteresses" auftreten. Doch das Wahlergebnis ging weit über solche „Einzelerscheinungen" hinaus. Offensichtlich ist das Protestpotential keineswegs auf einige wenige Konflikte und entsprechend wenige

NICHT ÜBERHAND-NEHMEN..

Gemeinden bzw. Städte beschränkt. Entsprechend hütet sich die Landesregierung davor, nun zu behaupten, in g a n z Hessen regiere das „St. Florians-Prinzip". Stattdessen versucht sie jetzt, den protestierenden Bürgern ganz massiv mit dem Gespenst der Arbeitslosigkeit zu drohen. Doch das Vertrauen zu den Regierenden dürfte derzeit nicht so ungebrochen sein, daß man der Landesregierung ohne weiteres glauben würde, der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sei nun auf einmal ihr „innerstes Anliegen". Wirtschaftsminister Karry hat sich bisher ja auch nicht gerade als Gewerkschaftsfreund profiliert.

Daraus folgt zweierlei: Notwendig für ein Gelingen des Volksbegehrens/Volksentscheids ist die massenhafte Verbreitung der Einsicht, daß es sich bei der Flughafenerweiterung, WAA- und AKW-Projekten usw. um ein und dieselbe Politik handelt. Auf dieser Basis muß das Volksbegehren von allen Initiativen, Naturschutzverbänden, Grünen und Bunten in ganz Hessen gemeinsam angegangen werden. Ob dies möglich ist, wird sich in den nächsten Wochen zeigen. Auf alle Fälle scheint es nicht von vornherein unmöglich zu sein, den Volkmarsener Bauern klarzumachen, daß bei einer erfolgreichen Durchführung dieses Volksbegehrens — auch wenn es sich ‚nur' gegen die südhessische Startbahn West richtet — auch die WAA-Pläne einen schweren Schlag mitkriegen würden. Mehr noch: Eine gelungene „Generalprobe" für die Abwehr der WAA Hessen wäre überhaupt nicht vorstellbar!

Zweitens müssen sich die Initiatoren des Volksbegehrens viel stärker als bisher dem Arbeitsplatzargument stellen. Es muß mit aller Entschiedenheit deutlich gemacht werden, daß uns die Sorge um die Arbeitsplätze keineswegs gleichgültig ist, daß die Startbahn West (wie auch die Atomindustrie) k e i n e neuen Arbeitsplätze schafft, sondern im Gegenteil bestehende vernichtet oder zumindest dequalifiziert. Eine Offensive des Arbeitskreis Leben (AKL) wie auch aller s o z i a l i s t i s c h e n Startbahn- und AKW-Gegner gerade in dieser Frage ist dringend erforderlich.

KB/Gruppe Frankfurt

Fortsetzung von vorheriger Seite

geblich hat er auch nur als BBU-Vorstand Erklärungen abgegeben, alle Angriffe sind eine böse „Personifizierung".

Der Staat nicht unser Gegner

Der Hintergrund dieser Politik wird offensichtlich, wenn Leinen die mögliche Bruchstelle im Verhältnis der AKW-Gegner zum Staat sieht. Größere Mobilisierung würde erreichen, daß die Staatsrepräsentanten strikt gegen AKWs auftreten würden. Das stellt natürlich die Verhältnisse erst einmal vollkommen auf den Kopf: Tatsache ist, daß ohne Staatsentscheidung, ohne 20 Mrd. Staatsförderung gar keine Atomindustrie in der BRD entstanden wäre. Tatsache ist ebenso, daß die Massenmobilisierungen zur Polizeistaatsaufrüstung geführt haben, was bisher alle AKW-Gegner als Entwicklung zum Atomstaat kennzeichnen. Diese Einigkeit bestand unabhängig davon, ob jemand wie Leinen diese Machtverhältnisse glaubt, durch Wahlen ändern zu können. Wobei wir uns nicht die Erwähnung verkneifen können, daß es Leinen im Sinne seiner Werbung für die SPD bisher am entschiedensten ablehnte, daß sich AKW-Gegner unabhängig von den etablierten Parteien zur Wahl stellen, auch das ist für ihn „Spaltung" der Bewegung. Die ganze hier aufgeworfene Behauptung vom BBU, daß nicht der Staat der Gegner der Anti-AKW-Bewegung sei, wiederholt die Propaganda der bürgerlichen Parteien und der Presse: Die „guten" Demonstranten wollen gegen AKWs demonstrieren, während die „Chaoten" nur den Staat kaputt machen wollen. Die Naivität, wie leicht das sein soll, daß einige entschiedene Chaoten den Staat stellvertretend erledigen könnten, besitzt natürlich niemand. Da ist die Naivität schon auf Seiten des BBU, der durch Distanzierungen und Friedfertigkeit die Umwandlung der Machtverhältnisse anbietet.

MSB zu Brokdorf — Warum nicht immer so?

Liebe Freunde!
In der Mensa der Gesamthochschule Kassel fand ich kürzlich ein MSB-Flugblatt zu „Gorleben, Brokdorf, Volkmarsen", das neben einem Aufruf zur Demonstration gegen die WAA in Volkmarsen für den 22.3.81 in Kassel eine Pressemitteilung (des Bundesvorstandes?) zur Brokdorfdemonstration am 28.2.81 enthielt. In dieser konnte ich mit Staunen lesen, daß der MSB „*sich freut, mit dazu beigetragen zu haben, daß das Demonstrationsverbot in der Wilster Marsch durchbrochen wurde*". Zufriedenheit wird über „*Einheit und Entschlossenheit unterschiedlicher politischer Kräfte und Strömungen*" ausgedrückt. Und weiter: „*Alle wußten, daß es darauf ankommt, nicht nachzugeben, um das Recht zu erkämpfen, a m B a u p l a t z zu demonstrieren*" (Hervorh. von mir).

Zu den Spaltungs- und Kriminalisierungsversuchen durch die Medien, staatlichen Organe etc. heißt es: „*In Kommentaren und Berichten versuchen die Medien nun die eindrucksvolle Demonstration im nachhinein zu spalten in eine friedliche und dialogbereite Mehrheit einerseits und krawallinteressierte Minderheiten andererseits. Der MSB Spartakus bekräftigt: Was auf der Demonstration galt, gilt auch jetzt — wir lassen uns nicht spalten. Auch wenn wir aus unterschiedlichen Motiven heraus zur Demo gefahren sind, auch wenn wir sehr unterschiedlichen politischen Anschauungen anhängen, auch wenn unsere Einstellungen zur Atomtechnologie sich unterscheiden, gemeinsam wenden wir uns entschieden gegen Spaltungsmanöver. Scharmützel, die es gegen Ende der Demo gab, gehen ausschließlich auf das Konto der Polizei. Wenn jetzt einzelne herausgegriffen werden sollen und gegen sie sogar juristisch vorgegangen werden soll, dann betonen wir, wie es schon viele vor uns getan haben: Wir alle bekennen uns zur Demo in Brokdorf! Wir alle sind Täter.*" Nach der Lektüre dieser Zeilen war ich zunächst doch etwas verblüfft. 1977 gehörte ich nämlich zu denjenigen, die in der DKP-„Hochburg" Marburg gegen den erbitterten Widerstand des MSB für die damalige bundesweite Demonstration in Brokdorf mobilisierten. Aus dieser Zeit hatte ich noch ganz andere Stellungnahmen dieser Organisation zu Demonstrationen am Bauplatz des AKW Brokdorf im Kopf. Als ich in einem Ordner nachschaute, fand ich aus dieser Zeit ein MSB-Flugblatt, aus dem ich zitieren möchte, um die erstaunliche Wandlung dieser Gruppe, die hoffentlich von Dauer sein wird, zu dokumentieren und den krassen Kontrast zwischen „damals" und heute aufzuzeigen.

Zur Begründung, warum man nicht in Brokdorf demonstrieren sollte, schrieben sie damals: „*Die Verfechter der Kernenergie, die Bundes- und Landesregierungen und die Atomindustrie wollen Brokdorf zu einer Entscheidungsschlacht für sie machen. Sie wollen mit allen Mitteln, einschließlich des Einsatzes von bewaffneten Polizei- und nun auch BGS-Einheiten, den Widerstand der Bevölkerung mit offener Repression brechen. Von daher ist der Ausgang der Auseinandersetzung um das KKW Brokdorf von grundsätzlicher Bedeutung für die weitere Bewegung gegen KKW's. Wir halten daher die Durchführung der bundesweiten Aktion in Itzehoe am 19.2. für notwendig und richtig. Für schädlich halten wir das Vorgehen vor allem maoistischer Gruppierungen, die ungeachtet aller Beschlüsse der BUU auf eine Kundgebung am Bauplatz in Brokdorf orientieren. Angesichts der Ablehnung einer Kundgebung am Bauplatz zum augenblicklichen Zeitpunkt von einem großen Teil der BI's, vor allem von Seiten der unmittelbar betroffenen Bevölkerung, trägt dieses Vorgehen zu Schwächung und Spaltung der BI's bei und arbeitet damit objektiv den Interessen der KKW-Verfechter in die Hände.*"

Vor ähnlichen Verirrungen waren 1977 übrigens auch die Spontis und Basisgruppen in Marburg nicht sicher. In ihrer kleinen Zeitung „So oder So" vom 9.2.77 bezeichneten sie die Aufrufe zur Demonstration am Bauplatz schlicht als „ML-Gedöns", warnten vor „*einer Klopperei unter den Demonstranten*" vor dem Bauzaun, da ein einheitliches Vorgehen wegen der „*K-Gruppen nicht zu gewährleisten*" gewesen wäre. Schließlich wurde in Anlehnung an die damalige Blut- und Terrorpropaganda der Presse davor gewarnt, daß man „*mal wieder schön rot (hier: blutrot) in der Tagesschau*" erscheinen könnte. Bekanntlich und glücklicherweise wurde die Demonstration am 19.2.77 mit 30.000 Teilnehmern und trotz Demo-Verbot erfolgreich durchgeführt. Heute frage ich mich gerade auch angesichts obiger Zitate, was aus der Demo in diesem Jahr geworden wäre, wenn viele BI's und linke Organisationen — und hier ist insbesondere der KB zu erwähnen — damals dem propagandistischen Trommelfeuer der bürgerlichen und vieler linker Medien nicht standgehalten hätten und wenn die Angst damals nicht in Widerstand umgeschlagen wäre.

Für alle, die 1977 Zeit, Geld, Schweiß und Mut in die Durchführung der Aktionen in Brokdorf gesteckt hatten, war die diesjährige Brokdorfdemo eine nachträgliche Bestätigung.

Hoffentlich war's nicht die letzte!

27.3.81
Ein AK-Leser aus Hessen

Stoltzenberg-Prozeß eingestellt

Nachdem der Prozeß gegen Karl-Heinz Ludwig zweimal verschoben worden ist, hat sich die Staatsanwaltschaft nun endlich dazu durchringen können, das Verfahren einzustellen.

„Der Arbeiter L. wird beschuldigt, in Hamburg zugelassen zu haben, daß sein Sohn Thomas ohne Aufsicht in Anwesenheit anderer Kinder im Kellerraum seines Wohnhauses in Hamburg 53 mit gefährlichen Chemikalien experimentierte, welche er ihm teilweise beschafft hatte, ohne sie auf ihre Gefährlichkeit zu überprüfen" (Prozeßankündigung in Mitteilung Nr. 11/1981 der Pressestelle der Staatsanwaltschaften).

Die Öffentlichkeit sprach dagegen nur noch vom „Sündenbock-Prozeß". Längst war allen klar, daß hier der Vater des getöteten Jungen vor den Kadi gezerrt werden sollte, um für die Schlampereien und Versäumnisse der Behörden über Jahre hinweg seinen Kopf hinzuhalten.

Der Untersuchungsausschuß, der sich nach dem Explosionsunglück gebildet hatte, stellt immer wieder schwere Versäumnisse der unterschiedlichsten Behörden fest, allerdings sitzt bis heute kein einziger der verantwortlichen Beamten auf der Anklagebank. Nur der damalige Justizsenator Dahrendorf mußte seinen Hut nehmen. Allerdings sitzt er seit einigen Woch wieder in einem Senatorensessel, diesmal im SPD/FDP-Senat in Westberlin.



Noch vor nicht allzulanger Zeit sagte die Justizsenatorin Eva Leithäuser in einem Interview in der „Morgenpost": *„Wir haben das justizmäßig so genau geprüft, wie das überhaupt nur denkbar war! Die Staatsanwaltschaft hat im Fall des Vaters ganz intensive Gutachten erstellen lassen! Natürlich gibt einem das dennoch ein Gefühl des Unbeha-*

erstellen lassen! Natürlich gibt einem das dennoch ein Gefühl des Unbeha-

gens, daß der Vater angeklagt wird. Aber es ist rechtlich nicht möglich, auf die Anklageerhebung zu verzichten" („MoPo", 16.12.80).

Daß es nicht so gewesen sein kann, zeigt der Bericht in der „MoPo" am 20.3.81: *„Ihre Zustimmung zu einer Einstellung des „Sündenbockverfahrens" gegen Karl-Heinz Ludwig erfolgte nicht, – wie behauptet – durch das Bekanntwerden neuer Tatsachen. Offensichtlich hat die Staatsanwaltschaft nicht umfangreich genug ermittelt. Nicht der öffentliche Ankläger, sondern das Gericht erkundigte sich Anfang Januar bei den Herstellern der Kosmos-Chemiekästen ... Und bei diesen Kästen wird nicht auf die Gefährlichkeit eines Gemisches mit anderen Stoffen hingewiesen."*

Wenn auch die Einstellung des Verfahrens ein Erfolg ist, der weitere Belastungen für die Familie Ludwig erspart, sollten wir den Fall nicht „zu den Akten" legen. Offen bleiben eine Menge von Fragen:

- Wann endlich kommt der erste der zuständigen Beamten vor Gericht?
- Wo ist das Gift vom Stoltzenberggelände heute; wissen die Anwohner davon, ist das Gelände gesichert?
- Was für Geschäfte liefen und laufen zwischen Staat, Bundeswehr und der Firma Stoltzenberg (z.B. Tränengaskäufe)?
- Auf dem Gelände sind u.a. Tabun und Lost gefunden worden, die in kleinsten Mengen hochgradig gefährlich sind. Hat es darauf ausgerichtete Untersuchungen, insbesondere bei den Kindern aus der Umgebung gegeben? Was für Schäden sind festgestellt worden? Was für Entschädigungen von Seiten des Staates gekommen?

Sicherlich gibt es noch eine ganze Reihe weiterer Fragen. Da hinein etwas Licht zu bringen, sollte unser nächstes Anliegen im „Stoltzenberg-Skandal" sein.

IKAH

Fortsetzung von Seite 1

Grüne Welle in Hessen

Die Rekordergebnisse dieser Wahl wurden hingegen nicht von der grünen Partei erzielt, sondern von örtlichen Listen und Wahlbündnissen, in denen sich massenhaft Bürgerzorn gegen Wiesbaden (und sicher auch Bonn) entlud. Sei es die Startbahn West oder die Hessen-WAA, eine Giftmülldeponie, ein landschaftszerstörendes Straßenprojekt oder ein geschlossenes Jugendzentrum – wo immer sich die Bürger direkt betroffen fühlten und gemeinsam kandidiert wurde, da schnellten die Proteststimmen in schwindelerregende Höhen und übertrafen die Ergebnisse der Grünen noch um ein Vielfaches.

Mit stolzen 41,7% führt die Bürgerinitiative gegen eine Wiederaufarbeitungsanlage im nordhessischen Volkmarsen den Reigen an. Obwohl sie sich kurzfristig für eine Wahlbeteiligung entschlossen hatte, wurde die CDU (26,4%) halbiert, und die SPD (23,4%) um ein Drittel ihrer Stimmen gebracht. Seitdem gilt die 7200-Einwohner-Gemeinde nicht mehr undbedingt als "wahrscheinlichster Standort" für die WAA Hessen. Dies sei allerdings nur ein *"Zwischenbescheid"* gewesen, wird das Ergebnis von den BIlern kommentiert; die Atomlobby in Wiesbaden könne es auch *"noch deutlicher"* haben ("FR", 25.3.). In Volkmarsen hatten die WAA-Betreiber behutsam an einem Konzept gebastelt, nach dem alle drei etablierten Parteien das Projekt befürworten sollten. Dementsprechend versuchten CDU, SPD und FDP, die Opposition in der Bevölkerung mit Hinhaltemanövern aufzufangen: Es sei noch lange nichts entschieden, die Bürger sollten sich demnächst in einer gesonderten "Befragung" äußern dürfen usw. Mit derlei Zweideutigkeiten wollte die BI aufräumen – das Resultat läßt nichts zu wünschen übrig.

Weniger bekannt, aber gleichfalls schmerzhaft für besagte Lobby ist das Ergebnis in einem weiteren möglichen WAA-Standort.
teten die AKW-Gegner auf eine Kandidatur zugunsten des sozialdemokratischen Bürgermeisters, der seine strikte Ablehnung einer WAA erklärt hatte. Prompt bekam seine Partei auf Gemeindeebene 63,1% (+ 10%). Für den Kreistag dagegen gaben in Breuna 37,6% ihre Stimme den GRÜNEN womit bewiesen ist, daß die Einwohnerschaft hier über die WAA ganz genauso denkt wie in Volkmarsen.
Leider ist aus Rabenau (Kreis Gießen – ebenfalls als Standort im Gespräch) nichts Vergleichbares zu melden. Die SPD, die "gegen die Anlage" sein soll, wurde mit 46,7% stärkste

den. Die SPD, die "gegen die Anlage" sein soll, wurde mit 46,7% stärkste

Fraktion, die GRÜNEN bekamen indes nur drei Prozent. In Kassel allerdings dürfte die Weigerung des Oberbürgermeisters, eine klare Stellungnahme zur WAA abzugeben, die GRÜNEN mit zu ihren 6,7% beflügelt haben. Besonders wohltuend an diesen (und weiteren) Ergebnissen ist die Tatsache, daß sie aus dem nördlichen Landesteil kommen, der von Ministerpräsident Börner stets als private Hausmacht und "immun gegen Spinnereien" reklamiert worden ist.

Rund um den Flughafen brodelt's

Ihren massivsten Ausdruck fanden die Proteststimmen wie erwartet im Kreis Groß-Gerau und den von der Flughafenerweiterung unmittelbar bedrohten Gemeinden. Überall, wo sie kandidierten, erhielten die Startbahngegner weit über 10%: Die Grüne Bürgerliste für Demokratie und Umweltschutz in Mörfelden-Walldorf 25,2% (hier, im Zentrum des Widerstands, steigerte sich auch die DKP um 1,3% auf 8,4%), Grüne Bürgerliste Büttelborn 25,2%, Freie Wählergemeinschaft Rüsselsheim 16,5%, Wählerinitiative Kelsterbach 15,2%, Grüne Liste Groß-Gerau 12,6%. Die zuvor dominierende SPD verlor jeweils ca. 10 Prozentpunkte, die CDU mußte ebenfalls klare Verluste hinnehmen und bei der FDP traten einzelne Ortsverbände aus Protest gegen die Wirtschaftspolitik Karrys (lieber) gar nicht erst an. Im Kreistag steckte die SPD mit 42,1% (36 Sitze) ihre höchsten Verluste von ganz Hessen ein (– 9,4%), die FDP flog mit nur noch 4,8% heraus und die CDU landete bei 37,7% (33 Sitze). Mit 14,2% erhalten DIE GRÜNEN auf Kreisebene 12 Mandate; ehemalige SPD-Mitglieder kandidierten hier als Unabhängige mit auf ihrer Liste. Außer in Kelsterbach, wo es noch einmal eine knappe absolute Mehrheit für die SPD gab, sind die Startbahngegner in allen genannten Gemeinden wie auch im Kreis "Zünglein an der Waage". Ohne sie läuft nichts mehr – es sei denn eine große Koalition (SPD-CDU), wie sie sich in der Opelstadt Rüsselsheim abzeichnet. Im Unterschied etwa zu dem Volkmarsener Ergebnis, daß ein "reines" Anti-WAA-Votum beinhaltet, ist es im Kreis Groß-Gerau durchaus nicht n u r der Startbahn-Konflikt, der sich in den beschriebenen Ergebnissen niederschlägt. Insbesondere in Kelsterbach und Rüsselsheim sind die Listen mit einer ganzen Reihe von Schwerpunkten aufgetreten, die über Umweltfragen deutlich hinausreichen: Gewerkschafts-, Frauen- und Jugendpolitik spielen hier eine wichtige Rolle.

Auch im Nachbarkreis Main-Taunus hinterließ der Wahlkampf gegen die Startbahn seine Spuren. Den höchsten Stimmenanteil erzielte hier die Grüne Alternative Liste Flörsheim (GALF) mit 12,3%. Hohe Ergebnisse erreichten die Taunus-Listen, die sich auf den Kampf zur Verhinderung der B8-Schnellstraße bezogen, z.B. die Unabhängige Kelkheimer Wählerinitiative (UKW) mit 10,1% oder die Aktionsgemeinschaft Lebenswertes Königstein (ALK) mit 22%. An anderen Orten wiederum waren es Jugendzentrums-Konflikte gewesen, aus denen etwa die Andere Liste Rödermark (7,4%) oder die Alternative Liste Weiterstadt (12,3%) entstanden sind. Wo vor Ort eine Wahl-Alternative fehlte, schlug sich der Bürgerprotest mitunter auch im Wahlboykott sichtbar nieder. In Mainhausen sank die Wahlbeteiligung gegenüber 1977 um 11%. SPD-Wähler bekundeten damit ihren Unmut gegen die Landesregierung, die an diesem Ort eine Giftmülldeponie errichten läßt.

Aber auch die stattlichen 5,9%, die DIE GRÜNEN in Offenbach bekamen, sollten nicht den Blick dafür verstellen, daß die Wahlbeteiligung in Bezirken, in denen die "linke" SPD (Coppik) bei den Bundestagswahlen hervorragende Ergebnisse erzielt hatte, auf gerade 40% herunterging – ein Phänomen, das hier besonders ausgeprägt, aber durchaus nicht untypisch ist.

Die DKP konnte zwar ihre "alteingesessenen" Hochburgen verteidigen: Marburg 8,1% (10,3), Mörfelden-Walldorf 8,4% (7,1), Dietzenbach 6,2% (6,6), Langenselbold 13,9% (11,9); auch im "Vorzeige"-Kreis Marburg-Biedenkopf reichte es immerhin noch zu 2,2% (3,2). Darüberhinaus kommt die DKP jedoch nur noch in drei weiteren Kreisen auf knapp über 1%. In Darmstadt, Offenbach, Wiesbaden, Kassel, Hanau, Groß-Gerau und Bad Homburg verlor sie etwa die Hälfte ihrer Stimmen. In Frankfurt hielten ihr 1809 Wähler (0,6 %) die Treue gegenüber 4.699 (1,5 %) vor vier Jahren.

Dieser Streifzug durch die Ergebnisse des 22.März ist alles andere als vollständig. Geben die Großstädte noch ein relativ überschaubares Bild ab, so fällt es schwer, die Vielzahl der grünen und alternativen Listen in den kleinen und mittleren Städten "einzuordnen", geschweige denn, die Politik der frischgebackenen Mandatsträger vorherzusagen, bei denen es sich oftmals um "unbeschriebene Blätter" handelt. Dennoch scheint sich einiges herauszustellen:
1. DIE GRÜNEN verfügen als Partei bei dieser Kommunalwahl landesweit über einen Stimmensockel von (durchschnittlich) 5 bis 6%.

Den größeren Teil ihres Zuwachses im Vergleich zur Bundestagswahl (2,3% in Hessen) nahmen sie der SPD ab; Wähler wurden aber auch von der FDP und möglicherweise sogar der CDU gewonnen.
2. Das "Protestpotential" geht weit über diesen "Sockel" hinaus. An Orten, in denen die Landesregierung konkrete Maßnahmen gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung durchsetzen will, haben Wahlbündnisse mit "Traumergebnissen" gezeigt, daß ihr Widerstand vor Ort m e h r h e i t s f ä h i g ist. Dabei geht es heute (noch?) in erster Linie um umweltzerstörende Projekte, zunehmend aber auch um Wohnungsnot, jugend- und sozialfeindliche Politik und insbesondere um die antidemokratische Arroganz der Herrschenden. Daß ein "Protestwahl-Verhalten" (einschließlich Nicht-Wahl) nicht auf Ausnahmefälle begrenzt blieb, sondern wie eine Welle durch das gesamte Bundesland ging, ist zweifellos auch der "Großwetterlage" zu verdanken: Ablehnung der zunehmend kriegstreiberischen Politik der Bundesregierung, Betroffenheit über die Nürnberger Massenverhaftungen, Aufwind durch die Erfolge der außerparlamentarischen Bewegungen der letzten Zeit (Brokdorf, Hausbesetzungen).
3. Die breiten Wählerschichten, deren Fernbleiben von den Urnen der SPD vor vier Jahren ihren Erdrutsch beschert hatte, sind auch diesmal wieder zuhause geblieben. Die Wahlbeteiligung ist weiter gesunken, vor allem in den Großstädten beträgt sie nur noch wenig mehr als 70% (gegenüber 85 bis 90% bei Bundestags- und Landtagswahlen). Unter diesen Nicht-Wählern dürfte sich ein erheblicher Teil von Arbeitern finden, aber auch eine nicht zu vernachlässigende Zahl städtischer Linker, die sich durch die Abgrenzungspolitik der GRÜNEN brüskiert fühlen.



Hoch die Gläser auf die 41,6 Prozent bei der Bürgerliste Volkmarsen. FOTO: DPA

mer Wählerinitiative (UKW) mit den. Daß ein "Protestwahl-Verhal- Schuld bei sich entdecken. Er ist der

CDU, SPD, FDP: "Keiner kann frohlocken" ("FAZ")

All dies dürfte der Landesregierung einige Magenschmerzen bereiten. Der Kampf gegen die Startbahn West ist offenbar noch lange nicht zuende, und der gegen die WAA fängt viel zu früh an. Dabei waren Börner und Karry mit dem ehrgeizigen Anspruch angetreten, in Hessen "beispielhaft" Bürgerproteste in die Schranken zu weisen und "endlich" mit der (angeblichen) "Technikfeindlichkeit" aufzuräumen. Doch der Beifall von einschlägiger Seite (AKW-Betreiber, Industrie- und Handelskammer) kam zu früh. Gewiß war die Koalition auf ein schlechtes Ergebnis in den Flughafengemeinden gefaßt; möglicherweise rechnete sie sogar mit dem Debakel in Volkmarsen. Solchen "Einzelerscheinungen" sollte mit der Argumentation entgegengetreten werden, die Regierung könne sich nicht dem *"Sankt Florians Prinzip"* beugen und müsse gegenüber *"örtlichen Protesten"* das *"Gemeinwohl"* aller Hessen wahren. Doch nun sind diese "Einzelerscheinungen" flächendeckend aufgetreten. Da ist es nicht sehr orginell, wenn der Regierungschef jetzt die Schuld in Bonn ("Großwetterlage") wie auch in Frankfurt ("Anbiederung der SPD an die Grünen") sucht, nur nicht in Wiesbaden. Der Wahrheit kommt Börner instinktiv näher, wenn er – freilich mit Blick auf den "grünen Wahlkampf" seiner südhessischen Parteifreunde – meinte, die Wähler würden halt *"das Orginal, nicht den Verschnitt"* vorziehen. Ganz sicher haben nämlich Startbahn- und Atomfans wie auch die Liebhaber von Ruhe und Ordnung lieber das "Orginal" (CDU) gewählt...

Bei der FDP geht der Flirt mit der CDU ungeachtet der 4,3 %-Katastrophe in Frankfurt weiter. Während Spitzenkandidat A.v.Schoeler die Konsequenzen zog und seinen Kreisvorsitz niederlegte, kann Karry, die Nr.2 der Frankfurter Liste, keine Schuld bei sich entdecken. Er ist der festen Überzeugung, daß alles, was reaktionär und zwielichtig ist (Vermittlung von Waffengeschäften, Kumpanei mit Bauunternehmen, Spendenaffairen), der FDP nur nutzen kann, obwohl das Frankfurter Ergebnis eigentlich nichts anderes belegt, als daß er für seine Tätigkeit als Wirtschaftsminister nur noch bei der CDU eine Basis hat. Anders sehen es die Frankfurter Jungdemokraten, die in dem Ergebnis eine Anti-Karry-Wahl vermuten und ihn jetzt endlich abschießen möchten (toi, toi, toi!).

Die CDU feierte ihr Abschneiden in Hessen als "Sieg", in Frankfurt als "Riesensieg" und "triumphalen Erfolg Wallmanns". Nach einigem Nachdenken kommt die "FAZ" (24.3.) jedoch zu dem gegenteiligen Schluß. Daß die Bonner Opposition angesichts der nicht gerade glänzenden aktuellen Darbietungen der Schmidt/Genscher-Regierung nichts dazugewinnen konnte, und die SPD durchschnittlich nur 3% verlor, sei eigentlich enttäuschend. Tatsächlich reichte der CDU in Frankfurt ein Nettogewinn von spärlichen 900 Stimmen, um auf der Prozentskala gleich drei Punkte zulegen zu können. "Sieger" Wallmann war es auch, der keineswegs zum Jubeln aufgelegt schien. Denn daß die sorgfältig eingefädelte Koalition mit der FDP daneben ging, war eben doch mehr als nur die Tatsache, daß unter den zahlreichen schwarz-gelben Hochzeiten in hessischen Kommunen nun eine weniger stattfinden wird. In Frankfurt sollte ein Signal mit bundesweiter strategischer Ausstrahlung gesetzt werden. In diesem Sinne hätte Wallmann der FDP sicher gern 2% geschenkt.

Grüne, Alternative, Linke: Alle können frohlocken?

Niemand ist gegen Irrtümer gefeit – auch der AK leider nicht. Was die

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 15

"Wahlprognose" angeht, lagen wir mit unserer Einschätzung "voll daneben", wie man so schön sagt (s.AK 197, S.14). Da ist es nur ein schwacher Trost, daß wir mit unserer Unterschätzung der GRÜNEN keineswegs allein dastanden. Mit dieser Selbstkritik sind allerdings die Fragen, die das Wahlergebnis für die Politik der Linken aufwirft, keineswegs beantwortet.

Da haben es die GRÜNEN schon einfacher. Sie – und das heißt in Hessen vor allem die BUS ("Basisdemokratische Undogmatische Sozialisten") – sehen sich in ihrer Politik vollauf bestätigt. Erst die eindeutige Abgrenzung nach links habe ihnen auf breiter Basis Zugang zum Wähler verschafft. Wahlbündnisse unter Einschluß der Bunten, Alternativen und Linken hätten wesentlich schlechter abgeschnitten als die Grüne Partei. Dazu brauche man nur die Ergebnisse von Frankfurt, Offenbach und Kassel mit denen aus Wiesbaden (WiLi) und Hanau (GAL) zu vergleichen. Eine etwas modifizierte Einschätzung bringt der Frankfurter "Pflasterstrand" (Nr.102). Das Beispiel Wiesbaden (4,4%) treffe nicht zu. Denn immerhin habe die WiLi *"prozentual gegenüber der Bundestagswahl genausoviel hinzugewonnen wie die Grünen in Frankfurt"*. Bei den 3,7% in Hanau habe dagegen die Beteiligung des KBW an der GAL *"angedeutet, daß ein Bündnis mit den Leichnamen der ML-Bewegung das Gegenteil eines Erfolges bedeuten kann"*. Der Verfasser bedauert es als *"Schönheitsfehler"*, *"daß der Marburger DKP weniger als erwartet abgeluchst werden konnte"*, und sagt kühn *"das entgültige Aus jedweder K-Politik"* voraus.

Doch eines nach dem anderen:
Zunächst einmal ist es unverständlich, wenn vielfach diesselben Leute, die den GRÜNEN nach dem Scheitern eines Wahlbündnisses in Frankfurt gerade 2 bis 3% zutrauten ("taz": *"Aus der Traum!"*), ein Ergebnis von immerhin 3,7% jetzt als schlecht oder gar als endgültige Ab-
gebnis von immerhin 3,7% jetzt als schlecht oder gar als endgültige Ab-
sage an irgendeine Politik empfinden. Es gibt genügend grüne Ergebnisse, die unter diesem Level liegen.

Was die WiLi angeht, so braucht sie keinerlei Vergleiche zu scheuen. Daß sie die 5% verfehlte, ist ausschließlich der unsinnigen Spaltung am Ort (Weiberliste mit 0,3% und KBW mit 0,0%) zu verdanken. Berücksichtigt man außerdem, daß gerade in Wiesbaden die "harte Boykottfraktion" einen für Hessen überdurchschnittlichen Einfluß in der Linken besitzt, und daß die antiparlamentarischen Vorkämpfer mit Vorliebe Bunte und Alternative bekriegen ("gefährliche Variante des Opportunismus"), so ist das Abschneiden der WiLi sogar als sehr gut anzusehen.

Das Beispiel Hanau ist auch sehr schlagend. Denn hier gibt es einen direkten Vergleich zu den GRÜNEN, die ohne KBW etc. parallel zum Kreistag kandidierten. Ergebnis: Genau 3,7%!

Es soll hier nicht bestritten werden, daß ein Ergebnis wie in Volkmarsen zweifellos nicht mit einer "linksverdächtigen" Liste zu erzielen gewesen wäre – was Wunder in einer Gemeinde, deren Namen noch vor zwei Wochen lediglich einem kleinen Kreis von Eingeweihten bekannt war! Was aber einen Vergleich der mehr grünen mit den mehr alternativen Listen angeht, so lassen sich keinesfalls schnelle Schlüsse ziehen und einfache Erklärungsmuster der oben beschriebenen Art finden. Daß beispielsweise in Marburg, Mörfelden-Walldorf oder Dietzenbach beachtliche DKP-Erfolge Platz n e b e n beachtlichen grünen Ergebnissen hatten, ohne daß die GRÜNEN dabei der DKP entscheidende Anteile abnahmen, gibt zum Nachdenken Anlaß, obwohl es sich um Ausnahmefälle handelt. Unbestreitbar ist auch, daß in Frankfurt, Offenbach, Wiesbaden und Darmstadt eben nicht nur "dogmatische Traditionssozialisten" auf eine Stimmabgabe verzichteten, sondern (zusammengenommen) eine beträchtliche Zahl von Alternativen, Bunten, Frauen, Spontis usw. Hätte ein pluralistisches radikaldemokratisches Wahlbündnis in Frankfurt Chancen gehabt, auf 10% zu kommen? Oder hätte es im bürgerlich-mittelständischen Lager wieder verloren, was es links dazugewonnen hätte? Hätte eine linke Liste Aussichten, auf kommunaler Ebene neben den GRÜNEN ein nicht-sektiererisches Ergebnis zu erreichen? Die Antworten darauf werden zweifellos von Ort zu Ort verschieden ausfallen – eine einfache Faustregel erlaubt dieses Wahlergebnis nicht.

Ein Fehler allerdings, von dem wir uns keineswegs ausnehmen, war es, daß die Linke sich dort, wo die GRÜNEN ihren Abgrenzungskurs durchsetzten, postwendend abstinent verhielt, sich in den Schmollwinkel zurückzog und keinerlei Anstrengungen unternahm, sich in den Wahlkampf der Partei wie auch immer – mit Vorschlägen, Kritik oder auch demokratischem Druck – einzumischen. Wobei ein solcher Versuch, hätte er stattgefunden, angesichts des grünen " Wahlkampfes" natürlich auf objektive Hindernisse gestoßen wäre ... Die Haupttendenz war Desinteresse, "mit uns haben die sowieso nichts mehr zu tun". Die, wenn auch geringe Politisierung, die Motive, die Tausende von "einfachen Bürgern" mit ihrer Stimmabgabe für die GRÜ-
ringe Politisierung, die Motive, die Tausende von "einfachen Bürgern" mit ihrer Stimmabgabe für die GRÜ-
NEN verbunden haben, können uns jedoch ebensowenig gleichgültig lassen wie der nicht unerhebliche Unterschied zwischen einer FDP-Fraktion und den GRÜNEN im Frankfurter Römer. Außerdem sind sie nun einmal gewählt, und vornehmlich an i h r e m Auftreten wird es "die Bevölkerung" messen, ob es sich lohnt, den etablierten Parteien die Stimme zu verweigern. Amüsiertes Achselzucken über schratige Öko-Thesen reicht da genauso wenig wie linksintellektuelle Besserwisserei am Stammtisch.

Wenn es nicht gelingt, das Votum für die GRÜNEN für eine "Vermassung" der außerparlamentarischen Aktionen zu nutzen und umgekehrt den neuen Parlamentariern von Zeit zu Zeit einen kräftigen Schub von außen zu übermitteln, kann die verdiente Schlappe für SPD, FDP und CDU sich durchaus wieder in ihr Gegenteil verwandeln. Daß dies nicht mit kraftvollen Aufrufen für einen heißen Frühling, Sommer oder Herbst bewerkstelligt werden kann, sondern nur mit tatsächlicher Informations-, Überzeugungs- und Mobilisierungsarbeit (Zusammenarbeit?), ist nach Lage der Dinge wohl ziemlich einsichtig.

KB-Gruppe Frankfurt

Hamburger Bürgerschaftswahl:

Grüne erklären sich zur »dominierenden Kraft«

Was sich schon auf der letzten Landesversammlung der Hamburger Grünen am 17./18.1. abzeichnete (vgl. AK 193, S.12), ist nun nach der Landesversammlung am 28.3. beschlossene Sache: Die Hamburger Grünen mit der „Gruppe Z" als Wortführer lehnen eine Bündnisliste mit Kräften außerhalb der Partei ab. In Aussicht gestellt wurde lediglich eine „Öffnung" für Initiativen und Einzelpersonen, die bei den Grünen mitmachen wollen, ohne selbst dort Mitglied zu werden.

Auslöser der Kontroverse auf der Landesversammlung war ein Antrag von zwei KB-Genossen bei den Hamburger Grünen, in dem ein gemeinsames Wahlbündnis mit allen alternativen Kräften in Hamburg propagiert und vom grünen Landesverband folgende allgemeine Willenserklärung gefordert wurde: *„Die Grünen streben an, sich in ein solches Wahlbündnis g l e i c h b e r e c h t i g t einzubringen. Sie erheben für sich keinen Avantgarde-Anspruch gegenüber den zahlreichen anderen Kräften, die sich in Hamburg für eine alternative Politik einsetzen"*.

Sämtliche denkbaren Argumente gegen diesen Antrag wurden schon in dem AK-Artikel des Z-Chefs Willi K.Goltermann (AK 194, S.16) entwickelt und nun auf der Landesversammlung — Willi selbst war nicht anwesend — von seinen Getreuen in aller Breite nacherzählt: Dieser Antrag komme viel zu früh, weil die Grünen erst ein eigenes kommunalpolitisches Programm erarbeiten müßten; das Wörtchen „gleichberechtigt" bedeute, daß die Grünen nach Ansicht des KB in einem Wahlbündnis ebensoviel Einfluß haben sollten wie eine „x-beliebige BI" und ähnliches.

Was nicht ausbleiben konnte, war der Hinweis auf die „erfolgreichen" grünen Alleingänge in Hessen, wobei bezeichnenderweise der erste, der dieses „Argument" in die Debatte brachte, ein Z-Genosse war, der dazu ungefähr folgendes ausführte: so bedauerlich das Vorgehen einiger Grüner in Hessen gewesen sei, ihr Erfolg hätte bewiesen, daß die Grünen in der Wahlbewegung heute eine *„herausragende Rolle"* spielten; das müsse sich der KB „hinter die Ohren schreiben". Hinweise auf die keineswegs dominierende Rolle der Grünen in den verschiedenen politischen Bewegungen wurden damit beantwortet, die Grünen seien eben eine „Partei in der Entwicklung" — ihrer Rolle als „entscheidender Kraft" auch in Hamburg würde das keinen Abbruch tun.

Neben allgemeinen Aufforderungen an den KB und das Bunte-Liste-Initiativentreffen, zunächstmal ihre „Konfrontation" zu den Grünen abzubauen, bemühte sich vor allem „Professionalisierungs"-Theoretiker Rainer Link von der Eimsbüttler Parlamentsfraktion, die Notwendigkeit eines klaren Unvereinbarkeitsbeschlusses gegenüber dem KB und denjenigen Kräften glaubhaft zu machen, die das Parlament lediglich als „Kasperbude" betrachten würden. Solange in dieser Frage „*a n t a g o n i s t i s c h e P o s i t i o n e n*" bestünden, sähe er keine Möglichkeit, mit dem KB oder der Bunten Liste über eine gemeinsame Kandidatur zu beraten.

Der Antrag für ein gleichberechtigtes Wahlbündnis wurde schließlich klar abgeschmettert (etwa 90 gegen 6 Stimmen bei 8 Enthaltungen). Mit einem ähnlichen Ergebnis wurde ein Gegenantrag von Willi K.Goltermann angenommen, in dem eine klare Absage an „Wahlbündnisse mit solchen Kräften" enthalten ist, *„die sich selbst zwar als ‚alternativ' bezeichnen mögen, deren eigene inhaltliche Vorstellungen und Zielsetzungen jedoch keine Einigungsmöglichkeiten mit dem politischen Selbstverständnis der Hamburger Grünen zulassen"*.

Hamburg: »Grüne Opposition« als autonome Gruppe anerkannt

In AK 195 (S.13) berichteten wir über die Formierung einer „Grünen Opposition" innerhalb des Hamburger Landesverbandes, die jede weitere Zusammenarbeit mit der Gruppe Z und auch Beitragszahlungen an den Landesverband ablehnt, gleichzeitig aber in der Partei Die Grünen weiterarbeiten will. Auf seiner Sitzung vom 7./8.3. hat der Bundesvorstand die Opposition als autonom (geheim tagende? — Anm. AK) Gruppe anerkannt: *„Der Bundesvorstand erkennt dies als ein vorübergehendes Übel an. Er fordert die Gruppierung auf, eine Kontaktadresse zu benennen, über welche sie weiterhin am Meinungsbildungsprozeß der Grünen beteiligt wird. Der Bundesvorstand betrachtet es als selbstverständlich, daß die autonome Hamburger Gruppierung zu Bundeshauptausschuß-Sitzungen eingeladen wird, allerdings nicht stimmberechtigt ist"*.

Auch in der heiß umstrittenen Frage der Wahlkampfgelder (vgl. AK 194, S.15) hat der Bundesvorstand dem Antrag der „Grünen Opposition" entsprochen und die Auszahlung von 47000 DM an den Hamburger Landesverband kurzerhand gesperrt.

Mitgliederversammlung der Grünen am 20. März

Zwei Schritt vor, einen zurück

Ohne das befürchtete Chaos verlief der zweite Teil der Jahreshauptversammlung der Grünen in Göttingen. Wie berichtet, hatten eine Woche zuvor drei von vier Vorstandsmitgliedern die MV verlassen, nachdem sie in einer Abstimmung über die Tagesordnung unterlegen waren. Ihr erneuter Versuch, auf Diskussion und Beschlußfassung zu den Kommunalwahlen weitgehend zu verzichten, wurde von der MV ebenso abgelehnt wie ihr Mißtrauensantrag gegen die Versammlungsleiterin.

Damit hatten die Mitglieder recht deutlich dokumentiert, daß sie sich nicht jedem Manöver des Kreises um die ehemaligen Vorständler(innen) ausliefern würden, was diese allerdings nicht daran hinderte, im weiteren Verlauf der MV mit persönlichen Unterstellungen und Anwürfen gegen die Linken und einzelne sogenannte Mittelkräfte zu polemisieren.

Diese MV war mit gut einem Drittel aller KV-Mitglieder so gut besucht wie schon lange nicht mehr. Prominente Gäste waren H. Lippelt (Hannover), Mitglied des BuVo, R. Grösch (Goslar), Mitglied des Landesvorstandes, sowie Hilde Ohmstedt von der Landesgeschäftsstelle. Offensichtlich aufgeschreckt durch den Rechenschaftsbericht, wollten sie in Göttingen nach „dem Rechten" sehen. R. Grösch wies auch gleich zu Beginn mit leicht drohendem Unterton darauf hin, daß in Göttingen gefaßte Beschlüsse schließlich landespolitische Bedeutung hätten und sofort jeweils im Landesvorstand diskutiert würden.

Im folgenden lagen zwei Anträge zur Kommunalwahl vor. Einer, eingebracht von dem antikommunistischen Scharfmacher L. S., war jedoch so entlarvend abgefaßt, daß er über acht Für-Stimmen nicht hinauskam: *„Die Grünen sollten sich jedoch davor hüten, sich bei den Kommunalwahlen von K-Sekten, deren Spaltprodukten und Tarnorganisationen als öffentlichkeitswirksames Tarnmäntelchen mißbrauchen zu lassen ... Die Grünen kandidieren zur Kommunalwahl nicht mit KB/Z, KBW auf einer gemeinsamen Liste ..."*. Die Versammlung bewies ihr politisches Niveau, indem sie dieses Machwerk mit 29 : 8 Stimmen bei 10 Enthaltungen ablehnte. Zwar weniger plump, aber ähnlich in der Argumentation und Zielsetzung ist der bei einigen Grünen beliebte Versuch, die Initiativen in „gute" (bündnisfähige) und „schlechte" (K-Gruppen unterwanderte) zu spalten. Pikanterweise sind die Hauptverfechter des Mythos der alles unterwandernden K-Gruppen zwei „Überbleibsel" des SB, die rechtzeitig vor dem Untergang ihrer überlebten Organisation das Pferd gewechselt haben. Selbstverständlich beruhen diese simplen Spaltungsmanöver weder auf Beweisen noch auf inhaltlichen Argumenten.

Der zweite Antrag brachte die Zielsetzung seiner Verfasser, die Grünen im Rahmen eines gleichberechtigten Bündnisses zu den Kommunalwahlen kandidieren zu lassen, zum Ausdruck und wurde von der MV mit großer Mehrheit angenommen (29 Ja; 4 Nein; 11 Enthaltungen). Allerdings nur, um in seinen wesentlichen Aussagen sogleich zurückgenommen, zumindest relativiert zu werden. Folgender Zusatzantrag wurde angenommen (23 Ja; 9 Nein; ca. 15 Enthaltungen): *„Endgültiger Beschluß über eine gemeinsame Liste kann erst dann gefaßt werden, wenn der gesamte Inhalt des Programms festliegt und von den Mitgliedern akzeptiert ist. Mindestens 14 Tage vor der Beschlußfassung muß das Programm vollständig vorliegen"*.

Die diesen Antrag (eingebracht von rechten Grünen) zugrundeliegende Argumentation, „man könne keinen Blankoscheck ausstellen und von vorneherein seine Zustimmung zu allen Aussagen erklären", ist vordergründig einsichtig. Nur ist es ja keinesfalls so, daß von d i e s e n Grünen Bemühungen unternommen werden, eigene Positionen zu formulieren, ins Bündnis hineinzutragen und darüber sich auseinanderzusetzen. Im Gegenteil. Wiederum der Kreis um die ehemaligen Vorständler(innen) erklärt die Teilnahme an den Bündnisvorbereitungen zu individuellen, damit für die Grünen u n v e r b i n d l i c h e n Handlungen einzelner Mitglieder. Erst nach Abschluß der Vorbereitungen könnten die Grünen dann überprüfen, „ob das Ergebnis mit dem Selbstverständnis und der Programmatik der Grünen vereinbar ist". Und dies von Leuten, die ihr eigenes Saarbrückner Programm für unverbindlich („historisches Durchgangsstadium") erklären.

Die Kriterien dieser „grünen Elle" sind demnach bisher ausschließlich exklusiv in den Köpfen ihrer Verfechter. Allein der o f f e n rechte Flügel nannte seine „Essentials" für ein „Bündnis", das keins mehr ist:

- keine Zusammenarbeit mit Kommunisten (offener Unvereinbarkeitsbeschluß, der bei der Gründung der Grünen nicht mehrheitsfähig war);
- absolute Festlegung aller Beteiligten auf „Gewaltfreiheit" (erweiterter UVB, der sich nicht nur gegen organisierte Kommunisten, sondern z. B. gegen Mitglieder von Initiativen richten würde).

(Ein entsprechender Antrag auf der MV zur Festlegung von Bündnispartnern auf „Gewaltfreiheit" wurde nur knapp mit 24 Nein, 3 Enthaltungen und 22 Ja abgelehnt.)

Vor einem solchen Hintergrund gewinnt der letztlich hinzugefügte Absatz den Charakter einer „Notbremse", mit der ein späterer Rückzug bzw. die versuchte Torpedierung des Bündnisses durch die Grünen „legitimiert" werden könnte – unter Verweis auf die Existenz „inhaltlicher Differenzen". Zunächst wird mit diesem Beschluß natürlich Druck auf die inhaltliche Arbeit des Bündnisses ausgeübt, über dem das Damoklesschwert der Spaltung hängt.

Wesentlich erscheint uns ein zweiter Gesichtspunkt. Dieser Absatz widerspricht der mit großer Mehrheit – einschließlich der Stimmen vieler Grüner – angenommenen Entschließung des Arbeitstreffens vom 7.3.: *„Eine endgültige Entscheidung über eine Kandidatur, über das Programm und die Struktur der Liste wird auf einem späteren Kongreß zu treffen sein"*, d.h. ein Kongreß des Bündnisses, in dem die Grünen m i t arbeiten wollen, entscheidet a u t o n o m.

Während die Entschließung den Gedanken des g l e i c h b e r e c h t i g t e n Bündnisses zum Ausdruck bringt, maßen sich die Grünen letztlich eine (eingebildete) Sonderrolle an, wenn sie n a c h der Gründung der Liste (denn nichts anderes besagt der erste Teil des MV-Beschlusses) und deren e i g e n e r Entscheidung über Programm, Struktur und Kandidatur (unter Teilnahme der Grünen) erneut darüber entscheiden wollen, ob sie dabeibleiben oder nicht. Wenn diese Machtpolitik von jeder beteiligten Gruppe betrieben würde, verkäme der Programmkongreß der Liste zur Farce.

Jegliche alternative Liste zu den Kommunalwahlen wird natürlich von denen gegründet, die sich an den Vorarbeiten beteiligen und auf dem Gründungskongreß anwesend sind. Ebenso selbstverständlich dürfte sein, daß ein Gründungskongreß mit dem Ziel der Zusammenarbeit bei der Fortexistens von Differenzen in der Sache arbeiten muß, also den Pluralismus von Positionen durchaus berücksichtigen muß.

Es wäre aber geradezu ein Schildbürgerstreich, wenn ein autonom er-

Kommunalwahlen in Marburg

Seit den Wahlen vom 22. März sind im Marburger Stadtparlament nun fünf Fraktionen vertreten, außer CDU, SPD, FDP und DKP nun also auch die Grünen.

Die Grünen erhielten 5,9 %, die DKP 8,1 % (- 2,2,%) und die FDP konnte sich mit 5,3 % (- 1,0 %) gerade noch im Stadtparlament halten.

Bisher gab es in Marburg eine große Koalition, da weder die CDU alleine, noch SPD/FDP zusammen die absolute Mehrheit hatten und die SPD nicht bereit war, bei einer SPD/FDP-Koalition die Stimmen der DKP in Anspruch zu nehmen, obwohl die DKP bereit gewesen wäre, einen SPD'ler zum Oberbürgermeister zu wählen. Nun, nach den Wahlen, möchte die SPD-Spitze die große Koalition in eine SPD/FDP-Koalition, bei Tolerierung durch die Grünen, umwandeln. Jede Zusammenarbeit mit der DKP sei weiterhin ausgeschlossen. Wie die SPD jedoch bei der Oberbürgermeisterwahl 1982 einen der ihren durchkriegen will – selbst wenn ein Bündnis SPD/FDP/Grüne zustande käme, das ja mit 29 von 59 Sitzen nicht über eine Mehrheit verfügt –, ohne die Stimmen der DKP anzunehmen, bleibt jedoch (noch?) ein Rätsel.

Die Grünen haben bisher nur verlautbaren lassen, daß sie sich an keiner Koalition beteiligen, aber *„in Sachfragen zur Durchsetzung grüner Positionen zu Absprachen – auch längerfristiger Art – bereit wären"*. Als erstes fordern sie eine sofortige Änderung der Hauptsatzung, so daß alle Fraktionen sowohl im ehrenamtlichen Magistrat als auch in den Ausschüssen beteiligt werden. Bisher war die DKP durch formale Tricks von SPD und CDU nicht in diesen Gremien vertreten.

P.S.: Im Landkreis Marburg-Biedenkopf errang die „Demokratische Alternative Ebsdorfergrund", die hauptsächlich aus Jugendzentrumskreisen hervorgegangen ist, 5,3 % und damit zwei Sitze im Gemeindeparlament.

KB/Marburg

Betr.: Wahlen in Hessen

Im AK 197 wurden die grünen Listen in Hessen von der KB-Gruppe Frankfurt unter der Überschrift *"Kommunalwahlen in Hessen Grün? nein! – alternativ? ja!"* (S.14) recht undifferenziert und pauschal angegriffen. Sie hätten sich von der Linken und den BIs abgekoppelt, Brokdorf und Hausbesetzungen seien nicht ihre Themen etc. – das wurde praktisch allen grünen Listen unterstellt. Wenn ich auch den Ärger der Verfasser über das Vorgehen der Grünen in Frankfurt verstehen kann, so muß doch zumindest etwas zur Ehrenrettung der Kassler Grünen gesagt werden, die mit fünf Abgeordneten ins Stadtparlament einziehen werden.

Die Grünen in Kassel haben ihre Kandidatur zwar weitestgehend an den BIs vorbei und unter explizitem Ausschluß von KBW- (AKWs in China) und DKP-Mitgliedern (Polen) durchgezogen, trotzdem arbeiteten oder arbeiten Kandidaten in BIs mit. Sie haben hier zur Brokdorf-Demonstration am 28.2. mit Flugblättern und auf ihren Wahlveranstaltungen aufgerufen. An einer Demonstration, die diejenigen, die nicht nach Brokdorf gefahren waren, am selben Tag in der Innenstadt durchführten, waren sie ebenfalls beteiligt. Grüne Kandidaten konnte man auch bei den ersten Hausbesetzungen in Kassel sehen. Als am 20.3., also direkt vor der Wahl, in Kassel eine Demonstration mit 10.000 Teilnehmern gegen die WAA in Volkmarsen (bei Kassel) stattfand, waren die Grünen auch beteiligt. Die WAA spielte auch in ihrem Wahlkampf eine Rolle.

Abschließend vielleicht noch folgendes Beispiel: Als ein grüner Kandidat in einem Radiointerview nach den ersten vorläufigen Wahlergebnissen befragt wurde, gelang es ihm recht massenwirksam, neben der Nahverkehrsproblematik auch die WAA und die Hausbesetzungen in Kassel anzusprechen. Wie ihr seht, sitzt der Teufel wieder einmal im Detail.

Bei den Kommunalwahlen in Hessen haben grüne und alternative Listen z.T. verblüffende Erfolge erzielen können, z.B. Südhessen und Volkmarsen. Um sich ein exaktes Bild über diese, z.T. sehr heterogenen Listen zu machen, sollte man sie noch einmal kritisch durchleuchten und mitb pauschalen Angriffen vorsichtig sein.

Ein AK-Leser aus Nordhessen

Fortsetzung von vorheriger Seite

arbeitetes und verabschiedetes Programm anschließend den beteiligten Gruppen (erneut) zur Disposition angeboten würde. Wer d a s will, sollte auch offen erklären, daß er mit der Gleichberechtigung im Bündnis nichts am Hut hat.

Letztlich liegt dieser Teil des Antrags genau auf der Linie der zurückgetretenen Vorstandsmitglieder. In deren Rundschreiben zur letzten MV heißt es unter dem Kapitel „Was ist zu tun?": *„Wir können davon ausgehen, daß die meisten Mitglieder – auch wir – sich für die Fortsetzung der Programmarbeit in den AGs aussprechen werden, und es wird sicher eine Reihe von ihnen sich an der Gründung einer Liste am 25.4. beteiligen. Die MV der Grünen wird erst nach A b s c h l u ß der Programmdiskussion darüber entscheiden können, ob das Ergebnis mit dem Selbstverständnis und der Programmatik der Grünen vereinbar ist."*

Die Gruppe Z hat durch ihre Enthaltung bei der Abstimmung über diesen Zusatzantrag den Widerstand gegen diese (vorher bekannte) Linie der ehemaligen Vorstandsmitglieder und die darin zum Ausdruck kommende Vorstellung von „Bündnispolitik" aufgegeben und ist faktisch auf deren Linie eingeschwenkt. Offensichtlich hat die Gruppe Z (vielleicht aus anderen Motiven?) ebenfalls kein Interesse an einem gleichberechtigten Bündnis.

Dennoch kann das Ergebnis dieser MV denjenigen Grünen, die sich bisher tatkräftig für das Bündnis eingesetzt haben, eine brauchbare Handlungsgrundlage bieten. Sie tun gut daran, sich jetzt nicht bremsen zu lassen, sondern dafür zu sorgen, daß die Liste gegründet wird und in ihrer Arbeit – ob mit oder ohne den Grünen Segen – vorankommt.

KB/Gruppe Göttingen

Unabhängige Wählergemeinschaft Lüchow-Dannenberg

Nach interner Mobilisierung wurde Mitte Februar von etwa 50 Landkreisbewohnern (überwiegend Landwirte) die Unabhängige Wählergemeinschaft Lüchow-Dannenberg gegründet. Sie wird auf Gemeinde-, Samtgemeinde- und Kreisebene bei den niedersächsischen Kommunalwahlen kandidieren und versteht sich als Sammlungsbewegung aller Unzufriedenen. In einer ersten Willenserklärung wird *„Selbstbestimmung für unsere Dorfgemeinschaften"*, Kommunalpolitik statt Parteipolitik, Bürgerwille statt Behördenwille gefordert. An vierter Stelle erfolgt ein Bekenntnis gegen *„großindustrielle Anlagen, insbesondere risikoreiche Atomanlagen"* („EJZ", 20.2.81).

Dieses Konzept soll Gruppen wie die aus reaktionären Motiven entstandene „Freie Wählergemeinschaft Clenze" integrieren, die unmittelbar aus dem örtlichen „Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümerverein" hervorgegangen ist und gegen einen zentralen Wasseranschluß opponiert.

Über individuelle Doppelmitgliedschaft sind bereits sämtliche Widerstandsgruppen aus dem Landkreis (auch die links von den BIs angesiedelten „Aktivisten") in der UWG vertreten. Unterschiedlich beurteilt wird allerdings der Stellenwert einer Wahlbeteiligung. So erklärte Adi Lambke (FDP-Mitglied, engagierter Wortführer der „Bäuerlichen Notgemeinschaft" und maßgeblich am Zustandekommen der UWG beteiligt) in einem „Gorleben Aktuell"-Interview: *„Ich habe meine Hauptaufgabe bis jetzt immer im parlamentarischen Widerstand gesehen. Alle anderen Sachen sind zwar nach außen hin im Moment in gewissem Sinne effektiv, aber wir haben ja jetzt genug erlebt, daß die ganzen Sachen, die wir Bauern gemacht haben, gleich mit Prozessen verfolgt wurden ... Die Probleme, echt Blockaden oder solche Sachen zu machen, die werden ja immer schwieriger ... Wir können nur versuchen, da etwas zu erreichen. Für mich ist diese Kommunalwahl echt in gewissem Sinne die letzte Hoffnung, Gorleben zu verhindern"* („Gorleben Aktuell" Nr. 15). Oberstes Ziel sei das Brechen der CDU-Mehrheit im Lüchow-Dannenberger Kreistag und die Herausbildung einer Anti-Gorleben-Mehrheit unter Einschluß von Atomkritikern aus den etablierten Parteien.

Aus Ahaus ist allerdings bekannt, daß laut Atomgesetz (!) ein sicher funktionierendes Zwischenlager ohne kommunale Einspruchsrechte an einem x-beliebigen Standort zu genehmigen ist. Örtliche Einspruchsmöglichkeiten beschränken sich auf eine Ablehnung der Baugenehmigung, bzw. der Flächennutzungplanänderung. Genau in diesen Punkten soll jedoch bis zur Kommunalwahl (Ende September) alles im Sinne der Betreiber unter Dach und Fach sein.

Eine zweite Differenz besteht in der Frage der außerparlamentarischen Aktionsbereitschaft bis zum Zeitpunkt der Wahl. Hierzu erklärte Lilo Wollny (Gorleben-Frauen) gegenüber „Gorleben Aktuell": *„Es war eine Art Stillhalteabkommen im Gespräch, nach dem Motto, es darf nichts laufen, was vor den Wahlen die Leute verunsichern könnte. Das haben wir in der Ortsgruppe Gartow-Gorleben* (der BI, Red.) *diskutiert und wir waren strikt dagegen. Es stehen in nächster Zeit Termine an, es soll angeblich im März der Bauzaun für das Zwischenlager errichtet werden und es wär demnach ein Blankoscheck für die Betreiber, wenn wir jetzt sagen würden, daß bis Oktober nichts laufen soll. Dann nützt uns auch eine Mehrheit im Parlament nichts mehr, dann sind wahrscheinlich schon Tatsachen geschaffen, die wir nicht mehr rückgängig machen können"* („Gorleben Aktuell" Nr. 15).

Ein Beschluß der Gesamt-BI folgt dieser Anregung allerdings nur beschränkt: so wird nicht nur ein vollständiges Stillhalteabkommen geplant, sondern es werden gleichermaßen Aktionen mit bundesweiter Beteiligung bis zur Kommunalwahl abgelehnt, was den Betreibern im Sinne ihrer weitreichenden Pläne bis Anfang Oktober (siehe Kasten) nur recht sein dürfte.

Noch ist unklar, wie sich letztendlich die UWG entwickeln wird. Die örtlichen Gruppen befinden sich noch im Aufbau, die Kandidatensuche hat gerade erst begonnen. Sicher ist nur, daß die CDU-Bonzen aus ganz berechtigter Sorge um ihre Pfründe aus vollen Rohren hetzen werden. Nur einige Tage nach Gründung der UWG war man sich hier bereits einig: *„Der Feind steht links und ist auf kommunaler Ebene als unabhängige Wählergemeinschaft getarnt"* („EJZ" vom 23.2.81).

Ein Genosse aus Lüneburg

Baubeginn des Zwischenlagers am 4. Mai?

Wie es der Zufall so will, gelangte ein delikates Insider-Papier der DWK mit einem genauen Terminplan für die Zwischenlager-Bauarbeiten (Stand: 4. Februar 1981) in die Hände der BI Lüchow-Dannenberg.

Hier einige der wichtigsten Termine:

4.5.1981	Baustelleneinrichtung (vermutlich Einzäunung des Geländes)
10.5.81	Beginn der Erdarbeiten für die Abfallagerhalle
1.7.81	Beginn des Rohbaus für die Abfallagerhalle und Beginn der Erdarbeiten für die Transportbehälterlagerhalle
1.9.81	Beginn des Rohbaus der Transportbehälterlagerhalle
30.11.81	Ende des Rohbaus der Abfallagerhalle
1.12.81	Beginn der Rohmontage an diesem Gebäude
12.2.82	Fertigstellung aller Vertragsarbeiten an der Abfallagerhalle und Übergabe zur Inbetriebnahme
12.7.82	Beginn der Kranmontage zum Transportieren der Castor-Behälter
15.10.82	Ende dieses Montageabschnitts
1.9.82	Beginn der Funktionsprüfungen
30.11.82	Fertigstellung aller Vertragsarbeiten der Transportbehälterlagerhalle und Übergabe zur Inbetriebnahme.

Lüneburg: Kandidatur der Grünen

Ginge es nur nach den Grünen, so würden hier die Vorbereitungen auf die Kommunalwahlen (27.9.81) vermutlich vollkommen unter Ausschluß der nicht-grünen Öffentlichkeit erfolgen.

Nach Beschluß einer Solokandidatur wird mangels eigener Kandidatenmasse klammheimlich in anderen „seriösen" Verbänden (Naturschutzverbänden u.ä.) nach für die Grüne Partei verfügbaren Kandidaten Ausschau gehalten. Bei der Kandidatenfindung handelt es sich in der Tat auch um das einzige echte Problem, das die Grünen haben. Ansonsten sind dieser Partei mehrere Sitze im Stadtrat auch dann sicher, wenn sie vor der Wahl buchstäblich nichts mehr auf die Beine stellt Im Unterschied zu vorausgegangenen Wahlen ist diesmal nach bürgerlichem Machtkalkül eine Integrationsstrategie nach links nicht erforderlich, was von dem maßgeblichen Teil dieser Gruppe auch schamlos ausgenutzt wird.

Es ist also nur bezeichnend, daß zur ersten öffentlichen Diskussion über die Kommunalwahlen von der Lüneburger WAA-Gruppe sowie der DFG/VK aufgerufen wurde. Die Grünen Strategen ließen sich allerdings auch von dem großen Interesse an dieser Diskussion (immerhin waren 50 Teilnehmer, darunter Vertreter aus acht verschiedenen Initiativen/Organisationen erschienen) wenig beeindrucken. In mehreren Beiträgen wiesen sie auf die Sinnlosigkeit dieser Runde hin, da doch die Grünen bereits ein BI-Zusammenschluß seien, wo jeder reingehen könne. Des weiteren mußten sich die 50 Teilnehmer den Vorwurf gefallen lassen, kaum über 35 Jahre alt zu sein und „n u r" aus acht Initiativen zu stammen, während es in Lüneburg 40 Vereine gäbe. Daß hier gerade das Spektrum von Initiativen angepöbelt wurde, das praktisch und auch gegen den Widerstand der etablierten Parteien etwas in Bewegung zu setzen vermag, liegt in der Logik dieser Partei begründet, die es vorrangig auf seriöse, in der Lokalpresse wie beim Kleinbürger mit Wohlwollen bedachte Bündnispartner abgesehen hat. Daß es während der Diskussion o h n e j e d e n s a c h l i c h e n B e z u g zu einer ganzen Serie kaputtester Gefühlsausbrüche gegen Kommunisten und speziell natürlich gegen den KB kam, hatte allerdings selbst Kennern der Grünen Szene den Atem verschlagen. Offenbar sollte den Anwesenden unter Zuhilfenahme aller verfügbaren Mittel die Unmöglichkeit gemeinsamer Schritte, beziehungsweise der unschätzbare Vorteil einer homogenen Grünen Partei, vor Augen gehalten werden.

Trotz dieser Zwischenfälle ist es allerdings so, daß seitens der interessierten Basisinitiativen weiterhin um die Einflußnahme auf ein Grünes Kommunalwahlprogramm gerungen wird und unter dieser Fragestellung die Diskussion fortgesetzt wird. Im Mittelpunkt wird hierbei das „Zugeständnis" der Grünen stehen, interessierte Initiativen an der Programm d i s k u s s i o n teilnehmen zu lassen, um die Programm e n t s c h e i d u n g ausschließlich der Grünen Mitgliederversammlung zu übertragen.

In einer Stellungnahme der DFG/VK über diese erste Diskussion wird die Politik der Ausgrenzung kritisiert und — bei prinzipieller Unterstützung der Gewaltfreiheitsposition — davor gewarnt, die Gewaltfreiheit als „Mittel zur pauschalen Ausgrenzung Andersdenkender" zu verwenden. Eine pauschale Ausgrenzung von Kommunisten nur aufgrund der Zugehörigkeit zu einer Organisation komme für die DFG/VK nicht in Frage: *„Die DFG/VK hat in der Vergangenheit des öfteren punktuell mit Kommunisten zusammengearbeitet und dabei überwiegend positive Erfahrungen gemacht. Für uns gibt es deshalb keinen Grund, unsere Bündnispolitik zu ändern. Wir meinen: Der Wille zur Zusammenarbeit sollte stärker sein als Vorurteile oder Berührungsängste."*

Für die Erarbeitung einer Wahlplattform schlägt die DFG/VK eine Zusammenarbeit von Grünen und einzelnen Initiativen nach dem Konsensprinzip vor: *„Dies setzt voraus, daß das Konsensprinzip auch von den Grünen akzeptiert wird. Es wäre dann natürlich nicht möglich, daß ein nach diesem Prinzip unter Mitwirkung von Grünen erarbeitetes Wahlprogramm nachträglich durch die Mitgliederversammlung der Grünen verändert wird."* Ob sich hierauf die Grüne Partei einlassen wird, ist noch nicht entschieden.

M./KB Gruppe Lüneburg

Bielefeld:

DKP-Mitglied darf nicht in einen Ratsausschuß

Mit großer Mehrheit des Bunte Liste Plenums war Christian L. für den Weiterbildungsausschuß des Bielefelder Rates als stellvertretendes Mitglied für die BuLi benannt worden.

Für die etablierten Parteien hat dies einen Haken: Bei den Kommunalwahlen 79 hatte Christian L. noch für die DKP für den Bielefelder Rat kandidiert, die aber mit 743 Stimmen bedeutungslos blieb. Bisher war es üblich, daß die von den einzelnen Fraktionen vorgeschlagenen Kandidaten von allen im Rat vertretenen Fraktionen einstimmig gewählt wurden, andernfalls müßte der ganze Ausschuß neu besetzt werden. Die Kandidaten würden durch ein Verhältniswahlsystem ernannt. Die gemeinsame Wahl wollte die CDU jetzt nicht mehr gelten lassen. Zwei Tage vor der entsprechenden Ratssitzung verkündete sie, sie lehne es ab, *„daß Kandidaten der DKP, die bei der Kommunalwahl nicht gewählt wurden, jetzt im 'Hauruckverfahren' von der Bunten Liste Sitz und Stimme in den Ratsausschüssen bekommen sollen"* („WN", 24.2.81). Wo Ausschußmitglieder *„einer verfassungsfeindlichen Organisation angehören"*, sei die Grenze für die CDU überschritten („NW", 24.2.81).
Die CDU sei außerdem nicht bereit, einen DKP-Kandidaten, *„.... versteckt im Trojanischen Pferd 'Bunte Liste', die Ratstüren zu öffnen"* (NW, 24.2.).

Einen Tag später zogen SPD und FDP nach. Die SPD warf der BuLi ein *„schlechtes Demokratieverständnis"* und eine *„Manipulation des Wahlergebnisses"* vor (NW, 25.2.). Außerdem erklärte die SPD: Weil sich die CDU bereits gegen eine Wahl des BuLi-Kandidaten ausgesprochen hätte, müsse die SPD-Fraktion es ablehnen, *„als Mehrheitsbeschaffer für das von der Bunten Liste beabsichtigte Unterlaufen des Wählerwillens herzuhalten"* (NW, 25.2.).

Dem Oberbürgermeister (SPD) riet die SPD, die für den 26.2. auf der Ratssitzung anstehende Wahl des DKPlers als stellvertretendes Mitglied zu vertagen, *„um den Fraktionen Zeit zum Überlegen zu lassen"* (NW, 25.2.).

In ersten Stellungnahmen der BuLi durch den Fraktionsgeschäftsführer M. Winter und den Fraktionsvorsitzenden Reinhard Krämer wurde vor allem unterstrichen, daß für die Aufstellung von Christian L. dessen Sachkundigkeit im Bereich der Weiterbildung ausschlaggebend sei. *„Wir fragen nicht nach der Parteizugehörigkeit"* (NW, 25.2.), erklärten sie und fügten hinzu, daß die Kandidatur *„übertrieben hochgespielt"* werde (WB, 25.2.). M. Winter berief sich darauf, daß *„beispielsweise auch der Sozialdemokrat Prof. Dammann als sachkundiger Bürger für die BuLi ordentliches Mitglied im Personalausschuß"* sei (NW, 25.2.). *„Da regt sich auch keiner drüber auf!"* (ebenda).

Das konnte die SPD natürlich nicht auf sich sitzen lassen und beeilte sich mitzuteilen, daß gegen den von der Bunten Liste benannten Prof. Dammann ein A u s s c h l u ß verfahren beantragt sei! Nun hatten sich aber zwei Mitglieder der zuständigen Schiedskommission für befangen erklärt. Sie wollten nämlich als Angehörige der Bielefelder Verwaltungsspitze nicht gegen einen gewählten Parlamentarier vorgehen, der eigentlich für die Kontrolle ihrer Arbeit zuständig sei.
C'est la vie!

Und so gings weiter:
Zunächst einmal wurde die Wahl des DKP-Mitgliedes L. von der Tagesordnung der Ratssitzung am 26.2. einverständlich gestrichen und vertagt.

Die von der SPD erzwungene „Denkpause" lief an und wurde bereits einen Tag später mit einer gemeinsamen Erklärung der Bunten Liste-Ratsfraktion und ihres Kandidaten L. beendet: „Christian L.", heißt es darin diplomatisch, "steht nicht mehr zur Verfügung", weil SPD, FDP und CDU ihre Zustimmung nicht geben wollten. Mit scharfen Worten wird das Verhalten der anderen Parteien als *„ein in der Bielefelder Ratsgeschichte einmaliger Skandal"* (BuLi-Erklärung vom 27.2.) kritisiert. Weiter heißt es: „.... *In der tagelangen Diffamierungskampagne gegen L. habe sich wieder einmal gezeigt, daß die etablierten Parteien bedenkenlos gegen Menschen zu Felde ziehen, einzig und allein wegen der Tatsache ihrer Mitgliedschaft in einer nicht verbotenen Partei... 'Man mußte wieder einmal den Eindruck gewinnen, als seien Kommunisten Menschen zweiter Klasse, für die selbstverständliche Rechte außer Kraft gesetzt sind'... Bei der Einbeziehung von Bürgern in die Ratsarbeit darf das Parteibuch keine Rolle spielen"* (27.2.).

Zwar ist die BuLi einer eventuellen Abstimmungsniederlage im Rat entgangen, doch zum „Skandal" kommt es nicht mehr. Dadurch, daß die BuLi in Übereinstimmung mit L. den Kandidaten zurückgezogen hat, wird eine Abstimmung im Rat hinfällig.

Durch diesen Rückzug brauchten CDU, FDP und SPD nicht einmal direkt mit der üblichen paralamentatischen Praxis — einstimmige Wahl der vorgeschlagenen Ausschußmitglieder – zu brechen. Mit ein mißchen mehr Standfestigkeit der Buli — das Einverständnis von Christian L. natürlich vorausgesetzt — hätte er sogar Chancen besessen, mit einer Verhältniswahl erst einmal durchzukommen.

1 Million Metallarbeiter(innen) im Kampf gegen Reallohnabbau

Ginge es nach den Herrschenden in diesem Lande, dürfte nur noch in Polen oder anderen „realsozialistischen" Ländern gestreikt werden. D i e s e Kämpfe – wenn auch mit bösen Hintergedanken – finden das Wohlwollen und die geradezu minutiöse Dokumentation jeder Aktion, Äußerungen von Streikführern etc. in der „freien Presse" der Bundesrepublik.

Die Arbeiterkämpfe im e i g e n e n Land hingegen weit weniger. Abgesehen von einigen kleineren Regionalblättern – die hin und wieder über einen Streikverlauf berichten oder gar ein Bild dazu bringen – verschwinden die Aktivitäten der Metallarbeiter/innen in den großen Tageszeitungen und anderen Medien mehr und mehr in den Ecken für Randnotizen. Aber was sind schon eine Million Streikende, die sich auf d i e s e r Seite der Grenze gegen eine rapide Verschlechterung ihrer Lebenslage zur Wehr setzen, die trotz Androhung von Repressalien und Lohnabzug von den Werkstoren in die Städte ziehen, wo sie sich bislang mit drei Millionen Flugblättern an die Bevölkerung gewandt haben? Was gibt es schon zu berichten über den Ansatz neuen Kampfbewußtseins und neuen Selbstvertrauens der westdeutschen Lohnabhängigen, die möglicherweise den Keim neuer „Unruhen" auch in den Betrieben signalisieren?
Nein, all das paßt natürlich überhaupt nicht in das Konzept der Herrschenden und ihrer Medien in diesem Lande. Ob nun das „Handelsblatt" oder der „Spiegel", in einem Kernpunkt sind sie sich einig: Die Lohnabschlüsse müssen unterhalb der (viel zu niedrig angegebenen) Inflationsrate bleiben. Und das soll erst der Anfang sein. Wenn bereits heute offen über eine „Lohnpause" (etwa im Öffentlichen Dienst) oder eine Verlängerung der Laufzeit der Tarifverträge „nachgedacht" wird, deutet sich an, daß dieses Jahr überhaupt erst der A n f a n g gemacht werden soll. Umso eindringlicher fordert der Kapitalistenverband Gesamtmetall stellvertretend für alle anderen Wirtschaftsbereiche eine „Neuorientierung der Tarifpolitik", die seiner Meinung nach „kein einmaliger Kraftakt" bleiben dürfe, „sondern in den nächsten Jahren konsequent fortgesetzt werden müsse."
Vor diesem Hintergrund kommt den Tarifkämpfen in der Metallindustrie eine besondere Bedeutung zu. Sollte dieses Jahr ein Reallohnabbau stattfinden, hätte dies einschneidende Folgen auf die Lebenslage von Millionen von werktätigen Familien, die schon jetzt arge Schwierigkeiten haben, die davongaloppierenden Preise über ihre Lohntüte wieder einzuholen. Wer heute Verzicht predigt, der sollte sich mal die Realität einer Arbeiterfamilie ansehen, die mit 1.600 DM im Monat über die Runden kommen muß. Es geht an die Substanz und das nicht nur vorübergehend. Gleichzeitig erwacht mit dieser Erfahrung und Erkenntnis der Wille, dagegen den Kampf aufzunehmen. Die Vielfältigkeit und die Spontaneität der Streikaktionen zeigen, daß viele der Kolleg/inn/en mit gutem Engagement dabei sind.



Es tut sich was ...

– Die Streikbeteiligung von Arbeiter/inne/n u n d Angestellten liegt bei 80 %, teilweise noch darüber. Dies gilt auch für völlig arbeitskampfunerfahrene Regionen und kleinere und mittlere Betriebe. Auch die Streikbeteiligung von Unorganisierten soll ausgesprochen hoch liegen. Die zahlreiche Beteiligung der Lehrlinge an den Aktionen, die ja kein Streikrecht haben, ist außerdem hervorzuheben.

– Die Forderung nach v o l l e r Durchsetzung der 8 bzw. 7,7 % ist die Regel. Die IGM-Führung hält diese Forderung hingegen nicht für „ultimativ". Die Forderungen nach Abbruch der Verhandlungen, Urabstimmung und Vollstreik finden zunehmend Eingang auf Transparenten und in Parolen. Inwieweit sich diese oppositionellen Ansätze auch auf der Funktionärsebene niederschlagen, läßt sich nicht sagen. Über Tagungen der großen Tarifkommissionen oder anderer gewerkschaftlicher Gremien wird so gut wie nichts bekanntgegeben. Bislang sind die Streikenden den Anweisungen der Gewerkschaft diszipliniert gefolgt (bei Ausnutzung des Spielraums der „neuen Beweglichkeit" für Eigeninitiativen).

– Auch die steigenden Mitgliederzahlen (in Westberlin waren es seit Streikbeginn allein 1.000) zeigen, daß deutlich wird, worum es dieses Jahr geht und daß man/frau da einiges von der IGM erwartet.

Und in der IG Metall-Spitze?

In den bislang 50 regionalen Tarifverhandlungen ist es bisher zu keinem Ergebnis gekommen. Die Verhandlungsführung von Gesamtmetall ist jetzt bei 4 % stehengeblieben (das bedeutet noch 2 % unterhalb der offiziellen Inflationsrate). was die IGM-
deutet noch 2 % unterhalb der offiziellen Inflationsrate), was die IGM-
Führung als *„unannehmbar"* bezeichnet. Hiermit sei man noch *„ein gutes Stück"* von einem befriedigenden Abschluß entfernt. *„Von einem ernsthaften Signal der Metallindustriellen"* könne noch *„keine Rede sein"*, meinte Loderer in der neuesten Ausgabe von „metall-extra" zur Tarifbewegung.

Am Mittwoch letzter Woche (25.3.) hat Gesamtmetall dann erklärt, daß man nicht mehr zu weiteren regionalen Tarifverhandlungen bereit sei. In der Hoffnung auf ein schnelleres und besseres Ergebnis setzt Gesamtmetall auf ein „Gespräch auf Spitzenebene", was die IGM-Führung bisher jedoch strikt abhlehnte. Janssen, IGM-Vorstandsmitglied, interpretierte diese Initiative *„als Versuch, uns in einen Flächenstreik zu zwingen"*. Und dies wolle die IGM *„unter allen Umständen vermeiden"* (zitiert nach „Handelsblatt", s.o.). Auch beabsichtige der IGM-Vorstand nicht, das Scheitern der Verhandlungen zu erklären. Stattdessen wolle man Gesamtmetall wieder an den regionalen Verhandlungstisch zurückbringen. „metall-extra": *„Wir müssen die begonnenen Aktionen auf breitester Basis fortsetzen und den Druck durch die neue Beweglichkeit weiter steigern."* Es soll also weiter an dem Versuch einer Lösung am Verhandlungstisch festgehalten werden. Nur unter d i e s e m Gesichtspunkt will die IGM-Spitze die „neue Beweglichkeit" verstanden wissen, nicht als Vorstufe zum Vollstreik, sondern a l t e r n a t i v zu diesem.

Vollstreik ade im DGB?

Ein Voll- oder Flächenstreik – so die Argumentation der IGM-Führung – würde zwangsläufig Aussperrungen zur Folge haben und einen finanziellen Einbruch in die Streikkassen bedeuten. Dies würde dem Versuch der Kapitalisten, den DGB finanziell ausbluten zu lassen, nur entgegenkommen und gleichzeitig damit die Kampfbedingungen für andere „große Aufgaben" (genannt wird die Einführung der 1978/79 leichtfertig verspielten 35-Stunden-Woche) erheblich verschlechtern.

Selbstverständlich besteht real die Gefahr einer Aussperrung und damit ein finanzielles Risiko für die Gewerkschaftskasse (die sowieso nur den geringeren Teil ihrer Einnahmen für Kampfaktionen abzweigt). Aber diese Gefahr besteht i m m e r, auch schon bei kleineren Streiks und wird solange bestehen, wie die Aussperrung legal, bzw. vom Kräfteverhältnis her einsetzbar ist. Zu Ende gedacht kann es dann bestenfalls noch alle vier bis sechs Jahre zu Streiks kommen, bis die Kassen wieder aufgefüllt sind. Wenn man Streiks unter diesen Vorzeichen ausschließlich von der finanziellen Seite und nicht von der

Fortsetzung nächste Seite

Bauchlandung für die Führung der IG Bau:

Gewerkschaftsmitglieder verhindern 4 %-Pilotabschluß

Sie dachten sich das so schön, die vereinigten Kapitalistenverbände und der Vorsitzende der IG Bau-Steine-Erden (BSE) Rudolf Sperner, einer ihrer liebsten Gewerkschaftsführer. Als Vater des skandalösen 4 %-Abschlusses mitten in den Metall-Tarifverhandlungen hoffte der etwas blasse Gewerkscahftsführer Sperner offensichtlich, ein wenig Ruhm seines Vorgängers Georg Leber als allseits geschätzter „Sozialpartner" in der gewerkschaftlichen Tarifpolitik abzubekommen. Doch Sperner und seine „Mäzenen" in den Vorstandsetagen hatten die Rechnung ohne den Wirt gemacht: Die Bauarbeiter haben mit überwältigender Mehrheit diesen „schlauen" Coup ihres Gewerkschaftsvorsitzenden vereitelt. Dem Hauptvorstand nebst Beirat der BSE blieb nichts anderes übrig, als einstimmig einen Tag vor Ablauf der Erklärungsfrist das Tarifergebnis abzulehnen. Bis zum Ende der „Friedenspflicht" am 5. Mai darf sich nun der oberste DGB-Bankier Hesselbach von der Bank für Gemeinwirtschaft als Schlichter versuchen.

Sperner versucht jetzt eher peinlich so zu tun, als sei der ganze Vorgang normal. Es sei halt demokratisch entschieden worden. Gleichzeitig bastelt er schon wieder am nächsten „Kompromiß", indem er öffentlich erklärt, die Mitglieder seien nicht so sehr mit dem Lohnabschluß unzufrieden, als vielmehr mit der Weihnachtsgeldregelung.

Den Bauarbeitern kommt das Verdienst zu, einen Lohnabschluß verhindert zu haben, der ganz offensichtlich als Pilotabschluß für die gesamte Tarifrunde 1981 in konzertierter Aktion von Kapitalisten und IG Bau gegen die übrigen DGB-Gewerkschaften, insbesondere die streikenden Metaller, gedacht war.

IG Bau-Steine-Erden als Lohnbrecher

Ein fast einmaliger Vorgang in der bundesdeutschen Gewerkschaftsgeschichte:
Einen Tag vor beendigung der „Friedenspflicht" im Metallsektor schlug die Nachricht einer Einigung von vier Prozent am 27.2. wie eine Bombe ein. Dieser Abschluß kam ohne jede Einbeziehung der Mitgliederschaft zustande; nicht einmal eine Lohnforderung war vorher beziffert worden. Zu diesem Thema hieß es lediglich großspurig vorher in der Gewerkschaftspresse:

„Dabei muß aber der soziale Besitzstand der Arbeitnehmer gesichert werden. In jedem Fall muß die verlorengegangene Kaufkraft ausgeglichen werden" („Grundstein", Nr. 2/81). Dann war noch kurz vor Verhandlungsbeginn von Sperner (IG BSE-Vorsitzender) zu hören, daß „man" bei den Verhandlungen am 27./28.2. zu einem Ergebnis kommen werde. Daß hier gedreht würde, war klar, zumal die geltenden Lohn- und Gehaltstarife für den Baubereich erst einen Monat später, am 31. März, auslaufen und man ohne weiteres einen guten Monat später hätte verhandeln können. Nicht nur Sperner, sondern auch – welch „Zufall" – das „Handelsblatt" wußte schon vor Beginn der Verhandlungen Bescheid (25.2.): *„... vom 26. bis 27. Februar versucht die Bauindustrie eine Lohneinigung, die vielleicht z u m J o k e r i n d e r L o h n b e w e g u n g 1 9 8 1 werden könnte. Die Terminlage macht es durchaus möglich, daß in diesem Jahr ausgerechnet die Bauindustrie das Präjudiz vereinbart."* Dabei ist es nicht das erste Mal, daß durch solch einen Abschluß hinter verschlossenen Türen die IG BSE-Führung von sich reden macht. Bereits 1975 stellte die BSE-Führung durch ihre 6,6 %-Vereinbarung vom 15. Januar praktisch die Weichen für die gesamte Tarifrunde. Wenig später schloß die IG Metall mit 6,8 % ab. In der Nacht vor dem Bau-Abschluß hatten seinerzeit sowohl Bundeskanzler Schmidt als auch der damalige Verteidigungsminister und ehemalige IG BSE-Vorsitzende Georg Leber den gewerkschaftlichen Verhandlungsführern in langen Telefongesprächen zur Unterzeichnung „geraten". Was diesmal hinter den Kulissen abgelaufen ist, kann man/frau nur raten. Vielleicht nicht uninteressant zu erwähnen, daß die Bundesregierung in ihrem Jahreswirtschaftsbericht für 1981 von möglichen Lohn- und Gehaltsabschlüssen von 4 % spricht. Zufall?

Ähnliches wie 1975 war dann auch für 1981 vorgesehen. So jubilierte die gesamte rechte Presse über den 4 %-Abschluß vom 27.2. Die „Rheinische Post" vom 28.2. brachte in einem zynischen Kommentar die Erwartungen auf den Punkt: *„Jetzt wie damals wird die stolze IG Metall beteuern, diese Vereinbarung könne keinerlei Auswirkungen haben auf ihren Bereich. Jetzt wie damals stimmt diese Behauptung nicht. Der erste große Abschluß hat immer prägend auf den Verlauf der übrigen Verhandlungen gewirkt."*

Ob nun im Alleingang oder mit Absegnung der DGB-Führung mag dahingestellt bleiben: Die IG BSE-Führung hat sich ein weiteres Mal vom Kapital als Lohnbrecher einsetzen lassen und ist damit der gesamten Arbeiterklasse in den Rücken gefallen – und das in einer so entscheidenden Situation wie der Tarifrunde '81.

Proteststurm gegen den 4 %-Abschluß

Gleich nach Bekanntgabe des Abschlusses von 4 % erhob sich ein Sturm der Entrüstung auf Mitgliederebene, der sich sogleich in allen Regionen des Landes auf der unteren Funktionärsebene in einhelligen Beschlüssen niederschlug. Um einige Beispiele zu bringen:

- am 4.3. sprachen sich 108 von 110 Delegierte des Landesbezirkstags der IG BSE, Hamburg, gegen den Beschluß aus;
- Bezirksverband Hannover am 9.3.: 115 der 120 Delegierten gegen den Abschluß (6.3.);
- Mitgliederversammlung in Wuppertal: 90 Anwesende einstimmig dagegen;
- Ortsverband Lüdenscheid: Bei 50 Anwesenden einstimmig abgelehnt;
- Ortsverband Stuttgart: einstimmig dagegen;
- in Stuttgart lehnten die Betriebsräte aus 46 Betrieben das Ergebnis ab;
- „mit Mehrheit" (einzige Information) haben a l l e Bezirke in Baden-Württemberg abgelehnt;
- Bezirksverband Oberhausen/Mühlheim: 70 von 112 Delegierten des Bezirksverbandstages lehnten ab – sie fühlten sich *„belogen und betrogen"* und forderten eine Wiederaufnahme der Verhandlungen, der Bezirk sei *„auch zum Streik bereit"* („UZ", 18.3.);
- nachdem die Essener Betriebsräte-Vollkonferenz bereits Nein gesagt hatte, stimmte am 21.3. auch der Essener Bezirksverbandstag mit 97 von 104 Delegierten dagegen;
- scharfe Kritik am Abschluß kam auch aus Dortmund am 14./15.3. auf einer Betriebsrätekonferenz.

Angesichts dieses eindeutigen Votums konnte die BSE-Führung schließlich nicht mehr anders reagieren als mit Ablehnung. Sperners Beteuerung, man sehe hierin keine Schlappe, ist natürlich lächerlich.

Kommt der große Anschiß doch noch?

Den Streit um das 13. Monatsgehalt als den zentralen Streitpunkt zu „interpretieren", ist der Versuch, das Basisvotum herunterzuspielen und sich gleichzeitig die Ausgangsbedingungen für einen faulen Kompromiß zu schaffen. K e r n des Protestes ist der unmögliche Abschluß von 4 %, den man revidiert wissen will. Hierbei soll es nach Sperner wenig Veränderung geben, hingegen habe er die Erwartung, daß auch die Kapitalisten erkennen würden, mit dem 13. Monatsgehalt einen „falschen Weg beschritten" zu haben. Die Kapitalisten sehen in den Äußerungen Sperners Positives: *„An der im Februar vereinbarten vierprozentigen Lohnziffer wird von der IG Bau bemerkenswerterweise kaum gerüttelt"* („Handelsblatt", 26.3.).

Die Bauarbeiter müssen weiterhin auf der Hut sein, um nicht ein erneutes Mal verschaukelt zu werden.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft


Die feinen Gewerkschaftsherren mit Schlips und Kragen (vierter von links Sperner) haben in diesem Fall die Rechnung ohne die Bauarbeiter gemacht

1 Million Metallarbeiter(innen) im Kampf gegen Reallohnabbau

politischen her bestimmt, m u ß die IGM immer der Verlierer sein, da sie nicht annähernd über ein gleiches Geldpolster verfügt.

Die „neue Beweglichkeit" der IGM – gepriesen als Mittel gegen Vollstreik – ist bereits ein Schritt der Anpassung an die vom Kapital geschaffenen Realitäten. Daß die „neue Beweglichkeit" einen aktuell dennoch recht starken Druck ausübt, ist weniger Verdienst der IGM-Führung, sondern in erster Linie Ergebnis einer neuen Kampfentschlossenheit der Metaller/innen. Wieviel mehr Druck würde unter den jetzigen Bedingungen aber ein Vollstreik ausüben!

Kampf der Aussperrung!

Die Gewerkschaftsführung wird zum Gefangenen ihrer eigenen Logik, wenn sie nicht gleichzeitig gegen die Aussperrung kämpft. Ihr Weg in Vertrauen auf Parlament und Justiz ist gescheitert. Seither „lebt" sie mit der Aussperrung, ein Kampf dagegen scheint abgeschrieben.

Dabei käme es gerade jetzt darauf an, die Forderung nach Verbot der Aussperrung zu verknüpfen mit den Kämpfen der werktätigen Bevölkerung. Die laufenden Streikaktivitäten zu nützen, um diese Forderung auf Massenebene zu verankern, wäre in der Tat ein Schritt zu Politisierung der Streikbewegung, und eine Voraussetzung für Erfolge. Aber gerade diesen Schritt wird die Gewerkschaftsführung von sich aus nicht machen.

Da die Aussperrungsdrohung heute das Hauptargument gegen einen Vollstreik ist, wird der innergewerkschaftliche Kampf um Urabstimmung in der jetzigen Metallauseinandersetzung mit dieser Auseinandersetzung verbunden werden müssen.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Streiflichter aus der »Provinz« – »Wir sind kampfbereit«

Die laufenden Streikaktivitäten erfassen nicht nur die traditionellen Großbetriebe. In vielen kleineren Orten und Betrieben, die überhaupt keine Streikerfahrung haben, beteiligten sich die Beschäftigten ebenso zahlreich und ideenreich an den Aktionen der IG Metall. Vielerorts kam es zu einer Einbeziehung der Lehrlinge, obwohl diese nach wie vor kein Streikrecht haben.

Dies sind durchaus positive Aspekte der Taktik der „neuen Beweglichkeit". Dort, wo die Initiative von den Kolleg/inn/en selbst ergriffen wird, wird auch in den Bereichen das Selbstvertrauen und die Kampferfahrung gestärkt, die bei Schwerpunktstreiks ausgespart bleiben. Hierzu einige Beispiele:

– Ein ungewohntes Bild bot sich den Norderstedtern (in Schleswig-Holstein, nahe Hamburg) am Freitag-Vormittag auf dem Harksheider Marktplatz. Mit Transparenten und Schildern, einer Fahne der IG Metall und einem mit Lautsprechern bestücktem Kleinbus hatten sich im strömenden Regen knapp 300 Beschäftigte der Firma Winter & Sohn versammelt. In Norderstedt wurde gestreikt, wenn auch zunächst nur in einem Betrieb und für zwei Stunden. Nachdem die Kolleg/inn/en am Freitagmorgen das IGM-Flugblatt entgegengenommen hatten, bekamen sie beim Pförtner noch ein zweites – persönlich überreicht vom Chef des Hauses mit dem Hinweis, daß man hier seit Firmengründung 134 Jahre ohne Streik ausgekommen sei. Doch es nützte alls nichts. Unter der Parole *„Die Märchenstunde ist vorbei, an 7,7 % geht nichts vorbei"* zogen Männer und Frauen, Arbeiter und Angestellte zum Marktplatz, wo der Sprecher der Vertrauensleute eine Ansprache an die Bevölkerung hielt.

– Die erste Demonstration überhaupt erlebte der Ort Hude zwischen Bremen und Oldenburg (Niedersachsen). Rund 250 Metaller/inn/en, z.T. Nebenerwerbstätige der Landmaschinenfabrik „Amazonen-Werke", legten die Arbeit nieder und bewegten sich zum Ortszentrum. Einschüchterungen der Geschäftsleitung – Androhung von Lohnabzug und Fotografieren der Demonstranten – blieben erfolglos.

– Zum ersten Mal hat es auch einen Warnstreik im Helmstedter Betrieb des Siemens-Konzerns gegeben. Für eine Stunde legte die Belegschaft die Arbeit nieder. Auf Transparenten einer anschließenden Demonstration hieß es: *„Warten ist Krampf. Wir machen jetzt Dampf!"*

Aufforderung zur Aufnahme der Arbeit

Wir fordern alle Werksangehörigen auf, ihre Arbeit unverzüglich wieder aufzunehmen und damit zu einem geordneten Arbeitsablauf beizutragen.

Wer sich an Arbeitsniederlegungen beteiligt

- erhält für diese Zeit keinen Lohn,
- verliert den Unfallversicherungsschutz,
- muß gegebenenfalls mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen rechnen.

Strafbare Handlungen (wie z.B. Gewaltanwendung oder Androhung gegen Personen, Beschädigung von Maschinen und Anlagen, Eingriffe in den Arbeitsablauf und ähnliches) führen zu Strafverfolgungen und Schadenersatz.

Der unberechtigte Aufenthalt in anderen Betriebsteilen oder Abteilungen ist nach unserer Arbeitsordnung nicht gestattet.

Der Vorstand

Eines der zahlreichen Drohflugblätter der Kapitalisten – oft erzielten sie die gegenteilige Wirkung ...

gestattet.

Der Vorstand

Eines der zahlreichen Drohflugblätter der Kapitalisten – oft erzielten sie die gegenteilige Wirkung ...

Reynolds Aluminium

Warnstreik und Überstundenboykott gegen Unternehmerwillkür

Hamburg: Für den 25.3. hatte der Betriebsrat kurzfristig eine Betriebsversammlung angesetzt, umd mit der Belegschaft Maßnahmen gegen den Konfrontationskurs von Gesamtmetall in der Tarifrunde und der Werksleitung in der betrieblichen Auseinandersetzung zu beraten. Der Betriebsrat hatte hierfür u.a. die Absetzung von Überstunden angekündigt.

Allgemein war von den Kollegen aufgrund dieser Ausgangsbedingungen ein hitziges Wortgefecht zwischen Betriebsrat und Werksleitung erwartet worden.

Doch diese Erwartung wurde enttäuscht: Unter dem Vorwand, der Termin sein nicht abgestimmt, sondern einseitig festgelgt worden, blieb die Unternehmensführung demonstrativ weg.

Zunächst hatten Betriebsrat und Belegschaft merkliche Anlaufschwierigkeiten, mit dieser unerwarteten Situation zurechtzukommen, obwohl es dadurch möglich wurde, ungestört Gegenmaßnahmen zu verabreden.

Bekanntlich ist die Haltung zu Überstunden ausgesprochen umstritten, doch ein Meinungsstreit kam nicht auf, was hauptsächlich daran lag, daß die Befürworter vor der Auseinandersetzung kniffen.

Die Situation änderte sich, als ein Meinungsbild ergab, daß die überwältigende Mehrheit bei keiner Gegenstimme für einen Überstundenboykott votierte. Ein Ergebnis, welches mit großem Beifall aufgenommen wurde.

Noch lautstärker begrüßt wurde die Aufforderung des IG Metall-Vertreters Melzer, nach der Versammlung einen Warnstreik durchzuführen.

Fast geschlossen formierte sich die Versammlung dann zu einem Demonstrationszug. Die wenigen, die über die Wiese verschwinden wollten, wurden durch spöttische Nachrufe aufgehalten und kehrten überwiegend zurück.

Mit zwei eigentlich nur als Wandschmuck für die Betriebsversammlung gedachten Transparenten und mit prächtiger Stimmung begann die Demonstration.

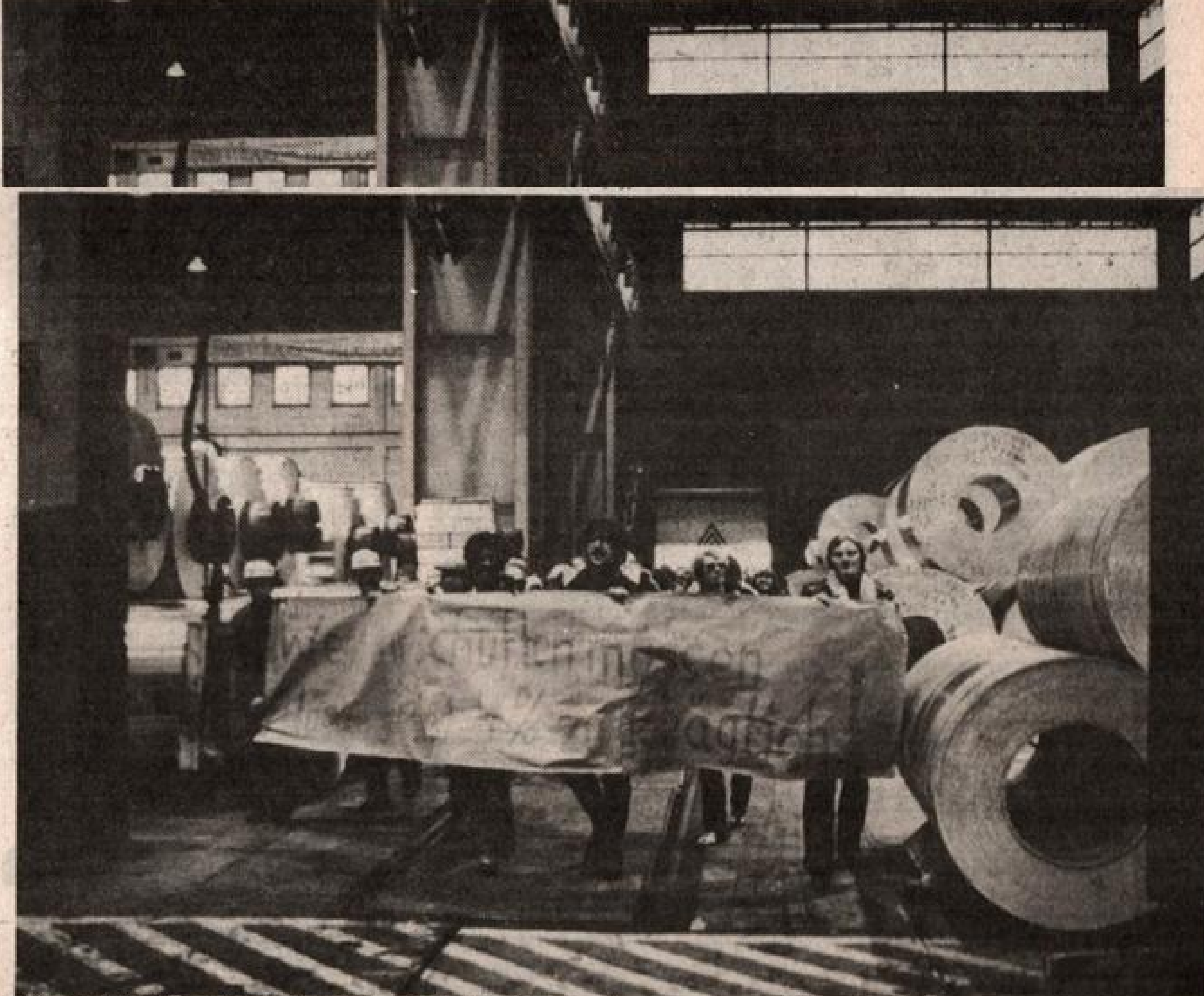
„Endlich ist bei Reynolds mal wieder was los", „denen müssen wir es endlich mal zeigen" – mit solchen und ähnlichen Sätzen brachten die Kollegen ihre gute Stimmung zum Ausdruck.

Gejohle, Spott und Pfiffe, als sich der Produktionsleiter in der ansonsten leeren Werkshalle an seinem Bürofenster zeigte. Unmittelbar über seinem Beobachtungsstand hatten schon in der Nacht zuvor unbekannte Kollegen ein Transparent „Ohne Moos nichts los am Samstag" angebracht.

Von der Werkshalle ging es dann zum Werkstor vors Verwaltungsgebäude. Besonders in den Räumen, wo zum Zeichen der Besserstellung Gardinen vor dem Fenster sind, schienen einige aufgewacht zu sein.

Der Stimmung nach brauchte noch nicht Schluß zu sein, es wurde auch schon mal gefragt, wo denn das Büro von Werksleiter Böttcher ist und wo denn sein Daimler steht.

Nach einer Dreiviertelstunde beendete der IGM-Sekretär die Aktion mit dem Hinweis, daß dies erst der Auftakt war und nicht die letzte Aktion bei Reynolds gewesen sein muß.



Reynolds Kollegen demonstrieren durch den Betrieb

Loderer auf Verzichtskurs

Die Metallindustrie hat ein „sattes" Jahr 1980 hinter sich. Ihre Nettogewinne werden von der IG Metall mit 20 Mrd., von den Kapitalisten mit 12 Mrd. Mark angegeben. Speziell die Metallindustrie konnte einen Exportüberschuß von sage und schreibe 100 Mrd. Mark erwirtschaften (Zahlen nach „Frankfurter Rundschau", 7.3.81).

Eigentlich sollte jeder Gewerkschafter aus diesen wenigen Zahlen schlußfolgern, daß nicht w e n i g e r , sondern erheblich m e h r gefordert werden müßte. Nicht so Eugen Loderer, seines Zeichens Vorsitzender der IGM: „Wir wissen, was bei der gegenwärtigen Lage drin ist, und und mehr wollen wir (wen er damit wohl meint?) auch nicht. Wir haben schon auf einen Produktivitätszuschlag und den Umverteilungsbonus aus unserer traditionellen Lohnformel verzichtet. Es wäre dieses Jahr schon ein Erfolg, wenn wir den Inflationsausgleich erhielten" (zitiert nach „Handelblatt", 13.3.).

Die wachsenden Gewinne der Metallkapitalisten haben nicht zu einer „Belebung" der Konjunktur, sondern zu wachsender Arbeitslosigkeit geführt. Seit 1974 wurden 340.000 Arbeitsplätze in der metallverarbeitenden Industrie vernichtet. Der größere Schwung steht noch bevor (Automobil-, Elektrobranche etc.) – alles also Gründe, den Kapitalisten den Profit so weit wie möglich zu versauen, damit sie ihre Rationalisierungsvorhaben (sprich Abbau von Arbeitsplätzen) so teuer wie möglich bezahlen müssen.

Loderers Logik folgend müßte heute beispielsweise die Bekleidungs- und Textilbranche auf allen Ebenen glänzen. Hier haben die Beschäftigten seit Jahren durch die von der Gewerkschaftsführung mitverbreitete Verzichtsideologie auf Lohnerhöhungen praktisch verzichtet. Das Ergebnis: Heute liegen die Löhne in diesem Bereich mit ca. 1.300 Mark unter „Ferner liefen", außerdem sind mittlerweile über die Hälfte ihrer Arbeitsplätze wegrationalisiert worden.

Die IG Metall ruft auf:

WARN-Streik!

IGM – Tarif-Extra März 1981 – **wir METALLER**

Sechs Wochen lang hatte die VW AG Zeit, unserer Forderung von 7,8 Prozent ein verhandlungsfähiges Angebot gegenüberzustellen.

Und sechs Wochen lang kam der VW AG keine Zahl über die Lippen. Jetzt ist die Friedenspflicht zu Ende – und unsere Geduld auch!

Heute: 1 Stunde Warnstreik

Der Warnstreik im VW-Werk Wolfsburg findet heute, Freitag, statt.

Für die Kolleginnen und Kollegen der Früh- und Normalschicht: von 9.30 bis 10.30 Uhr.

Für die Kolleginnen und Kollegen der Spätschicht: von 18.00 bis 19.00 Uhr.

Jetzt müssen wir der VW AG zeigen, daß wir nicht mehr gewillt sind, diese Hinhaltetaktik tatenlos hinzunehmen. Jetzt müssen wir handeln!

Deswegen ruft Euch die IG Metall für den heutigen Freitag zu einem einstündigen Warnstreik auf. Geschlossen müssen wir der VW AG zeigen, daß sie nun endlich ein realistisches Angebot auf den Tisch legen muß.

- **Dieses Angebot muß sich deutlich abheben von dem Lohndiktat, wie es die Arbeitgeber der Metallindustrie mit ihren 2,5 bzw. 3 Prozent durchzusetzen versuchen. Das darf ihnen nicht gelingen – auch bei VW nicht!**

Um dieses Ziel zu erreichen, beteiligen sich unsere Kolleginnen und Kollegen im gesamten Bundesgebiet in diesen Tagen an gewerkschaftlichen Warnstreiks der IG Metall.

- **Auch wir im VW-Werk machen da mit! Denn zum jetzigen Zeitpunkt der Tarifauseinandersetzung kann nur noch Druck Bewegung in die Verhandlungen bringen.**

Wichtig: Alle Sanktionen der Unternehmer gegen Arbeitnehmer, die an Warnstreiks teilnehmen, zu denen die IG Metall aufgerufen hat, sind unzulässig. Kolleginnen und Kollegen, die sich am Warnstreik beteiligen, darf daher auch „nicht gekündigt werden". So hat das Bundesarbeitsgericht in einem Urteil vom 17. 12. 1976 entschieden (Aktenzeichen 606/75).

Kolleginnen und Kollegen!

Es ist unser gutes Recht, am gewerkschaftlichen Warnstreik teilzunehmen. Daran kann uns niemand hindern. Das sagen auch die Gerichte! **Deshalb legt heute für eine Stunde die Arbeit nieder!**

Denn nur gemeinsam sind wir stark!

Der Aufruf der IGM bei VW wurde befolgt – diesmal zu 100 Prozent!

Fortsetzung Tarifkämpfe

»7 % bedeuten schon Nullwachstum«

„Bei 7 % machten Gewerkschafter und Wissenschaftler schon ein Null-Wachstum der Reallöhne aus, bei fünf oder vier – dem Prozentsatz der ersten Abschüsse des Jahres – gar ein kräftiges Minus" („Spiegel", 9.3.). Trotz dieser nicht allzu neuen Erkenntnis propagiert der „Spiegel" an anderer Stelle derselben Ausgabe: „*Zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte muß der Reallohn deutlich gesenkt werden, um den Anteil der gesellschaftlichen Gruppen am Sozialprodukt zu wahren.*" Diesen blanken Unsinn hört man von verschiedensten Seiten. Tatsächlich hat bereits in den vorangegangenen Jahren eine Umverteilung zugusten des Kapitals stattgefunden. Der Anteil der Löhne und Gehälter am Bruttosozialprodukt ist inzwischen wieder auf den Stand von 1971/72 zurückgefallen, nachdem er in den Jahren 1974/75 gestiegen war. Seit 1975 bis 1980 ist dieser Anteil aus „unselbständiger Arbeit" (bereinigte Lohnquote) von 72,3 % auf 70,9 % gesunken oder umgekehrt, das Einkommen aus „selbständiger Arbeit" und Vermögen (der Kapitalisten) gestiegen, und das, obwohl die Anzahl der „Unselbständigen usw." noch gestiegen ist. So steht es wenigstens im Bundeswirtschaftsbericht des letzten Jahres.

Um also den Anteil der Arbeiterklasse am Volkseinkommen zu wahren, müßten die Abschlüsse in diesem Jahr wesentlich höher liegen als die von der IG Metall geforderten 8 %, von den anderen Bereichen gar nicht zu reden.



Stimmung bei den Arbeitern im Hamburger Hafen: Die streikenden Kollegen von Pohl & Jozwiak machten mit einer Barkassenfahrt auf ihre Forderungen aufmerksam



„Loderer führ uns in den Kampf – alles andere ist ein Krampf" – die Forderung nach Urabstimmung und Streik wird immer häufiger erhoben.

Ferdinand Patschkowski †

Im Alter von 50 Jahren starb Ferdinand Patschkowski an einem Herzversagen. Er hat als Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Hannoversch-Münden der IG Chemie an hervorragender Stelle im innergewerkschaftlichen Kampf gegen die Mafia Karl Hauenschilds gestanden. 1979 versuchte der IG Chemie-Hauptvorstand vergeblich, ihn als Geschäftsführer zu entlassen. Nach heftigen innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen mußte Patschkowski wieder eingestellt werden. Auf dem IG Chemie-Gewerkschaftstag 1980 kandidierte er als Opponent der Plumeyer-Gruppe für den Hauptvorstand. Mit 20 % der Stimmen scheiterte er wie die gesamte Opposition auf diesem Gewerkschaftstag. Nach seinem unerwarteten Tod, der ein schwerer Verlust für die Gewerkschaftsopposition in der Bundesrepublik ist, wird die IG Chemie-Führung verstärkt versuchen, die ungeliebte Hann-Mündener Verwaltungsstelle auf ihren Kurs zu bringen.

Ich benötige keinen Grabstein, aber
Wenn ihr einen für mich benötigt,
Wünschte ich, es stünde darauf:
Er hat Vorschläge gemacht. Wir
Haben sie angenommen.
Durch eine solche Inschrift wären
Wir alle geehrt.

Bertolt Brecht

(Aus der Todesanzeige „seiner Freunde in den Gewerkschaften, Universitäten und vielen Betrieben im Bundesgebiet", „FR", 16.3.81)

Betriebsrätewahlen 1981

HDW-Hamburg: IGM-Führung leitet Ausschlüsse gegen 40 Vertrauensleute noch vor der Wahl ein

Schon im Februar hatte die Hamburger IGM Ortsverwaltung den oppositionellen Vertrauensleuten der HDW Konsequenzen für den Fall angedroht, daß diese ihre Ankündigung wahrmachen würden, mit einer eigenen Liste zur Betriebsratswahl zu kandidieren. Jetzt, nachdem die Liste „Aktive Metaller" der Gruppe um Holger Mahler eingereicht ist (mit 1.222 Unterschriften) und der Wahlkampf beginnt, macht die Ortsverwaltung ihre Drohungen wahr. Alle 40 Kandidaten bekamen einen „persönlichen" Brief vom 1. Bevollmächtigten Müllner und die Ortsverwaltung beschloß die Einleitung eines Untersuchungsverfahrens wegen gewerkschaftsschädigen Verhaltens (§ 11 der Satzung der IGM).

Müllner geht in seinem dreiseitigen Brief mit keiner Silbe auf den Grund für die Bildung einer zweiten Liste von IG Metallern ein. Die vielfältigen Versuche von Vertrauensleuten in diesem Jahr, die IGM-Kandidaten auf Mitgliederversammlungen vorzuschlagen, werden verschwiegen. Schon gar nicht erwähnt Müllner, wie sämtliche Vorschläge von der rechten Mehrheit in der VK-Leitung abgebürstet worden sind (siehe AK 196 und 197). Infolgedessen führt Müllner die ganze Auseinandersetzung zurück auf „*Konflikte und Gegnerschaften zu anderen Funktionsträgern*" und kündigt Gewerkschaftsausschlußverfahren an.

Einen Tag nachdem Müllners Brief abging, beschloß die Ortsverwaltung bereits die Einleitung eines Verfahrens nach Paragraph 11 der Satzung (gewerkschaftsschädigendes Verhalten). Den Antrag hatten – wer hätte da wohl anderes erwartet – der Betriebsratsvorsitzende Werner Peters und sechs weitere rechte Betriebsräte gestellt. Darüber hinaus ist das sofortige Ruhen der Rechte und Pflichten aller Kandidaten der Liste „Aktive Metaller" beschlossen worden. Bis

und sechs weitere rechte Betriebsräte gestellt. Darüber hinaus ist das sofortige Ruhen der Rechte und Pflichten aller Kandidaten der Liste „Aktive Metaller" beschlossen worden. Bis

zum 9. April sollen sich nun die Angesprochenen schriftlich rechtfertigen oder zurücktreten, andernfalls wird ihnen der Ausschluß ohne jede weitere Untersuchung angedroht.

Bislang hat die Hamburger IGM-Führung bei HDW fest im Sattel gesessen. Seit über einem Jahrzehnt wurde im Vertrauenskörper von der herrschenden Peters-Clique rigoros gegen alle linken Ansätze geschossen. In all den Jahren hatten sie sich einen Vertrauenskörper herangezogen, in dem allem zugestimmt wird, was von der Peters-Clique kommt. In den letzten Jahren ist aber bei einigen Vertrauensleuten, die vorher jahrelang mitgespielt hatten, das Faß übergelaufen. Zum ersten Mal wurde in der Auseinandersetzung um den Programm- und Prämienlohn auf der HDW den Rechten um Peters eine Niederlage bereitet. Daraus hat sich dann relativ rasch eine starke Opposition im Vertrauenskörper gebildet, die jetzt mit allen Mitteln bekämpft wird.

Offenbar hat die Ortsverwaltung Angst, daß das HDW-Beispiel Schule machen könnte, wenn nicht ein massiver Druck ausgeübt wird. Selbst wenn die Einleitung eines Untersuchungsverfahrens für die HDWler wohl nicht so überraschend kam, ist doch ein Verfahren gegen 40 gewerkschaftlich aktive Kollegen noch vor der Betriebsratswahl ein massiver Einschüchterungsversuch gegenüber allen Gewerkschaftern, die angetreten sind, rechte Mehrheiten zu kippen. Daß die Ortsverwaltung die Liste „Aktive Metaller" noch stoppen kann, glaubt sie selbst nicht im Ernst.

Die Liste wird bestehen bleiben, auch wenn vielleicht noch einige wenige abspringen. Die Kandidatenliste war ziemlich kurzfristig zusammengestellt worden, ohne daß vorher unter den „Aktiven Metallern" diskutiert war, wie längerfristig gearbeitet werden soll, auch unter den Bedingungen eines Gewerkschaftsausschlusses.

DKP-Mitglieder waren schon vor zwei Wochen von der Liste zurückgetreten (im letzten Arbeiterkampf ist das falsch dargestellt worden). Sie unterstützen zwar weiter die „Aktiven Metaller", halten die Kandidatur aber für einen „Schuß ins Blaue", der scheitern könnte (auch weil keine Strategie ausdiskutiert ist). Deshalb wollen sie ihre Gewerkschaftsmitgliedschaft nicht in Frage stellen, wie sie sagen. Im Vertrauenskörper sitzt jetzt nach dem „Ruhen der Mitgliedschaft" für die Oppositionellen einer großen rechten Mehrheit einer kleinen DKP-Opposition gegenüber.

Wie reagieren die „Aktiven Metaller" auf die Angriffe?

Wie reagieren die „Aktiven Metaller" auf die Angriffe?

Eine eigene Liste ist den oppositionellen IG-Metallern um Holger Mahler praktisch aufgezwungen worden. Am 14. Februar fand eine 15-stündige VK-Leitungssitzung statt, in der die rechte Mehrheit ihre Vorschläge für die Betriebsratswahl durchpowerte. Die Rechten traten dafür ein, die IGM-Kandidaten in der VK-Leitung aufzustellen und im Vertrauenskörper bestätigen zu lassen, während die Linken für ein Vorschlagsrecht der Mitglieder eintraten.

Mit dem Stimmenverhältnis von 5:4 setzten sich die Rechten durch. Nur vier Oppositionelle, darunter Holger Mahler, kamen auf einigermaßen sichere Plätze der so geschaffenen IGM-Liste. Dieses Vorgehen wurde im Vertrauenskörper mit 136 zu 93 Stimmen gebilligt. So blieb der Mahler-Gruppe nur die Wahl, ihren Anspruch sang- und klanglos aufzugeben oder eine eigene Liste zu bilden. Schon damals gab es von den Rechten keinerlei Kompromißbereitschaft.

Auch jetzt gibt es für die Mahler-Gruppe keine Wahl, Kompromisse sind nicht möglich. Um zu überleben, muß sie in die Offensive gehen. Ob das in der gesamten Gruppe so klar ist, wird die anstehende Strategiedebatte zeigen. Die Gruppe besteht fast ausschließlich aus Vertrauensleuten, die an der Sozialdemokratie orientiert sind. Sie haben von vornherein radikale Linke herausgehalten und scheinen auch nicht so sehr unglücklich zu sein über den Rücktritt der DKPler von ihrer Liste. In Flugblättern betonen sie immer wieder, daß in ihren Reihen keine ‚Chaoten" sind, und daß sie auch keine Gemeinsamkeiten mit der „RGO"-Gruppe haben und auch in Zukunft nicht haben werden. (Die „RGO"-Gruppe kandidiert auch, sieht nur jetzt schon ihre Stimmen schwinden.)

Aber die Mahler-Gruppe hat bereits wichtige Schritte in die Offensive eingeleitet. Eine Chance, den kommenden Ausschluß zu verhindern, liegt in einer breiten Debatte innerhalb der Hamburger Metaller.

Ihre zweite Chance ist ein gutes Abschneiden bei der Betriebsratswahl selbst. In ihren Flugblättern haben sie begonnen, negative Beispiele zu bringen, wie bisher Betriebsratsarbeit geleistet wurde (erstes Beispiel: Kündigungen zuzustimmen, ohne die Betroffenen anzuhören) und wie sie sich eine korrekte Betriebsratsarbeit vorstellen.

Die rechten Betriebsräte um Werner Peters sind nicht mehr zu einer Zusammenarbeit mit den „Aktiven Metallern" bereit und kunkeln eher mit der DAG (der christliche Metallarbeiterverband kandidiert diesmal nicht). So sind z.B. auf einer Be-

Zusammenarbeit mit den „Aktiven Metallern" bereit und kunkeln eher mit der DAG (der christliche Metallarbeiterverband kandidiert diesmal nicht). So sind z.B. auf einer Be-

triebsratssitzung am 12. März vier Betriebsräte für eine jährliche Versammlung (Essen und Saufen) mit dem HDW-Vorstand nachgewählt worden. Dabei hat sich Peters gegen einen Angestellten der „Aktiven" und für einen Angestellten der DAG ausgesprochen und sich damit durchgesetzt. Auch wenn sie (noch) nicht gemeinsam kandidieren (wie im letzten „Arbeiterkampf" gestanden hatte), werden sie doch gemeinsam gegen die „Aktiven Metaller" den Wahlkampf führen.

P.S. Bei der Auslosung der Reihenfolge der Listen sind die „Aktiven Metaller" sowohl bei den Angestellten als auch bei den Arbeitern auf den ersten Platz gekommen.

HDW-Genossen

Die ersten Wahlergebnisse

Farbwerke Hoechst Frankfurt: Sieben Sitze für die Opposition

Auf Anhieb sieben von 43 Betriebsratssitzen – vier Sitze bei den Arbeitern, drei bei den Angestellten – errangen die Kandidaten der oppositionellen IG Chemie-Liste „Kollegen für einen durchschaubaren Betriebsrat". Die offizielle Liste der IG Chemie gab fünf Sitze ab und verlor mit jetzt noch 21 Betriebsräten die Mehrheit im Betriebsrat.

Dagegen konnte auch die DAG einen Sitz hinzugewinnen und hat nun insgesamt zwölf Vertreter im BR.

Trotz des schlechten Ergebnisses für die offizielle Gewerkschaftsliste gilt die Wiederwahl des Betriebsratsvorsitzenden Brand als gesichert, da die IG Chemie bei den Arbeitern, die als größte Gruppe den Vorsitzenden stellen, die Mehrheit behielt.

Während die „taz" vom 19.3. berichtet, daß die VK-Leitung der IG Chemie gegen alle 22 oppositionellen Kollegen ein Ausschlußverfahren eingeleitet hat, behauptet die „FAZ" vom 21.3., die IG Chemie beabsichtige nicht mit „*administrativen Maßnahmen*" vorzugehen.

Ergebnisse der Liste „Kollegen für einen durchschaubaren Betriebsrat" bei Hoechst:

Arbeiter:	1538 Stimmen	16,9%	4 Sitze
Angestellte:	1120 Stimmen	14,5%	3 Sitze

Telefunken: 18,3% für die „RGO"

Im AEG-Telefunken-Werk Schwedenstraße in Westberlin erhielt die Liste „Lichtblick" der „RGO" 18,3% und zwei Sitze, der dritte wurde knapp verfehlt. Gegenüber 1978 ist das eine Steigerung der Stimmenzahl (12%, ebenfalls zwei Sitze). (Nach: „Roter Morgen", 27.3.).

Stahlwerk Peine: Fünf Sitze für einen Kandidaten

Wegen Kandidatur für die „Volksfront" durfte Jürgen Eggers nicht auf der Liste der IGM kandidieren. Er stellte sich deshalb als Einzelkandidat auf. Mit 431 Stimmen – knapp 15% – hätten bei mehr Kandidaten auf seiner Liste fünf Oppositionelle in den Betriebsrat einziehen können (nach: „Roter Morgen", 27.3.).

VW Wolfsburg: Alles blieb beim alten

Bei der BR-Wahl '81 erhielten die Kandidaten der IG Metall 51 von 65 möglichen Betriebsrats-Mandaten. Bei den Arbeitern erhielt die IG Metall von den 50 Sitzen 40.

Acht Sitze bei den Arbeitern und einen bei den Angestellten erhielt der CMV sowie je einen bei den Arbeitern „DAV" und „Unabhängige" und drei die DAG bei den Angestellten.

Gegenüber dem Ergebnis von vor drei Jahren vergrößerte die IGM ihren Sitzanteil um drei Plätze. Auffällig ist dabei die fast geschlossene Wiederwahl aller IG Metall-Betriebsräte. Bei den Angestellten kehren alle neun zurück und zwei Neulinge zwangsläufig durch die zusätzlichen Sitze. Unter den 40 gewählten Arbeitern sind ganze sechs Neulinge.

Betriebsrätewahlen 1981

Hamburger ÖTV-Führung ausgetrickst:
Verhinderung der Persönlichkeitswahl bei der HHLA wurde aufgedeckt

Durch eine vorbildliche Informationsarbeit ist es jetzt der Kollegengruppe ,,Alternative" bei der HHLA in Hamburg gelungen nachzuweisen, daß die ÖTV-Führung eine Persönlichkeitswahl im Betrieb verhindert hat, um den Einfluß ihr genehmer Betriebsräte zu sichern.

Bei der HHLA, dem mit fast 4.000 Beschäftigten größten Umschlagbetrieb im Hamburger Hafen, hatten sich aufgrund einer Unterschriftensammlung der Mehrheit der Vertrauensleute und der ,,Alternative" 1.600 Kollegen für eine Persönlichkeitswahl auf einer Betriebsliste unter Einschluß eines Kandidaten der ,,RGO" ausgesprochen. Die ÖTV-Bezirksleitung hatte diese Unterschriften mit der Behauptung ignoriert, Satzungen und Richtlinien würden zwingend vorschreiben, eine eigene ÖTV-Liste einzureichen. Betriebslisten mit Unorganisierten bzw. Ausgeschlossenen kämen danach nicht in Frage.

Daß diese Behauptung vorgeschoben wurde, um eine Betriebsliste, bei der die Kollegen die Kandidaten ihres Vertrauens auswählen können, zu verhindern, konnte die ,,Alternative" aufdecken. Zunächst wurde bekanntgemacht, daß beim Hafenbetrieb GHB eine Betriebsliste mit einem aus der ÖTV ausgeschlossenen Ex-KBWler aufgestellt worden war. Von der ÖTV-Bezirksleitung wurde daraufhin die Betriebsliste bei der GHB als Besonderheit hingestellt, da der Ex-KBWler sich zwischenzeitlich vom KBW distanziert und einen Wiederaufnahmeantrag an die ÖTV gestellt habe.

Dann machte die ,,Alternative" bekannt, daß bei der Lufthansa eine Betriebsliste mit ÖTVlern, einem DAGler und dem aus der ÖTV ausgeschlossenen ehemaligen Vertrauensmann Bernd N. aufgestellt werden sollte. Die ÖTV/Lufthansa hatte in ihrem Info Nr. 5 alle, die außerhalb der ÖTV zum Betriebsrat kandidieren, aufgefordert, sich ihrem Wahlvorschlag anzuschließen, um damit eine Persönlichkeitswahl im Arbeiterbereich zu ermöglichen. Als die ,,Alternative" den entscheidenden Absatz aus dem ÖTV/Lufthansa-Info veröffentlichte, schlugen die Wogen hoch. Die ÖTV-Bezirksleitung ließ an alle ÖTV-Mitglieder bei der HHLA ein Schreiben verteilen, in dem es heißt: ,,*Die Bezirksleitung kann es nicht zulassen, daß Gewerkschaftsgegner, die die ÖTV offen bekämpfen und deshalb aus der ÖTV ausgeschlossen worden sind, auf einem gemeinsamen Wahlvorschlag mit ÖTV-Kollegen kandidieren ... Deshalb ist die Behauptung der 'Alternative' über die Wahl bei der Deutschen Lufthansa AG falsch. Wenn dort ein ausgeschlossenes ehemaliges ÖTV-Mitglied als Kandidat auftritt, wird es mit diesem auch keine gemeinsame Liste der ÖTV geben*".

Die Behauptung, daß die ,,Alternative" Falschmeldungen verbreite, konnte nicht lange aufrechterhalten werden. Schon am Tage des Erscheinens dieses Schreibens argumentierte das Mitglied des ÖTV-Bezirksvorstands, H. Schnelle, auf einer HHLA-Vertrauensleutesitzung anders: Das ÖTV/Lufthansa-Info sei ohne Wissen und ohne Billigung der Bezirksleitung herausgegeben worden. Die Bezirksleitung habe daraufhin eine Sondersitzung einberufen und anschließend dem Listenführer der ÖTV-Kandidaten bei der Lufthansa telefonisch mitgeteilt, daß die Bezirksleitung auch bei der Lufthansa eine Betriebsliste mit einem Ausgeschlossenen verbiete.

Dies brachte nun wiederum bei der Lufthansa die Verhältnisse zum Tanzen. Die dortige Kollegengruppe ,,Die Informativen" hatte in ihren ,,Mittei-

Ausgeschlossenen verbiete.
Dies brachte nun wiederum bei der Lufthansa die Verhältnisse zum Tanzen. Die dortige Kollegengruppe ,,Die Informativen" hatte in ihren ,,Mittei-

lungen aus Betrieb und Gewerkschaft" die Vorgänge bei der HHLA und die Versuche der Bezirksleitung, Betriebslisten zu verhindern, bekanntgemacht. Am 20.3. fand dann bei der Lufthansa ein Treffen der drei Listenführer (ÖTV, die ,,Informativen", DAG/Ausländer) mit einem Mitglied des Wahlvorstandes statt, auf dem einstimmig beschlossen wurde, bei der gemeinsamen Persönlichkeitswahl zu bleiben — trotz des Verbots der Bezirksleitung! Für diese gemeinsame Betriebsliste wurden dann auch Unterschriften gesammelt.

Die Entscheidung der Lufthansa-Kollegen, bei der Persönlichkeitswahl zu bleiben, wurde dann sofort von der ,,Alternative" bei der HHLA bekanntgemacht. Die Empörung der Kollegen bei der HHLA über das Verhalten ,,ihrer" Gewerkschaft ist groß. Aufgrund der guten Informationsarbeit der ,,Alternative" ist so langsam auch dem Letzten klar geworden, daß die Entscheidung der ÖTV für Listenwahl nicht auf Satzungen und Richtlinien beruht, sondern auf dem Machtstreben einiger weniger, die bei Persönlichkeitswahl mit Stimmenverlusten rechnen müßten, jetzt aber auf der ÖTV-Liste die Spitzenplätze einnehmen.

Die Durchsetzung der Listenwahl hat bei der HHLA zu einem wahren Listenwirrwar geführt. Neben der ÖTV-Liste gibt es jetzt die Liste ,,ÖTV-Kollegen der Alternative", die Liste ,,Einigkeit" des ausgeschlossenen RGOlers (zusammen mit drei weiteren Arbeiterkollegen), zwei Listen konservativer CDA-Mitglieder (ein Novum bei der HHLA) und eine Liste von zwei ÖTV-Kandidaten, die auf der ÖTV-Liste aussichtslose Plätze erhalten hatten.

Die ÖTV wird bei der am 13./14. April stattfindenden Wahl ganz sicher die Quittung für ihr Verhalten bekommen.



Gewerkschaft Öffentliche Dienste
Transport und Verkehr
Bezirksverwaltung Hamburg

Gewerkschaft Öffentliche Dienste Transport und Verkehr · Bezirksverwaltung Hamburg · Besenbinderhof 60, 2000 Hamburg 1 · Telefon (040) 248780

An die
Ö T V - Mitglieder
bei der H H L A

Hamburg, 17.3.1981

Betrifft: Betriebsratswahl 1981.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Betriebsangehörige, die durch das Einreichen eigener Listen 1978 die Persönlichkeitswahl mit unmöglich gemacht haben, propagieren bei der Betriebsratswahl 1981 eben diese Persönlichkeitswahl. Gleichzeitig veröffentlichen sie jedoch Rundschreiben, in denen ihr Listenvorschlag schon namentlich aufgeführt ist.

Bei uns hat sich deshalb der Eindruck festgesetzt, dass diese Leute die Persönlichkeitswahl zwar propagieren, sie jedoch selbst gar nicht wollen, weil sie sich von einer Listenwahl, bei der jeder Arbeitnehmer nur eine Stimme hat, mehr versprechen.

Die Gewerkschaft ÖTV würde gerade in dem fast 100%ig organisierten Betrieb der HHLA eine Persönlichkeitswahl begrüssen. Diese kann jedoch nur zustande kommen, wenn nur ein ÖTV-Wahlvorschlag eingereicht wird und unorganisierte oder andere Mitglieder keine Unterschriften für ihre Wahlvorschläge erhalten.

Die Bezirksleitung kann es nicht zulassen, dass Gewerkschaftsgegner, die die ÖTV offen bekämpfen und deshalb aus der ÖTV ausgeschlossen worden sind, auf einem gemeinsamen Wahlvorschlag mit den ÖTV-Kollegen kandidieren.

Mit Gegnern unserer Gewerkschaft und der Demokratie kann es keine Gemeinsamkeit geben.

Dieses gilt nicht nur für den Betrieb der HHLA, sondern für alle Bereiche.

Deshalb ist die Behauptung der "Alternative" über die Wahl bei der Deutschen Lufthansa AG falsch. Wenn dort ein ausgeschlossenes ehemaliges ÖTV-Mitglied als Kandidat auftritt, wird es mit diesem auch keine gemeinsame Liste der ÖTV geben.

Mit freundlichen Grüssen
Bezirksleitung

Matthiessen Schnelle Gehricke

Eine Veröffentlichung der Gewerkschaft Öffentliche Dienste Transport und Verkehr ÖTV-Bezirksverwaltung Hamburg, Besenbinderhof 60, 2000 Hamburg 1, (Eigendruck)
Presserechtlich verantwortlich Horst Matthiessen
Besenbinderhof 60, 2000 Hamburg 1

Die ÖTV bezichtigt die ,,Alternative" der Lüge – peinlich, da die Lufthansa-Kollegen an der gemeinsamen Wahl festhielten!

Die ÖTV bezichtigt die ,,Alternative" der Lüge – peinlich, da die Lufthansa-Kollegen an der gemeinsamen Wahl festhielten!

Auszug aus LUFTHANSA INFO Nr.5
vom März 1981:

BETRIEBSRATSWAHL 1981:

PERSÖNLICHKEITSWAHL IM ARBEITERBEREICH

In der letzten Aprilwoche dieses Jahres wird der Betriebsrat der DLH HAM neu gewählt. In Norderstedt geschieht dies bereits am 14. April und bei der LSG HAM am 16./17./18. März 1981.

Die Vornominierungen der ÖTV-Kandidaten sind bereits abgeschlossen. In Bereichsversammlungen der Vertrauensleute - zu denen alle ÖTV-Mitglieder eingeladen waren -, wurden die Kandidaten in demokratischer Wahl nominiert.

Die endgültige Bestätigung der Kandidaten erfolgt auf einer Vertrauensleutevollversammlung am Sonntag, dem 15. März 1981, um 10.00 Uhr, in der VIP-Lounge des Flughafens Hamburg.

Bis zur Stunde gehen wir davon aus, daß es im Arbeiterbereich - wo 16 Betriebsräte zu wählen sind - eine PERSÖNLICHKEITSWAHL geben wird. D.h.: alle wahlberechtigten Arbeiter können bis zu 16 Kandidaten ihres persönlichen Vertrauens ankreuzen. Bei den bisherigen Wahlen (zuletzt 1978) konnte jeweils nur ein Wahlvorschlag (Liste) angekreuzt werden. Jeder hatte nur eine Stimme.

Wir fordern auf diesem Wege alle, die außerhalb unserer Organisation zum Betriebsrat kandidieren wollen, auf, sich unserem Wahlvorschlag anzuschließen und somit eine Persönlichkeitswahl im Arbeiterbereich zu ermöglichen.

Die HHLA-,,Alternative" Nr. 43 veröffentlichte das ÖTV-Lufthansa-Info zur Persönlichkeitswahl aller Strömungen

Hoesch-Hüttenwerke: Auswirkung des Kampfs um die Arbeitsplätze

Gespannt darf man sein, wie die Auseinandersetzungen um die Massenentlassungen bei Hoesch sich auf die Betriebsratswahlen auswirken. Im Hauptwerk Westfalenhütte versucht eine rechte Liste vom demolierten Image der IG Metall zu profitieren.

Nachfolgend einige Auszüge aus einem Artikel von ,,Jacob Sonnenschein" in der ,,taz" vom 27.3.81:

,,Zu den Hoesch-Hüttenwerken zählen drei Betriebe in Dortmund. Die Westfalenhütte mit 10900 Beschäftigten sowie die Werke Union (5800) und Phoenix mit ca. 6000 Arbeitnehmern. Diese Betriebe stellen das Kernstück der Hoesch-Basis in Dortmund dar. Eine Basis freilich, die nach dem Willen des Vorstandes in den nächsten fünf Jahren auf eine Belegschaftsstärke von 13000 schrumpfen soll.

...

DAG verhindert Persönlichkeitswahl auf der Westfalenhütte

Seit Jahrzehnten sind die Arbeiter und Angestellten der Westfalenhütte daran gewöhnt, bei Betriebsratswahlen mit verteilten Kreuzen, den einen Kandidaten zu unterstützen, dem anderen einen Denkzettel zu verpassen, den dritten ganz rauszuschmeißen. Das soll 1981 anders werden. Denn zum ersten Mal gibt es keine Persönlichkeitswahl, sondern Listenwahl. Nur ein Kreuz gilt!

Neben der IG Metall-Liste ist eine ,,Alternative Arbeitnehmerliste" aufgetaucht. Alternativ? Arbeitnehmer? Das klingt nach frischem Wind im Rathaus – und ist doch ein Windei: Ein halbes Dutzend der ,,Deutschen Angestellten Gewerkschaft" (DAG) und des ,,Christlichen Metallarbeiterverbands" (CMV) hat sich zusammengetan, um im Trüben zu fischen. Sie hätten sogar auf der IG Metall-Liste Plätze erhalten, aber sie ließen sich ihre Vereinsmeierei nicht ausreden.

Aber für die Aufstellung einer eigenen Liste sind doch 100 Unterschriften nötig? Nun, der DAG-Listenführer ist Meister – auch beim Einschüchtern seiner Untergebenen: 'Mensch, was soll ich denn machen, der kann mich doch schikanieren, wann er will, wenn ich nicht unterschrieben hätte. Bei der Wahl nachher guckt mir aber keiner über die Schulter.'

wann er will, wenn ich nicht unterschrieben hätte. Bei der Wahl nachher guckt mir aber keiner über die Schulter.'

...

Persönlichkeitswahl findet dagegen im Werk Phoenix statt. Zudem sprach sich die Belegschaft hier – wie auf der Westfalenhütte auch – für eine gemeinsame Wahl von Arbeitern und Angestellten aus.

IG Metall kontra RGO

Wieder eine andere Situation im Werk ,,Union". Seit der letzten Wahl gehören zum dortigen Betriebsrat zwei Mitglieder der ,,Revolutionären Gewerkschafts-Opposition" (RGO). Damals erzielten sie ein sensationelles Wahlergebnis (zuerst 30%, bei der Neuwahl dann knapp 20%). Beigetragen zum 1978er Ergebnis haben jene Unions-Betriebsräte, die auf der gesamten Hütte den Ruf von ,,Schlafmützen" und ,,Pennern" genießen.

In diesem Jahr boten die RGOler der IG Metall eine gemeinsame Liste an, um so die Persönlichkeitswahl zu ermöglichen. Werner Dieterich, Ortsbevollmächtigter der IG Metall, reagierte anläßlich einer Vertrauensleuteversammlung prompt und scharf: 'Wenn es hier zu einer gemeinsamen Liste kommt, werde ich die Auflösung des Vertrauenskörpers veranlassen'. Damit war die gemeinsame Liste gestorben. Allerdings bescherte die RGO-Kandidatur der Belegschaft ein Nominierungsverfahren für die IG Metall-Liste, wie es demokratischer nicht sein könnte. Die Bereiche wählten ihre Kandidaten selbst, über die Reihenfolge der Listenplätze entschied dann die Vertrauensleutevollversammlung. So erlangten eine Reihe fortschrittlicher Kollegen sichere Listenplätze. Ein Grund für die beiden RGOler auf eine Ausweitung ihrer Liste zu verzichten. Sollten ihnen jedoch mehr als zwei Mandate zufallen und die IG Metall sich weigern – wie schon 1978 – die Mandate anzunehmen, werden sie bei der dann notwendigen Neuwahl wahrscheinlich mit mehreren Kandidaten antreten.

Nach Meinung von Hartmut Siemon (RGO) müßte die IG Metall in Zukunft offensiv für eine echte Persönlichkeitswahl eintreten, wie z.B. bei Klöckner in Bremen, um zu verhindern, daß die in jedem Betrieb vorhandenen Widerspruchspotentiale den reaktionären Listen zugute kommen."

um zu verhindern, daß die in jedem Betrieb vorhandenen Widerspruchspotentiale den reaktionären Listen zugute kommen."

Betriebsrätewahlen 1981

Sieben Listen bei Ford in Köln

Anfänglich hatte es auch bei Ford Bestrebungen gegeben, durch die Aufstellung einer alphabetisch geordneten Liste Persönlichkeitswahl zu ermöglichen.

Verhindert wurde diese Absicht dadurch, daß die Spaltergewerkschaft CMV und reaktionäre türkische Arbeiter bei Ford eigene Listen einreichten. Gezwungenermaßen wurden danach weitere Listen abgegeben, so daß jetzt insgesamt sieben Listen zur BR-Wahl antreten.

Auf der offiziellen IG-Metall-Liste kandidieren auf den vordersten Plätzen wieder die alteingesessenen Betriebsratsfürsten, die auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit einem mehr deutschen Management setzen. U.a. spricht sich die IGM-Liste gegen eine ,,britische Bevormundung" des Managements aus.

Auch die ,,RGO"-Betriebsgruppe ,,Arbeitereinheit" hat eine gleichnamige Liste mit insgesamt fünf Kandidaten eingereicht. Der Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze steht im Mittelpunkt des Programms der Liste. Die Vernichtung weiterer 3- bis 4.000 Arbeitsplätze ist eine aktuelle Gefahr.

HDW Kiel: ,,RGO"-Liste kandidiert wieder

Auch zur BR-Wahl '81 tritt bei HDW Kiel eine ,,RGO"-Liste an. Im Unterschied zu 1978 stehen diesmal nicht drei, sondern fünf Kandidaten auf der Liste. Mit 107 Unterschriften wurde die Liste zur Wahl zugelassen.

BASF Ludwigshafen

Ruhiger als vor drei Jahren verläuft die Wahl '81. Die ,,RGO", die 1978 erstmals antrat und einen Kandidaten durchbrachte, kandidiert nicht wieder.

Um die 28.000 Arbeiterstimmen bewerben sich neben der IG Chemie-Liste noch die Christliche Gewerkschaft Bergbau-Chemie-Energie. Bei den 20.500 wahlberechtigten Angestellten treten zusätzlich noch eine von DAG und einer freien Wählergemeinschaft gebildete Liste sowie eine Liste DHV an.

Daimler-Benz Stuttgart: Schon wieder Sanktionen

Von den 17 Kandidaten auf der Liste der ,,plakat"-Gruppe sind neben den bereits Ausgeschlossenen auch diesmal wieder 9 Mitglieder der IG Metall. Bereits jetzt zeichnet sich ab, daß die Gewerkschaftsmitglieder wieder mit Repressionen bis zum Ausschluß zu rechnen haben. Einem Arbeiter wurde sogar in einem laufenden Arbeitsgerichtsverfahren der Rechtsschutz entzogen, weil er auf der ,,plakat"-Liste kandidiert.

Oppositionelle Liste bei Freudenberg/Weinheim

Neun Kandidaten, alle Mitglieder der Gewerkschaft Leder, kandidieren auf einer stark an der ,,RGO" orientierten oppositionellen Liste (,,Frischer Wind") im Großbetrieb der Lederindustrie Freudenberg in Weinheim. Nachdem sie 224 Unterschriften für die Persönlichkeitswahl gesammelt hatten, hatte die Gewerkschaft Leder erklärt, sie lasse sich nicht erpressen, egal wie viele Kollegen unterschreiben. (Nach: ,,Roter Morgen", 27.3.)

Rotbuch zu den **Gewerkschaftsausschlüssen**

Über 100 Fälle dokumentiert mit mehr als 350 Original Dokumenten

mit Gutachten zum Russell-Tribunal

650 Seiten Brosch. - DM 22
ISBN 3-88305-011-3

Betriebsrätewahlen – mit diesem Ereignis verbindet sich traditionell eine Hoch-Zeit für Gewerkschaftsausschlüsse. Seitdem die DGB-Gewerlschaften 1973 die sogenannten Unvereinbarkeitsbeschlüsse gefaßt haben, nach denen niemand gleichzeitig Gewerkschaftsmitglied und Mitglied einer kommunistischen Organisation sein darf, sind mehrere Tausend Gewerkschafter ausgeschlossen worden. Darunter viele, die als Kandidaten bei Bundestags- und Landtagswahlen ihre demokratischen Rechte wahrgenommen haben. Noch rechtzeitig vor den Betriebsratswahlen haben die DGB-Führer die „Voksfront" in den Katalog der inkriminierten Organistionen aufgenommen.

Auch die DKP, bislang von den DGB-Führern verschont, gerät mehr und mehr ins Schußfeld. Seit mehr als zwei Jahren läuft im DGB eine intensive Kampagne, in der Stimmung gemacht wird gegen eine sog. „kommunistische Unterwanderung der Gewerkschaften". Erste greifbare Ergebnisse dieser Debatte sind Funktionsverbote für DKP-Mitglieder in den Gewerkschaften Nahrung-Genuß-Gaststätten und Deutsche Post-Gewerkschaft. In der Debatte um das neue DGB-Grundsatzprogramm haben die DGB-Führer – trotz vorhandener taktischer Differenzen – den nächsten Schritt vollzogen, indem sie rundweg die Existenz einer eigenen kommunistischen Gewerkschaftstradition bestritten haben.

Einheitsgewerkschaft heißt nun offiziell nur noch: demokratisch-

stritten haben.

*Einheitsgewerkschaft heißt nun offiziell nur noch: demokratisch-**sozialistische Tradition plus christlich-soziale Tradition.*

Diese Entwicklung korrespondiert deutlich mit einer neuen Politik der westdeutschen Bourgeoisie: Nach der „Neuen Ostpolitik" seit 1968 , die außenpolitisch die Ost-Verträge und einen „Entspannungsboom", innenpolitisch die Duldung der DKP brachte, ist heute eine härtere Gangart angesagt. Statt Entspannung ist Aufrüstung angesagt, und das innenpolitische Klima wird zusehens eisiger.

Dieser Entwicklung haben die DGB-Führer mit dem neuen Grundsatzprogramm Rechnung getragen. Sie folgen damit ihrer eigenen Tradition, die sie nach dem Zusammenbruch des Faschismus 1945 zielstrebig und systematisch verfolgt haben, dem Antikommunismus.

Um die heutige Entwicklung der DGB-Gewerkschaften zu verstehen, ist die Kenntnis der entscheidenden Weichenstellungen beim Aufbau der Gewerkschaften nach 1945 unumgänglich. Wir haben deshalb der ausführlichen Schilderung von über hundert ausgewählten „Fällen" von Gewerkschaftsausschlüssen eine Darstellung der „Gründerjahre" der westdeutschen Gewerkschaften vorangestellt, die ihr heutiges spezifisches Gepräge als sozialdemokratische Richtungsgewerkschaften (und das heißt heute auch: Regierungsgewerkschaften) erst verstehbar macht.

verlag buntbuch

DGB-Grundsatzprogramm verabschiedet: Staatstreu und antikommunistisch

Nach 11 Stunden, 9760 Tassen Kaffee und 1,75 Mill. DM Unkosten für die Gestaltung des Kongresses war es soweit: Ohne Gegenstimme verabschiedeten die 504 Delegierten des außerordentlichen DGB-Bundeskongresses das, was ihnen die Antragsberatungskommission vorgesetzt hatte. Damit sind erstmals in der Geschichte des DGB eine programmatische Ausgrenzung kommunistischer Strömungen, ein Bekenntnis zur inneren Sicherheit, zur parlamentarischen Demokratie und zum Mehrparteiensystem in einem DGB-Grundsatzprogramm verankert. Kontroverse Diskussionen wurden auf dem „Parlament der Arbeit" nur ansatzweise geführt, kontroverse Abstimmungen peinlichst vermieden.

Schon die Zusammensetzung der Delegierten ist recht aufschlußreich. Unter den 504 Delegierten waren gerade 35 Frauen (6,9 %), obwohl ca. 20 % der DGB-Mitglieder Frauen sind. Bemerkenswert ist auch das Alter der Delegierten: 63,7 % von ihnen waren älter als 50 Jahre. Redner auf dem Kongreß waren fast ausschließlich hauptamtliche Funktionäre oder Sekretäre der Gewerkschaften (Angaben nach: „Welt der Arbeit", 19.3.).

Die Rolle der Antragsberatungskommission

Die Eigenaktivität des Kongresses war gleich Null. Zwar waren 511 Änderungsanträge zum Programmentwurf des Bundesvorstandes eingegangen (wobei nur die Hauptvorstände der Einzelgewerkschaften und die DGB-Kreise antragsberechtigt waren), diese Anträge durchliefen jedoch noch die Instanz der Antragsberatungskommission, die sich zustimmend oder ablehnend zu ihnen äußerte. Von wenigen und inhaltlich nachgeordneten Ausnahmen abgesehen, folgten die Delegierten den ihnen vorgesetzten Empfehlungen. Ein solches Verfahren ist auch für Soziologen bemerkenswert: *»Eine entscheidende Funktion für Ablauf und Ergebnis der Gewerkschaftstage haben die Antragsberatungskommissionen; von den Hauptvorständen in ihrer Zusammensetzung beeinflußt und in ihrer Arbeit wirksam kontrolliert, werden sie zu präformierenden Beschlußorganen. Die von ihnen vorgeschlagenen und meist auch angenommenen Antragsformulierungen orientieren sich an den Absichten der Hauptvorstände«* (Joachim Bergmann: »Beiträge zur Soziologie der Gewerkschaften«, es 905; S. 213). Wenn etwa die Tageszeitung »Die Neue« die Bedeutung des Kongresses mit den Worten hervorhebt:

ziologie der Gewerkschaften«, es 905; S. 213). Wenn etwa die Tageszeitung »Die Neue« die Bedeutung des Kongresses mit den Worten hervorhebt:

»Der Programmentwurf wurde auf dem Kongreß in wichtigen Punkten konkretisiert und verbessert« (19.3.), *»zahlreiche Aussagen zur ursprünglichen Programmfassung wurden konkretisiert«* (17.3.), so verschweigt sie, daß die wesentlichen Veränderungen am Pogrammentwurf schon zuvor unter den verschiedenen Strömungen im DGB ausgehandelt und dann in den Empfehlungen der Antragsberatungskommission zusammengefaßt worden waren: Da war die »FAZ» schon ehrlicher: *„Die Antragskommission hatte für alle Fragen Formulierungen gefunden, auf die sich die Delegierten der verschiedenen Gewerkschaften und der unterschiedlichen Denkrichtungen einigen konnten. So gab es kaum eine kontroverse Debatte«* (16.3.).

Von den 511 dem Kongreß vorgelegten Anträgen empfahl die Antragsberatungskommission 100 zur Annahme. Von den 160 Anträgen zur besonders umstrittenen Präambel wurden nur 19 zur Annahme empfohlen. Bemerkenswert ist, daß von den 39 Anträgen der GEW, darunter zahlreiche Änderungsanträge zu bildungspolitischen Fragen, kein einziger zur Annahme empfohlen und auch nicht beschlossen wurde (nach: »iwd«, 12.3.).

Abgrenzung gegenüber Kommunisten

Schon Wochen vor dem Kongreß war in der Presse breit darüber spekuliert worden, wie es der DGB denn nun mit den Kommunisten halte. Die Diskussion war zusätzlich durch eine antikommunistische Kampagne der Hauenschild-Mafia (Hauenschild, Rappe, Döding; siehe hierzu den Artikel in diesem AK) angeheizt worden.

Als dann die Antragskommission ihre 'Kompromiß'formulierung zu der Frage veröffentlichte, wo denn nun die Wurzeln der Einheitsgewerkschaft liegen und als H.O. Vetter festgestellt hatte, daß diese Formulierung *»für jeden Gewerkschafter akzeptabel«* ist (vgl. dazu AK 196, S.39), war auch klar, was der Kongreß zu beschließen habe. Daß dies aber so ohne Murren über die Bühne ging, hatten selbst wir nicht erwartet. Immerhin hatten die DruPa, die HBV, die GEW, der DGB Landesbezirk Hessen sowie die Gewerkschaft Holz und Kunststoff Änderungsanträge eingereicht, die auf eine Ablehnung oder Abschwächung der antikommunistischen Ausgrenzung hinausliefen. Dennoch wurde *»bei nur einer Handvoll Gegenstimmen«* (»FR«, 14.3.) die Formulierung der Antragsberatungskommission beschlossen, in der es heißt: *»Die Einheitsgewerkschaft ist aus den Erfahrungen der Arbeitnehmer vor und während der Weimarer Republik und der Verfolgung durch den Nationalsozialismus entstanden. Sie hat die historischen Traditionen, politischen Richtungen und geistigen Ströme der Arbeiterbewegung, vor allem der freiheitlich-sozialistischen und der christlich-sozialen Richtungen, in eine gemeinsame Organisation zusammengeführt.* [...] *Weltanschauliche und politische Ideologien, die die Gewerkschaften für ihre Zwecke mißbrauchen wollen, sind mit dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft unvereinbar.«*

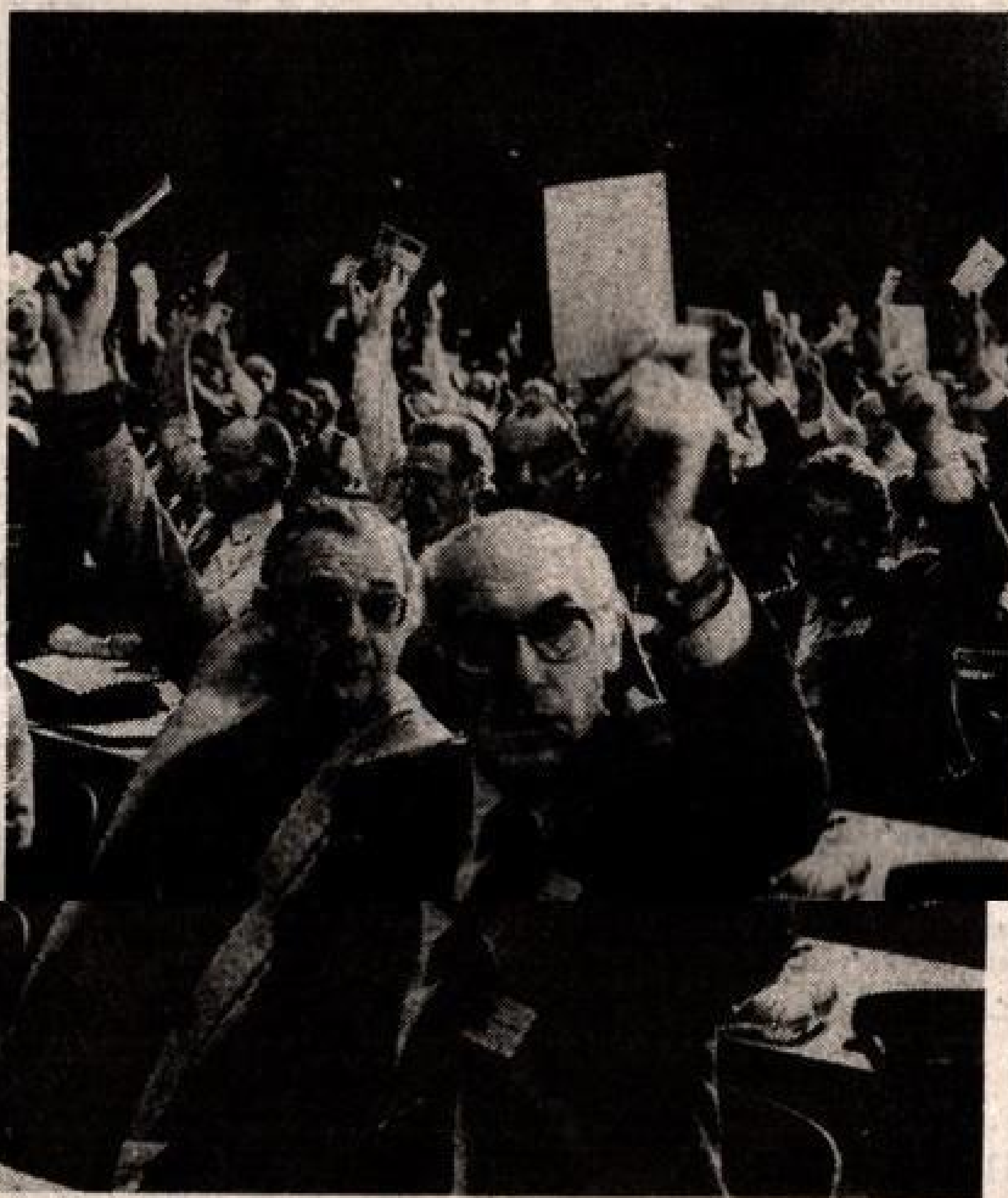
Diese Passage wurde in der Debatte von keinem der Redner kritisiert. Im Gegenteil: *»In der Debatte unterstützten die Vorsitzenden der Gewerkschaft HBV, Volkmar, der GEW, Frister, der stellvertretende Vorsitzende der IG Druck und Papier, Hensche, sowie das Vorstandsmitglied der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, das DKP-Mitglied Arndt, diese Fassung«* (»FAZ«, 16.3.). Immerhin sprachen hier Gewerkschafter, deren Gewerkschaftstage die jetzt beschlossene Passage abgelehnt hatten. HBV-Chef Volkmar hatte sogar noch kurz vor dem Gewerkschaftstag vom Gewerkschaftsausschuß der HBV den Auftrag bekommen, *»am HBV-Antrag zu den geschichtlichen Grundlagen der Einheitsgewerkschaft festzuhalten«* (»Die Neue«, 11.3).

Nun gibt es verschiedene Varianten, mit denen dieses opportunistische Verhalten gerechtfertigt wird. Hensche erklärte auf dem Kongreß, sie zögen ihre Änderungsanträge zurück, *»um uns nicht auseinanderdividieren zu lassen«* (»FAZ«, 16.3.). »Die Neue« erfand die Mär, daß die linken Delegierten zwar nicht auf dem Kongreß, aber hinter den Kulissen um einen Kompromiß gerungen hätten: *»In letzter Stunde hatte die Antragsberatungskommission einen Kompromißvorschlag ausgearbeitet, der schließlich von allen Richtungen akzeptiert wurde«* (19.3.). Tatsächlich war ihnen aber am Abend vor der Abstimmung nur die Formulierung der Antragskommission *»immer wieder eingetrichtert worden«* (»FR«, 14.3.).

Noch schlimmer ist es aber, wenn »Die Neue« den beschlossenen Absatz damit rechtfertigt, daß er *»nicht mehr zur Ausgrenzung des revolutionären Teils der Arbeiterbewegung benutzt werden kann«*, daß sich *»die Befürworter des Entwurfs, der die Kommunisten völlig ausgegrenzt hätte, nicht durchsetzen«* konnten (14.3.). Demgegenüber bewerteten die »FR« den Beschluß völlig richtig als *»Ein- und damit bewußt gewollte Ausgrenzung«* (»FR«, 14.3.) und die »FAZ« als *»kompromißlose Ausgrenzung gegenüber Kommunisten«* (16.3.). Die »UZ« zog sich in bekannter Manier aus der Affäre: Sie erwähnte den Beschluß überhaupt nicht.

Tatsächlich wird noch an einer anderen Stelle der Präambel zum Grundsatzprogramm eine Ausgrenzung kommunistischer Strömungen vorgenommen, und zwar ausgerechnet bei der auch von Linken geforderten Aussage zur politischen Toleranz. Im bisher gültigen Programm stand diese Aussage im Zusammenhang mit dem Satz, daß der DGB *»unabhängig von Regierungen, Parteien, Konfessionen und Unternehmern«* sei. Durch den geänderten Zusammenhang erhält jetzt das Toleranzgebot eine ganz andere Bedeutung:

»Die Gewerkschaften bekennen sich zur parlamentarischen Demokratie und zum Mehrparteiensystem. Sie bekräftigen ihre Entschlossenheit zur weltanschaulichen, religiösen und politischen Toleranz. Sie setzen sich jedoch gegen alle totalitären und reaktionären Bestrebungen mit Entschiedenheit zur Wehr und bekämpfen alle Versuche, die im Grundgesetz verankerten Grundrechte einzuschränken oder aufzuheben.« Daß die Gewerkschaftsführer gerade Kommunisten für 'totalitär' halten, daran haben sie nie einen Zweifel gelassen.



Hier wird gerade der Satz beschlossen: „Im Deutschen Gewerkschaftsbund kämpfen Männer und Frauen gemeinsam in gewerkschaftlicher Tradition für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Gleichberechtigung der Frauen".

Kernenergie nur in „unumgänglichem Ausmaß"

Gegenüber dem Programmentwurf des DGB-Bundesvorstandes wurden von der Antragsberatungskommission einige Anträge zur Annahme empfohlen — und dann auch beschlossen — die gewisse Verbesserungen beinhalten. So heißt es jetzt: *»Als gemeinsame Organisation der Arbeiter, Angestellten und Beamten nehmen die Gewerkschaften die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen aller Arbeitnehmer und ihrer Familien wahr und dienen damit den Erfordernissen des Gesamtwohls«*. Die Einfügung des Wörtchens 'damit' kann man als Einschränkung der Verpflichtung auf das 'Gesamtwohl' auffassen.

Die Aussagen zur Abrüstung wurden vom Umfang her erheblich erweitert und um den Aspekt der zunehmenden Gefährdung des Friedens in der Welt ergänzt.

Der Frauen-passus wurde um den Satz ergänzt: *»Zur Verwirklichung der Gleichberechtigung sind Veränderungen der Arbeitswelt und der gesellschaftlichen Infrastruktur notwendig.«*

Der skandalöse Satz: »Jeder, der arbeiten kann und will, hat einen Anspruch auf einen menschenwürdigen Arbeitsplatz« wurde gestrichen.

Ausdrücklich wird die bruttolohnbezogene dynamische Rente gefordert.

Zur Energiepolitik wurde ein längerer Abschnitt eingefügt, dessen Kernsatz lautet: *»Die Kernenergie ist nur in unumgänglichem Ausmaß auszubauen«.*

Zu diesem Thema hatte die GEW einen Antrag eingebracht, *»sich unter den gegenwärtigen Bedingungen gegen den Bau von Kernkraftwerden sowie gegen die Schaffung von Wiederaufbereitungsanlagen«* auszusprechen und *»den Anteil der Kernenergie schrittweise vollständig abzubauen.«* Als praktisches Lehrstück in Sachen 'parlamentarische Demokratie', zu der sich der DGB ja jetzt bekannt hat, zog Erich Frister diesen Antrag eigenmächtig vor der Abstimmung zurück.

The IG Metall presents: Montan-Mitbestimmung

Nun ist es keineswegs so, daß die Delegierten in jeder Frage der Empfehlung der Antragskommission gefolgt wären. Dem immer wieder aufgewärmten Thema Montan-Mitbestimmung blieb es vorbehalten, einen Sieg des Kongresses über die Antragsempfehlung durchzukämpfen. Entgegen der Empfehlung der Antragsberatungskommission wurde hier der IG Metall-Antrag beschlossen. Angesichts der Tatsache, daß der DGB-Vorstand in seinem Programmentwurf die alte (im Programm von 1963 enthaltene) Forderung nach 'paritätischer Mitbestimmung' »vergessen« hatte, ist dies auch nicht weiter verwunderlich. In der jetzt beschlossenen Formulierung wird das Montan-Modell als Vorbild jeglicher Mitbestimmung gepriesen.

Aber noch in zwei anderen Fragen setzten sich IG-Metall-Anträge gegen Empfehlungen der Antragskommission durch. So bleibt die im Programm von 1963 enthaltene Aussage, daß die Entwicklung in der Bundesrepublik zur Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse geführt habe, erhalten. Und die Aussage, daß die Gewerkschaften durch ihre Arbeit zum *„entscheidenden Integrationsfaktor der Demokratie werden"* wurde dahingehend korrigiert, daß sie dies bereits seien.

Es soll aber nicht verschwiegen werden, daß es auf dem Kongreß auch eine Kampfabstimmung gab. Mit 231 zu 203 Stimmen votierten die Delegierten dafür, daß die Mitbestimmung nicht nur auf wirtschaftliche und soziale Entscheidungen, sondern auch auf kulturelle Entscheidungen ausgedehnt werden solle.

Entgegen den Programmplanungen beschloß der Kongreß dann auch noch die Forderung nach Tarifautotnomie für alle Beschäftigten im Öffentlichen Dienst.

Unter dem Strich

Vergleicht man das jetzt beschlossene

Unter dem Strich

Vergleicht man das jetzt beschlossene Programm mit dem seit 1963 gültigen Grundsatzprogramm, so fällt auf, daß einige Aussagen den verändertgn Bedingungen angepaßt wurden. Kuriosa wie *»Berlin bleibt die Hauptstadt Deutschlands«* oder das längst überholte Bekenntnis zum Berufsbeamtentum wurden beseitigt. Aussagen gegen die Aussperrung, über Umweltschutz, eine positive Aussage zur integrierten Gesamtschule und die (allerdings recht schwammig formulierte) Forderung nach Arbeitszeitverkürzung wurden neu aufgenommen.

Auf der anderen Seite wurden auch gerade zum immer mehr drängenden Problem Arbeitslosigkeit Abstriche gemacht. So findet sich der Satz, daß für den Arbeitnehmer eine *»seiner Persönlichkeit entsprechende dauerhafte Tätigkeit«* angestrebt wird, nicht mehr im Programm. Auch die Forderung *»Bei Massenarbeitslosigkeit hat der Staat die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen«* wurde gestrichen und durch die Forderung nach einem Arbeitsmarktbeitrag für alle Erwerbstätigen ersetzt. Bemerkenswert ist ferner, daß auf die Aussage, daß der technische Fortschritt dem Gesamtwohl zu dienen habe, verzichtet wurde und jetzt nur noch gefordert wird, daß die Arbeitnehmer vor den *»unsozialen Folgen des strukturellen Wandels zu schützen«* seien. Ansätze zu einer durch die wirtschaftliche Krise verursachten Umorientierung des DGB können wir darin nicht erkennen. Wenn schon von Ansätzen einer *»Neuorientierung«* (SOST in »Hefte für Demokratie und Sozialismus« 4-5/80) im DGB gesprochen wird, so sehen wir diese nicht in neuen Antworten auf wirtschaftliche Probleme, sondern in einem offensiveren Bekenntnis zu diesem Staat und in einer Verschärfung des Antikommunismus. So neu ist das allerdings auch nicht.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Höhepunkt der Anti-DKP-Kampagne: Kalter Krieg im DGB

Die inhaltliche Abgrenzung gegenüber dem Kommunismus und gegen die revisionistische DKP ist das entscheidende Ereignis des außerordentlichen DGB-Kongresses Mitte März gewesen. Was ist der Grund für die seit über drei Jahren im DGB laufende Diskussion um die „kommunistische Unterwanderung", die mit dem außerordentlichen DGB-Kongreß im März dieses Jahres einen neuen Höhepunkt gefunden hat? Die Gefahr der „Unterwanderung" durch Kommunisten ist es mit Sicherheit nicht, was sowohl rechte wie auch linke Sozialdemokraten übereinstimmend feststellen und was der DGB-Vorsitzende Vetter bei seiner scharfen Abgrenzungsrede am 13. März gegen die DKP und den Kommunismus ausdrücklich betonte. Eine „überproportionale" Vertretung der DKP in den Funktionärskörpern wird DGB-intern überhaupt nur in den Gewerkschaften Holz und Kunststoff, IG Druck, GEW und HBV gesehen wowie im gewerkschaftlichen Jugendbereich und teilweise in der Bildungsarbeit, wenngleich auch hier niemand ernsthaft eine „Bedrohung" durch die DKP sieht.

Auch in der Entwicklung der konkreten Politik der DKP kann kaum der Grund für die erneut verschärfte Debatte liegen. Weder hat die DKP ihre Politik gegenüber den Gewerkschaften seit ihrer Gründung 1968 verändert, noch hat sich ihr Einfluß – etwa bei den Betriebsrätewahlen oder bei Wahlen zu gewerkschaftlichen Gremien aus Sicht der DGB-Führer besorgniserregend verändert und wird auch nirgendwo registriert. Ebensowenig kann der gestiegene Masseneinfluß der DKP – abzulesen z.B. an sinkenden Wahlergebnissen – als Grund zitiert werden.

Und dennoch wird die Abgrenzung deutlich schärfer gezogen, ohne daß allerdings bisher zum schärfsten Mittel – der Ausschlüsse gegen DKP-Miglieder – gegriffen wird.

Der rechte Block im DGB

Die Spitze in der Kampagne gegen die DKP bilden die Gewerkschaften, in denen das „DKP-Problem" real kaum existent ist. Da ist die **IG Bergbau**, die wohl ‚sauberste' der ‚Einheitsgewerkschaften' im DGB, die sich vor der schweren Krise im Bergbau durch Gewerkschaftsausschlüsse und Zusammenspiel mit den Kapitalisten bei Entlassungen von Kommunisten 1961 des Problems entledigte und sich seitdem stramm rechtssozi-

listen bei Entlassungen von Kommunisten 1961 des Problems entledigte und sich seitdem stramm rechtssozi-aldemokratisch und ohne innergewerkschaftliches Leben bei jeder antikommunistischen Kampagne profiliert.

Da sind die Gewerkschaften **NGG und GTB (Nahrung/ Genuß und Textil)**, die sich durch einen Kooperationsvertrag unter Führung des NGG-Vorsitzenden Döding zur neuen rechten Kraft im DGB zu mausern versuchen. Diese beiden Gewerkschaften haben Anfang 1980 als erste administrative Maßnahmen gegen die DKP vorbereitet und einen Beiratsbeschluß verabschiedet, der zwar DKP-Mitgliedschaft und Gewerkschaftsmitgliedschaft duldet, aber die Gewerkschaftsmitglieder ausdrücklich auffordert, keine DKP-Mitglieder in Funktionen zu wählen. Dies, obwohl es eingestandenermaßen in diesen Gewerkschaften das „DKP-Problem" gar nicht gibt, der Beschluß eindeutig ohne jede „Unterwander-Not" gefaßt wurde.

Ähnlich verhält es sich mit der **Postgewerkschaft (DPG)**, die in ähnlicher Weise wie NGG und GTB im letzten Jahr einen Beiratsbeschluß zur Nichtwahl von DKP-Mitgliedern in der Gewerkschaft verabschiedet hat.

Da ist schließlich die **IG Chemie**, die sich mit wahrem Übereifer vor dem DGB-Kongreß an die Spitze der antikommunistischen Kampagne zu setzen versuchte. Die IG Chemie-Führung hat sich administrativ auf dem letzten Gewerkschaftstag der innergewerkschaftlichen Opposition zu entledigen versucht (Ausschaltung Plumeyers), einer Opposition, in der erwiesenermaßen die DKP kaum eine Rolle spielt, die von linken Sozialdemokraten und unabhängigen Linken gestellt wird.

Schließlich sind dem rechten Block im DGB zuzurechnen: die **ÖTV**, die besonders intensiv über ihr „ÖTV-Magazin" und deren Chefredakteur Dieter Schneider das rechtssozialdemokratische Geschichtsbild von den Kommunisten als Spaltern der gewerkschaftlichen Einheit zu zeichnen bemüht ist und dabei bereitwillig Eingang in die Spalten der rechten Gewerkschaftspresse findet (zuletzt: Dieter Schneider in der Märzausgabe der IG Bergbau-Zeitung „einheit").

Und schließlich die **IG Bau Steine Erden**, die unter ihrem Vorsitzenden Sperner eher blaß wirkt, aber jederzeit zuverlässiger „Sozialpartner" (siehe den versuchten 4%-Abschluß in der Bautarifrunde) und antikommunistisches Bollwerk ist. Sie lebt dabei heute noch stark vom zweifelhaften Glanz ihres ehemaligen Vorsitzenden Georg Leber.

...und auf der „Linken"?

Zum echten „linken" Rand im DGB sind nur die **Gewerkschaften Holz und Kunststoff** und die **IG Druck und Papier** zu rechnen – in beiden Gewerkschaften hat die DKP bis in die Vorstände hinein einigen Einfluß. Die Gewerkschaften GEW, HBV und die IG Metall werden in der aktuellen Diskussion zwar gern der linken Ecke zugerechnet, sind aber in Wahrheit wesentlich differenzierter zu betrachten.

Die **GEW** muß zwar auf eine starke linke Basis Rücksicht nehmen, spielt aber unter Führung ihres Vor-

ke linke Basis Rücksicht nehmen, spielt aber unter Führung ihres Vor-sitzenden Frister im DGB unübersehbar mit den Rechten zusammen. Nicht zuletzt die von Frister 1977 durchgesetzte Entdemokratisierung in der GEW ermöglicht es ihm heute, entgegen Beschlüssen des Gewerkschaftstages in der DGB-Führung zu agieren (siehe auch seine Rolle auf dem DGB-Kongreß). Ambivalent ist auch das Bild in der **HBV**. Hier gibt es starke linkssozialdemokratische Positionen im Funktionärskörper. Auch die DKP hat hier einige Positionen, sogar im Vorstand. Andererseits hat die „gemäßigte" sozialdemokratische Position in der HBV eine große Basis. Bisher ist es eher so, daß ein Waffenstillstand zwischen den Strömungen herrscht. Auf dem DGB-Kongreß hat allerdings – entgegen eines kurz vorher erteilten Auftrages des HBV-Gewerkschaftsausschusses – der Vorsitzende Volkmar die HBV-Regie geführt und sich für den „Kompromiß" zur Einheitsge-



werkschaft stark gemacht. Innerhalb der DGB-Führung wird die HBV als eine Gewerkschaft eingeschätzt, die auf „Linie" zu bringen ist. Bleibt die große und mächtige **IG Metall** (sie stellte allein 35% der DGB-Delegierten). Ohne Zweifel erfüllt sie im DGB publizistisch eine recht fortschrittliche Rolle, was ihre politischen Positionen anbetrifft. Die Gewerkschaftszeitung „metall" ist stark engagiert als antifaschistische Kraft, bei der Aufdeckung von Skandalen und in der Kriegs- und Rüstungsfrage. Auf der anderen Seite steht die IGM unter starkem Druck der Rüstungs- und Energielobby in den Betriebsräten, die auf eine Wendung nach rechts in der Öffentlichkeitsarbeit der IGM drängen. Auch in der IGM herrscht derzeit Waffenstillstand zwischen der die Gewerkschaftspolitik dominierenden Führung unter Loderer und Mayr und linken Sozialdemokraten wie beispielsweise Benz und Preiß im Vorstand. Innerhalb der DGB-Führung gibt es allerdings keinen Zweifel, daß der IGM-Vertreter im Vorstand des DGB, Loderer, dem „gemäßigt" -sozialdemokratischen Lager zuzurechnen ist.

Vor dem DGB-Kongreß: „die rechte Mitte" formiert sich

Innerhalb der großen Mehrheit der DGB-Führer war eine stärkere Abgrenzung zur DKP unumstritten. Umstritten war nur, wie weit diese auch bereits mit praktischen Konsequenzen verbunden sein soll (befürwortet von der IG Bergbau, GTB und NGG, DPG und vermutlich auch IG Chemie) oder wieweit die inhaltliche Festschreibung einer Position, die jederzeit praktische Konsequenzen ermöglicht, ausreichend ist, um nicht zur unpassenden Zeit den Konsens und Zusammenhalt aller 17 Einzelgewerkschaften zu gefährden. Zum Zwecke der Abklärung der Position und zur Wahrung des Bildes der Eintracht im DGB (der sich auf dem Kongreß auch die linken Strömungen unterwarfen) fand bereits im Dezember 1980 vor einer Klausurtagung des DGB-Bundesvorstands ein Treffen verschiedener DGB-Führer statt. Beteiligt waren Vetter sowie Gerd Muhr und Karl Schwab vom DGB, Loderer von der IGM, Klunker von der ÖTV und Hauenschild von der IG Chemie. Auf diesem Treffen wurde eine sogenannte „Entscheidungshilfe" für die Definition der „Einheitsgewerkschaft" im Grundsatzprogramm erarbeitet, die – wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" aufgrund interner Informationen behauptet – aus der Düsseldorfer DGB-Zentrale stammt („FAZ", 10.3.81). In dieser „Entscheidungshilfe" wird der

der Düsseldorfer DGB-Zentrale stammt („FAZ", 10.3.81). In dieser „Entscheidungshilfe" wird derRahmen abgesteckt, innerhalb dessen eine Kompromißformulierung als zuverlässig angesehen wird. Leitlinie dürfte dabei die Aussage von Kluncker sein, daß „**die endgültige Formulierung keine Öffnungsklausel für verstärkten Einfluß von kommunisten sein**" darf („Neue", 5.3.).

In der „Entscheidungshilfe" wird betont, daß *„der Definition der Einheitsgewerkschaft als ein Kernstück in der erheblich überarbeiteten Präambel"...„nach den organisationspolitischen Auseinandersetzungen in den vergangenen Jahren eine erhebliche Bedeutung"* zukommt (zitiert nach „Neue", 5.3.).

Der Widerstand gegen die inhaltliche Ausgrenzung von Kommunisten wird, so heißt es in dem Papier weiter, „**in der nicht unberechtigten Befürchtung geführt, daß die Hervorhebung der politischen Richtungen, insbesondere der freiheitlich-sozialistischen Richtung ... eine Ausgrenzung des theoretischen Politikansatzes und der praktischen Gewerkschaftspolitik der Kommunisten, die mit einer eigenständigen Willensbildung in der Einheitsgewerkschaft nichts am Hut haben, bedeutet**". Unterstrichen werde dies zusätzlich in der Präambel durch die Definition, *„daß weltanschauliche und politische Ideologien, die die Gewerkschaften für ihre Zwecke mißbrauchen wollen, mit dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft unvereinbar sind"*.

Die „Entscheidungshilfe" verteilt dann Zensuren für die umstrittenen Gegenanträge. Die der IG Druck, GHK und des hessischen DGB-Landesbezirks, die für eine Weglassung der Nennung der Strömungen der Gewerkschaftsbewegung und eine Betonung der antifaschistischen Grundlagen eintreten, werden abgelehnt. Zwar seien die Erfahrungen im Faschismus wichtig, aber es werde *„mit diesen Anträgen ja offensichtlich die Absicht verfolgt,*den Antifaschismus, der bis heute der bevorzugte ideologische Kitt für die Einheitsfrontpolitik der Kommunisten geblieben ist, zum Ursprung und bestimmenden Merkmal der Einheitsgewerkschaft hochzustilisieren. Dieser Versuch sollte nicht nur deswegen scheitern, weil er den Kommunismus zum Ursprung und konstituierenden Bestandteil der Einheitsgewerkschaft macht, sondern weil er auch keine programmatische Perspektive für die Gewerkschaftspolitik aufzeigt – es sei denn, die der DKP." Auch der Gegenantrag der HBV, der den Begriff „freiheitlich-sozialistisch" (als Definition für Sozialdemokratie) durch „frei-gewerkschaftlich" ersetzt haben wollte, findet keine Gnade, wenngleich er positiver als die anderen betrachtet wird. Unter Hinweis auf Walter Ulbricht und die Besetzung dieses Begriffs nach 1933 durch die KPD und nach 1945 durch die SED in der SBZ/DDR wird auch die HBV-Formulierung abgelehnt und in die kommunistische Ecke gestellt.

Heinz Oskar Vetter benutzte dann als DGB-Vorsitzender auf dem DGB-Kongreß die Gelegenheit, in einem Grundsatzreferat mit dem Kommunismus abzurechnen, eine Rede, die uneingeschränktes Lob im bürgerlich-reaktionären Lager erfuhr. Im Umgang mit Kommunisten, so der DGB-Chef, seien *„Leichtfertigkeit und Naivität fehl am Platz... Wir wissen um die Praxis kommunistischer Gewerkschaftsstrategien und ihre Absichten"*. Fazit seiner Rede: *„ Geschichte und Erfahrung verbieten es, die kommunistische Richtung zu den Grundlagen der Einheitsgewerkschaft zu zählen. Sie haben ein gebrochenes Verhältnis zur freien Gewerkschaftsbewegung"* („FR", 13. und 14.3.).

Nur wenige DGB-Kongresse vorher waren so wenig kontrovers wie dieser. Dennoch: die Kommunisten-Diskussion veranlaßte den Gewerkschaftskommentator der „FAZ", Ernst Günter Vetter, zu Lobeshymnen: „**Vetter hatte damit diesem Kongreß ... wie kaum ein Gewerkschaftsführer vor ihm, in einer lebenswichtigen Frage die Richtung gewiesen**". In dieser Abgrenzung hat Vetter die volle Unterstützung des Chefs der mächtigen IG Metall, Eugen Loderer, gehabt (siehe nebenstehenden Kasten).

Flankenschutz von Rechtsaußen

Der IG Chemie-Vorsitzende Hauenschild war in das taktische Konzept der „rechten Mitte" voll eingeweiht und man kann davon ausgehen, daß er es mittrug. Dennoch hat gerade seine Gewerkschaft, insbesondere Hauenschilds Stellvertreter, der rechte SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Rappe, vor dem DGB-Kongreß die Funktion des Einpeitscher gegen die Kommunisten übernommen.

Am 19 Januar 1981 hielt Hauenschild eine Rede vor dem IG Chemie-Hauptvorstand, in der er *„unsere Haltung zur DKP"* beschrieb. DKP-Mitglieder seien Werkzeuge ihrer Zentrale, die *„wiederum tut und denkt das, was die KP der UDSSR will"* (Rede Hauenschilds, nachgedruckt in „Umschau" 1/81). Einen großen Teil seiner Rede verwendet Hauenschild darauf , die Durchführung administrativer Maßnahmen gegen KPD-Mitglieder 1953 in der IG Chemie zu betonen und als Drohung für die heutige Situation im Raum stehen zu lassen. Positiv spricht sich Hauenschild zu den Anti-DKP-Beschlüssen der NGG und der DPG aus und fordert, in der IG Chemie keine DKPler in Funktionen zu wählen. Nach Hauenschild zog Hermann Rappe vom Leder: in einem langen Artikel in der Mitgliederzeitung „gewerkschaftspost" vom März 1981 und in einem *„Grundsatzreferat zur Situation und zur Entwicklung der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit in der IG Chemie"*, das er eine Woche vor dem DGB-Kongreß und schön öffentlichkeitswirksam der Presse zur Verfügung stellte. Der schlimmste Vorwurf, den Rappe den

Fortsetzung nächste Seite

Eugen Loderer zur DKP

In ihrer „Abwehr" der Anti-DKP-Kampagne hat die DKP selbst in der Vergangenheit immer gern mit einem Zitat des IGM-Vorsitzenden Loderer vom IGM-Gewerkschaftstag 1978 gearbeitet, in dem dieser das Recht auf Gewerkschaftmitgliedschaft von DKP-Mitgliedern betonte. Loderer hat sich während und nach dem DGB-Kongreß gegenüber der Springer-Presse hierzu erneut geäußert:

„BILD: Sie warnen vor Panzerschrank-Kommunisten. Wen meinen Sie?

Loderer: Das sind die Leute, die zumindest Kopf und Herz im ‚Panzerschrank der DKP' deponiert haben und dann unter anderer Flagge in Gewerkschaften oder Parteien gehen. Sie wollen die Burg von innen erobern, weil sie mit der DKP keine Massenbasis in der Bundesrepublik zustande bringen.

BILD: Woran erkennt man Sie?

Loderer: Zum Beispiel daran, daß sie sich mit sehr vordergründigen Argumenten immer wieder für sogenannte Volksfront-Bündnisse einsetzen oder gemeinsame Plattform mit kommunistischen Organisationen anstreben'. („BILD-Zeitung", 16.3.81).

„Loderer: Wir haben sehr darauf zu achten, daß wir jetzt nicht wieder eine Entwicklung kriegen, wie wir sie Mitter der fünfziger Jahre hatten, als Kommunisten der alten KPD, die ja dann verboten wurde, die in gewerkschaftlicher Arbeit stehenden Kommunisten verpflichteten, in erster Linie Parteibeschlüsse durchzuführen und erst dann Gewerkschaftsbeschlüsse zu befolgen. Die IG Metall war seinerzeit die erste Organisation, die sich gegen diese Machenschaften abgrenzte. Alle KPD-Mitglieder in Funktionen der damaligen IG Metall wurden aufgefordert, sich eindeutig für die Priorität der Beschlüsse der Gewerkschaft zu erklären. Und alle, die das nicht getan haben, mußten aus ihren Funktionen scheiden. Sollten wir heute ähnliche Entwicklungen feststellen, wird die IG Metall wie damals gegen diese Machenschaften zu Felde ziehen". („Welt", 14.3. 81).

CSU-Stoiber: »Dankenswerte Deutlichkeit«

In der „Welt der Arbeit" vom 19.3. kann der CSU-Generalsekretär Stoiber, Verfasser der berüchtigten „Rohmaterialien" zur Gewerkschaftsspaltung, in einem Kommentar das neue DGB-Grundsatzprogramm loben, das in *„dankenswerter Deutlichkeit"* Christ- und Sozialdemokraten zu Hauptstützen der „Einheitsgewerkschaft" erklärt. *„Sehr zu begrüßen"* hat er, daß *„klar und eindeutig"* die Kommunisten ausgegrenzt wurden, ein besonderes Lob bekommt Vetter. Eher peinlich für den DGB ist es, wenn Stoiber seine „Rohmaterialien" im Nachhinein noch durch den Kongreß bestätigt sieht, habe die CSU doch schon *„vor zwei Jahren auf die ‚kommunistische Unterwanderung' des DGB hingewiesen"* und sei dafür auch noch angegriffen worden, obwohl *„diese Kritik getragen (war) von der Sorge um den Bestand der Einheitsgewerkschaft"*.

Ganz zufrieden ist er aber doch nicht: *„Leider haben sich die DGB-Gewerkschaften bisher geweigert, diesen Grundsatz auf alle rechts- wie linksextremistischen Gruppen ohne Ausnahme anzuwenden"*.

Gewerkschaftspapst beleidigt

Die DKP-nahe Zeitschrift „Nachrichten" hatte in ihrer Februar-Ausgabe 1981 eine Glosse darüber geschrieben, daß der IG Chemie-Hauptvorstand und der Vorsitzende Hauenschild die Änderungsanträge zum DGB-Grundsatzprogramm als „nicht so erheblich" abgelehnt hat, so daß aus der IG Chemie kein einziger Antrag auf dem DGB-Kongreß vorlag.

Bitterböse hat daraufhin Hauenschilds Pressesprecher, Manfred Menzel eine Stellungnahme an die „Nachrichten" gesandt, in der es u.a. heißt: *„Daß ein Mann wie Karl Hauenschild, immerhin hauptamtlicher Funktionär seit 1949, Vorsitzender der IG Chemie-Papier-Keramik und Präsident der internationlalen Föderation von Chemie-, Energie- und Fabrikarbeiterverbänden (ICEF) seit 1969, also gewählter Sprecher von Millionen Arbeitern und Angestellten, von den ‚Nachrichten' in derart übler Weise angegriffen und in seiner demokratischen Integrität besudelt wird, zeigt, daß wir uns zu Recht gegen den Einfluß von Kommunisten mit oder ohne Euer Parteibuch zur Wehr setzen"* („Nachrichten" 3/81).

Donnerwetter, muß das gesessen haben! Vergessen hat Menzel bei Hauenschilds Funktionen noch die im Aufsichtsrat des millionen-schweren VEBA-Konzerns – das nur noch zur Ehre des Papstes.

Fortsetzung von Seite 23

Kommunisten macht: sie wollten durch Aktionen die Gewerkschafter „bewußtseinsmäßig von diesem System...lösen". Am Beispiel der Arbeitszeitverkürzung beweist Rappe, daß Kommunisten den Kampf hierum als „eine Aktionsmöglichkeit in der Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus als System" betrachten, es daher zwischen einer gewerkschaftlichen und einer „kommunistischen Arbeitszeit" zu unterscheiden gelte. Für Rappe ist dieser Kampf gegen das System ein Kardinalverbrechen: „Die Gewerkschaften bekennen sich **grundsätzlich zu diesem Staat, sie sind Teil dieses Staates und versuchen, innerhalb dieses Gesellschaftssystems ihre Forderungen durchzusetzen**" (alle Zitate aus „FR", 7.3.81).

Hauenschild in einem Interview mit der „Welt am Sonntag" (8.3.) und Rappe mit einer Kampagne gegen einen antifaschistischen Bildungsleitfaden (10.3.) – siehe nebenstehenden Artikel – verschärften vor dem DGB-Kongreß das Klima. Auf dem Kongreß selber schlossen sich die IG Chemie-Führer dem großen „Kompromiß" an, hatten sie doch mit ihrem antikommunistischen Sperrfeuer von rechtsaußen dazu beigetragen, Platz für eine scheinbare Einigung in der (rechten) Mitte zu schaffen.

Ende der „Entspannung" auch im DGB?

Hermann Rappe ist der erste Gewerkschaftsführer, der relativ offen die DGB-Programm-Diskussion um die Kommunisten in Verbindung zur internationalen Lage bringt: „*Die Entscheidung über das neue DGB-Grundsatzprogramm für das nächste Jahrzehnt muß in einem Zeitpunkt getroffen werden*", der eine Wendemarke im internationalen Geschehen andeutet. „**Auch weltpolitisch ist die Lage in der Bundesrepublik komplizierter geworden, und angesichts Afghanistans und der noch nicht ausgestandenen polnischen Krise können nur Einäugige davon reden, daß allein die USA den Weltfrieden bedrohen**", doziert er gegenüber den IG Chemie-Mitgliedern (Gerwerkschaftspost 3/81), um bedeutungsschwer forzufahren: „**Wenn die politischen Schönwetterperioden vorbei sind... erst dann beginnt die eigentliche Bewährungsprobe und werden Menschen, Parteien und Organisationen wirklich geprüft. In solchen Zeiten ist es wichtig, sich der eigenen Tradition, der eigenen Geschichte zu versichern, um die Kraft aufzubringen das zu tun, was getan werden muß**". Zu dieser Tradition gehört – so Rappe unter Nennung der Stichworte „RGO", „FDGB"/„DDR" sowie „Unterwanderungsversuche" Anfang der 50er Jahre – die scharfe Abgrenzung gegenüber den Kommunisten.

Zaghaft noch, doch unverkennbar tut sich hier der eigentliche Grund für die verschärfte Anti-DKP-Kampagne im DGB und den wiederaufgelebten ‚Kalten Krieg' auf: die Verschärfung der internationalen Lage, die Kriegsgefahr und das Ende der „Entspannung". Hermann Rappe drückt als rechter SPD-Kanalarbeiter nur das aus, was seine Parteiführung und Bundestagsspitze schon längst vollzogen hat. Anpassung an die Kriegspropaganda, NATO-Aufrüstung, Verstärkung der Waffenexporte. Es entspricht der Logik gewerkschaftlicher Politik in der Bundesrepublik, daß der staats- und systemtreue DGB diese Wendung in der Politik mitmacht, ohne daß heute schon die Gewerkschaften offen zur Propagierung dieser Politik übergegangen sind. Dabei unterscheiden sie sich nicht von großen Teilen der SPD, die mit schweigender Zustimmung die Abkehr von der „Entspannungs"-politik verfolgen.

Es liegt in der Logik dieser Entwicklung, daß sie wie auch auf außenpolitischer Ebene innenpolitisch und damit auch innergewerkschaftlich das Verhältnis zur Sowjetunion und ihrer „Fünften Kolonne", der DKP verschärft. Die Schläge gegen die DKP, die unverhüllte Drohung mit Rausschmiß, sind nicht Resultate einer zunehmenden Bedrohung durch die DKP, sondern einer Verschärfung des politischen Klimas. Wer heute im DGB „DKP-Unterwanderung" sagt, meint die Sowjetunion, meint die Verschlechterung der internationalen Beziehungen, meint letztlich Kriegshetze gegen die Sowjetunion. Die enge Bindung an dieses System macht solche Entwicklungen im DGB möglich. Neu ist das nicht. Der Antikommunismus in den Gewerkschaften diente zum einen der Ausschaltung politischer Gegner, zum anderen war er ein Reflex auf die politische Situation und die jeweils herrschende Doktrin im Staat:

– Als nach dem zweiten Weltkrieg der kalte Krieg begann, als im Gefolge des Korea-Kriegs 1950 der Antikommunismus als Herrschaftsideologie reaktiviert wurde, zogen die DGB-Gewerkschaften mit. Sie führten 1951 beginnend in der IG Metall Reverse gegen die KPD ein, schlossen Mitglieder aus und enthoben sie ihrer Funktionen. Ganze Gewerkschaften wurden ‚gesäubert': 1956 die IG Bau im Jahr des KPD-Verbots, 1961 die IG Bergbau.

– Als 1968 die SPD an der Regierung ihre Politik der Entspannung und ihre Ostpolitik begann, wurde die DKP bei gleichzeitiger Beibehaltung des KPD-Verbots als neue Partei zugelassen. Der außenpolitische Entspannungs-Frühling ließ es den Herrschenden angeraten erscheinen, innenpolitisch den kontrollierten Frühling folgen zu lassen. Das Verhältnis zu den Kommunisten entspannte sich, auch in den Gewerkschaften. Die DKP, unter dem Damokles-Schwert des KPD-Verbots stehend, bemühte sich gesetzestreu, insbesondere grundgesetzestreu und konstruktiv aufzutreten. Innergewerkschaftlich die Parallele: Absage an jegliches gewerkschaftsoppositionelles Konzept, scharfe Gegnerschaft zur links stehenden Gewerkschaftsopposition und Anbiederung an den Kurs der Führungen der Gewerkschaften.

Die DKP war innergewerkschaftlich geduldet und wurde beteiligt, aber klein gehalten, – bis Herr Schmidt wegen der „Bedrohung durch die Sowjetunion" und bis der US-amerikanische Kriegs-Amok-Läufer Reagan einen schärferen Kurs gegen Moskau ansetzten. Innergewerkschaftlich folgt prompt der Reflex: das Klima gegen „Moskaus Fünfte Kolonne" verschärft sich, die DGB-Führer in ihrer Mehrheit folgen brav der von den Herrschenden betriebenen Veränderung der politischen Situation.

Die DKP wird nichts zu lachen haben. Die Linke wird bei aller Kritik an der DKP gut daran tun, sich von solchen Rattenfängern für die SPD wie Vilmar und Wilke abzusetzen und die Entwicklung des DGB zur Unterstützung der Kriegsziele des BRD-Imperialismus zu bekämpfen.

Ein Genosse der Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Der Marsch der Professoren Rudzio und Vilmar durch die Medien

Mit der Veröffentlichung ihres Buches „Der Marsch der DKP durch die Institutionen" (vgl. die Rezension im AK 191, S. 19) ist den Professoren Ossip K. Flechtheim, Wolfgang Rudzio und Fritz Vilmar sowie dem GEW-Geschäftsführer Manfred Wilke der große antikommunistische Wurf gelungen. Schon vor Veröffentlichung des Buches wurden Teile daraus vom stellverstretenden Vorsitzender der IG Chemie, dem Kanalarbeiter in der SPD-Bundestagsfraktion, Rappe, „*als Hintergrundanalyse zur Auseinandersetzung im gewerkschaftlichen Jugendbereich an alle Funktionäre in der IG Chemie verschickt*" (Wilke in „NDS" 20/80). Nach Veröffentlichung verschickte Rappe das Buch an alle hauptamtlichen Mitarbeiter mit dem Hinweis, der Mitautor Wilke stünde als Referent zur Verfügung. Die IG Bergbau verschenkt die Schrift an alle Teilnehmer von Gewerkschaftsseminaren und anderen Bildungsveranstaltungen. „*Und Erich Frister geht auf DGB-Bundesvorstandstagungen herum und sammelt Bestellungen der Einzelgewerkschaften ein*" („Die Neue", 13.3.).

Aber nicht nur rechte Gewerkschaftsführer sind begeistert, hier arbeiten die Sozialpartner Hand in Hand. So freute sich die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände: „**Das Buch der vier Autoren, die auch bei den Gewerkschaftslinken etwas wiegen, kann warnen und mehr als warnen. Es kann neben der Notwendigkeit, die Freiheit gegen ihre Feinde zu verteidigen, auch den Wert dieser Freiheit nachweisen**" („Kurznachrichtendienst" Nr. 16 vom 3.3.81). Auch das Kapitalistenorgan „Handelsblatt" sah es mit Genugtuung, daß „*die Autoren vor Blauäugigkeit gegenüber Sowjet-Kommunisten in den Reihen des DGB warnen*" (18.11.80).

Wo Kapital und Gewerkschaftsführung zusammengehen, da mag Springer nicht abseits stehen. Einige zusammengestückelte Informationen aus dem Buch stellte die „Welt am Sonntag" unter die Überschrift „*Die Brigade Honecker im DGB*" vor (25.1.); für die Leser des „Abendblattes" wurde das Ganze etwas seriöser unter der Überschrift „*Die DKP ist auf dem Schleichweg zur Macht*" (17.1.) serviert.

Beliebtheit erfreut sich das Buch auch bei den sozialdemokratischen Sex-Postillen. Schon im „das da-Magazin" 5/80 forderte Klaus Rainer Röhl: „*Nach 'Stoppt Strauß' jetzt: stoppt DKP-Einfluß*". Unter der Überschrift „*Ein Coup wird entlarvt*" wurde dann in der „das da" 1/81 ein Jubelartikel auf das Anti-DKP-Buch nachgeschoben. Darin wird nicht nur eine Abrechnung mit der DKP, sondern auch mit der „*fatalen und in der Endkonsequenz arbeiterfeindlichen Rolle der KPD seit ihrer Gründung im Jahre 1918*" gefordert. Unter der Überschrift „*Die Genossen von Troja*" konnten die vier Autoren in der „Spontan" vom Dezember 1980 auf drei Seiten ihre Thesen ausbreiten.

Inzwischen hat sich auch das Fernsehen des Themas angenommen. Am 18.3. brachte der NDR eine einstündige Diskussion zwischen Rudzio/Vilmar und Frank Deppe (dem Autor des umstrittenen Buches zur Gewerkschaftsgeschichte) und Josef Schleifstein (führendes Mitglied der DKP). In der Diskussion legte Fritz Vilmar ein eindrucksvolles Bekenntnis zu diesem Staat ab, als er zu Josef Schleifstein gewandt sagte: „*Alle Dokumente weisen darauf hin, daß Sie in der Tat in dieser parlamentarischen Demokratie eine bürgerlich-kapitalistische Vorform sehen*". Zwischenbemerkung von Schleifstein: „*Ja, und?*" „*Für uns ist es keine Vorform, verehrter Herr Schleifstein, für uns und die Gewerkschaften ist es die Basis, die wir nicht verlassen wollen, und von dieser Basis wollen Sie im Grunde genommen die Menschen über die Bildungsarbeit und über Ihre Bücher hinausbringen. Das geht klar aus dem Gegenbegriff hervor, nämlich sozialistische Demokratie.*"

Nur wenige Tage später erhielt Wolfgang Rudzio noch einmal im NDR-Hörfunk Gelegenheit, seine Thesen darzustellen. Zu den Ergebnissen des DGB-Bundeskongresses konnte er befriedigt feststellen: „*Die Gewerkschaften halten sich ganz gut gegenüber Einflußversuchen von kommunistischer Seite*" (NDR I, 20.3.).

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Flechtheim in Nöten

Ossip K. Flechtheim, einer der Mitverfasser des Buchs gegen die DKP (zur Verwunderung vieler) hat in einem Interview mit dem „Friedenspolitischen Informationsdienst" (Nr. 1/2 '81) dazu Stellung genommen. Grundsätzlich verteidigt Flechtheim seine Mitarbeit an dem Buch und sagt: „*Ich stehe auch nach wie vor auf dem Standpunkt, daß das Buch eine nützliche Funktion erfüllt und daß das meiste, was in dem Buche steht, auch von mir mitgetragen werden kann.*" Einschränkungen macht er dahingehend, daß darin „*Irrtümer*" und „*dubiose Aussagen*" enthalten seien, die in einer Neuauflage korrigiert werden müßten. Er sieht es auch als sinnvoll an, deutlicher zu kennzeichnen, wer für welche Passagen des Buches die Verantwortung trägt. Durch die Reihenfolge der Autoren des Buches (Flechtheim, Rudzio, Vilmar, Wilke) werde das Gewicht der Arbeit am Buch verschoben. Er selber habe nur 20 der 250 Seiten beigetragen. „*Das Buch ist vor allem wohl von Fritz Vilmar konzipiert worden. Er und Manfred Wilke haben die Hauptarbeit geleistet.*"

Wohl ist dem Professor Flechtheim (Westberliner Grünen-Vorsitzender und Kandidat der Alternativen Liste Westberlin) angesichts der offensichtlichen Funktion des Buches als rechtssozialdemokratische Kampfschrift gegen die DKP anscheinend nicht. Sein mehr als halbherziger Versuch, etwas Abstand zu den missionarischen Anti-DKP-Eiferern Wilke und Vilmar zu finden, kann allerdings kaum ernst genommen werden und entläßt ihn nicht aus der Verantwortung, mit zur politischen Ausgrenzung linker Positionen im DGB und zur Stärkung der Rechten beigetragen zu haben.

ÖTV verbietet die Abteilung »Soziale Arbeit« in Stade

Seit sechs Jahren besteht in Stade die ÖTV-Abteilung Soziale Arbeit. In ihr waren 196 Mitglieder zusammengefaßt. Die Vorstellung bei Gründung dieser Abteilung war, alle in der sozialen Arbeit Beschäftigten, seien es Pädagogen oder Sozialpädagogen, Erzieher oder Therapeuten, ob in Altenheimen oder Kindergärten, ob bei Behindertenwerkstätten oder bei der Kirche, zusammenzufassen. „*Sozial Beschäftigte hatten endlich das lang ersehnte Forum, um über gemeinsame Probleme und Kooperationsmöglichkeiten zu sprechen*" („Stader Tageblatt", 16.3.). Jedoch arbeitete diese Abteilung nicht so, wie der ÖTV-Kreisvorstand es von ihr wünschte. So wurden nicht nur Lohn- und Tariffragen behandelt, sondern ebenso politische Themen wie die Strauß-Kandidatur o.ä.

Erste große Schwierigkeiten bekam die Abteilung dann, als sie eine Solidaritätsadresse für Ute Nanay aus Hanau verschicken wollte. Ute Nanay — eine Gewerkschaftsbeschäftigte — sollte gekündigt werden, weil sie am Arbeitsplatz einen Anti-Strauß-Aufkleber getragen hat. Dieser Brief erreichte jedoch Ute nie, da er vom ÖTV-Kreisgeschäftsführer abgefangen wurde. Die Sozialarbeiter hatten solche selbstherrlichen Entscheidungen jedoch schon öfter erlebt.

Immer wieder bekam die Abteilung mit dem Kreisgeschäftsführer Albertsen Schwierigkeiten. Seiner Meinung nach hätten „politische Grundsatzdiskussionen" auf den regelmäßigen Treffs der Sozialarbeiter nichts zu suchen. Die Abteilung ließ sich ihre Angelegenheiten nicht wegbestimmen. So wurden weiterhin Themen wie die „Unvereinbarkeitsbeschlüsse" oder „Gewerkschaften und Atomenergie" auf die Tagesordnung gesetzt.

Im Oktober vergangenen Jahres war es dann soweit. Albertsen konnte den Kreisvorstand überzeugen, „*daß wir den Laden erst mal dicht machen, damit da wieder Ruhe reinkommt*" (Originalton Albertsen). Die mündliche Begründung war, daß die Abteilung „schlampig" gearbeitet hätte. Es wären z.T. keine Protokolle an das Gewerkschaftshaus geschickt worden, Termine würden zu spät bzw. überhaupt nicht gegenüber der ÖTV bekanntgegeben. Eine üble Umgehung der wirklichen Gründe, die ein Sozialarbeiter nennt: „Man will uns mundtot machen."

Die 196 Mitglieder bekamen nur ein Schreiben, daß die Abteilung aufgelöst sei. Weitere Begründungen fehlten, auch nach mehrmaligen Forderungen der Mitglieder. Albertsen meinte nur noch: „*Ich wüßte nicht, worüber noch diskutiert werden sollte.*"

Die 196 Mitglieder hätten da bestimmt ein Thema: Absetzung des Kreisgeschäftsführers & Co.!

Stader KB-Gruppe



Der Gewerkschaftsfunktionär soll so sein wie der Vorsitzende - nur kleiner

»Droht heute wie 1933 eine faschistische Entwicklung?«

Diese Frage fiel kürzlich der inzwischen berüchtigten DGB-Zensur zum Opfer. Ein neuer Referentleitfaden aus Nordrhein-Westfalen zum Thema „Faschismus-Neofaschismus", gedacht für die gewerkschaftliche Jugendbildungsarbeit, wurde wegen „*Einseitigkeit, Dürftigkeit und DKP-Handschrift*" wieder eingezogen. Im DGB-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen ist dies der zweite spektakuläre Zensurfall innerhalb der letzten eineinhalb Jahre nach dem Verbot der Broschüre zum Antikriegstag 1979 durch den DGB-Bundesvorstand. Auch damals mußten ähnliche Gründe für das Verbot herhalten. Obwohl damals wie heute angesehene Gewerkschafter (bei dem Neofaschismus-Leitfaden Hans Preiß vom IGM-Vorstand) Beiträge verfaßten, war dies kein Hinderungsgrund für das Einziehen des Leitfadens.

Verantwortlich für dieses Referentmaterial zeichnete übrigens Werner Haas, stellvertretender DGB-Landesbezirksvorsitzender. Wie die „Frankfurter Rundschau" aus ungenannten Quellen in Erfahrung bringen konnte, wurde der Leitfaden „*auch auf Druck der DGB-Zentrale in Düsseldorf und einiger Gewerkschaftsvorstände, insbesondere der IG Chemie*" wieder zurückgezogen. In diesem Zusammenhang wird berichtet, daß der stellvertretende IG Chemie-Vorsitzende Hermann Rappe zur selben Zeit in Bad Münder auf einer Funktionärsversammlung gesagt haben soll, daß dieser Leitfaden für ihn „*das reinste Unterwanderungscurriculum*" ist.

Besonders aufgestoßen ist den DGB-Zensoren dem „FR"-Bericht zufolge die kurze Aussage, die zum Totalitarismus getroffen wird. Es heißt dort: „*Die Bedeutung dieses Arbeitsschrittes gerade auch für die Gewerkschaften ergibt sich aus der gängigen Gleichsetzung von Faschismus und Sozialismus (Kommunismus) im Rahmen der sogenannten Totalitarismustheorie*". Diese Theorie könne für Arbeitnehmer kein „*akzeptabler Erklärungsansatz sein, weil der Sozialismus als Wurzel der gesamten Arbeiterbewegung (unter Einschluß der freien deutschen Gewerkschaften) damit diskreditiert würde; weil sich jede Sozialismustheorie an den Bedürfnissen der Arbeitnehmer orientiert, während Faschismus diese negiert und Kapitalinteressen folgt.*" „*In dem letzten Absatz*", so schreibt die „FR", „*wird von Kritikern der Broschüre die Übernahme von DKP-Theorien gesehen*". Ein weiterer Kritikpunkt war die in der Überschrift schon zitierte Frage, ob wir heute vor einem neuen 1933 stehen. Die Beantwortung wird im Leitfaden allerdings offen gelassen (alles nach „FR", 10.3.81). Einige Tage später (14.3.) erscheint nun in der „FR" ein recht peinlicher Leserbrief des DGB Landesbezirks Nordrhein-Westfalen, in dem dieser erklärt, daß „*nach Auffassung aller Beteiligten, also sowohl des geschäftsführenden Landesbezirksvorstandes als auch der Autoren, eine umfassende Überarbeitung notwendig ist, um die vorgegebene Thematik differenziert und gewerkschaftspolitischen Ansprüchen entsprechend darzustellen.*" Jeglicher Druck von rechten Gewerkschaftsführern wie Rappe oder aber von der DGB-Zentrale wird rundweg abgestritten.

Ob dieser Leserbrief Zweifel am Demokratieverständnis der DGB-Führer entkräftet ist höchst unwahrscheinlich. Denn zu den inhaltlichen Debatten um die Frage „Totalitarismus" schweigt der Landesbezirksvorstand. Wie heißt es doch so schön im neuen DGB-Grundsatzprogramm: „*Die Gewerkschaften bekennen sich zur parlamentarischen Demokratie und zum Mehrparteiensystem. Sie setzen sich gegen alle totalitären und reaktionären Bestrebungen mit Entschiedenheit zur Wehr ...*" Da ist es nur logisch, daß rechte Gewerkschaftsführer den Kommunismus/Sozialismus unter „totalitär" gefaßt haben wollen.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft


Bei der Vielzahl von angebotenen Arbeitsgruppen fiel die Wahl schwer.

Hamburger Frauenwoche: "Wir wollen einmal im Jahr so eine Woche nur für uns!"

Mit großem Erfolg endete die erste Hamburger Frauenwoche vom 23. - 28.3.81. Mehr als 5.000 Frauen, vor allem aus Hamburg und Umgebung, beteiligten sich an den ca. 170 Veranstaltungen und Arbeitsgruppen, die meistens übervoll waren.

Dies gilt für die Veranstaltungen aus allen gesellschaftlichen Bereichen: frau diskutierte mit über 100 Frauen über Pornografie und Männlichkeitswahn, über die sexuellen Phantasien von Männern und Frauen, hunderte von Frauen lauschten dem Theater-Work-Shop oder beteiligten sich selbst daran, und wiederum hunderte von Frauen diskutierten gegen Krieg und Militarismus. Spontan beteiligten sich 300 Frauen an einer Aktion zur Verhinderung der angekündigten Ver-

Work-Shop oder beteiligten sich selbst daran, und wiederum hunderte von Frauen diskutierten gegen Krieg und Militarismus. Spontan beteiligten sich 300 Frauen an einer Aktion zur Verhinderung der angekündigten Ver-

anstaltung der Hamburger Justizsenatorin Eva Leithäuser über den Strafvollzug. Stattdessen fand eine Gegenveranstaltung zur Unterstützung der sich im Hungerstreik befindlichen Gefangenen statt (siehe auch Artikel in diesem AK). In vielen Veranstaltungen lernten Frauen sich kennen, bildeten sich neue Frauengruppen zur weiteren Arbeit, und in Streitgesprächen wurden lebhaft die verschiedenen Positionen erörtert. So auf der Veranstaltung der Hamburger autonomen Frauenprojekte, die die „Leitstelle zur Gleichberechtigung der Frauen" in ihrer Bedeutung und Funktion als SPD-Integrationsinstrument kritisierten und sich darüber mit den anwesenden SPD-Frauen auseinandersetzten. Besonders die Aktion gegen Frau Leithäuser und die Auseinandersetzung um die SPD-„Leitstelle" setzten vielen Teilnehmerinnen der Frauenwoche deutliche Zeichen gegen die SPD-Frauenpolitik.

Andererseits hat sich aber auch gezeigt, daß noch viel getan werden muß in der Auseinandersetzung mit den SPD-Frauen, die sich zum Teil auf den Veranstaltungen „als Teil der Frauenbewegung" bezeichneten.

Die Hamburger Frauenwoche hat eine Woche lang gezeigt, wie Frauen zusammen lernen können, wie Frauen zusammen leben können. Die Räume der Hochschule für Wirtschaft und Politik haben längst nicht ausgereicht, um allen Frauen Platz zum Klönen, Diskutieren und Entspannen zu geben.

Die Frauen eroberten die gesamte Uni-Umgebung, in den Kneipen wurde über mehrere Tische hinweg diskutiert, und überall hat die Frauenwoche Diskussionen provoziert. Frauen aus allen Altersgruppen waren auf den Veranstaltungen und abendlichen Kulturereignissen, wo Lieder und Gedichte gegen den Krieg vorgetragen wurden oder der Film „Deutschland – bleiche Mutter" zu engagierten politischen Diskussionen führte. Der Videofilm über die Besetzung der Spiegel-Redaktion zur Unterstützung der Hungerstreikenden mußte einen Abend lang dreimal gezeigt werden, weil immer wieder neue Frauen kamen und ihn sehen wollten.

Auf dem abschließenden Frauenfest, an dem mehr als 2.000 Frauen teilgenommen hatten, wurden wichtige Punkte für die Frauenwoche in Resolutionen festgehalten. So wird in einer Resolution an die Hamburger Bürgerschaft gefordert, daß die Frauenwoche als Frauenbildungspro-

teilgenommen hatten, wurden wichtige Punkte für die Frauenwoche in Resolutionen festgehalten. So wird in einer Resolution an die Hamburger Bürgerschaft gefordert, daß die Frauenwoche als Frauenbildungspro-

jekt der autonomen Frauenbewegung jährlich finanziert werden soll durch staatliche Mittel, daß die erste Frauenwoche gezeigt habe, welch ein Bedarf für gemeinsames Lernen von Frauen vorhanden sei, und daß keinerlei Behinderung durch die Behörden stattfinden dürfe für die Organisierung der nächsten Frauenwoche.

In einer weiteren Resolution fordern einige der 300 Teilnehmerinnen des Bildungsurlaubs, daß sie sich nicht von den Behörden vorschreiben lassen wollen, was Bildungsveranstaltungen sind und was nicht, sondern daß sie selbst wählen wollen, welche Veranstaltungen für sie wichtig sind. Darüberhinaus soll der Bildungsurlaub für Frauen in den Betrieben erleichtert werden, damit viel mehr Frauen an der Frauenwoche teilnehmen können.

Zwei weitere Resolutionen wurden noch eingebracht gegen die drohende Kriegsgefahr und für die Unterstützung der Forderung der hungerstreikenden Gefangenen. Alle Resolutionen wurden mit Beifall verabschiedet.

Tosenden Beifall fand zum Abschluß der Kommentar der „Welt", auf der Frauenwoche seien nur Lesben und Radikale gewesen.

Wie es mit der Frauenwoche weitergeht, soll auf einem „Referentinnen"-Treff am 10.4.81 in der HWP diskutiert werden und auf einer Großveranstaltung am 8. Mai ebenfalls in der HWP für alle interessierten Frauen. Darüber hinaus werden alle gewünschten Kontaktadressen und Arbeitsgruppen in einem Info zusammengestellt und an interessierte Frauen verschickt.
Im nächsten AK werden wir ausführlicher über die Frauenwoche berichten.

Ul./ Hamburg


In der Arbeitsgruppe „Geschichte – Frauen in der Weimarer Republik und im Faschismus".

Vorbereitungstreffen für eine Sozialistische Frauenkonferenz

Fast 50 Frauen trafen sich am 21./22.3. in Kassel zur Vorbereitung einer Sozialistischen Frauenkonferenz, die von der Arbeitsgruppe Frauen auf der Sozialistischen Konferenz (SK) in Marburg vorgeschlagen worden war (siehe AK 197). Neben Frauen des SB, KB und der Gruppe „Z" waren viele Frauen anwesend, die früher in linken Gruppen gearbeitet haben, und auch einige Frauen der autonomen Frauenbewegung.

In der anfänglichen Plenumsdiskussion wurde zunächst noch mal auf den „Stein des Anstoßes" für dieses Treffen eingegangen: Viele Frauen betonten, daß sie sich durch den Verlauf der SK, die Abgehobenheit der Diskussionsweise, die „Fensterreden" und das unpersönliche Klima abgestoßen gefühlt haben und daß die Frauengruppe ihnen – zumindest ansatzweise – gezeigt habe, daß das auch anders geht.

In den folgenden Arbeitsgruppen sollte frau die Möglichkeit haben, sich besser kennenzulernen und zu diskutieren, welche Erwartungen wir an eine Sozialistische Frauenkonferenz haben.

Überraschend war, daß in drei der vier Arbeitsgruppen offensichtlich sehr ähnlich diskutiert wurde. So wurde übereinstimmend festgestellt, daß eine Sozialistische Frauenkonferenz nicht ein Konkurrenzunternehmen zur SK darstellen soll und daß die Frage der Kriegsgefahr einen zentralen Stellenwert bekommen soll. Von zwei AGs wurden hierzu bereits einige Fragestellungen entwickelt:
- Sind Frauen weniger aggressiv als Männer?
- Welchen Zusammenhang sehen

Von zwei AGs wurden hierzu bereits einige Fragestellungen entwickelt:
- Sind Frauen weniger aggressiv als Männer?
- Welchen Zusammenhang sehen

wir zwischen der alltäglichen Gewalt gegen Frauen und der Gewalt im Krieg? (S. „Courage"-Artikel von H. Sander).
- Frauen und Waffentechnologie.
- Feministische Strategien gegen die Militarisierung.

Die weiteren Themenvorschläge sind eher theoretischer Natur, was vor allem damit begründet wurde, daß es von feministischer Seite zwar eine Fülle von Literatur zur Frauenunterdrückung gibt, eine Auseinandersetzung damit von einem linken Standpunkt jedoch bislang kaum geführt wurde, geschweige denn, daß eine kritische Aufarbeitung der Positionen der marxistischen Klassiker/-innen angepackt worden ist. In dieser Richtung soll die Sozialistische Frauenkonferenz ein erster Schritt sein. Konkrete Vorschläge sind:
- Der marxistische Arbeitsbegriff; wird der größte Teil der Frauenarbeit durch die Unterscheidung in produktive und unproduktive Arbeit unterschlagen? Lohn für Hausarbeit?
- Zum Verhältnis von Patriarchat und Kapitalismus; ist die Frauenfrage wirklich ein Nebenwiderspruch?
- Zum Begriff der Weiblichkeit.
- Politik der Subjektivität; welche Bedeutung hat die persönliche Betroffenheit, um politisch aktiv zu werden?
- Rolle der Frau in der bürgerlichen Gesellschaft; Familienpolitik; Zwangsheterosexualität.
- Unterschiedliches Emanzipationsverständnis in der linken und autonomen Frauenbewegung; Situation von Frauen in linken Organisationen.

Die anfängliche Einmütigkeit über den inhaltlichen Ablauf der Konferenz war jedoch trügerisch. Während des Abschlußplenums äußerten viele Frauen ihren Unmut über die Fülle der Themen und befürchteten, daß das Frauentreffen ähnlich abgehoben wie die Sozialistische Konferenz verlaufen wird. Frau wolle sich vielmehr erstmal kennenlernen, mit anderen Frauen in einen Erfahrungsaustausch treten und Gefühle zeigen können, ohne unter dem Druck einer inhaltlichen Arbeit zu stehen. Die Themen, die diskutiert werden, müßten sich aus der unmittelbaren Betroffenheit und Erfahrung der anwesenden Frauen ergeben.

Außerdem würden durch das vorgeschlagene Konzept Frauen der autonomen Frauenbewegung abgeschreckt.

Ausdiskutiert werden konnte diese Kontroverse nicht, so daß sich frau schließlich leicht entnervt für ein weiteres Treffen am 30./31.5. in Köln verabredet hat. Bis dahin soll auch versucht werden, in möglichst vielen Orten Vorbereitungsgruppen zu bilden, in denen intensiver über die Vorstellungen zur Konferenz diskutiert und eventuell auch eine inhaltliche Arbeit begonnen werden kann.

Auch wenn ich das Wochenende in Kassel erstmal als richtigen Ansatz sehe, einen Auseinandersetzungsprozeß unter linken Frauen zu beginnen, so ist mir die weitere Perspektive doch recht unklar und erscheint mir an vielen Punkten problematisch:
- Meines Erachtens ist es bislang noch recht unklar, ob überhaupt eine S o z i a l i s t i s c h e Frauenkonferenz vorbereitet werden soll, in dem Sinne, daß dort ein Akzent für die Entwicklung einer linken Frauenpolitik gesetzt werden soll. So waren z. B. mehrere Frauen der Meinung, daß sich die autonome Frauenbewegung durch eine Themenstellung „Frauen und linke Politik" abgeschreckt fühlen würden. Dagegen wurde, m. E. zurecht, gehalten, daß es vor allem um einen Verständigungsprozeß der l i n k e n Frauen gehen solle, was schließlich nicht gleichbedeutend mit einer Ausgrenzung der autonomen Frauenbewegung ist; zumal es bereits über die o. a. Themen viele Berührungspunkte zu Diskussionen von Feministinnen gibt.
- So berechtigt ich es finde, über die persönliche Betroffenheit zu sprechen, ist mir doch ziemlich uneinsichtig, wenn dies das primäre Bedürfnis ist, warum frau dafür einen eigenen Kongreß organisieren soll. Diese Vorstellung wurde besonders massiv auch von etlichen (ex)-organisierten Frauen geäußert. Vielleicht weil frau noch nicht so viele Erfahrungsaustauschs auf Treffen der autonomen Frauenbewegung mitgemacht hat? Dann sollten wir das lieber nachholen, anstatt ein e i g e n e s Treffen zu machen.
- Sowohl von den bisherigen Themenvorschlägen, die ich eigentlich auch alle sehr interessant finde, als auch von dem Teilnehmerinnenkreis her – es waren fast keine Frauen aus arbeitenden Frauenprojekten/gruppen anwesend – sehe ich ein bißchen die Gefahr, falls es überhaupt zu einer Konferenz mit der anfänglich vorgeschlagenen Struktur kommt, daß eine relativ abgehobene Theoriediskussion geführt wird, die für die Entwicklung einer praktischen linken Frauenpolitik konsequenzlos bleibt. (Aber vielleicht ist das auch unumgänglich, die Theoriedefizite sind schließlich unbestritten).

Auch wenn es im Moment relativ unklar ist, ob die Frauenkonferenz tatsächlich bereits im Herbst stattfinden wird, fände ich es einen guten Schritt voran, wenn sich örtlich Vorbereitungsgruppen bilden, die über Ziel und Inhalt eines solchen Treffens diskutieren. Dabei sollte frau gerade auch Frauengruppen ansprechen, die an konkreten Fragen arbeiten.

Pa., KB/Gruppe Göttingen

PRESSEERKLÄRUNG

PRESSEERKLÄRUNG

Erfolg für Bunte Liste Freiburg

Auch wenn der Antrag der BUNTEN LISTE im Freiburger Stadtrat über eine v o l l e Weiterfinanzierung der PRO-FAMILIA-Beratungsstelle dort aufgrund der Weigerung der SPD keine Mehrheit fand (nur die Grünen stimmten zu, nachdem sie zuvor auf einer Ausschußsitzung diesen Antrag einfach ‚vergessen' hatten), kann die BUNTE LISTE FREIBURG doch einen kleinen Erfolg für sich verbuchen, der die nach dem Ausfall von Bundesgeldern entstandene Deckungslücke mindern hilft: Zweieinhalbtausend DM konnte der Stadrat der BUNTEN LISTE, Gottfried Niemietz, als Erlös aus dem von den Bunten organisierten Solidaritätsfest für PRO FAMILIA einer Vertreterin dieser, in ihrer Existenz bedrohten Organisation, überreichen. Das von mehreren hundert Leuten besuchte Solidaritätsfest war ein voller Erfolg; auf große Begeisterung stieß dabei unter anderem ein Film über die Theateraufführung der „Roten Grütze" von „Was heißt'n hier Liebe?" (in Freiburg wurde vor einiger Zeit eine Theateraufführung dieses Stückes von einer breiten Mehrheit der ‚Etablierten' verboten).

Weil die PRO FAMILIA die einzig nicht-kirchliche Sexual- und § 218-Beratungsstelle in der ganzen Umgebung ist, stellten wir, die BUNTE LISTE, schon von Anfang an und als erste den Antrag im Stadtrat, die Weiterexistenz von PRO FAMILIA durch die Übernahme der Finanzierung aller entstehenden Deckungslücken zu gewährleisten. Skandalös in dieser Sache ist allerdings das Verhalten der SPD, die ja, seit wir auf das Problem öffentlich aufmerksam gemacht hatten, fortwährend versicherte, sie kämpfe für den vollen Erhalt von PRO FAMILIA: Obwohl seitens von PRO FAMILIA die bestehende Deckungslücke zuletzt mit 83.000 DM beziffert wurde, stellte die SPD in der entscheideneden Haushaltssitzung im Februar nur einen Antrag über 38.000 DM, der nach einigem Gerangel mit der CDU vom Gemeinderat schließlich verabschiedet wurde. Nur eine von der SPD zielstrebig als linke Gallionsfigur aufgebaute Stadträtin stimmte zusammen mit den Grünen und Bunten.

Trotz der jetzt vorhandenen Deckungslücke im Haushalt von PRO FAMILIA behauptet die SPD nun feist, PRO FAMILIA wäre abgesichert – obwohl dies in Wirklichkeit nur ihr gutes Verhältnis zur CDU ist, die ja von vornherein gegen die einzig nicht-kirchliche Sexual- und § 218-Beratungsstelle eingestellt war und ist. Wie bei einer ähnlich gelagerten Entscheidung der SPD-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen ging es der SPD offensichtlich nur darum, die Kirchen und die CDU nicht zu verärgern!

In Freiburg hätte nämlich durchaus eine reale Chance für die uneingeschränkte Weiterexistenz von PRO FAMILIA bestanden. Nach dem Einzug von Bunten und Grünen in den Freiburger Stadtrat, besitzen diese zusammen mit der SPD- und FDP-Fraktion und der Stimme des SPD-Oberbürgermeisters eine Mehrheit gegenüber den rechten Parteien. Und wenn die SPD den Erhalt von PRO FAMILIA wirklich gewollt hätte, die FDP wäre da mit ihrer kirchenkritischen Tradition sicher nicht zurückgestanden, wäre dies möglich gewesen. Todsicher stellt die SPD aber nur dann fortschrittliche Anträge, wenn sicher ist, daß sie abgelehnt werden – und sei es, daß wie in diesem Fall eigene Parteifreunde in den Rücken des Mehrheitswillens fallen, wie dies auf einer extra angesetzten Gemeinderats-Grundsatzdiskussion über PRO FAMILIA Ende letzten Jahres geschehen war. Damals scheiterte nämlich der Antrag auf die Weitersicherung von PRO FAMILIA an der Stimme des SPD-Oberbürgermeisters. Einig war sich die SPD mit der CDU aber schließlich lediglich darin, PRO FAMILIA eine „Überlebenschance" einzuräumen. Die BUNTE LISTE sprach deshalb auch von einem „Mauschelmord" an PRO FAMILIA.

Entlarvend ist übrigens auch die Taktiererei der SPD vor der damaligen Gemeinderatssitzung: 10 Minuten vor Sitzungsbeginn änderte sie – ohne daß die Öffentlichkeit darüber je informiert wurde, außer durch die BUNTE LISTE – die Formulierung ihres Antrages dergestalt, daß die inhaltliche Übereinstimmung mit dem zuerst von der BUNTEN LISTE gestellten Antrag auszuschließen war: das Taktieren zwischen den beiden Zielen – die CDU nicht zu verärgern und sich nicht durch die neu im Gemeinderat vertretene Opposition blamieren zu lassen – ist eben nicht einfach!

Jetzt aber lebt PRO FAMILIA praktisch von der Hand in den Mund, muß für Sexualberatungen Geld verlangen und kann Ratsuchende aus den umliegenden Landkreisen, die sich bisher weigern, Pro FAMILIA finanziell zu unterstützen, nicht mehr beraten.



Italien: Frauen kämpfen gegen die erneute Kriminalisierung der Abtreibung

Im Frühjahr – zwischen dem 15.4. und 15.6. werden die Italiener über mehrere Referenden (Volksentscheide) abzustimmen haben, die vor kurzem vom Verfassungsgerichtshof zugelassen worden sind. Neben Referenden zur Abschaffung der Anti-Terror-Gesetze, Abschaffung der Zuchthausstrafen, Verbot des Waffenerwerbs durch Privatpersonen und Abschaffung aller Militärgerichte geht es vor allem um zwei Referenden zum Abtreibungsparagraphen „Legge 194". Ein Referendum geht von der Partito Radicale aus und zielt auf eine Liberalisierung des Gesetzes; das andere ist das Werk der katholischen Pfaffen und der Christdemokraten und sieht eine massive Einschränkung des Gesetzes vor, die quasi eine Abschaffung bedeuten würde.

Legge 194

Das Legge 194 wurde vor drei Jahren nach heftigen Auseinandersetzungen inner- und außerhalb des italienischen Parlaments verabschiedet und stellt einen ziemlich faulen Kompromiß zwischen den Forderungen der italienischen Frauenbewegung und dem massiven Druck kirchlicher Kreise dar. Der damalige Versuch der PCI, über die Neuregelung der Abtreibung einen ersten Probefall für den „Historischen Kompromiß" mit der DC (Christdemokraten) zu schaffen, verwässerte den Gesetzentwurf, da die PCI katholische Wählerschichten nicht verschrecken wollte.

Das Legge 194 gestattet eine Abtreibung innerhalb der ersten drei Monate nach ärztlicher Beratung und acht Tagen „Bedenkzeit". Die Indikationen sind ziemlich breit gefächtert. Sie reichen von physischer und psychischer bis zur sozialen Notlage. Die Abtreibung darf nur innerhalb öffentlicher Einrichtungen vorgenommen werden; dem medizinischen Personal ist das Recht zugestanden, die Vornahme der Abtreibung aus Gewissensgründen zu verweigern. Minderjährige benötigen die Zustimmung der Eltern, die auch durch die Zustimmung des Vormundschaftsrichters ersetzt werden kann.

Die Realität des Paragraphen ist sehr widersprüchlich: Einerseits ist die Zahl der illegalen Abtreibungen spürbar zurückgegangen; viele Frauen nehmen die consultori (Beratungsstellen) in Anspruch, in denen sehr viele Frauen aus der Bewegung arbeiten. Auf der Negativseite erscheinen krasse Mißstände und Benachteiligungen vor allem für Frauen aus dem Süden: Bis zu 90% der dortigen Krankenhäuser machen vom Recht der Verweigerung aus Gewissensgründen kräftig Gebrauch; in den restlichen gibt es dementsprechend Warteschlangen – was oft zur Überschreitung der Drei-Monats-Frist führt. Besonders im Süden sind die Frauen peinlichen Verhören ausgesetzt und müssen von Pontius zu Pilatus laufen, bis sie ihren Schein in der Hand haben. Zudem wird in den meisten Krankenhäusern die schonendste Karmann-Methode nicht angewandt, es gibt zuwenig Consultori usw. usf.

Trotz dieser Schwächen und Feh-

Karmann-Methode nicht angewandt, es gibt zuwenig Consultori usw. usf.

Trotz dieser Schwächen und Feh-

ler bedeutete und bedeutet das Gesetz für sehr viele Frauen einen ersten Schritt heraus aus der Illegalität und eine erste Errungenschaft in ihrem Kampf um freie Abtreibung und Selbstbestimmung.

Die beiden Referenden stellen das Gesetz nun, jeweils von einer anderen Seite aus, in Frage.

Movimento per la vita

– eine reaktionäre Gruppierung von Pfaffen, Bischöfen und führenden Christdemokraten, denen schon von jeher jede kleinste Reform auf dem Gebiet der Familienpolitik ein Dorn im Auge ist. Jetzt geht es natürlich um den „Schutz des ungeborenen Lebens" und gegen die Selbstbestimmung der Frau. (Übrigens am Rande bemerkt: **Einige dieser Heuchler haben mittlerweile den Referendumsvorschlag der MSI-Faschisten zur Wiedereinführung der Todesstrafe unterzeichnet!**). Erzbischof Benelli und sogar Papst Woityla persönlich zeichnen für das Pamphlet, das sich Referendum nennt, verantwortlich. Nach ihrem Willen soll eine Abtreibung nur bei akuter Gefahr für das Leben der Mutter erlaubt sein. Abtreibung soll also wieder kriminalisiert werden. Und die Pfaffen machen schon lange wieder von der Kanzel herab ihre Propaganda dafür. Einher geht dieses Referendum mit einem weiter gefaßten Angriff der Kirche auf dem Gebiet von Sexualität, Familienpolitik und Empfängnisverhütung. Mit dem Papst an der Spitze mischt sie sich so offen und frech ein wie schon lange nicht mehr.

Während eine Stellungnahme und eine Auseinandersetzung zu diesem Referedendum relativ einfach erscheint, ist der Vorschlag der Partito Radicale weitaus widersprüchlicher.

Referendum der PR

Nach den Vorstellungen der PR soll die Abtreibung innerhalb der ersten drei Monate gänzlich freigegeben werden. Die Beschränkung auf Einrichtungen der öffentlichen Hand, die alleine Abtreibungen ausführen dürfen, soll entfallen. Das Recht auf Gewissensverweigerung soll nicht angetastet werden

Was bedeutet das nun in der Realität? Einerseits eine Liberalisirung des Paragraphen – ohne den Zwang zum vorausgehenden Verhör, ohne Indikationen. Andererseits bedeutet aber eine Entpflichtung des Staates aus seinen Aufgaben im Zusammenhang mit der Abtreibung (also Krankenhäuser, Personal, Geräte etc. zur Verfügung zu stellen, Finanzierung u.a.m.) im Grunde eine Reprivatisierung der Abtreibung. Theoretisch schön und gut, daß auch andere eine Abtreibung ausführen können, doch in der Realität heißt das für die Frauen erstmal wieder blechen und im Süden unter Garantie wieder in die Hände der Kurpfuscher zu fallen – Rückkehr in die Illegalität? Aus einem recht merkwürdigen Liberalismus bleibt zudem die Gewissensverweigerung unangetastet.

So ist es nicht verwunderlich, daß sich die Frauenbewegung bisher in all ihren Stellungnahmen gegen beide Referenden ausgesprochen hat. Ihre Haltung dazu faßte Sandra vom Frauenhaus in Rom in einem Gespräch so zusammen:



„Wir sehen uns zur Zeit in der paradoxen Situation, ein Gesetz verteidigen zu müssen, das wir so nicht gewollt haben und das in vielen Punkten unzulänglich und schlecht ist, daß wir verbessern wollen z.B. im Hinblick auf eine Verpflichtung der Ärzte, eine Abtreibung durchzuführen, schonendere Methoden zu gebrauchen etc. Das Referendum der PR will den Staat aus der Abtreibung raushalten – wir meinen, daß er sich sehr wohl damit auseinanderzusetzen hat. Abtreibung ist eine gesellschaftliche Tatsache und Problem, – das die PR jetzt reprivatisieren möchte. Sie will auch den Abschnitt streichen, in dem die Beratungsstellen zur Aufklärung und Information über Empfängnisverhütung, Sexualität etc. verpflichtet werden, sie will den Abschnitt streichen, in dem ausdrücklich ausgeschlosssen wird, daß Abtreibung ein Mittel der Geburtenkontrolle ist. Für uns Frauen ist die Abtreibung immer das allerletzte Mittel gewesen, auf das zurückgegriffen wurde – uns geht es doch darum, daß er irgendwann nicht mehr oder nur in einzelnen Fällen nötig wird. Aber solange das Problem existiert, hat sich der Staat und die Gesellschaft damit auseinanderzusetzen".

che Tatsache und Problem, – das die PR jetzt reprivatisieren möchte. Sie

Die PR hat es im übrigen auch nicht für nötig gefunden, sich bei der Erstellung des Referendums vorher einmal mit der Frauenbewegung dazu auseinanderzusetzen, und bei Fernsehdiskussionen über die Referenden mochte sie noch nicht mal ein weibliches Mitglied nach vorne schicken – Obermacker Panella saß auf dem Podium.

In ihren bisherigen Aktionen haben die Frauen versucht, die Diskussion auch auf breiterer Ebene zu führen, also auch Fragen der Sexualität etc. miteinzubeziehen. Sie haben eine große Demonstration gegen die Informationsarbeit des italienischen Fernsehens RAI organisiert, weil das RAI alle möglichen Männer und Politiker über die Abtreibung schwatzen läßt, aber die Betroffenen – die Frauen – nicht zu Worte kommen. Frauen aus den Gewerkschaften organisieren Veranstaltungen an ihren Arbeitsplätzen usw. usf. Die italienische Frauenbewegung, von der längere Zeit wenig zu hören war, ist wieder offensiv geworden, es gibt wieder Plenen im römischen Frauenhaus – frau sitzt wieder zusammen.

***

(Quellen: italienische Frauenzeitungen, Gespräche mit Frauen aus der Bewegung).

Brigitte, Italien-Kommission

Bewegung).
Brigitte, Italien-Kommission



Die 2. Auflage der Verhütungsmittelbroschüre ist jetzt fertig und erhältlich.

Wir haben den Teil über das Verhältnis von Verhütung und Sexualität im Vorwort erweitert und genauer ausgeführt, da unser Verhältnis zur Sexualität eng zusammenhängt mit der Wahl der Verhütungsmittel.

Außerdem haben wir die Kombination von Kalender-, Basaltemperatur- und Schleimmethode sehr viel ausführlicher dargestellt, weil wir die Erfahrung gemacht haben, daß viele Frauen, die Spirale und Pille ablehnen, die Temperaturmethode allein anwenden. Um eine s i c h e r e Verhütung zu gewährleisten, ist es aber unbedingt notwendig, die Temperaturmethode zu kombinieren.

Die Kapitel über die Pille, die chemischen Verhütungsmittel, das Diaphragma und die Sterilisation von Mann und Frau haben wir teilweise durch persönliche Erfahrungen erweitert.

Ihr könnt die Broschüre bestellen bei: Claudia von Iljin, Eppendorfer Weg 159, 2 HH 20, Konto-Nr. 1098/753013 – Hamburger Sparkasse, Preis: 2,50 u. Porto. Viel Spaß beim Lesen!

Die „Verhütungsmittel"-Frauengruppe

DER 8. MÄRZ IN EUROPA



Drei Elemente vor allem waren es, die im Mittelpunkt des diesjährigen Internationalen Frauentages in Europa standen: Die Forderung nach Freigabe der Abtreibung wurde in fast jedem Land erhoben und war – wie auch in den Jahren zuvor – manchenorts die Hauptforderung. In einigen Ländern wurde – hauptsächlich oder als starker Akzent – gegen die kapitalistische Krise demonstriert. Durchgehend wie für die Freigabe der Abtreibung aber wurde – anders als in den letzten Jahren – gegen die Militarisierung, die Vereinnahmung von Frauen durchs Militär, gegen das Wettrüsten und für den Frieden demonstriert. – Grob geschätzt waren es 100.000 Frauen (ohne die RGW-Länder) in diesem Jahr, die in Demonstrationen von wenigen hundert bis zu über zehntausend Frauen auf Europas Straßen und Plätzen zogen und nachdrücklich klarmachten: Jetzt kommen wir!

ITALIEN

Noch im letzten Jahr wurde in Teilen der italienischen Frauenbewegung diskutiert, ob es sinnvoll ist, sich am Internationalen Frauentag zu beteiligen, der in Italien seit langem eine etablierte Einrichtung ist. Dementsprechend verlief dieser Tag vor allem in den 70er Jahren zwar stets mit starker Beteiligung von Frauen bei Festen und Demonstrationen, aber zumeist in lockerer, fröhlicher Atmosphäre. Ganz anders dieses Jahr: **Nicht Heiterkeit bestimmte das Bild der machtvollen Frauendemonstrationen, sondern Wut.**

Im Mittelpunkt der meisten Demonstrationen stand der Kampf um die Abtreibung. Nachdem ein (für italienische Verhältnisse) relativ liberales Abtreibungsgesetz durchgekommen war, versucht heute eine sogenannte „Bewegung für das Leben" mit Hilfe eines Volksentscheids das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Seit einigen Monaten läuft, vor allem unterstützt und getragen von der katholischen Kirche, eine unglaubliche Hetzkampagne gegen jede Unterstützung und Form von Abtreibung. Der Papst persönlich hat auf dem Petersplatz *„Allen Frauen Italiens und der Welt"* angedroht, die römisch-katholische Kirche werde jederzeit *„die Würde jeder Frau"* beschützen. Ihm lauschten mehrere tausend Frauen, unter ihnen viele Nonnen mit dem für den Frauentag in Italien traditionellen Mimosensträußchen in der Hand.

Dieses Jahr jedoch wurde in vielen Gebieten außer der Mimose auch Petersilie verteilt, die in nicht lange zurückliegenden Jahren zur heimlichen Abtreibung gedient hatte. In Gebieten außer der Mimose auch Petersilie verteilt, die in nicht lange zurückliegenden Jahren zur heimlichen Abtreibung gedient hatte. In Rom demonstrierten über 20000 Frauen (nach „Il Manifesto", 10.3.), darunter viele Jugendliche, die auch für sich das Recht auf Abtreibung fordern, das ihnen vom Gesetz abgesprochen wird.

In Mailand haben die Frauen nach einem Sternmarsch auf die Piazza del Duomo eine Kundgebung durchgeführt. Auch hier stand der Kampf um die Abtreibung – *„si, si, si, treiben wir die Christdemokratie ab!"* – und selbstbestimmte Sexualität im Vordergrund. Außerdem gab es mehrere Aufführungen von ausländischen Frauen, z.B. aus Chile und Eritrea.

Auch in Neapel und den Erdbebengebieten wurde auf mehreren Festen und Demonstrationen die Forderung nach Freigabe der Abtreibung erhoben. *„Eine Stadt im Sinne der Frauen"* stand auf einem der vielen Transparente, mit denen der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete unter Beteiligung von Architektinnen gefordert wurde.

In Laviano, einer der vom Erdbeben am meisten zerstörten Ortschaften, wurden Mimosen auf die Gräber der getöteten Frauen gelegt. In Umbrien beteiligten sich 2000 Frauen an einem Marsch gegen den Krieg: *„Es gibt nichts zu feiern, es gibt viel zu kämpfen".*

Italien-Kommission

SCHWEDEN

Nach einem „Hexenmarsch gegen Gewalt gegen Frauen" am Vorabend, kamen am 8. März in Stockholm 3000 Frauen und einige wenige Männer zur gemeinsamen Demonstration nahezu aller Frauenorganisationen. Auch die Frauenverbände der bürgerlichen Parteien – mit Ausnahme der rechtesten Parlamentspartei – hatten zur Teilnahme aufgerufen.

- *„Finger weg vom (liberalen) Abtreibungsgesetz";*
- *„Männer mit Komplex stehn auf papiernem Sex";*
- *„Kampf der Pornoindustrie";*
- *„Keine Frau ist frei, solange auch nur eine gefangen ist";*

waren einige der – dem breiten Bündnis entsprechend – sehr unterschiedlichen Forderungen und Parolen. Es gab auffallend viele antimilitaristische Parolen, und der Kampf gegen den Krieg bestimmte auch die Kundgebungen. „Wir haben einen Krieg zu führen und unser Krieg ist taristische Parolen, und der Kampf gegen den Krieg bestimmte auch die Kundgebungen. „Wir haben einen Krieg zu führen und unser Krieg ist ein anderer als der von den destruktiven Männern dieser Welt geführte. Unser Krieg gilt der Armut, der Ungerechtigkeit, dem Hunger, der Unwissenheit und der Gewalt in der Welt. Und die Zeit drängt". (Mira Kakossiaos, Internationaler Verein der Einwandererfrauen)(„DN", 9.3.).

Skandinavien-Kommission

DÄNEMARK

In Dänemark gab es kein gemeinsames Bündnis zum diesjährigen 8.März. Nachdem es im letzten Jahr eine Spaltung zwischen den Kräften gegeben hatte, die sich einerseits auf die Gewerkschaften, andererseits auf die Frauenbewegung orientieren, kam es in diesem Jahr gar nicht erst zu Bündnisverhandlungen.

Die 8.März-Veranstaltungen wurden im wesentlichen von drei Gruppierungen getragen:
- Die um die DKP herum orientierten Kräfte plus einige Gewerkschaften und die etablierten Frauenvereinigungen;
- die im Dezember von einzelnen prominenten Frauen gegründete 8.März-Bewegung, die in mehreren Städten Demonstrationen und Veranstaltungen durchführte. Beide Gruppierungen hatten u.a. die Themen Frieden und Anti-Krisenpolitik.
- Als drittes die organisierte dänische neue Frauenbewegung (Rotstrümpfe und die ihr nahestehenden - Als drittes die organisierte dänische neue Frauenbewegung (Rotstrümpfe und die ihr nahestehenden Gruppen wie Lesbische Bewegung, Frauen über 40, junge Frauen, Joan Søstre – arbeiten ähnlich wie die Notruffrauen in der BRD).

Die beiden Parteien links von der DKP, die Linkssozialisten (VS) und die Sozialistische Volkspartei (SF), schlossen sich keiner der Gruppierungen zentral an. VS forderte ihre Mitglieder auf, sich an den verschiedenen 8.März-Aktivitäten zu beteiligen und besonders die anlaufende Kampagne gegen Frauenarbeitslosigkeit zu unterstützen.

Enttäuschend war die Teilnahme an den beiden Demonstrationen am Samstag in Kopenhagen (jeweils um 500, hauptsächlich Frauen), wenn frau berücksichtigt, daß die Diskussion der Frauenfrage einen etwas selbstverständlicheren Platz in der dänischen Gesellschaft einnimmt, als z.B. in der BRD. Überraschend gering auch deshalb, weil das Frauenzentrum in Kopenhagen in seiner Existenz bedroht ist (die Gemeinde will nicht mehr wie bisher für die Miete aufkommen). Insgesamt beteiligten sich jedoch sehr viel mehr Menschen an den verschiedenen, teilweise gleichzeitig stattfindenden Festen und Veranstaltungen. Frauen aus der Türkei und aus Eritrea organisierten jeweils Informationsveranstaltungen. Domitila sprach auf einer Veranstaltung der 8.März-Bewegung in Kopenhagen.

Die Rotstrümpfe-Bewegung beging gleichzeitig mit dem internationalen Frauentag auch ihren 10jährigen Geburtstag unter dem Motto: *„Macht das Private politisch!"* Diese 10 Jahre alte Parole ist nach wie vor aktuell, denn *„es ist politisch, wenn Arbeitslosigkeit zur Isolierung der Frauen führt. Es ist politisch, wenn Gewalt an Frauen als persönliches Problem betrachtet wird. Es ist politisch, wenn Frauen über 40 unsichtbar gemacht werden. Und es ist politisch, wenn Kinder durch die Isolierung in der Kleinfamilie zur Privatangelegenheit erklärt werden und Kriegsspielzeug erhalten anstelle von Liebe und Respekt"* (aus der von den Rotstrümpfen gehaltenen Demonstrationsrede, zit. nach „Information", 9.3.).

Sonntagabend beteiligten sich ca. 500 Frauen an einem selbstbewußten und munteren Fackelzug in Kopenhagen, um gegen die Gewalt an Frauen zu protestieren. Sie sangen: *„Wir fordern die Nacht zurück! Es ist eine Lüge, daß Frauen schwach sind. Doch damit wir keinen Aufstand veranstalten und uns hübsch brav verhalten, sollen wir das glauben".* Nach der Demo gab es ein großes Frauenfest.

Dänemark-Kommission



Demonstration am 7.3. in Kopenhagen

NIEDERLANDE

„An der Ecke von uns'rer Straß', da steht ein Pornoladen, schmeiß 'nen Backstein rein, das gibt 'nen hübschen Schaden".

Dieses hübsche Lied und andere singend zogen 3000 Frauen (nebst 50 Mannen) am 8.März durch Amsterdams Straßen.

Rund 40 Frauenorganisationen und -gruppen aus der autonomen Frauenbewegung, aus Parteien und Gewerkschaften hatten – unter der Parole „Frauen in Aktion gegen

Fortsetzung nächste Seite

„Ich streike heute gegen das Abtreibungsgesetz"

„In den Niederlanden besteht schon zwölf Jahre eine Frauenbewegung – aber sind wir in der ganzen Zeit auch nur einen Schritt weiter gekommen auf dem Weg zur Befreiung der Frau? Im Gegenteil, in der letzten Zeit verschlechtert sich die Position der Frauen immer mehr. Wir haben gemerkt, daß wir nichts geschenkt bekommen, wir werden selbst für unsere Rechte kämpfen müssen, jede Verbesserung müssen wir erzwingen. Darum greifen wir jetzt nach der einzigen Waffe, die Unterdrückten verbleibt: dem Streik."

Dies ist der Aufruf zu einem nationalen Frauenstreik in den Niederlanden, der auf den Ursprung des Internationalen Frauentages zurückgreift: *„Am 8.März 1908"*, sagte eine der Rednerinnen auf der Amsterdamer Frauentags-Kundgebung, *„streikten Zehntausende von Mädchen und Frauen in New York und Chicago, besetzten ihre Betriebe und gingen auf die Straßen mit ihren Forderungen nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Wahlrecht. Warum sollten wir 1981 nicht den Mut dazu haben – wir haben nichts zu verlieren".*

Der für den 30. März ausgerufene allgemeine Frauenstreik richtet sich in erster Linie gegen das Abtreibungsgesetz der christreaktionären-rechtsliberalen Regierungskoalition (siehe u.a. AK 193), dessen Verabschiedung durch die Erste Kammer (entspr. „Bundesrat") am darauffolgenden Tage ansteht; richtet sich aber auch gegen die hohe Frauenarbeitslosigkeit und die Einführung von „Sozial"-Maßnahmen, mit denen Frauen von ihren Arbeitsplätzen (außerhalb des Hauses) verdrängt werden.

Alle Frauen von 15 Jahren an sind aufgerufen, am 30. März nicht in die Schule zu gehen, nicht zur Arbeit, den Haushalt liegen zu lassen – *„Macht die Betten nicht, sondern hängt die Laken aus dem Fenster mit der Mitteilung: ‚Ich streike heute gegen das Abtreibungsgesetz'!"* – nicht einkaufen zu gehen und die Kinder auf den Rathäusern abzugeben. Den Streikfrauen wird vorgeschlagen, in Gruppen in die Betriebe, die Geschäfte und auf die Märkte zu gehen und die Frauen dort zur Teilnahme am Streik aufzurufen.

Die Initiative zu diesem allgemeinen Frauenstreik in den ganzen Niederlanden ging von einer Anzahl Frauengruppen im Amsterdamer Frauenzentrum (Vrouwenhuis) aus. Dem Aufruf haben sich bereits in vielen Städten und Regionen diverse Frauengruppen – u.a. sämtliche „Wij Vrouwen Eisen"-Komitees (Dachverband der Bewegung für freie Abtreibung) – angeschlossen. Die Frauenstreik-Komitees haben begonnen, mit dem Aufruf in Betrieben, Schulen, Gewerkschaften und anderen Frauengruppen zu arbeiten.

Der 30.März wird sicherlich auch ein Tag, an dem der Herzenswunsch vieler Frauen – „Kastriert Van Agt" (Ministerpräsident) – wieder lebendig wird . .

Niederlande-Kommission

Fortsetzung von Seite 27

Gewalt" – zum 8.März aufgerufen. Im Aufrufflugblatt forderte das Bündnis, in dem fast jede Strömung vertreten ist, u.a.:
- *„Ablehnung des CDA/VVD-Abtreibungsgesetzes"* (CDA/VVD=Regierungsparteien);
- *„Keine Bomben, sondern bezahlte Arbeit"*;
- *„Schließung der Atomkraftwerke"*;
- *„Verkürzung des Arbeitstages"*;
- *„Keine erzwungene Hetereosexualität und Recht auf unsere eigene Sexualität"*;
- *„Unterstützt den Frauenkampf im südlichen Afrika – Unterstützt den Kampf der Frauen in Südamerika – Unterstützt den Kampf aller kämpferischen Frauen in aller Welt!"*

Auf der Demonstration selbst bestimmten jedoch vor allem Parolen und Transparente gegen Sexuelle Gewalt, Pornographie und das neue Abtreibungsgesetz das Gesicht des Zuges. Die gute, alte „Internationale" kam wieder zu Ehren, wenn auch mit neuem Text: *„Kommt, Frauen aller Länder, 8. März ist ein Frauentag, dann kämpfen wir gemeinsam unter unsrer Frauenfahne . . ."*

Auf dem Weg zur Kundgebung wurde beim amerikanischen Konsulat eine Erklärung abgegeben, in der u.a. der Abzug der amerikanischen Waffen und „Berater" aus El Salvador gefordert wurde. Besonders herzlich begrüßt wurden bei der (proppevollen) Abschlußveranstaltung im Paradiso die chilenischen Frauen.

Wie schon im letzten Jahr zog eine Gruppe Frauen zum Amsterdamer Frauenknast, um ihren Schwestern zu zeigen, daß sie in ihren Zellen doch nicht ganz vergessen sind.

Anläßlich des Internationalen Frauentages war am 7.3. in Amsterdam eine Wanderausstellung „Frauenwiderstand" eröffnet worden.

Ebenso wie in Amsterdam stand der Frauentag in Leeuwarden unter dem Thema „Frauen gegen Gewalt": „Es geht um das Leben, gebrauche deine Kraft". Auf der Kundgebung wurden Beiträge gehalten zu den Themen: Frauen gegen Atomwaffen, sexuelle Gewalt, Mißhandlung, medizinische Gewalt hier und in der Dritten Welt. – Die Frauentags-Demonstration in Vlissingen war namentlich gegen das nahegelegene AKW gerichtet. – In Den Haag stand die Veranstaltung unter der Devise „Frauen gegen die Krise". – in Nijmegen und Groningen war die internationale Frauen-Solidarität das Hauptthema.

Niederlande-Kommission

Niederlande-Kommission



Internationaler Frauentag 1981 in Amsterdam: „Frauen in Aktion gegen Gewalt"

Schweiz

„Wir passen unter keinen Helm" – unter diesem Motto demonstrierten 4.000 Frauen in Bern, dem diesjährigen Ort der nationalen Demonstration zum Internationalen Frauentag, gegen den Versuch der Militarisierung der Gesellschaft. Aktueller Anlaß war die neuerlich auch in der Schweiz verstärkte Propagierung der Einbeziehung der Frauen ins Militär.

Gleichberechtigung, hieß es in den Ansprachen der Kundgebungsrednerinnen der OFRA (Organisation für die Sache der Frau) und von „Frauen kämpfen mit" – Gleichberechtigung kann nicht heißen, daß die Frauen zu den gleichen Fehlern gezwungen werden, die die Männer machen. Frauen ins Militär, das bedeutet Militarisierung, Hierarchisierung, totale Kontrolle und Zementierung der Dienerinnen-Rolle der Frauen in der Schweiz: *„Dagegen werden wir uns wehren, nicht militärisch aber militant"*. In diesem Sinne hieß es auf den Transparenten: *„Wir verteidigen die Interessen der Frau, nicht der Nation"* und *„Noch mehr Scheißpflichten – Nein danke!"*. Salatsiebe als Helme, Besen als Hausfrauen- und Hexensymbol illustrierten die Ablehnung von Militarismus und unbezahlter Arbeit.

Einen zweiten starken Akzent erhielt die Demonstration durch den Zug der Partei- und Gewerkschaftsfrauen (vorwiegend von der Sozialdemokratischen Partei SPS), deren Hauptanliegen die anstehende Volksabstimmung über die Verankerung der Gleichberechtigung (*„Gleiche Rechte für Mann und Frau"*) in der Bundesverfassung war.

„Bei den Vorbereitungen der Demo ist es deswegen zu Unstimmigkeiten zwischen der autonomen Frauenbewegung und vorwiegend von SP- und SAP-Frauen (Sozialistische Arbeiterpartei, IV. Internationale – Anm. AK) *geführten Partei- und Gewerkschaftsgruppierungen gekom-*

beiterpartei, IV. Internationale – Anm. AK) *geführten Partei- und Gewerkschaftsgruppierungen gekom-*

men. Die ersteren verteidigten zurecht ihre Autonomie und wehrten sich dagegen, ins Schlepptau der Parteipolitik genommen zu werden. Die letzteren hatten nicht ganz Unrecht, daß „Gleiche Rechte für Frau und Mann" dieses Jahr so oder so ein für den größten Teil der Schweizer Frauen sehr wichtiges Thema wird, und darum auch in einer gesamtschweizerischen Manifestation auch offiziell präsent sein muß" (POCH-Zeitung, 12.3.81).

Dennoch marschierten beide Züge gemeinsam durch die Berner Innenstadt und nach den offiziellen Rednerinnen konnten die Vertreterinnen der „Gleiche-Rechte"-Demonstration ihre Beiträge halten.
(nach „PZ", 12.3. und „zeitdienst", 13.3.81)

K., Europa-Runde

> Die „bresche" (vom 16.3.81), 14-Tage-Blatt der trotzkistischen „Sozialistischen Arbeiterpartei", erachtete es zwar als nicht erforderlich, über den Internationalen Frauentag zu berichten, konnte aber dennoch nicht nachlassen, oberlehrerhaft auf die Frauen einzuhacken, die – im Gegensatz zur SAP-Linie – am 7.3. gegen die Einbeziehung der Frauen ins Militär demonstriert hatten: *„Die Reformisten haben zusammen mit den Pazifisten und einigen radikal-feministischen Strömungen der Frauenbewegung ihre Ablehnung unter die gemeinsame Formel gebracht: 'Wir Frauen passen unter keinen Helm.' Man könnte hier sogleich zurückfragen: 'Passen denn die Männer unter einen Helm?'"*.

Eire

Am 7.3. fand in Dublin ein Frauenkongreß (nur für Frauen) statt, unter der Fragestellung: „Die nationale Frage – was bedeutet sie für irische Frauen?" Anwesend waren über 100 Frauen, die meisten aus Irland und England. Grundlage der Diskussion waren zwei Referate, das erste von Rita O'Hara (Sinn Fein) mit dem Titel „Eine historische Analyse der Rolle der irischen Frau im Kampf für die nationale Befreiung"; das zweite von der Feministin Anne Speed zum Thema „Können die irischen Femini-

die nationale Befreiung"; das zweite von der Feministin Anne Speed zum Thema „Können die irischen Femini-

stinnen die nationale Frage ignorieren?". Einig waren sich alle darin, den Kampf der Frauen in Armagh zu unterstützen. Widersprüche gab es allerdings in der Beurteilung dieses Kampfes für die Frauenbewegung und -befreiung. So bewegte sich die Diskussion zwischen den Polen „Kampf für freie Abtreibung und Verhütung" auf der einen Seite und „Antiimperialistischer und antikapitalistischer Kampf" auf der anderen Seite. Die Sinn Fein-Frauen wurden wegen der Haltung ihrer Organisation zur Abtreibung kritisiert, worauf eine Frau vom Sinn Fein antwortete, die republikanische Bewegung sei eine Massenbewegung und sie müßten das reflektieren.

Die Kontroverse läßt sich vielleicht am besten durch die folgenden Aussagen verdeutlichen: Nachdem in einem Beitrag vertreten worden war, daß die Frauen in Armagh im Kampf der Frauen gegen ihre Unterdrückung an erster Stelle stehen, einer Unterdrückung, die die irischen Frauen überall erleben, in der Fabrik, der Familie etc., antwortete Anne Speed, daß die Frauen in Armagh sicher einen harten Kampf führen würden, daß sie allerdings nie die Führung der Frauenbewegung sein könnten, weil ihr Kampf sie daran hindere, über ihre Frauenrolle weiter nachzudenken. Darauf wurde sie gefragt, ob sie der Meinung sei, daß die Frauen in der Dritten Welt, die sich am Befreiungskampf beteiligten, nicht in der Lage wären, ihre Situation als Frau

der Dritten Welt, die sich am Befreiungskampf beteiligten, nicht in der Lage wären, ihre Situation als Frau

zu erkennen und für ihre Befreiung zu kämpfen.

International Women's Day – Support the Women in Armagh

Die Demonstration fand mit ca. 700 Menschen direkt vor dem Gefängnis in Armagh statt. Die Polizei machte im Vergleich zur letzten Demo keine Schwierigkeiten, weder bei der Anfahrt noch während der Kundgebung.

Im Vergleich zu so mancher Demo in Hamburg (ich denke da an so manche El Salvador- oder Türkei-Demo) war die ausgezeichnete Stimmung wirklich beeindruckend. Ziel der Demonstrantinnen war es, sich den Frauen im Knast durch laute und starke Parolen bemerkbar zu machen, ihnen zu zeigen, daß sie von draußen unterstützt werden in ihren Forderungen und daß sie eine breite internationale Unterstützung erfahren. So wurden zahlreiche Solidaritätsadressen aus dem In- und Ausland unter größtem Beifall kundgetan.

Zum Schluß der Kundgebung wurde nacheinander erst die Internationale und dann die Nationalhymne gesungen.

Die häufigsten Parolen auf der Demo:
- 1, 2, 3, 4 open the H-Block door, 5, 6, 7, 8 open up the Armagh gate
- no prisoners uniform
  no prisoners work
- free sociation
  political status now

Eine Genossin, z. Zt. in Irland

Anm. der Red.: Die Parolen heißen ins Deutsche übersetzt:
- 1, 2, 3, 4 – öffnet die H-Block-Tür
  5, 6, 7, 8 – öffnet das Armagh-Tor
- Keine Gefängniskleidung,
  keine Gefängnisarbeit!
- Freie Soziation,
  politischer Status jetzt!

... und anderswo

„Anderswo" nicht deshalb, weil jetzt über die weniger wichtigen Demonstrationen berichtet würde, sondern weil wir aus den folgenden Ländern leider nur wenige Informationen haben.

Belgien. Die Kampagne „Les femmes contre la crise" (Frauen gegen die Krise) organisierte am 7.3. in Brüssel eine Demonstration mit über 10.000 Frauen. Diese Demonstration zum Internationalen Frauentag war zugleich Teil einer nationalen Offensive gegen die „Spar"maßnahmen der Regierung, gegen die in den vergangenen Wochen schon Massen-Manifestationen mit bis zu 50.000 Teilnehmern durchgeführt worden waren. Auffallend war, berichtet „La Gauche", der starke Anteil von Gewerkschafterinnen im Gegensatz zum letzten Jahr.

Frankreich. Die Veranstaltungen in Paris waren von Uneinigkeit und den bevorstehenden Wahlen geprägt. Eine Demonstration mit 1.000 Teilnehmer/inne/n rührte für die Präsidentschaftskandidatur von Mitterand die Trommel.

An der Demonstration der Bewegung zur Befreiung der Frau beteiligten sich 1.500 Frauen.

An der Demonstration der Bewegung zur Befreiung der Frau beteiligten sich 1.500 Frauen.

Die PCF benutzte den Frauentag zu einer Wahlkundgebung mit Marchais, der – als Pflichtübung – die Entwicklung von Programmen für Sexualerziehung und Empfängnisverhütung sowie die Freigabe der Abtreibung forderte.

Spanien. 1.500 Frauen demonstrierten in San Sebastian (Euskadi) für die Freigabe der Abtreibung und gleiche Rechte. Mehr als 500.000 Frauen müssen sich jährlich einer Abtreibung unter elendesten Umständen aussetzen, schrieb „Combate", *„das Ergebnis sind über 3.000 Tote pro Jahr"*.

Griechenland. Die Veranstaltungen zum Frauentag waren wegen Erdbebengefahr auf den 12.3. verschoben worden. 1.500 Frauen demonstrierten in Athen für *„Brot, Arbeit, Gleichberechtigung, Demokratie und Nein zur NATO und zum Wettrüsten"* („Elefterotipia").

Britannien. Es gab in diesem Jahr nur einige Meetings auf lokaler Ebene. Für den 14.3. hatten jedoch die „National Abortion Campaign" und die „Labour Abortion Campaign" zu einer Kundgebung in London aufgerufen gegen die Angriffe der Rechten auf das relativ liberale Abtreibungsrecht.

Österreich. Erstmals seit 1945 (!) gab es zum Internationalen Frauentag in Wien und Salzburg wieder gemeinsame Demonstrationen und Feste. Rund 30 Frauengruppen und Organisationen hatten eine gemeinsame Plattform erarbeitet, deren Hauptpunkte waren: *„Chancengleichheit – Selbstbestimmung der Frau – Solidarität aller Frauen für Frieden, gegen Krieg, Militarismus und Faschismus"*.

In Wien beteiligten sich 1.200 Frauen an der Demonstration, rund 300 waren es in Salzburg. Frauen-Infostände und -Veranstaltungen gab es in Linz. („die linke", Zeitung d. GRM, Nr. 10, 11, 12).

B., Tübingen/K., Europa-Runde



Republik Irland: Am Internationalen Frauentag beteiligten sich ca. 700 Menschen an einer Demonstration zur Unterstützung der Forderungen der gefangenen Frauen in Armagh. Diese Demonstration ist eine weitere Aktion im Kampf für den politischen Status der Frauen in Armagh (und der Gefangenen im H-Block). Seit dem 1. März befindet sich Bobby Sands – der Leiter des letzten Hungerstreiks – jetzt selbst im Hungerstreik, da die 5 zugestandenen Forderungen (bisher) nicht erfüllt worden sind. (Foto: Derek Speiss, Report)

Frauenunterdrückung im Iran

Wir hatten die Gelegenheit, in London mit Mahnaz R. ein Gespräch über die derzeitige Situation der Frauen und der Frauenbewegung im Iran zu führen. Mahnaz selbst war Aktivistin der Volksfedayin, der stärksten linken Organisation im Iran. Sie trat vor allem wegen Widersprüchen in der Frauenfrage aus dieser Organisation aus und gründete im Mai 1979 die „Iranische Frauensolidaritätsgruppe" in London. Diese Gruppe arbeitet eng mit dem „Nationalen Frauenbund" zusammen. Da unter dem Khomeini-Regime das öffentliche Reden von Frauen als „Sünde" verdammt und sanktioniert wird, mußten alle fortschrittlichen Frauenorganisationen, so auch der „Nationale Frauenbund", kurz nach der Revolution in den Untergrund gehen. Die „Iranische Frauensolidaritätsgruppe" ist ein wichtiges Verbindungsglied zwischen der Frauenbewegung im Iran, der jegliche Öffentlichkeitsarbeit verboten ist, und der internationalen Öffentlichkeit.

So organisierten sie z.B. „picket-lines" vor der iranischen Botschaft in London, um gegen die Zwangsverschleierung und die Hinrichtung und barbarische Steinigung (zu Tode) von Homosexuellen und Prostituierten zu protestieren, die als „Abartige" keinerlei Rechte haben.

Obwohl das Interview sicherlich Lücken aufweist, verstehen wir es als konkrete Solidarität mit den Frauen im Iran.

Kannst du uns etwas über die Rolle der iranischen Frauen in der Revolution erzählen?

Die iranischen Frauen spielten im Februar 1979 eine sehr wichtige und bedeutende Rolle, da sie eine massive Kraft in der Opposition gegen den Schah und sein Regime darstellten.

Die zwangsweise Einführung der westlichen Kultur unter dem Schah wurde von der Bevölkerung mehrheitlich abgelehnt. Vielmehr wurde sie in der Revolution gleichgesetzt mit der imperialistischen Kultur des Schahs und seiner Familie.

So wurde in der Revolution von den Frauen der Tschador (Schleier) zu einem Symbol des Widerstandes gegen den Schah gemacht. Bei Protestmärschen war daher das Tragen des Schleiers Ausdruck der Auflehnung gegen den Schah und sein Regime. Auch die linken Frauen trugen den Schleier als Zeichen des Widerstandes und des Zusammengehörigkeitsgefühls aller Frauen. Wenn eine Frau z.B. auf der Straße ohne Schleier ging, so wurde sie als Unterstützerin des Schahs angeklagt.

Diese Politik des Schleiers der iranischen Frauen hat eine große Ähnlichkeit mit der früheren algerischen Frauenbewegung, die genauso den Schleier als Zeichen der Auflehnung gegen die französische Kolonialmacht benutzte.

Nach der Revolution im Iran wurde diese Taktik der Frauen, die angesichts der damaligen politischen Situation eine fortschrittliche Taktik war, von dem neuen Regime Khomeinis sofort in seinem Sinne verwandt. Gestützt durch den Klerus wurde von Khomeini der Schleier den Frauen als Pflicht auferlegt. Im Fernsehen begründete er dies damit, daß es für eine „gute und anständige moslemische Frau" im Iran angemessen sei, den Schleier zu tragen.

Wie ging es mit dem Kampf der Frauen unter dem Khomeini-Regime weiter?

Wie ging es mit dem Kampf der Frauen unter dem Khomeini-Regime weiter?

Die Frauen (Anmerk.: und die Kurden) waren die ersten und einzigen Kräfte nach der Revolution, die sich dem Regime Khomeinis und dessen Haltung zur Frauenfrage und der Unterdrückung widersetzten. Die Frauen, die Hälfte der Revolution, sahen sich plötzlich einer erneuten staatlichen Unterdrückung gegenüber, sodaß sie erneut auf die Straße gingen. So protestierten am internationalen Frauentag 1980 sieben Tage lang zigtausende von Frauen gegen das Khomeini-Regime und den Schleier-Zwang auf der Straße. Sie hatten schwarze Kleider an, waren aber ohne Schleier und riefen: „Freiheit ist weder westlich noch östlich, sondern international und universal" (Anmerk.: Gemeint ist die Freiheit der Kultur) und riefen Parolen wie: „Wir wollen Freiheit! Was ist aus der Freiheit geworden, die wir während der Revolution gefordert haben?" oder „Wir wollen keinen neuen Schah!". Wir Frauen forderten das Recht und die Freiheit, selber zu entscheiden, wie wir uns anziehen wollen.

Die Frauenbewegung im Iran ist nicht ganz so neu. Bereits unter dem Vater des Schahs und auch vor dem Staatsstreich, der den Schah an die Macht zurückbrachte, gab es eine Frauenbewegung. Allerdings wurde diese, genauso wie alle linken Organisationen, nach dem Staatsstreich verboten, so daß sie im Untergrund weiter existieren mußte.

Die neue Frauenbewegung entstand nach der Revolution 1979. In dieser Bewegung organisierten sich die Frauen vor allem gegen jede Art von Unterdrückung der Frau. Sie kämpften gegen jede Art von Erlassen und Gesetzen, die sie an Heim und Herd zurückschicken sollten. Die Frauen wollen nicht länger als eine Person betrachtet werden, die sich durch die Persönlichkeit ihres Ehemannes, Bruders oder Vaters definiert. Weitere wesentliche Ziele der Frauen sind der Kampf gegen die Zwangsverschleierung und die gesetzliche Festlegung ihrer Person auf die Mutterrolle. Sie fordern zudem die Freiheit, sich legal zu organisieren.

Ich kann eine oder zwei Frauenorganisationen nennen, die unabhängig von linken Organisationen gegründet wurden. Vorher muß ich noch erwähnen, daß einige Frauenorganisationen auch von Linken gegründet wurden, allerdings nur als Sektionen innerhalb dieser Organisationen. Tatsächlich unabhängig von linken Organisationen wurde der „Nationale Frauenbund" gegründet, der einen sozialistisch-feministischen Kurs verfolgt. Seine Priorität waren Frauenfragen. Die Frauen bauten Kinderkrippen oder Vorschulen für arbeitende Mütter auf. Außerdem gingen sie auf die Dörfer zu Bäuerinnen und ländlichen Frauen, um dort über Verhütungsmittel zu informieren, da die iranischen Dörfer sehr rückschrittlich sind, im Gegensatz zu den westlich ausgerichteten Großstädten. Es gab zudem noch einige medizinische Hilfszentren für Frauen, die Beratung bei medizinischen Fragen, Verhütungsmittel und Fragen der Sexualität gaben.

Kann die Frauenbewegung im Iran legal arbeiten oder muß sie in den Untergrund gehen?

Es gibt nur zwei Frauenorganisationen, die legal arbeiten. Beide sind islamische Frauengruppen. Eine davon nennt sich die „Gesellschaft der islamischen Frauen", die andere heißt „Einheit der islamischen Frauen". Alle anderen Frauengruppen und Organisationen sind in den Untergrund gegangen, da sie bei jeglicher Form der Öffentlichkeitsarbeit damit rechnen müssen, daß dies entweder sofort verboten wird oder daß sie von den Falangisten (Anhänger der Gottespartei) zusammengeschlagen und angegriffen werden. Obwohl es den Frauen verboten ist, Frauen zu mobilisieren oder Veranstaltungen abzuhalten,

tei) zusammengeschlagen und angegriffen werden. Obwohl es den Frauen verboten ist, Frauen zu mobilisieren oder Veranstaltungen abzuhalten,

treffen sie sich trotzdem und zwar unter Tarnnamen, wie z.B. „Treffen der Ärzte", „Treffen der Lehrer", „Vereinigung der Studenten" oder ähnliches, die dann ihrerseits mit dem Zusatz „nur für Frauen" versehen werden. So ist für die meisten klar, was damit gemeint ist. Allein diese Veranstaltungen geben den Frauen die Möglichkeit, ungestört über Frauenthemen und die Lage der Frau im Iran zu diskutieren.

Warum, glaubst du, können nur diese beiden islamischen Frauenorganisationen als einzige legal arbeiten?

Beide islamischen Frauenorganisationen sind vom Klerus 1979 gegründet worden und werden nach wie vor von ihm kontrolliert. Eine dieser Organisationen steht unter der Führung von der Tochter eines führenden Religionsführers, der engster Vertrauter Khomeinis und Gründer der Mojahedin war. Er starb vor einem Jahr.

Diese islamischen Frauenorganisationen werden vor allem dazu benutzt, um der tatsächlichen neuen Frauenbewegung, die einen weitaus fortschrittlicheren, unabhängigeren und feministischeren Kurs hat, in den Rücken zu fallen und sie zu spalten.

Selbstverständlich kann bei den islamischen Frauenorganisationen nicht von Unabhängigkeit die Rede sein, da sie kontrolliert, beherrscht und unterstützt vom Klerus werden, der natürlich nur aus Männern besteht.

Wie sieht die alltägliche Unterdrückung der iranischen Frau, z.B. in der Familie, auf der Straße, bei der Arbeit aus?

Die Unterdrückung ist so unglaublich, daß ihr es euch in Westeuropa kaum vorstellen könnt. Für die Frauen hat sich die alltägliche Unterdrückung verdoppelt.

So sind z.B. die meisten Familien von der islamischen Ideologie indoktriniert, die Frauen von vornherein als dem Mann untergeordnet betrachtet.

Im Koran steht, ähnlich wie in der Bibel oder anderen Büchern dieser Art, die natürlich von Männern geschrieben wurden, daß die Frau ein Geschöpf ist, das aus der dritten Rippe des Mannes geschaffen wurde. Demnach werden Frauen als unvollkommene und unzureichende Wesen betrachtet, die vor der Heirat nicht einmal das Recht haben, die Familie zu verlassen, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, geschweige denn nach 20.00 Uhr auf die Straße zu gehen (Anmerk. d. Verf.: Unter Khomeini wurde das Heiratsalter von Mädchen auf 13 Jahre herabgesetzt).

Falls die Frauen sich nicht an die vorgegebene Rolle halten, werden sie sehr leicht zum Opfer von Hetzjagden und Überfällen von Banden der Falangisten (Unterstützer der Gottespartei).

Eine Freundin von mir, die gerade aus dem Iran zurückgekehrt ist, erzählte mir, daß sie in einem kurzärmeligen Hemd auf der Straße ging. Plötzlich wurde sie von Falangisten mit Hartgummikugeln auf die Arme beschossen. Der Grund: sie hatte ihre Arme nicht bedeckt. Obwohl die Khomeini-Regierung diese Banden offiziell nicht unterstützt, bedeutet ihr Stillhalten gegenüber diesen Gruppen nichts anderes als eine stillschweigende Unterstützung dieser Einschüchterung von Frauen. Die Anhänger der „Gottespartei" benutzen alle Mittel, so z.B. Säureanschläge und die Bedrohung von Frauen mit dem Messer, um sie zu bedrohen, zu terrorisieren und einzuschüchtern.

hänger der „Gottespartei" benutzen alle Mittel, so z.B. Säureanschläge und die Bedrohung von Frauen mit dem Messer, um sie zu bedrohen, zu terrorisieren und einzuschüchtern.

Obwohl es von Seiten der Khomeini-Regierung den Erlaß gibt, daß nur Frauen, die in Regierungsbüros arbeiten, verpflichtet sind, den Schleier zu tragen, und sie auf der Straße die Freiheit haben, selber darüber zu entscheiden, wird auch von Seiten der Revolutionsarmee nichts dagegen unternommen, diese Banden festzunehmen bzw. vor Gericht zu stellen. So können sie ungehindert ihre Terrorakte gegen Frauen fortsetzen, ohne irgendwelche Sanktionen befürchten zu müssen.

Ein Beispiel für die alltägliche Unterdrückung der Frau im Beruf ist, daß sofort nach der Revolution ein Gesetz erlassen wurde, das Frauen verbietet, Richterinnen zu werden. Die Begründung dafür ist, daß Frauen „empfindsame und verletzliche Geschöpfe sind und deshalb keine fairen Richterinnen sein können". Ich möchte hier der Regierung der islamischen Republik eine Frage stellen: Waren die männlichen Richter unter dem Schah, die tausende von politischen Gefangenen hinrichteten und ermordeten, waren das „gute und faire" Richter? Was ist aus diesen männlichen Richtern geworden? Ist einer von ihnen hingerichtet oder bestraft worden? (Anmerk. d. Verf.: Nach einer kurzen anfänglichen Säuberungswelle blieben nahezu alle Richter auf ihren Posten.)

Dieser Erlaß ist ein Trick des sog. „revolutionären Iran", die Frauen wieder ins Haus zurückzuschicken. Die Herrschenden wissen nämlich sehr genau, daß die Frauen ihre Stärke in der Revolution kennengelernt und bewiesen haben; so wissen die Frauen nun auch, daß sie genau die gleichen Fähigkeiten wie die Männer besitzen. Dieses Wissen und das Selbstbewußtsein der Frauen soll nun durch „Berufsverbote für Frauen" als Richterinnen, Rechtsanwältinnen oder Spezialistinnen auf dem Gebiet der Medizin ausgelöscht und gebrochen werden. In einigen Krankenhäusern haben sie sogar zwei Spezialistinnen auf dem Gebiet der Hirnchirurgie mit der Argumentation entlassen, daß „Frauen keine guten Chirurgen sein können".

Ein weiteres Beispiel von Berufsverboten für Frauen ist der Bereich der Medien. Da nach der islamischen Ideologie Frauenstimmen nicht von Männern gehört werden dürfen, weil dies eine „Sünde" ist, wurden immer mehr Frauen aus den Medien hinausgesäubert. Dieses Argument der „Sünde" wurde von Frau Monireh Govgi gebracht. Sie war zwischen 1979 und 1980 die einzige weibliche Abgeordnete im provisorischen iranischen Parlament. Sie selbst bekräftigte diese Verbannung der Frauen mit dem Argument ihrer eigenen Unterdrückung, denn auch sie konnte nicht im Fernsehen sprechen, geschweige denn öffentlich reden, da es der Islam den Frauen verbietet.

1980 wurde die neue Verfassung im Iran verabschiedet. Welche Bedeutung hat diese Verfassung für die Lage der Frau?

Diese neue Verfassung ist wahrscheinlich die einzige Verfassung auf der Welt, die Frauen nur als „Mütter" erwähnt. Frauen werden darin nicht mehr als unabhängige und eigenständige Menschen betrachtet, sondern sie kommen nur noch im Zusammenhang mit Mutter- und Hausfrauenrolle überhaupt zur Geltung. Diese Verfassung soll die Frauen ermutigen und auffordern, Mütter zu werden und S ö h n e n das Leben zu schenken, den „zukünftigen Vätern des Irans" den zukünftigen Anhängern

fassung soll die Frauen ermutigen und auffordern, Mütter zu werden und S ö h n e n das Leben zu schenken, den „zukünftigen Vätern des Irans", den zukünftigen Anhängern

des Klerus und Unterstützern des Staates.

Die Herrschenden versuchen, damit die Frauen zu demoralisieren und sie zu nötigen, ihre Arbeit aufzugeben, die Fabriken und Büros zu verlassen und zurück nach Hause zu kehren, dorthin, wo nach ihrer Meinung der Platz der Frau ist. Aufgrund dieser Rolle als Mutter haben viele Ehemänner ihre Frauen gezwungen, ihre Berufe aufzugeben, um endlich damit anzufangen, ihre wahre Rolle als Mutter und Ehefrau zu erfüllen. Ein weiteres Unterdrückungsmittel, das damit im Zusammenhang steht, ist die Zwangsverschleierung. In der iranischen Presse wurden Zahlen veröffentlicht, nach denen 157 Frauen entlassen worden sind, weil sie sich weigerten, den Schleier zu tragen. Interessant dabei ist, daß diese Erlasse als Reaktion auf die ökonomische Krise unmittelbar nach der Revolution verabschiedet wurden.

Wie stark ist die Frauenbewegung im Iran und welche Frauen sind aktiv in der Bewegung?

Unglücklicherweise muß ich sagen, daß auch die Frauenbewegung im Iran, ähnlich wie in Westeuropa, von „Mittelstandsfrauen" (Anmerk.: im Sinne von gebildeten Frauen) dominiert wird.

Der Grund dafür ist z.B., daß eben gerade diese Frauen aufgrund ihrer Ausbildung, ihrer ökonomischen Unabhängigkeit und ihrer gesellschaftlichen Position eher die Möglichkeit haben, sich von ihrem Mann zu lösen und am öffentlichen Leben teilzunehmen. Wenn dagegen Arbeiterfrauen oder Bäuerinnen von der Arbeit zurückkommen, wird von ihnen die Erfüllung ihrer weiblichen Pflichten verlangt, wie Essen kochen, für Mann und Kinder schuften.

Du warst früher bei den Volksfedayin organisiert. Was waren deine persönlichen Gründe für den Austritt aus der Organisation?

Ich muß vorweg sagen, daß ich erst hier (London) aus der Volksfedayin ausgetreten bin. Die Volksfedayin ist die stärkste linke Organisation im Iran.

Ein persönlicher und gleichzeitig der wichtigste Grund für den Austritt war die völlige Mißachtung der Frauenfrage in dieser Organisation. Frauenfragen und die Auseinandersetzung mit der Sexualität waren in dieser Organisation kein Diskussionsthema, sondern völliges Tabu. Sogar wenn ich mit einzelnen Mitgliedern sprach und sie fragte, ob sie z.B. Engels Buch „Der Ursprung der Familie" gelesen hätten, wurde dies verneint.

Das sie natürlich solchen Fragen keinen großen Stellenwert einräumten, gab es erstmal für sie keinen Grund, dieses Buch, eines der ältesten Schriften zur Rolle der Frau und zur Entstehung der Kleinfamilie, zu studieren. Ein anderer Grund für den Austritt war, daß die Organisation m.E. nach zu sehr von der Bürokratie und von männlichen Dominanzen beherrscht war. So wurden grundsätzlich alle Anweisungen für die Politik der Organisation hier (London) aus der Partei im Iran

Bürokratie und von männlichen Dominanzen beherrscht war. So wurden grundsätzlich alle Anweisungen für die Politik der Organisation hier (London) aus der Partei im Iran

festgelegt und befolgt. Wie z.B. der pro-sowjetische Kurs, bei dem die UdSSR als ein wahrhaftiger sozialistischer Staat gesehen wird und als antiimperialistischer Bündnispartner einen hohen Stellenwert einnimmt. Aufgrund meiner Widersprüche dazu und der Tatsache, daß die Frauenfrage total unter den Tisch fiel, bin ich aus der Volksfedayin ausgetreten.

Fortsetzung S. 30



Auszüge aus der iranischen Verfassung

Artikel 21: *„Die Regierung verpflichtet sich, die Rechte der Frauen in allen Bereichen zu garantieren, unter Berücksichtigung der Regeln des Islam, und wird folgende Politik ausführen: Schaffung geeigneter Plätze für die Entwicklung des weiblichen Charakters und einer Verteidigung ihrer materiellen und geistigen Rechte, Schutz für Mütter während der Schwangerschaft, während des Aufziehens von Kindern, und Schutz für Waisen. Versorgung einer speziellen Rente für Witwen und alte Frauen ohne ‚Beschützer'."*

Der letzte Paragraph des gleichen Artikels besagt: *„In Abwesenheit eines religiösen berechtigten „Beschützers" (Wächter) wird einer anständigen Frau die Verantwortung übergeben."* Im Islam ist ein bevollmächtigter Wächter an erster Stelle ein Vater und dann kommt der Großvater väterlicherseits oder Onkel. Die Frage der Anständigkeit – an sich schon ein sehr zweifelhaftes Kriterium – taucht offensichtlich für einen Mann nicht auf.

Artikel 28: *„Jeder hat das Recht, den Beruf nach seinem eigenen Wunsch zu wählen, vorausgesetzt, daß dies nicht gegen den Islam, gegen das öffentliche Interesse oder die Rechte anderer Leute verstößt."* Der islamische Begriff zur Arbeit von Frauen ist, daß die männlichen Mitglieder einer Familie immer die weiblichen zu unterstützen haben und die Grenzen der Frauen in ihrer häuslichen Umgebung gezogen werden.

Artikel 163: *„Die Qualifikation für Richter und Beamte wird durch das Gesetz festgelegt und zwar gemäß den religiösen Regeln."* Da der Islam die Frauen als „emotionale Geschöpfe" versteht, können sie nach dieser Logik und ganz „gesetzlich" natürlich auch keine Richterinnen werden.

Fortsetzung von S. 29

Welche Haltung hat die iranische Linke zur Frauenfrage?

Die einzige linke Organisation, die die Frauenbewegung bei den Demonstrationen 1979 unterstützt hat, war die „HEZBE-KARGARAN" (trotzkistische Organisation). Leider ist diese Organisation sehr klein. Sie ist die einzige Organisation, deren Basis zu 60% oder mehr aus Frauen besteht.

Die Haltung der „HEZBE-KARGARAN" zur Frauenfrage läßt sich etwa im Kerngedanken so darstellen: Für sie kann die Befreiung der Frau nicht ohne gesellschaftliche Veränderung erfolgen, und umgekehrt wird erst, wenn die Befreiung der Frau stattgefunden hat, es möglich sein, eine freie Gesellschaft aufzubauen. Mit dieser Haltung zur Frauenfrage unterscheidet sie sich sehr grundsätzlich von den anderen linken Organisationen im Iran. Diese argumentieren vielmehr so, daß sie sagen: Solange es keine Freiheit für Männer und Frauen gibt, ist es nicht notwendig, über die Frauenfrage zu reden und Frauen eigenständig zu organisieren. Diese Männerlogik setzt sich dann fort. So ist für sie klar, daß die erkämpfte Revolution in einem Land auch gleichzeitig die Frauenfrage löst, da das Ziel, die Emanzipation der Frau, dadurch erreicht wird. Deswegen soll auch die Frauenfrage bis nach der Revolution verschoben werden. Die gleiche Geisteshaltung gab es während der russischen Revolution 1917. Alexandra Kollontai, die im Zentralkomitee war, führte mit ihrer Position zur Frauenfrage einen schweren Kampf innerhalb der Organisation (Anmerkung d. Verf.: siehe Autobiographie).

Nun möchte ich noch einige Anmerkungen über die stärkste linke Organisation im Iran, eben die Volksfedayin machen.

Im Frühjahr 1980 hat sich die Volksfedayin in einen Minderheits- und Mehrheitsflügel gespalten. Die Mehrheitsfraktion vertritt im wesentlichen einen opportunistischen Kurs, der dem der (revisionistischen) Tudeh-Partei sehr ähnelt. Ihr Hauptargument ist, daß sie legal arbeiten wollen, um die Arbeiter organisieren zu können. Aufgrund dieser Einschätzung haben sie einen Kurs eingeschlagen, der dem von Khomeini in vielen Punkten folgt.

Sie sehen Khomeini und Teile des Klerus als eine antiimperialistische Kraft, die sie unterstützen. Sie sind wie Blinde, die die Unterdrückung im Iran nicht sehen wollen. Vor der Spaltung z.B. arbeiteten sie in Kurdistan für die kurdische Minderheit gegen das Eingreifen der Armee in Kurdistan und gegen die islamische Revolutionsregierung. Aber jetzt bedauern sie ihre Vergangenheit und folgen jetzt auch Khomeinis Kurs in seiner Ablehnung der Frauenbewegung und bei der Unterdrückung von Minderheiten.

Vielleicht kannst du uns zum Schluß einen kleinen Ausblick darüber geben, unter welchen Umständen du dir eine Verbesserung der Lage der Frau im Iran vorstellen kannst?

Natürlich kann ich das nicht genau vorhersagen. Aber ich persönlich denke, wenn die Linke, die nicht so stark ist wie der Klerus, ihren opportunistischen Kurs gegenüber dem Regime aufgibt, gäbe es ein wenig Hoffnung für eine fortschrittlichere Zukunft im Iran, auch was die Frauenfrage anbelangt. Wenn die Linke anfangen würde, sich mit denjenigen Kräften zu organisieren, die derzeit vom Khomeini-Regime unterdrückt und verfolgt werden (Frauen, Kurden), wenn sie ihre Fehler einsehen würde, die sie in der Vergangenheit gemacht hat und sich mit denen verbünden würde, die jetzt schon gegen das Khomeini-Regime und gegen die Vorherrschaft des Klerus kämpfen, dann gäbe es Anlaß zu größerer Hoffnung für die iranische Gesellschaft.

Wenn die Linken nicht die Frauenfrage stellen, wird es für die Frauen, die jetzt schon im Untergrund arbeiten, schwieriger, sich diesen sozialistischen Organisationen anzuschließen und gemeinsam mit ihnen zu kämpfen. Viele Frauen wurden von der Haltung der Linken und ihren Problemen schon desillusioniert und haben sich anderen reaktionären Organisationen angeschlossen, z.B. der islamischen Frauenvereinigung. Einige Frauen haben aufgehört zu kämpfen, haben ihre Rolle als Hausfrau und Mutter akzeptiert, da sie keine Hoffnung in die Zukunft der linken Organisationen gesehen haben.

Konkret für die Frauenbewegung kann ich genauso wenig eine klare Perspektive angeben. Wenn die Khomeini-Regierung die Unterdrückung der Frau und ihrer Organisationen verschärft und die Linke sich weiterhin dazu nicht solidarisch verhält, sehe ich wenig Hoffnung für die Frauenbewegung.

Von der Regierung wird Sozialismus oder Kommunismus als „Sünde" betrachtet, ganz zu schweigen natürlich vom Feminismus, und bekämpft. Wir können also nur darauf hinarbeiten, daß die Linke ihren opportunistischen Kurs ändert und sich mit uns verbündet, um zusammen mit ihnen gegen die staatliche Unterstützung und gegen die patriarchalische Gesellschaft, für einen freien Iran, zu kämpfen.

W. Genossin des KB Nürnberg,
in Zusammenarbeit mit einer Freundin des KB

Angriffe auf die Rechte der Frauen nach der Revolution

Erziehung:

– Ein Erlaß des Erziehungsministeriums verbietet verheirateten Frauen den Besuch einer Tagesschule.
– weibliche Bewerber für das Studium der Religionsfakultät an der Universität Mashad wurden angewiesen, andere Fächer zu belegen. Diejenigen, die das Studium schon begonnen hatten, wurden in besonderen Klassen von den männlichen Studenten getrennt (Oktober 1979).
– Studentinnen der technischen Hochschule wurden angewiesen, ihr Studium aufzugeben (September 1979).
– Männliche Studenten von Erziehungsfachschulen wurden entlassen (Februar 1980).

Verbrechen gegen Frauen:

Verbrechen gegen Frauen aufgrund von Eifersucht oder der „Familienehre" hat es immer gegeben. Der einzige Unterschied ist, daß heute diese Taten die stillschweigende Unterstützung durch den Staat genießen. Wer nachweisen kann, daß er seine Frau aus „Eifersucht" umgebracht hat, muß im schlimmsten Fall (z. B. schlechter Anwalt) ein halbes Jahr ins Gefängnis.

Beispiele: Shiraz, eine 28jährige Frau, wurde von 10 männlichen Verwandten erstochen. *„Sie ging ohne Erlaubnis aus dem Haus und als wir sie mit einem Fremden sahen, beschlossen wir, sie zu töten."* (Juni 1979).

Teheran: Ein Mann schlug seine Frau, die noch im Wochenbett in der Klinik lag, weil sie wieder „nur" ein Mädchen geboren hatte. Sie hatte „schon" drei Töchter. Die Frau beging noch im Krankenhaus Selbstmord (Juli 1979).

Prostitution:

Prostitution und der Kampf dagegen (im revolutionären Iran) wurde ausschließlich aus männlicher Sicht geführt. Es gibt keine Überlegung, wie man mit dem Problem fertig werden könnte. Die Verfolgung Prostituierter ist gewaltsam und blindwütig und wird oft ausgeführt von irgendjemand, der für sich gerade die lokale Autorität in Anspruch nimmt.

Beispiele: 4 Callgirls wurden *„von ihrem miserablen und korrupten Leben gerettet"*, als vier revolutionäre Gardisten sich dazu „hergaben", sie zu heiraten. Die Tat dieser Gardisten wird als außerordentlich revolutionär betrachtet (Mai 1979).

Am 26. Juli 1979 wird eine 17jährige, die psychisch krank ist, unter der Anklage der Prostitution in Behshahr hingerichtet. Der Prostituiertenbezirk in Teheran ist sofort geschlossen worden und „wahrscheinlich" wird ein Fürsorgeprogramm bald entwickelt werden.

(Auszüge aus der Broschüre „Iranian women in Struggle", zu beziehen über den Frauenbuchladen „Sisterwrite"/Upperstreet, London)

»Helft den Genossen vom Pferd!«

– Frauen und Kommissionsarbeit –

Liebe Antifa-Genossinnen,
ich bin zwar erst seit November 1980 in einer Kommission (der Niederlande-Kommission), will aber doch schon mal als Beitrag zu der von euch vorgeschlagenen Diskussion (AK 196) von meinen ersten Erfahrungen berichten (einschränkend muß ich vorausschicken, daß ich mit einem eurer hauptsächlichen Probleme – der „Vereinbarkeit" von allgemeiner Kommissions- und spezieller Frauenarbeit – keine Schwierigkeiten habe: mein Arbeitsbereich in der Kommission i s t die Frauenarbeit).

Ich lebe im Moment in den Niederlanden und beschloß vor meinem Weggang aus der BRD, meine politische „Durststrecke" im Ausland durch eine verstärkte Mitarbeit im KB – ich bezeichne mich selbst noch als Sympathisantin – zu überstehen.

Von den Niederlanden aus nahm ich Kontakt zur Kommission auf und fuhr nach Hamburg. Über meine Mitarbeit hatte ich mir schon Gedanken gemacht: ich wollte Zeitungen auswerten und, wenn sinnvoll nach Hamburg schicken. Ideen für AK-Artikel und eine „weitergehende" Mitarbeit hatte ich zwar im Kopf, fühlte mich aber „politisch" nicht dazu in der Lage.

Bei dem ersten Gespräch mit dem am längsten in der Kommission arbeitenden Genossen wurde ich durch die Fragen überrascht, wer ich denn sei, weshalb ich Niederlande-Arbeit machen wolle und woran mir besonders läge. Durch dieses Herangehen – nicht einfach „verplant" zu werden – fühlte ich mit akzeptiert und
ders läge. Durch dieses Herangehen – nicht einfach „verplant" zu werden – fühlte ich mit akzeptiert und
konnte offensiver sein, als ich gedacht hatte. Durch eine recht illusionslose Darstellung des Standes der Niederlande-Kommission und der Mängel seiner Arbeit in diesem Rahmen rutschte der „hohe Herr" ganz erheblich von dem Sockel (auf den ich ihn gestellt hatte). Die Angst vor dem „allwissenden" Genossen war erst mal dahin.

Schon bevor ich aus der BRD wegging, hatte ich mit meinen Genossinnen in Göttingen über das Frauenbuchprojekt „Frauen in linken Organisationen" gesprochen. S i e trauten mir die Arbeit an dem Niederlande-Teil zu, und als mich dann der Genosse fragte, ob ich nicht den Niederlande-Teil für dieses Buch machen wollte, war ich einverstanden. Eigentlich hatte ich ja auch von vorherein Lust dazu, mir das nur nicht zugetraut.

Beim ersten Kommissionstermin besprachen wir meine zukünftige Arbeit, und ich forderte von meinen beiden Kommissions-Genossen Unterstützung für den Einstieg. Die bekam ich: Einmal indem mir Kontakte geschaffen wurden, die im Arbeitsbereich der Genossen lagen, andererseits durch gründliche Vordiskussionen und Materialbeschaffung über die Frauenbewegung und die Organisationen, in denen die Frauen arbeiteten. In der inhaltlichen Schwerpunktsetzung wurde ich durch die Genossin unterstützt, die das Frauenbuchprojekt leitet, und durch die Genossinnen in Göttingen. Da die Arbeit am Frauenbuch sehr unter Zeitdruck lief – ich war erst relativ spät eingestiegen – nahmen mir die Genossen die Tipparbeiten (das Abtippen von Interviewbändern in einer anderen Sprache ist eine Heidenarbeit!) ab und ermöglichten mir dadurch, mich völlig mit der inhaltlichen Arbeit, der Zusammenfassung und der Schwerpunktsetzung zu beschäftigen.

Ohne die Unterstützung der Genossen hätte ich den Niederlande-Teil wohl nicht einigermaßen termingerecht abliefern können. Diese Unterstützung, sagen jedenfalls meine Genossen, kommt von ihrer Einsicht, daß die politische Arbeit nicht nur mehr Spaß macht, wenn eine solidarische Atmosphäre in der Zusammenarbeit herrscht, sondern sich diese Atmospäre auch auf die Qualität der Arbeit positiv auswirkt. Mit Ignoranz – das war den Genossen klar – und Nicht-ernst-Nehmen meiner Person und meiner Arbeit wäre die Arbeit früher oder später gescheitert, denn die Belastung (Vorbereiten der Interviews, Interviews, Nachbereiten, durch die Niederlande fahren) war für mich – zudem noch als „Einstieg" in die Arbeit – reichlich groß.

Da wir ungefähr einmal im Monat einen Wochenendtermin machen, kommt auch der persönliche Kontakt zwischen uns nicht zu kurz.

Zu unserer „Tagesordnung" gehört auch, mit ein Auge darauf zu haben,
zwischen uns nicht zu kurz.

Zu unserer „Tagesordnung" gehört auch, mit ein Auge darauf zu haben,
daß der Kommissions-Genosse, der gerade seine Examensarbeit schreibt, damit nicht in Verzug gerät, und die gemeinsame Diskussion über seinen zukünftigen Arbeitsplatz. In der Zeit zwischen den Terminen gibt es einen recht regen Verkehr per Telefon und Brief (wir wohnen alle ein paar hundert Kilometer auseinander).

Wie ich selbst einen Arbeitsschwerpunkt – Frauen – habe, haben auch meine beiden Genossen ihre Arbeit auf Schwerpunkte – Antimilitarismus, Kraker – ausgerichtet. Zum Aufbau von „Spezialarchiven" für diese Gebiete hatte einer der Genossen in einem Arbeitspapier seine Archiverfahrungen zusamengestellt und dies gleich auf den „Aufbau eines Archivs zur niederländischen Frauenbewegung" konkretisiert. Am Ende dieses Papiers schrieb der Genosse – zwar ein wenig „zackig" aber sonst recht löblich – : „... *für die Arbeitsteilung in der Kommision (gilt), 'wie auch sonst', daß die Frauenverantwortliche auf Anforderung bei Anlage und Unterhaltung des Frauenarchivs zu unterstützen ist. Solche Anforderungen gelten – wenn verlangt – als vorrangig gegenüber anderen Aufgaben der Kommissions-Männer*".

Zur Unterstützung gehört auch eine sehr intensive „Begleitung" meiner Artikelarbeit: Vorherige Diskussionen zu Schwerpunkt und Aufbau des Artikels, Zwischenberichte über Fortschritte und Schwierigkeiten, Kritik von Inhalt und Form auch in Einzelheiten.

Da ich nun die praktische Arbeit hinter mir habe (Interviews), muß ich auch beginnen, mir das Wissen anzueignen, was mir viel Mühe und unnütze Arbeit bei den Arbeiten fürs Frauenbuchprojekt erspart hätte, wenn ich darüber schon verfügt hätte. Ein größeres Artikelprojekt (über die feministisch-sozialistische Bewegung) steht an, das ich größtenteils am Schreibtisch hinter mich bringen werde. Auch dazu sind von einem Genossen schon Vorarbeiten gemacht worden, ein Wegweiser durch den Materialstapel, den wir auch gemeinsam diskutiert haben. Zu dieser Arbeit habe ich mit einer Genossin der AG Frauen abgesprochen, nach den ersten Vorarbeiten die Weiterarbeit zu diskutieren, um nicht irgendwann ins Leere zu laufen. (Also eine zweiseitige „Betreuung": einmal von den Genossinnen der AG Frauen, auf der anderen Seite die „Niederlande-spezifische" von den Genossen der Kommission.)

Mit „*formalen Verhaltensänderungen*", schreibt ihr, „*wäre uns nicht gedient*". Genau! Denn wie ernst es die Genossen mit der Unterstützung der Frauen nehmen, zeigt sich erst im praktischen Verhalten. Was t u n sie wirklich, um die Entwicklung der Frauenarbeit zu unterstützen und zu fördern? (Wobei wir den Genossen al-
wirklich, um die Entwicklung der Frauenarbeit zu unterstützen und zu fördern? (Wobei wir den Genossen al-
lerdings vorher klarmachen müssen, daß w i r bestimmen, wie ihre Unterstützung aussehen soll.) In einem relativ überschaubaren Bereich wie einer Kommission, finde ich, wäre uns schon gedient, wenn die Genossen, mit denen wir zusammenarbeiten, uns Frauen zuarbeiten: die weniger qualifizierteren („frauenspezifischen") Arbeiten übernehmen, wie Tippen, wie Materialsuche, wie rein technische Aufgaben (Kopier-, Versandaktionen) – und natürlich ihre Kenntnisse zur Verfügung stellen. Daß ihre Arbeit darunter „leidet" – sie haben weniger Zeit für „ihre" Sachen – liegt in der „Natur der Sache"; genauso, wie es bisher in dieser „Natur der Sache" liegt, daß wir allzuoft die Entwicklung unserer Arbeit von den Kriterien abhängig machen, die die „qualifizierten" (?) Genossen uns setzen.

Daß wir unser Frauen-Statut im Rücken haben (und den Genossen immer mal wieder vor Augen führen müssen) ist dabei nur gut. Spannend wird's erst, wenn das, wozu die Genossenköpfe (Theorie) genickt haben, auch in die Genossenhände (Praxis) gehen soll.

Wann treffen sich – euer Vorschlag – zum ersten Mal die Kommissions-Frauen?

Re., Niederlande-Kommission

Leserbrief zum Thema »Männerseiten«

Liebe AK -Leserinnen und Leser,
ich möchte mit dem folgenden ein paar Bemerkungen machen zu der Frage der „Männerseiten" im AK.

Die Ablehnung von „Männerseiten" (193 REIS, 194 Th., 195 Co., 196 Lüneburger Gnossinnen) geht sicher nicht nur auf die These I von Co (AK 195) zurück, wonach Männer nicht unter der doppelten Unterdrückung leiden und demnach auf Selbstdarstellung in Form von „Männerseiten" keinen Anspruch haben. Vielmehr glaube ich, daß es noch andere Gründe gibt. Niemand von Euch (Frauen) wird vermutlich etwas dagegen haben, wenn sich Männer mit anderen Männern/Frauen über ihre Einstellung zur Frauenfrage, ihre Schwierigkeiten im Umgang damit usw. unterhalten. Die Frage ist nur, was die Männer mit ihren Gesprächen und deren Ergebnissen anfangen. Wenn G. in AK 195 schreibt, er habe was gegen den sprichwörtlichen Hammer, der auf ihn niedersaust, „*wenn Männer versuchen, selber was zu tun*" (zu ihrer Weiterentwicklung), so ist das meiner Meinung nach der Knackpunkt. G. versteht das Abfassen von Artikeln über die eigene Entwicklung als Mann als „was tun", und genau das ist wohl der Punkt, an dem frau mann absolut nicht mehr traut. Aus eigener Erfahrung kann ich sagen: Wieviel Papiere habe ich geschrieben, wieviel Versprechen abgegeben, wie oft meine Schwierigkeiten und meine Situation dargestellt. Und die Konsequenzen? Die Änderung des Verhaltens? Genau da hapert's, da, wo das „was tun" eigentlich erst beginnt und das Lippenbekenntnis verläßt.

Vor wenigen Tagen sagte eine Frau, die ich zufällig in einem Restaurant kennengelernt hatte und die meiner Meinung nach in keiner politischen Bewegung drinsteckt, wörtlich: „Wenn ein Mann ein Versprechen macht, da kannst Du doch 99% vergessen". Die Erfahrungen, die einer solchen Aussage zugrunde liegen, können nicht eben die schönsten gewesen sein, und ich glaube, das ist der Punkt, wo die Frauen, die die „Männerseiten" ablehnen, kein Vertrauen mehr haben.

Und dennoch: Ich könnte ständig laut „Scheiße" schreien. Ich komme einfach nicht klar mit dem Widerspruch: auf der einen Seite die verständliche und nachvollziehbare (s. o.) Ablehnung der „Männerseiten" durch die Frauen, auf der anderen Seite mein und vieler Männer Bedürfnis, trotz Schwierigkeiten mit den Konsequenzen (s.o.), über unsere Entwicklung und Menschwerdung zu sprechen, schreiben, in dem Sinne, wie H. ihn in AK 196 beschreibt: „*als Kampf gegen den Mann in (seiner) menschenverachtenden Art und Weise*".

Ich sehe es auch so: Eine Männerfrage in dem Sinne, wie die Frauenfrage zu verstehen ist, existiert nicht. Aber Probleme, die sich aus der Konfrontation mit meinem Verhalten ergeben, aus den Ansprüchen/Gefühlen/Erwartungen, die andere Männer und Frauen an mich haben und ich an sie, diese Probleme existieren, und ich lebe und fühle sie jeden Tag (ich will dafür nicht bedauert werden, ich will's einfach nur feststellen). Und eben diese Probleme will ich mit anderen Männern und Frauen besprechen. Da ich davon ausgehe, daß das Sein das Bewußtsein bestimmt, ist vor jede Verhaltensänderung auch erstmal eine Bestandsaufnahme gesetzt, und als Grundübereinstimmung sollten wir alle davon ausgehen, daß es den Männern, die bisher zu dem Thema geschrieben haben, um diese Bestandsaufnahme ging (ich hoffe es zumindest), mit all dem Schrott, der darin enthalten war.

Wenn es für die Leserinnen des AK eine Zumutung ist, sich diese Bestandsaufnahmen angucken zu müssen, so kann ich das akzeptieren, möchte aber dennoch mit den Mannern diskutieren, eben gerade um Belzebub Gernot Gailer aus uns allen auszutreiben (ein heerer Anspruch, puh!). Deswegen mein Vorschlag: Sammeln der eingegangenen Leserbriefe und Erstellen einer Broschüre, oder Fotokopieren wie im Fall der Märchenprinzdiskussion.

Uns Männern möchte ich noch mit auf den Weg geben: Laßt uns nicht in eine falschverstandene Solidarität der „roMANNtischen Verlierer" (Schroeder Roadshow, LP „Anarchie in Germoney") verfallen.

AUSKOTZEN GENÜGT NICHT – SOWAS MUSS PRAKTISCHE FOLGEN HABEN (frei nach Brecht).

B., AK - Leser, Hamburg

Falls das mit der Broschüre hinhauen sollte, würde ich mich mit an den Composer setzen.

Internationale Lesbenkonferenz in Amsterdam

Zwischen Weihnachten und Neujahr fand in Amsterdam die erste Konferenz des ILIS (International Lesbian Information Service) statt. Es waren 76 Frauen aus 15 Ländern da: Belgien, Kanada, Dänemark, England, Frankreich, Irland, Niederlande, Neuseeland, Norwegen, Schottland, Spanien, Südafrika, Schweiz, USA und Jugoslawien.

Am ersten Tag fanden mehrere workshops zum Informationsaustausch statt, in denen die einzelnen Frauen aus ihren Ländern und den Gruppen, die sie dort vertreten, erzählten. Im Laufe der Konferenz gab es noch workshops zu folgenden Themen:

– Sorgerecht für lesbische Mütter

Die Frauen stellten fest, daß sie sehr wenig Informationen über die Situation in den einzelnen Ländern haben. Deshalb nahmen sie sich vor, in nächster Zeit hauptsächlich Informationen zu sammeln, um dann auf dieser Grundlage auch Aktionen vorschlagen zu können.

Anlaufstelle für Informationen dazu ist: Christine Murray
Rosemead, Leckhampton Hill
Cheltenham, GL 53 90 J (England)

– Aktionen

In dieser Gruppe wurden folgende Vorschläge für Aktionen der ILIS gemacht:

1) Öffentlichkeitsarbeit zu der Entlassung einer belgischen Lehrerin, weil sie lesbisch ist (s. auch LESBENSTICH 1/81)
2) Schreiben an den Bürgermeister von Wellington, Neuseeland, wegen einer lesbenfeindlichen Werbung in den öffentlichen Verkehrsmitteln.
3) Sammeln von Informationen zum Sorgerecht für lesbische Mütter.
4) Von der Menschenrechtskommission (Human Rights Commitee) zu fordern, daß sie sich für lesbische Mütter, denen das Sorgerecht entzogen wurde,einsetzen.
5) Ein Symbol für ILIS entwerfen.

– Lesben und Medien

Die Diskussion darüber, wie ILIS sich gegenüber den nichtfeministischen Heteromedien verhalten sollte, wurde auf die nächste Konferenz verschoben.

Die Gruppe machte den Vorschlag, möglichst viel Informationen über lesbische, feministische und gemischte homosexuelle Veröffentlichungen in den einzelnen Ländern zu sammeln.

Außerdem wollen sie eine Liste von Journalist/inn/en aus der bürgerlichen Presse, Rundfunk, etc. zusammenstellen, die vernünftig über Lesben schreiben.

– Rassismus und Klassendiskriminierung

Die Arbeitsgruppe ging davon aus, daß wir alle in einer rassistischen Gesellschaft leben und großgeworden sind und mindestens einen Teil der herrschenden Vorurteile verinnerlicht haben. Sie fordern daher, daß jede Lesbe sich mit diesem Problem auseinandersetzt.

– Lesben und Alkoholismus

Daß Alkoholismus unter Lesben ein so großes Problem ist, liegt zum großen Teil auch an der Diskriminierung durch die Heterowelt. Obwohl aber so viele Lesben davon betroffen sind, wird sehr wenig darüber geredet. Auch hier muß das Schweigen aufhören!

Die Gruppe redete auch darüber, inwieweit die Anonymen Alkoholiker für Lesben nützlich sein können oder ob es besser ist, eigene Gruppen für lesbische Alkoholikerinnen zu gründen.

– Lesben und Feminismus

Diese Arbeitsgruppe diskutierte hauptsächlich darüber, ob das Lesbisch-sein eine bewußte Entscheidung aufgrund eines feministischen Bewußtseins ist, oder ob ein feministisches Bewußtsein nur das Coming-out erleichtert.

– Pädophilie

Zunächst wurde diskutiert, ob das Thema Pädophilie für Lesben eigentlich relevant ist. Alle aus der Arbeitsgruppe meinten, daß es das ist.

Die Teilnehmerinnen diskutierten dann sehr stark an persönlichen Erfahrungen. Einige Frauen berichteten von Beziehungen zu Frauen, die sie als Mädchen gehabt haben und daß sie diese nicht als ungleichberechtigt empfunden haben. Andere hatten dagegen starke Bedenken, vor allem in bezug auf heterosexuelle pädophile Beziehungen. Danach diskutierten die Frauen die Auswirkungen der Gesetze gegen pädophile Beziehungen. Zwei Frauen berichteten von ihren eigenen schlimmen Erfahrungen aufgrund der Gesetze (die ständige Angst vor dem Gericht; mitkriegen, wie die/der ältere eingeknastet wird). Keine der Frauen meinte, daß die jetzigen Regelungen dem Problem gerecht werden.

Auf der anderen Seite waren alle der Meinung, daß Kinder vor ungewollten sexuellen Annäherungen geschützt werden müssen. Es wurde der Vorschlag gemacht, auf eine gesetzliche Formulierung hinzuwirken, die Kindern ein Recht auf sexuellen Ausdruck und sexuellen Schutz zugesteht. Diese Diskussion soll auf der nächsten Konferenz fortgeführt werden.

– Transsexualität

Die Diskussion ging von einer Frau aus, die mit einer Gruppe Transsexueller zusammenarbeitet.

Zunächst wurden die Bedingungen zusammengetragen, unter denen in den einzelnen Ländern eine Operation stattfinden kann. In London müssen Menschen, die ihr Geschlecht ändern wollen,einen psychologischen Test machen, der rausfinden soll, ob sie ihr Geschlecht wirklich ändern wollen. Dann müssen sie ein Jahr als Frau (bzw. Mann) leben, danach kriegen sie dann eine kostenlose Operation.

In Frankreich ist die Situation ähnlich, nur daß man nicht ein Jahr warten, dafür aber was bezahlen muß.

Die Belgier müssen ins Ausland, um die Operation zu bekommen.

In Spanien werden Transsexuelle in den Knast gesteckt.

Nach der Operation leben Frauen, die Männer geworden sind, meist mit Frauen zusammen.

Männer, die zu Frauen werden, haben auch nach der Operation meistens Beziehungen zu Frauen, viele verstehen sich als Lesben.

– Lesbische Mütter
– Lesben und Spiritualität
– weibliche Sexualität
– Frauen und S/M

wurden auch in Arbeitsgruppen behandelt (leider fehlen darüber Berichte). Im Plenum wurden die Diskussionen der Arbeitsgruppen referiert. Dann wurde, von drei Arbeitsgruppen vorbereitet, darüber diskutiert, welche Struktur ILIS in Zukunft haben soll. ILIS ist aus der IGA (International Gay Association) hervorgegangen, als die Frauen angefangen haben, sich getrennt von den Männern zusammenzusetzen. Die Frauen einigten sich auf folgende Vorschläge, die auf der nächsten Gesamtkonferenz der IGA verabschiedet werden sollen.

– ILIS soll nur als Informationsdienst tätig sein. Politische Entscheidungen treffen die einzelnen Gruppen, die in der ILIS Mitglied sind.

– ILIS ist autonom in Fragen, die nur Lesben und andere Frauen betreffen, bei Fragen, die Schwule und Lesben angehen, kann die ILIS mit der IGA zusammenarbeiten.

– Der Name IGA soll beibehalten werden, weil das Wort „Gay" kein Monopol von den Typen sein soll. Mit der starken ILIS werden die Lesben in der IGA auch sichtbarer.

– Die Männer müssen bei Fragen, die nur sie betreffen, Rücksprache mit den Frauen halten, bevor sie im Namen der IGA irgendetwas unternehmen. Für den Fall, daß die Frauen nicht einverstanden sind, sollten sie sich einen Namen suchen, der deutlich macht, daß nur die Typen in der IGA diese Entscheidung tragen.

Die nächste Konferenz der ILIS wird vom 15.–17.4. in Turin stattfinden. Im Anschluß daran findet die jährliche IGA-Konferenz statt.
Kontaktadresse:
Clara Rivalta
Corso Rafaello 5
10100 Torino
Italien

Nach dem Protokoll der Konferenz
Eine Genossin der Lesbengruppe des KB

Für Integrationsmodell ausgesucht, weil sie Lesbe ist oder – Wie der »Normalvollzug« für eine Gefangene der RAF aussieht

Verena Becker befindet sich wie alle anderen Gefangenen aus der RAF im Hungerstreik für ihre Zusammenlegung zu interaktionsfähigen Gruppen und für die Freilassung von Günter Sonnenberg.

Seit dem 30.1.81 ist sie im Knastkrankenhaus Kassel wegen TBC.

Im Gegensatz zu anderen Gefangenen aus der RAF oder z.B. auch vom 2. Juni, die in Sondertrakten bzw. heute in Hochsicherheitstrakten isoliert werden, war sie eine derjenigen gewesen, denen die ‚Integration' in den ‚Normalvollzug' versprochen wurde:

Ende März '78 war Verena von Stammheim in den Frauenknast Preungesheim verlegt worden.

„Zu der Zeit waren wir im Streik gegen unsere Totalisolation, die nach der Kontaktsperre nicht wieder aufgehoben wurde, für unsere Zusammenlegung: Nachdem wir den Streik beendet hatten, wurde ich auf 'ne normale Strafgefangenenstation verlegt. Die Isolation wurde von heute auf morgen aufgehoben...

Warum sie mich dafür ausgesucht haben, hat Helga Einsele mit ihren ‚individualpsychologischen Spekulationen' in ‚Frauen und Terror' veröffentlicht. Diesen Artikel hat sie geschrieben (Januar '78), als schon sicher war, daß ich nach Preungesheim verlegt werde. Der Artikel hatte die Funktion, meine Verlegung nach Preungesheim – unter den Bedingungen des Regelvollzugs – abzusichern, von einer Frau, die 28 Jahre für diese Institution verantwortlich war.

In dem Abschnitt ‚soziale Herkunft der Frauen' hat sie gezielt nur meinen Namen genannt und gibt drei ‚individualpsychologische' Gründe dafür an, mich nach Preungesheim zu bringen.

Die Gründe sind:

– meine Herkunft, proletarisch. Für sie: ‚geistig unselbständig'.
– meine Identität als Radikallesbe. Für sie: ‚kontaktbereit'.
– meine Befreiung durch das Kommando der Bewegung 2. Juni und das damit verbundene Wissen. Für sie: ‚Ideologie der Palästinenser, wilder Haß'."

(aus einem Text von Verena vom August 1980)

Statt der geplanten Einflußnahme auf Verenas Identität war nun aber im Preungesheimer Frauenknast das Gegenteil der Fall: die Frauen dort solidarisierten sich z.B. bei Hungerstreiks, hängten Transparente aus Bettlaken an die Zellenfenster, wenn eine Demo zum Knast kam usw.usf.

„Wir brüllten gemeinsam mit den Leuten von draußen Parolen, und schlugen Töpfe gegen die Gitter. Auch draußen veranstalteten die Leute einen Mords-Krach mit ihren Instrumenten. Sie riefen uns zu, daß sie unseren gemeinsamen Kampf unterstützen wollen. Von allen Seiten wurde gebrüllt: ‚gemeinsam sind wir stark'."

(aus einem Bericht der gefangenen Frauen über eine Demo während ihres Hungerstreiks am 5.7.80)

So hatten sich die Strategen der psychologischen Kriegsführung die Integration natürlich nicht vorgestellt.

Ende Dezember '78 wurde die damalige Anstaltsleiterin Eve von Pilgrim gekündigt. *„Bis dahin hatte sie andauernd einen Sicherheitsbeauftragten des Justizministeriums vor der Nase sitzen. Die waren direkt für meine Haftbedingungen zuständig."* (aus einem Text von Verena)

Helga Einsele veröffentlichte einen Artikel in der FR, wo sie ihren Kurs ändert und dafür plädiert, nur noch die ‚gebrochenen' Gefangenen in den Normalvollzug zu übernehmen. Die Anstaltsleiterin wurde dann direkt durch den ehemaligen Sicherheitsbeauftragten für die Haftbedingungen der politischen Gefangenen Hessen ersetzt. Dieser Herr – Kuhlenkampff – war dann 1 Jahr lang kommissarischer Anstaltsleiter!

Verenas Haftbedingungen wurden verschärft. Sie wurde auf die B III verlegt, was heißt, Knast im Knast. Die B III ist als einzige Station mit hochgezogenen Gittern, so zugebaut, daß keine Kontaktaufnahme mit anderen Stationen unkontrolliert möglich ist. Vor ihrem Fenster ist zusätzlich noch ein Maschendrahtgitter und eine Sichtblende. Zusätzlich wurde noch ein Steckschloß an Verenas Zellentür angebracht. Frauen, die trotzdem noch Kontakt zu ihr hatten, wurden mit Repressalien schikaniert.

„Ich kann nicht außerhalb der Station arbeiten. Nur als Schülerin – über Fernkurs und Selbststudium. Meine Zelle wird viermal die Woche von Vorgesetzten der üblichen Schliesserinnen gecheckt. Zusätzlich einmal die Woche Körperkontrolle. Ich habe überall hin Einzelvorführungen, z.B. zum Einkauf, zum Arzt, einzeln baden usw. Wenn ich am Büchertausch teilnehme, wird auch der bewacht. An Gruppen kann ich nicht teilnehmen. Mit einer Ausnahme. Bei meiner Teilnahme am Kino oder Video behält mich auch dort die Stationsschließerin im Auge. Meine Besuche laufen einzeln und mit LKA-Überwachung, Verteidigergespräche nur hinter Trennscheibe.

So sieht der ‚Normalvollzug' bei einer Gefangenen aus der Guerilla aus."

Dazu die neue Anstaltsleiterin Bernhardt:

„‚Normalvollzug' bedeutet nicht, daß Beschränkungen, die das Strafvollzugsgesetz aus Gründen von Sicherheit und Ordnung, insbesondere auch zum Schutz der Allgemeinheit, vorsieht, ausgeschlossen wären."



Frauenhaftanstalt Lehrter Straße / Berlin

(in einem Brief an Verenas Anwalt, 25.2.80)

Diese Erfahrungen haben auch andere Gefangene gemacht: ‚Normalvollzug' für RAF-Gefangene g i b t e s n i c h t, sondern das ‚Angebot' des Regelvollzugs dient dazu, die Gefangenen zur Kooperation zu bringen und ihre Identität zu brechen. Gelingt das nicht, gibt es zur Disziplinierung verschiedene Stufen der Sonderbehandlung. Das gilt dann auch für die ‚sozialen' Gefangenen, wenn sie anfangen, gegen ihre Situation im Knast zu rebellieren. So sollen jetzt in Preungesheim alle Stationen so wie bisher nur die Sonderstation B III ausgebaut werden....

Verena ist außerdem die e i n z i g e Gefangene aus der RAF gewesen, die, ohne daß Vorbedingungen an sie gestellt wurden, vorübergehend in den ‚Normalvollzug' oder besser Pseudo-Normalvollzug gekommen ist – allen anderen wurde dieses ‚Angebot' nur gemacht für den Fall, daß sie vom bewaffneten Kampf abschwören. Abgesehen davon, daß dazu selbstverständlich niemand bereit ist, wird der Pseudo-Normalvollzug auch deswegen abgelehnt, weil sonst der Öffentlichkeit gegenüber die Sonderbehandlung, die dann ja trotzdem weiterbesteht, unter den Tisch gelogen werden würde.

Mit ihrem jetzigen Hungerstreik fordert Verena ihre Zusammenlegung mit anderen Genoss(inn)en aus der RAF, als Voraussetzung dafür, überhaupt politisch handlungsfähig zu bleiben.

„Für uns kann ‚Integration' keine Linie sein, die wir erkämpfen müssen, sondern ist genauso zu bekämpfen wie die Isolation und die Kleingruppenisolation in Hochsicherheitstrakten. Wir wissen, haben erfahren, diese verschiedenen Arten der Gefangenschaft sind Mittel zur Zerstörung der politischen Identität.

....

Abschaffung der Isolation als Forderung beinhaltet auch die Aufhebung der Isolation unter uns, weil klar war, daß wir nur als Kollektiv Möglichkeiten haben, Auseinandersetzungen über Strategie und Taktik unserer Politik zu führen. Aus denen entwickeln wir unsere Stärke und Identität. Die Prozesse von Kritik und Selbstkritik sind notwendig, Voraussetzung, um uns immer wieder die politische Orientierung zu erkämpfen."

Außerdem fordert sie die Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention für Kriegsgefangene, was bedeutet, die Kontrolle der Haftbedingungen durch eine unabhängige internationale Kommission.

„Ebensowenig, wie die staatlich/justizielle Reaktion auf uns zu trennen ist von der gesamten Strategie gegen die Guerilla, ist umgekehrt die Politik der Gefangenen nicht zu trennen von der Politik der bewaffneten Gruppen.

....

... nicht durch die ‚Berufung auf die Genfer Konvention' soll irgendeine ‚Anerkennung' erreicht werden, sondern (...) die staatliche Reaktion auf die revolutionäre Initiative, also – die Tatsache des aufgeblähten Repressionsapparates,

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 31

– die Tatsache von soundsoviel Sondergesetzen,
– die Tatsache von Sonderbehandlung der Gefangenen bis ins letzte Detail,
– die Tatsache der Trakts,
– die Tatsache der Liquidationsfahndung,
– die Tatsache von Kontaktsperre und Geiselstatus

ist die ‚Anerkennung' als ‚Kriegsgegner', und die ‚Berufung auf die Genfer Konvention' ist nur, angesichts der Tatsache der Vernichtungshaft, des Sonderstatus, der gezielten wissenschaftlich ausgefeilten Programme, angesichts von acht im Knast ermordeten Genossen, der Versuch, einen Schutz, eine Garantie für das Leben zu erlangen, also den bereits vorhandenen Status als Gefangene in der Auseinandersetzung Staat/Guerilla – und da ist es auch letzten Endes völlig wurscht, ob man das nun ‚Kriegsgefangenenstatus' nennt oder nicht –, bei dem das Überleben nicht gesichert ist (und das hat sich ja nun deutlich genug gezeigt in den letzten Jahren, es ist eher das Gegenteil gesichert), – das auf den Level zu heben, der für Gefangene in solchen Auseinandersetzungen international festgelegt ist. Darum geht es bei der Berufung auf die Genfer Konvention." (aus der Prozeßerklärung von Gert Schneider und Christof Wackernagel)

„Wir wissen – es gibt keinen wirklichen, permanenten Schutz für gefangene Revolutionäre, außer unserer Befreiung. Was eine Machtfrage ist.

Worum es uns geht, immer ging, uns Kampfbedingungen zu erobern, wo wir kollektiv, kämpfende Einheit, eine reale Gegenmacht werden/sind." (Text von Verena, August '80)

Am 30.1. 81 wurde Verena wegen TBC von Preungesheim in das Haftkrankenhaus Kassel-Wehlheiden ververlegt, nachdem die Preungesheimer Anstaltsärztin Frau Dr. Schiel sie für haftunfähig erklärt hatte. Also anstatt ihre Behandlung in einer Spezialklinik zu ermöglichen, wurde sie einfach in einen anderen Knast (einen Männerknast) verlegt. Dort ist sie 24 Stunden am Tag isoliert, und ihre Haftbedingungen sind darauf angelegt, ihre Krankheit zu verschlimmern: *„Anfangs war sie in einer nicht geheizten Zelle untergebracht. Nachdem sie sich über die Kälte beschwerte, wurde sie in eine Sicherheitszelle verlegt, in der sie das Fenster nicht allein öffnen und schließen kann."* (aus einer Erklärung von Verenas Schwester auf einer Pressekonferenz der Angehörigen am 11.2. 81 in Bonn)

Der Hofgang wurde ihr gestrichen, Besuchsanträge von Angehörigen und Freunden werden abgelehnt mit der Begründung ‚Ansteckungsgefahr', Besuchsanträge von Angehörigen und Freunden werden abgelehnt mit der Begründung ‚Ansteckungsgefahr', aber gleichzeitig putzen andere Gefangene Verenas Zelle!

Die Frauen in Preungesheim haben sofort nach Verenas Verlegung eine Solidaritätserklärung veröffentlicht:

„Wir, die gefangenen Frauen in Preungesheim, unterstützen die Forderungen unserer Mitgefangenen Verena Becker.

Wir fordern:

1) Zulassung eines Arztes ihres Vertrauens
2) ein positiver Krankheitsbefund erfordert in jedem Fall Haftunfähigkeit
3) Behandlung ihrer Krankheit in einer fachspezifischen Klinik ausserhalb des Vollzugs.

Uns ist bekannt, daß ihr derzeitiger Aufenthalt im Vollzugskrankenhaus Kassel-Wehlheiden keine angemessene Behandlung ermöglicht.

Sie ist in einer Spezialzelle untergebracht, was für sie, unter diesen gegebenen Krankheitsumständen, geradezu gesundheitsschädigend ist.

Außerdem unterstützen wir die Forderungen der Gefangenen aus der RAF nach Zusammenlegung in interaktionsfähige Gruppen.

Gefangene Frauen in Preungesheim
- Selbsthilfegruppe -

Frankfurt, den 4. Februar 1981"

Inzwischen steht fest, daß Verenas TBC eine offene ist, und sie hat den Hungerstreik deswegen abgebrochen. Für ihre sofortige Freilassung !

Eine Genossin aus der Lesbengruppe

P.S.:
Wer Verena schreiben möchte, ihre Adresse ist:

Verena Becker,
Haftkrankenhaus Kassel,
Postfach 10 19 46,
35 Kassel-Wehlheiden.

Für eine Kampagne gegen den § 175



Im November vergangenen Jahres bildete sich die Gruppe „Recht auf sich selbst/Aktionskomitee zur Streichung des § 175" („RAUSS"). Die Gruppe besteht aus ca. 35 Schwulen aus verschiedenen Arbeitszusammenhängen des Bundesgebietes und Westberlins. Die „RAUSS" will den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten 1981 auf die Abschaffung des § 175 legen (siehe dazu den Aufruf im letzten AK). Wir hoffen, daß sich unter Mitwirkung zahlreicher anderer Schwulengruppen und Einzelpersonen eine phantasievolle Kampagne gegen den § 175 initiieren läßt. Durch eine solche Kampagne bestände die Möglichkeit, eine wesentlich breitere Öffentlichkeit für die Forderungen der Schwulenbewegung zu erhalten.

Der § 175

Während die Fassung des § 175 von 1871 bis 1935 von „widernatürlicher Unzucht zwischen Personen männlichen Geschlechts" sprach und damit alle beischlafähnlichen Handlungen unter Männern unter Strafe stellte, hieß es in der durch die Nazis 1935 verschärften Fassung, strafbar mache sich schon ein Mann, der mit einem anderen „Unzucht" treibe. Dadurch sollte generell alles getroffen werden, das man zum „unzüchtigen Treiben" erklären konnte, z.B. ein Kuß oder eine Umarmung. Dies war praktisch die Grundlage für den späteren Massenmord an Zehntausenden von Schwulen in den KZ's. Aber auch nach 1945 wurde der § 175 in dieser Fassung beibehalten. Die herrschende Rechtssprechung behauptet, die Neufassung des § 175 im Jahre 1935 sei keine typische NS-Bestimmung; sie sei „ordnungsgemäß zustande gekommen". Die wenigen Häftlinge mit dem rosa Winkel, die das KZ überlebt hatten, blieben also Vorbestrafte. Es erfolgte bis heute keinerlei Wiedergutmachung bzw. Rehabilitierung der schwulen KZ-Opfer.

Im September 1969 wurde der § 175 „reformiert"; schwule Beziehungen zwischen Erwachsenen wurden nicht mehr strafrechtlich verfolgt; 1973 wurde das sogenannte ‚Schutzalter" auf 18 Jahre gesenkt, während es bei Heterosexuellen eh und je bei 16 Jahren liegt. D.h. strafbar macht sich heute z.B. ein 18-jähriger Mann, wenn er mit einem 17-jährigen schläft (heutige Fassung des § 175 siehe nebenstehend).

Aber auch die §§ 174 und 176 kriminalisieren einvernehmliche Sexualität zwischen Erwachsenen und Kindern bzw. Jugendlichen. Bei Bekanntwerden versucht die Staatsanwaltschaft mit allen Mitteln, u.a. durch Androhung von Beugehaft, belastende Aussagen zu erpressen. Von einem „Schutz" der Kinder vor angeblichen sexuellen Gewalthandlungen kann also keine Rede sein! Deshalb müssen auch diese beiden Paragraphen ersatzlos gestrichen werden.

Die „RAUSS"

Im November vergangenen Jahres traf sich die Gruppe zum erstenmal auf Einladung von Wolfgang Selitsch (Chefredakteur des Homo-Magazins „Du & Ich"), Hans Georg Stümke („Gruppe Z"), sowie Rüdiger Lautmann (Hochschullehrer). In ihr arbeiten zur Zeit ca. 35 Personen mit. Die „RAUSS" betrachtet sich als informellen Kreis. Die einzelnen Mitglieder vertreten nur sich selbst.

Der Paragraph muß weg

§ 175. Homosexuelle Handlungen.

(1) Ein Mann über achtzehn Jahren, der sexuelle Handlungen an einem Mann unter achtzehn Jahren vornimmt oder von einem Mann unter achtzehn Jahren an sich vornehmen läßt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Das Gericht kann von einer Bestrafung absehen, wenn
1. der Täter zur Zeit der Tat noch nicht einundzwanzig Jahre alt war oder
2. bei Berücksichtigung des Verhaltens desjenigen, gegen den sich die Tat richtet, das Unrecht der Tat gering ist.

Für 1981 hat die „RAUSS" eine bundesweite Kampagne gegen den § 175 geplant. Zur Zeit werden mit einem Aufruf zur Abschaffung des § 175 bundesweit Unterschriften gesammelt (siehe den Aufruf in AK 197, Seite 33). Desweiteren sind u.a. im Juni Aktivitäten während des Kirchentages und des Gay Pride Days in Hamburg geplant.

Die „RAUSS" scheint sich mit ihrem organisatorischen Selbstverständnis (informeller geschlossener Kreis) selbst einige Steine in ihrer Arbeit in den Weg legen zu wollen. So hat die „RAUSS" die Mitarbeit von Dieter Telge (Hamburger Tuntenchor) mit der Begründung abgelehnt, daß er Kontakt zu den Bielefelder Störern der Bonner Beethovenveranstaltung hätte und zudem die Arbeit des Hamburger Schwulen- und Lesbenverbandes (HLSV) sabotiert habe. Aufgrund dieses Vorfalls gab es heftigen Protest von einzelnen Mitgliedern der Allgemeinen Homosexuellen Arbeitsgemeinschaft (AHA) Westberlin, sowie des Schwulenbereichs der Alternativen Liste Westberlin (AL) an der „RAUSS".

Ein Mitglied der AHA-Info-Redaktion schreibt in einem Artikel des März-Infos: *„Dieses Verhalten* (gemeint ist das Nichteinladen anderer Schwulengruppen/Anm. AK) *erinnert eher an das von Geschäftspartnern, die mit gemeinsamem Kapital eine Offensive starten wollen, die zur Durchführung von Kampagnen und Ideen natürlich ihr Fußvolk brauchen ...".*

Die AL-Schwulengruppe schreibt in ihrer Stellungnahme, daß es sehr wohl auch möglich wäre, die „RAUSS"-Treffen nach dem Delegiertenprinzip (wie in der AL) zu organisieren. Die AL-Schwulengruppe schreibt weiter: *„... Die „RAUSS" muß endlich aufhören, die schwule Bewegung in liebe, gute, angepaßte Schwule und in Chaoten zu spalten. Auf diese Weise können wir nicht mitmachen ..."* Die AL-Schwulengruppe fordert zum Schluß ihrer Stellungnahme die „RAUSS" auf, zum nächsten Treffen alle Schwulengruppen einzuladen.

Leider wird von den Kritikern an „RAUSS" nicht unterschieden zwischen den prinzipiell positiven Aspekten einer solchen Kampagne gegen den § 175 einerseits und der Kritik an dem Selbstverständnis der „RAUSS" andererseits, so daß die Gefahr besteht, daß die Meinungsverschiedenheiten hierüber einer Kampagne gegen den § 175 eher im Wege stehen.

Unserer Meinung nach sollten alle Schwulengruppen und -projekte sich überlegen, was sie zu einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne gegen den § 175 beitragen können. Jetzt einen Streit darüber zu führen, wie man diese Aktionen koordinieren kann, halten wir eher für hinderlich.

Schwulengruppe des KB

Rosa Kulturwochen in Köln

Vom 5.4. bis 18.4. haben Kölner Homosexuellengruppen zahlreiche Veranstaltungen organisiert, u.a. Ausstellungen, Filmabende, Solidaritätsveranstaltungen, Kranzniederlegungen, Gedenkgottesdienste, Diskussionsabende und Shows.

„Die Homosexuellengruppen beabsichtigen mit dieser Veranstaltungsreihe einen Beitrag zur Entdiskriminierung der Homosexuellen und der Homosexualität zu leisten. Sie sehen dies im Sinne eines Eintretens für das demokratische Recht auf Selbstbestimmung der Lebensform und gegen jeden Versuch einer Normierung menschlicher Lebensweisen.

Da es gerade der Kulturbetrieb war und ist, wo auch totalitäre Regime ihren Bürgern ‚abweichendes Verhalten' zugestanden haben, war und ist dort ein Ort zu sehen, wo sich auch homosexuelle Lebensformen ausleben lassen konnten. Dieses ‚Privileg' mußte aber zumeist (und muß immer noch) mit fast vollständiger Unterordnung unter die Interessen des herrschenden Kulturbetriebs erkauft werden.

Hiergegen wollen die Gruppen ihr Interesse an gesellschaftlichen Verhältnissen setzen, die in allen Sphären das Recht auf Selbstverwirklichung einschließt, ohne dies mit anders gearteter Unterdrückung zu erkaufen. Denn letztlich: Die Kultur sind wir!".

Unter den vielen empfehlenswerten Aktivitäten möchten wir vor allem auf eine Solidaritätsveranstaltung mit den vier Nürnberger Antifaschisten am 10.4. hinweisen. Die vier – sämtlich Mitglieder der Schwulengruppe Fliederlich – stehen gerade jetzt vor Gericht. Im AK wurde mehrfach berichtet. Die Soli-Fete findet am 10.4. um 19.00 Uhr im ‚Lehrer- und Sozialarbeiterzentrum" Turiner Str. 7 statt und es treten die Münsteraner „Himbeeren" (Schwulenkabarett) und Thomas Westermann (Liedermacher) auf.

Das komplette Programm der Rosa Kulturwochen sowie weitere Auskünfte erhältlich über:

Fachgruppe Schwule und Lesben
Bunte Liste – Wehrt Euch! Köln
Jülicher Straße 22
5000 Köln 1

Buchprojekt:

10 Jahre Schwulenbewegung in der BRD/Westberlin

Vor zehn Jahren, im Juni 1971, lief bei den Filmfestspielen in Westberlin der Film des Rosa von Praunheim „Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation, in der er lebt".

Im Zusammenhang mit den Aufführungen dieses Filmes fingen überall in Westdeutschland Homosexuelle an, sich zusammenzusetzen, über ihre Situation zu sprechen, Gruppen zu bilden... Seitdem hat sich einiges getan. Über die zehn Jahre, in denen wir gelernt haben, schwuler zu werden, wollen wir nun ein Buch machen, mit Wörtern und Bildern, Gesprächen, Artikeln, Fotos, Dokumenten, Zeichnungen.

Wer Lust hat, uns dabei zu helfen, kann uns Anregungen und Ideen, Hinweise und Tips schicken oder seinen Beitrag bis Anfang Mai an den Verlag schicken.

Achim, Egmont, Rainer, Wolfgang
Verlag rosa Winkel
Postfach 62 03 04
1000 Westberlin 62

Frankreichs Schwule auf den Straßen

Am 4.4. wird in Paris von der CUARH (Komitee zur Abschaffung der Schwulen- und Lesbenunterdrückung) ein nationaler Marsch für die Rechte der Homosexuellen durchgeführt. Drei Wochen vor den französichen Präsidentschaftswahlen hat sich diese Demonstration zum Ziel gesetzt, die zu oft von der politischen Welt ignorierten Stimmen der Lesben und Schwulen laut werden zu lassen und von den Kandidaten für die Präsidentschaft zu fordern, daß sie öffentlich und eindeutig zu unseren Forderungen Stellung nehmen.

Die Forderungen wurden jedem Kandidaten vorgetragen:
– Sofortige Abschaffung des § 331 Abs 2 des StGB, der das Mindestalter für gleichgeschlechtliche Beziehungen auf 18 Jahre festgelegt. Heterosexuelle Beziehungen sind vom 15. Lebensjahr an erlaubt.
– Erweiterung der Gesetze von 1972 und 1975, die schon gegen den Rassismus bestehen, um eine Antidisdriminierungsklausel, die die sexuelle Orientierung betrifft.
– Homosexuelle Eltern müssen das Recht auf ihre Kinder behalten.
– Löschung von Vermerken in den Personalakten von Schwulen und Lesben und sofortiger Stopp der Regierung durch Polizei.
– Streichung der Homosexualität von der Liste der psychischen Krankheiten in der Aufstellung der Weltgesundheitsorganisation, die von dem französischen Gesundheitsministerium übernommen wurde.

Nach der Demo wird ein Gala-Abend mit Juliette Greco und anderen Künstlern organisert.

Kontakt:
CUARH
1 rue Keller
F-75011 PARIS

Zu Cöllen am Rhein

Ähnlich dem Verbund der Schwulen- und Lesbengruppen in Hamburg haben sich auch in Köln die Schwestern vereint. Auf einem Seminar der Kölner Schwulengruppen Anfang November 1980 in Hambach wurde eine engere Zusammenarbeit zwischen den Organisationen vereinbart: alle zwei Monate tagen die Vertreter der interessierten Gruppen und bereiten gemeinsame Aktionen vor. Die Termine der beteiligten Gruppen werden aufeinander abgestimmt und auf einem gemeinsamen Kalender veröffentlicht. Die glf (gay liberation front e.v.) wird alle zwei Monate das glf-Journal herausgeben, das allen Kölner Gruppen offensteht.

Erste gemeinsame Aktion werden die „Schwulen Kulturwochen" (5. bis 18.4.) sein. Dabei soll u.a. eine Solidaritätsveranstaltung für die vier angeklagten Antifaschisten der Nürnberger Gruppe „Fliederlich" durchgeführt werden. Die weitere Planung umfaßt einen Schwulenblock in der Mai-Demonstration mit eigenen Flugblättern und Transparenten sowie die Organisierung des Gay Freedom Day am 4. Juli.

Besonderen Wert legen die Aktivisten auf die Informierung der außerparlamentarischen Frauenbewegung, deren Mitarbeit erbeten wird.

Kontakt:

glf-gay liberation front e.V.
Roonstraße 59, 5000 Köln 1
Tel.: 0221 - 21 40 01

England: Pädo-Prozeß — Sieg für die saubere Moral

Der Prozeß gegen die drei Vorstandsmitglieder der englischen Pädophilenorganisation PIE wurde überraschend schnell durchgezogen und endete bereits am 12.3. mit der Urteilsverkündung. Tom O'Carrol wurde zu zwei Jahren Gefängnis ohne Bewährung verurteilt, während die anderen beiden PIE-Vorstandsmitglieder freigesprochen wurden. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß O'Carrol durch Veröffentlichung der Mitgliederliste Vorschub für Versendung pornografischen Materials und Kontakte „mit pädophilen Absichten" geleistet habe. Sexuelle Kontakte wurden niemandem vorgeworfen, sondern „Verschwörung zur Untergrabung der öffentlichen Moral". Die Höchststrafe hierfür ist lebenslängliche Haft. Am Freitag, den 13.3., berichtete der „Daily Telegraph" ausführlich über den Prozeß und zitierte die christliche „Jugendschützerin" Mary Whitehouse, die in England eine ähnliche Kampagne betreibt wie Anita Bryant in USA („Töte einen Schwulen für Jesus"). Mrs. Whitehouse forderte, daß als nächstes die schwulen und lesbischen Jugendgruppen zu verbieten seien.

In den folgenden zehn Tagen waren Fernsehen und Presse voll von Meldungen über den früheren stellvertretenden britischen Militärkommandanten und britischen Hochkommissar in Kanada, Sir Peter Hayman, dessen Namen das Gericht im PIE-Prozeß nicht genannt hatte und den es auch nicht weiter als Belastungszeugen verwendet hatte, offenbar um einen Skandal für das Establishment zu verhindern.

Der Name des pädophilen Adligen wurde jedoch durch eine Anfrage des konservativen Hinterbänklers Dickens im Unterhaus bekannt. Er hegte den Verdacht, daß die Staatsanwaltschaft die angeblichen Vergehen des inzwischen pensionierten Sirs vertuschen wollte. Die Staatsanwaltschaft teilte mit, daß wegen der zu erwartenden geringen Geldstrafe wegen „Versendung und Empfang pornografischen Materials durch die Königliche Post" kein Ver-
der zu erwartenden geringen Geldstrafe wegen „Versendung und Empfang pornografischen Materials durch die Königliche Post" kein Ver-
fahren eingeleitet werde.

Die Aktion des konservativen Dickens hatte nicht die erhoffte Resonanz im Unterhaus, sondern erntete nur Spott und scharfe Kritik. Er begründete seinen Antrag auf Strafverfolgung des Adligen ursprünglich mit dem „Sicherheitsrisiko", das ein pädophiler Diplomat angesichts der Aktivitäten östlicher Geheimdienste bilde. Später jedoch meinte er, alle Kinder Großbritanniens müßten vor solchermaßen veranlagten Männern geschützt werden.

Nach Mitteilung von Mitgliedern des PIE-Unterstützerkomitees wurde von den Leuten auf der Straße kaum über das Thema Pädophilie im Zusammenhang mit dem Prozeß geredet, stattdessen über Kinderpornos. Die Diskussion wurde in großer Aufmachung durch die „News of the World" mit Hayman als Aufhänger in diese Richtung gelenkt. Das BILD-ähnliche Blatt machte die „Porno-Mafia" in den USA für den Porno-Import und Sittenverfall in Großbritannien verantwortlich. Nach Meinung der PIE-Unterstützer hat dies die Funktion, von der eigenen Betroffenheit von dem Thema Pädophilie abzulenken.

Verschiedene Organisationen der Schwulen- und Lesbenbewegung forderten inzwischen in Protestbriefen an den Prmierminister und das Innenministerium die Freilassung Tom O'Carrols.

Am Freitag, den 3. April, soll in einer typisch englischen Form, nämlich einer kleinen Versammlung mit Übergabe eines Protestbriefes, vor dem Innenministerium protestiert werden. In der Agenturmeldung von „dpa" wurde die Pädaphilenorganisation PIE fälschlich als „illegal" bezeichnet. Diese Falschmeldung wurde u.a. vom Berliner „Tagesspiegel" verbreitet. Die Kriminalisierung der Vorstandsmitglieder hatte jedoch den gewünschten Erfolg: die englische Pädo-Bewegung ist vorläufig tot, bzw. kann nur noch konspirativ arbeiten. Tom O'Carrol war geistiger Kopf der Organisation und hat mehrere Aufsätze und ein von fortschrittlichen englischen Wissenschaftlern positiv rezensiertes Buch über Pädophilie geschrieben.

(Quelle: dpa und Telefonat mit CAPM, London)

Olaf Stüben

Hamburg

Senat zahlt 390.000 DM »Entschädigung« ans *Kinderhaus*

Der fünfjährige Rechtsstreit des Kinderhauses Heinrichstraße mit dem Hamburger Senat über die Zahlung von Zuschüssen zu den Unterbringungskosten der Kinderhauskinder ist beendet. Nachdem die Behörde seit ungefähr zwei Jahren wie bei einigen hundert anderen Kindertagesstätten Zuschüsse zahlt, ist jetzt für die davor liegende Zeit (August 1976 bis 1979) ein Vergleich geschlossen worden: Die Behörde zahlt DM 390.000, das ist nach Angaben des Kinderhauses etwas weniger als die Hälfte dessen, was der Senat hätte zahlen müssen, wenn er von Anfang an den Pflegesatz anerkannt hätte.

Das Kinderhaus erläuterte seine Bereitschaft zum Vergleich so: Es sei im Verlauf des Rechtsstreites offenkundig geworden, daß die Behörde selbst nicht mehr so recht an ihre früher vorgebrachten Argumente, es gebe keinen Bedarf für die Kinderhausplätze, glaubt. Behördliche Aussagen der letzten Monate hätten selbst ergeben, daß die Versorgung mit Tagesplätzen im Gebiet um die Heinrichstraße katastrophal sei. Die inoffiziellen Einwände der Behörde, vom Landesamt für Verfassungsschutz ermittelte »kommunistische Beeinflussung«, seien schon länger vom Tisch. Der zuständige Senator hatte selbst in der Bürgerschaft erklärt, daß das Landesamt nichts vorzuweisen habe. Trotz dieser Sachlage war abzusehen, daß die Behörde den Prozeß durch die Instanzen treiben würde, was Jahre gekostet hätte. D.h. einige Kinderhauskinder wären schon längst gänzlich erwachsen, wenn ihre Ansprüche aus den Jahren 1976 bis 1979 auf Zuschüsse eventuell gerichtlich anerkannt wären.

Deshalb scheine der Vergleich annehmbar, auch wenn's einige Magenschmerzen bereite, nicht mehr schwarz auf weiß zu bekommen, daß das Vorgehen des Senats nicht rechtens war.

So ein Vergleich ist natürlich nie ein Sieg auf der ganzen Linie. Aber wenn man bedenkt, mit welcher Dreistigkeit der Senat versucht hat, dieses Projekt auszuhungern und zwar über Jahre, dann kann man diesen Vergleich als Erfolg fürs Kinderhaus werten. Ein Erfolg, der möglich wurde durch unzählige Unterstützungsaktionen — von Spenden bis Konzerten —, die dem Senat das Konzept »Liquidation durch Geldverweigerung« über drei Jahre gründlich durcheinandergebracht haben.

Das Kinderhaus hat inzwischen darauf hingewiesen, daß mit dem Vergleich dort nicht die Zeiten alternativen Luxus' ausgebrochen sind. Die Schulden sind höher als die Vergleichssumme. Andererseits gibt es nach wie vor Finanzprobleme: Die Behörde zahlt zwar jetzt Zuschüsse, meint aber an allen Ecken und Enden, Kosten nicht übernehmen zu müssen. Ein Dorn im Auge ist ihr z.B. die günstige Erzieher-Kinder-Relation, die natürlich mehr Personal erfordert als in Tagesstätten, wo 25 Kinder auf eine Erzieherin »kommen«. D.h. staatliche Zuschüsse und Eigenanteile der Eltern decken nach wie vor nicht die Kosten — ein Loch, das nicht aus der Vergeichssumme gedeckt werden kann und soll. Der Kampf darum, daß der Staat auch beim Kinderhaus seine Verpflichtungen erfüllt, geht also weiter.

Kinderkommission Hamburg

Fachtagung in Bremen

Was brauchen unsere Kinder in den ersten drei Lebensjahren?

Wenn sich irgendwo im Lande empörte Bürger an die Öffentlichkeit wenden, entdecken bürgerliche Politiker nach jahrelangem Totschweigen plötzlich wieder ein Herz für ihre Wähler. Allerorten wird dann der „Dialog mit dem mündigen Bürger" gesucht. Man veranstaltet aufwendige „Hearings", läßt umfangreiche Gutachten und Stellungnahmen schreiben. Allen diesen taktischen Winkelzügen gemeinsam ist, daß in aller Regel die Position der staatlichen Seite durch eine solide Mehrheit unter den Gutachtern, Experten usw. abgesichert ist und die Betroffenen meist hinterher in der Argumentation schlechter dastehen als vorher.

Nicht so in Bremen: die lange angekündigte Fachtagung war wesentlich auf Druck betroffener Eltern zustandegekommen, die in Bremen nirgends eine öffentliche Tagesbetreuung für ihr Kleinkind finden (vgl. AK 173, S. 32 und AK 188, S. 20). Zwar hatten Arbeiterwohlfahrt und Senat als Veranstalter sorgfältig darauf geachtet, nicht mehr als eben nötig betroffene Eltern einzuladen – weniger als 10 %, der Rest kam aus über 30 Dienststellen der Bremer Jugendhilfe. Zwar sollte die ganze Geschichte ausdrücklich nicht das Pro und Contra von Tagesbetreuung behandeln, sondern ganz breit über die Frage diskutieren: „Was brauchen unsere Kinder ...".

dern ganz breit über die Frage diskutieren: „Was brauchen unsere Kinder ...".

Die angereisten Experten – soviel zeichnete sich schon vorher ab – waren in ihrer überwiegenden Mehrheit jedoch Befürworter irgendeiner Art von frühkindlicher Tagesbetreuung (meist in guten Krippen und Eltern-Kind-Gruppen). Dies schien den Veranstaltern und den Spitzen der Jugendhilfe erst im Laufe der Tagung selbst richtig klar zu werden.

Es war schon erschütternd, das hohe Ausmaß an Ignoranz und Verdrängung hautnah mitzuerleben, das von ausgewachsenen Menschen praktiziert werden kann, die sich schlicht weigern, eindeutige Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen! Da mußten Behauptungen wie, daß die Bremer Eltern ein flächendeckendes Zwangs-Angebot an Krippenplätzen forderten, sechsmal (ich habe mitgezählt!) vor den versammelten Teilnehmern richtiggestellt werden. Da behauptete der Leiter des Landesjugendamtes steif und fest, es gebe keinerlei wissenschaftliche Erkenntnisse über frühkindliche Tagesbetreuung – hier fühlte sich nicht nur Prof. Beller, Inhaber des einzigen Lehrstuhls für Kleinkindpädagogik in der BRD, „in den Urwald versetzt".

Inhaltlich sahen die Vertreter der Bremer Jugendhilfe – vom „linken" Senator Scherf bis zum CDU-Jugendexperten Ehlers – sehr blaß und geradezu dümmlich aus. Besonders während der einzigen öffentlichen Veranstaltung wurde jede ihrer entsprechenden Äußerungen vom Publikum mit gequältem „Oouuuuhh!" quittiert. In den abschließenden Berichten und Stellungnahmen spiegelten sich die positiven Erkenntnisse und Erfahrungen wider, so daß ein hoher Jugendamts-Mensch die ganze Veranstaltung umfunktioniert wähnte in eine „Konferenz der Befürworter" von frühkindlicher Tagesbetreuung – so stark war schließlich die Stimmung zugunsten einer qualifizierten familienergänzenden Betreuung.

Am Ende hatte die „Initiative der Kinder wegen" (ein Zusammenschluß aktiver Eltern) über 30 ihrer sehr schönen Plaketten unter den Teilnehmern der Tagung verkauft – die Senatsvertreterin von Berlin saß damit die ganze Zeit auf dem hochoffiziellen Podium!

Als hätten sie geahnt, was bei ihrer eigenen Fachtagung herauszukommen drohte, hielten AWO und Jugendsenator eine Pressekonferenz ab und veröffentlichten eine Erklärung, noch b e v o r die Arbeitsgruppen ihre Ergebnisse zusammentragen konnten. Das Abschluß-Plenum, auf dem erst das endgültige Fazit gezogen werden sollte, hatte noch nicht einmal angefangen!

Bei den Äußerungen des Senators vor der Presse wurde ganz deutlich, daß die Linie ausgegeben worden war, die außerordentlich positiven Ergebnisse der Fachtagung als „Denkanstöße" herunterzuspielen. Und dann ließ Henning Scherf die Katze aus dem Sack: zur Einrichtung öffentlicher Kleinkindbetreuung sei sowieso überhaupt kein Geld vorhanden!

In einem Offenen Brief bezeichnete die „Initiative der Kinder wegen" dieses als krasse Verhönnung der Teilnehmer und der Experten sowie als großangelegtes Täuschungsmanöver der Öffentlichkeit und den betroffenen Eltern gegenüber!

Unter den aktiven Eltern hatte die Einschätzung vorgeherrscht, daß zwar keine konkreten Verbesserungen, aber doch zumindest das eine oder andere Reförmchen oder „Modell" bei der ganzen Angelegenheit herausspringen würde. Aber nichts, absolut nichts von alledem! Nicht die klitzekleinste Kleinigkeit, noch nicht einmal der V e r s u c h eines Versprechens, sich für mehr Tagesbetreuungsplätze einzusetzen. Das Äußerste, was sich der Senator aus der Nase ziehen ließ: Tagesbetreuung sei im Einzelfall „betonenswert" oder: die Möglichkeit werde „erwogen", Kinder unter drei Jahren in Tagesheimen aufzunehmen. So dünn ist mittlerweile das Eis staatlicher Reformpolitik geworden!

Die Erfahrung, daß man derart auf Granit beißen würde, muß von den aktiven Eltern nun erst einmal verarbeitet werden. Für sie stellt sich immer deutlicher die Frage, ob man es auf irgendeine Art und Weise schaffen kann, Jugendhilfe und Politiker z u z w i n g e n, öffentliche Tagesbetreuung zu fördern bzw. einzurichten, und auf welcher Grundlage ein solches Vorgehen Erfolg verspricht. Auf die Kraft besserer Argumente – diese sind reichlich vorhanden – vertraut gegenüber diesen Leuten keiner mehr!

Angesichts der vielfältigen Mühen und finanziellen Belastungen, in Eigeninitiative eine private Babygruppe aufzubauen – und das o h n e irgendeine Aussicht auf Förderung bzw. Rückerstattung der Elternbeiträge von mtl. um die 400 DM – haben sich einige Eltern dazu entschlossen, ein Kinder- und Babyhaus in Bremen aufzubauen.

Damit wollen sie zum einen ihr konkretes Betreuungsproblem lösen – die Gruppen sollen altersgemischt laufen, das Kinderhaus soll ganztägig geöffnet sein, zwei festeingestellte Erzieher(innen) pro Gruppe gewährleisten die notwendige Kontinuität. Zum anderen wollen sie gemeinsam für sich die Anerkennung und Förderung als ö f f e n t l i c h e Einrichtung zur Tagesbetreuung von Kleinkindern erreichen. Damit würde erstmals eine Bresche geschlagen in die Front der staatlichen Verweigerung und Austrocknung – die nachfolgenden Initiativen hätten es in Zukunft wesentlich leichter!

Die Ini „DKW" veranstaltet um den 1. Mai einen Info-Abend, auf dem das Kinderhaus-Projekt vorgestellt werden soll. Außerdem liegt mittlerweile die Dokumentation des Kongresses „Zur Tagesbetreuung von Kindern unter drei Jahren" vor, der von den Eltern selbst Ende letzten Jahres durchgeführt wurde. Sie ist sehr informativ, enthält viele schöne Fotos und kostet 7 DM. Zu beziehen bei: Horst Nosofsky, Quintschlag 85, 28 Bremen 1.

Ein Genosse aus Bremen

Stadtschülerrat hetzt gegen Staatsorgane

Frankfurt. Der besonders an der Frankfurter Fachhochschule und allgemein im hessischen Bildungsbereich als stockreaktionärer Einpeitscher berüchtigte CDU-Landtagsabgeordnete Arnulf Borsche hat sich nun vorgenommen, dem Frankfurter Stadtschülerrat (SSR) eine reinzusemmeln. Wie aus der „Frankfurter Rundschau" – „FR" vom 11.3. und der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" – „FAZ" vom 12.3. zu erfahren war, richten sich seine Angriffe gegen ein Extrablatt der vom SSR herausgegebenen Schülerzeitung „OPSTAN", in dem *„alle Schüler/innen, die dem mörderischen Atomprogramm der Bundesregierung feindlich gesinnt sind (dazu aufgerufen werden), sich an der internationalen Großdemonstration am Bauzaun des geplanten AKW Brokdorf zu beteiligen"* (so die „OPSTAN-Extras").

Nicht nur, daß von diesem verkommenen SSR-Gesindel zu einer verbotenen Demonstration aufgerufen wird, nein, da werden sogar „*Regierungsvertreter in übelster Weise diffamiert*" („FR", 11.3.). Angetan wird dies so lammfrommen und über jede Schuld erhabenen Persönlichkeiten wie Ministerpräsident Börner (SPD) und Wirtschaftsminister Karry (FDP), die mit Startbahn West und Wiederaufbereitungsanlage in Hessen nur unser Bestes wollen. Als Dank für ihren mutigen Einsatz wurden sie von diesem schmutzigen „OPSTAN"-Extrablatt nun gar als „Gangster" bezeichnet! Verständlich, daß CDU-Borsche jetzt fordert, daß sich die Landesregierung schleunigst im Landtag mit *„diesem unerträglichen Auswuchs pseudo-demokratischer Einstellung"* beschäftigen solle. Daß hier, wie auch bei allen möglichen anderen Angelegenheiten, schärfere Gesetze nötig sind, um solchem staatsunterminierenden Treiben den Garaus zu machen, hat auch unser Herr Borsche erkannt. So fordert er nun von der Landesregierung schärfere SV-Erlasse, schließlich hat der SSR ja auch das allgemeinpolitische Mandat *„rechtswidrig in Anspruch genommen"*. Festnehmen, kann man da nur sagen: Solange ins Loch, bis die Leutchen gestehen!

Der Gipfel des Skandals ist ja wohl auch, wie der seriöse Landtagsabgeordnete beklagt, daß diese ganze Hetzerei auch noch vom Steuerzahler finanziert wird.

Schon die ersten beiden Ausgaben der „OPSTAN" (Auflage 5.000 bzw. 15.000), die seit Dezember 1980 erscheint, sorgten für einiges Aufsehen. Doch hielten bis dato die Staatsorgane still. Es gab jedoch Anrufe erzürnter Eltern und Elternbeiräte, die davon überzeugt waren, daß ihre Kinderleins vornehmlich durch Sexualitätsartikel ins Verderben gestürzt würden. Außerdem würde die Zeitung durch ihren Inhalt indirekt und direkt zur Gewalt aufrufen (pfui!).

P.S. Die „OPSTAN" ist übrigens ein sehr lesenwertes Blättchen! Doch auch gegen sie hauf der Hammer des Kapitals tierisch rein. Na, was fehlt dem Druckerzeugnis? Richtig! Geld!! Durch den lächerlichen Etat von 5.250 DM jährlich (!) steht das Erscheinen jeder Ausgabe ernsthaft in Frage. Wer sich die „OPSTAN" mal anschauen und eventuell spenden will, kann sie sich zuschicken lassen von:

Stadtschülerrat Frankfurt
Deutschordenstraße 84
6000 Frankfurt-Niederrad
Postscheckkonto Frankfurt 3554-603

Schülergruppe
des KB/Gruppe Frankfurt

Schulboykott an allen 8 Gesamtschulen

Köln Am 17.3. fand in Köln während der Unterrichtszeit eine Demonstration von 8.000 - 10.000 Gesamtschülern, Eltern und Lehrern statt. Anlaß war die bevorstehende erste Lesung des Gesetzentwurfes (des SPD-Landeskabinetts) zur Einführung der Gesamtschule als »Regelschule« im Landtag von NRW.

Schulboykott und Demonstration richteten sich vor allem dagegen, daß für die zukünftigen Gesamtschulen folgende SPD-Reformen vorgesehen sind:

— Bestandsgarantie für Gymnasium und Realschule (d.h. Gesamtschulen können auch bei vorhandenem Elternwillen dort nicht eingerichtet werden, wo sie auf Grund der Schülerzahlen Gymnasium oder Realschule verdrängen würden. Sie darf lediglich die Hauptschule ersetzen).

— Die zukünftigen Gesamtschulen sollen nicht mehr Ganztagsschulen sein (i.d.Regel).

— Die Gesamtschulen können auch ohne gymnasiale Oberstufe eingerichtet werden.

— Gesetzliche Festschreibung der Fachleistungsdifferenzierung (getrennte Unterrichtung der „guten" und „schlechten" Schüler).

Im Rahmen der Rotstiftpolitik legte Finanzminister Posser außerdem noch zwei umwerfende Finanzierungsvorschläge für die „Reform" vor.

— Vergrößerung der Klassen (Einsparung von Lehrerstellen)

— Erhöhung der Arbeitszeit der Hauptschullehrer an Gesamtschulen von bisher 24 Stunden auf 26 Stunden.

Die Empörung darüber in NRW war groß. Trotz Beschwichtigung aus der SPD, Verbot eines Lehrerstreiks seitens der GEW-Führung und Androhung disziplinarischer Maßnahmen der Schulleiter gegen Eltern, Lehrer und Schüler war in Köln der Zug nicht mehr zu bremsen.

Mit schönen Sprüchen wie: „J, A, O, Gesetzentwurf ins Klo" zogen Tausende vom Kölner Dom zur Schlußkundgebung auf dem Kölner Neumarkt.

(Ausführlicher Artikel zur Gesamtschulpolitik der SPD in NRW im nächsten AK.)

Ein Lehrergenosse aus NRW

Zur Ausländerpolitik der CSU/CSU

»... kein gutes Klima für eine weitere Annäherung zwischen deutschen und ausländischen Mitbürgern«

Wir haben uns im AK kürzlich in einem ersten ausführlichen Artikel mit der Ausländerpolitik der BRD beschäftigt. Schwerpunktmäßig ging es dabei um eine Skizzierung des sozialdemokratischen Konzepts der „Integration" (siehe AK 191, „Und willst du nicht ein Deutscher sein ..."). In dem hier folgenden Beitrag wollen wir uns mit der CDU/CSU-Ausländerpolitik befassen.

In der Auseinandersetzung um die Ausländerpolitik geht es zwischen CDU/CSU und Politikern der Bonner Koalition bisweilen recht hitzig zu. Von beiden Seiten werden starke Worte und polemische Überspitzungen in die Debatte gebracht, die die vorhandenen Meinungsverschiedenheiten größer erscheinen lassen, als sie es bei näherer Untersuchung tatsächlich sind. So ist es z.B. nur ein propagandistischer Trick, wenn CDU/CSU-Politiker die SPD/FDP-Koalition allein dafür verantwortlich machen wollen, daß es heute überhaupt eine „Ausländerfrage" in der BRD gebe. Jahrelang, so pflegen einschlägig bewanderte Unions-„Experten" zu argumentieren, sei eine wildwuchernde Einwanderung zugelassen worden, ohne die damit einhergehenden Probleme rechtzeitig zu erkennen. Vor allem in der „Rezession" 1966/67 sei die Chance vertan worden, die damalige Anwerbe-Politik zu überprüfen und neue Richtlinien auszuarbeiten. Geflissentlich „übersehen" wird dabei allerdings die schlichte Tatsache, daß für die damalige Weichenstellung in Sachen Ausländerpolitik nicht etwa eine SPD/FDP-Regierung verantwortlich zeichnete, sondern die seinerzeit noch amtierende „Große Koalition" unter dem CDU(!)-Kanzler Kiesinger.

So bleibt abseits billiger Polemik zunächst mal festzuhalten, daß zumindest in Grundfragen des „Ausländerproblems" und seiner politischen Behandlung von allen bürgerlichen Parteien übereinstimmende Auffassungen vertreten werden:

– Einig ist man sich in jedem Fall darin, daß die Anwesenheit ausländischer Arbeiter(innen) für das westdeutsche Kapital unerläßlich ist. In der Tat haben auch sämtliche Kapitalistenverbände immer wieder darauf hingewiesen, daß sie auf den Einsatz

der Tat haben auch sämtliche Kapitalistenverbände immer wieder darauf hingewiesen, daß sie auf den Einsatz

billiger ausländischer Arbeitskraft nicht verzichten können und wollen. Eher zweitrangige Differenzen treten dann und wann allenfalls um die Frage auf, wieviel Ausländer nötig bzw. wünschenswert seien.

– Einigkeit herrscht auch darüber, daß eine politische, soziale, sprachlich-kulturelle usw. Gleichberechtigung nationaler Minderheiten in der BRD ausdrücklich nicht zugelassen werden soll. Die diskriminierenden Bestimmungen des Ausländerrechts, durch die nahezu alle wesentlichen „Grundrechte" für Ausländer aufgehoben sind, werden nach wie vor von allen Parteien verteidigt; sofern sich einzelne Punkte in der Diskussion befinden, handelt es sich in aller Regel um Vorhaben zur Verschärfung einschlägiger Gesetze und Verordnungen (z.B. Asylrecht, Visumzwang für Türken, geplantes Verbot der „Zuheirat" u.a.m.). Ohnehin dürfte einleuchten, daß sich die den ausländischen Arbeiter(innen)n zudiktierte Rolle als Reservoir billiger Arbeitskraft und „industrielle Reservearmee" des Kapitals mit ernstzunehmenden Maßnahmen in Richtung auf eine Gleichstellung nationaler Minderheiten in der BRD schlecht vertragen würde.

CDU/CSU gegen „germanisierende Integration"

Was das „Integrations"-Konzept der SPD anbetrifft, so haben wir in AK 191 ausführlich belegt, daß es darauf abzielt, nur einen vergleichsweise kleinen, besonders angepaßten Teil der ausländischen Bevölkerung zum „vollwertigen", auch beruflich qualifizierten BRD-Bürger „aufsteigen" zu lassen („einzudeutschen"). An derartige Alibi-Maßnahmen, die auch zukünftig an der miserablen Lage der breiten Masse nichts ändern werden, knüpft sich die zweifelhafte Hoffnung, das in der Ausländerdiskriminierung angelegte Konfliktpotential spürbar entschärfen zu können.

Ungeachtet seines tatsächlichen Inhalts vertritt die SPD ihr „Integrations"-Konzept in der Öffentlichkeit natürlich unter betont „ausländerfreundlichen" Parolen und dem keinesfalls einlösbaren Anspruch, zumindest die zweite und dritte Ausländergeneration voll in die BRD-Gesellschaft zu „integrieren", „optimal auf das Leben in der BRD" vorzubereiten usw. usf..

Speziell an diesem Punkt setzt die Gegenpropaganda der CDU/CSU an, deren markantester Vorwurf gegen die sozialdemokratische Ausländerpolitik in der Behauptung gipfelt, die Bonner Koalition betreibe eine *„germanisierende Integration"*. In diesem Zusammenhang wird insbesondere der Ex-„Bundesbeauftragte für Ausländerfragen", **Heinz Kühn (SPD)**, angegriffen, der mit Hinblick auf den überwiegenden Teil der ausländischen Bevölkerung in einem 1979 vorgelegten „Memorandum" die Forderung nach *„Anerkennung der faktischen Einwanderung"* aufstellte und daraus die Notwendigkeit entsprechender „Integrations"-Maßnahmen begründete (s.a. AK 191). **Fritz Pirkl**, CSU-Staatsminister für Arbeit und Sozial-

„Integrations"-Maßnahmen begründete (s.a. AK 191). Fritz Pirkl, CSU-Staatsminister für Arbeit und Sozial-

ordnung, meldete dagegen im „Bayernkurier" Widerspruch an: *„Entschieden widersprochen werden muß ... der ... Grundthese Kühns, die vom dauernden Verbleib der Ausländer und ihrer Kinder in der Bundesrepublik als Regelfall ausgeht, die Bundesrepublik also als Einwanderungsland ansieht und – wenn auch nicht ausdrücklich so bezeichnet – mit den vorgeschlagenen Maßnahmen eine möglichst rasche und totale 'Eindeutschung' der Ausländer anstrebt"* („Bayernkurier" v. 17.11.79). Zwar kann auch Pirkl nicht über die Tatsache hinwegsehen, daß sich ein zunehmend größerer Teil der in der BRD lebenden Ausländer auf einen Daueraufenthalt einrichtet, aber dies dürfe *„nicht Anlaß für die Bundesrepublik sein, sich auch für die Zukunft offiziell als Einwanderungsland zu betrachten und ihre Politik entsprechend auszurichten. Damit würden zwangsläufig falsche Hoffnungen geweckt und die Gefahr eines erneuten Zuwanderungsstroms heraufbeschworen. Demgegenüber müssen gerade die vielfältigen unbewältigten sozialen und humanitären Probleme der bereits bei uns lebenden Ausländer und die sich wegen dieser ungelösten Probleme bereits abzeichnenden Gefahren für unsere Gesellschaft die Bundesrepublik veranlassen, zumindest für die Zukunft mit aller Deutlichkeit klarzustellen, daß sie kein Einwanderungsland sein kann und will. Dies bedeutet nicht eine Ablehnung des aus humanitären und verfassungsrechtlichen Gründen hinzunehmenden Nachzugs von Ehegatten und Kindern, wohl aber eine klare Absage an Neuanwerbungen oder 'Eindeutschung'"* (ebenda).

Tatsächlich rennt Pirkl offene Türen ein, insoweit er der SPD vorwirft, ihre Politik sei auf einen „erneuten Zuwanderungsstrom" ausgelegt. Abgesehen davon, daß die auch von SPD/FDP betriebene Verschärfung des Asylrechts, die Einführung des Visumzwanges usw. das genaue Gegenteil bezwecken, hat sich auch Kühn, dessen Vorschläge von der Bundesregierung ohnehin nur in beschränktem Umfang aufgegriffen wurden, unlängst sehr deutlich für einen Zuwanderungsstop ausgesprochen. Unterschiede liegen stattdessen eher dort, wo Pirkl davor warnt, „falsche Hoffnungen" zu verbreiten, und sich gegen von Kühn formulierte Ziele, wie „dauerhafte Integration" bzw. „Eindeutschung", „Rechtsanspruch auf Einbürgerung", kommunales Wahlrecht für Ausländer usw. ausspricht.

Auf Seiten der CDU/CSU zieht man sich dabei gerne auf das 1978 von einer Ministerpräsidentenkonferenz der Länder formulierte „Konzept" zurück, in dem als wesentliche Ziele einer Ausländerpolitik herausgestellt wurden:

„1.Konsolidierung der Ausländerbeschäftigung durch Festhalten am Anwerbestop und Förderung der freiwilligen Rückwanderung;
2. Integration der hier lebenden Ausländer in die deutsche Gesellschaft während ihres in der Regel als vorübergehend angesehenen Aufenthalts durch Intensivierung der Eingliederungs- und Betreuungsmaßnahmen auf allen Ebenen" („Bayernkurier" v. 17.11.79; Hervorhebung durch uns).

Diese sog. „Integration auf Zeit", die auch unter Bezeichnungen wie „soziale Integration", „Integrations-

Diese sog. „Integration auf Zeit", die auch unter Bezeichnungen wie „soziale Integration", „Integrations-

politik" ohne „Eindeutschung" (Kohl) u.ä. firmiert, findet sich bereits in dem 1977 vorgelegten „Konzept der CDU zur Ausländerpolitik" ebenso wie in einer zur '76er Bundestagswahl erschienenen Broschüre („Zum Thema: Ausländerpolitik der CDU"), wo einerseits festgestellt wird, daß *„unsere Gesellschaft auf die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer angewiesen ist und auch in Zukunft noch angewiesen sein wird..."*. *„Schließlich darf nicht vergessen werden, daß auch heute noch manche unangenehme Arbeit von Deutschen abgelehnt wird, die Ausländer bereitwillig verrichten"*. Verbunden werden diese Aussagen mit unverbindlich-nebulösen Versprechen, man wolle sich dafür einsetzen, *„daß die ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familien"* während *„ihres Aufenthaltes in Deutschland unter menschenwürdigen Bedingungen leben"* und *„ihre persönliche und berufliche Zukunft selbst planen können"*. Andererseits möchte man auch nicht versäumen, ausländerfeindlichen Stimmungen in der westdeutschen Bevölkerung seine ausdrückliche Referenz zu erweisen: *„Angesichts der Arbeitsmarktlage herrscht zur Zeit kein gutes Klima für eine weitere Annäherung zwischen deutschen und ausländischen Mitbürgern"*. Entsprechend wendet sich die CDU dagegen, *„daß noch mehr Türken, die in ihrem Land keinen ausreichenden Verdienst finden, ungehindert in unser Land strömen"* und fordert:

– Scharfe Kontrolle des Zuzugs ausländischer Arbeitnehmer und unbedingte Beibehaltung des Anwerbestops;
– *„Ausschöpfung inländischer Arbeitskraftreserven, z.B. durch Rationalisierung"*; zusätzlich erklärte der „Ausländer-Experte" der CDU/CSU-Fraktion, Albrecht Hasinger, 1978 im Bundestag: *„Ein Volk verspielt letztendlich seine Zukunft, wenn es nicht mehr bereit ist, bestimmte Tätigkeiten selbst auszuüben. Keinem Deutschen wird eine Perle aus der Krone fallen, wenn er den Kellnerberuf erlernt und ein Serviertbrett in die Hand nimmt"* („CDU-Dokumentation 39" v. 16.11.78);
– *„eine zeitweilige regionale Lenkung der Ausländerbeschäftigung"*;
– *„Gewährung von Hilfen zur Wiedereingliederung im Heimatland"*.



Türkische Schulkinder in der BRD

CDU/CSU-Ausländerkonzept: Keine Zugeständnisse ...

Damit wird ansatzweise deutlich, worin sich die Ausländerpolitik der CDU/CSU von dem bislang zumindest propagandistisch noch durchgehaltenen „Integrations"-Konzept der SPD unterscheidet:

1. In Hinblick auf den gesellschaftlichen Status der übergroßen Mehrheit der bei uns lebenden Ausländer hält es die CDU/CSU für das Klügste, „übertriebenen Hoffnungen" auf eine nennenswerte Verbesserung der Lage deutlich entgegenzutreten. Am Aufbau durch „Integrations"-Propaganda geschürter, aber letztendlich nicht erfüllbarer „Aufstiegsillusionen" will man sich nicht beteiligen; ein entsprechendes „Anspruchsdenken" halten Unions„experten" aus politischen und ökonomischen Gründen für unvertretbar. Angesichts des nach wie vor anhaltenden Ausländerzustroms werden aus Kreisen der CDU/CSU stattdessen immer wieder „Überlegungen" laut, noch vorhandene *„soziale und finanzielle Vorteile"* der hier lebenden Ausländer, *„die*

gungen" laut, noch vorhandene „soziale und finanzielle Vorteile" der hier lebenden Ausländer, „die

den Anreiz für eine Tätigkeit in Deutschland böten", zu „überprüfen" d.h. abzubauen (so z.B. der Westberliner CDU-Fraktionsvorsitzende Lummer, s. „Neue" v. 4.10.80). Gleichen geistigen Ursprungs ist auch ein Programm „Kommunale Familienpolitik", das 1979 die CDU in Neu-Isenburg vorlegte und das u.a. vorsah, *„allen Familien mit vier und mehr Kindern jährlich von der Stadt einen Zuschuß von 100 Mark für Gas und Strom"* zu gewähren („FR" v. 29.6.79). Die Forderung der SPD- und FDP-Opposition, auch Ausländerfamilien in dieses Programm mit einzubeziehen, lehnte die CDU nämlich ab! Begründung: *„Gastarbeiter hätten ohnedies schon viele Kinder"* (ebenda).

Entsprechend dieser Linie wird auch jede noch so harmlose „Liberalisierung" der rechtlichen Situation konsequent abgelehnt. Für ein etwas weniger grobschlächtiges Vorgehen haben sich allein die in der CDU nicht sonderlich einflußreichen „Sozialausschüsse" eingesetzt, die sich anstelle der „Integration auf Zeit" ähnlich wie Kühn für eine *„vorbehaltlose und dauerhafte Integration"* und *„für ein kommunales Wahlrecht, größere Rechtssicherheit, ein erleichtertes Einbürgerungsverfahren"* aussprechen („FR" v.11.9.80).

... Chauvinismus ...

2. **Die CDU/CSU-Position erlaubt eher die Propagierung bzw. Integration offen ausländerfeindlicher und rassistischer Strömungen.** Insbesondere aus Ausländer-„Brennpunkten", wie z.B. West-Berlin, werden mittlerweile auch aus den Reihen der CDU Ausfälle bekannt, wie sie bis dato nur von der NPD zu hören waren. So ereiferte sich der Westberliner CDU-Stadtrat Tromp: *„Rein biologisch sind Berlins Türken in der Lage, mindestens zwei Berliner Bezirke in eine nationale Heimstatt zu verwandeln"* („taz" v. 16.8.79). Aus gleichen Beweggründen pocht auch der bereits zitierte CDU-Lummer darauf, daß *„jede Gesellschaft das Recht auf eigene Identität im eigenen Lande"* habe, was er angesichts ausländischer Einwanderung für Westberliner bzw. Westdeutsche offenbar bedroht sieht („Neue" v. 4.10.80). Und der Münchener CSU-Stadtrat Peter Gauweiler prophezeit: *„Wenn der Zuzug ausländischer Bürger und der Wegzug deutscher Bürger in München so bleibt wie bisher, dann lebt in München in 117 Jahren kein Deutscher mehr"* („Abendzeitung" v. 24.11.78). Die CDU/CSU-nahe Zeitschrift „Epoche" setzt noch einen drauf und fragt: *„Stehen wir – nach den Vorstößen der Osmanen ... – jetzt vor der dritten Türkenbelagerung?"* („Epoche" 3/80).

Mit typisch „völkischen" Begründungen wird u.a. auch das Kommunalwahlrecht für Ausländer abgelehnt: Bei einer Konferenz der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden im Juni letzten Jahres befand man, daß der Begriff „Volk" durch das Grundgesetz als die Gemeinschaft deutscher Staatsbürger festgelegt sei, mithin Ausländer ausschließe (s. „FR" v. 21.6.80). In der Sache ähnlich, nur etwas brutaler, erklärte der CSU-Abgeordnete Hundhammer: *„Es ist aus politischen Gründen unmöglich, daß Ausländer Entscheidungen darüber treffen, wie wir zu leben haben"* („UZ" v. 12.3.77).

... und skrupellose Demagogie

... und skrupellose Demagogie

3. Mit besonderer Demagogie pflegen die Unionsstrategen darauf hinzuweisen, daß sie die „nationale Identität", die „kulturelle Eigenständigkeit" usw. „unserer ausländischen Mitbürger" schützen und fördern wollen. Sie argumentieren dabei mit der durchaus zu Recht bestehenden Angst der ausländischen Bevölkerung vor einer Assimilierung, „Eindeutschung" o.ä., zumal dies als mehr oder weniger offen erklärtes Ziel sozialdemokratischer „Integrations"-Propaganda im Raum steht („Integration" im Sinne von Anpassung und „Eindeutschung" ist tatsächlich die einzige Möglichkeit, die Ausländern von der SPD zur Erlangung „staatsbürgerlicher" Gleichberechtigung offengehalten wird. Die Variante der CDU/CSU besteht allerdings lediglich darin, daß sie auch diese Möglichkeit noch beschneiden bzw. einschränken möchte).

Natürlich geht es der CDU/CSU nicht im geringsten um eine besondere Förderung der Anliegen und spezifischen Interessen nationaler Minderheiten. **Das Pochen auf Erhalt der „nationalen Identität" dient allein dem Ziel, die „Rückkehrwilligkeit" bzw. „Rückkehrfähigkeit" der ausländischen Bevölkerung latent offenzuhalten** (ob das von den Ausländern nun gewünscht wird oder nicht), **und unter Berufung darauf die vielzähligen Maßnahmen und Einrichtungen der Ausländerdiskriminierung zu verteidigen und ggf. auszubauen.** Am konsequentesten wird dieser Kurs in Bayern durchgezogen, wo ausländische Schüler grundsätzlich nur in reinen Ausländer- bzw. Nationalklassen, z.T. den Charakter von „Verwahranstalten", die gerade ein Mindestmaß an schulischer Qualifikation ermöglichen, aber generell in jedem Fall hinter dem Niveau deutscher Regelklassen und -schulen zurückbleiben: *„In den 'muttersprachlichen Klassen' leben ausländische Kinder und Lehrer wie in einem Schulghetto – analog zu ihrer Wohnsituation. Mit den deutschen Kindern finden nicht einmal die geplanten gemeinsamen Ausflüge statt, sogar die Schulhöfe sind oft getrennt. Die Anfahrtswege zu den Ausländerschulen sind lang, die Klassen platzen aus allen Nähten. Oft werden mehrere Jahrgänge ge-*

Fortsetzung nächste Seite

Bravo! Urteil gegen schleichenden Arbeitsdienst

1980 wurde nach massiver Hetze gegen die sogenannten „Schein"asylanten das Asylrecht in der BRD weiter ausgehöhlt. U.a. wurde es Asylbewerbern verboten, im ersten Jahr ihres Aufenthaltes in der BRD zu arbeiten. Das hat zur Folge, daß die Asylanten vom Sozialamt abhängig sind. Und zumindest in Düsseldorf nutzte das Sozialamt dies aus:

Um weiterhin Sozialhilfe zu erhalten, müssen Asylanten für einen Stunden-„lohn" von 1,60 DM Toiletten putzen oder Straßen fegen. Diese Maßnahme ist im Bundessozialgesetz für Menschen vorgesehen, „die an eine Arbeit herangeführt werden müssen".

Diese eh schon perverse Vorschrift auf Menschen anzuwenden, denen es verboten ist, sich eine Arbeitsstelle zu suchen, ist eine besondere Frechheit bundesdeutscher Bürokraten.

Dagegen klagte ein türkischer Lehrer. Er erklärte dem Verwaltungsgericht, daß seine Arbeitsbereitschaft nicht gefördert zu werden brauche, da er bereit sei, seinen Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Nur brauche er dazu eine Arbeitserlaubnis. Außerdem sei die Stadt zur Straßenreinigung verpflichtet, sie müsse dafür Arbeiter einstellen und dürfe Asylanten nicht als billige Arbeitskräfte mißbrauchen.

Das Verwaltungsgericht gab ihm Recht und verurteilte das Sozialamt zur Zahlung von Sozialhilfe, ohne daß der Lehrer derartige Arbeiten leistet.

Eine unberechtigte Arbeitsverweigerung, die zum Entzug der Sozialhilfe führen könne, liege nicht vor, da ja ein gesetzliches Arbeitsverbot vorliege (Aktenzeichen 7 L 1355/80). („Überblick" 3/81).

Detlef/Düsseldorf

Fortsetzung von Seite 34

meinsam unterrichtet. Vorurteile wachsen auf diesem Hintergrund genauso wie 'Ordnungsschwierigkeiten'. Die Ratlosigkeit der Lehrer ist groß. In den Klassen sind die Schüler bunt zusammengewürfelt: Neben Kindern, die von Anfang an die Nationalklasse besucht haben, auch solche, die aus der Regelklasse abgeschoben wurden; neben 12-jährigen Neuankömmlingen aus Anatolien wieder ABC-Schützen, die sich in bayrischem Dialekt verständigen. Kein Wunder also, daß die meisten ausländischen Lehrer überfordert sind.

Der muttersprachliche Unterricht leidet unter schlechtem Lehrmaterial. Deutsch wird als Fremdsprache gelehrt und dient nicht als direkt verwertbares Kommunikationsinstrument. Das relativ geringe Anspruchsniveau bringt den Ausländerkindern schwere Nachteile. Nur die Hälfte von ihnen erreicht den einfachen oder qualifizierten Hauptschulabschluß. Selbst da wird noch auf nationalen Unterschieden beharrt: da die ausländischen Kinder den qualifizierten Abschluß teilweise in ihrer Muttersprache machen müssen, entsprechen die geprüften Deutsch- und Mathematikkenntnisse dem Niveau von 6.Klassen an Regelschulen", womit wiederum das Kultusministerium seine offizielle „Erfolgsstatistik" hochschraubt. („Neue„ v. 27.1.81).

Etwas andere Akzente setzt die CDU-Regierung im benachbarten Baden-Württemberg. Sie, die auch schon einmal von *„einem Prozeß der kulturellen Assimilation der ausländischen Arbeitnehmer"* spricht (KuMi Mayer-Vorfelder in „der arbeitgeber" v. 24.10.80), geht davon aus, daß die *„integrativen Angebote immer mehr Bedeutung gegenüber Maßnahmen und Angeboten zur Erhaltung der kulturellen und nationalen Identität und damit zur Erhaltung der Rückkehrfähigkeit erlangen"* werden (Arbeitsminister Dietmar Schlee, ebenda). Trotz dieser für CDU/CSU-Kreise eher untypischen Positionen der beiden Kabinetts-„Neulinge", ist es um die tatsächliche Förderung der Ausländerfamilien kaum besser bestellt:

den Kabinetts-„Neulinge", ist es um die tatsächliche Förderung der Ausländerfamilien kaum besser bestellt:

– Läppische 62 Mio. DM wendete die Landesregierung 1980 für „Eingliederungshilfen" insgesamt auf; dabei lebt allein in Baden-Württemberg knapp ein Viertel der ausländischen BRD-Bevölkerung!

– Der „muttersprachliche Unterricht" wird generell nur als freiwilliger Zusatzunterricht angeboten und zwar nicht in Verantwortung des Kultusministeriums, sondern unter Obhut der jeweiligen Konsulate und entsprechender Träger.

– *„Von den rund 38.000 in Baden-Württemberg lebenden ausländischen Jugendlichen zwischen 15 und 18 Jahren haben 6 400 weder eine Schule besucht, noch sind sie einer Arbeit nachgegangen"* (Angaben nach „der arbeitgeber" v. 24.10.80 und „FAZ" v. 28.6.80).

Und obwohl das Stuttgarter Kultusministerium die Einrichtung von „Nationalklassen" zunächst vehement ablehnte und die generelle Unterrichtung von Ausländerkindern in deutschen „Regelklassen" vorsah, ist dieser Grundsatz durch die Wirklichkeit bereits wieder überholt: So geht man in Baden-Württemberg davon aus, daß die „deutsche Hauptschule" nur erhalten werden könne, wenn der Ausländeranteil 30% nicht überschreite. Da diese Quotierung aber vielerorts überschritten wird, wurden zu Beginn des letzten Schuljahres in Mannheimer Grund- und Hauptschulen erstmals reine Ausländerklassen gebildet („Badische Zeitung" v. 9.9. 1980).

Was in Bayern bereits gang und gäbe ist, in Baden-Württemberg nun langsam realisiert wird, soll nach Auffassung der Hamburger CDU auch für die Schulen der Hansestadt gelten: Sie fordert nationale Kindergärten für ausländische Schüler, anschliessend mehrere Jahre in „Nationalklassen", Heraufsetzung der Altersgrenze für intensiven Deutschunterricht auf etwa 12 Jahre, *„um die muttersprachlichen Denkprozesse nicht zu beeinflussen"* („HAN" v. 11.1.80). Das ganze läuft unter dem Motto „Weder Integration noch Isolation". Das Hauptanliegen dieser Politik liegt freilich darin, daß – wie der Schul„experte" und CDU-MdB Volker Rühe formuliert – *„die deutschen Kinder unbeeinträchtigten Schulunterricht erhalten können"* („Hamburger Abendblatt" v. 16.9.80).

Ob und wielange sich die Ausländer eine derartige Politik gefallen lassen werden, steht allerdings noch auf einem anderen Blatt. Da könnten sich eines Tages durchaus „Beeinträchtigungen" einstellen, von denen sich auch die CDU heute noch gar keine Vorstellung machen kann...

AG Ausländer

»Graue Wölfe« in Reutlingen und Ulm

Zu größeren Veranstaltungen versammelten sich Ende Februar Anhänger der türkischen Faschisten-Partei MHP in Reutlingen und Ulm. Während die „Grauen Wölfe" ihre Treffen ungehindert in städtischen Räumen durchziehen konnten, wurden Gegendemonstrationen zumeist türkischer Antifaschisten stark behindert.

In Unterhausen bei Reutlingen hatten die Faschisten für den 21.2. die „Lichtensteinhalle" anmieten können. Erst nach Protesten der IG Metall machte der Gemeinderat Anstalten, nunmehr im Nachhinhein aus dem Vertrag herauszukommen, hielt dies letztendlich aber für „juristisch nicht machbar", nachdem die „Grauen Wölfe" zur Sicherheit 20.000 DM Kaution hinterlegten. Geringere Probleme hatte man dann allerdings damit, die antifaschistische Protestdemonstration (getragen von VVN, AK Ausländischer Gewerkschafter in der IG Metall, Jusos, SDAJ, SHB, DFU, Stadtjugendring und Fetzer-Buchladen) zu reglementieren:

- Am Tag vor der Demonstration wurden sogar öffentlich Überlegungen in Richtung auf ein Verbot geäußert. Der Anlaß: Am Rathaus waren in der Nacht zuvor Parolen wie „Graue Wölfe raus!" gesprüht worden (wovon sich ein Sprecher der VVN peinlicherweise energisch distanzierte ...);
- die geplante Demonstrationsroute wurde eingeschränkt;
- Durch umfangreiche Filzaktionen der Polizei wurde ein Großteil der Demonstranten aufgehalten, so daß zunächst nur 200 zusammenkamen. Für den Schutz der „Grauen Wölfe" war ebenfalls ein massives Polizeiaufgebot zusammengestellt worden.



Protestdemonstration türkischer und westdeutscher Antifaschisten gegen „Graue Wölfe"-Veranstaltung in Reutlingen

Eine Woche später, am 28.2., versammelten sich die türkischen Faschisten in der Ulmer Konzerthalle. Auch dieses Treffen wurde zugelassen, obwohl „Graue Wölfe" gerade in Ulm, das als MHP-„Hochburg" gilt, in jüngster Zeit durch Überfälle und Schlägereien für Schlagzeilen sorgten. So wurde im letzten Jahr u.a. ein Fernsehteam um den Journalisten Jürgen Roth überfallen sowie der Ulmer Jugendhausleiter von „Grauen Wölfen" zusammengeschlagen.

Auf der Protestdemonstration, an der sich 500 - 700 Menschen beteiligten, wurden neben Verbotsforderungen gegen die „Grauen Wölfe" auch Parolen gegen das türkische Mörderregime getragen. Veranstalter war das örtliche „Antifaschistische Komitee"; gekommen waren neben lediglich 30 Westdeutschen vor allem Anhänger türkischer und kurdischer Organisationen. Auf der Abschlußkundgebung sprachen Vertreter des Antifa-Komitees, verschiedener türkischer Organisationen, des KABD sowie des SPD-Kreisvorstandes.

Nach einem Bericht eines KB-Sympathisanten aus Oberschwaben

Sind CSU und CDU die Parteien des »neuen Faschismus«?

Die Frage, ob der KB diese Einschätzung hat, stellt sich angesichts der Artikelüberschrift (AK 197): *„Modell Bayern – Der neue Faschismus stellt sich vor"*, und der Aussage: *„Was in Nürnberg geschehen ist, muß als Vorgriff auf die Methoden eines neuen Faschismus ernst genommen werden"*. Der KB charakterisiert die Politik der bundesdeutschen Bourgeoisie als „Faschisierung von Staat und Gesellschaft". Im Rahmen dieser Einschätzung wurden CDU/CSU als „Hauptpartei der Reaktion" und „Hauptkraft der Faschisierung" bezeichnet. Aber es wurde immer wieder ausdrücklich betont: „Von einer CDU/CSU/Strauß-Regierung wäre selbstverständlich kein unmittelbarer Übergang zu faschistischer Machtausübung zu befürchten, wohl aber eine erhebliche Verschärfung des allgemeinen Präventionskurses, wie ihn die SPD/FDP bereits eingeleitet hat: Abbau sozialer Leistungen zum einen und massive Einschränkung politischer Rechte zum anderen - vor allem auch eine Intensivierung der antiterroristischen Hetze, wie es sich bereits mit den ersten Auftritten von F.J. Strauß anläßlich seiner Kandidatur 1979 zeigte" (Antifa-Resolution, UW 32, S. 28).

Genau das und nichts anderes hat m.E. in Nürnberg stattgefunden. Auch sei nochmals darauf hingewiesen, daß Strauß und die CSU noch nie zimperlich im Umgang mit Recht und Gesetz waren, wenn es ihnen in den Kram paßte.

Die Aussage: „Der neue Faschismus stellt sich vor" beinhaltet in ihren Konsequenzen, daß CDU/CSU sich von einer reaktionären in eine faschistische Partei gewandelt haben bzw. wandeln. Und das müßte der Autor erst mal beweisen, zumal das ja eine erheblich andere Einschätzung als z.B. in der Antifa-Resolution wäre. Hingegen meine ich, daß sich das Vorgehen der CSU durchaus im Rahmen der in der Antifa-Resolution gemachten Einschätzung bewegt.

Detlef/Düsseldorf

Antwort

Die Aussage, es habe sich um einen *V o r g r i f f auf die Methoden eines neuen Faschismus"* gehandelt, bedeutet nicht, daß die CDU/CSU nun plötzlich zu einer faschistischen Partei erklärt werden soll. Ein Vergleich kann diesen Unterschied vielleicht deutlicher machen: F.J. Strauß hat bei mehreren Gelegenheiten Absichten und Pläne geäußert (Sonthofen, Wienerwald), die sich in ein Konzept „normaler" reaktionärer und autoritärer Machtausübung nicht mehr einordnen lassen, sondern die eher in die Nähe faschistischer Praxis gehören. Strauß deshalb aber als einen Faschisten zu bezeichnen, wäre nicht bloß juristisch problematisch, sondern auch im Sinne politischer Begrifflichkeit nicht ganz zutreffend: Zumindest übt Strauß die ihm zukommende Macht ja insgesamt nicht faschistisch aus (in Bayern) und würde es wahrscheinlich auch als Bundeskanzler nicht ohne weiteres tun können. Andererseits ist aber eindeutig festzustellen, daß Strauß in solchen Reden einen verbalen „Vorgriff auf die Methoden eines neuen Faschismus" unternommen hat.

Was die konkreten Vorgänge in Nürnberg angeht: In vielen Berichten ist auf die sich aufdrängende Parallele zu „chilenischen Zuständen" hingewiesen worden. So etwa die Tatsache, daß Angehörige und Freunde z.T. mehrere Tage lang im Unklaren gelassen wurden, ob und wo sich Leute in Haft befinden. So das Abwimmeln von Entlastungszeugen, das Hektographieren der Haftbefehle, die Behandlung der Leute im Knast („Da kommen ja die Terroristen") u.a.m. Daß es sich nicht um wirkliche „chilenische Zustände", sondern eben nur um einen ersten „Vorgriff" handelt, läßt sich daraus sehen, daß die Gefangenen nicht gefoltert wurden, und daß sie nach mehr oder weniger vielen Tagen wieder freigelassen wurden. Tatsächlich kann man in der BRD heute Gefangene nicht foltern (die bekannten Ausnahmen vergesse ich hier mal), man kann sie auch nicht einfach monatelang „verschwinden" lassen. Denn dies ist insgesamt kein faschistisches Land. Die CDU/CSU ist in Nürnberg vielleicht schon an die Grenzen dessen gegangen, was h e u t e in der BRD machbar ist, ohne daß die Verursacher zur Rechenschaft gezogen werden. Immerhin: Wäre dies ein bürgerlicher Rechtsstaat – wie er von den Herrschenden ja dargestellt wird – so hätte der Vorfall für die beteiligten Richter, Staatsanwälte und Politiker das Ende ihrer Laufbahn bedeuten müssen. (Man stelle sich vor, so etwas wäre in P o l e n passiert!)

In der Formel von Detlef, *„daß Strauß und die CSU noch nie zimperlich im Umgang mit Recht und Gesetz waren"*, sehe ich eine Gefahr. Nämlich die Gefahr der Gewöhnung an solche Politik; vor allem aber die Gefahr, daß q u a l i t a t i v neue Vorgehensweisen (und darum geht es m.E. im Fall Nürnberg) gar nicht mehr als solche erkannt und benannt werden. Meines Wissens ist es in der BRD-Geschichte bisher einzigartig, daß 140 Leute nach einer Demonstration tagelang eingesperrt werden. Noch einzigartiger ist die Methode, die Besucher eines mißliebigen Jugendzentrums pauschal in den Knast zu schaffen, obwohl der Mehrzahl der Inhaftierten noch nicht einmal eine Beteiligung an der Demo nachzuweisen ist. Nach einer nächsten Demo sind es vielleicht linke Kneipen, aus denen man sämtliche Gäste in den Knast schafft, um sie ein paar Tage einzubuchten. Und die demokratische Öffentlichkeit wird vielleicht schon etwas lahmer reagieren. Genau das ist der mit solchen „Vorgriffen" angestrebte Effekt. Übrigens würde ich z.B. auch die Vorgänge um die „Selbstmorde" von Stammheim/Stadelheim als Vorgriffe auf Methoden eines neuen Faschismus bezeichnen. Solche Vorgriffe bedeuten nicht den Übergang zu faschistischen Herrschaftsformen, aber sie dienen der Gewöhnung an solche Herrschaftsformen.

Ein Mitglied der AK-Redaktion

Polizei-Todesschuß in Bielefeld

Am 18.3. nahm ein Kommando des Bielefelder SEK drei in ihrem Wagen wartende, als Hehler verdächtige Männer aus Hamburg fest. In diesem Zusammenhang soll „heiße Ware" im Wert von ca. 300 000 DM sichergestellt worden sein. Die Festnahmeaktion wurde von einem mit einer Maschinenpistole bewaffneten Beamten abgesichert. Dieser soll auf dem lehmigen Boden ausgerutscht sein. Dabei habe er unwillkürlich die Waffe hochgerissen und den Abzug berührt. Der sich lösende Schuß traf den Fahrer des Fahrzeuges aus zwei Metern Entfernung in den Kopf. So jedenfalls die polizeiliche Version.

Schon drei Stunden nach dem Todesschuß gaben Polizeipräsident Funk und der ermittelnde Staatsanwalt Metzler der Presse bekannt, es handele sich „um einen bedauerlichen Unglücksfall" („Westfalenblatt", 19.3.). Am nächsten Tag wurde diese Ansicht auf einer Pressekonferenz weiter erhärtet. An der Unglücksversion könne „kein Zweifel" bestehen. Für ein dienstrechtliches Ermittlungsverfahren sieht Funk „keinen Grund" („Neue Westfälische", 20.3.).

Gründliche Ermittlungen wurden allerdings gar nicht erst angestellt. Weder der Todesschütze (er litt angeblich unter einem Schock), noch die beiden festgenommenen Überlebenden wurden vernommen. Die polizeiliche und staatsanwaltschaftliche Auffassung stützt sich allein auf die Aussagen der drei anderen, an der Festnahmeaktion beteiligten SEK-Beamten und angebliche Tatortspuren. Völlig unberücksichtigt blieb natürlich, inwieweit die Kampfschützenausbildung der Spezialpolizeieinheiten (Kombat-Schießen) solche Unglücksfälle begünstigt.

Das Plenum der Bunten Liste hat dazu eine Erklärung verfaßt, die auch in vollem Wortlaut in der „Neuen Westfälischen" abgedruckt wurde. In dieser Erklärung wird insbesondere auf die Kombat-Schießausbildung hingewiesen. Die Bunte Liste fordert Aufklärung darüber, ob die SEK-Beamten, die praktisch überall im polizeilichen Alltag Verwendung finden, nicht eine Gefahr für alle Bielefelder Bürger darstellen.

Vorgeschickt wurde darauf hin die Kreisgruppe Bielefeld der Polizeigewerkschaft GdP. In ihrer Erklärung behauptet die GdP, daß die Bunte Liste mit ihren „infamen Unterstellungen" nur „den Bürger verunsichern will" („NW", 25.3.). Die Existenz der Kombat-Ausbildung der Spezialpolizisten streitet sie rundweg ab, es gebe lediglich „als Ausnahme (die) Übung besonderer Notwehrsituationen" (ebenda). Abgesehen davon, daß hier zwei Begriffe für die gleiche Sache stehen, hat sich die GdP mit ihrer Erklärung ziemlich in die Nesseln gesetzt. In einem sehr informativen Artikel des „Westfalenblatts" über das Bielefelder SEK (13.4.79) hieß es über die Schießausbildung: *„So wird 14 Tage lang nur mit Waffen geprobt. Pistole, Maschinenpistole, Präzisionsgewehr. Jeder hat seine eigene Waffe, damit er sich im Ernstfall hundertprozentig auf sie verlassen kann. Stehend, liegend, aus der Hüfte, ganz so wie im FBI-Werbespot: Sie schießen aus allen Lagen"*. Wenn das kein Kombat-Training ist! Man darf gespannt sein, wie diese Auseinandersetzung weitergeht.

Michael, Bielefeld

Zwangssterilisation von 350.000 Menschen »rechtsstaatlich«?

Die vom Hitler-Faschismus an mehr als 350.000 Menschen durch Zwangssterilisationen begangenen Verbrechen sind bis heute noch weitgehend ein weißer Fleck in der Geschichtsschreibung. Heutige staatstragende Kräfte versuchen sogar, diesen Bestialitäten den Segen der Rechtsstaatlichkeit zu verleihen.

Der heute 78jährige Rentner Reinhold W., durch Zwangssterilisation im Faschismus auf Lebenszeit verstümmelt, kämpft seit nunmehr 30 Jahren vergeblich um eine Entschädigung. Allein dies wäre erschütternd genug. Furchterregend geradezu sind aber z.T. die Begründungen, mit denen seine allzu berechtigte Forderung abgelehnt wurde.

Am 1.1.34 trat das von den Nazis verabschiedete „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" (GzVeN) in Kraft. Stützen konnten sie sich dabei auf ausgedehnte Vorarbeiten vor allem preußischer Ministerien, die bereits 1932 (in enger Anlehnung an US-amerikanische Initiativen) einen Gesetzesentwurf vorlegten. Zudem hatte die Ärzteschaft, voran die Weimarer Psychiatrie, schon lange auf eine gesetzliche Regelung der von ihnen häufig illegal praktizierten „Unfruchtbarmachung" gedrängt. Kein Wunder, daß sie entsprechend willfährig und z.T. geradezu enthusiastisch „Minderwertige"
gedrängt. Kein Wunder, daß sie entsprechend willfährig und z.T. geradezu enthusiastisch „Minderwertige"
unters Messer nahmen. Erklärtes Ziel des Gesetzes war, den „Volkskörper" präventiv von allen Formen sozial abweichenden und unerwünschten Verhaltens zu säubern. Alle „geistig und sittlich Minderwertigen" sollten ihrer Nachkommenschaft beraubt werden. Entsprechend kamen vor allem sogenannte Bettler, Landstreicher, Prostituierte, Fürsorgezöglinge, Kriminelle und Arbeitsscheue, denen man den diagnostischen Stempel „Schwachsinn" aufdrückte, unters Skalpell.



Dokumentation des Gesundheitstages Westberlin 1980, Band 1 Verlagsgesellschaft Gesundheit, Westberlin 1980

Allein im ersten Jahr, 1934, wurden 56.244 „Unfruchtbarmachungen" angeordnet. 89 Menschen, vor allem Frauen, starben in Folge der Zwangsoperationen (1). Auf Drängen der Ärzteschaft wurde 1935 die Schwangerschaftsunterbrechung aus „eugenischen" Gründen gestattet, d.h., wenn „erbkranker Nachwuchs" zu erwarten war. Die von den Nazis durch verschärften § 218 und andere Maßnahmen noch mehr zur Gebärmaschine degradierten Frauen sollten eben keine „minderwertigen", „dem Staat zur Last fallenden" Kinder zur Welt bringen. Bis zum achten Schwangerschaftsmonat durfte der deutsche Arzt bei Frauen gleichzeitig sterilisieren und abtreiben (2)! Wenige Monate später wurde die Zwangssterilisation durch Strahlenbehandlung (Röntgen- und Radiumstrahlen, da schneller und ökonomischer), vor allem für Frauen gesetzlich erlaubt (3).

Herr Reinhold W. wurde am 9.10.34 aufgrund eines Beschlusses des Erbgesundheitsgerichts Waiblingen vom 13.7.34 zwangssterilisiert. Fadenscheiniger Grund war, daß er 1927 wenige Wochen in der Psychiatrie war, einige Tage wegen angeblichem „Exhibitionismus" im Knast saß und in einigen Schriftsätzen eine „hebephrene-schizophräne (4) Schriftverschrobenheit" gezeigt habe. Beweis genug, um zu diagnostizieren, daß sein *„ganzes Seelenleben ... von unübersehbaren, krankhaften Antrieben, von Willens- und Affektstörungen, von pathologischen Einfällen weitgehend bestimmt ist"* (5).

Herr W. machte demgegenüber geltend, der eigentliche Grund bestehe darin, daß er sich durch Verteilen von Flugblättern aus der Schweiz politisch betätigte und durch schlechte Arbeitsleistung bewußt Sabotage betrieb.

„Zwangssterilisationen rechtsstaatlich"

Mit dem Ende des Faschismus war für die brutal verstümmelten Opfer der Leidensweg beileibe nicht beendet. Weiterhin diskriminiert, wurde ihnen jede Entschädigung verwehrt. Den Verantwortlichen fehlte jedes Unrechtsbewußtsein. Zwei Stellungnahmen seien hier stellvertretend zitiert, die umso stärker die Kontinuität beweisen, als sie aus dem Munde von Leuten stammen, die an einigen Punkten dem Nazi-Terror Widerstand leisteten. Karl Bonhoeffer, seit Anfang dieses Jahrhunderts Psychiater von Weltruf, dessen Sohn von den Faschisten ermordet wurde, bedauerte in einem „Rückblick", daß der *„ursprüngliche Ideengehalt der Eugenik ... vom Nationalsozialismus ... aufs Schwerste diskreditiert worden ist."* Weiter beschwert er sich, daß *„die Lebenshaltung auf das primitivste Niveau der Sorge um die Erhal-*
ist." Weiter beschwert er sich, daß *„die Lebenshaltung auf das primitivste Niveau der Sorge um die Erhal-*
tung der einfachen körperlichen Existenz der Individuen abgesunken ist", eine *„eugenische Aufbesserung späterer Generationen"* nicht durchsetzbar war (6).

Pastor von Bodelschwingh, Leiter der Anstalten in Bethel, der sich der Ermordung Tausender von „Geisteskranken" zu widersetzen suchte, äußerte anläßlich einer Besprechung im Bundesfinanzministerium zu den Entschädigungsansprüchen der Zwangssterilisierten: *„In Bethel habe man sich ... nicht gegen das ErbGesGes gesträubt. Das Gesetz sei eine Hilfe gewesen ...; für die Regelung habe vor allem bei Schwachsinnigen ein Bedürfnis bestanden."* Daß die Sterilisierten entschädigt werden wollen, sei *„krankheitsbedingt"* (7).

Entsprechend war das, was Herr Reinhold W. sich von Richtern, Staatssekretären, Ministerien und Parteienvertretern zur Ablehnung seiner Ansprüche anhören mußte.

Dem die Zwangssterilisation ausführenden Arzt wurde bescheinigt, er habe *„nur seine Pflicht erfüllt, nachdem ein rechtskräftiger Beschluß vorlag"* (8).

Es ist makaber: Zur Überprüfung seiner Anträge wurde von Herrn W. ein neues psychiatrisches Gutachten verlangt. Prompt bestätigten Psychiater die Gutachten ihrer Kollegen, die Herrn W. der Zwangssterilisation ausgeliefert hatten: Es *„ergab sich ein alter schizophrener Defektzustand"* (9). Für das Oberlandesgericht Stuttgart hat ein Zwangssterilisierter nur dann Anspruch auf Entschädigung, wenn er *„willkürlich, etwa in einem Konzentrationslager ohne Rechtsgrundlage"* sterilisiert wurde. Fiel er aber dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" zum Opfer, so hat er keinen Anspruch, selbst wenn sich die Diagnose als unbegründet herausstellen sollte. *„Der Gesetzgeber hat sonach"*, wie selbiges Gericht in dankenswerter Offenheit zugibt, *„an die damaligen Rechtsverhältnisse angeknüpft"* (9).

Selbstredend, daß jegliche politische Motivation der an Herrn W. ausgeführten Sterilisation für die bundesdeutschen Gerichte ausschied. Um etliche Nuancen offener noch äußerte sich das Staatsministerium Baden-Württemberg von Ministerpräsident Filbinger in einer Stellungnahme vom 14.8.75: Die „Anwendung von Zwang zur Sterilisation" wurde sogar als **„mit rechtsstaatlichen Anschauungen vereinbar"** erklärt. Außerdem sei man nicht bereit, eine Pauschalentschädigung an Zwangssterilisierte zu zahlen, da sie zu *„60 v.H. an Geisteskranke, Schwachsinnige und schwere Alkoholiker gezahlt"* werden müßte (10). Spätestens mit dieser Stellungnahme ist eines eindeutig: Zwangssterilisationen gehören auch heute noch zum potentiellen Unterdrükkungsinstrumentarium der Imperialisten, seien sie gegen die „Minderwertigen" im eigenen Land oder die eh „Unterwertigen" in den Ländern der „Dritten Welt" gerichtet. Kein Wunder also, daß eine gerichtliche Ächtung und Wiedergutmachung dieser Maßnahmen verweigert wird.

Auch die von der SPD-Regierung jetzt genehmigten Pauschalentschädigungen von 5.000 DM für die noch lebenden Opfer ändern diesen Sachverhalt nicht. Nach 30jähriger Tatenlosigkeit sind sie allenfalls zynisch (11).

bs, KB Nürnberg

Anmerkungen

1. Martin Broszat: Der Staat Hitlers, München 1979, S. 356
2. RGBl 1 S. 773; Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses v. 26.6.35
3. Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 4.2.36, RGBl 1, S. 119
4. Der Schreibfehler steht so im Original. Die Richter konnten die „Diagnosen", die Grund ihrer Terrorurteile waren, nichtmal richtig schreiben!
5. Beschluß des Erbgesundheitsgerichtes Waiblingen vom 13.7.34 AZ: EG 43/34, abgedruckt in „Demokratie und Recht", 3/81 S. 348f
6. Bonhoeffer, K.: in „Der Nervenarzt", 20. Jg. H. 1. Jan. 1949, S. 4
7. zit. nach Stellungnahme des Staatsministeriums Baden-Württemberg (Ministerpräsident) vom 14.8.75, abgedruckt: ebenda, S. 356
8. 2. Beschluß des LG Stuttgart vom 16.9.60, abgedruckt in „Demokratie und Recht", a.a.O., S. 349
9. 3. Beschluß des OLG Stuttgart vom 20.11.69, abgedruckt: ebenda, S. 349 - 355
10. vergl. Anm. 7., S. 355
11. vergl. „FR" v. 30.10.80

Braune »Unions«-Zöglinge

Zur letztjährigen Bundestagswahl brachte die Junge Union (JU) Offenbach eine Wahlkampfbroschüre mit neonazistischer Tendenz heraus, woraufhin vier CDU-Stadtverordnete ihre Mitgliedschaft in der JU aufkündigten. Fast gleichzeitig trat ein weiteres JU-Mitglied wegen derselben Vorkommnisse aus; seine schriftliche Begründung an den Ortsvorsitzenden will dieser heute nicht mal kennen.

Die gesamte Angelegenheit wurde von den JU/CDU-Verantwortlichen unter den Teppich gekehrt, bis der „Spiegel" am 23.2.81 über neonazistiches Treiben in der JU Offenbachs berichtete: Ein JU-Mitglied trainierte gar wochenlang bei der WSG-Hoffmann und wurde von der Kripo im Zusammenhang mit dem Münchener Attentat vom September 1980 verhört. Die zuständige Darmstädter Justiz ermittelt derweil gegen mehrere der Jung-Unionisten wegen Verbreitung neonazistischer Propaganda.

Wie u. a. der ehemalige JU-Vorsitzende Offenbachs, Edmund Reichenbach, berichtete, seien etwa sechs der 14 Mitglieder des JU-Kreisvorstandes, hinter denen die Gruppenmehrheit stünde, als Neonazis anzusehen; die von Karlo G. geführten Braunen seien in Kampfjacken, Knobelbechern und Koppeln (zum Teil Hakenkreuz-bestückt) aufgetreten; sie hätten auch eine symbolische „Judenverbrennung" vorgenommen und begrüßten sich mit „Hitlergruß" und „Front Heil". Wie es sich für ihresgleichen ziemt, waren sie beim NPD-Deutschlandtreffen mit von der Partie – das Attentat von München soll von einigen als „heroische Tat" angesehen werden.

Die Chefetage von CDU und JU streiten diese Strömung in ihrem Verein ab, sahen sich dann aber gezwungen, zumindest gegen den WSG'ler ein Ausschlußverfahren einzuleiten. Ansonsten seien sie sauber, denn „Links- und Rechtsextremisten" hätten bei ihnen keinen Platz. Gegen den Nestbeschmutzer Reichenbach führen die Gescholtenen inzwischen Klage, da er ein Verleumder, ein Geldveruntreuer usw. usf. sei.

Ob den Braun-Schwarzen das viel nützen wird, ist zweifelhaft, der Herd der Unruhe sitzt ja noch auf höheren Plätzen: Zwei der JU-Neonazis seien gar Vorstandsmitglieder von Offenbacher Stadtbezirksverbänden, heißt es ... Zu hoffen ist auf einige weitere Enttarnungen, da auch in Frankfurt und Osthessen JU-Gruppen braun getönt sein sollen. – Im Ruhrgebiet mußten jüngst erst drei Neonazis aus der CDU-Jugend ausgeschlossen werden („Frankfurter Rundschau", 24. 3.81).

Antifa-Kommission KB/Gruppe Frankfurt

Demonstration gegen Nazi-Buchladen



Ca. 1.000 Antifaschist/inn/en folgten am 21.3. dem Demonstrationsaufruf der BI gegen den Nazibuchladen in Frankfurt-Bornheim. Der Stadt Frankfurt war ein Ultimatum gestellt worden, bis zu diesem Tag, dem Vortag der hessischen Kommunalwahlen, das NSDAP- und VSBD-Zentrum zu schließen. Nun wollten die Demonstranten nachsehen, *„ob der Naziladen endlich geschlossen ist... Sollte der Laden... nicht behördlich geschlossen sein, so (würden) die verantwortlichen Behörden gezwungen sein, dieses NSDAP-Zentrum mit polizeilichen Mitteln abzuriegen. Dann (würden) sie vor den Augen der Öffentlichkeit (nicht nur der bundesdeutschen) demonstrieren müssen, daß sie das Recht auf öffentliche Gewaltanwendung dazu mißbrauchen, Bestrebungen zum Wiederaufbau einer NSDAP zu unterstützen"* (Aufrufflugblatt).

Bei allen vorherigen Demos gegen den Faschistentreff hatten die Behörden schon gezeigt, auf welcher Seite sie stehen. Sie ließen den Laden jedesmal von einem Wasserwerfer und massig Bullen abriegeln, während die Nazis hämisch grinsend hinter der Scheibe hockten und sich über die demonstrierenden Antifaschisten lustig machten. Aber diesmal kam es noch härter. OB Wallmann wollte anscheinend vor der Kommunalwahl nochmal beweisen, daß er in „seiner" Stadt Ordnung halten kann. So verbot er kurzerhand die Demonstrationen am Internationalen Frauentag und zum Hungerstreik der politischen und sozialen Gefangenen am 7.3. sowie die bundesweite Türkei-Demonstration am 14.3. 170 Menschen wurden am 7.3. festgenommen. Die Türkei-Demonstration durfte nur mit schikanierenden Auflagen stattfinden (Bullen und Wasserwerfer zogen an mehreren Stellen in der Demo mit!).

Es wurde nun seitens der Antifaschisten damit gerechnet, daß auch die Demonstration gegen den Nazi-Buchladen verboten würde. Diese Befürchtung war durchaus gerechtfertigt. Die Demonstration blieb zwar erlaubt, durfte aber nicht im Zentrum der Innenstadt beginnen, nicht durch die Innenstadt führen und – natürlich auch nicht am Naziladen vorbeigehen.

Leider unternahm die Bürgerinitiative (als Anmelder) keine Schritte gegen diese Auflagen, und so marschierten die Demonstranten teilweise durch menschenleere Straßen.

Die Hartmann-Ibach-Straße war von ca. 500 bis 600 Bullen mit dazugehörigem Einsatzgerät im Umkreis einiger hundert Meter um den Naziladen abgeriegelt. Trotz der teilweise militanten Parolen (Antifaschisten die Faust geballt, gegen Faschismus hilft nur Gewalt; etc.) und trotz des Bullenaufgebots verlief die Abschlußkundgebung ruhig.

Während Vertreter der BI, der VVN, der Jüdischen Gemeinde und der Antifaschistischen Informationen sprachen, löste sich die Kundgebung mehr oder weniger in Wohlgefallen auf.

Insgesamt empfanden wohl alle Teilnehmer diese Aktion als etwas unbefriedigend. Weder ist die Stadt in irgendeiner Weise auf das Ultimatum eingegangen noch ist es den Frankfurter Antifaschisten gelungen, den Laden auf eine andere Art zu schließen. Wenn die Behörden auch nach der bundesweiten Aktion, in deren Rahmen auch der Naziladen durchsucht wurde (immerhin wurden 12 Buchausgaben, die auf dem Index stehen, gefunden), nicht bereit sind, p o l i t i s c h e Verbote gegen solche Projekte zu verhängen, dann stellt sich jetzt die Frage, wie und mit welchen Mitteln endlich die Schließung der Frankfurter Faschistenzentrale erreicht werden kann.

Auch die relativ geringe Beteiligung an der Demonstration (es wurden immerhin über 20.000 Flugblätter verteilt und mehrere tausend Plakate geklebt) zeigt, daß viele nicht mehr an einen schnellen Erfolg solcher Aktionen glauben.

Kleine Randbemerkung: die Grünen, die ja einen Tag nach der Demonstration als „Vertreter der Basisbewegung" ins Frankfurter Stadtparlament einzogen, waren an diesem Tag, wie aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen verlautete, leider aus wahltechnischen Gründen verhindert, einen eigenen Block zu bilden. Auch sei es ihnen unmöglich gewesen, einen Redner zu stellen, da sie zu verschiedenen Sachproblemen „nicht alles auf einmal aus der Hand schütteln" können (M. Zieran). Außerdem fehle der ökologische Ansatz bei der ganzen Sache.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Frankfurt

Nochmals: »Judenwitze« beim Karneval

Düsseldorf. Klaus Schulze, Präsident der Prinzengarde und Karnevalsprinz des Vorjahres, trat nicht, wie in AK 197 gemeldet, am 6.3. zurück. Diese Fehlinformation beruht auf einer falschen Darstellung in der „RP" vom 7.3..

Vielmehr hatte dieser Herr, der beteuert, kein Antisemit zu sein, aber auf einer Karnevalssitzung „Judenwitze" übelster Sorte verbreitete, lediglich seinen Rücktritt angeboten. Darüber wollte die Prinzengarde auf einer Versammlung Ende April entscheiden.

Erst als der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde erklärte, unter diesen Umständen würde Strafanzeige gestellt, bequemte Klaus Schulze sich, zurückzutreten.

Detlef/Düsseldorf

Köln: Brandanschlag auf linke Kneipe

In der Nacht vom 17. auf den 18. März wurde von unbekannten Tätern ein Brandsatz gegen eine Scheibe der Kölner Kneipe „Spielplatz" geworfen. Seit seiner Eröffnung ist der „Spielplatz" ein beliebter Treffpunkt der Kölner Szene, ebenso werden hier häufig linke Veranstaltungen gemacht. (Z.B. fand hier im Dezember eine Antifa-Veranstaltung der Kölner KB-Gruppe statt.)

Das war wohl einigen aufgehetzten Mitbürgern (oder auch direkt Nazis, darüber kann bis jetzt nur spekuliert werden) zuviel: Zu dem Brandsatz, der zum Glück von der starken Glasscheibe abprallte, gab es auch einen „Bekennerbrief", in dem es hieß: „Dieses war der zweite Streich, und der dritte ...". Unterzeichnet: „AK-FJS". Einige Zeit vorher war die Fassade u.a. mit einem Hakenkreuz beschmiert worden.

Die Besitzer des Lokals haben bei der Kölner Bullizei „Objektschutz" beantragt. Die Ermittlungen hat diesmal tatsächlich die Politische Polizei (14. K) übernommen; außerdem wurde angegeben, das LKA sei mit dem Fall befaßt.

Auf die Ergebnisse dieser Ermittlungen kann man gespannt sein.

KB/Gruppe Köln

worden.
Die Besitzer des Lokals haben bei der Kölner Bullizei „Objektschutz" beantragt. Die Ermittlungen hat diesmal tatsächlich die Politische Polizei (14. K) übernommen; außerdem wurde angegeben, das LKA sei mit dem Fall befaßt.
Auf die Ergebnisse dieser Ermittlungen kann man gespannt sein.
KB/Gruppe Köln

Hannover: DKEG-Veranstaltung

Am 13.3. fand im städtischen Künstlerhaus eine Lesung des DKEG („Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes"), einer der wichtigsten rechtsradikalen „Kultur"organisation, statt.

Etwa 30 Altnazis und zwei Jungnazis (darunter ein hannoversches WSG/„Wiking-Jugend"-Mitglied, bekannt als Anführer einer Kinder-WSG) beschworen die Wiedereroberung der „Deutschen Ostgebiete" und verteilten Publikationen der „Hilfsgemeinschaft für Rudolf Heß"; diese tritt in letzter Zeit häufig in der Innenstadt mit Unterschriftensammlungen für die Freilassung des Hitler-Stellvertreters Heß auf. Dabei deuten Odalsrunen auf Parka-Schultern mindestens auf die Beteiligung der „Wiking-Jugend" hin. Ganz in der Nähe des Heß-Standes war auch Joachim Nowald (ehemalig „Kampfbund" für R. Heß, NSDAP und seit einiger Zeit WSG-Mitglied) zu sehen, der von seiner neunmonatigen Haftstrafe nur ganze drei Monate absitzen mußte!

Zu Protestaktionen kam es nicht. Die „NP" berichtete am 16.3. über eine Protesterklärung der Antifa-AG, in der gegen die Vergabe von städtischen Räumen an Rechtsradikale wie das DKEG protestiert wird.

Antifa-Hannover

Der neue »trikont«-Verlag: Mystik, Mythos, Magie

„Wer glaubt noch an die Revolution?" befragt seit einiger Zeit die „taz" die zer- und verfallende Linke. Das ist nun allerdings kein Geheimnis: Daß weit und breit von Revolution und revolutionärer Theorie, von Marx und Lenin und Mao abgerückt wird. Gegenüber Rechten (vor allem den „Wertkonservativen" verschiedenster Couleur) werden dafür die dummen „Berührungsängste" zusehends abgebaut. Was sich in verschiedenen Fällen seit längerem abzeichnet, ein um sich greifendes Grenzgängertum ehemals Linker – es sei an den Weg der Ex-„KPD" ins Lager der Vaterlandsverteidigung erinnert, im Dialog mit Ex-Nationalrevolutionären vom Schlage eines Henning Eichberg –, das überschreitet mittlerweile punktuell jede auch noch so weitherzig abgesteckte linke Grenzlinie. Beispielhaft ist aus der „taz"-Serie die jüngste Selbstdarstellung ehemaliger Linker, die inzwischen das Programm des „trikont"-Verlages bestimmen. Die dort von Herbert Röttgen für „trikont" vertretenen Positionen (siehe „taz", 19.3.) zeichnen sich nicht gerade durch hervorstechende Klarheit aus, plädieren jedoch in kaum mißzuverstehender Weise für einen ideologischen Salto Mortale der Linken, wie es freilich in der Alternativ-Szene insgesamt noch keineswegs vereinheitlicht ist.

Immerhin ist der Vorgang von nicht zu unterschätzender Bedeutung: Die Gegenaufklärung von „trikont" steht in nichts mehr den Roll-Back-Positionen der französischen Neuen Philosophie und in vielem auch nicht mehr der Neuen Rechten Frankreichs nach. In Frankreich geht es schon seit Jahren vor sich und wird hierzulande oft als halbwegs exotische Verirrung (‚nein, was es nicht alles gibt!') registriert: das Vordringen einer programmatischen Anti-Linken und ‚Neuen' Rechten über die traditionellen Kreise konservativer und rechter Sympathisanten hinaus – d.h. die Etablierung einer bekennerhaften rechten Ideologie als akzeptable Alternative für Unzufriedene, ‚System'geschädigte, Aussteiger und Absprungbereite.

Die „taz" – nicht sie allein, beileibe nicht, aber doch gerade auch sie – verdient sich mit derlei (wieder einmal) ihre Sporen beim Ritt über das dünne Eis noch-linker Distanziertheit und schon-rechter Sympathie gegenüber solchen Entwicklungen.

Der Beispielcharakter des Vorgangs ist den Beteiligten von „trikont" und „taz" übrigens durchaus bewußt: Der „trikont"-Verlag ist eins der typischen Projekte der Neuen Linken Ende der 60er Jahre; gegründet 1967, hatte er – wie die „taz" formuliert – ein *„sehr intensives Verhältnis zu den jeweils aktuellen politischen Strömungen in der BRD"*(gemeint sind die linken/alternativen); sein Programm reichte von Mao über Bommi Baumann bis hin zu Reggae. Auch im *„Absturz"*, in der *„finanziellen und konzeptionellen Sackgasse"* der letzten Jahre blieb „trikont" der allgemein-linken Entwicklung treu. Sein Weg aus der Krise führte den Verlag (nach Abtrennung der nach wie vor linken Schallplatten-Abteilung) immer weiter in Richtung jener *„Vulkantänze"*, die Herbert Röttgen und Florian Rabe 1978 mit dem programmatischen Untertitel *„linke und alternative Ausgänge"* herausbrachten. Was dort als notwendiges Wiederaufleben eines „mythischen Denkens" propagiert wird, ist mittlerweile Generallinie bei „trikont".

Herbert Marcuse (1934)
Naturalismus
Die Interpretation des geschichtlich-gesellschaftlichen Geschehens auf ein naturhaft-organisches Geschehen hin greift hinter die wirklichen (ökonomischen und sozialen) Triebfedern der Geschichte zurück in die Sphäre der ewigen und unwandelbaren Natur. Die Natur wird gefaßt als eine Dimension mythischer Ursprünglichkeit (treffend durch das Begriffspaar »Blut und Boden« bezeichnet), die sich in allem als eine vor-geschichtliche Dimension charakterisiert, mit deren umgestaltender Überwindung die
gegen alles der geschichtlichen Veränderung Unterworfene. Der Naturalismus beruht auf einer für die neue Weltanschauung konstitutiven Gleichung: die Natur ist als das Ursprüngliche zugleich das Natürliche, Echte, Gesunde, Wertvolle, Heilige.
(...)
»Natur« erscheint aber nicht als Produktionsfaktor im Zusammenhang der faktischen Produktionsverhältnisse, nicht als Produktionsbedingung, nicht als der selbst geschichtliche Boden der Menschengeschichte. Sie wird zum Mythos, und als Mythos verdeckt sie die organizistische Depravierung und Abdrängung des geschichtlich-gesellschaftlichen Geschehens.
(...) Dem mythischen Preis der Reagrarisierung entspricht der Kampf gegen die Großstadt und ihren »wider-

> **Herbert Marcuse** (1934)
>
> *Naturalismus*
>
> Die Interpretation des geschichtlich-gesellschaftlichen Geschehens auf ein naturhaft-organisches Geschehen hin greift hinter die wirklichen (ökonomischen und sozialen) Triebfedern der Geschichte zurück in die Sphäre der ewigen und unwandelbaren Natur. Die Natur wird gefaßt als eine Dimension mythischer Ursprünglichkeit (treffend durch das Begriffspaar »Blut und Boden« bezeichnet), die sich in allem als eine vor-geschichtliche Dimension charakterisiert, mit deren umgestaltender Überwindung die Menschengeschichte in Wahrheit allererst beginnt. Die mythisch-vorgeschichtliche Natur hat in der neuen Weltanschauung die Funktion, als der eigentliche Gegenspieler gegen die selbstverantwortliche rationale Praxis zu dienen. Diese Natur steht als das schon durch ihr Dasein Gerechtfertigte gegen alles, was erst der vernünftigen Rechtfertigung bedarf, als das schlechthin nur Anzuerkennende gegen alles erst kritisch zu Erkennende, als das wesentlich Dunkle gegen alles, was nur im erhellenden Lichte Bestand hat, als das Unzerstörbare gegen alles der geschichtlichen Veränderung Unterworfene. Der Naturalismus beruht auf einer für die neue Weltanschauung konstitutiven Gleichung: die Natur ist als das Ursprüngliche zugleich das Natürliche, Echte, Gesunde, Wertvolle, Heilige.
>
> (...)
>
> »Natur« erscheint aber nicht als Produktionsfaktor im Zusammenhang der faktischen Produktionsverhältnisse, nicht als Produktionsbedingung, nicht als der selbst geschichtliche Boden der Menschengeschichte. Sie wird zum *Mythos*, und als Mythos verdeckt sie die organizistische Depravierung und Abdrängung des geschichtlich-gesellschaftlichen Geschehens.
>
> (...) Dem mythischen Preis der Reagrarisierung entspricht der Kampf gegen die Großstadt und ihren »widernatürlichen« Geist; dieser Kampf wächst sich aus zum Angriff gegen die Herrschaft der Ratio überhaupt, zur Entbindung aller irrationalen Mächte – eine Bewegung, die mit der totalen Funktionalisierung des Geistes endet.
>
> aus:
>
> *Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung*, in: Zeitschrift für Sozialforschung III/1, Paris 1934

Wie alles kam

Keineswegs ist dies nun aber das Fortschreiben einer Traditionslinie. Ehrlicher als die „taz" spricht Röttgen selbst davon, daß für *„die Bewegung"* der Zeitpunkt erreicht sei, *„wo sie wieder umschwenken muß"*. Nicht Kontinuität also, sondern Wende ist angesagt. Natürlich, früher wurde das anders gesehen, doch heute sind für Röttgen auch die *„Reste meines alten politischen Denkens"* noch zuviel. Damals ging es noch, wie die „taz", diesmal ganz im *„Jargon der Linken"* (Röttgen), sagt, um *‚die Differenz des revolutionären Subjekts gegenüber der herrschenden Realität"*, also um die Inaktivität der Arbeiterklasse angesichts der fortbestehenden kapitalistischen Herrschaft. Setzte die Linke hiergegen verschiedene Strategien an, um endlich die Gesellschaft zu verändern, so zieht „trikont"-Röttgen heute die Negativ-Bilanz; war noch 1978 in den „Vulkantänzen" von einer „revolutionären Politik" die Rede, *„um wieder bei den Massen Begeisterung hervorzurufen"* (wahrlich eine nicht gerade marxistische Vorstellung, aber immerhin), so lautet das Credo jetzt: *„Ich spekuliere (!) heute eigentlich nicht mehr auf die Massen (...). Im Grunde interessieren mich Individuen mehr. Es geht darum, Leute zu finden, die den Ausbruch aus der Gesellschaft positiv leben wollen (...)"* (Hervorhg. AK).

Und wörtlich weiter: „(...) es geht nicht darum, unbedingt die Gesellschaft zu verändern, sondern ein Haus zu haben und anders leben zu können."

Zu Tode betrübt...

Diese Wende vor dem Hintergrund der großen linken Enttäuschung, daß nichts so – und schon gar nicht so schnell – lief, wie vielleicht einst erhofft, bedarf allerdings greller Schwarz-Weiß Markierungen; sie ist schließlich noch reichlich neu und absolut radikal. Wenn also heute ganz neue Wege zu beschreiten sind („neues zukunftsweisendes Politikverständnis"), dann um so mehr deshalb, weil die Realität alle Befürchtungen noch übertrifft: „1984 ist schon erreicht", beschreibt Röttgen sein Szenario. Ihm fällt treffenderweise ein, die Welt, wie er sie so sieht, als *„Ungeheuer"* zu zeichnen – was ja, seit der frühkapitalistischen Theorie des Hobbes („Leviathan") seine Tradition hat. Damit ist, offenbar, alles längst gegessen: *„In der Linken weiß (man)...immer nur, wogegen man kämpft, gegen AKW's, gegen Beziehungsprobleme"* etc., gähn, stöhn...*„Dieses Kleben an der Unterdrückung, das dauernde Beschwören dessen, was uns kaputtmacht, nimmt uns die Möglichkeit, aus der Fülle zu leben"*. So selbstverständlich-verächtlich ‚das, was uns kaputtmacht' zur Hintergrund-Staffage der „trikont"-Welt erklärt wird, so unweigerlich wird dem „Selbst", dem „Ich", der „Seele", „meiner Subjektivität" (all das wird angeboten, da ist man nicht kleinlich bei „trikont") der schwarze Peter zugeschoben: *„1984 ist schon erreicht"*, wie gesagt, *„unsere Sinne sind schon so verkleistert, daß wir nicht mehr sehen, wo der Weg hingeht und von wem er ausgeht, nämlich von uns."*

...himmelhoch jauchzend

Die große Entdeckung aber, der Anti-Marxismus, reißt heraus aus der Trübsal: „Wir gehen heute davon aus, daß mehr das Bewußtsein das Sein bestimmt als umgekehrt". Dies vorgegeben, öffnen sich die Tore mannigfaltiger Wunderwelten, genannt *„Bilder, Mythen, Traditionen"* – und so wird's möglich *„aus der Fülle zu leben"*.

Im einzelnen wird da als neue Gegenwelt „des Mythos" aufgeführt: *„das (,) was Zigeuner, Schamanen, Indianer sagen"*, die *„positive Gegenkraft der Hexen"*, *„Magie"*, überhaupt *„archaische Kulturen"*. Warum dann auch nicht *„ein Buch über den Wallfahrtsort Altötting"*, soll heißen *„über interessante Aspekte von Religiosität und Regionalismus"*? Je mythisch-mystischer, um so besser. Die Gemeinsamkeit all dieser ungemein „positiven" Gegenbilder lautet: Anti-Rationalismus. Das Heil kommt nicht aus *„Rationalisieren, Diskutieren, Psychologisieren"* – es kommt aus dem, was so recht ursprünglich, möglichst alt, natürlich und elementar ist.



PUMPEL STEHT VOR EINER KISTE:
„WENN ICH WÜSSTE, WENN ICH WÜSSTE,
OB DIE KISTE LEER –
ODER OB WAS DRINNEN WÄR ?!"

Der Glanz der Ursprünglichkeit, auf den die „trikont"-Phantasien bauen, vermag freilich diesmal genausowenig zu überzeugen, wie je zuvor – denn neu ist dies alles ja nicht. (Siehe Kasten: Herbert Marcuses Analyse faschistischer Ideologie, 1934. Es ist doch wohl gestattet, auf Marcuse zu verweisen, den heute beispielsweise ein Klaus Wolschner als Ahnherr einer Bündnisstrategie gegenüber den „Wertkonservativen" bemüht?). Das müßte schon ein feines Köpfchen sein, das etwa dem Schamanentum den Geist der Freiheit entlocken, den Ungeist der Angst aber belassen will; das wäre schon ein höchst bemerkenswertes Bewußtsein, dem auch noch eine Altöttinger Marienverehrung als revolutionärer Weg erscheinen soll! **Das Schlimme an derlei Gaukeleien ist einmal, daß es die vorgeblich so reine Ursprünglichkeit des Vergangenen und Natürlichen nie gegeben hat. Wer heute, wie Röttgen, Traditionen des Mittelalters wieder „aufgreifen" will, pflückt sich eben keine „blaue Blume" (wie es einst die deutsche Ro-**

aber belassen will; das wäre schon ein höchst bemerkenswertes Bewußtsein, dem auch noch eine Altöttinger Marienverehrung als revolutionärer Weg erscheinen soll! Das Schlimme an derlei Gaukeleien ist einmal, daß es die vorgeblich so reine Ursprünglichkeit des Vergangenen und Natürlichen nie gegeben hat. Wer heute, wie Röttgen, Traditionen des Mittelalters wieder „aufgreifen" will, pflückt sich eben keine „blaue Blume" (wie es einst die deutsche Ro-

mantik im Geist der Gegen-Aufklärung schon wollte), sondern handelt sich eine Tradition der Unterdrükkung, des Elends, der Not ein. Wer „der Natur" den „Mythos" „zurückgeben" will, gibt den Menschen ihre Ausgeliefertheit an die Natur zurück. Das Geschwätz von den edlen Werten „der Region" und „der Landschaft" und ihrer so wundervollen Abbilder in den „Volksmythen" übergeht geflissentlich Beschränktheit, Sturheit, Fremdenhaß des bäuerlichen Katechismus – „Idiotie des Landlebens", sagen Marx und Engels dazu im „Kommunistischen Manifest".

Wie war denn das Leben – ausgenommen jene „kurze Phase des Rationalismus", die Röttgen bedauernd diagnostiziert – in den langen Phasen der Unvernunft? War es etwa keine Leidensgeschichte der Massen – und auch der Minoritäten, die Röttgen anführt, etwa der „Zigeuner"?!

Zum zweiten ist das Gaukelspiel der „Traumzeit" (so der Titel eines Buches, auf das Röttgen sich bezieht) ein doppelt uneinlösbares Versprechen, denn genausowenig wie sie je existierte, ist die reine Ursprünglichkeit heute machbar. **Wer heute mit Hexenkunst und Magie und mit Emotionalität statt Rationalität „positiv leben" will, hat bestenfalls die innere Emigration vor Augen** *(„Ich bin nicht gegen den Kampf, ich will ihm nur die epische Dimension wiedergeben, die etwa der Samurai oder der Räuberhauptmann hatte. Aber auch der Kämpfer hat das Recht, sich zurückzuziehen")*. **Im normalen, d.h. schlimmsten Fall hat er die Wahl zwischen Untergang in oder Kollaboration mit der Welt der „Ungeheuer". Denn wer dem Rat Röttgens tatsächlich folgte, daß** *„die materiellen Interessen und die physische Gewalt"* **(der Herrschenden) im wesentlichen eine Fata Morgana** *„übermächtiger Suggestion"*, **also Einbildungen, sind, dem würden Polizei und Militär beweisen, daß sie keine „Suggestion" sind, daß eben doch das Sein das Bewußtsein bestimmt.** (Genau dies übrigens, daß real bestehende Gefahren wesentlich ein Bewußtseinsproblem sind, war die zentrale These Theweleits zur Kriegsgefahr, wie unlängst die „taz" zu berichten wußte). Oder sollte die „trikont"-Weisheit *(„Die Ungeheuer, die auf uns zutreten, sind lächerlicher, als man meint")* noch anders gemeint sein? Was unterscheidet eigentlich ein Projekt, das Röttgen wie folgt beschreibt, von der Leichenfledderei des bürgerlichen Drecks-Journalismus: *„Und wir wollen ein Buch über die RAF herausbringen, ‚Die Heirat der Gudrun', es behandelt das RAF-Syndrom (!) von der Sichtweise der elsässischen Bauern mit religiösen Versatzstücken und auch die Liebesgeschichte zwischen Baader und Ensslin (...)"*.

Das „positive Leben" der neuen Ursprünglichkeit läuft punktuell bereits jetzt mit offener Kollaboration zusammen, nicht zufällig dort, wo sich seit eh und je die Geister scheiden: *„Der Diskurs* (= das Gespräch) *zwischen den Geschlechtern ist mittlerweile sehr destruktiv, die Abgrenzung und das Wahrnehmen von Gegensätzen war erstmal notwendig, um die Repressionsstruktur in den Beziehungen abzubauen, aber jetzt ist der Zeitpunkt erreicht, wo man wieder zusammenkommen könnte, denn die Frauen haben jetzt Positionen erreicht, auch bewußtseinsmäßig, die ein Gleichgewicht zwischen den Geschlechtern ermöglichen"*. **So redet die Reaktion.**

②

PUMPEL HAT SICH HINGESETZT,
PUMPEL IST GAR SEHR ENTSETZT!

Brauner Nebel...

Das natürlich wird abgestritten. Faschistische Ideologie? Oh, nein! – *„Der Mythos des Faschismus bietet für uns überhaupt keine Gefahr"*. Sie nämlich, die „trikont"-Mythologen, wollen den ursprünglichen

PUMPEL HAT SICH HINGESETZT,
PUMPEL IST GAR SEHR ENTSETZT!
Brauner Nebel...
Das natürlich wird abgestritten. Faschistische Ideologie? Oh, nein! – „Der Mythos des Faschismus bietet für uns überhaupt keine Gefahr". Sie nämlich, die „trikont"-Mythologen, wollen den ursprünglichen

Mythos, den *„Volksmythos"* – und der *„ist so weit entfernt vom Faschismus wie nur irgendwas"*. Ah ja?! Nun, folgen wir den Spuren des „trikont"-Mythos: *„Wenn einer ein Leben – welches auch immer – zuende gebracht hat, kann er auch über Leben und Tod reden"*. Gut, denn: Wenn Eichmann sein Leben – und sei es auch das eines faschistischen Killers gewesen – zuende gebracht hat, kann er auch über Leben und Tod reden. Durchaus. *„Dann akzeptiere ich ihn auch als Autorität aufgrund dieser Tatsache. Das braucht kein Heiliger zu sein"*. Nein. Das nämlich, so Röttger weiter, *„muß man dem Alter wiedergeben: das hat Recht darauf, uns Ratschläge zu geben (...)"*. Aber sicher, Herr Heß; aber sicher, Frau Ryan-Braunsteiner. *„Interessanterweise sind ja bei den alten Leuten viel mehr solche Bewußtseinselemente auch noch vorhanden, weil die damals "* (nämlich wann...?) *„noch nicht durch das Fernsehen und die Technokratie so ausgehöhlt gewesen sind. Die können z.B. noch Volkslieder singen und in den Volksliedern drückt sich sehr viel aus, worauf wir unser Leben aufbauen können, hier und jetzt"*.

Schließlich: Auch mit Sprache kann betäubt werden. *„Der Mythos"* steht auf dem „trikont"-Programm, *„die Ökologie"* wird beschworen, *„die Natur"* wird verehrt; Revolutionen, heißt es, hätten sich *„in ein kosmisches Bewußtsein"* eingebettet. Wenn Mythos sich rührt, *„dann kommen Vibrationen rüber, eine Geschichte, nach der ich mich orientieren kann"*. Sprachlich ist das verquer; inhaltlich beliebig. Wer so spricht und sowas sagt, verbirgt mehr, als er mitteilt. Auch das ist nicht neu.

**Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg**

»Wir haben keine andere Wahl, als der bevorstehenden israelischen Aggression entgegenzutreten.«


Die israelischen Invasoren ...

Interview zur Lage im Libanon

Kürzlich hatten wir Gelegenheit, für den „Arbeiterkampf" ein Gespräch mit einem Mitglied des Zentralrates der PLO und des Politbüros der Palästinensischen Befreiungsfront (PLF) zu führen. Die PLF ist die linke (mehrheitliche) Abspaltung der PFLP-GC (Allgemeine Führung) und gehört zusammen mit der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) und der Palästinensischen Volkskampffront (PPSF) zur Ablehnungsfront innerhalb der PLO.

Auch nach dem offiziellen Ende des libanesischen Bürgerkrieges (1975/76) haben die Kämpfe zwischen libanesischen Faschisten und israelischer Armee (die sich während des Bürgerkrieges aus den Kämpfen herausgehalten und es Syrien überlassen hatte, mit den fortschrittlichen Kräften abzurechnen) auf der einen Seite und dem palästinensischen Widerstand und den fortschrittlichen libanesischen Kräften auf der anderen Seite niemals aufgehört. Als die syrische Regierung nach dem Jerusalem-Besuch Sadats (November 1977) in das Lager der arabischen Ablehnungsfront überging, weil sie d i e s e „friedliche Lösung" nicht wollte und – um die eigene Machtposition zu stärken – wieder mehr die fortschrittlichen Kräfte unterstützte, wurde nun die syrische Armee von den faschistischen Milizen angegriffen.

Das im Libanon bestehende militärische und politische Kräfteverhältnis ist nach wie vor ein entscheidendes Hindernis für die vollständige Durchsetzung der imperialistischen „friedlichen Lösung" im Nahen Osten. Ziel der libanesischen Faschisten, der Zionisten und der US-Imperialisten ist nach wie vor die Errichtung eines reaktionären Libanon unter israelischer Kontrolle. Dieses Ziel ist aber nur zu verwirklichen, wenn es gelingt, den palästinensischen Widerstand und die libanesische fortschrittliche Bewegung militärisch entscheidend zu schwächen und die syrischen Besatzungstruppen, die derzeit ein Gleichgewicht zwischen reaktionären Kräften und Faschisten und den fortschrittlichen Kräften aufrecht zu erhalten versuchen, aus dem Libanon zu vertreiben.

Die Schwächung des palästinensischen Widerstandes, der im Libanon über starke bewaffnete Kräfte und über große Bewegungsfreiheit verfügt, würde es gleichzeitig möglich machen, die Palästinenser als Anhängsel beispielsweise des jordanischen Regimes an einer umfassenden „Friedenslösung" zu beteiligen, d.h. ihnen endgültig ihr Recht auf Selbstbestimmung und auf einen eigenen Staat zu nehmen. Das ist das zweite Ziel der imperialistischen und proimperialistischen Kräfte im Libanon, dem sie derzeit mit militärischen Aggressionen und Terrorakten näherkommen wollen.

Zum besseren Verständnis des Interviews, das hauptsächlich auf die letzten beiden Jahre eingeht, wollen wir einen kurzen Überblick über die Entwicklung seit dem Bürgerkrieg geben.

Der Bürgerkrieg im Libanon war von den faschistischen Milizen angezettelt worden, um die libanesische fortschrittliche Bewegung zu schwächen, die soziale und politische Reformforderungen auf die Tagesordnung gesetzt hatte, und um den palästinensischen Widerstand zu vernichten, der sich im Laufe der Jahre große Bewegungsfreiheit im Libanon erkämpft hatte und für den der Libanon die wichtigste Basis für den bewaffneten Kampf um die Befreiung Palästinas geworden war.

Während des Bürgerkrieges konnten die fortschrittlichen Kräfte 82 % des Libanon befreien, ein Sieg hätte weitreichende Folgen im arabischen Raum gehabt und auch die reaktionären arabischen Regimes bedroht. In dieser Situation griff das syrische Regime zunächst erfolglos mit der von Syrien beherrschten palästinensischen Widerstandsorganisation „As-Saika", dann mit der „Palästinensischen Befreiungsarmee" (PLA) ein.

Saika", dann mit der „Palästinensischen Befreiungsarmee" (PLA) ein.

Schließlich intervenierte die reguläre syrische Armee im Juni 76 massiv und mit Rückendeckung der reaktionären arabischen Regimes. Die Intervention wurde im Oktober 76 auf dem Gipfeltreffen in Riad offiziell abgesegnet. Einige Tage später wurden die syrischen Besatzertruppen auf dem Treffen in Kairo in „Arabische Friedenstruppe" umbenannt. Die syrische Armee ging entschieden gegen die fortschrittlichen Kräfte vor und konnte so deren Sieg verhindern. Nach dem Waffenstillstand ließ Syrien es zu, daß die faschistischen Milizen durch die Imperialisten und Zionisten massiv aufgerüstet wurden. Das syrische Regime versprach sich neben einer Stärkung der Machtpositionen im arabischen Raum vor allem eine bessere Ausgangslage bei einer Verhandlungslösung mit Israel, konnte es sich doch als Ordnungsfaktor über die Palästinenser darstellen.

Das syrische Regime hatte sich jedoch verrechnet. Der Jerusalem-Besuch Sadats und die nachfolgenden Verträge Ägyptens mit Israel zeigten, daß Imperialisten und Zionisten nicht gewillt waren, Kompromisse einzugehen. Sadat erkannte Israel voll an und verpflichtete sich, den zionistischen Staat niemals mehr militärisch zu bekämpfen. Er erhielt dafür bekanntlich nichts, nicht einmal die Sinai-Halbinsel wird vollständig der ägyptischen Souveränität unterstellt. Dafür machte er Israel den Rücken frei, um ungehinderter gegen die Palästinenser und die nicht ganz so beugsamen Syrer vorzugehen. Ägypten selbst wird von den Imperialisten soweit aufgerüstet, daß es für deren Interessen militärische Aktionen im nordafrikanischen Raum (z.B. gegen Libyen) oder gegen Südjemen und die Befreiungsbewegung in Oman durchführen kann.

D i e s e Lösung wollte Syrien nicht und schlug sich – mehr oder minder halbherzig – auf die Seite der arabischen Ablehnungsfront gegen die „Friedens"abkommen. In diesem Zusammenhang begann das syrische Regime auch, die palästinensischen und fortschrittlichen libanesischen Kräfte mehr zu unterstützen, selbstverständlich nur so weit, daß ein Gleichgewicht zwischen ihnen und den Faschisten erhalten bleibt. Nichts fürchtet das innenpolitisch ebenfalls reaktionäre Syrien so sehr, wie eine siegreiche demokratische Bewegung im arabischen Raum. Das Beispiel könnte schließlich Schule machen. Außerdem würde jede weitere Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten der fortschrittlichen Kräfte im Libanon eine zionistische Aggression gegen Syrien wahrscheinlich machen.

Die israelische Armee führt schon seit Jahren militärische Aktionen im Libanon, besonders im Südlibanon durch. Direkte Konfrontation mit der syrischen Armee beschränkten sich bisher jedoch auf Luftkämpfe. In diesem Zusammenhang sollte nicht vergessen werden, daß es ein altes Ziel der Zionisten ist, libanesisches Gebiet bis zum Litani-Fluß zu annektieren (Beschluß des Zionistischen Weltkongresses 1919 in Paris). Höhepunkt der Aggressionen gegen den Südlibanon – die immer unter dem Vorwand durchgeführt werden, palästinensische „Terroristen" zu bekämpfen, die aber vor allem die Zivilbevölkerung treffen (im Februar 1981 allein 12 Luftangriffe gegen

bevölkerung treffen (im Februar 1981 allein 12 Luftangriffe gegen

den Südlibanon) – war die Intervention der israelischen Armee in den Südlibanon im März 1978. Der UNO-Sicherheitsrat forderte damals, daß sich Israel ganz aus dem Südlibanon zurückziehen sollte. Überwacht werden sollte der Rückzug durch UN-Truppen (UNIFIL), die in die von Israel geräumten Stellungen nachrücken sollten. Israel hat diesen Beschlüssen nie Folge geleistet, sondern hat einen Teil der Stellungen den faschistischen Milizen Saad Haddads übergeben, die von Israel ausgerüstet und „personell" erheblich verstärkt werden. Im April 1979 rief Saad Haddad in dem Grenzstreifen zu Israel den „Freien Libanon" aus. Das Gebiet dient der israelischen Armee als Ausgangsposition für Angriffe auf die palästinensischen und fortschrittlichen libanesischen Kräfte.

nicht verhindern konnten, daß sich palästinensische Kämpfer auch weiterhin südlich des Litani aufhalten und das Gebiet zwischen Litani- und Zahrani-Fluß kontrollieren, sind den Zionisten und Faschisten natürlich ein Dorn im Auge und werden entsprechend angegriffen.

In bisher nicht gekannter Offenheit wurde von der israelischen Regierung die Zusammenarbeit mit den faschistischen Milizen Haddads zugegeben, als der Oberkommandierende der UNIFIL-Truppen, Callaghan, protestierte, weil drei nigerianische Soldaten durch Artilleriebeschuß der faschistischen Milizen bzw. der israelischen Armee ums Leben kamen.

Callaghan forderte von der israelischen Regierung (!)
– volle Bewegungsfreiheit in den christlichen (sprich faschistischen) Enklaven,
– Einstellung der israelischen Militärhilfe an die faschistischen Milizen,
– Beendigung der israelischen Präsenz im Südlibanon,
– Rückgabe von vier durch die Milizen Haddads eingenommenen Stützpunkte („Süddeutsche Zeitung", 19.3.).

Diese Forderungen wurden mit der Begründung abgelehnt, man müsse die Palästinenserstützpunkte überwachen. Der israelische Premierminister Begin erklärte sich schließlich bereit, „mäßigend" auf die Milizen Haddads einwirken zu wollen („SZ" und „NZZ", 20.3.81).

Unterdessen gehen die Kämpfe weiter. Saad Haddad hat kürzlich damit begonnen, die 60 km südlich von Beirut gelegene Stadt Sidon zu bombardieren, ausgerüstet mit entsprechend weitreichender Artillerie durch Israel. Sidon war bislang von Zerstörung weitgehend verschont geblieben und ist von Flüchtlingen aus dem Süden überfüllt. Die weiter südlich gelegenen Städte Tyrus und Nabatiyeh sind längst in Geisterstädte verwandelt.

Frage: Könntest Du uns über die Entwicklung im Libanon während der letzten zwei Jahre berichten?

Vor etwa zwei Jahren, Mitte April 79, rief der Faschist Haddad unter dem Schutz der Zionisten und mit Unterstützung der zionistischen Truppen in einem etwa zehn Kilometer breiten Grenzstreifen zu Israel den „Freien Libanon" aus, mit dem Ziel, u.a. zumindest einen Teil des Südlibanons nun zusammen mit den Zionisten zu kontrollieren, nachdem im März 78 die Ziele der Intervention der Zionisten im Südlibanon (bis zum

im März 78 die Ziele der Intervention der Zionisten im Südlibanon (bis zum

Litani-Fluß) nicht erreicht werden konnten: Zerschlagung der bewaffneten Kräfte der Palästinenser und fortschrittlichen libanesischen Kräfte.

Die Zionisten starteten diese Provokationen vor dem Hintergrund des Ausgleichs mit Ägypten (Sadat hatte gerade einige Monate vorher, im November 77, Jerusalem besucht), und einer seit dem libanesischen Bürgerkrieg erfolgten massiven Aufrüstung der faschistischen Milizen unter syrischem Schutz.

Das syrische Regime verfolgte zu diesem Zeitpunkt, selbst unter Druck geraten durch den sich anbahnenden Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten, und ständigen Angriffen und Provokationen der faschistischen Milizen ausgesetzt, eine Politik des Gleichgewichts zwischen den palästinensischen und libanesischen fortschrittlichen Kräften auf der einen Seite und den Faschisten auf der anderen Seite.

Wie haben sich die Situation im Libanon und die Politik des syrischen Regimes seither entwickelt? Damals schien es, daß die Syrer bereit waren, wieder mehr eine Politik der Kompromisse mit den Rechten zu suchen. Wurde nicht auch Frangieh, ein Faschistenführer, einbezogen?

Antwort: Die augenblickliche Phase ist gekennzeichnet durch die Vorbereitung einer israelischen Aggression aus dem Süden. Das lokale Mittel dieser Aggression ist Saad Haddad. Saad Haddad selber verfügt über wenige Kräfte und dient nur als Handlanger einer Aggression, die vom Süden kommt.

Am 7.7.80 ist es den faschistischen Gruppierungen im Libanon gelungen, eine Einigung durch die Bemühungen von Pierre Gemayel herzustellen (1). Diese Einigung der faschistischen Kräfte hat dazu geführt, daß die isolierte faschistische Reaktion im libanesischen Regime stärker geworden ist. Eine besondere Maßnahme dieser Einigung war, daß die bisherige „Nationalliberale Partei" von Camille Chamoun aufgelöst und seine militärischen Truppen den Truppen von Gemayel angeschlossen wurden.

Die Einigung der faschistischen Kräfte im Libanon wirkte sich auf die Beschlüsse der libanesischen Regierung aus. Erstes Beispiel: Der Beschluß über die Erneuerung der Stationierung der syrischen Kräfte im Libanon – die libanesische Regierung leistet Widerstand gegen die Erneuerung des Beschlusses. Zunehmend übernimmt die Regierung Sarkis (2) die Positionen der Faschisten in ihren Beschlüssen. Das ist sehr deutlich geworden auf dem letzten islamischen Gipfeltreffen von Taif, auf dem Sarkis die Positionen der Faschisten gegenüber der PLO vertreten hat (3).


... und ihr Werk.

Der Einfluß speziell von Gemayel ist sehr stark geworden, er ist eine Art graue Eminenz. Er ist zwar nicht der Oberkommandierende der offiziellen libanesischen Armee, aber in Wirklichkeit kommandiert er die Armee. Er koordiniert seine militärischen Aktionen, die seiner Milizen, mit den offiziellen militärischen Einrichtungen, z.B. letztlich bei der Verhaftung von 500 Personen, bei der ihm der militärische Apparat seine Einrichtungen zur Verfügung gestellt hat. Es wird eingeschätzt, daß Gemayel in einem nächsten Schritt versuchen wird, die offizielle Armee seinen faschistischen Truppen anzuschließen. Das Kräfteverhältnis auf der reaktionären Seite sieht augenblicklich etwa folgendermaßen aus: 27.000 Rekruten der offiziellen libanesischen Armee, dazu etwa 5.000 Angehörige faschistischer Milizen, außerdem werden etwa 15.000 Angehörige dieser Miliz in den nächsten Wochen ihre Ausbildung abschließen (4). Das etwa ist die reaktionäre militärische Macht, auf die sich eine imperialistische Aggression stützen wird. Bei den Falangisten existiert ein Plan, die Frontlinien zu Israel zu schützen und Saad Haddad zu unterstützen. Der Militärapparat der Rechten im Libanon befindet sich in einer Krise, er reicht allein für die Durchsetzung des imperialistischen Planes nicht aus, deshalb wird auf die israelische Armee gesetzt.

Ich möchte jetzt auf deine Frage zurückkommen und die Rolle des syrischen Regimes im Libanon genauer betrachten.

Nach der Konfrontation zwischen der syrischen Armee und den Kräften der PLO im Jahre 1976 war die syrische Armee gezwungen, sich zurückzuziehen. Nach dem Besuch Sadats in Jerusalem und speziell nach dem Camp David-Abkommen (September 78) mußte das syrische Regime der PLO und den nationalen Kräften im Libanon näherkommen. Eine Folge dieser Annäherung waren die ersten Zusammenstöße zwischen der syrischen Armee und der libanesischen Armee in Fayadia. Es kam zu Zusammenstößen zwischen der syrischen Armee und den faschistischen Milizen in Ain Rummaneh. Darauf folgten größere Auseinandersetzungen zwischen der syrischen Armee und den separatistischen faschistischen Kräften in allen Teilen des Libanon, die von den Faschisten beherrscht werden. Die syrische Armee entfernte in dieser Zeit sehr viele Militärs und Beamte in höheren Positionen, die von ihnen für die früheren Zusammenstöße zwischen der syrischen Armee und der PLO verantwortlich gemacht wurden. Diese Änderung des Verhaltens der syrischen Armee erklärt sich daraus, daß das syrische Regime nicht mehr von den anderen arabischen Regimes gestützt wurde. Ihm wurde nicht mehr der Rücken gedeckt, und es wurde schließlich gezwungen, das Freundschaftsabkommen mit der Sowjetunion zu schließen (5). Die arabischen Regimes suchten zu verhindern, daß das syrische Regime dieses Freundschaftsabkommen unterschreibt, z.B. durch die Unterschrift unter die nationale Charta in Irak und durch die „Vereinigung" zwischen Libyen und Syrien (6). Die Annäherung des syrischen Regimes an die Sowjetunion sollte nicht stattfinden.

Nachdem diese Versuche, das syrische Regime wieder in die arabische offizielle Haltung einzugliedern, gescheitert waren, wurde versucht, das syrische Regime mit rechten und reaktionären Kräften zu unterwandern, damit die Politik der der anderen arabischen Regimes angepaßt würde (7).

Der letzte nationale Kongreß der syrischen Baath-Partei (1980) hat diese Frage zugunsten der Sowjetunion entschieden, das Freundschaftsabkommen mit der Sowjetunion wurde unterschrieben. Daraufhin verstärkten die anderen arabischen Regimes die Propaganda gegen das syrische Regime, außerdem die Unterstützung der reaktonären Moslem-Brüderschaften und anderer reaktionärer Kräfte (8).

Auf diesem Hintergrund kann ich

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 38

zu dem zurückkommen, was du ganz am Anfang erwähnt hast, welche Rolle Persönlichkeiten wie Frangieh und Karami (9) gespielt haben.

Diese Persönlichkeiten reichen nicht aus, um die syrische Anwesenheit im Libanon zu decken, sie brauchen eine Stütze. Die Politik von Präsident Elias Sarkis ist derzeit, ein Zusammentreffen zwischen der syrischen Regierung und den Falangisten zustande zu bringen. Die syrische Regierung geht von der Auffassung aus, daß eine Übereinkunft in Libanon nur erreicht werden kann, wenn die PLO beteiligt wird und daß die Gesprächspartner in Libanon die nationale patriotische Bewegung sein müssen. Die Persönlichkeiten, die du genannt hast, würden dann innerhalb dieser breiten Front auch einen Platz haben. Es gibt also drei wichtige Kräfte im Libanon: das syrische Regime, die PLO und die nationale patriotische Bewegung. Unterdessen ist das syrische Regime bestrebt, das Gleichgewicht im Libanon zu belassen, auf der einen Seite die separatistischen faschistischen Kräfte, zum anderen die nationale patriotische Bewegung. Das syrische Regime verfolgt natürlich seine eigenen Pläne im Rahmen seines eigenen Konzeptes, und insofern weicht es von Vorstellungen der PLO und von den Absichten der nationalen patriotischen Bewegung in Libanon ab. Als Folge dieser Politik verstärkt sich die Krise der separatistischen faschistischen Kräfte. Sie suchten einen Ausweg. Sie versuchten, die „Nationalliberale Partei" von Camille Chamoun den Faschisten Gemayels anzugliedern (10). 500 Angehörige dieser Partei wurden dabei erschossen.

Frage: In der Presse wurde berichtet, daß Dany Chamoun, der Sohn Camille Chamouns, der den militärischen Flügel leitete, sich in diesem Zusammenhang auf die Seite der nationalen patriotischen Kräfte geschlagen hat.

Antwort: Das ist richtig, Dany Chamoun erklärte, daß er nach Westbeirut (von den fortschrittlichen Kräften beherrscht) übersiedeln wollte. Camille Chamoun, der Boß, hat erkannt, daß dies eine erhebliche Schwächung bedeuten würde und hat das dementiert. Aber die Nachricht stimmt. Es stimmt ferner, daß Hunderte von Kämpfern der „Nationalliberalen Partei" das Lager gewechselt haben und zur nationalen patriotischen Bewegung übergewechselt sind.

Frage: Du sprachst vorhin davon, daß die Syrer ihre eigenen Ziele im Libanon verfolgen. Kannst Du das näher erläutern?

Antwort: Der wesentliche Unterschied zu uns besteht darin, daß das syrische Regime auf keinen Fall zulassen will, daß das Kräfteverhältnis in Libanon so weit gestört wird, daß die progressiven Kräfte in der Lage wären, eine eigene unabhängige Staatsmacht zu gründen, unabhängig von Syrien.

Der zweite Unterschied besteht im Verhältnis zu den Führungsorganisationen der Schiiten und Sunniten im Libanon, die aus den bürgerlichen Elementen dieser konfessionellen

von Syrien.
Der zweite Unterschied besteht im Verhältnis zu den Führungsorganisationen der Schiiten und Sunniten im Libanon, die aus den bürgerlichen Elementen dieser konfessionellen

Gruppen bestehen. Die progressiven Kräfte im Libanon nehmen ihnen gegenüber, z.B. dem Hohen Schiitischen Rat gegenüber, eine skeptische Haltung ein und wollen mit ihnen nicht zusammenarbeiten. Dagegen will das syrische Regime diese zu sich heranziehen.

Frage: Ich würde zur Rolle der Schiiten im Libanon, die ja gerade nach dem Aufstand im Iran an Bedeutung gewonnen haben, nachher noch gern Näheres wissen. Aber nochmals zur syrischen Politik: Meiner Ansicht nach kann das syrische Regime diese Politik des Gleichgewichts nicht endlos aufrechterhalten. Das syrische Regime gerät doch innerhalb des arabischen Raumes immer mehr unter Druck. Es kann sich auf Dauer auch den Provokationen der Zionisten nicht entziehen, deren erklärtes Ziel es ja ist, das Gleichgewicht zugunsten der faschistischen Kräfte zu verändern. Das syrische Regime wird entweder mit Zugeständnissen reagieren müssen oder aber in eine bewaffnete Konfrontation mit den Zionisten treten müssen. Wie wird es weitergehen?

Antwort: Die Entwicklung der Politik Syriens läßt sich wie folgt beschreiben: Das syrische Regime kommt den progressiven Kräften entgegen und die Konfrontation, die du als Konsequenz dieser Lage prognostiziert hast, wird in der Weise nicht eintreten, weil die Initiative in der Hand Israels ist. Israel wird Syrien entweder dazu zwingen, total aus dem Libanon herauszugehen und dann selbst dort abrechnen, oder es hält den jetzigen Zustand zunächst weiter aufrecht. Das erstere wird nicht so schnell eintreten.

Frage: Wie ist augenblicklich die Lage der Palästinenser im Libanon? Sind sie gestärkt oder geschwächt? Die starken Töne, die der libanesische Präsident Sarkis auf der islamischen Gipfelkonferenz gespuckt hat, können doch auch ein Ausdruck davon sein, daß sich die Kräfte der PLO in einer gewissen Schwächeposition befinden (3). Ich denke dabei vor allem an die Rolle der Schiiten im Libanon. Nach Berichten, die ich gelesen habe, scheint es zum Teil gelungen, sie gegen die Palästinenser aufzuhetzen oder in Widerspruch zu ihnen zu bringen. Welche Rolle spielt dabei die schiitische Organisation AMAL?

Antwort: Das sind genau die Fragen, die man jetzt zur Lage im Libanon stellt. Die Schlagkraft der PLO im Libanon reicht zur Zeit aus, um einen Anschlag von rechts zurückzuweisen. Sie ist also nicht so geschwächt, wie man den Eindruck bekommt, wenn man Sarkis hört. Man sollte eher sagen, daß Sarkis auf dem Gipfel geblufft hat.

Das Gipfeltreffen ist ganz anders verlaufen als geplant. Geplant wurde es als eine islamische Solidaritätskonferenz, gelaufen ist dieses Treffen als eine Solidaritätsveranstaltung mit der palästinensischen Widerstandsbewegung. Außerdem haben einige reaktionäre Delegationen nicht einmal ihren Beitrag gehalten, z.B. die jordanische Delegation. Das Gipfeltreffen von Taif verlief eher nach den Vorstellungen der PLO, indem unter anderem vier Empfehlungen, die von der PLO entworfen worden sind, von diesem Gipfeltreffen beschlossen wurden. Sie klagen die USA an. Die Absicht des Treffens hingegen war, Angriffe gegen die Sowjetunion zu starten.

Die reaktionären Kräfte konnten keine Angriffe gegen die PLO starten und schoben den libanesischen Präsidenten Sarkis vor, um eine Auseinandersetzung zwischen der PLO und Sarkis zu inszenieren. Die PLO hat aber diese Rolle von Sarkis nicht ernst genommen und ist auch auf seinen Beitrag nicht weiter eingegangen. In der Berichterstattung ist das ganze hochgespielt worden.

Frage: Nimmt denn die PLO die Worte der reaktionären arabischen Regimes ernst?

Arabische Gipfelkonferenzen haben doch schon viel zugunsten der Palästinenser beschlossen, aber das sind doch immer Worte geblieben. Der Spielraum der PLO ist meiner Ansicht nach doch durch das Anwachsen der reaktionären Kräfte im arabischen Raum in Wirklichkeit kleiner geworden.

Antwort: Die PLO macht sich keine Illusionen über die wirkliche Haltung dieser Regimes und darüber, daß diese Regimes imperialistischen Konzepten folgen. Aber wenn diese Treffen gezwungen werden, Solidaritätserklärungen für die PLO herauszugeben, dann geschieht das auch unter dem Druck der PLO. Wenn dieser islamische Gipfel, den man als einen amerikanischen Kongreß betrachtet, die USA viermal verurteilt, deutet das auch auf die Machtstellung der PLO innerhalb dieses Gipfels hin.

Eine Episode am Rande dieses Gipfels: Die Rede Arafats wurde nicht wie die anderen Reden übertragen, sein Beitrag ist nicht in den Protokollen veröffentlicht worden. Es

innerhalb dieses Gipfels hin.
Eine Episode am Rande dieses Gipfels: Die Rede Arafats wurde nicht wie die anderen Reden übertragen, sein Beitrag ist nicht in den Protokollen veröffentlicht worden. Es

besteht eine Nachrichtensperre für die Beiträge der PLO seitens der saudisch-arabischen Propagandamaschinerie.

Frage: Vielleicht könnten wir doch noch einmal auf die innere Situation im Libanon zu sprechen kommen. Inwieweit gelingt es, Teile der moslemischen Bevölkerung, also z.B. die Schiiten, gegen die Palästinenser aufzubringen. Ich weiß z.B., daß es unmittelbar vor dem Einmarsch der Zionisten in den Südlibanon im März 78 einen Beschluß aller palästinensischen Befreiungsbewegungen gegeben hat, auch auf Druck der nationalen patriotischen Kräfte im Libanon, ihre bewaffneten Kämpfer aus den Dörfern und Städten im Südlibanon zurückzuziehen. Einen ähnlichen Beschluß hat es kürzlich auch für die jetzt kontrollierten Gebiete gegeben.

Antwort: Diese Berichte sind nicht genau. Die UNO-Truppen haben in einem Bericht an Waldheim gemeldet, daß innerhalb dieser Gebiete, die von Israel kurzfristig besetzt worden sind, sich sehr viele „Terroristen" befinden, ein Beweis für die Anwesenheit sehr vieler bewaffneter Fedayin.

Frage: Darauf zielte meine Frage nicht. Es ist klar, daß die Kämpfer da sind. Es gibt diesen Beschluß, die Waffen aus den Dörfern zurückzuziehen, einfach weil die Bevölkerung sich durch das Verhalten einzelner Kämpfer unterdrückt gefühlt hat. Die ganzen Terrorakte, die Israel gegen den Libanon durchführt, treffen doch im wesentlichen die Zivilbevölkerung, die Ärmsten – meist Schiiten – aus dem Süden wurden vertrieben usw. Und das ist meiner Ansicht nach eine schwierige politische Situation, weil dann unter Umständen ganz leicht eine Solidarität mit der Sache der Palästinenser in ihr Gegenteil mittels der entsprechenden Propaganda von Seiten der Reaktionäre umgemünzt werden kann.

Antwort: Diese Einschätzung, die du in Form einer Frage gegeben hast, stimmt. Nach dem irakisch-iranischen Krieg wurde von gewissen Kräften versucht, diesen Krieg in den Libanon zu übertragen. Irakische Baathisten wurden gegen schiitische Muslime aufgewiegelt. Diese Politik hatte einen gewissen Erfolg. Anhänger des irakischen Baath haben Auseinandersetzungen mit den schiitischen AMAL-Anhängern provoziert.

Eine Rolle hat ferner die Entwicklung im Iran durch die schiitische Revolution gespielt. Der Hohe Schiitische Rat im Libanon hat versucht, daraus Kapital zu schlagen. Der Rat sagte, die Religion, der Islam und das Schiitentum sind in der Lage, revolutionär zu sein und Veränderungen herbeizuführen. Er konnte seine Position innerhalb des Libanons stärken.

Die PLO und die progressiven libanesischen Kräfte sollten durch diese Politik in Widerspruch zur schiitischen Öffentlichkeit gesetzt werden. Eine Konfrontation zwischen beiden zu inszenieren ist aber auch deshalb nicht gelungen, weil sehr viele progressive Persönlichkeiten im Libanon, die bedeutende Positionen einnehmen, Schiiten sind, z.B. der Vorsitzende der „Organisation für die kommunistische Aktion".

Die Taktik der Regierung Sarkis bestand darin, immer dann, wenn es zu Zusammenstößen zwischen Schiiten und Anhängern des irakischen Baath kam, den schiitischen Soldaten in der libanesischen Armee Urlaub zu geben. Sie konnten dann die Waffen mit nach Hause nehmen, um gleich in den Kampf einzusteigen. Diese Pläne sind total gescheitert, ohne zu übersehen, daß sie in der Vergangenheit sehr viele Schwierigkeiten und Komplikationen verursacht haben. Die Pläne sind auch deshalb vereitelt worden, weil es in der Führung der AMAL-Organisation progressive Schiiten und Teile der palästinensischen Widerstandsbewegung gibt. Der reaktionäre Vorsitzende dieser Organisation Hussein al-Hussein wurde gestürzt und durch Nabi Birreh ersetzt, der eine progressive Persönlichkeit ist. Aus PLO, AMAL und der patriotischen Bewegung ist ein Ausschuß gebildet worden. Er hat bereits gemeinsame Kommuniques herausgegeben, die die reaktionären Absichten verurteilen.

Frage: Ich möchte dich zum Schluß noch nach deiner Einschätzung der nächsten Kämpfe fragen. Im Libanon können sich die Palästinenser, trotz des gewachsenen Drucks, noch relativ frei bewegen. Die ständigen Provokationen der Zionisten und Faschisten haben jedoch zum Ziel, die Palästinenser hier als bewaffnete Macht zu liquidieren.

Die Reagan-Regierung setzt für die besetzten Gebiete auf die „jordanische Lösung". Man versucht, König Hussein dafür zu gewinnen, bei der „friedlichen Lösung" mitzumachen und ihn in Gespräche über die Zukunft der besetzten Gebiete einzubeziehen, in der Hoffnung, die PLO übergehen zu können und die israelische Kontrolle über die besetzten Ge-

„friedlichen Lösung" mitzumachen und ihn in Gespräche über die Zukunft der besetzten Gebiete einzubeziehen, in der Hoffnung, die PLO übergehen zu können und die israelische Kontrolle über die besetzten Ge-

biete zu erhalten.

Wie wird es weitergehen? Mir scheinen die Palästinenser immer mehr in die Enge getrieben zu werden. Der Druck wächst sowohl im Libanon als auch in den besetzten Gebieten.

Antwort: Das Ansinnen der amerikanischen Politik könnte nur über die Leichen der PLO durchgesetzt werden. Es müßte gelingen, die PLO so weit zu schwächen, daß sie an ein arabisches Regime angehängt werden könnte. Prädestiniert für diese Aufgabe ist das jordanische Regime.

Der Druck auf die Palästinenser nimmt zu. Andererseits aber gibt es auch für die USA Schwierigkeiten. Es ist nicht von geringer Bedeutung, daß die PLO bei ihren Resolutionsentwürfen die Zustimmung aller blockfreien Staaten bekommt sowie verschiedene andere Unterstützungen. Ein Vertreter des Libanons hat einmal in einer Stellungnahme gesagt, daß der Vertreter der PLO in der UNO sich so verhält als wäre er der Vertreter einer Supermacht. Es stimmt, daß der Druck gegenüber der PLO stärker geworden ist. Gemayel verfügt über 140 Panzer, einen großen Teil davon hat er von Israel erhalten, u.a. auch solche vom Typ Super-Sherman.

Wenn die Handlanger der Imperialisten im Libanon nicht in der Lage sind, ihre Rolle zu spielen, wird auch Israel eine Macht sein, die die Verhältnisse innerhalb des Libanon zu regeln hat. Verschiedene Vertreter Israels betonen, daß es notwendig sei, die Angriffe gegen die PLO und ihre Kräfte im Libanon solange fortzusetzen, bis sie nicht mehr in der Lage sein werden, Widerstand zu leisten. Der israelische Generalstabschef Eitan sagt, die letzten Aktionen gegen die PLO und die patriotischen Kräfte im Libanon haben dazu ge-



führt, daß sie stärker geworden sind.

Als Beispiel sei die Aktion mit den Segelflugzeugen gegen die Raffinerien von Haifa erwähnt, die von der PLF durchgeführt wurde. Der israelische Generalstabschef Eitan erklärte, daß die israelische Bevölkerung sich nicht einschüchtern lasse und daß die Politik der israelischen Regierung fortgesetzt werde, bis die PLO nicht mehr in der Lage sein werde, diese Aktionen fortzuführen. Fünf Bataillone der israelischen Armee sind zur Zeit an der israelisch-libanesischen Grenze stationiert, um die Lücken innerhalb der Frontlinie zu schließen. Der ehemalige Verteidigungsminister Weizmann hat gesagt, daß 30 % der israelischen Armee damit beschäftigt seien, die Demonstrationen und die Aktionen der Palästinenser in der Westbank und in den Gebieten, die vor 1948 besetzt wurden, einzudämmen.

Äußerungen von Reagan signalisieren eine Politik, die ernst zu nehmen ist. Reagan sagt, daß König Hussein der gemäßigte Führer und legitime Sprecher der Palästinenser ist und nicht die „Terrororganisation" der PLO (11). Verschiedene reaktionäre Kräfte (zu nennen ist hier das Treffen von Amman) sind dabei, König Hussein auf diese Rolle vorzubereiten (12). Aber die PLO ist zur Zeit viel mächtiger als König Hussein. Außerdem will Hussein seinen Thron auf der Ostbank und nicht auf der Westbank bewahren. Die Repräsentanten Husseins auf der Westbank, wie z.B. sein ehemaliger Verteidigungsminister, sagen, niemand außer der PLO sei in der Lage, die Öffentlichkeit zu beherrschen. Hussein selber geht davon aus, daß seine Schlacht im Libanon zu schlagen sein wird (gemeint ist die Schwächung der PLO, Anm.); er hat der libanesischen Armee z.B. 90 Panzer geschenkt.

Da die PLO von der Sowjetunion, den anderen sozialistischen Staaten und den Befreiungsbewegungen in den drei Kontinenten große Unterstützung bekommt, ist es sicher, daß König Hussein keine Aussichten auf Erfolg im Libanon haben wird. Es wird ihm nicht gelingen, die PLO zu besiegen. Er ist zur Zeit nicht in der

den drei Kontinenten große Unterstützung bekommt, ist es sicher, daß König Hussein keine Aussichten auf Erfolg im Libanon haben wird. Es wird ihm nicht gelingen, die PLO zu besiegen. Er ist zur Zeit nicht in der

Lage zu sagen, er vertrete die Palästinenser. Deshalb kann Hussein seine Rolle nur hinter den Kulissen spielen, in Erwartung eines Schlages der Imperialisten gegen die PLO. Und im Libanon bereiten wir uns auf diese Schlacht vor. Wir und die israelische Armee haben uns während dieser Schlachten gut kennengelernt. Die Palästinenser leben nach wie vor und sind stark und auf die Konfrontation mit der israelischen Kriegsmaschinerie vorbereitet. Wir haben keine andere Wahl, als dieser bevorstehenden Aggression entgegenzutreten. Weil wir die Gefahren dieser Aggression und die zu erwartende Brutalität dieser Aggression richtig einschätzen, bereiten wir uns entsprechend wachsam vor. Wir sind gewiß, daß die gemeinsamen Kräfte – die PLO und die nationale patriotische Bewegung – in der Lage sein werden, diese Aggression zurückzuweisen. Wir sind noch mehr gewiß, daß unsere Massen in Jordanien auf unserer Seite stehen werden. König Hussein und die arabischen Reaktionäre werden in eine gefährliche Krise geraten.

Im März 1978 (israelische Intervention im Südlibanon, Anm.) haben sich 20.000 Freiheitskämpfer neu gemeldet. Es waren, gegen den Willen Husseins, 20.000 jordanische Bürger. Unsere militärische Stärke ist heute größer als 1978.

Wir danken dir für das Gespräch.

Anmerkungen:

(1) Pierre Gemayel ist der Führer der stärksten faschistischen Gruppierung, der Kataeb- oder Falange-Partei.

(2) Sarkis war während des libanesischen Bürgerkrieges der Kandidat Syriens für das Amt des Staatspräsidenten. Die fortschrittlichen Kräfte unterstützten Eddé.

(3) Die islamische Konferenz fand Ende Januar 81 in Taif (Saudi-Arabien) statt. Iran, Ägypten (im Mai 1979 ausgeschlossen), Afghanistan (nicht eingeladen) und Libyen nahmen nicht teil. In den Beschlüssen der Konferenz wurde *„die Verpflichtung zur Befreiung des arabischen Jerusalem, um es zur Hauptstadt des palästinensischen Staates zu machen"* bekräftigt. Beschlossen wurde *„die Schwächung der israelischen Wirtschaft"*, *„das Palästina-Problem als den Kern des Nahost-Konfliktes und als Problem Nr. 1 der islamischen Nation zu betrachten"* (das stimmt, aber im umgekehrten Sinne, Anm.). Die Konferenz *„bekräftigte die Verpflichtung, alle besetzten palästinensischen und arabischen Gebiete zu befreien ... hat beschlossen, den Widerstand gegen die Abkommen von Camp David fortzusetzen ... hat ferner beschlossen, daß die islamischen Staaten weiterhin verpflichtet sind, ihr gesamtes militärisches, politisches und wirtschaftliches Potential sowie ihre gesamten Naturresourcen, einschließlich des Erdöls, als wirksame Mittel zur Unterstützung der unveräußerlichen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes und der arabischen Nation einzusetzen ..."*. Schade, daß die Palästinenser nicht die Macht haben, diese Leutchen beim Wort zu nehmen.

Die Sowjetunion wurde nicht verurteilt, lediglich die *„Sorge"* über die *„andauernde bewaffnete sowjetische Intervention in Afghanistan"* wurde geäußert und *„erneut der Abzug aller ausländischen Truppen aus diesem Land"* gefordert („Monitor-Dienst", 2.2.81). Der libanesische Präsident Sarkis versuchte als einziger einen offenen Verstoß gegen die Palästinenser und die Unterstützung der islamischen Staaten zur Einengung der Bewegungsmöglichkeiten der Palästinenser zu erhalten. *„Wir können die katastrophalen Folgen der militärischen Operationen der Palästinenser vom Libanon aus nicht länger unterstützen"* („LM", 30.1.81). Er hatte keinen Erfolg damit. Vorerst. Die reaktionären arabischen Staaten scheuen sich ja nicht, den palästinensischen Widerstand militärisch zu schlagen, siehe Jordanien 70, siehe Libanesischer Bürgerkrieg. Ein Einsteigen auf die Polemik Sarkis hätte nur wirklich schlecht zu den gefaßten Beschlüssen gepaßt.

(4) Bei den neu rekrutierten faschistischen Milizen handelt es sich vor allem um Kinder und Heranwachsende, wie die Fernsehsendung „Zeder und Mordio", ZDF, 15.3., anschaulich vor Augen führte.

(5) Der Freundschaftsvertrag wurde am 8.2.80 in Moskau unterzeichnet. Der Vertrag verspricht gegenseitige Hilfe in Lagen *„welche den Frieden oder die innere Sicherheit eines Partners bedrohen"*. Der

sendung „Zeder und Mordio", ZDF, 15.3., anschaulich vor Augen führte.
(5) Der Freundschaftsvertrag wurde am 8.2.80 in Moskau unterzeichnet. Der Vertrag verspricht gegenseitige Hilfe in Lagen „welche den Frieden oder die innere Sicherheit eines Partners bedrohen". Der

Vertrag solle dann dazu dienen, *„den Frieden wiederherzustellen"* („NZZ", 11.10.80).

(6) Der Zusammenschluß Syriens und Libyens wurde am 10.9. proklamiert, Einzelheiten der Verschmelzung sollten im Oktober festgelegt werden („SZ", 11.9. u. 14.9.80). Aber schon im Oktober wurde es auffallend still. Immerhin soll Libyen in Moskau 1,9 Mrd. DM Schulden für Waffenlieferungen bezahlt haben („SZ" 22.9.80).

(7) Solche Pläne sind auch in den Geheimabkommen zwischen Israel, Ägypten und den USA festgelegt, die zu den Camp David-Verträgen gehören.

(8) Die Differenzen zwischen Syrien und Jordanien bis hin zu gegenseitigen Kriegsdrohungen haben hier ihre Ursache. Wichtige Zentrale der Moslembrüderschaften in Syrien ist ja die BRD, besonders Aachen.

(9) Frangieh, Staatspräsident bei Beginn des Bürgerkrieges und faschistischer Führer der Maroniten in der Gegend von Zaghorta, war schon Anfang 79 aus der faschistischen „Libanensischen Front" ausgeschert (vgl. AK 152, S. 3), da es Differenzen in der Zusammenarbeit mit Israel gab. Karami soll die rechten „Christen", Gegner der Libanesischen Front, in einer „erweiterten Front" zusammenfassen („LM", 15./16.3.81).

(10) Die Parteien und Milizen von Camille Chamoun und Pierre Gemayel bildeten zuletzt allein die „Libanesische Front".

(11) Reagan: *„Israel und Jordanien sind die beiden Palästinenserstaaten, die von der UN anerkannt sind. In erster Linie sind sie die Partner, die die Probleme der Aufteilung der strittigen Territorien unter sich auszumachen haben, entsprechend den Richtlinien der Sicherheitsresolutionen 242 und 338." „Ich unterscheide zwischen den Palästinensern und der PLO, die kein gewähltes Gremium darstellt und praktisch nur sich selbst und ihre Terroristen repräsentiert."* („FR", 17.11.80)

(12) Gemeint ist die Arabische Gipfelkonferenz vom 25. bis 27.11.80 in Amman. Algerien, Syrien, Südjemen, Libyen und die PLO nahmen nicht teil. Hussein wurde beauftragt, mit den USA über die Westbank und Gaza zu verhandeln.

Nahost-Kommission

Golan-Höhen: Längst vollendete Tatsachen geschaffen

Über die Situation auf den Golan-Höhen und das Leben der wenigen nicht vertriebenen arabischen Bewohner ist seit der Besetzung durch die Zionisten 1967 relativ wenig geschrieben worden. Die Gesetzesvorlage der Tehija-Partei (Wiedergeburtspartei), deren wortgewaltigste Vertreterin in der israelischen Knesset Geula Cohen ist, nach Ost-Jerusalem nun auch die Golan-Höhen formal endgültig zu annektieren, ist zwar Anfang März von der Knesset abgelehnt worden (»Frankfurter Rundschau«,13.3.81). Eine ähnliche Gesetzesvorlage war auch von 18 Likud-Abgeordneten eingebracht worden. Dies geschah wohl vor allem mit Hinblick auf die breiten Proteste nach der formalen Annektion Ost-Jerusalems und ist nicht etwa ein Zeichen, daß die Zionisten möglicherweise bereit wären, die Golan-Höhen an Syrien zurückzugeben. Der nachfolgende Artikel belegt, f a k t i s c h ist die endgültige Annektion durch Israel fast schon abgeschlossen.

Nahost-Kommission

Seit 1967 ist es in Israel ein politischer Glaubenssatz, daß Israel die Golan-Höhen wegen ihrer strategischen Bedeutung brauche.

Im Oktober letzten Jahres veröffentlichte die israelische Zeitung »Haaretz« hingegen einen Artikel des früheren Generals Mattityahu Peled (führendes Mitglied der Shelli-Partei, Anm. AK), der diese Argumentation widerlegte. Der Glaube, daß die Zwischenfälle an der syrisch-israelischen Grenze vor 1967 dem Grenzverlauf zuzuschreiben sind, ist ihm zufolge ein Mißverständnis. Er bemerkte, daß andere Siedlungen, die man von den jordanischen Irbid-Höhen ebenfalls hätte attackieren können, keinerlei Beeinträchtigungen erfuhren und erst nach dem 6-Tage-Krieg beschossen wurden. Die Beschießung der Siedlungen unterhalb der Golan-Höhen sei eine direkte Konsequenz der israelischen Po-

trächtigungen erfuhren und erst nach dem 6-Tage-Krieg beschossen wurden. Die Beschießung der Siedlungen unterhalb der Golan-Höhen sei eine direkte Konsequenz der israelischen Po-

litik gewesen, die darauf abzielte, mit Gewalt ihre Interpretation der Waffenstillstandsabkommen von 1948 durchzusetzen, fügte er hinzu.

M. Peled wies des weiteren darauf hin, daß die schwere syrische Artillerie immer noch dieselben Positionen einnehme wie vor dem 6-Tage-Krieg, nämlich östlich der Golan-Höhen. Die einzige wirkliche Sicherheitsgarantie für Israel, folgerte M. Peled, sei eine demilitarisierte Zone auf syrischer Seite, die sich 50 km von den Golan-Höhen nach Osten erstrecke.

Die Golan-Höhen umfassen ein Gebiet von 1.250 Quadratkilometern. Sie sind eine fruchtbare Region. Bevor Israel die Golan-Höhen 1967 besetzte, hatten sie 130.000 Bewohner, einschließlich 18.000 palästinensischer Flüchtlinge. Es existierten 82 Dörfer und die Stadt Kuneitra. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung wurde während oder direkt nach dem Krieg von der israelischen Armee vertrieben und 77 Dörfer wurden zerstört ... Die noch ansässigen 15.000 Syrer verdanken ihr Verbleiben der isolierten Lage der 5 von ihnen bewohnten Dörfer. Es handelt sich um 4 Drusen-Dörfer und ein Alawiten-Dorf (die Drusen und Alawiten sind zwei Sekten, die aus dem schiitischen Islam hervorgegangen sind).

die Israelis errichteten 25 Siedlungen für 7.000 und die Stadt Katzrin für ungefähr 25.000 Bewohner. Die Wohnungen in Katzrin stehen jedoch zum überwiegenden Teil leer. Die meisten Siedlungen gehören der Kibbuz- und Moshaw-Föderation der »Israelischen Arbeiterpartei« (MAPAI) und der »Vereinigten Arbeiterpartei« (MAPAM) an, aber die Parteien der Likud-Koalition sind ebenfall vertreten.

kud-Koalition sind ebenfalls vertreten.

Die Siedler sind das Rückgrat der Golan-Lobby und ihre Beziehungen zu zahlreichen Parteien verleihen ihnen einen bedeutenden Einfluß. Ihr Sprecher Jehuda Harel erklärte, daß die Siedler nicht bereit seien, ihre Siedlungen zu räumen, wie es bereits im Sinai geschehen war. J. Harel, ehemals Vorsitzender des Komitees der Golan-Siedlungen, errang eine Änderung des Golan-Status, als diese vor über einem Jahr zur »Region« ernannt wurden und die Siedlungen einen regionalen Rat zugestanden bekamen. Damit wurden sie in das israelische Verwaltungssystem integriert und dem Innenministerium unterstellt;

Aber das ist nur die Spitze des Eisberges. Nach 1967 schafften die israelischen Besatzer das syrische Recht ab und führten die israelische Gesetzgebung ein, deren Einhaltung seither von der israelischen Polizei und Armee überwacht wird. Auch die syrischen Golan-Bewohner müssen Steuern an die israelische Regierung zahlen. Genau wie Ost-Jerusalem wurden die Golan-Höhen de facto annektiert, bevor es irgendeinen Versuch gab, die formale Annexion vorzunehmen.

Die arabischen Golan-Bewohner haben in allen Lebensbereichen unter der israelischen Besatzung zu leiden.

— Die Besatzer wenden das israelische »Gesetz über das Eigentum Abwesender« auf die Golan-Höhen an, obwohl die verbliebenen Dorfbewohner den Landbesitz der Vertriebenen auf ihren Namen registrieren ließen. Nachdem das Land der 77 zerstörten Dörfer beschlagnahmt worden war, wurde auch den 5 verbliebenen Dörfern Land genommen.

— Die Israelis schafften die syrischen Unterrichtspläne ab und ersetzten sie durch israelische. Viele Lehrer gaben ihr Amt aus Protest auf. Die Schulen haben sich von diesem Schlag bis heute nicht erholt ...

— Die medizinische Versorgung ist völlig unzureichend. Majdal Shams, ein Dorf mit 5.000 Einwohnern, hat nur eine Klinik, in der nur während einiger Stunden des Tages ein Arzt anwesend ist.

— Die Informationsmöglichkeiten für die arabischen Golan-Bewohner wurden von den israelischen Besatzern drastisch beschnitten. Außer der von der israelischen Regierung kontrollierten Tageszeitung »Al Anba« ist die Verbreitung arabischer Zeitungen in diesem Gebiet verboten.

— Den Golan-Bewohnern sind Kontakte mit ihren Familienangehörigen, die auf unbesetztem syrischen Gebiet leben, weitgehend untersagt ...

Trotz der israelischen Unterdrükkungsmaßnahmen und des Mangels an internationalem Interesse für die Situation auf den Golan-Höhen gab es einen intensiven Widerstand seitens der Golan-Bewohner.

— Anfang der 70er Jahre operierte eine der syrischen Armee verbundene Befreiungsbewegung auf den Golan-Höhen.Als es den Israelis gelang, sie zu zerschlagen, verhafteten sie 150 Personen, davon allein 85 Einwohner von Majdal Shams. Etwa 15 befinden sich noch im Gefängnis und kämpfen darum, nicht als »drusische«, sondern als »arabische« Gefangene angesehen zu werden.

— In Majdal Shams scheiterte der Versuch der israelischen Besatzer, einen 11-köpfigen Dorfrat zu ernennen,

als »arabische« Gefangene angesehen zu werden.
— In Majdal Shams scheiterte der Versuch der israelischen Besatzer, einen 11-köpfigen Dorfrat zu ernennen,

weil sie nur 3 bereitwillige Männer fanden.

— Selbst gewaltloser Widerstand wird unterdrückt. Als eine Gruppe innerhalb der Gemeinde Majdal Shams die Situation der Araber auf den Golan-Höhen diskutieren wollte, wurde sie zum Verhör in das militärische Hauptquartier gebracht und die Gruppe somit aufgelöst.

Ungeachtet der Unterdrückung der arabischen Golan-Bewohner und ihres Widerstandes dagegen wird in Israel behauptet, daß die Golan-Bewohner die Annexion befürworten. Die Presse berichtete, daß sich »Hunderte« für die israelische Staatsbürgerschaft registrieren ließen. Sohair Sabbagh von der palästinensischen Wochenzeitung »Al Fajr«, der an jenem Tag in Majdal Shams war, als das israelische Fernsehen darüber berichtete, meint jedoch hierzu, daß die Zahl der Registrierwilligen verschwindend gering ist ...

Die geistlichen Führer der Drusen auf den Golan-Höhen bekräftigten in diesem Jahr erneut ihre vollständige Zurückweisung des von den israelischen Behörden eingeleiteten Schritts, den Drusen die israelische Staatsbürgerschaft zu verleihen. Die Drusen-Führer betrachten diesen Schritt als einen Versuch, noch vor der formellen Annexion Zwietracht in ihre Reihen zu säen. In einem von ihnen herausgegebenen Kommuniqué erklärten sie, daß all jene unter ihnen, die die israelische Staatsbürgerschaft akzeptieren, in Zukunft vom Betreten der heiligen Stätten der Drusen auf den Golan-Höhen ausgeschlossen werden ...

Drusen, die anfangs die israelische Staatsbürgerschaft akzeptiert hatten, entschieden sich jetzt, diesen Schritt wieder rückgängig zu machen. Die Besatzungsbehörden wiesen jedoch die Erklärungen dieser Golan-Bewohner zurück.

Schüler der Höheren Schulen auf den Golan-Höhen versammelten sich kürzlich mit ihren Eltern und wandten sich entschieden gegen die Einführung spezieller Kurse über drusische Kultur und drusische Geschichte durch die Besatzungsbehörden. Sie erklärten, daß das drusische Erbe nicht von der Geschichte der arabischen Nation zu trennen sei und bezeichneten die geplante Maßnahme als einen Versuch, den kommenden Generationen ein Sektenbewußtsein anzuerziehen. Sheikh Adnan al Safadi, ein Drusen-Führer, der 1970 von den Israelis verhaftet und jüngst freigelassen wurde, erklärte ausdrücklich: *»Es gibt keine drusische Tradition oder drusische Kultur. Unsere Traditionen sind arabisch. Wir sind zuerst Araber und dann Drusen, und als Araber lehnen wir die israelische Besatzung ab«.*

Der vorliegende Bericht basiert auf folgenden Beiträgen:
John Richardson, And now, the Golan, in: The Middle East, Januar 1981, Nr. 75

Breite Unruhen auf den besetzen Golan-Höhen — Drusen-Führer lehnen israelische Nationalität ab
in: Palästina Bulletin, Nr. 6/81, 6.2.81

Herbert Saure

Pakistan:

Die Opposition gegen das Militärregime formiert sich

Mit der spektakulären Entführung einer Maschine der pakistanischen Fluglinie PIA ist es Gegnern des Kriegsrechtregimes von General Zia-ul Haq zumindest ansatzweise gelungen, die internationale Aufmerksamkeit auf die Situation in Pakistan zu lenken. Seit fast vier Jahren herrscht dort das Militär, das nach einem Staatsstreich im Frühjahr 1977 die Macht übernommen hatte. Von den damals versprochenen baldigen Wahlen wird zwar von Zeit zu Zeit geredet, eine Realisierung steht allerdings in den Sternen. Inzwischen wurde in Pakistan ein reaktionäres islamisches System etabliert, das nach wie vor verläßlicher Partner der US-Imperialisten und deren Verbündeter ist. Deshalb gibt es eine ähnliche anti-islamische Hetze, wie sie gegen das Khomeini-Regime in den westlichen Medien gang und gäbe ist, gegen Pakistan nicht. Insbesondere seit der Intervention der Sowjetunion in Afghanistan wird Pakistan als Bündnispartner und antikommunistischer Vorposten in Asien hofiert.

Meldungen über Verhaftungen und Folterungen, die dort an der Tagesordnung sind, findet man hierzulande äußerst selten. Amnesty international berichtete, daß *„die Zahl der befohlenen Hinrichtungen in Pakistan eine der höchsten in Asien"* ist und *„unter den zum Tode Verurteilten sich Zivilisten befinden, die ohne Anklage von Militärtribunalen verurteilt wurden"* („Le Monde", 7.11.80).



Mit seinen Gegnern macht das Regime kurzen Prozeß

Im Lande herrscht totale Pressezensur, so daß von den ständig stattfindenden Widerstandsaktionen gegen das Militärregime in der Öffentlichkeit kaum etwas bekannt wird.

Wie weit die Unzufriedenheit mit dem Regime gediehen ist, zeigt die Gründung einer „Bewegung für die Wiederherstellung der Demokratie" (MRD), an der sich bis auf die stramm auf Juntakurs liegende reaktionär-islamische Jamiat-e-Islami alle großen Parteien des Landes beteiligt haben. Die bedeutendste davon ist die Pakistanische Volkspartei (PPP) des 1979 hingerichteten ehemaligen Ministerpräsidenten Bhutto, dessen Witwe und Tochter heute diese Partei (die übrigens offiziell verboten ist) führen.

In einer Erklärung vom 6. Februar fordern die beteiligten Parteien unter anderem, *„daß Zia-ul Haq zurücktritt und das Kriegsrecht aufgehoben wird, anderenfalls werden sie vom unwiderstehlichen Willen des Volkes beseitigt; daß freie, faire und unparteiische Wahlen zur National- und den Provinzversammlungen innerhalb von drei Monaten abgehalten werden, in Übereinstimmung mit der einstimmig angenommenen Verfassung von 1973, und daß die Macht an die gewählten Vertreter des Volkes übergeben wird; daß die Interessen der vier Bundeseinheiten* (die Provinzen Sind, Belutschistan, Pandschab und Nordwestliche Grenzprovinzen — Anm. AK) *vollständig wiederhergestellt und geschützt werden"* („Pakistan Commentary", 3/81).

In den letzten Wochen und Monaten war es bereits mehrfach zu Protesten gegen das Kriegsrechtregime gekommen, insbesondere *„Streiks von tausenden pakistanischer Juristen, Lehrern und Ärzten legten große Teile des Rechtssystems, Schulwesens und den Gesundheitsdienst des Landes lahm"* („FR", 3.3.81).

Nach schweren Unruhen an den Universitäten wurden diese Mitte Februar geschlossen. Grenzschutzeinheiten und schwerbewaffnete Milizen wurden in die Städte geschickt. An den Unis selbst wurden die Demonstranten auch von rechten islamischen Schlägertrupps angegriffen, wobei in Karatschi ein Student getötet wurde.

Die 9-Parteien-Allianz hat die Kämpfe der Studenten und Intellektuellen ausdrücklich unterstützt und für den März ein konkretes Aktionsprogramm gegen die Militärdiktatur angekündigt. Der große Einfluß rechter Parteien in diesem Bündnis, wie etwa der „Pakistanischen Demokratischen Partei" oder der „Jamaat-e-Ulema Islam" spiegelt sich allerdings auch in dessen Erklärungen wider. So wird Zia unter anderem die Spaltung von Armee und Volk vorgeworfen. Weiter heißt es in einer Erklärung der MRD zum Sturz der Diktatur vom 26.2.81: *„Wir wollen dies Ziel mit möglichst geringer Störung unseres ökonomischen und gesellschaftlichen Lebens erreichen. Deshalb haben wir beschlossen, die Bewegung mit sozialem Boykott, Nichtzusammenarbeit, friedlichem Umzug und Streiks zu beginnen.*

Als erstes appelliert das Zentrale Aktionskomitee der MRD an das pakistanische Volk, nicht an den Bundesräten und Kabinetten Zias teilzunehmen. Wenn irgend jemand sich daran beteiligt, sollte er vorbereitet sein, dem Zorn des Volkes ins Auge zu sehen.

Zweitens fordert das Zentrale Aktionskomitee, daß die Zensur bis 2. März aufgehoben wird, anderenfalls wir das Volk auffordern, Zeitungen auf den Straßenkreuzungen zu verbrennen und nicht mehr den Sendungen von Radio Pakistan und PTV zuzuhören. Außerdem fordern wir alle Anwälte auf, die Gerichte am 2. März zu boykottieren. Wir rufen außerdem alle Arbeiter, Studenten, Lehrer, Ärzte und alle anderen auf, den 2. März als Protesttag zu betrachten" (dieser Aufruf wurde offensichtlich weitgehend befolgt, s.o.).

„Drittens soll am 23. März (offizieller Nationalfeiertag — Anm. AK) *niemand an irgendeiner Amtshandlung oder Parade teilnehmen, die von der Regierung veranstaltet wird, und jeder, der teilnimmt, soll boykottiert und geächtet werden.*

Viertens werden die Leute am 23. März, am Pakistan-Tag, nach den Zuhr-Gebeten in den Moscheen und auf den öffentlichen Plätzen Treffen abhalten, um zum Allmächtigen zu beten für die Sicherheit Pakistans, die Wiederherstellung der Demokratie und die Entfernung Zias.

Fünftens, falls Zia dies nicht beachtet, werden wir die Nation zu einem allgemeinen Verweigerungsstreik aufrufen. Keine Geschäfte werden geöffnet sein, kein Fahrzeug wird fahren, kein Unterricht wird stattfinden und kein Amt besetzt sein. Es wird ein vollständiger Stillstand aller gesellschaftlichen, geschäftlichen und amtlichen Aktivitäten sein. Jeder, der diesem Aufruf nicht Folge leistet, soll als Feind des Volkes, der Demokratie und Pakistans betrachtet werden" („Pakistan Commentary", 3/81).

Die Repression geht weiter

Nach Gründung der MRD und deren Aufruf wurden zahlreiche Oppositionelle verhaftet, darunter auch die PPP-Vorsitzende Begum Nusrat Bhutto. Nach der Flugzeugentführung gab es eine zweite Verhaftungswelle, bei der insgesamt fast 1.000 Menschen, darunter die meisten Führer der MRD, verhaftet oder unter Hausarrest gestellt wurden („SZ", 13.3.81). Obwohl sowohl die Flugzeugentführer als auch die PPP jede gegenseitige Verbindung dementierten, reichten entsprechende Behauptungen der Junta bereits, daß sich die reaktionären Teile der MRD von der PPP lossagten und damit das ganze Bündnis aufs Spiel setzten („SZ", 24.3.81).

Inwieweit unter den aktuellen Umständen die Aktionen zum 23. März

von der PPP lossagten und damit das ganze Bündnis aufs Spiel setzten („SZ", 24.3.81).
Inwieweit unter den aktuellen Umständen die Aktionen zum 23. März

und zum 4. April (Jahrestag von Bhuttos Hinrichtung) erfolgreich verlaufen, bleibt abzuwarten.

Zia hat inzwischen jedenfalls noch einmal unmißverständlich erklärt, daß Wahlen für ihn vorerst nicht in Frage kommen. Angeblich sucht er einen *„Mittelweg zwischen 'klassischem Kriegsrecht' und Demokratie"* („SZ", 11.3.81).

Bei seiner Repressionspolitik kann er sich nach wie vor auf die Unterstützung der imperialistischen Staaten, namentlich der USA, Frankreichs und der BRD, verlassen. Während ein 400-Millionen-Dollar-Angebot der früheren Carter-Regierung von Zia noch als „Erdnüsse" abgelehnt worden war, winkt ihm jetzt von Reagan ein saftigeres Angebot. In der Diskussion sind 1,5 Milliarden Dollar Militärhilfe. Nach Meldungen aus Indien, die allerdings von der pakistanischen Regierung dementiert wurden, soll das Land *„in Kürze 140 moderne Kampfflugzeuge aus den USA, Frankreich und China geliefert bekommen"*. Die pakistanische Luftwaffe *„baue unter strenger Geheimhaltung zwölf neue Fliegerhorste und erweitere die Anlagen der bestehenden 28. Pakistan habe außerdem ein neues Radar-Luftabwehrsystem installiert. Ferner habe Islamabad die Absicht, seine schon vorhandenen französischen Crotale-Raketen durch amerikanische Hawk-Raketen zu ergänzen"* („SZ", 19.12.80).

Wo es gilt, ein reaktionäres Regime als Bollwerk gegen den „sowjetischen Expansionismus" zu unterstützen, darf die BRD-Regierung natürlich nicht fehlen.

Im Oktober letzten Jahres hatte Zia bei einem Besuch in Bonn 145 Millionen DM „Entwicklungshilfe" einstreichen können. In einem Gegenbesuch rühmte Genscher im Februar in Islamabad *„immer wieder die pakistanische Politik, und auch Agha Shahi sparte nicht mit Komplimenten gegenüber der Bundesrepublik"* („FAZ", 21.2.81). Selbst die stets auf imperialistische Expansion gegenüber der UdSSR setzende „FAZ" bescheinigte Zia immerhin, daß er *„seit nunmehr fast vier Jahren ohne demokratische Legitimation an der Spitze des Staates"* (14.3.81) steht und gibt deshalb zu bedenken: *„Hingegen mag eine verstärkte wirtschaftliche Hilfe politisch als Unterstützung des Militärregimes von General Zia interpretiert werden. Hier ist weiterhin ein hohes Maß an Takt auf deutscher Seite geboten"* (21.2.81).

Diese Art von Takt ist dem Reisenden in Sachen BRD-Imperialismus offensichtlich fremd. *„Die angesichts der strengen Pressezensur sehr vorsichtig gestellte Frage einer pakistanischen Journalistin in dieser Richtung umging Genscher mit der Feststellung, die Bundesrepublik habe es mit Staaten und nicht mit Regierungen zu tun"* („FAZ", 21.2.81).

So einfach ist das.

Asien-Australien-Kommission



Flughafen Narita: Treibstoffzufuhr gestoppt

In der ersten Märzwoche liefen gezielte Aktionen zur Verhinderung des Treibstofftransportes zum Tokioter Flughafen Narita. Im Mittelpunkt dieser Aktionen stand der Streik von 1.300 Arbeitern der Doro-Chiba (Eisenbahnergewerkschaft von Chiba), die bislang den Treibstofftransport auf dem Schienenwege ermöglicht hatten.

Anlaß für die Aktionswoche war eine Entscheidung der japanischen Regierung, den Schienentransport von Düsentreibstoff fortzusetzen, obwohl ein Kabinettsbeschluß von 1978 vorliegt, den Schienentransport auf drei Jahre bis Februar 1981 zu begrenzen. Danach sollte der Transport vom Ölhafen Kashima über Pipelines erfolgen. Diese für den Flughafenbetrieb lebenswichtigen Treibstoff-Pipelines konnten aber bislang aufgrund des erfolgreichen Widerstandes der Flughafengegner nicht fertiggestellt werden.

Zum Auftakt hatte die Oppositionsliga der Bauern am 1.3. zu einer Kundgebung am Naritaer Bahnhof aufgerufen, die mit 10.000 Menschen sehr gut besucht war und auf der insbesondere die Solidarität mit den Eisenbahnern von Chiba bekundet wurde. Es wurde aber auch auf die weitreichende Bedeutung der bevorstehenden Aktionen hingewiesen: *„Der Sieg im Sanrizuka-Kampf* (der Flughafen-Kampf genannt nach dem Gebiet, Anm. AK) *wird die große Gegenoffensive des Volkes gegen den Aufbau der Militärgroßmacht und die Verfassungsänderungsversuche durch die Suzuki-Regierung einen Schritt weiter bringen."* (Erklärung der Oppositionsliga am 1.3., „Sekai kakumei", Nr. 670).

Der Streik der Doro-Chiba dauerte vom 2. bis zum 6.3., wobei er zunächst nur auf den Treibstofftransport beschränkt war. Am 5.3. wurde er auch auf den Schnellzugverkehr in der Chiba-Präfektur (Regierungsbezirk nördlich von Tokio, wo auch der Flughafen Narita liegt) ausgedehnt, und am 6.3. erfaßte er alle Zugverbindungen nach Narita. Um die Treibstoffversorgung des Flughafens aufrechtzuerhalten, hatte die staatliche Eisenbahngesellschaft Streikbrecher und insgesamt 9.000 Bullen eingesetzt. Dennoch konnten während der Aktionswoche insgesamt 31 Tankzüge gestoppt (im Normalbetrieb fahren täglich 7 Züge) bzw. der Transport von ca. 25 Mio. Litern Düsentreibstoff verhindert werden. Der Treibstoffvorrat am Flughafen Narita, der normalerweise rund 50 Mio. Liter beträgt, dürfte unter Berücksichtigung eines täglichen Verbrauchs von 5 Mio. Litern um 40 % gesenkt worden sein (Angaben aus: „Sanrizuka Joho", Nr. 50). Zählt man den Personen- und sonstigen Schienenverkehr hinzu, so erhöht sich die Zahl der gestoppten Züge auf 1.390 (nach Angabe des Vorsitzenden der Doro-Chiba, Sekikawa, „Rodo Joho", Nr. 89). *„Mit dem Streik vom 6.3. hat auch die Tokioter Regierung kalte Füße bekommen. Der Sanrizuka-Düsentreibstoffstreik hat gezeigt, daß die Arbeiter und Bauern die Hauptkraft der Gesellschaft sind."* (So der Vorsitzende der Jugendligas, Kataoka, ebenda).

Zu diesem spektakulären Erfolg hatten auch zahlreiche dezentrale Demonstrationen und Besetzungsaktionen an verschiedenen Bahnhöfen entlang der Treibstoff-Transportroute beitgetragen. Dabei ging es im wesentlichen darum, Blockaden gegen Streikbrecher durchzuführen. Einer der Höhepunkte war eine Besetzung der Gleisanlagen am Naritaer Bahnhof durch etwa 150 Demonstranten am 4.3. Nach etwa dreistündiger Besetzung wurde der Bahnhof angesichts der Bullenübermacht (200 Bullen) freiwillig geräumt. Nach auch hier bekannter Manier griffen die Bullen die im Rückzug befindlichen Demonstranten an und verhafteten wahllos 59 Personen. Am 7.3. wurden diese zu einer Haftstrafe von je 10 Tagen verurteilt!

Daß der Flughafenkampf mit allen Mitteln fortgeführt wird, zeigt schließlich der Anschlag auf einen Tankzug am 16.3., bei dem zwei Tankwagen in Flammen aufgingen. Dies führte dazu, daß die Zugverbindungen nach Narita teilweise sogar auch am folgenden Tag stillgelegt wurden („Sanrizuka Joho", Nr. 51). Ferner rief die Oppositionsliga zu einer Großdemo am 21.3. auf.

Asien/Australien Kommission



Terrorurteile im Sanrizuka-Prozeß

Am 12.2. wurden vor der Strafkammer des Tokioter Landgerichtes die Urteile im Prozeß gegen 14 Flughafengegner ausgesprochen, die kurz vor der Eröffnung des Flughafens Narita in der Schlacht vom 26.3.1978 den Kontrollturm besetzt und demoliert hatten. Die Urteile lauteten 10 Jahre Gefängnis für einen Genossen, 9 Jahre für zwei, 7 Jahre für weitere zwei, 6 Jahre für sechs und 4 Jahre für drei Genossen! Zu diesen schweren Strafmaßen schreibt das Tokioter Rechtshilfezentrum, Kyuen renraku centre: *„Diese Urteile waren ein politischer Vergeltungsschlag der japanischen Staatsmacht ..., der sich messen läßt an der Größe des politischen Schocks, den die japanische Regierung in der Schlacht vom 26.3. erlitten hat."* („Kyuen", Nr. 143).

Asien/Australien Kommission

Philippinen: Marcos bleibt, die Diktatur bleibt!

Als vor wenigen Wochen der Eilige Vater extra aus Rom anreiste, um der Marcos-Clique seine Aufwartung zu machen, wurde das Kriegsrecht am 29.1.81 aufgehoben.

Wer die Geschichte der Marcos-Diktatur kennt, sieht den schon obligatorisch nach solchen Maßnahmen kommenden Rattenschwanz: Per Beschluß gelten alle während der Kriegsrechtsordnung erlassenen Verordnungen auch n a c h Aufhebung desselben weiter („D + A", 1/81).

Doch offenbar diente der plumpe Coup nicht nur für wohlgesonnene Schlagzeilen der Weltpresse. Hinter der Aufhebung des Kriegsrechts scheint der Versuch zu stehen, die bestehende bürgerliche Opposition wieder mit dem Regierungsclan zu verbünden — ohne tatsächliche demokratische Reformen durchzuführen.

Der Aufhebung des Kriegsrechts folgte wenig später die Ankündigung, Wahlen abzuhalten. Möglicherweise sollen Parlamentswahlen im Mai 1981 stattfinden. Gleichzeitig soll ein Präsident gewählt werden, der natürlich Marcos heißen soll. An der Spitze des Parlaments soll der führende bürgerliche Oppositionspolitiker Aquino stehen (Premierminister). Aber die Machtbefugnisse werden nach wie vor auf den Präsidenten (also Marcos) konzentriert seien („Philippine Liberation Courier", 2/81).

Stellen wir in Rechnung, w i e auf den Philippinen solche Wahlen stattfinden, w e r überhaupt kandidieren darf (die Opposition des Volkes befindet sich im Untergrund oder in Haft), so wird klar, daß es n u r um die Illusion einer Machtaufteilung mit der bürgerlichen Opposition geht. Und die bürgerliche Opposition scheint sich damit zufriedenzugeben.

Der „Philippine Liberation Courier" berichtet, daß die wesentlichen Führer diese Opposition nach Gesprächen mit Beamten des US-Außenministeriums zu einer solchen oder ähnlichen „Lösung" bereit wären. *„Für Marcos wäre die ideale Situation, wenn er sich mit der bürgerlichen Opposition einigen könnte ... und damit dem Druck der USA nachkommen würde. Ein Weg dafür könnte sein, die wesentlichen bürgerlichen Oppositionsführer in würdevolle, aber einflußlose Regierungspositionen zu hieven"* („Philippine Liberation Courier", 2/81). Die Notwendigkeit für eine Einigung mit den bürgerlichen Kreisen wird für das Überleben der fest an die USA gebundenen Philippinen tatsächlich immer dringender. *„Beim Handel über die Aufteilung der Posten könnte sich die herrschende Klasse der Philippinen von einer breiteren politischen Bewegung überrannt wiederfinden"* („Philippine Liberation Courier", 2/81). Neben dem bereits bekannten Widerstand in den ländlichen Regionen, auf den Süd-Philippinen, entwickelt sich zunehmend der Widerstand im Arbeiter- und Studentenbereich. Die neun größten Gewerkschaften schlossen sich jüngst zu einer *„Super-Föderation"* zusammen. Über eine Million Mitglieder hat dieser Block, unter den Mitgliedsverbänden sind klar militant und links ausgerichtete Verbände wie die „1. Mai-Bewegung" und die „Philippinischen Gewerkschaften" („Philippine Liberation Courier", 2/81).

Der gleichzeitige Neuaufbau von Studentenräten und Studentenzeitungen *„läßt die politische Temperatur in den Universitäten steigen"* (do).

Diese rasante Entwicklung sofort nach der geringfügigen Lockerung des politischen Drucks anläßlich des Papstbesuchs macht deutlich, w a s Marcos und die Seinen zu erwarten haben, wenn die Unterdrückung aufgehoben oder nur etwas weiter gelockert wird.

Asien-Australien-Kommission

Eine interessante Polemik

Seit dem Sturz des Pol-Pot-Regimes in Kampuchea versuchen die Imperialisten und ihre chinesischen Verbündeten, die Kontrolle über das Land zurückzugewinnen. Sie bedienen sich dabei sowohl der Überreste der „Roten Khmer" wie auch der streng antikommunistisch ausgerichteten Verbände der „Khmer Serei" und ähnlicher Banden. Eine zentrale Figur bei den Plänen, einen gemeinsamen Widerstand gegen die gegenwärtige Regierung in Phnom Penh zusammenzuzimmern, nimmt dabei das ehemalige Staatsoberhaupt Prinz Norodom Sihanouk ein, der seit seiner Befreiung aus den Händen des Pol-Pot-Regimes in Pjöngjang, der Hauptstadt der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik („Nordkorea"), lebt.

Die Regierung der KDVR hat sich in der öffentlichen Auseinandersetzung um Kampuchea bisher zurückgehalten, einmal abgesehen davon, daß sie nach wie vor das „Demokratische Kampuchea" Pol Pots als legitim anerkennt.

Als jetzt der „Premierminister" des „Demokratischen Kampuchea", Khieu Samphan, Sihanouk in Pjöngjang aufsuchte, um ihm ein Bündnis anzubieten, nahm das die „Humanité", Zentralorgan der KP Frankreichs, zum Anlaß, um die Haltung der KDVR in dieser Frage zu kritisieren. *„Diejenigen, die direkt verantwortlich für das Drama des kampucheanischen Volkes sind, fanden sich in Pjöngjang wieder"* und *„es kann einen überraschen, was für ein Empfang den Mördern bereitet wurde"*, hieß es da völlig zu recht.

Entgegen ihrer sonstigen Gepflogenheit, sich aus solchen brisanten Konflikten, die das Verhältnis zur UdSSR und zur VR China berühren — zu denen sie jeweils gute Beziehungen unterhält — möglichst herauszuhalten, bezieht die koreanische Führung hier eindeutig für das Mörderregime Pol Pots Stellung, ohne natürlich inhaltlich auf dessen Charakter einzugehen: *„Wie jedermann weiß, kam der Premierminister der Regierung des Demokratischen Kampuchea nach Pjöngjang, um Samdech Sihanouk zu treffen, der in unserem Lande lebt. Es ist in jeder Hinwicht die eigene Angelegenheit der Kampucheaner, sich zu treffen und das Problem ihres Landes zu diskutieren, und niemand sollte sich da einmischen. Und ist es nicht selbstverständlich, daß niemand Personen der gleichen Nation davon abhalten kann, sich frei zu treffen und Aktivitäten für die Lösung der inneren Frage der Nation zu leiten? (...) Wir haben die Kampucheaner nur empfangen, weil sie in unser Land kamen. Es ist natürlich, Leute zu empfangen, die ins Land kommen, vom moralischen Standpunkt und es ist eine internationale Umgangsform"* („Rodong Sinmun", 14.3.81).

Es ist natürlich reichlich unverfroren, die Unterstützung des reaktionären Widerstands in Kampuchea auf die Ebene von Moral und Etikette zu verlegen!

Asien-Australien-Kommission

Kontaktadressen

Sozialistischer Studentenbund
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Tel.: 44 98 14

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postlagerkarte 082 314 A
24 Lübeck 1

Ostholstein
(Eutin, Plön, Malente)
Postamt Eutin
Postlagerkarte A 022853
2420 Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 104
28 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig

Emden
Postlagerkarte 0674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte 019182
3200 Hildesheim

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Bielefeld
Vertriebsbüro
Buddestraße 9
48 Bielefeld

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum

Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Heimstraße 62
46 Dortmund 1

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Köln
KB/Gruppe Köln
c/o BULI-Büro
Jülicher Straße 22
5000 Köln 1

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006 745
Postlagerkarte A 006 745
4050 Mönchengladbach

Münster
Postlagerkarte Nr. 029033 B
4400 Münster

Darmstadt
Hauptpostlagernd
Postlagerkarte Nr.: 018640 B
61 Darmstadt

Frankfurt
S. Lissner
Rödelheimer Str. 13
6 Frankfurt 90

Kassel
Florian Rohs
Kirchweg 77
3500 Kassel

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg
Postlagerkarte 080 845 B
Heidelberg

Karlsruhe
Postlagerkarte 053599 B
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg

Trier
Postlagerkarte Nr. 031078 B
5500 Trier

Redaktion des ARBEITERKAMPFES
Lerchenstraße 75
c/o Hamburger Satz- u. Verlags-Kooperative GmbH
2000 Hamburg 50
Redaktion: 040/43 54 15
Abonnement-Verwaltung: 040/43 53 46

Frauen in El Salvador: Kampf ums Überleben

Die Situation in El Salvador spitzt sich von Woche zu Woche zu. Täglich werden mindestens 40 Menschen dort ermordet, im letzten Jahr wurden 14.000 Menschen ermordet, 150.000 mußten fliehen. Die USA macht inzwischen kein Hehl mehr daraus, daß sie eine militärische Intervention in Erwägung zieht.

Aber ähnlich wie in Vietnam widersetzen sich auch hier die Massen mit einem unglaublichen Mut dem Folterregime der Junta, das – unterstützt vom US-Imperialismus – keine Repression und Folter scheut, um den Widerstand des Volkes zu brechen.

Auf einer Frauenveranstaltung Ende Februar in Frankfurt berichtete eine Genossin aus El Salvador über die spezifischen Lebensbedingungen der Frauen in El Salvador, ihrer Beteiligung am Widerstandskampf gegen das Militärregime und der Art und Weise, wie die politische Situation gerade auch in das Leben von Frauen eingreift:

Der Platz der Frauen in El Salvador ist nach Meinung der Herrschenden in der Familie – damit wird legitimiert, daß es für Frauen nur ganz wenige Arbeitsplätze gibt, daß fast nur Frauen zwischen 18 und 25 Jahren eingestellt werden, daß, wenn ganze Familien Arbeit auf dem Land suchen, nur der Mann Lohn erhält, nicht aber die Frau, daß auch die wenigen Frauen, die eine Ausbildung machen konnten, keinen Familienlohn erhalten.

Die Familie, der Haushalt ist aber für die Frauen in El Salvador längst nicht mehr der einzige Arbeitsplatz: was großzügig Familienlohn genannt wird, reicht kaum für den Lebensunterhalt eines Menschen. In den Städten sind viele Männer arbeitslos, so daß die Familie über keinerlei Einkünfte verfügt. Dazu kommt, daß es infolge der terroristischen Morde gegen die Bevölkerung kaum noch vollständige Familien gibt: in jeder Familie fehlt mindestens ein Familienmitglied! Vollständige Familien sind sozusagen ein Luxus, der nur noch der Bourgeoisie vorbehalten ist.



Die politisch verschärfte Situation zwingt die Frauen also noch wesentlich stärker als schon zuvor, für den Unterhalt der Familie (mit) zu sorgen. Jedoch ist es für Frauen entweder fast unmöglich oder mit extremen Bedingungen verbunden, eine Arbeit zu finden:

Auf dem Land können Familien nur während der Kaffee-Ernte (2-3 Monate im Jahr) Arbeit finden. In der Regel wird nur der Mann eingestellt, die Mitarbeit der Frau und der Kinder wird vorausgesetzt. Nur der Mann bekommt Lohn und hat das Recht auf Nahrungsmittel-Zuschüsse und einen freien Tag in der Woche. Meistens geht die ganze Familie mit dem Mann, wenn er Arbeit irgendwo gefunden hat, weil sie zu Hause nichts zu essen hätte. Wohnen muß sie dann zusammen mit vielen anderen Menschen in offenen Lagern ohne Wände.

Alleinstehende Frauen auf dem Land haben dort überhaupt keine Chance, Geld zu verdienen und suchen daher in den Städten Arbeit, z.B. als Hausmädchen. Hier werden sie wie Sklaven ausgebeutet: keinerlei Gesetzgebung regelt Arbeitszeit, Lohn usw., so daß sie ihrem Arbeitgeber völlig ausgeliefert sind, von fünf Uhr bis 22 Uhr arbeiten müssen und höchstens 30 bis 60 Dollar im Monat dafür erhalten.

Für viele Frauen, gerade die alleinstehenden, ist die letzte Möglichkeit, für ihren Lebensunterhalt zu sorgen, die Prostitution.

In den Fabriken erhalten die Frauen durchschnittlich 25 % weniger Lohn als die Männer, das ist gesetzlich festgelegt. Viele Fabriken stellen nur Frauen zwischen 18 und 25 Jahren ein, weil sie in diesem Alter am produktivsten sind. Oder Frauen müssen, um überhaupt eingestellt zu werden, nachweisen, daß sie nicht schwanger sind.

Die meisten Frauen mit Kindern, vor allem die, deren Männer arbeitslos, verschleppt oder ermordet sind, versuchen eine Standgenehmigung als Kleinhändlerin auf dem Markt zu bekommen, die allerdings sehr teuer ist, oder sie betätigen sich illegal als Straßenverkäuferin. Bei diesen Arbeiten können sie ihre Kinder mitnehmen.

So laufen die Straßenverkäuferinnen den ganzen Tag, egal bei welchem Wetter, auf den Straßen rum, immer ihre Kinder dabei und immer in der Gefahr, von der Polizei aufgegriffen zu werden (der Straßenverkauf ist wegen der Touristen verbo-
immer ihre Kinder dabei und immer in der Gefahr, von der Polizei aufgegriffen zu werden (der Straßenverkauf ist wegen der Touristen verbo-
ten – denen soll die Armut des Volkes lieber vorenthalten bleiben!), die in regelmäßigen Abständen Frauen mit ihren Kindern verhaften, die Ware abnehmen und den Frauen eine Strafe aufbrummen.

Forderungen, die sich vor allem für die Verbesserung der gesetzlichen und finanziellen Bedingungen gerade dieser „Berufe" einsetzen, sind ein ganz wesentlicher Punkt, um den sich Frauen in El Salvador in den letzten Jahren verstärkt zusammengeschlossen haben (siehe auch nebenstehendes Interview).

Auch ihrer Situation als gezwungenermaßen alleinstehende Frauen, nämlich als Mütter und Ehefrauen von politischen Gefangenen und Verschleppten, versuchen die Frauen seit einiger Zeit geschlossen und organisiert entgegenzutreten: Mütterkomitees wurden gegründet, die Frauendemonstrationen organisierten, um die Freilassung der politischen Gefangenen zu fordern; zusammen mit anderen Gruppen machten sie Hungerstreiks und andere Aktionen.

Frauen im Kampf gegen das Regime

Die Beteiligung der Frauen in El Salvador gegen das jeweilige herrschende Regime hat eine lange Tradition:

- 1922 demonstrierten Tausende von schwarzgekleideten Frauen für die Freilassung von politischen Gefangenen; sechs Frauen wurden dabei ermordet;
- 1932 beteiligten sich die Frauen am Bauernaufstand, der 20.000 Todesopfer gekostet hat;
- ebenso beteiligt waren Frauen am Generalstreik von 1944, der mit dazu beitrug, den damaligen Präsidenten Hernandez Martinez zu stürzen;
- 1960 beteiligte sich die sogenannte Schwesternschaft am Sturz der damaligen Junta;
- von den an den Lehrerstreiks 1968 und 1971 Beteiligten waren 85 % Frauen.

Heute ist der Grad der Organisierung der gesamten Bevölkerung in El Salvador sehr hoch (s. auch Interview). Dabei spielen die Frauen überall eine wichtige Rolle.

Die Genossin betonte, daß die zusätzlichen Probleme, die sich für die Frauen aufgrund ihrer Unterdrükkung als F r a u e n ergeben, in dem herrschenden System nicht gelöst werden können, daß die wesentliche Voraussetzung für die Befreiung der Frauen ihre Beteiligung am allgemeinen politisch/militärischen Kampf ist.

Auf der anderen Seite ist der Frauen-Widerstand, gerade auch an Punkten, die Ausdruck der doppelten Unterdrückung der Frau in El Salvador sind, unbedingte Voraussetzung der Verbreiterung des bewaffneten Kampfes.

Durch ihre maßgebliche Beteiligung an der Aufrechterhaltung des täglichen Lebens, durch politische
Kampfes.
Durch ihre maßgebliche Beteiligung an der Aufrechterhaltung des täglichen Lebens, durch politische
Aktivitäten wie z.B. der Solidaritätsarbeit mit den politischen Gefangenen, schaffen die Frauen die „Infrastruktur", die für die Verankerung des politisch/militärischen Kampfes unter den Massen unerläßlich ist.

Die Genossin selbst arbeitet in einem Frauen-Stadtteilkomitee und ist in der AMES (Assoziation der Frauen von El Salvador) organisiert. Diese Frauen-Stadtteilkomitees haben eine wichtige Funktion für die Organisierung von Frauen in deren Wohnbereichen und um die Probleme, die sich in den jeweiligen Wohnbereichen ergeben, wie z.B. der Wassermangel, die mangelhaften sanitären Bedingungen usw.

Internationale Solidarität

Auch wenn auf der Veranstaltung bei einigen Zuhörerinnen die Skepsis im Vordergrund stand, ob die Beteiligung der Frauen in El Salvador am politischen und bewaffneten Kampf tatsächlich die Grundlage für ihre Befreiung als Frauen von der patriarchalischen Unterdrückung bieten kann (schließlich seien die Frauen in Algerien und im Iran z.B. auch aktiv am Widerstand beteiligt gewesen und hinterher trotzdem wieder ins Haus geschickt worden), so war doch die Veranstaltung selbst und die Diskussion Ausdruck der Solidarität von Frauengruppen mit dem Befreiungskampf in El Salvador.

Die Genossin unterstrich, wie wichtig die internationale Solidarität für sie sei.

Schon aus der Tatsache heraus, daß in den verschiedenen Ländern die Regierungen ein Interesse am Zerschlagen des Widerstandes des Volkes haben:
So liefern bekanntermaßen nicht nur die USA Waffen an die Junta, sondern auch von Israel kommen Hubschrauber und Senkrechtstarter für Waldgelände. Die Folterer in den Gefängnissen von El Salvador werden in Israel und Chile ausgebildet.

Ihrer Solidarität mit dem Volk von El Salvador haben Arbeiter aus Spanien, Italien und den USA schon Ausdruck gegeben, indem sie Schiffe für den Waffentransport an die Junta bestreikt haben, Arbeiter aus Ecuador spendeten einen Tageslohn und führten einen Solidaritätsstreik durch.

Auch für Frauengruppen in der BRD und Westberlin gibt es unzählige Möglichkeiten, ihre Solidarität mit dem Befreiungskampf in El Salvador zu bekunden. Schließlich hat „unsere" Regierung es bislang immer noch nicht für nötig gehalten, eindeutig Stellung zu beziehen zu den realen Verhältnissen in El Salvador! Außerdem sind die Massenorganisationen wie z.B. auch AMES angewiesen auf die materielle und politische Unterstützung der Demokraten/innen und Linken in anderen Ländern.

Darüberhinaus ist es für uns westdeutsche Frauen interessant und wichtig, uns mit lateinamerikanischen Frauenorganisationen, mit deren Zielen, Kämpfen und ihrem
deutsche Frauen interessant und wichtig, uns mit lateinamerikanischen Frauenorganisationen, mit deren Zielen, Kämpfen und ihrem
Verständnis von Frauenbefreiungskampf auseinanderzusetzen.
Frauensolidarität muß international sein!

KB–Frauengruppe Frankfurt

Interview mit einer Genossin von AMES

(Assoziation der Frauen in El Salvador)

Im Anschluß an die Veranstaltung, die Ende Februar von Frauengruppen in Frankfurt zur Solidarität mit dem Befreiungskampf in El Salvador veranstaltet wurde, hatten wir Gelegenheit, mit der Genossin Carolina, die zu der Zeit eine Rundreise durch die BRD machte, ein Interview zu machen: Die Genossin Carolina ist Mitglied der AMES (Asociacion de Mujeres de El Salvador). AMES gehört zur Oppositionsfront FDR und nimmt aktiv am Widerstand gegen die Junta teil.

AK: Auf der Veranstaltung hast du von der langen Tradition der Beteiligung von Frauen am Widerstandskampf des Volkes erzählt. Hat es auch schon vor AMES eigene Organisationsformen von Frauen gegeben in El Salvador?
C: Zwischen 1922 und 1960 haben Frauen zwar auch immer eine wichtige Rolle in den Kämpfen gespielt, eigene Organisationen von Frauen gab es aber nicht, bis 1960 die Schwesternschaft gegründet wurde. Vorher haben Frauen sich immer in den gemischten Organisationen engagiert, die existierten.
AK: Kannst du noch was von der Schwesternschaft erzählen? Welche Frauen organisierten sich darin und was für Ziele verfolgten sie?
C: Gegründet wurde die Schwesternschaft von Frauen aus den mittleren Schichten, von Lehrerinnen und Studentinnen. Die Schwesternschaft war Teil einer breiten Front von studentischen Organisationen, progressiven Akademikern, Teilen der Industriearbeiterschaft und progressiven Kräften der Militärs, die den Sturz des damaligen Präsidenten Lemus erkämpften.

Nach der Schwesternschaft gab es bis 1977 keine eigentlichen Frauenorganisationen, sondern die Frauen organisierten sich zusammen mit den Männern nach Arbeitsplatz und Wohnort.

Allerdings gab es einige Organisationen, wie z.B. die Lehrervereinigung, in der 85 % Frauen sind, die anzahlmäßig von Frauen bestimmt wurden.

1977 kamen dann verschiedene Komitees auf, in denen es nur Frauen oder fast nur Frauen gab (und gibt). So z.B. das Mütterkomitee zur Befreiung von politischen Gefangenen. Ein anderes Komitee, das sich „Für Freiheit" nennt und ebenfalls ein Zusammenschluß von Angehörigen von politischen Gefangenen ist, ist zwar kein explizites Frauenkomitee, in der Realität sind aber die überwiegende Mehrheit der Mitglieder Frauen.

Nach 1977 wurden auch eine Vereinigung von Marktarbeiterinnen und ein Koordinationskomitee von Marktfrauen gegründet.
AK: Du hast gestern auf der Veranstaltung schon berichtet, wie wichtig diese Möglichkeit für Frauen, auf dem Markt und auf der Straße Waren zu verkaufen, für viele Familien heute ist. Um welche Forderungen und Ziele geht es den Marktfrauen, wie kämpfen sie dafür?
C: Die Forderungen der Vereinigung der Marktfrauen beziehen sich einmal auf die Standmiete in den Markthallen, die sehr hoch ist, auf die Verbesserung der sanitären Bedingungen in den Hallen, auf die Löhne der dort Arbeitenden und auf Kinderhorte, in denen die Kinder der Marktfrauen während der Arbeitszeit untergebracht werden sollen. Zum anderen beziehen sie auch Forderungen der Straßenverkäuferinnen mit ein: gegen die Verfolgung durch die Polizei, für legale Stände mit angemessenen Mieten usw.

Die Forderungen richten sich erstmal an den Bürgermeister, der quasi Arbeitgeber der Marktfrauen ist. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, haben die Frauen schon öfter die Märkte besetzt in San Salvador und Santa Ana. Dabei sind jedesmal Frauen verhaftet, gefoltert und auch ermordet worden.

AK: Wann wurde AMES gegründet und mit welchem Ziel?
C: AMES hat zwar schon 1978 angefangen zu arbeiten, aber erst 1979 haben wir die erste Generalversammlung mit 50 Delegiertinnen abgehalten und die Leitung gewählt.

Das Ziel von AMES ist, d i e Frauen in den Kampf zu integrieren, die noch nicht organisiert sind, die ansonsten auch keine andere Möglichkeit hätten, sich zu organisieren. Also z.B. Hausfrauen, die keinen anderen Arbeitsplatz haben als ihr Zuhause. Oder auch fortschrittliche Akademikerinnen, deren Verbände traditionell eher reaktionär sind, die für sich also sonst keine Möglichkeit sähen, sich zu organisieren. In AMES organisieren sich auch Studentinnen und Lehrerinnen.

AMES hat eine wichtige Funktion in den Städten und hat sich dort auch schnell verbreitet. Auf dem Land dagegen, wohin wir unsere Organisation ursprünglich auch ausbreiten wollten, gibt es bereits eine sehr starke Organisation, in der die Frauen sich engagieren. Das ist die Föderation der Arbeiter auf dem Land. Es wäre unsinnig, dort eine zusätzliche Organisation aufzubauen.

AMES hat dann angefangen, verschiedene Frauenkomitees zu gründen. An den Universitäten z.B. und vor allem in den verschiedenen Stadtteilen, also in den ärmeren Vierteln und den Elendsvierteln der Aussenbezirke der Städte.
AK: Habt ihr euch eine Art Plattform gegeben, ein Programm mit euren Forderungen?
C: Die Forderungen der AMES sind nicht Forderungen der Frauen gegenüber dem Mann, sondern es sind Forderungen, die sich auf Grundbedürfnisse beziehen und die integriert sind in den Befreiungskampf.

In erster Linie geht es dabei um ökonomische und soziale Forderungen, die die Hausfrauen direkt betreffen. So z.B. die Forderung nach Verbilligung der Grundnahrungsmittel, die einfach zu teuer sind. Wir wehren uns gegen die Repression, gegen die Zerstörung der Familien, gegen die Vergewaltigung der Menschenrechte und fordern die Freilassung der politischen Gefangenen.
AK: Wie sieht eure politische Arbeit genauer aus angesichts der repressiven Bedingungen, unter denen ihr arbeiten müßt? Kannst du Beispiele von Aktionen erzählen?
C: Im Juli letzten Jahres haben wir z.B. eine Frauendemonstration mit 1000 Frauen gemacht zum Wirtschaftsministerium mit der Forderung, daß die Grundnahrungsmittel verbilligt werden. In den Stadtteilen veranstalten wir Kinderfeste. Permanent organisieren wir Propagandatrupps, die Flugblätter verteilen, Parolen an die Wände malen und Versammlungen abhalten.

AMES ist natürlich integriert in den allgemeinen Kampf. So haben wir uns letztes Jahr im August am Streik beteiligt, haben in Stadtteilen Barrikaden errichtet, kleine Versammlungen auf der Straße abgehalten, die

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 42

auseinanderliefen, um an anderer Stelle wieder zusammenzukommen. Das heißt, wir machen politisch/militärische Aktionen in Koordination mit den anderen gleichzeitig stattfindenden Aktivitäten.

Im Oktober letzten Jahres, als die Junta mit ihrem „Befriedungsplan" versuchte, die ganzen Volksorganisationen endgültig kaputtzuschlagen, fanden sehr viele koordinierte Aktivitäten der verschiedenen Organisationen statt: so wurde die Kathedrale besetzt, Hungerstreiks organisiert für die Freilassung der politischen Gefangenen, UNO-Büros besetzt. An diesen Aktivitäten nahm AMES genauso teil wie alle anderen Organisationen auch. Man könnte sagen, daß zur Zeit keine „Einzelkämpfe" mehr stattfinden. Alle Aktivitäten sind koordiniert innerhalb der FDR/FMLN.

Ich möchte hinzufügen, daß AMES keine große Organisation ist, aber das ist auch klar. Denn der Grad der Organisierung ist in El Salvador sehr, sehr hoch, sehr bewundernswert. Und die Zahl der Frauen, die bislang noch nicht organisiert waren und sich deshalb jetzt in AMES organisieren, ist nicht groß. Die meisten Frauen sind schon nach Arbeitsplatz usw. organisiert.

AK: Gibt es in den Organisationen, neben den Diskussionen über die politische Lage und den aktiven Kampf auch Überlegungen und Diskussionen über eine „neue revolutionäre Moral"?

C: Die Frage der revolutionären Moral ist für uns sehr, sehr wichtig, sowohl auf Basis- als auch auf Führungsebene.

Mit revolutionärer Moral meinen wir bestimmte moralische Fähigkeiten, wie z.B. die Kameradschaft und die Solidarität. Also nicht individualistisch, kalt und auf eigene Interessen bedacht sein, sondern kollektives Denken wird gefordert. So ist es z.B. eine Norm, nie einen Verwundeten liegenzulassen.

Was am höchsten zählt, sind Kampf- und Opferbereitschaft! Einer Organisation anzugehören, selbst einer Massenorganisation wie einer Gewerkschaft, ist heutzutage in El Salvador eine Sache von Leben und Tod. Die Bereitschaft, am Kampf des Volkes teilzunehmen, wird sehr hoch gewertet, bedeutet diese Teilnahme doch sehr viel Verzicht. Verzicht z.B. auf seine Familie, auf Bequemlichkeiten, die man haben könnte. Und

Kampf- und Opferbereitschaft! Einer Organisation anzugehören, selbst einer Massenorganisation wie einer Gewerkschaft, ist heutzutage in El Salvador eine Sache von Leben und Tod. Die Bereitschaft, am Kampf des Volkes teilzunehmen, wird sehr hoch gewertet, bedeutet diese Teilnahme doch sehr viel Verzicht. Verzicht z.B. auf seine Familie, auf Bequemlichkeiten, die man haben könnte. Und

dann die Opferbereitschaft, praktisch sowas wie revolutionärer Mut, ist sehr, sehr wichtig. Man muß bereit sein, alle Folter und Erniedrigung zu ertragen, ohne zu reden – und man muß damit rechnen, daß man tatsächlich gefoltert wird. Das sind Dinge, die Voraussetzung sind für den Volkskampf. Sehr hoch gewertet wird auch die Disziplin. Und zwar einmal bezüglich privater Laster wie Trinken von Alkohol und Rauchen von Marihuana o.ä. Wir sind in einer militärischen Lage und können uns das nicht leisten.

Disziplin wird auch gefordert in bezug auf die Verantwortlichkeit in den Familienbeziehungen, also gegenüber dem jeweiligen Partner und gegenüber den Kindern.

Wichtig ist auch die Ehrlichkeit gegenüber der revolutionären Organisation, d.h. wenn man sich mal geirrt hat, Fehler gemacht hat, gibt man das gegenüber der Organisation zu und redet darüber. Auf diese Weise verliert man die Vorstellung eines Privaten, weil auch die persönliche Existenz kollektiv wird.

Auch die Zweierbeziehungen werden in und mit der Organisation diskutiert. Wir sind sehr streng, was Partnerbeziehungen angeht: man bleibt bei dem Partner, den man hat. Man hat nicht mehrere Beziehungen. Das wird natürlich nicht so stringent umgesetzt und gefordert, aber das sind Werte, die angestrebt werden.

AK: Gestern hast du vom „Machismo" auch innerhalb der Organisation erzählt. Wie geht ihr da vor, wenn Mitglieder der Organisationen sich sehr frauendiskriminierend verhalten? Diskutiert ihr das innerhalb der Organisation?

C: Am besten stell' ich das an einem Beispiel dar: ein Generalsekretär einer Landorganisation, der eine feste Beziehung mit einer Genossin hatte, nahm plötzlich die Beziehung zu seiner früheren Freundin wieder auf. Als er darauf von uns angesprochen wurde, erklärte er, daß seine ehemalige Freundin von ihm fordern würde, die Beziehung zu ihr wieder anzufangen, daß sie ihn quasi verfolgen würde. Die Organisation ist dahintergekommen, daß das gar nicht der Fall war, sondern es war ein einfacher Fall von Machismo. Das wurde dann in dem Gremium, wo alle Generalsekretäre aus dem ganzen Bereich zusammentrafen, diskutiert und von ihm eine Selbstkritik gefordert, die er dann auch gemacht hat, und zwar zu drei Punkten: 1) daß er sich frauenfeindlich verhalten hatte und zwei Beziehungen statt einer wollte, 2) daß er den Sachverhalt so dargestellt hatte, als ob er das Opfer von Frauen gewesen sei und 3) daß er die Organisation angelogen hatte. Er wurde dann von seinem Posten abgesetzt und in einen anderen Bereich geschickt.

Was die sonstigen moralischen Eigenschaften angeht, auf die wir in unserem Kampf angewiesen sind, zählen dazu noch die Pünktlichkeit (2-3 Minuten Unpünktlichkeit können eine Aktion platzen lassen und das Leben von Genossen aufs Spiel setzen!), die Eigenverantwortlichkeit und der angemessene Umgang mit der politischen Linie der FDR/FMLN. Dazu gehören noch die Fähigkeit zur Kritik und Selbstkritik und die Befolgung von Beschlüssen der Organisation. Wir können es uns nicht mehr leisten, v o r Aktionen lang darüber zu diskutieren. Das Vertrauen der Basis in die Führung ist in dem Augenblick ganz, ganz wichtig! Wichtig ist dann natürlich auch die Auswertung hinterher.

Das sind alles Werte, die angestrebt werden. Es gibt natürlich Schwächen, an denen aber gearbeitet wird.

AK: Kannst du was sagen über die zahlenmäßige Beteiligung von Frauen an der Basis und auf Führungsebene der Organisation?

C: Ich kann das nur von meiner eigenen Erfahrung sagen; Aufstellungen gibt es darüber nicht. Ich würde sagen, daß an der Basis gleichviel Frauen wie Männer organisiert sind. In den Führungen der Organisationen sind weniger Frauen, etwa ein Drittel oder weniger.

AK: Uns interessiert noch, ob ihr von AMES auch zu dem Problem der Verhütung und Abtreibung arbeitet.

C: Die einzige Organisation in El Salvador, die dazu arbeitet, ist die Demographische Vereinigung von Salvador. Das ist eine amerikanische Organisation, an der das Peace Corps stark beteiligt ist. Für uns hat die Politik dieser Vereinigung, die darauf ausgerichtet ist, weniger Kinder zu bekommen, das Ziel, den Klassenkampf zu schwächen. Das heißt, wenn die Menschen weniger Kinder haben, verringert sich die Armut. Auf diese Weise sollen Konflikte entschärft werden. Eine solche Politik wird allgemein abgelehnt. Schon aus diesem Grund benutzt überhaupt niemand auf dem Land Verhütungsmittel.

richtet ist, weniger Kinder zu bekommen, das Ziel, den Klassenkampf zu schwächen. Das heißt, wenn die Menschen weniger Kinder haben, verringert sich die Armut. Auf diese Weise sollen Konflikte entschärft werden. Eine solche Politik wird allgemein abgelehnt. Schon aus diesem Grund benutzt überhaupt niemand auf dem Land Verhütungsmittel.



AK: Und weil es keine gibt?

C: Doch, es gibt schon Verhütungsmittel. Die Vereinigung verteilt Pillen, Spiralen usw., aber auch in den Städten wird das stark abgelehnt. Die Frauen sagen, daß die Mittel schädlich sind. Und das stimmt oft, weil die Pillenpräparate, die verteilt werden, die billigsten aus den USA sind. Die Frauen, die diese Mittel benutzen, sind Frauen aus der Mittelschicht. Die haben sich dann bewußt für d i e s e Mittel entschieden.

AK: Gibt es in El Salvador Fälle von Zwangssterilisationen wie z.B. in Peru, wo bekannt wurde, daß der CIA Kliniken aufgebaut hat, in denen Indiofrauen ohne deren Wissen die Gebärmutter rausgenommen wurde.

C: Das ist auch aus Guatemala bekannt. Dort wird auch Geld angeboten, wenn man sich sterilisieren läßt. Aus El Salvador ist mir das im grösseren Ausmaß nicht bekannt. Allerdings weiß ich von einzelnen Fällen, so z.B. von einer Frau, die mit mir im Gefängnis war, die nach der Geburt ihres vierten Kindes ohne gefragt zu werden sterilisiert wurde. Grundsätzlich wird man bei der Geburt des vierten Kindes gefragt, ob man sich sterilisieren lassen will.

KB-Frauengruppe Frankfurt

El Salvador-Solidarität

Unter der Parole „Kein 2. Vietnam in El Salvador" fand am 6.2. in Reutlingen eine Demonstration gegen jede imperialistische Einmischung statt. Dem Aufruf von der Fachhochschule Reutlingen (RT) und dem ASta der PH, der IGM und der ÖTV, dem Frauenhaus, dem Chilekomitee, dem AK 3. Welt, der BI gegen AKWs und des KB folgten 800 Menschen. An gesicherten Schaufenstern vorbei zog die Demonstration während der Haupteinkaufszeit durch die belebte Reutlinger Innenstadt zum Marktplatz, wo eine Kundgebung stattfand.

Die erste Rednerin betonte die Notwendigkeit unserer Solidarität und deren Weiterführung als Beitrag zum Sieg der Revolution in El Salvador. Prof. Greinacher, Theologe aus Tübingen, hob die revolutionäre Linie der salvadorianischen Kirche hervor, erklärte sich mit ihr solidarisch und forderte von der CDU die Distanzierung 1. von den Äußerungen ihres Generalsekretärs Geissler über die salvadorianische Junta und 2. von ihrer sogenannten Schwesterpartei in El Salvador. Der Vertreter der IGM hatte nichts besseres zu tun, als sich zuerst von „Krawallanten" zu distanzieren, um dann darauf hinzuweisen, daß die IGM auch hinter dem Befreiungskampf in El Salvador stehe. Dann stellte er noch einige Erwägungen an, zu welchem Zeitpunkt ein Volk das Recht habe, zur Waffe zu greifen. Eine Frau berichtete dann über die Kaffeegeschäfte der Multis. In Bremen lagert zur Zeit ein großer Teil des salvadorianischen Volksvermögen in Form von Kaffee in den Depots von Eduscho, Tschibo, Melitta und Jacobs. Diese Multis beziehen 80 % der salvadorianischen Kaffeeernte. Als Konsequenz rief sie zum Boykott der Melitta-, Jacobs-, Eduscho- und Tschibo-Produkte auf und empfahl, Kaffee in 3. Welt-Läden zu kaufen.

Ein Genosse aus Reutlingen

Lateinamerika – kurzer Überblick

Reagan-Politik – täglich neuer Terror

Mit Riesenschritten treibt die Reagan-Administration ihre Angriffe gegen Mittelamerika und die Karibik und ihre Zusammenarbeit mit den Faschisten des Südens voran:

– Alle Zahlungen für internationale Hilfsfonds, die Außenminister Haig „ineffektiv" nennt, werden gekürzt. Der Etat für „Entwicklungshilfe" sinkt um 1,9 Mrd. Die nichtmilitärische Auslandshilfe wird um eine Mrd. Dollar verringert, ebenfalls um eine Mrd. die Hilfsfonds für „notleidende Staaten". Eingeschränkt wird das „Nahrungsmittel-für-den-Frieden-Programm". Gesteigert werden die Ausgaben für „befreundete Staaten", neben Israel, Ägypten, Türkei natürlich El Salvador. 4 Mrd. (1 Mrd. mehr als bisher) werden für den Kauf nordamerikanischer Waffen bereitgestellt. Geplant ist die Einrichtung eines Sonderfonds für die beschleunigte Lieferung militärischer Ausrüstung an Verbündete („SZ", 12.3.81 und „FAZ", 12.3.81).

– Nachdem auf Intervention des US-Beauftragten Eagleburger EG-Hilfslieferungen für El Salvador vorübergehend gestoppt wurden, hat die US-Regierung jetzt die EG aufgefordert, ihre Finanzhilfe für Grenada zurückzuhalten. Der kleine Inselstaat Grenada besitzt eine der letzten fortschrittlichen Regierungen im karibischen Raum und unterhält Beziehungen zu Kuba („SZ", 21./22.3.81). Grund genug für eine Einstellung je-

Beauftragten Eagleburger EG-Hilfslieferungen für El Salvador vorübergehend gestoppt wurden, hat die US-Regierung jetzt die EG aufgefordert, ihre Finanzhilfe für Grenada zurückzuhalten. Der kleine Inselstaat Grenada besitzt eine der letzten fortschrittlichen Regierungen im karibischen Raum und unterhält Beziehungen zu Kuba („SZ", 21./22.3.81). Grund genug für eine Einstellung je-

der Hilfe.

– Die US-Regierung *„schließt ein militärisches Vorgehen gegen Kuba nicht aus, um zu verhindern, daß weiter kubanische Waffen an die Guerilleros in El Salvador geliefert werden"*. Die Drohungen, die Reagan und Haig schon vor einigen Wochen öffentlich geäußert haben (vgl. AK 196), wurden im Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten bekräftigt: *„Pläne zum Stoppen der kubanischen Waffenlieferungen schließen ein militärisches Vorgehen nicht aus"* („SZ", 20.3.81).

– Von Reagan persönlich empfangen wurde der Nachfolger des argentinischen Juntachefs Videla, General Roberto Viola. 1978 hatte der Kongreß mit Hinweis auf die Menschenrechtsverletzungen in Argentinien ein Waffenausfuhrverbot erlassen. Die Aufhebung dieses Beschlusses war ein Kernpunkt des Besuchs und scheint erfolgreich abgeschlossen zu sein. Jedenfalls wird die Möglichkeit von Waffenverkäufen an Argentinien (die unter der Hand sowieso immer liefen) schon geprüft und es verlautete, daß die US-Regierung Waffenlieferungen positiv gegenüberstehe („SZ", 19.3.81). Hochbefriedigt zeigte man sich in den USA über Violas Erklärungen zur Menschenrechtsfrage: Einem *„ausgewogeneren Verhältnis"* zu Argentinien stehe nichts mehr im Wege. Bezüglich Argentiniens El Salvador-Politik gab es sowieso nie Differenzen, Argentinien liefert Waffen an die Regierung Guatemalas, die bekanntlich (zur Zeit noch) ein Bollwerk gegen Kommunismus und Castrismus ist. Strittig dürften lediglich Argentiniens Getreidelieferungen an die Sowjetunion trotz des von Carter verordneten Getreideboykotts nach dem Einmarsch in Afghanistan sein. Wie man sich hier geeinigt hat, ist bisher nicht bekannt („NZZ" und „SZ", 20.3.81).

– Nachdem die Handelsbeschränkungen gegen Chile bereits aufgehoben worden sind, wird derzeit die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen *„aktiv geprüft"* („SZ", 23.3.81).

Bolivien: Unruhe für Garcia Meza

Angehörige der bolivianischen Heeresakademie in La Paz haben gegen ihren Kommandanten rebelliert. Der Kommandant ist kein geringerer als Luis Arce Gomez, führendes Mitglied der Rauschgift-Mafia der bolivianischen Militärs und als Innenminister gerade abgesetzt. Die Absetzung erfolgte mit Unterstützung bzw. auf Druck der US-Regierung, natürlich nicht, weil Gomez dem rechtsradikalen Flügel der Militärs angehört, sondern weil er an exponierter Stelle am Kokain-Schmuggel in die USA beteiligt ist und damit gegen US-Interes-

Luis Arce Gomez, führendes Mitglied der Rauschgift-Mafia der bolivianischen Militärs und als Innenminister gerade abgesetzt. Die Absetzung erfolgte mit Unterstützung bzw. auf Druck der US-Regierung, natürlich nicht, weil Gomez dem rechtsradikalen Flügel der Militärs angehört, sondern weil er an exponierter Stelle am Kokain-Schmuggel in die USA beteiligt ist und damit gegen US-Interes-

sen verstößt. Auch Juntachef Garcia Meza selber steht – trotz seiner ideologischen Nähe zur Reagan-Administration – dort nicht in besonderem Ansehen wegen seiner engen Verbindungen zur Rauschgift-Szene. Möglich ist, daß Meza selber demnächst ausgetauscht wird, allerdings ohne daß dadurch am Charakter des Regimes etwas geändert würde.

Der Innenminister Gomez jedenfalls mußte schon dran glauben, er bekam den Kommandantenposten in der Heeresakademie. Grund der Rebellion gegen ihn ist nach den bisher bekannt gewordenen Informationen sein Versuch, paramilitärische Gruppen, die er als Innenminister unter Kontrolle hatte, in die Akademie zu integrieren. Die Rebellion wurde von Regierungseinheiten mit Panzern niedergeschlegen. In einem Militärkommunique war von *„disziplinarischen Vorfällen"* die Rede, einige Generäle sollen unter Hausarrest gestellt worden sein („SZ", 19.3.; „NZZ", 20.3.81).

Noch einmal IV. Russell-Tribunal – Peru

Ein peruanischer Jury-Berater des IV. Russell-Tribunals, Carlos Taype Campos, wird in Peru als Terrorist und Mörder gesucht. Er soll eine Hochspannungsleitung gesprengt und einen Großgrundbesitzer getötet haben. Beide Vorwürfe sind völlig haltlos, weil sich Campos zum Zeitpunkt der angeblichen Verbrechen zum einen in der BRD aufhielt (bei einer Solidaritätsveranstaltung des Peru-Komitees Aachen) und zum anderen Zeitpunkt an dem nationalen Kongreß der Bauerngewerkschaft CCP teilnahm. Hintergrund der Verfolgung ist die Tatsache, daß Campos seit Jahren führendes Mitglied der Bauerngewerkschaft von Tayacaja ist und die Kämpfe der indianischen Gemeinden gegen Landraub und Repression mitorganisiert hat. Er wurde während der 70er Jahre schon mehrfach unter dem Vorwurf, Kommunist und Guerillero zu sein, verfolgt, ins Gefängnis geworfen und gefoltert. Schon bei seiner Ausreise zum Russell-Tribunal nach Rotterdam wurde er in Lima für einen Tag verhaftet. Sein Rückflugticket wurde zerrissen, und es wurde ihm mitgeteilt, daß er in Holland um Asyl bitten solle. Sogar die holländische Polizei wurde von Lima aus verständigt. Carlos Taype Campos ist trotzdem, nach seiner Teilnahme am Tribunal in sein Land zurückgekehrt. (Nach einer Pressemitteilung der Gesellschaft für bedrohte Völker).

Lateinamerika-Kommission

Rettet das Leben von Julieta Montano

Julieta Montano, Rechtsanwältin und Mutter von 4 Kindern, ist Vorsitzende der bolivianischen Frauenorgani-

Rettet das Leben von Julieta Montano

Julieta Montano, Rechtsanwältin und Mutter von 4 Kindern, ist Vorsitzende der bolivianischen Frauenorgani-

sation UMBO (Union de mujeres de Bolivia) Sektion Cochabamba.

Zusammen mit Domitila de Chungara war sie im Juli 1980 als Delegierte von UMBO beim alternativen UNO-Frauenkongreß in Copenhagen. Dort wurden sie vom Militärputsch in Bolivien am 17. Juli 1980 überrascht. Unter diesen Umständen konnten sie vorläufig nicht in ihr Land zurückkehren. Sie machten eine Rundreise durch Europa, um auf die schrecklichen Ereignisse in Bolivien aufmerksam zu machen und eine breite Solidarität mit ihrem Volk zu erreichen.

Im Januar 1981 ging Julieta Montano heimlich nach Bolivien zurück, weil sie wieder an der Seite ihres Volkes und ihrer Familie sein wollte. Am 3. März 1981 wurde sie in Cochabamba, Bolivien von Paramilitärischen Mordkommandos entführt. Zur gleichen Zeit wurden zwei Bauerngewerkschaftsführer, Casiano Amurrio und Vitaliano Grajeda, mit denen sie zusammenarbeitete, von den Sicherheitskräften der Militärdiktatur verhaftet.

DAS LEBEN DIESER DREI PERSONEN IST IN HÖCHSTER GEFAHR !!!

Das Komitee zur Verteidigung der Demokratie in Bolivien (CONADE) ruft dazu auf, sich mit Briefen an die bolivianische Junta zu wenden. Diese müssen gesandt werden an:

Presencia
La Paz
Bolivien

(Informationen nach einem Flugblatt der CONADE).

»Militärische Lösung« in Polen?

Die Situation in Polen ist nach einem Überfall von Polizisten auf Gewerkschafter in Bydgoszcz eskaliert, so daß eine militärische Konfrontation nicht mehr ausgeschlossen werden kann, zumal das Warschauer Pakt-Manöver ‚SOJUS 81' aufgrund der Situation verlängert wurde.

Im Hintergrund der Eskalation in Polen steht die ungelöste Frage unabhängiger Bauerngewerkschaften (siehe Artikel in diesem AK) und die verschärfte Haltung der sowjetischen Führung. Statt der bislang gängigen Formulierung, man sei überzeugt, daß die polnischen Arbeiter und „ihre" Partei allein mit den Schwierigkeiten fertig würden, hieß es am 4. März in dem Kommunique der Gespräche zwischen der sowjetischen und der polnischen Führung: *„Es wurde die Überzeugung ausgedrückt, daß die polnischen Kommunisten Möglichkeiten und Kräfte haben, den Lauf der Ereignisse u m z u k e h r e n, die Gefahren zu liquidieren, welche über den sozialistischen Errungenschaften der polnischen Nation hängen"* (FAZ, 20.3.). Mit diesem Kommunique war endgültig klar, daß die Sowjetunion keinesfalls gewillt ist, die Entwicklung in Polen als endgültig hinzunehmen, und daß in ihren Augen die Grenzen des Zumutbaren jetzt erreicht sind. Anlaß der Eskalation war eine angeblich eigenmächtige Aktion der Behörden in Bydgoszcz (nordwestlich von Warschau). In Bydgoszcz tagte am 19. März der Volksrat der Woywodschaft (eine Art Kommunalparlament) und sollte als zweiten Tagesordnungspunkt die Förderung nach Zulassung einer Bauerngewerkschaft behandeln, die ca. 100 Bauern erhoben haben, die seit dem 16. März das Gebäude der offiziellen Bauernpartei ZSL besetzt halten. Zu dieser Sitzung waren Bauernvertreter eingeladen worden. Überraschend wurde jedoch die Sitzung vor der Behandlung dieses Punktes unterbrochen. Während die Mitglieder des Rates den Raum verließen, blieben die Bauernvertreter und die der ‚Solidarnosc' im Saal, um über die Unterbrechung zu diskutieren. Daraufhin rückten 100-200 Milizpolizisten unter Führung des örtlichen Staatsanwaltes an und forderten den Abbruch der „Besetzung". Ein Teil der Anwesenden verließ den Saal. Da aber ein Großteil der Aufforderung nicht nachkam und damit „Widerstand leistete" (PAP), räumte die Polizei das Gebäude. Dabei kam es zu schweren Übergriffen: *„Laut ‚Solidarität' wurden zwei Gewerkschafter, darunter Jan Rulewski, Mitglied der Führung des Landesausschusses, nach dem Verlassen des Gebäudes in eine dunkle Ecke gezogen und zusammengeschlagen"* (SZ,21.3.). Rulewski erlitt eine Gehirnerschütterung, Quetschungen und Wunden im Gesicht. Als Reaktion auf die „direkte Provokation der örtlichen Behörden gegen die Regierung Jaruzelski" und die Gewerkschaft (Erklärung des Präsidiums von ‚Solidarnosc') wurde am 20.März in allen Betrieben Bydgoszcz', Toruns, Grudziaz' und Inowroclaws gestreikt (FR, 21.3.). Die Führung der ‚Solidarnosc' erklärte sämtliche Verhandlungen mit Behörden für unterbrochen bis zur völligen Aufklärung der Vorfälle und bis zur *„Wiederherstellung der Garantie für das Bestehen einer unabhängigen Gewerkschaft"*. ‚Solidarnosc' sieht die Polizei-Aktion von Bydgoszcz im Zusammenhang mit Überfällen auf einzelne Gewerkschafter, bei denen bislang die Täter stets unerkannt geblieben waren. Zunächst allerdings erklärte die Gewerkschaft, es solle ohne Streiks versucht werden, die Angelegenheit in Verhandlungen zu klären. Diese begannen bereits am 22.März zwischen Walesa und Vize-Ministerpräsident Rakowski in Warschau (Rakowski ist die Symbolfigur des reformwilligen Parteiflügels); die Verhandlungen wurden jedoch ergebnislos abgebrochen und auf den 25. März vertagt (gleiches Ergebnis).

die Verhandlungen wurden jedoch ergebnislos abgebrochen und auf den 25. März vertagt (gleiches Ergebnis).

Innerhalb der ‚Solidarnosc' stieß die Politik des Präsidiums auf z.T. heftigen Widerstand. Einige Regionalkommitees stellten seine Kompetenz für Verhandlungen und/oder seine ‚weiche' Linie infrage. Die Sitzung des Landeskoordinationsausschusses (LKA) mußte am 24.3. aufgrund „tumultartiger Szenen"(FAZ) abgebrochen werden, bei denen Walesa den Raum verließ. In oder nach dieser Sitzung drohte Walesa mit Rücktritt, falls sein „gemäßigtes" Konzept sich nicht durchsetzen sollte (SZ, 25.3.). Gegen dieses Konzept standen nicht nur „radikale" Delegierte, sondern auch der KOR-Sprecher Kuron. Walesas Konzept wurde schließlich am 24.3. mit 35 Ja, 2 Nein und 4 Enthaltungen angenommen. Der Beschluß besagte, daß, falls bis dahin keine Einigkeit mit der Regierung erzielt werden sollte, am Freitag (27.3.) ein Warnstreik stattfände und am Dienstag (31.3.) ein Generalstreik. Das LKA legte der Regierung einen Forderungskatalog vor, den Rakowski nach den Verhandlungen am 25.3. als „Ultimatum" bezeichnete (NDR II). Dieser Forderungskatalog umfaßt zum einen die Forderungen des Regionalkomitees von Bydgoszcz. Ausserdem wird die Einstellung aller politischen Prozesse verlangt und zwar auch dann, wenn oppositionelle Handlungen „im Licht der geltenden Gesetzgebung formell eine Rechtsverletzung darstellten" (dt). Und schließlich verlangt ‚Solidarnosc' die Registrierung der Bauerngewerkschaft ‚Solidarnosc Wiejska', deren Ablehnung Anlaß der Aktionen in Bydgoszcz war.

Den ‚Knackpunkt' dürfte dabei die Registrierung der ‚Solidarnosc Wiejska' bilden, denn die Regierung und die Parteiführung haben wiederholt betont, daß sie diese Bauerngewerkschaft auf keinen Fall akzeptieren wollen.

Solidarität: Wir verlangen...

Der aus fünf Punkten bestehende Forderungskatalog der Gewerkschaft, den „Solidarität" bei den Verhandlungen mit der Regierung am Mittwoch vorbringen wollte, hat nach einer Übersetzung der dpa folgenden Wortlaut:

„1. Wir verlangen die Verwirklichung der zehn Postulate von Bromberg (Bydgoszcz) und daß diejenigen, die für gesetzwidrige Gewalttätigkeiten, Repressionen und Schlägereien in Verbindung mit der Tätigkeit von „Solidarität" in Bromberg und Warschau und anderen Orten im Land verantwortlich sind, sofort strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Wir verlangen, daß das Recht für alle gleich ist und die Menschenrechte geachtet werden.

sofort strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Wir verlangen, daß das Recht für alle gleich ist und die Menschenrechte geachtet werden.

2. Wir verlangen, daß die Gewerkschaft volle Garantien für ihre Tätigkeit hat, daß die Instanzen der Gewerkschaft und ihre Versammlungen Sicherheitsgarantien haben, daß niemand für seine Gewerkschaftstätigkeit verfolgt werden kann. Wir verlangen die Einführung des Prinzips, daß die Gewerkschaft das Recht hat, auch im Rundfunk und im Fernsehen vorgebrachte Vorwürfe in diesen gleichen Massenmedien zu beantworten.

3. Wir verlangen, die Niederschlagung des Strafverfahrens gegen Personen vorzubereiten, die in den Jahren 1976 bis 1980 oppositionelle Tätigkeit geführt haben, selbst wenn diese Tätigkeit nach den bestehenden Rechtsvorschriften formell eine Verletzung des Rechts war.

4. Wir verlangen, daß den privaten Bauern das Recht garantiert wird, sich in Gewerkschaften zusammenzuschließen. Wir verlangen die Ratifizierung der Konvention Nummer 141 der Internationalen Arbeitsorganisation.

5. Wir verlangen die Rückgängigmachung des Beschlusses des Ministerrats über die Bezahlung für die Zeit von Streiks.

Unterzeichnet: Landesweiter Koordinierungsausschuß NSZZ „Solidarität".

aus: FR, 26.3.81

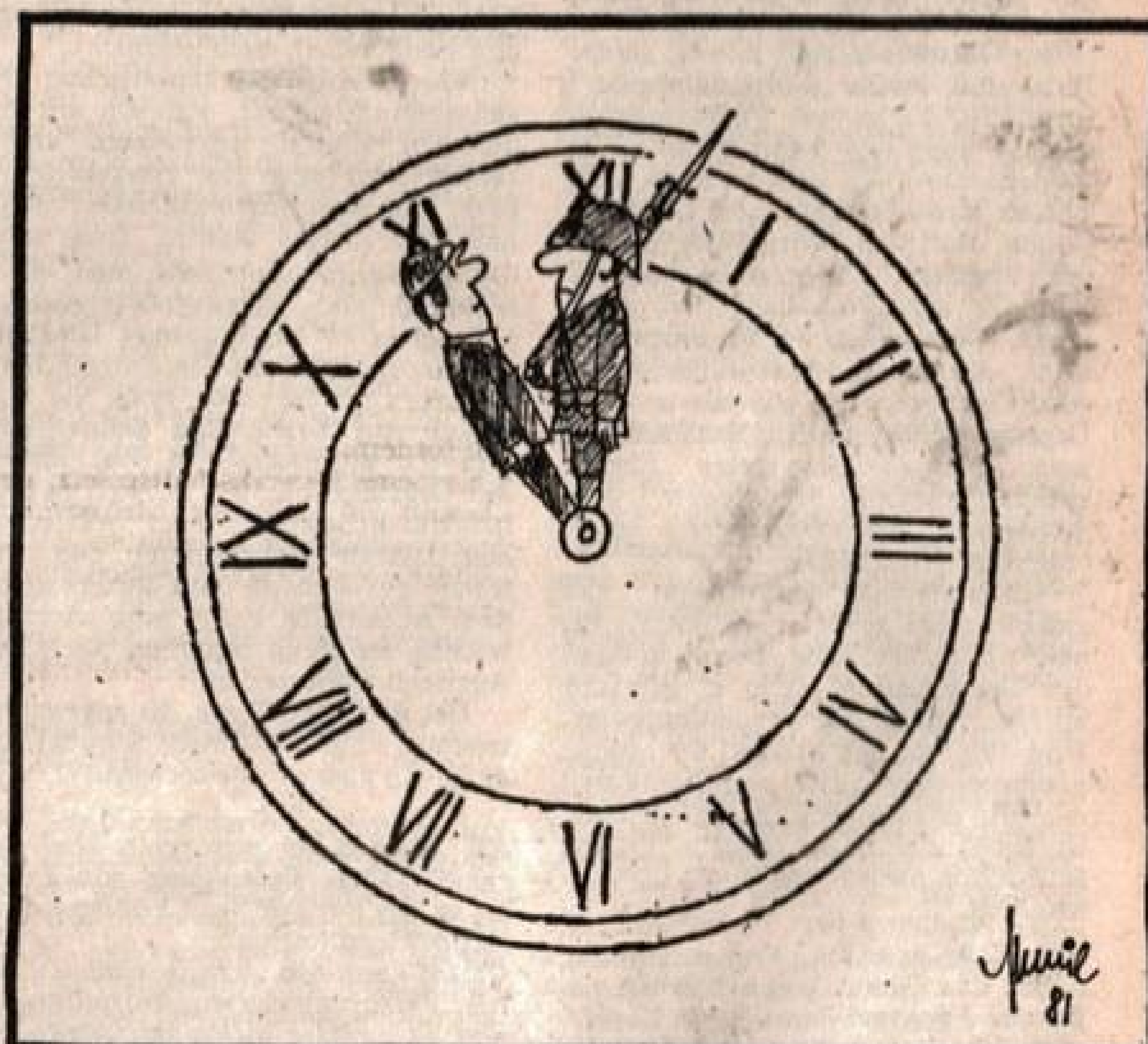
Reaktion der Regierung

Die polnische Regierung/Partei reagierte zweigleisig auf die Vorfälle, wobei noch schwer auseinanderzuhalten ist, was davon auf Taktik und was auf Widersprüche im Apparat zurückzuführen ist. Die Regierung entsandte fast sofort eine Delegation unter der Leitung des Vize-Generalstaatsanwalts, Zyta, nach Bydgoszcz und stellte auf Grund von dessen Bericht eine Kommission unter Führung des Justizministers Bafia zusammen. Das Parteiorgan ‚Trybuna Ludu' vom 21.3. nahm recht scharf gegen den Vorfall Stellung und argumentierte ähnlich wie ‚Solidarnosc', dieser diene nur den Gegnern der ‚Erneuerung' zur Torpedierung des Jaruzelski-Kurses. Gleichzeitig warnte die Partei vor weiteren Streiks: Sie wären eindeutig politisch, also illegal. In einer Erklärung des Politbüros der PVAP hieß es am 22.3. schroff:

„Es gibt im Lande Leute und politische Kräfte, die aus extremen Positionen auftreten und sich in unruhestifterischer Weise anstrengen, unter verschiedenen Vorwänden ständig neue Spannungen und Störungen des normalen Ablaufs von Arbeit und Leben zu provozieren. Dies bringt eine Bedrohung für die Grundlagen des sozialistischen Systems mit sich. *Ihr Handeln zielt darauf ab, die gesellschaftliche Ordnung ins Wanken zu bringen, Mißtrauen gegenüber den Staatsorganen und vor allem den Organen der Polizei und des Sicherheitsdienstes zu säen".* Dazu zählt die Erklärung provokanterweise auch die „Vorfälle in Bydgoszcz". Und dann heißt es:

„Im Vorgehen der unabhängigen selbstverwalteten Gewerkschaft ‚Solidarität' hat die Tendenz zur Entwicklung einer Aktivität von politischem Charakter...die Oberhand gewonnen. Das schafft einen Zustand der Anarchie"(alle Zitate nach „FAZ" und „SZ", 24.3.). Das Politbüro hat die Polizeiaktion in Bydgoszcz gebilligt und der ‚Solidarnosc' die Verantwortung für die Eskalation zugeschrieben, trotzdem aber den Verwaltungschef von Bydgoszcz abgelöst.

Der Tenor dieser Erklärung muß überaus ernstgenommen werden, denn damit wird ‚Solidarnosc' vorgeworfen, den Boden des Gdansker Abkommens verlassen zu haben. Dieser Text stellt eine Bestätigung der sowjetischen Tiraden über die „Konterrevolutionäre" in der ‚Solidarnosc' dar. Nicht unwichtig ist dabei der



aus „FR"



Der Bydgoszczer ‚Solidarität'-Vorsitzende Jan Rulewski nach dem brutalen Polizeieinsatz



Der 68 jährige Michal Bartoscze schwebt in Lebensgefahr

punkt, denn momentan finden im Raum Sowjetunion, Polen, DDR und CSSR Manöver der genannten Länder statt, die unter dem Kommando des Overkommandierenden der Warschauer-Pakt-Truppen, Sowjetmarschall Kulikow, stehen. **Das Manöver ‚SOJUS 81' wurde inzwischen mit der Begründung der Situation in Polen verlängert** (FAZ, 26.3.). Rakowski soll nach Angaben von ‚Solidarnosc' geäußert haben: es sei nun zu spät, Blutvergießen sei unvermeidlich geworden (‚tagesthemen', 25.3.; „FAZ", 26.3.). Ein Kommentar der einflußreichen Zeitung ‚Zycie Warscawy' beginnt mit den Worten:

„Ich beginne den Glauben zu verlieren, daß es uns gelingt, aus der Krise herauszukommen" (25.3.).

Keine Einigung in Sicht

Die für Donnerstag abend (26.3.) vorgesehenen Gespräche zwischen Gewerkschaft und Regierung, deren Ausgang über Warnstreik oder nicht entscheiden sollten, wurden Donnerstag Nachmittag – angeblich im beiderseitigen Einvernehmen – abgesagt und auf den 27. März verschoben (also auf den Streiktag).

In der Erklärung Walesas über die Unterbrechung heißt es: *„Die Gespräche sind nicht abgebrochen, sondern vertagt. Wir sind in jedem Augenblick bereit, sie fortzusetzen. Wir wollen nicht, daß es zum Streik kommt. Wir sind der Meinung, daß ein Pole sich mit einem Polen nicht nur einigen kann, sondern sich einigen sollte...Ich bin der Meinung, daß die 90-Tage-Streikpause nicht zusammengebrochen ist, zu der General Jaruzelski aufgerufen hat, obwohl die Lage wirklich schwierig ist...Es ist noch Zeit, den zweiten Streik zu vermeiden... Wir brauchen Ruhe und Zeit, um uns auf die Gewerkschaftstätigkeit zu konzentrieren und uns nicht mit anderen Dingen zu beschäftigen"* (SZ/FAZ, 27.3.). Die Unterbrechung ging anscheinend von Regierungsseite aus. Rakowski erklärte nach den Verhandlung, die Forderungen der ‚Solidarnosc' ließen keinen Kompromiß zu, aber: **„Ohne Kompromiß versinken wir im Chaos oder vielleicht brudermörderischen Kämpfen"** (SZ, 27.3.). Der für Dienstag angekündigte Generalstreik bringe die Gefahr mit sich, daß Ost und West zur Meinung kämen, daß *„wir unfähig sind, uns selbst weise und vorsichtig zu regieren"* (FAZ, 27.3.). Die polnische Regierung hat ihre Haltung dadurch demonstriert,

„wir unfähig sind, uns selbst weise und vorsichtig zu regieren" (FAZ, 27.3.). Die polnische Regierung hat ihre Haltung dadurch demonstriert,

daß sie den Kommandeur der Bydgoszczer Garnison, Generalmajor Kaminski, zum Nachfolger des ‚zurückgetretenen' Verwaltungschef machte. Für Sonntag ist eine Sondersitzung des ZK der PVAP, für Montag des Parlaments einberufen worden. Auch in Budapest, Prag und Bukarest tagten die ZKs. Eingeschaltet hat sich auch die katholische Kirche Polens: am Donnerstag traf sich Jaruzelski mit Kardinal Wyscinski.

Der vierstündige Warnstreik am Freitag stellte nach Angaben von ‚Solidarnosc' die bisher größte Streikaktion in Polen dar. Wenn bis Montag, 15 Uhr, keine Einigung mit der Regierung erzielt wird, soll am Dienstag der Generalstreik beginnen.

RGW-Kommission
27.3.

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 20 oder 43 53 46; Redaktion Hamburg 43 54 15; V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 90, halbjährlich DM 48 (als Förder-Abo jährlich 140, halbjährlich DM 70; Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 / BLZ 200 100 20 oder Dresdner Bank Hamburg, Konto 4810 68500 / BLZ 200 800 00; Einzelpreis DM 3,–; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 7.500

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Dokumente des ersten Kongresses der »Land-Solidarität« in Polen

Die von uns im folgenden dokumentierten Materialien der Unabhängigen Selbstverwalteten Gewerkschaft der Bauern (NSZZR Solidarnosc Wiejska) entnahmen wir einer Übersetzung der dänischen Organisation Venstre Sozialisterne (VS) ins Englische. Daneben dokumentieren wir die Einschätzung der polnischen Bauernbewegung durch VS. RGW-Kommission

Dokumente

(aus dem Magazin „Solidarnosc Wiejska" Nr. 1/Dezember 1980)

A Communique

Der erste gesamt-polnische Kongreß der Unabhängigen Selbstverwalteten Gewerkschaft der Bauern „Solidarnosc Wiejska" fand am 14.12.80 statt. 500 Bauern aus allen Bezirken des Landes haben sich beteiligt. Angesichts des völligen Fehlens von Information über dieses Thema in den Medien war die Beteiligung groß.

Die Veranstalter des Kongresses erreichten bis zum letzten Moment keine Genehmigung des Woywoden (= Chef der Regionsverwaltung), eine Halle zu mieten. Der Saal im „Haus der Bauern", der belegt worden war, war am Tag des Kongresses von Wasser überflutet.

Der Kongreß wurde durch das Singen der Nationalhymne eröffnet. Der Kongreß wurde eingeleitet durch die geladenen Gäste Czeslow Sadlowski aus Zbrosza Duza und Andrej Gwiazda, den Vize-Vorsitzenden des Landes-Koordinations-Ausschuß der NSZZR Solidarnosc (also der Arbeitergewerkschaft — Anm. Kom).

Solidarnosc (also der Arbeitergewerkschaft — Anm. Kom).

Hauptpunkte der Tagesordnung:

1. Verteidigung des Rechtes der Bauern, Gewerkschaften zu organisieren.
2. Einheit der Bewegung für eine unabhängige Gewerkschaft auf dem Dorf.
3. Allgemeine Reform der Agrarpolitik des Staates, die eine Lösung der momentanen ökonomischen Krise garantieren soll.

Der Kongreß verabschiedete eine Resolution und verdeutlichte die Vorschläge, Forderungen und Proteste der Bauern.

Ein halbstündiges Programm während der Pause, das von Mitgliedern des Warschauer Theaters arrangiert wurde, betonte den nationalen Charakter des Kongresses. Die Akteure trugen Werke von A. Mickiewicz, Cz. Milosz und anderen vor. Ebenso wurde der Worte von Wicent Witos erinnert (Anm. Kom.: W.W. war ein nationalpolnischer Politiker zwischen den Weltkriegen, Mitglied der polnischen Nationaldemokraten und bis 1926 Ministerpräsident Polens).

Der offizielle Beobachter des Agrarministeriums, Dr. Stanislaw Siemion, wohnte den Veranstaltungen bei. Seine Rede betonte die Notwendigkeit einer Gewerkschaft der privaten Bauern als eine entscheidende Bedingung für die Überwindung der Krise der Landwirtschaft.

Der Kongreß beauftragte das Gründungskomitee der NSZZR Solidarnosc Wiejska, in kurzer Zeit die erste Nummer eines periodischen Organs unter dem Titel „Solidarnosc Wiejska" herauszubringen. Der Kongreß wurde durch das Singen des Liedes über den Gewerkschaftseid beendet.

Das Gründungskomitee der NSZZR Solidarnosc Wiejska.
Für die Gewerkschaft:
Zdislaw Ostatek

B Resolution

des ersten gesamtpolnischen Kongresses der NSZZR Solidarnosc Wiejska

Der Kongreß erklärt als Ziel der Unabhängigen Selbstverwalteten Gewerkschaft der Bauern die Verteidigung der von der Familie betriebenen Landwirtschaft und in diesem Sinne einen Kampf für Wohlstand der Bauernschaft in unserem Vaterland.

Es geht uns darum

- die Würde und die Rechte der Bauern und ihrer Familien zu verteidigen;
- **das Privateigentum an Land und die Freiheit seines Kaufs und Verkaufs zu garantieren;**
- rechtliche Gleichstellung der privaten Landwirtschaft mit den anderen Sektoren der Landwirtschaft;
- Bedingungen zu schaffen für die Entwicklung der Aktivitäten unserer Gewerkschaft als einer Selbstverwaltung im Dorf.

Wir arbeiten zusammen und werden zusammenarbeiten mit allen, die dieses Programm verwirklichen.

Das Gründungskomitee

...

C Forderungen und Vorschläge

proklamiert von dem ersten gesamtpolnischen Kongreß der NSZZR Solidarnosc Wiejska am 14.12.80 in Warschau

Wir fordern:

- ein neues Gewerkschaftsgesetz, das klar und präzise das Recht der privaten Bauern definiert, Gewerkschaften zu gründen auf der Basis der akzeptierten legalen Prinzipien;
- daß die Regierung das Dekret des polnischen Komitees der Nationalen Befreiung vom September 1944 beachten soll, das erklärt: „Die landwirtschaftliche Produktion in Polen wird als Grundlage starke und produktive Bauernhöfe in Privathand haben", und daß die Regierung alle Gesetze annulliert, die dem widersprechen;
- Gesetzgebung über die Pensionen und staatliche Zuschüsse für die Bauern gemäß den Forderungen, die von unserer Gewerkschaft wiederholt erklärt wurden;
- Zugang zur Radio, Fernsehen und Medien;
- Begrenzung der Aktivitäten von Kolka Rolnice (offizielle Bauernorganisation) bei Lieferdiensten bezüglich der Mechanisierung. Wir lehnen Kolka Rolnice als Bauerngewerkschaft ab. Wir fordern die Auflösung der Kolka Rolnice-Zentrale und ihrer Bezirksverbände.
- daß Enteignungen, Unterstützungen und Fusionen von Land nur auf der Basis von Übereinstimmung aller Bewohner des Dorfes vorgenommen werden und die NSZZR SW konsultiert werden soll;
- **daß der Privatbauer den Vorrang haben soll beim Erwerb von Land aus dem nationalen Fonds an Land, da er der produktivste Sektor der Landwirtschaft ist;**
- daß die Darlehen zum Kauf von Traktoren und landwirtschaftlichen Maschinen unter begünstigten Bedingungen und niedrigen Zinsen gewährt werden sollen;
- daß die Preise für landwirtschaftliche Produktionsmittel in Verhandlungen zwischen Regierungsvertretern und Vertretern der NSZZR Solidarinosc Wiejska bestimmt werden sollen;
- Rückkehr zum Religionsunterricht an den Schulen, wenn dies der Wille der Mehrheit ist;
- Werke von Johannes Paul II., Czeslaw Milosz und „Tygodyk Powszechny" (katholische Wochenzeitung) sollen in jedem Haus sein;
- Stoppen der Ausbreitung des Chaos durch diejenigen lokalen Verwaltungen, die die Aktivitäten der NSZZR Solidarnosc Wiejska behindern;
- daß das „Haus der Bauern in Warschau" wieder orientiert wird an den Bedürfnissen der Bauern, die in die Stadt kommen, und ihres Kongresses. Der NSZZR Solidarnosc Wiejska soll die Verwaltung übergeben werden und sei muß es als Hauptquartier nutzen können.



Polnische Bauern mit Lech Walesa in Warschau

- **Beseitigung der Subventionierung der Produktion in den PGR, RSP und SKR (Kollektiv- und Staatswirtschaften — Anm. VS). Die Rentabilität der landwirtschaftlichen Produktion soll durch die Preise der landwirtschaftlichen Produkte geregelt werden; das sollte für alle landwirtschaftlichen Sektoren gelten. Die existierenden Preise der Produktionsmittel, d.h. Maschinen, Dünger, Mittel zur Erhaltung der Betriebsanlagen ebenso wie die Preise für Brennstoff und Öl, müssen für alle in der Landwirtschaft Tätigen die gleichen sein, für individuelle und kollektive.**
- Betreuende Kontrolle der Fonds für die Entwicklung der Landwirtschaft und der Dörfer durch die NSZZR Solidarnosc Wiejska;
- Wiederherstellung der Bezirke (oder Gemeindeverwaltungen, Municipalities kann beides heißen — Anm. Kom) von 1975, die vom Sejm der VR Polen (Parlament) bestätigt worden war. Die Einteilung der Bezirke basierend auf Erlassen unterer Ebenen war offensichtlich eine Ungerechtigkeit und ein Schaden für die Interessen der Bauern und der Demokratie;

Vorschläge

- Wir unterstützen die Organisierung der Dorfjugend, was die Traditionen der WICI fortführt (Anm. VS: Bauernorganisation vor dem Zweiten Weltkrieg, sie enthielt linke und rechte Elemente. Ihr Hauptziel war die Landreform, die sie in den 30er Jahren erreichte. Sie spaltete sich über die Frage, ob das enteignete Land verkauft oder an die armen Bauern verteilt werden sollte. Im Zweiten Weltkrieg beteiligte sie sich am Widerstand.)
- Die Arbeit der Dorf- und Kreisschulen sollte mit den (Dorf-)Gemeinden beraten werden, um sie den Kindern der Bauern zugänglich zu machen und diese den Kindern in der Stadt gleichzustellen.
- Laßt uns Kultur und Tradition auf dem Land verteidigen.
- Eine Nation existiert nur so lange, wie sie ihre Kultur und Tradition bewahrt hat.
- Laßt uns die Dorfeinheiten organisieren, sie sind die Basis unserer Gewerkschaft.
- Aber bei ihrer Organisierung müssen wir selbst unserer Gewerkschaft würdig sein.

Einschätzung der VS*

1. Die polnische Landwirtschaft

Die Versuche einer erzwungenen Kollektivierung schlugen im Nachkriegs-Polen fehl. Mehr als drei Viertel der Landwirtschaft sind noch heute privat. Die Mehrzahl der Höfe ist ausgesprochen klein. 80 % der Höfe sind 5 bis 6 Hektar groß. Größere Farmen mit mehr als 30 ha gibt es nur im Südwesten des Landes. Dort existiert eine Gesetzgebung zur Behinderung des Wachsens der Höfe und daher eine Klassendifferenzierung im Dorf. Diese Gesetzgebung behindert sehr effektiv das Wachsen der kleinen Höfe, während das der großen weit weniger betroffen ist.

Die privaten Höfe müssen staatlich festgelegte Normen erfüllen. Das Produkt innerhalb dieser Normen muß dem Staat zu festgesetzten, sehr niedrigen Preisen verkauft werden. Nichterfüllung der Normen ist strafbar und ebenso die falsche Vorgabe, Land zu kultivieren. Die privaten Bauern müssen für Maschinerie, Düngemittel usw. höhere Preise zahlen als die Kooperativen und Staatsfarmen. Die Mehrheit der Bauern lebt in extremer Armut am Rande des Hungers. Die geringe Größe der meisten Höfe macht es den Familien unmöglich, allein von der Bewirtschaftung zu leben. Daher arbeitet ein großer Teil der Menschen gleichzeitig in der Industrie.

2. Der politische Charakter der Bauernbewegung in Polen

Die armen Bauern sind ein historischer Verbündeter der Arbeiter. Beim Aufbau des Sozialismus können sie eventuell für den Aufbau des Sozialismus auf dem Lande gewonnen werden. Aber Polen ist nicht sozialistisch und daher ist gegen den Widerstand der Bauern gegen die Kollektivierung durch das bürokratische Regime nichts einzuwenden. Aber wenn wir die Existenz der privaten Landwirtschaft akzeptieren, müssen wir ebenso die legitimen Interessen der privaten Bauern akzeptieren. Hierher gehört z.B. die Forderung nach Gleichstellung mit den staatlichen Farmen und den Kollektivwirtschaften, Widerstand gegen Enteignung usw.

Die „Solidarnosc Wiejska" allerdings fordert eine privilegierte Position gegenüber den anderen Sektoren der Landwirtschaft und die totale Freiheit des Eigentums an Land. Dies würde unvermeidlich die großen Farmen bevorteilen, während es den kleinen Höfen möglicherweise schlechter ginge als zuvor. Die Verwirklichung dieser Forderungen würde offensichtlich eine Basis für die Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft schaffen.

Die „Resolution" des ersten Kongresses der „SW" erwähnt ebenso die Selbstverwaltung der Dörfer. Aber dies ist im Gegensatz zu allen Forderungen in bezug auf das Recht auf Landeigentum nicht erläutert, Privilegien gegenüber den anderen Sektoren der Landwirtschaft usw. Das ist erstaunlich. Die Mehrheit der polnischen Bauern könnte niemals eine Maschine kaufen ohne die bevorzugten Darlehen, die gewährt werden könnten. Aber nicht gegenseitige Hilfe der Bauern wird erwähnt in den Materialien (gemeint sind die vorweg dokumentierten Erklärungen — Anm. Kom); die in diesen Papieren formulierten Forderungen dienen augenscheinlich vor allem den Interessen der reichen Bauern.

Die Tendenz, eine schnelle Verbesserung der materiellen Situation der Bauern zu fordern, ist sehr schwach, aber gerade dies wäre sehr dringend. Nur die Forderung nach besseren Pensionen kann unzweideutig in dieser

aber gerade dies wäre sehr dringend.

Nur die Forderung nach besseren Pensionen kann unzweideutig in dieser

Richtung interpretiert werden, aber das betrifft natürlich nur einen Teil der Bauernschaft.

Die Bauernbewegung in Polen ist noch sehr diffus und muß in dem Zusammenhang gesehen werden, daß es den polnischen Bauern nach 30 Jahren der Passivität an politischer Erfahrung fehlt. Aber die Materialien des ersten Kongresses der NSZZR sind die einzigen ihrer Art und müssen ernst genommen werden. Diese Materialien sind beherrscht von einer reaktionären prokapitalistischen Tendenz. Die Forderungen in diesen Materialien tragen nicht zur Lösung der Probleme der Mehrheit der polnischen Bauern bei, im Gegenteil, sie würden ihre Position verschlechtern. Die einzige Lösung der momentanen Situation läge in verschiedenen Formen der Zusammenarbeit der Bauern — unabhängig von dem bürokratischen Regime. Dies sollte ab einem gewissen Punkt zu einer unabhängigen Kollektivierungsbewegung führen.

Wir müssen das Recht der NSZZR auf Existenz verteidigen. Sich zu organisieren und ihre politischen Tendenzen auszudrücken, ist ein wesentliches demokratisches Recht der polnischen Bauern. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kräfte dürfen nicht durch Repression bekämpft werden. Wir müssen also die Forderungen der NSZZR unterstützen, die auf eine unverzügliche Verbesserung der materiellen Situation der armen Bauern abzielen, und ebenso alle anderen Forderungen, die in ihrem Interesse liegen. Aber gleichzeitig sollten wir offensiv die Forderungen kritisieren, die zu einer größeren Klassenspaltung im polnischen Dorf und zu einer kapitalistischen Entwicklung der Landwirtschaft führen könnten.

* Venstre Sozialisterne (sozialistische Organisation in Dänemark)

Worte des Vorsitzenden Lech Walesa

Lech Walesa, von der Frauenzeitschrift „Emma" im März zum „Pascha des Monats" gekürter Gewerkschaftsvorsitzender aus Polen, hat im „Stern" Nr. 13 vom 19.3. in einem von Oriana Fallacci geführten Interview seine Auffassungen zu Fragen der Zeit zum Besten gegeben.

Zur Männerfrage

„*Ich kann mir keinen Drink, kann mir kein Mädchen nehmen, weil sonst die Welt zusammenbrechen würde* (für den Papst? — Anm. AK) ... *Man muß es doch einmal sagen, daß Männer Männer sind, auch wenn sie sich politisch betätigen. Männer sind nun mal keine Engel, na und? ... Meine Frau ist nicht schlecht ... wäre ich mit einer anderen verheiratet, dann wäre ich jetzt schon geschieden oder mit dem Küchenmesser ins Jenseits befördert ... Wir haben sechs Kinder. Zeigt das nicht, daß wir uns im Bett gut verstehen, gut und oft?*"

Über Führer und Autorität

„*Ich war immer schon ein Anführer, wie ein Bock, der seine Schafe leitet, wie ein Ochse, der seine Herde anführt. Die Leute brauchen so einen Ochsen, so einen Bock, sonst verzettelt sich die Herde und frißt, wo sie etwas Gras findet, und niemand folgt mehr dem richtigen Weg. Eine Herde ohne Leit-Tier macht keinen Sinn und hat keine Zukunft.*"

Über den polnischen Klerus

„*Ich würde nie etwas gegen den Glauben tun, gegen die Kirche, und noch weniger gegen Kardinal Wyszynski.*"

Über die Reichen

„*... auf der einen Seite sind die Reichen, die immer reicher werden, und auf der anderen Seite die Armen, die immer ärmer werden. Das bringt doch*

Fortsetzung nächste Seite

"Realer Sozialismus"

Fortsetzung von Seite 45

nichts. Der Reichtum muß geteilt werden."

Wer an dieser Stelle vorschnell vermutet, keinen Anhänger der katholischen Soziallehre, sondern doch einen Sozialisten vor sich zu haben, wird schnell eines anderen belehrt. Auf die Frage der Interviewerin, ob derartige Äußerungen nicht auch bei Sozialisten und Kommunisten anzutreffen seien, stellt Walesa klar: *„Nein, nein, nein. Ich habe doch schon gesagt, daß ich keine Slogans benutzen möchte, die die erfunden haben".*

Über den Kommunismus

„Schon in der Schule habe ich weggehört, wenn sie uns Kommunismus lehrten ... Wenn sie aber das nehmen, woran wir glauben, dann hat der Kommunismus sehr viel für uns getan. Er hat erreicht, daß wir das Gegenteil von dem glauben, was man uns eingetrichtert hat."

Über seine Kritiker in der Gewerkschaft Solidarnosc

„Ein paar Dickköpfe", „ein paar hitzige Idioten".

Über Ronald Reagan:

„Ich mag Reagan. Jawohl. Ich mag ihn sehr. Wie er so geht, wie er so spricht: genau wie ich. Vielleicht redet er ein bißchen besser als ich ... Ich hoffe nur, daß er sich nicht ändert. Daß er nicht vergißt, woher er kommt. Das wäre schade. Hat er sich schon verändert? Ich werd's ja sehen, wenn ich nach Amerika reise, und ihn dann, hoffentlich, treffe."

Die „Welt" und die „Financial Times" haben Walesa offensichtlich nicht ohne Grund 1980 zum „Mann des Jahres" gewählt ...

Es ist bezeichnend, daß der Chef des US-Imperialismus bei Walesas Besuchswünschen ganz oben auf der Liste steht, während z.B. ein Besuch beim sozialdemokratisch orientierten DGB für die nächste Zukunft nicht geplant ist. Auf die Frage der „Bild"-Zeitung, ob er eine Einladung vom DGB habe, antwortete Walesa: *„Ich weiß das nicht, denn ich habe viele Einladungen. Aber ich bin sicher, daß ich eine habe. Und wenn nicht, habe ich genügend Freunde, bei denen ich mich in der Bundesrepublik aufhalten kann"* („Bild", 3.12.80).

Stattdessen traf sich die Solidarnosc-Gruppe Kattowice im Februar dieses Jahres mit der CSU-nahen Spalter-„Gewerkschaft" Christlicher Gewerkschaftsbund (CGB) und vereinbarte *„auf mehreren Gebieten Zusammenarbeit"* („DGZ", Zeitung des CGB, Nr. 1-2, 1981).

Walesa orientiert ganz offensichtlich auf ein Bündnis mit den reaktionärsten Kräften des imperialistischen Westens, mit Reagan und dem Vatikan. Man muß sich fragen, ob dies, selbst für die bürgerlich-demokratischen Kräfte Polens, eine sinnvolle und erfolgversprechende Politik ist. Denn die Kriegspolitik des US-Imperialismus e n g t den Spielraum oppositioneller Kräfte im RGW ein und drängt die Sowjetunion zu einem noch schärferen „Aufpassen" auf ihre „Bruderländer" als bislang schon. Die weltweite knallharte Kriegspolitik der neuen Führung des US-Imperialismus erhöht die Gefahr einer sowjetischen Militär-Intervention in Polen beträchtlich. Es stellt sich die Frage, warum Walesa gerade jetzt ausführliche, in der Tendenz eindeutig rechte Stellungnahmen in westlichen Medien abgibt, während er sich in den ersten Monaten nach den Auguststreiks mit politischen Äußerungen sehr zurückhielt und sich zum „Nur-Gewerkschafter" erklärte. Für diese Veränderung im politischen Auftreten Walesas könnte neben der Erkenntnis der Schwäche des „real-sozialistischen" Regimes und der Politik der neuen US-Regierung auch die neu gebildete Bauerngewerkschaft verantwortlich sein. Die Bauerngewerkschaft, die sich „Land-Solidarität" nennt und von der Gewerkschaft Solidarnosc unterstützt wird, bildet bereits heute, auch wenn sie (noch?) nicht vom Regime legalisiert worden ist, eine mitgliederstarke rechtslastige Lobby, die einen nicht zu unterschätzenden politischen Druck auch auf die Solidarnosc ausübt. So bekommt Walesa Rückendeckung für seine rechten Sprüche.

RGW-Kommission

Neue Jugendbewegung auch in der UdSSR?

Die Sowjetrepublik Estland (1,4 Mio Einwohner) südlich von Finnland war einer der drei baltischen Staaten, die sich die UdSSR im August 1940 im Gefolge des „Hitler-Stalin-Paktes" einverleibte. Die Esten stehen sprachlich und kulturell den Finnen näher als den Russen; viele Esten verstehen die finnische Sprache, und das finnische Fernsehprogramm erfreut sich in Estland großer Beliebtheit. Die UdSSR betreibt in Estland seit Jahrzehnten eine Russifizierungspolitik. Der Anteil der Esten an der Bevölkerung Estlands sank von 1949 bis 1980 um 24 %, so daß heute nur noch 64 % der in Estland lebenden Menschen Esten sind. Die Bürokratie bemüht sich um eine Einschränkung der estnischen Sprache im Geschäftsverkehr, in der Wissenschaft und anderen Bereichen. Es besteht ein zunehmender Mangel an Büchern und Zeitschriften in estnischer Sprache.

Ende September/Anfang Oktober 1980 kam es in Estland zu größeren Protesten von Jugendlichen gegen die Bevormundung der Esten durch den großrussischen Chauvinismus. Ende September 1980 kamen 8 - 10.000 Jugendliche in der estnischen Hauptstadt Tallinn (Reval) zu einem Konzert der estnischen Rock-Band „Propeller". Als die Gruppe estnische nationalistische Lieder zu spielen begann, wurde Polizei gegen die Jugendlichen eingesetzt. Schüler, die dagegen protestierten, flogen umgehend von der Schule. **Gegen die Repressalien demonstrierten in den ersten Oktobertagen in Tallinn 2.000 - 5.000 größtenteils 15 - 18 Jahre alte Schüler.**

Die Demonstranten trugen estnische Fahnen und riefen „Russen raus". Wieder gab es einen Prügeleinsatz der Polizei. 150 Jugendliche wurden festgenommen und erst nach erkennungsdienstlicher Behandlung wieder freigelassen („International Herald Tribune", 16.10.80 und „FAZ", 20.10.80). Einige Tage nach den Demonstrationen, am 7. Oktober, wurden mehrere angebliche „Rädelsführer" der Proteste verhaftet.

Bereits am 1. Oktober hatte der estnische Innenminister, Tibar, im Fernsehen Schulverweise und andere Strafen für Demonstranten angedroht. Die Rektoren aller Schulen in Estland wurden von den sowjetischen Behörden aufgefordert, mit den Eltern der Schüler Gespräche zu führen, um auf die Schüler „einzuwirken". Am 16. Oktober kündigte das estnische Parteiorgan „Sowjetskaja Estonia" neue Gesetze an gegen „Rowdys und Aufwiegler", die „den Unwillen und Zorn des arbeitenden Volkes geweckt" hätten.

Am 28. Oktober verfaßten 40 namhafte Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler aus Estland ein Schreiben an die Moskauer „Prawda", die estnische Parteizeitung und eine Zeitung in estnischer Sprache.

Über die „Jugendkrawalle" in Tallinn heißt es in dem Schreiben, die Anwendung von Gewalt sei *„ein Zeichen dafür, daß gefährliche Klüfte in unserer Gesellschaft entstanden sind — Klüfte, die auf einen Antagonismus* (unversöhnlichen Widerspruch — Anm. AK) *zwischen Lehrern und Schülern hindeuten, auf einen Konflikt zwischen Führern und Geführten. Die Spannungen verschärfen sich durch die fehlende Bereitschaft, sich mit der Unvereinbarkeit von vermeintlicher Realität und den Wirklichkeiten des Lebens abzufinden."* Die Unzufriedenheit, die sich *„in den letzten Jahren vertieft"* habe, führen die Verfasser auf *„ebenso alte wie ungelöste soziale und wirtschaftliche Schwierigkeiten"* zurück. Kritisiert wird u.a. das Schlangestehen vor den Geschäften, der Mangel an Nahrungsmitteln und die *„ungerechte Verteilung von Konsumgütern"*. Diese Probleme, so die Verfasser, *„schaffen Konflikte, die ihrerseits die Ursache für Alkoholismus, Kriminalität, Familienstreitigkeiten und unzählige andere zerstörerische Erscheinungen sind. Die Unordnung, die darüber hinaus in bezug auf die Rechte der Völker in Estland besteht, kompliziert solche Konflikte zusätzlich. Während anderen Problemen eine gewisse Publizität gegeben worden ist, sind jene, die Fragen der Nationalität betreffen, bloßem Rowdytum zugeordnet worden."*

Die 40 Unterzeichner des Schreibens wenden sich gegen die behördlich vorangetriebene Einschränkung des Gebrauchs der estnischen Sprache sowie gegen die *„ebenso übertriebene wie abwegige Propagandakampagne mit dem Ziel, Schulen und Kindergärten den Russischunterricht aufzuzwingen".*

„Die Haltung zur estnischen Sprache", heißt es in dem Schreiben, *„ist eine Schlüsselfrage bei der Entwicklung von Beziehungen zwischen den Esten und anderen Nationalitäten, die in ihrer Heimat leben".* Die Unterzeichner erinnern: *„Seit der Revolution sieht sich die estnische Sprache durch Verfassungsgarantien geschützt und als offizielle Sprache in allen Bereichen des öffentlichen Lebens anerkannt."*

Um diese Garantie in der Praxis stärker zur Geltung zu bringen, fordern die Verfasser des Schreibens *„eine legislative* (gesetzmäßige — Anm. AK) *Bestätigung dieses Prinzips durch den Obersten Sowjet der Estnischen Republik"* (dokumentiert in: „FAZ", 15.11.80).

In den letzten Monaten hat sich die sowjetische Bürokratie, sicher auch als Folge der zunehmenden Ost-West-Spannung, den Druck auf die „Dissidenten" verschärft.

Besonders hart traf es den 46 Jahre alten estnischen Bürgerrechtler Mart Niklus, der wegen „antisowjetischer Agitation und Propaganda" angeklagt wurde. Darüber hinaus wurde ihm vom Staatsanwalt vorgeworfen, Kontakte zu westlichen Journalisten und Esten in Stockholm aufgenommen zu haben. Mart Niklus war am 29.4.80 verhaftet worden, nachdem er mit 20 Freunden ein Protestschreiben gegen die sowjetische Intervention in Afghanistan und die Durchführung der olympischen Segelwettbewerbe in Tallinn verfaßt hatte.

Am 8. Januar wurde Mart Niklus in Tallinn zu 15 Jahren Haft und Verbannung verurteilt.

Von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" wurde Niklus als „Sacharow-Freund" bezeichnet („FAZ", 20.10.80). Niklus hat allerdings im Gegensatz zu Sacharow unseres Wissens keine proimperialistische Propaganda in westlichen Medien betrieben. Sein Fall wurde im Gegensatz zu dem Sacharows, der vergleichsweise geringen Repressalien ausgesetzt war, im „Westen" auch nicht an die große Propagandaglocke gehängt.

Die hohe Strafe wie auch die Tatsache, daß trotz Kontaktaufnahme mit westlichen Journalisten keine Anklage wegen „Spionage" erhoben wurde (was sonst bei ähnlich gelagerten Fällen üblich ist) deutet darauf hin, daß der Bürokratie bewußt ist, daß die estnische Unabhängigkeitsbewegung tief in der Bevölkerung verankert ist und nicht als Machenschaft von Agenten abgetan werden kann.

Amnesty international setzt sich für die bedingungslose Freilassung von Mart Niklus ein („taz", 17.2.81).

RGW-Kommission

China: Frost auf Pfirsichblüten

Mit großen Versprechungen waren Chinas Machthaber nach der Ausschaltung der Parteilinken 1976 angetreten: In Riesenschritten sollte die Volksrepublik bis zum Jahr 2000 „modernisiert" werden und das Niveau der entwickelten Industriestaaten erreichen. Statt Klassenkampfparolen sollten den chineseischen Werktätigen volle Schüsseln und ständig wachsender Wohlstand beschert werden. Statt Fraktionskämpfen und Massenbewegungen sollten fortan „Stabilität und Einheit" herrschen.

Vier Jahre danach scheint China am Beginn einer Wirtschaftskrise mit unüberschaubaren Folgen zu stehen. Berichte über die Forderung von Arbeitern nach autonomen Gewerkschaften, über Unruhe an den Universitäten, über Streiks häufen sich. Chinas Machthaber führen eine Kampagne gegen „Leute, die alles ins Chaos stürzen wollen" und die „eine zweite Kulturrevolution fordern"

Seit Ende 1980 findet eine zweite Phase der „Regulierung der Volkswirtschaft" statt. Parallel dazu läuft eine Reduzierung der „Reformpolitik" und eine Verstärkung der „ideologischen Arbeit".



Das war wohl nix! Die 1978 lautstark angekündigten 120 Großprojekte sind inzwischen alle auf Eis gelegt. (Aus „Peking-Rundschau" 26/78.)

Das war wohl nix! Die 1978 lautstark angekündigten 120 Großprojekte sind inzwischen alle auf Eis gelegt. (Aus „Peking-Rundschau" 26/78.)



Auch von diesem Traum blieb nicht viel übrig. (Aus „Peking Rundschau" 26/78.)

„Die Lage ist insgesamt gut, aber..."

„Mit einem Wort, die Lage ist ausgezeichnet", so kennzeichnete der Parteivorsitzende Hua noch im Sommer 1978 mit einer ausgelatschten Formel die wirtschaftliche Situation. Heute lautet die allgemein gebräuchliche Formel stattdessen: „Die Lage ist insgesamt gut, aber...".

Im Frühjahr 1979, unmittelbar nach dem Ende des Überfalls auf Vietnam, wurde in China erstmals offen davon gesprochen, daß die Lage der Volkswirtschaft doch nicht ganz so ausgezeichnet und unproblematisch war, wie bis dahin ständig behauptet worden war. Eine erste „Regulierung" wurde beschlossen und bekanntgegeben. Eines der Hauptprobleme sei, „daß zuviele Investitionsprojzekte gleichzeitig in Angriff genommen wurden", was die Kräfte Chinas „zersplittert" habe. Daher müßten „einige" dieser Projekte eingestellt bzw. ihre Fertigstellung verschoben werden, um die Kräfte „auf die Realisierung der dringlichsten Projekte zu konzentrieren". Eingestellt werden sollten Projekte, wo die geologischen Bedingungen und die Rohstoffversorgung „ungeklärt" sind, wo der Einsatz von Finanzmitteln, Arbeitskräften usw. „unangemessen" ist, wo die Versorgung mit Brennstoffen und Energie sowie die Transportwege nicht „sichergestellt" sind. Konzentriert werden sollten die Investitionen künftig auf „Schlüsselprojekte, die auf dem modernsten technischen Stand sind", auf die „schwachen Industriezweige" (Kohle, Erdöl, Energiewirtschaft, Transportwesen u.a.), auf die Leicht- und Konsumgüterindustrie, sowie auf die devisenbringende exportorientierte Industrie und den Tourismus. (Anm.1).

Diese erste „Regulierung" erwies sich jedoch als nicht ausreichend zur Bewältigung der Probleme. Daher wurde seit dem Spätherbst 1980 eine zweite „Regulierung" eingeleitet. Als Hauptaufgabe dieser neuen „Regulierung" gilt für 1981 die Herstellung eines Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben des Staates, nachdem 1980 ein erhebliches Haushaltsdefizit zu verzeichnen war (Anm.2). Der erst im August 1980 vom Volkskongreß verabschiedete Staatshaushaltsvoranschlag (Anm.3) wurde im Februar dieses Jahres beträchtlich verändert (Anm.4): Die Staatseinnahmen 1981 sollen nur noch 97,6 Milliarden Yüan statt zunächst geplanter 115,5 Milliarden betragen. Die Ausgaben sollen sich ebenfalls auf 97,6 Milliarden belaufen, statt geplanter 120,5 Milliarden. Die Ausgabenkürzung soll in erster Linie die Investitionen treffen: **Sie wurden von zunächst geplanten 55 Milliarden Yüan auf 30 Milliarden gekürzt, d.h. um rund 45%.**

Die praktische Auswirkung dieser drastischen Reduzierung der Investitionen ist die Einstellung bzw. Stilllegung zahlreicher im Bau befindlicher Projekte. Besonders spektakulär wirkt dabei im Westen naturgemäß die Stornierung (vorläufige Kündigung) mehrerer Großverträge mit Konzernen der BRD, Japans und der USA, u.a. für das Stahlwerk Baoshan und für mehrere große petrochemische Projekte. Der Wert der zurückgezogenen Aufträge allein für die betroffenen BRD-Unternehmen wird mit rund 2,5 Milliarden Mark angegeben; weltweit wird der Wert der von China stornierten Verträge auf mindestens 10 Milliarden Mark geschätzt (Anm.5).

Der Preis, den China für diese „Regulierung" zahlen muß, ist erheblich: Abgesehen von den vermutlich nicht geringen Entschädigungen an die ausländischen Kapitalisten wegen der Vertragskündigungen hat China in die nun bis auf weiteres stillgelegten Bauvorhaben etliche Milliarden Yüan bereits investiert, die sich auf absehbare Zeit nicht rentieren werden bzw. teilweise sogar als verloren zu betrachten sind. Die rigide Investitionskürzung wirkt sich aber nicht bloß so aus, daß Bauvorhaben gestoppt werden, sondern wird auch dazu führen, daß bestehende Betriebe mit veralteten Maschinen keine Mittel zu Erneuerungen zugeteilt bekommen werden. **Eine Welle von Betriebsschliessungen und Rationalisierungen, verbunden mit einem neuen Heer von Arbeitslosen, ist voraussehbar.**

Ein bedrohliches Signal für die chinesische Volkswirtschaft setzt auch der Stillstand der Energieproduktion. Ein altes Problem der Volksrepublik besteht darin, daß das Wachstum der Energiewirtschaft weit hinter dem Wachstum der Industrieproduktion zurückbleibt. Teilweise führte das in den letzten Jahren dazu, daß Betriebe aus Energiemangel nur mit einem kleinen Teil ihrer realen Kapazität produzieren konnten. Bei der ersten „Regulierung" von 1979 war deshalb die Energiewirtschft als Schwerpunkt für neue Investitionen festgelegt worden. Jetzt hingegen wurde bekanntgegeben:

+ 1981 sollen 100 Mio. Tonnen Öl gefördert werden, statt der ursprünglich geplanten 106 Mio. Tonnen. (Anm.6). Die Ölproduktion ist insgesamt leicht rückläufig – sie wurde 1979 mit 106,15 Mio. Tonnen und 1980 mit 105,8 Mio. Tonnen angegeben. (Anm.7). Das Fiasko wird noch offensichtlicher, wenn man den jetzigen Plan für 1981 mit dem noch 1978 verkündeten Planziel vergleicht, im Jahre 1985 200 Mio. tonnen Öl zu fördern (Anm.8).
+ Ein ähnliches Bild bietet die Kohleförderung. 1978 war als Planziel eine Verdoppelung der Kohleförderung bis 1988 angekündigt worden. (Anm.9). Real sieht es aber so aus, daß 1980 ungefähr 600 Mio. Tonnen gefördert wurden, das sind 5,5% weniger als 1979. Für 1981 wurde als Planziel zunächst 620 Mio. Tonnen angesetzt, was inzwischen aber reduziert wurde. (Anm.10).

Die Stagnation der Produktion von Öl und Kohle soll durch Einsparungen des industriellen Energieverbrauchs wettgemacht werden. Das dürfte die relativ modernen und grossen Industrieanlagen gegenüber den veralteten Kleinbetrieben noch mehr begünstigen, also die Tendenz zu Rationalisierungen und Betriebsschliessungen fördern.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 46

Die Stagnation der Energiewirtschaft ist eingetreten, o b w o h l gerade hierhin in den letzten Jahren der „Löwenanteil" der Investitionen gelenkt worden war. Zu bedenken ist bei den aktuellen Produktionsziffern zudem, daß die chinesischen Pläne in den letzten Jahren 1976 bis 1978 auf enorme Steigerungen in der Öl- und Kohleförderung gerechnet hatten, um diese Rohstoffe im Export zum Austausch gegen westliche Fabrikationsanlagen u.ä. einzusetzen. Vor allem Japan sollte Großabnehmer chinesischen Öls werden. Auch diese Träume sind erst einmal begraben.

Ebenfalls schwer von den neuen „Regulierungs"maßnahmen getroffen ist die Stahlproduktion. Der 10-Jahresplan 1975-1985 hatte vorgesehen, die Stahlproduktion bis 1985 auf jährlich 60 Millionen Tonnen zu steigern. Real aber sieht es so aus, daß kürzlich der 1980 beschlossene Planansatz für 1981 von 35 auf 33 Millionen Tonnen gekürzt wurde (11).

Auch das von Hua Guo-feng noch 1978 verkündete Planziel, 1985 400 Millionen Tonnen Getreide zu produzieren (12), wird kaum erreicht werden können. Die Produktion von 1980 wird mit 316 Millionen Tonnen angegeben – ein Rückgang gegenüber dem Ergebnis von 1979, das allerdings als bestes Ergebnis seit Gründung der Volksrepublik bezeichnet wird.

Daß die neuen Machthaber nach der Ausschaltung der Parteilinken 1976 den Mund zunächst reichlich voll genommen hatten, ist heute offensichtlich. Nach offizieller Sprachregelung wird das dem „Fortwirken des ultralinken Einflusses" zugeschrieben. Der noch amtierende Parteivorsitzende Hua ist derjenige, der hierfür in erster Linie verantwortlich gemacht wird.

Die Wirtschaftskrise, die sich in den zweimaligen „Regulierungen" andeutet, scheint im wesentlichen noch nicht unmittelbar auf die Lebenslage der Bevölkerung zu wirken. Das wird sich aber in den nächsten Jahren höchstwahrscheinlich ändern, wenn die jetzt beschlossenen Investitionskürzungen und vorprogrammierten Rationalisierungen zu „greifen" beginnen.

Die politische Krise

Die politische Krise

Derzeit viel sichtbarer als die Folgen der Wirtschaftskrise ist eine tiefergehende p o l i t i s c h e Krise, die sich auf mehreren Ebenen beschreiben läßt.

Da ist einmal das Problem, den z e n t r a l e n P l a n wieder stärker zur Geltung zu bringen. Dieses Instrument der Wirtschaftslenkung war in den Jahren seit 1976 zunehmend zugunsten autonomer Entscheidungsrechte der Betriebsleiter und der bäuerlichen Kollektive geschwächt worden. Die Folge waren unkontrollierte Investitionen, konkurrierende Planungen einzelner Betriebe, sich überschneidende Projekte. Die neue „Regulierung", die ja die Drosselung der Investitionen als ein zentrales Ziel hat, muß zwangsläufig die den Betriebsleitern überlassenen Entscheidungsrechte wieder reduzieren und die Kreditschraube scharf anziehen. Konkret bedeutet das wiederum, daß die relativ modernen, leistungsstarken Betriebe noch auf Kredit und Unterstützung rechnen können, während der Ruin von kleineren, rückständigeren Betrieben beschleunigt wird.

Auch in der Landwirtschaft soll der zentrale Plan wieder stärker eingreifen. So hatte die Lockerung des zentralen Plans zugunsten der bäuerlichen Kollektive z.B. dazu geführt, daß vielerorts der Anbau des (wenig profitablen, aber für die Ernährung der Bevölkerung dringend notwendigen) Getreides zugunsten erheblich gewinnbringenderer Pflanzungen eingeschränkt wurde. Nunmehr soll der zentrale Plan 1981 zumindest den status quo bewahren, also eine noch weitergehende Einschränkung der Anbauflächen von Getreide verhindern.

Ein nicht weniger ernstes Problem für die Machthaber ist die von ihnen selbst in den letzten Jahren produzierte Mentalität bei anscheinend recht großen Teilen der Bevölkerung: „Reichwerden" als höchstes gesellschaftliches Ideal, wie es die offizielle Propaganda ständig gepredigt hatte. Da man in China als Werktätiger aber nicht durch seine Arbeit „reich" werden kann, haben allerlei Formen von privater Bereicherung, Schmuggel, Schwarzmarkthandel, Geschäftemacherei usw. um sich gegriffen. Die Bauern produzieren lieber nach Gesichtspunkten des persönlichen Gewinns als der volkswirtschaftlichen Nützlichkeit: Tabak bringt mehr Geld als Reis; und wer überhaupt nicht mehr in der Landwirtschaft arbeitet, sondern sich auf den privaten Handel mit knappen landwirtschaftlichen Produkten spezialisiert, kommt am allerschnellsten zu Geld.

Abgesehen von der polizeimäßigen Bekämpfung ‚krimineller' Tätigkeiten (Schmuggel, Schwarzmarkthandel usw.) will die Regierung dem Problem durch „ideologische Erziehung" bekommen. Die zeitweise als „ultralinks" verketzerten alten Parolen kommen wieder zu Ehren: „Aus ganzem Herzen dem Volke dienen" – „Den selbstlosen kommunistischen Geist des harten Kampfes entfalten" – „Weder hartes Leben noch Tod fürchten" usw. Plötzlich wird wieder gefordert: „Das Allerwichtigste bei

fürchten" usw. Plötzlich wird wieder gefordert: „Das Allerwichtigste bei

der Verbesserung der führenden Rolle der Partei ist die Stärkung der ideologischen und politischen Arbeit der Partei. Die Parteileitungen auf allen Ebenen müssen den Hauptteil ihrer Zeit und ihrer Anstrengungen auf die ideologische und politische Arbeit verwenden . . ." (13). Nachdem in den letzten Jahren betont worden war, der Schwerpunkt der gesamten Arbeit sei von nun an der wirtschaftliche Aufbau, kommt diese Wendung einigermaßen überraschend. Objekt der verstärkten „ideologischen Erziehung" soll natürlich vor allem die Jugend sein. Der Kommunistische Jugendverband hat eine Bewegung der „*Drei Nein und Fünf Schönheiten*" begonnen. Die „Drei Nein" bedeuten: Keine „politischen Zwischenfälle", „keine verwaltungsmäßigen (?) Zwischenfälle", „keine Verletzungen von Gesetz und Disziplin". Die „Fünf Schönheiten" beziehen sich auf Ideologie, äußeres Erscheinungsbild, Sprache, Benehmen und gesellschaftliches Verhalten („Schutz öffentlichen Eigentums" u.ä.). Die fünf Einzelpunkte sind noch einmal detailliert untergliedert. Außer der Unterordnung unter die Parteiführung wird den Jugendlichen z.B. auch verordnet, sich „sauber und geschmackvoll" zu kleiden; männliche Jugendliche sollen weder lange Haare noch Bärte tragen; alle Jugendlichen sollen „höflich" sein und keine „schmutzigen Worte" gebrauchen.

Insgesamt bedeuten die skizzierten Maßnahmen eine Verstärkung des staatlichen Einflusses und Drucks auf allen Ebenen.

Ein weiteres Problem für die Machthaber ergibt sich daraus, daß die von ihnen seit etwa Spätherbst 1980 verfolgte Politik (zweite „Regulierung", Reduzierung der „Reformpolitik", stärkere Betonung des „ideologischen Kampfes") im Volk und in der Partei weithin als eine Abkehr von der bisherigen Politik, als eine erneute politische Kehrtwendung, verstanden wird. Die L i n k e n und überhaupt alle, die der „Reformpolitik" skeptisch bis kritisch gegenübergestanden hatten, können sich durch die neue Kehrtwendung bestätigt fühlen. Sie argumentieren, daß die tiefgehende wirtschaftliche und gesellschaftliche Krise Chinas genau das Ergebnis der seit dem Rechtsputsch von 1976 bzw. sei dem richtungsweisenden 3. Plenum des 11. ZK (Dez. 1978) betriebenen Politik sei. Die politischen Veränderungen seit Spätherbst 1980 seien das Eingeständnis einer verfehlten Politik. Dies versuchen vor allem die Linken auszunutzen.

Auf der anderen Seite fürchten Befürworter der bisherigen „Reformpolitik", daß von ihnen begrüßte und geförderte Maßnahmen und Entwicklungen zurückgenommen werden sollen und daß die linken und „traditionalistischen" Kräfte wieder stärker werden.

Die Folge ist eine anscheinend erhebliche und weit verbreitete V e r u n s i c h e r u n g und Spannung auch in der Kommunistischen Partei selbst. Die offizielle Argumentation der Machthaber (es habe gar keine Kehrtwendung gegeben, das seien bloß Gerüchte und „frivoles Ge-

der Machthaber (es habe gar keine Kehrtwendung gegeben, das seien bloß Gerüchte und „frivoles Ge-

schwätz") wirkt bisher nicht überzeugend

Widerstand? . . .

Über konkreten Widerstand ist den chinesischen Medien derzeit nahezu überhaupt nichts zu entnehmen – außer allerdings recht aufschlußreichen Andeutungen. Sporatisch finden sich Beschimpfungen gegen Leute, die die führende Rolle der Partei in Frage stellen; gegen die Forderung nach autonomen Gewerkschaften; gegen „Leute, die alles in Chaos stürzen wollen"; gegen „Gegenangriffe der Überbleibsel der Kräfte um Lin Biao und die Viererbande"; gegen Leute, die „untereinander Verbindungen herstellen und Erklärungen herausgeben"; gegen S t r e i k s und S c h u l b o y k o t t ; gegen Unruhe an den Universitäten.

In Taiyüan sollen Stahlarbeiter gefordert haben, „die verrostete Tür zum Sozialismus aufzustoßen"; sie sollen für ein Mehrparteien-System und für Selbstbestimmung der Arbeiter eingetreten sein. Eine „konterrevolutionäre Gruppe" soll dabei verhaftet worden sein: Sie hatte autonome Gewerkschaften gefordert (14). Arbeiterproteste soll es außerdem u.a. auch in Shanghai und Wuhan gegeben haben, wobei es neben konkreten Forderungen auch um das Recht auf Bildung autonomer Gewerkschaften ging (15).

Die chinesischen Medien berichten über diese Proteste und Forderungen im Allgemeinen höchstens auf lokaler Ebene, um eine Verbreitung von Informationen und damit eine „Ansteckungsgefahr" zu verhindern. Andererseits haben Chinas Medien aber im vergangenen Jahr relativ ausführlich über die Vorgänge in P o l e n informiert, so daß die Kunde von den dort erkämpften autonomen Gewerkschaften in alle Winkel Chinas gedrungen ist.

Wenn sich über die konkreten Formen des Protestes und das Ausmaß des Widerstands auch nichts Genaueres sagen läßt, so doch immerhin über einige interessante politische Hintergründe:

1. Seit dem Pekinger Prozeß (gegen die „Viererbande" u.a.) sind die Medien voll von Drohungen gegen Personen und Gruppen, die „eine zweite Kulturrevolution verlangen" und die „Kampfformen der Kulturrevolution anwenden".
2. Hinzugekommen sind seit ein paar Wochen erbitterte Angriffe gegen Personen und illegale Gruppen, die von der Existenz einer „Bürokraten-Klasse", „bürokratischen Klasse" oder „privilegierten Klasse" in China ausgehen.

In der Parole „Leistet Widerstand gegen die Bürokraten-Klasse" (16) treffen sich die „alten" Kulturrevolutionäre mit politisch noch diffusen neuen Protestpotentialen, aber auch mit Kräften, deren Kritik an den herrschenden Verhältnissen eher aus bürgerlichen, pro-westlichen und prokapitalistischen Vorstellungen kommt.

3. Die oppositionellen Strömungen finden in Teilen der Kommunistischen Partei Sympathie und Unterstützung. Über die Vertreter der Parole „Leistet Widerstand gegen die Bürokraten-Klasse" heißt es in einem Kommentar: „*Zu ihrer Strategie gehört es, Unterstützer innerhalb der Partei zu suchen; Leute, die dazu tendieren, von der Partei abzuweichen, sind ihre bevorzugten Ansprechpartner*" (17). Die Leute, die „Gerüchte und Verleumdungen" gegen die Parteiführung verbreiten, würden Gehör bei Teilen der Partei finden; diese würden die „Gerüchte" sogar weiterverbreiten (18).

Die offizielle Propaganda stellt darum die „**Einmütigkeit mit dem Zentralkomitee der Partei**" d.h. die absolute Unterordnung unter die Parteispitze, als zentrale Aufgabe heraus. Allen Parteimitgliedern ist es strikt verboten, außerhalb der Partei abweichende Meinungen zu äußern (19).

4. Ein schwer berechenbarer Faktor ist die Armee, in der die Stellung der „Traditionalisten" recht stark ist. In Zusammenhang mit dem Pekinger Prozeß sehen sich viele Militärs der Drohung ausgesetzt, demnächst als „Anhänger Lin Biaos" gleichfalls vor Gericht gestellt zu werden. Berichtet wurde über Unruhen in einer Reihe von Armee-Einheiten, von Feuerwehr-Einsätzen Pekinger Spitzenfunktionäre bei murrenden Militärs und von Versetzungen (20). Eine stärkere „ideologische Erziehung" in der Armee, insbesondere mit der Orientierung auf die führende Rolle der Partei und eine Vereidigung der Armee auf die Parteiführung sollen helfen, diesen brisanten Gefahrenherd unter Kontrolle zu bekommen.

Die zunächst schon für Dezember 1980 und dann für Januar erwartete Sitzung des ZK hat bisher nicht stattgefunden, was auf das Ausmaß und die Langwierigkeit der Differenzen auch in der Parteispitze (z.B. um den formal immer noch amtierenden, praktisch aber seit Monaten „kaltgestellten" Parteivorsitzenden Hua) schließen läßt.

Anmerkungen

1 nach „Bejing Rundschau" 14/79
2 Rede von Yao Yilin, Chef der Staatlichen Planungskommission, „Hsinhua" (chine. Nachrichtenagentur), 28.2. – nach „Summary of World Broadcasting" (SWB), 2.3.81
3 siehe „Bejing Rundschau" 39/80
4 siehe Anm. 2
5 25 Mrd. Mark laut „Welt" vom 23.2.; 10-20 Mrd. Mark laut „Frankfurter Rundschau" vom 19.2.; 20 Mrd. Mark laut „FAZ" vom 4.3.81
6 siehe Anm. 2
7 nach BfA/NfA, 12.1.81
8 ebenda
9 Hsiao Han, Minister für Kohlebergbau; in „Bejing Rundschau" 8/78
10 siehe Anm. 7 und 2
11 Rede von Hua Guo-feng auf der 1. Tagung des 5. Nationalen Volkskongresses, nach „Bejing Rundschau" 10/78 – siehe auch Anm. 2
12 ebenda
13 Rundschreiben des Parteikomitees der Provinz Shansi, am 20.2. über Rundfunk verbreitet – nach SWB, 27.2.81. In dem Rundschreiben heißt es auch, man müsse an den Schulen die „vernachlässigte" moralisch-ideologische Erziehung stärken, statt „einseitig" den Bildungsstand der Schüler zu betonen.
14 nach „Frankfurter Rundschau", 4.3.81
15 nach „Welt", 19.2.81
16 zitiert in der Shanghaier Zeitung „Wenhui Bao" vom 13.2. – nach SWB, 28.2.81
17 ebenda
18 „Rote Fahne" (theoretisches Parteiorgan), 16.1. – nach SWB, 6.2.81
19 z.B. Tageszeitung der Provinz Yünnan vom 29.1. – nach SWB, 19.2.81. Dort wird den Parteimitgliedern nicht nur Widerspruch gegen Leitungsbeschlüsse verboten, sondern auch das passive Nicht-Durchführen von Beschlüssen für unvereinbar mit der Parteidisziplin erklärt
20 nach einer Meldung der japanischen Nachrichtenagentur „Kyodo" vom 20.2. – nach SWB, 24.2.81

Politische Justiz in China

Yünnan. Am 23.1.81 verurteilte das Gericht der Provinzhauptstadt Kunming eine „konterrevolutionäre Bande". Der „Anführer", Wang Yongkun, wurde zu 15 Jahren Haft verurteilt. Die Angeklagten Tu Hengkeng und Xia Liangfu wurden zu 10 Jahren Haft verurteilt. Der Angeklagte Xu Baoxin wurde zu 7 Jahren verurteilt. Außerdem gab es zwei Urteile zu 5 Jahren und eines zu drei Jahren.

Vorgeworfen wurde der „Bande", sie habe im März 1967 (während der Kulturrevolution) „insgeheim kriminelle Aktivitäten geplant, um Ministerpräsident Tschu En-lai zu stürzen". Im Mai 1976 (während der offiziellen Kampagne gegen Deng Hsiao-ping) hätten sie „insgeheim konterrevolutionäre Wandzeitungen und Parolen geschrieben, mit denen sie Partei- und Staatsführer verleumdeten". Diese Wandzeitungen und Parolen hätten sie am frühen Morgen des 18.5.76 an einigen Gebäuden in Kunming angebracht. Außerdem hätten sie Abschriften davon verbreitet. Weitere „Verbrechen" werden im Prozeßbericht nicht ganannt (Provinzradio am 23.1., nach SWB, 27.1.81).

Kiangsu. Am 21.1.81 verurteilte ein Bezirksgericht in der Provinz Kiangsu eine Gruppe von „Konterrevolutionären". Der Hauptangeklagte, Yin Xiaochou, wurde zu 15 Jahren Haft verurteilt. Ein weiterer Hauptangeklagter, Shu Shengza, wurde zu 10 Jahren Haft verurteilt. Wang Taolin, gleichfalls Hauptangeklagter, wurde zu 12 Jahren verurteilt. Mehrere weitere Angeklagte wurden zu nicht genannten Strafen verurteilt.

Der Vorwurf gegen alle Verurteilten lautet, sie seien „Rebellen, die Lin Biao und der Viererbande folgten" oder „neuentstandene schlechte Elemente und Verbrecher". „Um Unruhe zu stiften" hätte die „Bande ... konterrevolutionäre Sabotage" verübt, „um ein Chaos anzurichten, den nationale Wirtschaftsaufbau zu schädigen und die Staatsmacht und das sozialistische System zu stürzen".

Details über die Vorwürfe gegen die Angeklagen wurden nicht genannt (Provinzradio am 27.1. – nach „Summary of World Broadcasting" (SWB), 31.1.81).

Anzeige

Neu!

Freiheit für Yılmaz Güney!

Hier in der Bundesrepublik ist der türkische Schauspieler, Regisseur und Drehbuchautor Yılmaz Güney im vergangenen Jahr durch den Film „Sürü" (Die Herde) bekannt geworden. Weniger bekannt ist, daß Y. Güney seit zehn Jahren fast ununterbrochen in Haft sitzt.

Die Arbeit von Y. Güney war den Machthabern in der Türkei schon immer ein Dorn im Auge. Bereits 1961 wurde er wegen Veröffentlichung seiner Erzählung „Ungleichung mit drei Unbekannten" zu 18 Monaten Gefängnis und sechs Monaten Verbannung verurteilt. Das Gericht hielt ihn des Verstoßes gegen § 142 des Strafgesetzbuches für schuldig, nach dem kommunistische Propaganda verboten ist. Während seiner Haftzeit schrieb er den Roman „Sie starben mit gesenktem Haupt", der später mit dem türkischen Literaturpreis ausgezeichnet wurde.

1972 wurde er ein zweites Mal verurteilt, weil er einige von der Polizei gesuchte „anarchistische" Studenten bei sich beherbergt hatte. Wie heute herrschte auch 1972 das Militär in der Türkei. Wie heute wurden damals viele Opfer von Folter und Ermordung, weil sie den „Terroristen" angehörten.

Nach einer internationalen Protestkampagne und einer Teilamnestie wurde er im Mai 1974 freigelassen. Ende 1974 wurde er jedoch erneut verhaftet, weil er angeblich bei einer Filmbesprechung für die Dreharbeiten des Films „Endise" (Unruhe) in einem Lokal einen Richter bei einem Schußwechsel getötet haben soll. Obwohl der Täter sich der Polizei stellte und auch die Tatwaffe vorlegte, wurde Güney zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt. Wie skandalös dieser Prozeß verlief, geht u.a. daraus hervor, daß das Gericht es ablehnte, Entlastungsbeweise (wie die Tatwaffe) zu untersuchen. Den Herrschenden in der Türkei ging es ausschließlich darum, Y. Güney auszuschalten. Denn seine Filme erfreuten sich immer größerer Beliebtheit, weil in ihnen das Schicksal der armen Bauern und Landarbeiter dargestellt wird.

Y. Güney ist in der Türkei zum Symbol für die Verfolgung engagierter Künstler, ähnlich wie Nazım Hikmet, geworden. Seit dem Militärputsch bleibt für die Kulturschaffenden in der Türkei kaum noch Raum, ihrer Arbeit nachzugehen. Die Verbote von Verbänden, die Abschaffung der Meinungs- und Pressefreiheit und die Verfolgung von Demokraten und Antifaschisten sollen die Kritik ersticken.

Yılmaz-Güney-Freundeskreis gegründet

Yılmaz-Güney-Freundeskreis gegründet

Um die Freilassung von Yılmaz Güney zu erreichen, um auf die Unterdrückung fortschrittlicher Künstler und die politische Zensur aufmerksam zu machen, um auf Folter und Menschenrechtsverletzungen in der Türkei hinzuweisen, und um die Arbeiten von Y. Güney bekannt zu machen, wurde in der BRD der Y.-Güney-Freundeskreis gegründet.

Es soll versucht werden, ähnlich wie 1974, durch eine breite Kampagne im Ausland die Freilassung von Y. Güney zu erreichen. Amnesty international hatte bereits 1977 eine Kampagne durchgeführt. Damals wurde eine Resolution mit 900.000 Unterschriften, in der die Freilassung Güneys und aller Gefangenen gefordert und der damaligen „Nationalistischen-Front-Regierung" unter Demirel der Kampf angesagt wurde, der UNO übergeben.

Erste Erfolge

Im Rahmen der diesjährigen Berliner Filmfestspiele wurde eine Y. Güney Retrospektive gezeigt. Eine Vielzahl von Persönlichkeiten und Besuchern der Festspiele unterschrieb die Resolution des Y.-Güney-Freundeskreises, in der die Freiheit für Y. Güney, die Einstellung der Folter und Willkür in den türkischen Gefängnissen und die Einstellung der Militär- und Wirtschaftshilfe der BRD-Regierung gefordert wird. Neben zahlreichen Schauspielern, Regisseuren und Verleihern unterschrieben auch die Festivaldirektoren von Cannes und London. Die Arbeitsgemeinschaft der Filmjournalisten hat die Junta aufgefordert, Y. Güney zu amnestieren.

Nachstehend drucken wir die Protesterklärung des Y.-Güney-Freundeskreises ab und bitten alle Leser des AK, sie zu unterschreiben und an den Y.-Güney-Freundeskreis, c/o Buntbuch-Verlag, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 19, zurückzusenden. Die Erfahrungen zeigen, daß es ein wirksames Mittel gegen Diktaturen ist, von außen her Druck auszuüben.

Türkei-Kommission



Yılmaz Güney über seine Filmarbeit

Über Freunde, die Verbindung zu Yılmaz haben, war es möglich, ein Interview zu machen, das vollständig in der nächsten Ausgabe der Zeitschrift „Linkskurve" erscheint. Mit Einverständnis der „Linkskurve" veröffentlichen wir hier einen Auszug.

Bereits Ihre ersten Filme wurden verboten, andere zensiert. Gab es Wege, dennoch mit den Filmen das Publikum in der Türkei zu erreichen? Wie wirkte sich Zensur und staatliche Kontrolle auf ihre Filmarbeit aus. Mußte vieles ungesagt bleiben?

Meine Arbeiten sehe ich als eine Vorbereitung der Dinge, die ich sagen will ... noch sind unsere Gedanken, unsere Empfindungen nicht frei verfilmt worden. In meinem Land bin ich einer der Künstler, dem die Zensur und die Reaktion im materiellen und geistigen Sinne am meisten Schläge erteilt hat. Sie versuchen zu verhindern, sie versuchen mich in die ängstliche Ecke zu drängen. Trotzdem bin ich einer

die Reaktion im materiellen und geistigen Sinne am meisten Schläge erteilt hat. Sie versuchen zu verhindern, sie versuchen mich in die ängstliche Ecke zu drängen. Trotzdem bin ich einer

von denen, der sich mit Zensur und der Reaktion am meisten auseinandergesetzt hat. Mein Herz kennt die Angst und Resignation nicht. In vielen Situationen mußte ich zwangsläufig Kompromisse eingehen und mich zurückhalten. Den Kampf zwischen mir und der Zensur habe ich niemals als einen Kampf zwischen einem Künstler und einer reaktionären Institution begriffen. Dieser Kampf war stets ein Kampf zwischen reaktionären Schichten und der fortschrittlichen, demokratischen Öffentlichkeit.

Denn niemals, wenn ich Schwierigkeiten mit der Zensur hatte, hat mich die fortschrittliche, demokratische Öffentlichkeit meines Landes alleine gelassen. Immer habe ich die herzliche und warme Unterstützung meines Volkes gespürt. Die eigentliche Quelle, die meinen Widerstand stärkte, die meine Kraft vergrößerte, ist die Kraft, die mir mein Volk gibt. Jedes Mal, wenn die Pest Zensur sich in meine und die Filme meiner Freunde einmischte und sie unsere Arbeit zu verhindern suchten, hat es ein Echo von Millionen Menschen gegeben. Einige meiner Filme haben ganz, andere eine lange Zeit unter dem Verbot der Zensur gestanden. Viele meiner Filme sind geschnitten, entleert worden und erst nach der Kastration freigegeben worden. Trotzdem, auch unter schwersten Bedingungen, auch in den repressivsten Perioden, gibt es Wege mittels Film das Volk zu erreichen.

Auch die kleinsten Möglichkeiten müssen immer genutzt werden. Das Volk bemüht sich in den schwierigen Perioden zu verstehen, was der Künstler unter der Zunge hat. Es versteht auch ... auch wenn die Zunge des Künstlers etwas anderes sagt, so versteht das Volk, was die Augen meinen. Unser Volk, wie andere Völker auch, versteht und begreift, was ihm erzählt wird, wenn es Interesse dafür hat, selbst dann, wenn es in der Fabelsprache erzählt ist. Deshalb hat der warme Dialog zwischen mir und meinem Volk trotz Zensur und langem Gefängnisaufenthalt viele Jahre über ununterbrochen angedauert.

Seit dem März 1972 bin ich in den Gefängnissen. Ich habe sehr schwierige Situationen überstanden. Seit zehn Jahren bin ich im Gefängnis, haben die Zensur, die reaktionären und ängstlichen Kinoleute, die reaktionären faschistischen Kreise gemeinsam und in Zusammenarbeit Druck ausgeübt.

Zum Beispiel „Sürü" (Die Herde) oder „Düsman" (Der Feind), deren Wert von allen Kunstkreisen der Welt anerkannt worden ist, haben mein Volk noch nicht ganz erreicht. Seinerzeit wurden die Kinos, in denen meine Filme liefen, bedroht. Wer sich widersetzte, dessen Kinos wurden bombardiert, in Brand gesteckt ... Dies geschah durch die Gewalt des zivilen faschistischen Terrors. ... Und nun ist „Sürü" von den Kriegsrechtskommandanten verboten worden. Erst nach langer Zeit war es wieder möglich, den Film durch einen Verwaltungsgerichtsbeschluß wieder anlaufen zu lassen. Unter diesen Zuständen, wo „Sürü" verboten wurde, denke ich mir, daß

langer Zeit war es wieder möglich, den Film durch einen Verwaltungsgerichtsbeschluß wieder anlaufen zu lassen. Unter diesen Zuständen, wo „Sürü" verboten wurde, denke ich mir, daß

„Düsman" auch in nächster Zeit verboten wird. Das sind die Zeichen dafür, welche Position das neue Regime gegenüber der Kunst einnehmen wird.

Die Arbeiten, die ich bisher versucht habe zu machen, sind durch viele offizielle und inoffizielle Kontrollen gelaufen ... sie versuchen uns zu ängstigen ... sie wollten die Angst zu unserem Türschloß machen ... Ich habe nie die Möglichkeit gehabt, meine Kreativität sogar unter normalen Umständen anzuwenden. Ich bin ein Edelsteinarbeiter, aber man zwingt mich, mit Blech umzugehen, Dinge aus Blech herzustellen.

Mein Land hat nie die klassische bürgerliche Demokratie erlebt. Während sich unser Bewußtsein formierte, wurden tausende von hemmenden Kernen in unser Bewußtsein gesät. Während wir uns bemühten, unser Bewußtsein von dem Unkraut freizumachen, versuchten wir im Rahmen unserer Möglichkeiten etwas zu machen. Als ein Künstler habe ich nie die Möglichkeiten einer freien Arbeit, nicht mal im bürgerlichen Sinne, gehabt. Es gibt so vieles, was ich sagen, erzählen will ... ich habe hierzu keine Möglichkeit.

Die offizielle Ideologie nimmt dich in die Zange ... Wenn du ihr widersprichst, bist du ein Verräter ..., deshalb sind wir für die reaktionär-faschistischen Kreise „Verräter" geworden. Die Reaktion ist auf der ganzen Welt im Angriff. Und ich bin zur Zeit so belagert, daß mich die Bedingungen, denen ich ausgesetzt bin, ängstigen. Ich denke mir, wenn ich ein Zehntel von dem verwirklichen könnte, was ich denke ... ein Zehntel nur, das wäre ein Erfolg für mich. Ich kämpfe, um nicht unterzugehen, um meine Ohren steif zu halten. Und ich als einer unter Millionen Gleichen versuche, mich nicht von den Angriffen kleinkriegen zu lassen und bemühe mich, im Rahmen meiner Möglichkeiten einiges zu machen ... ich bin nicht alleine ... ich vertraue meinem Volk ... ich vertraue der demokratischen Öffentlichkeit in der Welt ... ich vertraue mir selbst ... auch unter schwersten Bedingungen gibt es Wege, zu dem Volk zu gehen.